



Protokoll

über den sechsten Congress

der

Sozial-demokratischen Arbeiterpartei

abgehalten

zu

Coburg,

am 18., 19., 20. und 21. Juli 1874.

Preis 3 Sgr. = 10 1/2 Kr. südd. = 15 Kr. österr. W.

Leipzig 1874.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.



Vorlage

für den

6. Congreß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei

am 18., 19., 20. und 21. Juli 1874

zu Coburg.

Bureau des Empfangs=Comité's: Gasthaus zum halben Mond am Steinthor in Coburg.
Congreß=Lokal: Kurgarten in Coburg.

A. Vorversammlung: Sonnabend (Samstag), 18. Juli, Abends 7 Uhr

behufs: 1) Abgabe der Mandate. 2) Wahl des Bureaus für den Congreß. 3) Wahl der Mandatprüfungs=Commission. 4) Vereinbarung über die in der öffentlichen Sitzung (Volksversammlung) zu beantragenden Resolutionen. 5) Feststellung der Reihenfolge der Tagesordnung und Geschäftsordnung für den Congreß.

B. Öffentliche Sitzung (Volksversammlung): Sonntag, 19. Juli Nachmittags 3 Uhr.

1) Die politische Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
2) Die industrielle und ländliche Arbeiterfrage.

C. Geschlossene Sitzungen: Sonntag, 19. Juli, Vormittags 11 Uhr und Abends 7 Uhr, sowie an den folgenden Tagen.

1) Bericht des Ausschusses und der Control=Commission.
2) Bericht der Mandatprüfungs=Commission.
3) Bericht über den Stand der Parteiblätter „Volksstaat“ und „Sozial=demokratisches Wochenblatt“; Anträge hierzu.
4) Bericht der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms; Berathung der auf Aenderung des Programms lautenden Anträge.
5) Anträge zur Organisation und zur Geschäftsordnung der Partei.
6) Anträge bezüglich der lokalen Parteiblätter.
7) Anträge bezüglich der Unterstützungs=Angelegenheiten.
8) Anträge bezüglich der Agitation.
9) Wahl des Partei=Vororts, sowie des Orts der Control=Commission.
10) Wahl des Orts für den nächsten Partei=Congreß.



Anträge.*

Zu C. 4.

1 In der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms circuliren folgende Vorschläge, beantragt vom Commissionsmitglied August Geib:

In Theil II. des Programms die Punkte 5 und 6 also zu fassen:

II., 5. Die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse ist nur möglich, wenn letztere gemeinsam und einheitlich den Kampf führt; die socialdemokratische Arbeiterpartei erkennt daher die Nothwendigkeit ihrer einheitlichen Organisation und ist bestrebt, es jedem Einzelnen innerhalb der letzteren zu ermöglichen, seinen Einfluß für das Wohl der Gesammtheit geltend zu machen.

II., 6. Die Befreiung der Arbeit ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine sociale Aufgabe, welche alle Kulturländer umfaßt und jedem Mitgliede der social-demokratischen Arbeiterpartei gebietet, unablässig als Förderer der internationalen Arbeiterinteressen thätig zu sein.

In Theil III. des Programms den jetzigen Punkt 4 (Volkswehr) als Punkt 6, dagegen den jetzigen Punkt 5 als 4 und 6 als 5 einzureihen, ferner den jetzigen Punkt 8 hinter Punkt 9 zu setzen und dann, mit Streichung des jetzigen Punktes 10, folgende Punkte anzufügen:

10. Begünstigung gewerkschaftlicher Organisationen zur Wahrung der Arbeiterinteressen innerhalb der heutigen (kapitalistischen) Productionsweise.

11. Staatliche und gewerkschaftliche Förderung von Productivgenossenschaften unter demokratischen Garantien (siehe II., 3 u. 4).

12. Anstrebung eines ökonomischen Uebergangszustandes durch Beschränkung des Erbrechts an alle Arbeitsinstrumente und demgemäß allmählige Umwandlung des Grund und Bodens in Gemeineigenthum.

---

* Die in Petit-Schrift gedruckten Anträge sind erst nach dem 1. Juli dem Ausschuß zugegangen und bedürfen laut § 7 der Organisation der Unterstützung eines Drittels der versammelten Delegirten.

Ferner beantragt Geib auf Anregung einzelner Commissionsmitglieder noch folgende Aenderungen des Programms:

II, 3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten bildet die Ursache der Knechtschaft in jeder Form; die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt deshalb, unter Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise (Lohnsystem), auf Grund genossenschaftlicher Arbeit die sozialistische Organisation der Gesellschaft.

III, 1, hinter das Wort „Vertretungskörper" zu setzen: „und zwar auf Grund des Ein-Wahlkreissystems".

III, 9 (event. später 8): Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, sowie Einführung der progressiven Erbschaftssteuer.

2 Das Commissionsmitglied J. Dietzgen beantragt speziell Folgendes:

Zu II, 1. als Zusatz: „Sie beruhen auf der Ausbeutung des Volkes durch Gewalt, Betrug und Aberglaube."

In II, 3 am Schluß: „Es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Arbeiterpartei Abschaffung der Lohnarbeit und Organisation einer communistischen Volkswirthschaft."

Zu III, 5: „Die Religion hat ebenso wenig Anspruch auf besondern Staatsschutz, wie irgend eine andere theoretische Caprice. Dagegen soll uns die Pflege der Volksschule, der wir alle öffentlichen sogenannten höheren Bildungsanstalten beizählen, besonders angelegen sein."

III, 12 nach dem Vorschlag von Geib; dabei dürfte auszudrücken sein, daß der ökonomische Uebergang erst nach unserm politischen Siege beginnen kann.

3 W. Bracke in Braunschweig beantragt folgende Aenderung des Parteiprogramms (siehe Congreßprotokoll von 1873):

a. Punkt II, 5 des Programms als einen besonderen Abschnitt unter IV aufzuführen.
b. Den Eingang bei III wie folgt zu fassen: „Bei der Agitation für diese Grundsätze ist zunächst auf folgende einzelne Punkte Gewicht zu legen:
c. An Stelle von III, 10 zu setzen:

10) Die Nothwendigkeit einer umfassenden gewerkschaftlichen Organisation zur Wahrung der Arbeiterinteressen innerhalb der heutigen Produktionsweise.
11) Aufklärung über die Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft und deren Ziel: Beseitigung des Privatbesitzes an

Allem, was jetzt Kapital heißt und hierdurch Beseitigung der Lohnarbeit.

12) Die internationale Zusammengehörigkeit des Proletariats."

4 Vom Parteigenossen Silvanus wird beantragt, dem Programm einen neuen Theil IV. anzuhängen, lautend:

„Es ist mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu streben, daß auf möglichst friedlichem Wege die Reformation der Gesellschaft eingeleitet wird durch Aufhebung des Erbrechts und Einsetzung rein demokratischer Behörden zur Controlirung der Durchführung dieses Gesetzes und zur planvollen Regelung der ökonomischen Uebergangszustände."

5 Dr. Aug. Theod. Stamm in Berlin beantragt: Punkt I. und II. des Parteiprogramms sammt den Ausführungen bleiben wie sie sind, Punkt III. mit den Ausführungen 1—8 bleiben ebenfalls, wie sie sind, dann wird hinzugefügt:

IV. Wir verlangen die Beseitigung des arbeitslosen Erwerbs, der ohne eigenes Verdienst lediglich die Resultate der Arbeit Anderer aufsaugt und genießt und die Begründung jeglichen Erwerbs auf entsprechende Arbeit durch folgende diesem Zweck entsprechende Reformen:

1) In Erwägung, daß die Sklaverei des Alterthums, die Leibeigenschaft des Mittelalters und die Sklaverei der Neger auf den privaten Grundbesitz fundirt waren, daß also der private Grundbesitz in der Vergangenheit dem arbeitslosen Erwerb und der Volksausbeutung als Hauptstütze diente, in fernerer Erwägung, daß noch heute die Hauptquote des arbeitslosen Erwerbs aus dem privaten Grundbesitz fließt, verlangen wir die gänzliche Beseitigung des privaten Grundbesitzes.

Die hauptsächlich auf privaten Grundbesitz dargeliehenen Privatkapitalien, deren der Volksstaat als Gesammtgrundbesitzer nicht dauernd bedarf, werden dann als Grundbesitzhypotheken keine Zinsen mehr erzielen können und somit wird auch diese Quote des arbeitslosen Erwerbs in Fortfall kommen.

2) Die Expropriationsentschädigungen für den Privatgrundbesitz werden nach dem vorhandenen Ertrage und nach dem durch eigene Arbeit des Besitzers geschaffenen Werthe geregelt. Derjenige Mehrwerth, der ohne alle Arbeit der Grundbesitzer, durch die sich mehrende Bevölkerung und deren Arbeitsgeschicklichkeit und Erfindungsgeist entsteht, darf bei der Expropriation in keiner Weise den Privatgrundbesitzern zu Gute gerechnet werden. Viele derselben können froh sein, wenn man sie wegen des volksmörderischen, unglücksschwangeren Boden- und Baustellenwuchers, den sie schon getrieben haben, nicht nachträglich zur Rechenschaft zieht. Nur der

Gesammtheit dürfen die durch die wachsende Bevölkerung und deren Arbeitsgeschicklichkeit sich unabhängig von der Arbeit des Privatbesitzers mehrenden Bodenwerthe zu Gute kommen, sie allein ist deren rechtmäßiger Eigenthümer.

3) Nachdem der Grund und Boden gemeinsames Volksbesitzthum geworden ist, darf derselbe nie wieder verkauft, sondern nur auf 30 Jahre und kürzere Fristen für Acker- und Gartenbau und auf 100 Jahre und kürzere Fristen für Häuserbau verliehen, d. h. verpachtet werden.

4) Die Nutznießung der mineralischen Schätze, der Petroleum-, Naphta- und Heilquellen darf ebenfalls nur verpachtet werden, wobei den Entdeckern neuer derartiger Schätze besondere Belohnungen vorbehalten bleiben.

5) Alle für die Nutznießung des Erdbodens, seiner Gewässer 2c. von Genossenschaften und Privaten eingehenden Pachtgelder dürfen stets nur im Interesse der Volksmillionen verwendet werden. Eine zu sehr centralisirte Leitung ist bei der Verpachtungsverwaltung, wie bei der Verwendung der Pachtgelder möglichst zu vermeiden, um Mißbräuchen vorzubeugen.

6) Der Volksstaat hat im Wege der Expropriation und durch Amortisationsfristen sich den Besitz und die Leitung des gesammten Transportwesens zu sichern. Die vermöge des Transportwesens erzielten Ueberschüsse sind für dessen Vervollkommung und Erweiterung und niemals anders als im Interesse des Allgemeinwohls zu verwenden.

7) Der Volksstaat übernimmt die Oberleitung des gesammten Creditwesens vermittelst einer mit dem ausschließlichen Monopol ausgestatteten Hauptbank und ihrer je nach Bedürfniß über das Land zu verbreitenden Filialen. Die Ueberschußerträge der Banken dienen als Ersatz für Steuern und Abgaben.

8) Der Volksstaat vervollkommnet die Erbschaftssteuern.

9) Der Volksstaat anerkennt die internationale Zusammengehörigkeit der Menschen und sucht dieselbe durch internationale Gerichte und Schiedsgerichte auf jede gerechte Weise zu fördern. Wie der Einzelne im Volksstaat nie das Gesammtwohl aus den Augen verlieren darf, so ist das Thätigkeitsziel der Volksstaaten und ihrer Bündnisse unter einander die Förderung des Menschheitwohls, — Brod, Bildung, Glück für Alle!

6 H. Vogel in Berlin beantragt folgende Aenderungen des Parteiprogramms:

Zu II. 1) hinter „ungerecht“ zuzufügen: „sie fußen auf der Gewalt, der Heuchelei und dem Aberglauben in ihren verschiedenen Formen und sind daher mit der größten Energie zu bekämpfen.“

Bei II. 3) statt: „für jeden Arbeiter" zu setzen: „für die Gesammtheit des Volkes".

Bei III. 3) hinter „der Geburt" zuzufügen: „des Geschlechts und der Confession."

Statt III. 5. und 6. den folgenden Passus zu setzen: „Trennung der Schule von der Kirche, Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule, obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten."

Hiernach die Punkte 7, 8, 9 und 10 als 6, 7. 8 und 9 zu bezeichnen.

Hinter „Verbot der Kinderarbeit" zuzufügen: „wirksamer Schutz des Lebens und der Gesundheit unter naturgemäßer Reform der öffentlichen Gesundheitspflege."

Statt Passus III. 10) folgenden Passus zu setzen: „Förderung der Gewerkschaften und Beseitigung der denselben hinderlichen gesetzlichen Einschränkungen."

7 Die Parteigenossen in Cöln beantragen einstimmig, daß der Bericht der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms auf dem diesjährigen Congresse nicht zur Berathung und Beschlußfassung gestellt, sondern den Parteigenossen aller Orte gedruckt mitgetheilt werde, damit solche dieselben eingehend prüfen und dann ihre Delegirten zu dem Congresse des Jahres 1875 mit gehörig besprochenen und motivirten Anträgen in Bezug auf die Revision versehen können.

8 Die Dresdener Parteigenossen beantragen:

Die Aenderung des Parteiprogramms ist bis zum nächsten Congreß zu vertagen, dann aber bestimmt vorzunehmen.

Zu C. 5.

9 Nürnberger Parteigenossen beantragen: Der Congreß wolle beschließen:

der Beschluß des vorjährigen Parteicongresses, wonach der Vorort der Partei alle zwei Jahre wechseln muß, wird außer Kraft gesetzt (Aenderung des § 16 der Organisation).

10 Die Breslauer und Münchener Parteigenossen beantragen, den Parteisekretär auf dem Congreß zu wählen (Aenderung des § 10 der Organisation).

11 Die Breslauer Mitglieder beantragen: Der Congreß wolle beschließen:

Die Quittirung der Parteisteuern geschieht durch Marken, gleichwie bei der Internationalen Arbeiterassoziation; die Farben der Marken sind dreimonatlich verschieden. Sobald die Parteikarten verbraucht sind, werden die Marken auf das Parteiprogramm geklebt.

12 Die Hamburger Mitglieder beantragen, den § 6 der Partei-Geschäftsordnung zu ändern wie folgt: „Die Mitglieder an

jedem Orte sind verpflichtet, falls der fungirende Vertrauensmann seiner Aufgabe nicht genügt oder eine Vacanz eintritt, auf Grund ihres Vorschlages die Ernennung eines Vertrauensmannes zu beantragen. Ueber diesen Antrag, welchem die genaue Adresse (Vor- und Zuname, Straße und Nummer) des Vorgeschlagenen beizufügen ist, hat der Ausschuß sich binnen 8 Tagen zu erklären."

Zu C. 3.

13 Die Hamburger Mitglieder beantragen der Congreß wolle beschließen:

1) Das Budget der beiden Parteiorgane „Volksstaat" und „Sozialdemokrat. Wochenblatt" wird alljährlich auf dem Parteicongreß festgestellt. Ueber die Verwaltung des „Volksstaat" ist vollständig getrennt vom Schriftenvertrieb Buch zu führen, so zwar, daß eine Vermengung der Ausgaben und Einnahmen des „Volksstaat" mit denen des Schriftenvertriebs unmöglich ist. Falls die Expedition des „Sozialdemokr. Wochenblatts" sich gleichfalls mit Schriftenvertrieb befaßt, gilt für dieselbe diese Bestimmung auch.

14 2) Der Preis aller von der Expedition des „Volksstaat" vertriebenen Schriften wird vom Ausschuß festgesetzt, ohne dessen ausdrückliche ertheilte und für jede Schrift besonders einzuholende Genehmigung der Vertrieb nicht gestattet ist. Dem entsprechend ist auch der Preiscourant der bis jetzt angekündigten Schriften einer Revision, bezw. Preisherabsetzung zu unterziehen.

15 Die Marburger Parteigenossen beantragen:

Der Congreß möge über Mittel berathen, um für die Zukunft die Annoncenschulden im „Volksstaat" nicht so lange wie bisher restiren zu lassen.

16 Antrag der Parteigenossen zu Hannover:

„Den Filial-Expeditionen des „Volksstaat" wird der frühere dreimonatliche Credit weiter bewilligt."

17 W. Liebknecht in Laubegast beantragt: In den „Volksstaat" werden Geschäftsannoncen irgend welcher Art, mit Ausnahme der Ankündigung von Parteischriften, nicht aufgenommen;

eventuell beantragt derselbe:

18 Ueber dem Annoncentheil des „Volksstaat" haben die Worte zu stehen: Für den Inhalt der nachstehenden Annoncen übernimmt die Redaction des „Volksstaat" keinerlei Verantwortung.

19 Theodor Yorck in Hamburg beantragt, der Congreß möge beschließen:

Für das Annoncenwesen des „Volksstaat" gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Aufnahme von Reklame-Annoncen ist nicht gestattet ebenso wenig Rabattgewährung und Gratisaufnahme von Annoncen. Von letzterer Bestimmung sind ausgenommen: die allmonatlich einmalige Anzeige der von der „Volksstaat"-Expedition zu beziehenden Schriften, und solche Annoncen, zu deren Gratisaufnahme der Ausschuß spezielle Genehmigung ertheilt.

b) Geschäfts-, Vergnügungs- und sonstige Privat-Annoncen werden mit $2^1/_2$ Sgr. pro Zeile berechnet.

c) Versammlungsannoncen, desgl. Annoncen der „Volksstaat"-Filialen, sowie alle Parteiangelegenheiten betreffende Annoncen, soweit solche nicht unter b) zu rubriziren sind, werden mit $1^1/_4$ Sgr. pro Zeile bezeichnet.

d) Den Parteiannoncen gleich gerechnet wird der Abdruck aller Abrechnungen, Protokolle und Statuten, die für die Leser des „Volksstaat" nur ein partielles Interesse haben.

20 Die Waldenburger Parteigenossen beantragen, der Congreß möge beschließen: Für die Privat- und Vergnügungsanzeigen im „Volksstaat" ist eine Preisermäßigung einzuführen, so daß die Petitzeile höchstens mit $1^1/_2$ Gr. berechnet wird.

21 Die Parteigenossen zu Marburg beantragen:

Alle von der Genossenschaftsbuchdruckerei für die Partei herauszugebenden Broschüren sind in gleichem Format herzustellen.

22 Dieselben beantragen ferner:

Die Redaction des „Volksstaat" ist zu bestimmen, Fremdwörter soviel als thunlich zu vermeiden oder nur unter Beifügung der Bedeutung derselben in deutscher Sprache zu gebrauchen.

Zu C. 6.

23 Die Hamburger Mitglieder beantragen, der Congreß wolle beschließen:

Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Ausschusses, welchem über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich.

24 Th. Kalb in Frankfurt a. M. beantragt, der Congreß wolle beschließen:

Lokale Parteiblätter dürfen nur dann gegründet werden, wenn genügend Leser, sowie tüchtige Leiter für die zu errichtenden Blätter vorhanden sind.

25 Die Dresdner Mitglieder beantragen, der Congreß möge beschließen:

Die Bewilligung des Ausschusses ist zur Begründung von Lokalblättern nicht erforderlich, wohl aber über letztere eine Controle seitens des Ausschusses zulässig. Blätter, welche von der Parteitendenz abweichen, sind durch die Parteiorgane nicht mehr zu empfehlen.

26 Die Control-Commission zu Frankfurt a/M. beantragt, der Congreß möge beschließen:

Sämmtliche Parteiblätter sind verpflichtet, je ein Gratisexemplar jeder der beiden Parteibehörden zuzusenden.

Sämmtliche daraus entstehenden Kosten deckt die Parteikasse.

Zu C. 7.

27 Die Hamburger Mitglieder beantragen, zu beschließen:

Behufs Unterstützung der gemaßregelten, resp. inhaftirten Parteigenossen gelten folgende Bestimmungen:

a) Anspruch auf Unterstützung aus Parteimitteln haben überhaupt nicht 1) Personen, die der Parteiorganisation nicht angehören; 2) Personen, selbst wenn sie der Parteiorganisation angehören, sobald dieselben die Strafen im Privatverkehr, Wirthshausagitation oder sonstwie unachtsamer Weise sich zugezogen haben.

b) Einmalige Unterstützungen bestimmt der Ausschuß nach freiem Ermessen.

c) Dauernde Unterstützungen werden nur auf Grund eines vom Ausschuß festzusetzenden Unterstützungsreglements gewährt. Dieses Reglement muß alle Parteigenossen einander gleichstellen. Ein Unterschied darf nur gemacht werden zwischen Ledigen und Verheiratheten (zwischen letzteren nur hinsichtlich der Zahl der Kinder unter 12 Jahren), ferner mit Rücksicht auf den Wohnsitz.

Zu C. 8.

28 Die Parteigenossen zu Hannover und Mannheim beantragen, der Congreß möge beschließen:

Wenn irgend möglich, sind betreffs einer Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterfraktionen geeignete Schritte zu thun.

29 Antrag der Marburger Parteigenossen:

Alle Parteimitglieder haben sich als konfessionslos zu betrachten und demgemäß aus der Landeskirche auszuscheiden.

30 Die Parteigenossen zu Crimmitschau beantragen, der Congreß wolle beschließen:

1) daß bei Reichstagswahlen ein Candidat unserer Partei nur in einem Bezirke, wo entschiedene Aussicht, ihn durchzubringen, vorhanden ist, aufgestellt werden darf, nicht in mehreren derartigen Bezirken;

2) daß das Wahlcomité sich vor der Aufstellung eines Candidaten stets im Voraus dessen bedingungsloser Zusage der Annahme einer eventuell auf ihn fallenden Wahl versichert haben muß.

31 Th. Kalb in Frankfurt a. M. beantragt: In Erwägung, daß die lokale Agitation weit nützlicher, auch billiger ist, als die fliegende, wolle der Congreß beschließen, für Orte, welche unserer Bewegung günstig sind, stabile Agitatoren zu ernennen.

32 Die Parteigenossen von Oederan, Freiberg und Hainichen beantragen, der Congreß wolle beschließen:

Der Ausschuß hat der Agitation im 9. sächsischen Wahlkreise sein Augenmerk mehr als bisher zuzuwenden.

33 Die Harburger Mitglieder beantragen: Der Congreß wolle beschließen, in Norddeutschland eine regere Agitation ins Leben zu rufen.

34 Die Parteigenossen zu Bremerhafen beantragen, den 18. u. 19. hannöverschen Wahlkreis mit einem ständigen, besoldeten Agitator zu bedenken.

35 Die Parteigenossen zu Forst: Der Congreß möge beschließen, eine rege Agitation in der Niederlausitz vornehmen zu lassen.

36 Die Parteigenossen zu Landshut beantragen, der Ausschuß möge Süddeutschland öfter mit tüchtigen Agitatoren versehen.

37 Die Augsburger Parteigenossen beantragen, der Congreß möge beschließen:

Es werden von Parteiwegen drei Flugblätter gedruckt, von denen jedes besonders die Lage des Lohnarbeiter-, des Handwerker- und Kleinbauernstandes und dessen nothwendiges Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in populärer Weise behandelt. Dieselben, in großer Anzahl gedruckt, werden den Parteigenossen zu möglichst billigem Preise, vielleicht 100 Stück zu 1 Thaler, zur massenhaften Verbreitung abgegeben.

38 Die Parteigenossen zu Bremen beantragen, der Congreß möge beschließen:

In Erwägung, daß unter den bis jetzt vorliegenden Parteischriften sich keine einzige Broschüre befindet, welche, zur Agitation geeignet, in leicht faßlicher Weise sämmtliche im Parteiprogramm ausgesprochenen Forderungen der Sozialdemokratie klarlegt, hat der künftige Parteiausschuß dafür Sorge zu tragen, daß zwei derartige Broschüren erscheinen, welche zum Preise von 1—$1\frac{1}{2}$ Gr. abgelassen werden müssen. Die eine Broschüre soll an sämmtliche Arbeiter im Allgemeinen, die zweite an die Landarbeiter insbesondere gerichtet sein.

39 Die Mitglieder zu Gößnitz beantragen:

Einem befähigten Parteigenossen ist der Auftrag zu ertheilen, eine kleine Broschüre auszuarbeiten, mittelst welcher das Parteiprogramm in leicht faßlicher Weise klarzulegen und wodurch es jedem Mit-

gliede möglich ist, sich eingehend mit dem Parteiprogramm bekannt zu machen. — Jedem Mitgliede ist bei seinem Eintritt in die Partei ein Exemplar dieser Broschüre gegen entsprechendes Entgeld abzugeben.

40 Die Augsburger Parteigenossen beantragen, der Congreß möge beschließen:

Um es jedem Parteigenossen zu ermöglichen, der systematischen Verdummung, wie sie in der heutigen Schule vielfach an den Kindern betrieben wird, kräftigst entgegentreten zu können, wird von Parteiwegen eine Jugendschrift für Kinder der ersten Schuljahre herausgegeben, welche neben Gedichtchen, zum Vortrage durch die Kleinen geeignet, in anregender Weise den Freiheitsgedanken in die Kinderbrust pflanzt.

41 Die Bremer Mitglieder stellen den Antrag: Der Parteiausschuß hat dafür Sorge zu tragen, daß künftig mehrmals im Jahre, womöglich stets vor Anfang eines neuen Quartals, vom „Volksstaat" Agitationsnummern gedruckt werden, ähnlich der im Dezember 1873 erschienenen Nummer.

42 Die Magdeburger Mitglieder beantragen: Der Congreß möge eine Commission, resp. eine geeignete Persönlichkeit beauftragen, in kürzester Zeit ein Reisehandbuch für Deutschland herzustellen und dasselbe der Buchhandlung des „Volksstaat" in Verlag zu geben. Inhalt des Buches: Partei- und Gewerkschafts-Verkehrslokale, Adressen billiger (tendenzloser) Herbergen und Gasthäuser, geschichtlicher Ueberblick über die Arbeiterbewegung.

Zu C. 9.

43 Die Hamburger Mitglieder beantragen: Der Sitz des Ausschusses wird nach Berlin verlegt.

44 Die Parteigenossen zu Freiberg, Hainichen und Oederan beantragen: Der Sitz des Ausschusses ist nach Berlin zu verlegen, da die Agitationskräfte in dieser Stadt periodisch durch unsere Reichstagsabgeordneten merklich unterstützt werden.

45 Die Mainzer Mitglieder beantragen: Der Congreß wolle beschließen, den Parteivorort nach Süddeutschland zu verlegen.

46 Die Parteigenossen zu Nürnberg und Jüterbogk beantragen: Der Vorort der Partei wird für das neue Geschäftsjahr in Hamburg belassen.

47 Antrag der Hamburger Mitglieder: Der Sitz der Controlcommission wird nach Augsburg verlegt.

Zu C. 10.

48 Die Chemnitzer Mitglieder beantragen, den nächsten Parteicongreß in Chemnitz abzuhalten.

49 Die Hamburger Mitglieder beantragen, zu beschließen: Der nächste Parteicongreß findet zu Weimar statt.

50 Die Mitglieder zu Kassel beantragen, den nächstjährigen Parteicongreß in Kassel stattfinden zu lassen.

Vorversammlung.

Sonnabend, den 18. Juli, Abends 9 Uhr,

im Kurgarten.

(Vertreten sind neben den meisten in der Präsenzliste erwähnten Delegirten eine größere Anzahl Parteigenossen von Coburg 2c. 2c.)

Geib-Hamburg eröffnet die Verhandlungen Abends punkt 9 Uhr und begrüßt die Genossen, welche als Vertreter der Partei zu ernster Berathung erschienen sind. Redner betont unter Anderem: „Faßt man die Zahl der heute hier anwesenden Delegirten ins Auge, so könnte es scheinen, als habe sich der Partei ein bedenklicher Stillstand bemächtigt. Dem ist aber leicht zu widersprechen — Sparsamkeitsrücksichten halten manchen Genossen zu Hause. Noch nie hat die Partei sich gleichen Wachsthums erfreut wie im verflossenen Jahre, und das trotz aller Verfolgungen. Die Verfolgungen regen nur zu neuem Wirken an und bleiben nicht ohne Dementi's. So begrüßen wir heute Liebknecht, der nach langer Haft wieder in unserer Mitte weilt ganz wie früher. — Fünf Jahre lang ist jetzt die Partei organisirt; mit den Erfolgen dieser Zeit können wir zufrieden sein, uns bemühend, die in der Agitation gewonnene Kraft und Einsicht bei fernerer Thätigkeit erfolgreich zu verwenden. Wir hatten uns 1869 vorzüglich mit dem Parteiprogramm zu beschäftigen. Auf diesem Kongreß wird gleiches geschehen, um dem Verlangen nach Reform zu genügen. Geloben wir uns, es im Geiste der Brüderlichkeit zu thun, welcher stets aus gemeinschaftlichem Streben entspringt. Ein gedeihlicher Verlauf des Kongresses, der hiermit eröffnet wird, ist dann gesichert."

Namens der Coburger Parteigenossen hält Wintersberg folgende Begrüßungsrede: „Parteigenossen! Es ist ein ehrenvolles Amt, das ich mit freudigem Herzen angenommen habe, Sie im Namen der Coburger Parteigenossen zu begrüßen und willkommen zu heißen als eine Versammlung von Männern, die ihre Kraft und ihren Willen bereits bewährt haben in den Kämpfen und Verfolgungen, die sie zu bestehen hatten, und in der Bildung, die sie sich erworben haben und ganz ihr eignes Werk nennen dürfen. Es ist wohl doch nicht ohne Bedeutung, daß die Parteigenossen hier damit ihren ältesten Genossen betraut, der wahrscheinlich auch das älteste Mitglied der Partei ist und über ein

halbes Jahrhundert Zeugniß geben kann, nicht aus Büchern, sondern aus eigenen Erlebnissen und Beobachtungen, welchen Weg die Arbeiterbewegung seit einem halben Jahrhundert zurückgelegt hat. Ich habe den Handwerksburschen vom Jahre 1820 gesehen und sehe heute vor mir die Vorkämpfer und Führer der Arbeiter von 1874, welche Männer gestellt haben, die ihren Platz überall auszufüllen wissen, wenngleich einige der Besten in den Kerkern zurückgehalten werden. Es ist für mich, den Greis, etwas Hocherfreuliches, mich am Abend meiner Tage im Kreise solcher Männer zu sehen, und ich bin versucht zu weissagen, daß diese Bewegung nicht gleich andern wird gefälscht werden können; denn sie ist nicht entstanden auf einem Boden, der ein Boden nicht ist, sondern aus dem untersten Grunde, auf dem Alles steht und auf dem Alles stehen muß, was Dauer haben soll, nämlich auf dem arbeitenden Volke. — Weil die Arbeiterbewegung auf diesem Boden steht, konnte sie auftauchen aus dem Sumpfe der Entsittlichung, in dem wir schon stecken seit lange, der aber seit 1866 und zumal seit 1870 noch weit ärger wurde und weiter griff, während der Uebermuth überschlug in Wahnwitz.

„Auch heute noch ist die Partei nicht stark genug durch ihre Zahl, wohl aber unüberwindlich, weil unangreifbar durch die richtige Losung, die sie gefunden, indem sie auf ihre Fahne nicht schrieb einen zweifelhaften Anspruch, sondern die Thatsache des Rechts, das leibhaftige Recht, nämlich die Arbeit. — Man sammelt wider uns bewaffnete Schaaren; allein wir sind nicht zu finden auf den Straßen, nur in den Werkstätten, und die Führer der Arbeiter im ärmlichen Stübchen, wo sie nach schwerem Tagewerk für den Vortheil reicher Leute, an sich selber arbeitend, nämlich an ihrer Bildung, gefunden werden. — Das unterscheidet die gegenwärtige Bewegung von allen früheren; sie wird nicht mit den Waffen gemacht, sondern mit dem Arbeitszeug; mit der Arbeit haben wir vor, die Welt zu erobern, und sind gewiß, daß wir es vollbringen. Noch vor 25 Jahren habe ich selbst zu den Waffen gerufen. Jetzt können wir unsern Gegnern den Trumpf zurückgeben, daß der Waffenkampf ein überwundener Standpunkt ist. — Geehrte Männer, erlauben Sie mir, daß ich hier drei Punkte kurz beleuchte, weil ich dieselben für die Hauptaufgaben gerade des gegenwärtigen Kongresses halte; aber nicht etwa, weil ich gedächte, Sie darüber zu belehren, sondern nur, weil ich dadurch zeigen will, daß die Parteigenossen zu Coburg ihren Sinn und ihre Gedanken auf diese Punkte geworfen und sie auch selbst zu bewahren suchen. Zunächst hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei alle ihre Kräfte zusammenzudrängen auf den einen Punkt, wie sie sich, der Zahl und dem Gehalte nach, so weit vermehre, daß sie bei den Wahlen die wirkliche Mehrheit bilde, und auf diesem friedlichem Wege das Heft in die Hand erhalte. Sobald sie dieses Ziel erreicht hat, ist es kindisch, von Gewalt zu sprechen, so lange sie noch nicht an diesem Ziele, ist es verrätherisch, zur Gewalt zu greifen. Dann wird es Zeit sein, die Gesellschaft selber umzubilden, weil wir dann erst wissen werden, mit welchen Stoffen wir zu arbeiten haben. Während wir aber unsere besten Kräfte nach diesem Ziele richten, dürfen wir den Kampf auf der ganzen Linie nicht einschlafen

lassen, denn in der privilegirten Kirche, im Kapital und in der falschen Wissenschaft sind gefährliche Feinde gegen uns thätig und die Schule ist zu einem Werkzeuge gegen uns gemacht worden. Wir müssen uns also vorsehen, daß die Gegner uns nicht von hinten in die Weichen dringen. — Der zweite Punkt ist, daß die Arbeiter den Kampf um Bildung mit verstärkter Kraft fortsetzen sollen, denn die Gerechtigkeit ist ihre Waffe, und diese wird nur geltend gemacht durch Gründe, nicht durch das Schwert. Wir haben nicht nöthig, die genialen Männer, die schon jetzt als mächtige Redner hervorgetreten sind, zu diesem Kampfe noch anzuspornen. Aber eine Beobachtung darf ich nicht verhehlen, und habe sie Keinem verhehlt, mit dem ich zusammengetroffen. In der Geschichte ist nämlich die Bildung des Volks im allgemeinen sehr mangelhaft, was nicht anders sein kann, denn überall sonst ist das eigene Beobachten und Denken Meister, in der Geschichte dagegen das Buch. In den Büchern ist aber mehr Lüge als Wahrheit niedergelegt, und die offiziellen Geschichten sind gerade die verlogensten. Es gehört also schon ein tiefes Urtheil dazu, um die Lüge von der Wahrheit zu unterscheiden. — Der dritte Punkt ist, daß die Arbeiter es sich zur Aufgabe machen müßten, sich durch Ehrenhaftigkeit in jedem Betracht als Muster darzustellen. Wir sind nicht eine politische Partei von gewöhnlichem Schlage, nicht eine Partei, die Standes- oder Klassen-Vortheile vertritt, wir sind die Partei der Gerechtigkeit, und der Geist der Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit muß alle unsere Gedanken und alle unsere Handlungen durchziehen. Den Parteigenossen von Coburg ist dieses Zeugniß gegeben worden, sie sind stolz darauf und wollen es auch ferner wahren, und Sie Alle, als in diesem Sinne strebend, heiße ich also noch einmal in unser Aller Namen von ganzem Herzen willkommen."

Der Rede Wintersberg's folgt ein Gesangvortrag des Coburger sozial-demokratischen Gesangvereins, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird, worauf Geib als Vertreter des Partei-Ausschusses die Bureauwahl einleitet. Es wird beschlossen, durch Akklamation zu wählen.

Vahlteich-Chemnitz wird zum ersten, Motteler-Crimmitschau zum zweiten Vorsitzenden bestimmt. Als Schriftführer zur sofortigen Fertigstellung der Tagesprotokolle behufs Verlesung fungiren: L. Mehlhorn, Sy, Bernstein, Burkhardt, Dr. Stamm, Tauscher, Eckstein; der Letztere zur Führung der Rednerliste.

Die Punkte 1 und 2 der Vorversammlungs-Vorlage sind hiermit erledigt; zu Punkt 3: „Wahl der Mandatprüfungs-Kommission", wird festgestellt, daß dieselbe aus drei Personen bestehen soll. Auer, Geib und Rick werden gewählt, und zu Punkt 4: „Vereinbarung über die in der öffentlichen Sitzung (Volksversammlung) zu beantragenden Resolutionen", auf Antrag Grillenberger's beschlossen, dieselben den Referenten zu überlassen, welche nach Erklärung Geib's vom Ausschuß bereits aufgestellt worden sind.

Ueber die „politische Stellung der sozial-demokratischen Arbeiterpartei" sollen Liebknecht und Motteler, über die „industrielle und ländliche Arbeiterfrage" York und Grillenberger referiren.

Betreffs eines Bureaus für die öffentliche Versammlung wird Debatte gepflogen und schließlich Auer's Antrag: „Der Volksversammlung ein Bureau vorzuschlagen", angenommen. Als Vorsitzende sollen demnach Vahlteich und Geib, als Schriftführer Mehlhorn und Eckstein empfohlen werden.

Zu Punkt 5: „Feststellung der Reihenfolge der Tagesordnung und Geschäftsordnung für den Congreß" erläutert Geib zunächst die Nothwendigkeit, den Punkt 9 C unter den ersten mit in Behandlung zu ziehen, weil gegen Ende des Congresses viele Delegirten zur Abreise drängen und somit an der „Wahl des Partei-Vororts ꝛc." leicht behindert wären. Baumann wünscht, Geib zwar zustimmend, nur erst die Mandatsprüfungs-Commission zu hören, wogegen von Geib auf das möglicherweise spätere Eintreffen von weiteren Delegirten hingewiesen wird. Derselbe beantragt deshalb, die Punkte 1, 2 u. 3 C nach Reihenfolge der gedruckten Vorlage zu behandeln, dagegen den Punkt 9 C sofort nach 3 C, also als vierten Punkt der Tagesordnung einzustellen; Baumann beantragt, die Punkte 1 und 2 zu wechseln, was durch Annahme des Geib'schen Antrags abgelehnt wird.

Die Tagesordnung steht also dergestalt fest, daß zwischen Punkt 3 und 4 C der Punkt 9 als 4 eingeschaltet wird. Die weitere Reihenfolge der Druckvorlage ist beibehalten. —

Um weitläufige Geschäftsordnungsdebatten thunlichst zu vermeiden, schlägt Geib vor, eine bestimmte Geschäftsordnung zu berathen, oder wenigstens die bei früheren Congressen gehandhabte, namentlich mit Bezug auf schriftliche Anmeldung zum Wort und fünfminutige Redezeit, wieder anzunehmen. Es entspinnt sich hierüber eine sehr lebhafte Debatte zwischen den Vertheidigern der beschränkten und unbeschränkten Redezeit, wonach schließlich:

1) schriftliche Meldung zum Wort,
2) fünfminutige Redezeit, wobei sich der Congreß Ausnahmebestimmungen vorbehält (Letzteres gegen einen Antrag auf 10 Minuten Redezeit), und
3) daß über einen und denselben Gegenstand ein Redner nur dreimal sprechen dürfe,

Annahme durch Stimmenmehrheit findet.

Ein weiterer Antrag Wolf's, daß Jeder, der sich zum Worte meldet, zu bemerken haben solle, ob er für oder gegen einen Gegenstand der Tagesordnuug sprechen wolle, so daß dann abwechselnd ein Redner für und einer dagegen gehört werde, findet nach einigem Widerspruch Ablehnung, weil auf diese Weise die Redefreiheit entschieden beeinträchtigt wäre.

Sodann wird gewünscht, eine gegenseitige Vorstellung der Delegirten unter Namensnennung und Erheben vom Platze zu veranlassen, und dieß mit Verlesen der Präsenzliste vorgenommen.

Geib's Vorschlag, die Tagesprotokolle vor Beginn jeder Sitzung zu verlesen, wird ohne Widerspruch zum Beschluß erhoben.

Schultz-Rudolstadt wünscht Verlesung jedes einzelnen Antrags vor der jeweiligen Abstimmung, was vom Vorsitzenden als selbstverständlich zugegeben und damit erledigt wird.

Füglich wird noch die Wahl einer Redaktionskommission für das Protokoll angeregt und der Antrag, die Redaktion einer einzelnen Person aufzutragen, gegen den, eine Commission aus drei Personen zu bilden, angenommen. Motteler wird mit der Redaktion beauftragt.

Nach Erledigung einiger lokalen Angelegenheiten für den folgenden Tag, giebt der Vorsitzende bekannt, daß die Präsenzliste bei Beginn jeder Sitzung verlesen, sowie Fehlende protokollarisch eingezeichnet werden, und schließt die Vorversammlung Nachts 11¼ Uhr.

Erste geschlossene Sitzung.

Sonntag, den 19. Juli, Vormittags 11 Uhr,

im Kurgarten.

Vorsitzender Vahlteich: Ich gebe zunächst Mittheilung von einigen neu eingegangenen Anträgen und Zuschriften:

Die Parteigenossen in Dresden beantragen, einen ständigen Agitator dort anzustellen und werde ich diesen Antrag bis zur Berathung des neuen Punkt 9 C („Agitation") zurückstellen, wohin er gehört. Einen Antrag in Form der Zuschrift eines Parteigenossen von der polnischen Grenze, zwei Bücher, das eine in deutscher, das andere in polnischer Sprache — die sozial-demokratischen Grundsätze behandelnd und speziell die Stellung der Sozialdemokratie in Rücksicht auf die polnischen Grund- und Bodenverhältnisse, die polnische Constitution vom 3. Mai 1791 und die Wiederherstellung Polens darlegend — von einer geeigneten Persönlichkeit verfassen zu lassen, verweise ich ebenfalls unter Punkt 9 C, dafern Widerspruch nicht erhoben wird. Es ist dies nicht der Fall, was ich hiermit konstatire. Ferner liegt vor eine Beschwerde Lepp's gegen Eckstein-Waldheim i. S. Wünscht der Congreß sofort darüber in Diskussion zu treten?

Eckstein erklärt, daß er von der Angelegenheit keinerlei Kenntniß habe.

Der Congreß beschließt, die Beschwerde an eine Commission von drei Mann zu überweisen und deren Bericht entgegenzunehmen. Mit Akklamation werden dazu gewählt Wolf, Lehmann, Albert, welchen das bezügliche Material sofort behändigt wird.

Ein weiterer Antrag von Roland, in Hessen eine Agitation in's Leben zu rufen, wird zu Punkt 9 C gestellt. — Es erfolgt hierauf Verlesung der Präsenzliste. Abwesend 4 Delegirte, welche sich indeß nach Schluß der Verlesung melden.

Yorck und Fischer-Staßfurt treten ein.

Der Vorsitzende ertheilt das Wort zu 1 C (erster Theil) „Bericht des Ausschusses“ dem Vertreter des Partei-Ausschusses

Geib: Meine Herren! Der vorjährige Partei-Congreß hatte Hamburg zum dritten Male dazu ausersehen, die Leitung der Partei in die Hand zu nehmen. In der Gewißheit, ein wichtiges Geschäftsjahr vor sich zu haben, traten die Hamburger, Harburger, Altonaer und Wandsbecker Parteigenossen am 6. September 1873 zur Wahl des neuen Ausschusses zusammen. Das Resultat der Wahl war: R. Praast, erster, und Th. Külbel, zweiter Vorsitzender; Th. Yorck, Schriftführer; H. Benneke, Kassirer; A. Geib, Beisitzer.

Von diesen Ausschusmitgliedern trat Yorck, indem er sich entschloß, das Amt eines Vorsitzenden der Holzarbeiter-Gewerkschaft weiterzuführen, mit Rücksicht auf Antrag 11 der vorjährigen Congreßvorlage von seinem Amte als Partei-Sekretär Mitte Oktober 1873 zurück. Jetzt wurde Geib zum Sekretär und G. A. Müller zum Beisitzer des Ausschusses gewählt.

Der Ausschuß hatte sich bei seiner Constituirung vier Hauptaufgaben gestellt: Gewissenhafte Verwaltung, siegreiche Durchführung der Reichstagswahlagitation, Kräftigung der Organisation durch deren stete Geltendmachung als Parteigesetz, Ausbreitung der Partei.

Sehen wir zu, inwiefern seine Bemühungen von Erfolg gekrönt wurden.

Als Hauptverwaltungsmaxime wurde festgesetzt, wöchentlich mindestens eine Sitzung abzuhalten und alle Briefe rc., sofern dies sich durch den Sekretär thun ließ, sofort zu beantworten, andernfalls aber definitiv in der ersten Sitzung nach Ankunft jedes Schriftstückes dessen Beantwortung zu vereinbaren. An dieser Maxime festhaltend, konnten alle dem Ausschuß unterbreiteten Angelegenheiten in einer Weise erledigt werden, daß Beschwerden wider den Ausschuß — mit Ausnahme einer einzigen aus Rochlitz, welche unbegründet war — bei der Control-Commission nicht erfolgt sind. Man könnte dem Ausschuß vorwerfen, daß er statt vier, nur drei Abrechnungen im letzten Verwaltungsjahre veröffentlicht habe, allein dem gegenüber müssen wir, abgesehen davon, daß der Vorwurf bis jetzt nicht erhoben wurde, bemerken, daß das letzte Verwaltungsjahr nur zehn Monate umfaßt, sowie daß das Bestreben, den Reichstagswahlfond zum Abschluß zu bringen, uns veranlaßte, die zweite Abrechnnng auf die Zeit vom 1. November 1873 bis 19. April 1874 auszudehnen. Die neueste Abrechnung, laufend vom 20. April bis 10. Juli d. J., wird auf diesem Congreß direkt zur Vorlage gelangen

Wie sehr die Parteithätigkeit in diesem Jahre gestiegen ist, ergiebt sich aus einem weitern Blick auf die Thätigkeit der Verwaltung. Die Summen, welche seit dem vorjährigen Congreß von der Partei an Steuern zusammengebracht wurden, übersteigen alle Summen früherer Abrechnungen. Dazu kommt noch, daß der Wahlfond besondere Opfer forderte, außerdem aber auch unablässig für Beschaffung von Unterstützungsgeldern gewirkt werden mußte.

Im letzten Rechnungsjahre ergaben sich auf den verschiedenen Contis folgende Zahlen:

Parteiconto:

Kassenbestand	Thlr. 152. 21. 5.	
Einnahme:		
a. Beiträge	„ 2063. 29. 2.	
b. Protokolle	„ 121. 14. 6.	
c. Material	„ 106. 21. —.	
d. Rückzahl. v. Nürnb. Wochenblatte	„ 50. —. —.	
e. Zuschuß a. d. Unterstützungsfond	„ 115. —. —.	
f. Anleihe (Gen.-Dr., Leipzig)	„ 277. —. —.	
Ausgabe:		
a. für Agitation und Verwaltung		Thlr. 2232. —. 11.
b. Zuschuß zum Wahlfond		„ 533. 2. 8.
c. Vorschuß dem Nürnberger Wochenblatt		„ 75. —. —.
Kassenbestand (Vortrag)		„ 46. 22. 6.
	Thlr. 2886. 26. 1.	Thlr. 2886. 26. 1.

Wahlfond:

Einnahme:		
a. direkt	Thlr. 731. 1. 6.	
b. Zuschuß a. d. Parteikasse	„ 533. 2. 8.	
Ausgabe:		Thlr. 1264. 4. 2.
	Thlr. 1264. 4. 2.	Thlr. 1264. 4. 2.

Unterstützungsfond:

Kassenbestand	Thlr. 383. 14. 11.	
Einnahme:		
a. direkt	„ 968. 10. 7.	
b. Rückzahl. eines Darl. v. d. G.-Dr. Leipz.	„ 100. —. —.	
c. Aufn. eines Darl. v. H. Somann-Altona	„ 100. —. —.	
Ausgabe:		
a. für Inhaftirte ꝛc.		Thlr. 1373. 28. 11.
b. Zuschuß z. Verwaltung		„ 115. —. —.
Kassenbestand (Vortrag)		„ 52. 26. 7.
	Thlr. 1541. 25. 6.	Thlr. 1541. 25. 6.

NB. Dem geringen Kassenbestand stehen gegenüber: die beiden Anleihen von zusammen 377 Thlr., sowie die Druck- und Buchbinderschulden von zusammen 623 Thlr. (Rosenberg, Grönberg, Chemnitz, Bracke zus. ca. 150 Thlr., Genossenschaftsbuchdruckerei ca. 473 Thlr.), demnach Gesammtschulden 1000 Thlr.

Zu vorstehender Abrechnung sei noch bemerkt, daß der Parteikassirer während des letzten Verwaltungsjahres 1117 eingehende und 408 ausgehende Briefe und Geldsendungen zu verzeichnen hatte.

Das Parteisekretariat seinerseits empfing in derselben Zeit 1934 Briefe und sonstige Sendungen, während von ihm selbst deren nicht weniger als 3195 nach auswärts befördert wurden.

Bezüglich der Thätigkeit des Ausschusses in der Reichstagswahlagitation können wir uns kurz fassen, da die Ergebnisse jener Agitation schon längst bekannt sind. Womit der Ausschuß bei dieser Agitation zunächst zu kämpfen hatte, das war das Verlangen, in allen Wahlkreisen, worin Parteigenossen wohnhaft waren, Candidaten nicht nur aufzustellen, sondern auch mit aller Energie für dieselben einzutreten. War diese Forderung auch nicht im Sinne des vorjährigen Congreßbeschlusses, so ward sie doch von einem Geiste diktirt, welcher für die lebhafte Agitationslust unserer Parteigenossen das beste Zeugniß ablegt. Der Ausschuß mußte selbstverständlich so viel als möglich einer Kräftezersplitterung in der Wahlbewegung vorbeugen, daher auch so manche an ihn gerichtete Wünsche unerfüllt lassen. In nicht weniger als 90 Wahlkreisen waren von unseren Parteigenossen Candidaten aufgestellt worden, jedoch betrug die Zahl der Candidaten nur 39. Von diesen 39 Personen wurden im ersten Wahlgange 6 (Bebel, Geib, Liebknecht, Most, Motteler, Vahlteich), in der Stichwahl 1 (Dr. Joh. Jacoby, welcher die Wahl jedoch ablehnte) gewählt. Im Ganzen fielen auf die Candidaten unserer Partei etwa 180,000 Stimmen. Unter allen Wahlkreisen steht an Stimmenzahl obenan Chemnitz, dann folgt Crimmitschau-Zwickau, Stollberg-Schneeberg, Glauchau-Meerane, Limbach-Mittweida, Landkreis Leipzig und Freiberg-Hainichen-Oederan. Ausgezeichnete Minoritäten wurden erzielt in Braunschweig, Reichenbach, Dresden und Nürnberg. Leider befinden sich zwei der Erwählten augenblicklich, und zwar noch für lange Zeit, im Gefängniß: Bebel und Most. Doch an solche Schläge ist die Partei gewöhnt: wir wissen, daß jede politische Verfolgung die Banden enger und fester knüpft, welche um Wähler und Erwählte geschlungen sind.

Die Wahlbewegung hat uns viel Geld gekostet und noch sind die letzten Ausgaben, zu welchen uns dieselbe verpflichtet hat, nicht gemacht. Von den Geldern der Parteikasse sind etwa 1300 Thlr. direkt für die Wahl verausgabt worden. Außerdem hat das sächsische Landescomité zu Dresden laut Abrechnung in Nr. 43 des „Volksstaat" und laut nachträglich geleisteter Zahlung an den Buchdrucker, zusammen etwa 780 Thlr. ausgegeben. Die Kosten der Wahl im Stadt- und im Landkreise Leipzig belaufen sich auf 733 Thlr., diejenigen im Kreise Geithain-Rochlitz auf ca. 165 Thlr., im Kreise Chemnitz auf 345 Thlr., im Kreise Freiberg-Hainichen-Oederan etwa auf 150 Thlr., im Kreise Stollberg-Schneeberg ca. 350 Thlr. u. s. f. Nach einer ziemlich eingehenden Zusammenstellung und Schätzung der Wahlkosten kann behauptet werden, daß die Partei insgesammt für die Wahlen nahezu 12,000 Thlr. ausgegeben hat. Das mag Manchem zu viel erscheinen für eine Bewegung, deren Früchte, sofern wir den Reichstag in's Auge fassen,

sehr zweifelhafter Art sind. Allein von vornherein war es mehr auf die Kräftigung der Partei außerhalb, als innerhalb des Reichstags abgesehen; wußten wir doch, daß im Reichstage selbst nur wenig oder vorerst auch nichts für unsere Partei, für die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands, zu erreichen sein würde.

Unserer Befriedigung über das Ergebniß der Reichstagswahlen können wir erst dann vollen Ausdruck geben, wenn wir die Ausbreitung der Partei in Betracht ziehen. Auf dem vorjährigen Congreß konnte berichtet werden, daß die Partei an 170 Orten ihre Vertrauensmänner habe. Heute können wir schon 226 Orte bezeichnen, an welchen die Partei Mitglieder zählt, und einer solchen Ausbreitung erfreute sich die Partei noch nie. Im letzten Jahre verging keine Woche, welche der Partei nicht neue Parteiorte brachte. Zwar sind, ganz so wie im vorigen Jahre, noch viele Mitgliedschaften sich ihrer Parteipflichten wenig bewußt, allein die Zahl der positiv guten Mitgliedschaften mehrt sich in erfreulicher Weise. Unter den 226 bestehenden Mitgliedschaften befinden sich 186, welche in diesem Jahre (1874) Beiträge an die Parteikasse gesandt haben. Die 40 übrigen Mitgliedschaften bedürfen einer öffentlichen Mahnung, weshalb wir sie hier namentlich aufführen. Sie heißen: Auerbach, Biere, Dahme, Dülken, Gablenz, Gera, Geyer, Giengen, Greiz, Groß-Mühlingen, Grünhain, Hänichen, Halle, Harzberg, Harzgerode, Heidenheim, Heilbronn, Holzminden, Hornhausen, Judenbach, Kochstedt, Lobberich, Lübeck, Lugau, M.-Gladbach, Neukirchen, Nietleben, Olbernhau, Penig, Reichenbrand, Saalfeld, St. Tönis, Treuenbrietzen, Unter-Weißig, Viersen, Weida, Weinheim, Weißenburg i. B., Wittgensdorf.

Aufgabe der den soeben genannten Mitgliedschaften zunächst liegenden Parteiorte ist es, die Säumigen an ihre Pflichten zu erinnern und sie baldigst wieder zur strikten Beachtung der Organisation zurückzuführen. Je dichter sich die Reihen schließen, desto leichter und erfolgreicher kann die Agitation betrieben werden! Würden alle säumigen Mitglieder in leistungslustige Parteigenossen verwandelt werden, dann hätte die Partei, ohne einen andern Mitgliederzuwachs ins Auge zu fassen, mindestens 500 Thlr. an Beiträgen jährlich mehr zu verzeichnen, eine Summe, groß genug, um damit die Kosten mehrerer langandauernden Agitationsreisen bestreiten zu können.

Entsprechend den vorhandenen Mitteln wurde im verflossenen Verwaltungsjahre mehr auf die Agitation verwandt, als in früherer Zeit. Agitatorisch thätig waren vorzugsweise: Auer, Most, Scheil, Raspe, Eckstein, Wiemer, Uhle, Sonntag, Vahlteich, Yorck, Motteler, Burckhardt, Fischer, Walster, Fink, Grillenberger, Kayser, Bernstein, Baumann-Berlin, Carl Hillmann, Richard und Rud. A. Wolf, Hadlich, Holzwarth, Geiser, Rick, A. Jung, Schumacher, Sauren, Bracke, Blos, Liebknecht u. s. w.

Der Ausschuß war stets bemüht, mit allen Vertrauensmännern und Agitationscomités nicht nur Fühlung zu behalten, nein, so weit als möglich in lebhaftem Verkehr zu bleiben. Er erblickt hierin, wohl nicht mit Unrecht, den ersten und besten Hebel zur Kräftigung der

Organisation. Je mehr die einzelnen Mitglieder mit den Absichten des Ausschusses bekannt wurden und je mehr die Strömungen in den einzelnen Mitgliedschaften wieder dem Ausschuß erkennbar blieben, desto mehr konnte gegenseitig zur Ausmerzung von Uebelständen und vorgefaßten Meinungen geschehen. Und wer wollte dies nicht als praktisch anerkennen, zumal in einer Zeit, die an Verfolgungen und Maßregelungen der Sozialdemokratie so reich ist!

Zur Anwendung des § 11 der Parteigeschäftsordnung mußte der Ausschuß in zwei Fällen greifen. Das Schiedsgericht zu Neundorf (zwischen Naumann und Röder) führte die Versöhnung der streitenden Parteien herbei; weniger glücklich war das Schiedsgericht zu Apolda, da ein entscheidender Wahrspruch von ihm nicht gefällt wurde. Ein dritter Streitfall berührte das frühere Ausschußmitglied York (contra Hugo Hillmann und G. Schumacher), weshalb der Ausschuß die Entscheidung der Controlcommission überwies. Auf Antrag der betreffenden Mitgliedschaften wurden H. Mayer in Fürth und A. Wald in Langenbielau ihrer Mitgliedsrechte bis zum Congreß enthoben. Falls dieselben bei dem Congreß keine Berufung einlegen, sind sie definitiv aus der Partei ausgeschlossen. C. Kleist in Cöln trat, als der Antrag auf seinen Ausschluß aus der Partei, gestellt wurde, freiwillig aus, womit der betreffende Antrag erledigt war.

Die Stellung des Ausschusses zur Parteipresse war im Allgemeinen dieselbe wie früher. Doch muß hier bemerkt werden, daß das Nürnberger sozialdemokratische Wochenblatt bald nach dem vorigen Congreß Eigenthum der Partei und seit jener Zeit auf Anordnung des Ausschusses von C. Grillenberger geleitet und verwaltet wurde. Dies Blatt erschien bis zum 1. April d. J. wöchentlich einmal, seitdem jedoch zweimal. Seine Existenz ist in vollem Maße gesichert, wie auch aus beifolgender Abrechnung erhellt.

Der Stand des Central-Parteiorgans „Der Volksstaat" könnte besser sein, als er ist. Zwar deckt derselbe völlig seine Kosten, allein wir verlangen von diesem Parteiorgane mehr: es soll eine Einnahmequelle für die Partei werden. Um dies zu ermöglichen, müssen die Genossen an allen Parteiorten nachhaltig für die Verbreitung des „Volksstaat" einstehen. Dies allein kann zum Ziele führen. Wir wiederholen hier eine Losung, die wir schon in einem Aufrufe bezüglich des „Volksstaat" ausgegeben haben. Sie ist vor Allem zu beherzigen, wenn der „Volksstaat" das werden soll, was wir von ihm erwarten, und lautet: Kein Parteigenosse ohne das Haupt-Parteiorgan!

Die Abrechnung der Expedition des „Volksstaat" eingehend zu erörtern, wird zwecklos sein, da dieselbe hier unmittelbar vorgelegt werden wird.

Der Ausschuß hatte noch dreien der Parteiblätter, wenngleich sie nicht direktes Parteieigenthum sind, sein Augenmerk zuzuwenden. Zuerst mußten Mittel für den Fortbestand der „Chemnitzer Freien Presse" beschafft werden. Es geschah dies kurz vor den Wahlen aus taktischen Gründen. Die Summe (500 Thlr.) wurden geliehen und deren Rückzahlung, unter Bürgschaft einzelner Parteigenossen zu Ostern 1875

verabredet. Dem „Dresdner Volksboten“, sowie der „Süddeutschen Volksstimme“ zu Mainz hat der Ausschuß aus der Parteikasse mit Rücksicht auf die Agitation wiederholt Unterstützung angedeihen lassen, die, wenn auch nicht besonders groß, so doch zum Fortbestand der genannten Blätter immerhin etwas beigetragen hat.

Ein vom vorigen Congreß dem Ausschuß zur Ausführung überwiesenes wichtiges Unternehmen mußte leider bis auf günstigere Zeiten verschoben werden. Es war dies die von Hamburg aus beantragte belletristische Wochenschrift. Viele der Vorarbeiten zu diesem Blatte waren schon gethan, allein da das Circulair zur Beschaffung von neuem Betriebskapital für die Genossenschaftsbuchdruckerei, welche das Blatt drucken und verlegen sollte, wenig Erfolg hatte, so mußte, zumal auch die Wahlbewegung um einige Monate eher, als erwartet worden war, vor sich ging, die Herausgabe der genannten Wochenschrift unterbleiben. Wie die Dinge jetzt liegen, empfiehlt es sich, noch ein Jahr mit der Herausgabe zu warten und inzwischen den Vorläufer des fraglichen Unternehmens, den „Volksstaat-Erzähler“, als tüchtigen Pionier weiter erscheinen zu lassen.

Wenn wir schließlich noch unsere Stellung zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein erwähnen, so geschieht es nur, um zu konstatiren, daß seit der Reichstagswahl der alte Hader im Wanken begriffen ist. Viel trägt dazu die Thatsache bei, daß der Allg. deutsche Arbeiterverein jetzt von oben herab mit gleichem Maße gemessen wird wie unsere Partei. Daß die Stellung des Allg. deutschen Arbeitervereins thatsächlich doch noch eine zurückhaltende ist, geht aus der Abstimmung über den, auf der Generalversammlung dieses Vereins gestellten Einigungsantrag, für welchen unter 69 Delegirten nur 19 stimmten, deutlich hervor. Wir haben uns demgemäß zu reserviren und vor Allem auf die prinzipielle Haltung des Allg. deutschen Arbeitervereins zu achten, da hierin ein wesentliches, wenn nicht das wesentlichste Moment zur Richtschnur unserer Einigungstaktik zu suchen ist.

Der Ausschuß unterbreitet dem Congreß seinen Bericht in der Ueberzeugung, seine Pflicht erfüllt zu haben. Wenn hier und da Fehler vorgekommen sein sollen, so dürften dieselben mit Hinweis auf die Schwierigkeit, es überall richtig zu machen und Allen zu gefallen, auf ihren wahren Werth leicht zurückzuführen sein.

Möge das kommende Verwaltungsjahr gleich günstige Resultate für die Partei zu Tage fördern, wie das soeben vollendete. Das Gute und Lebensfähige wahrend, möge die Partei festen Schrittes auf der betretenen Bahn weiter wandeln, alle Zwistigkeiten meiden und, das Programm in der einen, die Organisation in der andern Hand, an den Klippen der Gegenwart vorbei ihrem hohen Ziele, der Befreiung der Menschheit, entgegenstreben!

Der Vorsitzende erklärt die Diskussion über den soeben vernommenen Bericht für eröffnet.

Wolf erhebt Beschwerde gegen den Partei-Ausschuß, wegen dessen Vorgehens in einer Gewerkschaftsangelegenheit. „Der Ausschuß hat gelegentlich der Einsendung meines Berichtes bezüglich des in Hannover

stattgehabten Metallarbeiter-Congresses, im „Volksstaat" gegen die Einigung der Arbeiter gewirkt, und uns, die wir die Einigung wollten und wollen, allzugroßer Vertrauensseligkeit beschuldigt. In dem Vorgehen des Ausschusses, welcher die Einigung der Metallarbeiter von der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und dem Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei abhängig erklärte, liegt eine Beeinflussung der Gewerkschaften durch die betreffenden Partei-Organisationen, was im Widerspruche mit dem von uns anerkannten Grundsatze steht, daß die Gewerkschaften völlig unabhängige Organisationen sind. Ich erblicke in dem Verfahren des Ausschusses eine einseitige Einwirkung auf die Gewerkschaften, wie sie keineswegs in den Befugnissen des Ausschusses liegt."

Geib wünscht die Debatte über diesen Punkt vertagt zu sehen, bis nach der Berichterstattung der Control-Commission.

Nach kurzer Debatte wird dies auch beschlossen, und die Diskussion über den Ausschußbericht gleichzeitig mit vertagt, so daß jetzt zum zweiten Theile des Punkt 1, C, als Berichterstatter der Control-Commission Schade-Frankfurt das Wort erhält.

Schade: Meine Herren! Ich bin beauftragt, Namens der Control-Commission Bericht zu erstatten und werde mich darauf beschränken, Ihnen aktenmäßig Kenntniß von deren Thätigkeit zu geben. Nachdem in einer Versammlung der Frankfurter Parteimitglieder die Control-Commission gewählt worden war, konstituirte sich dieselbe in ihrer ersten Sitzung am 11. September 1873. Bei der Vertheilung der Aemter wurden H. Kretschmar zum ersten und Julius Schade zum zweiten Vorsitzenden, L. Opificius zum ersten und H. Grimm zum zweiten Schriftführer gewählt. Daran reihte sich ein Beschluß zur Abfassung eines Aufrufs an die Parteigenossen, mit der gleichzeitigen Bekanntgabe der Constituirung der Control-Commission. Festgesetzt wurde noch die Zeit der regelmäßigen Sitzungen.

Im Ganzen hat die Control-Commission 34 Sitzungen abgehalten; sie versammelte sich regelmäßig jede Woche. Als offizielle Sitzungen sind indeß nur diejenigen betrachtet worden, in welchen wirklich ein die Gesammtpartei betreffender Gegenstand verhandelt und darüber Protokoll geführt wurde.

In der 2. Sitzung (18. September) ersuchte H. Kretschmar, das Amt des ersten Vorsitzenden auf F. Ellner zu übertragen. Die Control-Commission acceptirte diesen Vorschlag, nachdem sie die Gründe dafür als berechtigt anerkannt hatte. Ueber die einzuhaltende Geschäftsordnung beschloß man, sich mit der vorjährigen Control-Commission und wegen der Beschaffung der Parteiblätter mit dem Ausschuß in Verbindung zu setzen.

In der 3. Sitzung (25. September) lagen mehrere Briefe vor, wovon der des Mannheimer Vertrauensmannes Mai eine Anfrage bezüglich des stattgehabten Congresses ist und eine theilweise Beschwerde gegen den Mannheimer Delegirten zu demselben enthält. Es wird beschlossen, diesen Brief möglichst bald nach Anhörung des Frankfurter Delegirten zu beantworten.

Die 4. Sitzung (2. Oktober) beschäftigte sich nur mit rein geschäftlichen (inneren) Angelegenheiten.

In der 5. Sitzung erstattete L. Opificius, der zu einem Feste in Pforzheim gewesen, im Auftrage der dortigen Parteigenossen Bericht an die Control-Commission über die dortigen Verhältnisse. Der Ausschuß soll hierüber Bericht erhalten und aufgefordert werden, wenn möglich, an Stelle von Holzwarth, welcher in Folge der Geschäftskrisis wahrscheinlich aus Pforzheim abreisen müsse, einen tüchtigen Ersatzmann nach Pforzheim zu senden. Zugleich soll auch der Ausschuß ersucht werden, für eine regere Agitation in Königsberg thätig zu sein. Ein von Radtke in Königsberg an die Control-Commission über dortige Parteiverhältnisse abgesandter Bericht, war schon in der 3. Sitzung bekannt gegeben und seitens der Control-Commission beantwortet worden.

Auch die 6. und 7. Sitzung bieten außer den gewöhnlichen geschäftlichen Erledigungen keinen besonders erwähnenswerthen Verhandlungsgegenstand.

In der 8. Sitzung (28. Oktober) wurde die Antwort des Ausschusses in Betreff der Pforzheimer Angelegenheit vorgelegt. Der Ausschuß theilt darin mit, daß er über die dortigen Verhältnisse unterrichtet ist und glaubt die Pforzheimer in Betreff des Geldpunktes, angesichts der lokalen, nicht unbedeutenden Hilfsquellen auf sich selber anweisen zu dürfen. In Betreff der Agitation sollen noch Schritte gethan werden. Die Control-Commission pflichete nach längerer Debatte den Ansichten des Ausschusses bei. Nicht so war sie mit dem über den „Volksstaat“ abgegebenen Urtheil einverstanden.

In der 9. Sitzung (4. November) kam nach den gewöhnlichen geschäftlichen Erledigungen eine Anklageschrift York's zur Verlesung. Dieselbe ist an den Parteiausschuß gerichtet und enthält eine Anklage gegen G. Schumacher aus Cöln und H. Hillmann aus Elberfeld wegen Beleidigung York's auf dem Stiftungsfeste der Holzarbeiter zu Cöln. Nach eingehender Berathung wurde beschlossen, von Hillmann und Schumacher eine genaue Begründung der in den beleidigenden Aeußerungen enthaltenen Behauptungen zu fordern. Der Schriftführer beantragte, die bezüglichen Briefe der Control-Commission in dieser Angelegenheit von zweien ihrer Mitglieder unterzeichnen zu lassen, worauf noch eine innere Angelegenheit erledigt ward.

In der 10. Sitzung (11. November) wurde auf Antrag des Vorsitzenden von einer Verhandlung der Streitsache York-Schumacher-Hillmann abgesehen, weil die von Letzteren verlangte Auskunft noch nicht vorhanden war.

Es wurde hierauf mit der Revision der Ausschußbücher begonnen und diese in der 11. und 12. Sitzung beendet. Fast alle vorgefundenen Unrichtigkeiten waren untergeordneter Natur und wurde deren Richtigstellung beim Ausschuß brieflich veranlaßt. Behufs Kassenrevision in Hamburg wurden die dortigen Parteimitglieder aufgefordert, 3 Mann zu wählen, die nach beendigter Revision an die Control-Commission berichten sollten.

Die 13. Sitzung beschäftigte sich wieder mit der Streitsache York-

Schumacher-Hillmann, und wurde zunächst ein Brief Schumacher's verlesen, der indeß nicht geeignet erachtet werden konnte, Klarheit über die Sache zu verbreiten. Nach eingehender Berathung beschließt daher die Control-Commission ein Schiedsgericht mit der Angelegenheit zu betrauen: Dietzgen-Siegburg, als völlig unparteiisch, sollte den Vorsitz desselben führen, im übrigen noch 4 Mitglieder, zwei Parteigenossen von Cöln und zwei Mitglieder der Holzarbeitergewerkschaft (Parteimitglieder), als Schiedsrichter fungiren. Hierauf kam ein Brief des Mainzer Central-Wahlcomité's zur Verlesung. Dasselbe ersuchte die Control-Commission, da sein Gesuch um Geldunterstützung vom Ausschusse unberücksichtigt geblieben war, denselben nochmals aufzufordern, Geld zur Wahlagitation nach Mainz zu senden. Es wurde beschlossen, dies unter Hinweis auf die Candidatur Jacoby's zu befürworten.

In der 14. Sitzung (25. November) wurde ein Brief des Ausschusses verlesen, worin derselbe mittheilt, daß Mainz bis jetzt nur deshalb nicht unterstützt worden, weil zunächst eine planmäßige Sparsamkeit mit den Geldern zur Wahl sehr geboten sei, und andererseits aber der Wahlkreis Mainz-Oppenheim nicht als der sicherste für Jacoby, sondern erst in dritter Linie in Betracht komme. Wichtiger und sicherer sei der Landkreis Leipzig und Stadt Dresden und für diese die Geldmittel mit mehr Aussicht auf Erfolg anzuwenden.

Die 15. Sitzung (2. Dezember) beschäftigte sich ausschließlich mit inneren geschäftlichen Angelegenheiten.

In der 16. Sitzung (9. Dezember) beantragt der Vorsitzende, gestützt auf eine Notiz im „Neuen Sozialdemokrat", sofort Anfrage an den Ausschuß zu richten, ob er bezüglich der Mittheilung, daß Oswald Jurk in Forst einen Wahlaufruf zu Gunsten des Herrn von Puttkammer verfaßt und veröffentlicht habe, informirt sei, in wie weit die Mittheilung auf Wahrheit beruhe. Der Ausschuß solle schnellstens über die von ihm dießbezüglich gethanen Schritte an die Control-Commission berichten.

Der Sitzung vom 16. Dezember (17) unterbreitete der Vorsitzende sämmtliche an Dietzgen abgesandte Schriftstücke in der Angelegenheit York-Schuhmacher mit einer Zuschrift Dietzgen's. Die Holzarbeitergewerkschaft in Köln lehnt es ab, zwei ihrer Mitglieder zum Schiedsgericht zu wählen, weil sie selbst Klägerin in der Sache sei.

In der 17. Sitzung (20. Januar 1874) wurde unter Anderem von weniger Belang, beschlossen, einen Brief an Most in Mainz zu schreiben, worin die Mainzer Parteigenossen aufgefordert werden, sich bei der Stichwahl zwischen Moufang und Götz vollständig passiv zu verhalten.

In der 18. Sitzung (27. Januar) machte der Schriftführer auf die in der „Süddeutschen Volksstimme" enthaltene Briefkastennotiz (Antwort von Most) aufmerksam und protestirt dagegen. Hierauf innere Angelegenheiten.

In der 19. Sitzung (10. März) erfolgte Kenntnißnahme der Mit-

theilungen des Ausschusses über die zukünftige Besetzung der Redaktion und Expedition des „Volksstaat".

In der 20. Sitzung (17. März): Vorlage und Verweisung einer Zuschrift aus Wien an den Ausschuß. Absendung eines Schreibens nach Mainz in derselben Angelegenheit. Sodann Verlesung einer Beschwerde von H. Gausche aus Rochlitz gegen den Ausschuß und das Geithainer Wahlcomité. Es wurde beschlossen, dem Ausschuß zu schreiben und H. Gausche zu ersuchen, es zu keiner Spaltung zwischen den Parteigenossen zu Rochlitz und Geithain kommen zu lassen und Alles aufzubieten, in versöhnender Haltung zu wirken. — Kretschmar empfahl, die Redaktion des „Volksstaat" um raschere Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen anzugehen und wurde damit beauftragt.

In der 21. Sitzung (31. März) wurde beschlossen, nach Wien den Beschluß der 20. Sitzung zu berichten. — Auf Anfrage von Heinrichs aus Cöln, betreffs der Streitsache York-Schumacher, soll Heinrichs beschieden werden, daß, auf den Wunsch des Ausschusses, diese Angelegenheit vor den Wahlen ruhen zu lassen, bis jetzt nichts Weiteres erfolgt sei. Der Ausschuß beabsichtigte einen gütlichen Ausgleich und wird nun zu Weiterem veranlaßt werden. — Den Rochlitzer Parteigenossen soll ein Schreiben mit der Anerkennung ihrer versöhnenden Haltung zugesandt werden.

Die 22. Sitzung (7. April) erledigte nur innere Angelegenheiten.

In der 23. Sitzung (14. April) erfolgte Vorlage und Kenntnißnahme des vom Ausschuß in der Streitsache York-Schumacher erstatteten Berichtes. Die Control-Commission beschloß, von Schumacher und Hillmann Einsendung genau motivirter Anklagen gegen York binnen 14 Tagen zu fordern. Es wurde weiter beschlossen, an Stelle des seitherigen ein anderweitiges Schiedsgericht einzuberufen, diese Angelegenheit aber wo irgend möglich nicht vor den Congreß zu verschleppen.

Die 24. Sitzung (21. April) beschäftigte sich mit verschiedenen unwesentlichen Eingängen.

Der 25. Sitzung (28. April) lag ein Bericht von Heinrichs aus Cöln vor, über Beschlüsse der Cölner Parteimitglieder in der Streitsache York-Schumacher. Es soll in Folge dessen nochmals ein Schiedsgericht eingesetzt werden, zusammengesetzt aus je einem Mainzer, Darmstädter, Frankfurter und Offenbacher Parteigenossen. Hierauf zweite Revision der Geschäftsbücher des Ausschusses und Beendigung derselben in mehreren darauf folgenden außerordentlichen Sitzungen.

Bericht über die vollständige Revision der Bücher wurde in der 26. Sitzung (5. Mai) erstattet. Die vorgefundenen Fehler vertheilen sich auf verschiedene Bücher. Soweit sie das Kassenwesen betrafen, wurde der Ausschuß zur Richtigstellung angehalten, und die Kassenrevisoren zu Hamburg zur Berichterstattung hierüber an die Control-Commission veranlaßt. Anlangend die in den Ausschuß-Protokollen enthaltene Erwähnung der Uebertragung des „Dresdner Volksboten", wurde Anfrage beim Ausschuß beschlossen.

Die 27. Sitzung (12. Mai) nahm Kenntniß von einem von 30

Züricher Parteigenossen unterzeichneten Schriftstück, welches der Control-Commission mit der „Tagwacht“ zugegangen war. Dasselbe behandelt die neuerdings im Züricher Arbeiter-Bildungsverein ausgebrochenen Zwistigkeiten und motivirt den Austritt der dreißig Unterzeichner. Die Control-Commission nahm bis auf Weiteres Einsicht davon. — Das Commissionsmitglied A. Sabor beantragte sodann, den Ausschuß zu interpelliren, in wie weit die gegenwärtig durch die Blätter laufende Notiz: „Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien sei zum Faktum geworden,“ auf Wahrheit beruhe. Zuerst war diese Nachricht von dem „Berliner Börsen-Courier“ gebracht worden. Dieser Antrag wird angenommen und weiter beschlossen, den Ausschuß zu ersuchen: „Er möge die Abgeordneten unserer Partei veranlassen, bei künftigen Abstimmungen im Reichstage einheitlicher vorzugehen, als dieß bei dem Amendement Mallinckrodt zum Militärgesetz der Fall war, wo zwar keine prinzipiellen Verstöße vorkamen, aber doch von den vier Abgeordneten nach drei Auffassungen abgestimmt wurde, so daß leicht die Meinung entstehen konnte, daß planlos verfahren werde.“

In der 28. Sitzung (19. Mai) wurde nach einem Privatbriefe aus Leipzig, bezüglich des „Dresdner Volksboten“ eine Erklärung vorgelegt. —

Die 29. Sitzung (29. Mai) nimmt Kenntniß von den Mittheilungen des Ausschusses betr. der Bücherrevision, und behandelt abermals die Zusammensetzung des Schiedsgerichts in Sachen Yorck-Schumacher. Da Schumacher verhaftet war, wurde von einer früheren Berufung abgesehen. Es soll nun aus sieben Mann bestehen, wovon aus Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Offenbach, Heddernheim und Frankfurt je einer, einer als offizieller Vertreter der Control-Commission fungiren sollte.

Das Schiedsgericht sollte am 7. Juni (Sonntag) in Offenbach zusammentreten, und wurde in der 30. Sitzung (9. Juni) das Protokoll dieses Schiedsgerichtes, nebst der von Schumacher abgegebenen Erklärung mitgetheilt. — Noch eine innere Angelegenheit, betr. den Austritt eines Mitgliedes der Control-Commission, findet hiernach Erledigung.

In der 31. Sitzung (16. Juni) nahm die Control-Commission Kenntniß von dem Originalbriefe Yorck's an Heinrichs in Köln (vom 17. Jan. 1872), der die Hauptveranlassung zu dem Zwist Yorck-Schumacher gegeben haben soll. Verschiedene Stellen dieses Briefes scheinen unter dem Einflusse besonderer Verhältnisse zwischen Yorck, der Redaktion des „Volksstaat“ und Heinrichs geschrieben, und spricht die Control-Commission den Wunsch aus, der Congreß möge diese Angelegenheit in kürzester Frist erledigen, da dieselbe bis jetzt so zeitraubend gewesen und die Behandlung persönlicher Differenzen leider auf Kosten wichtigerer Interessen zu geschehen pflege.

Die 32. Sitzung (23. Juni) beschäftigte sich mit der Vertretung der Control-Commission auf dem Congreß. Die Control-Commission beschloß, den durch die gedruckte Vorlage schon zu Ihrer Kenntniß gekommenen Antrag bei dem Congreß einzubringen, wonach endlich die

beiden letzten vor dem Congreß stattgefundenen Sitzungen, die 33. und 34. (30. Juni und 14. Juli), sich fast nur mit Congreßangelegenheiten und der Ertheilung von Instruktionen für den Vertreter der Control-Commission zu befassen hatten.

Die Control-Commission glaubt hiermit das Hauptsächlichste ihrer Thätigkeit während ihrer Amtsdauer berichtet zu haben und freut sich nach alledem konstatiren zu können, daß eine ebenso gewissenhafte Geschäftsführung des Ausschusses, als wie allseitige Regsamkeit im Dienste unserer Sache gewaltet hat. Sie erwartet erforderlichen Falles aus der Mitte des Congresses rückhaltslose Fragestellung und ist bereit, nach bestem Wissen Auskunft zu ertheilen. —

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion über den Bericht der Control-Commission, sowie die auf Antrag Geib's vertagte Debatte über den Ausschußbericht 2c.

Schumacher stellt den Antrag, die Streitsache York-Schumacher einer Commission zu überweisen, was nach längerer Debatte beschlossen wird. Es werden Liebknecht, Müller-Mainz, Auer, Schwanebeck, Fischer-Gartenfeld in diese Commission gewählt und ihr die bezüglichen Unterlagen übergeben.

Bei der nun folgenden Debatte über den Bericht des Ausschusses und der Control-Commission giebt Geib über den Sachverhalt betreffs der Wolf'schen Beschwerde Aufschluß: Die Beschwerde ist jetzt gegenstandslos, weil das eingetreten ist, was der Ausschuß voraussah, nämlich das Mißlingen einer Einigung der beiden Metallarbeiter-Organisationen. Die Einigung war von der anderen Seite keineswegs ernst gemeint.

Ullrich und Scheil sprechen noch im Sinne Wolf's für die Berechtigung der Beschwerde.

Kokosky entschieden dagegen, worauf Schluß der Debatte über diesen Gegenstand beschlossen wird.

Burckhardt beantragt: „Der jedesmaligen letzten Vierteljahrs-Abrechnung, welche auf dem jährlichen Congresse zur Vertheilung an die Delegirten gelangt, ist die gesammte Jahresbilanz gedruckt beizufügen.“

Bernstein und Geib halten die gedruckt vorliegenden Abschlüsse für vollständig genügend.

Kokosky hält den Burkhardt'schen Antrag für praktisch.

Der Antrag Burkhardt's wird bei der Abstimmung angenommen.

Ein Antrag der Mitglieder von Zwickau, die Aufnahme bestrafter Personen je nach Befund der Strafursache anlangend, wurde zu Punkt 6 C der Tagesordnung verwiesen und die Verhandlungen mit Rücksicht auf die am Nachmittag 3 Uhr im Congreßlokale statthabende öffentliche Volksversammlung bis 7 Uhr Abends ausgesetzt.

(Schluß der Sitzung 1½ Uhr Nachmittags.)

Oeffentliche Sitzung (Volksversammlung).

Sonntag, den 19. Juli, Nachmittags 3½ Uhr,

im Kurgarten.

(Der Saal ist gedrängt voll. Circa 600 Personen füllen die Räume. Unter den nach dem Garten geöffneten Saalfenstern sind noch einige hundert Personen zu zählen. Wie Ortskundige versichern, sind die Zuhörer zur größeren Hälfte keine Parteigenossen, davon ein bedeutender Theil gegnerisch.)

Parteigenosse Rüger-Coburg eröffnet als Einberufer die Volksversammlung, deren Zweck er bekannt giebt und sodann folgendes Bureau vorschlägt: Vahlteich-Chemnitz als ersten, Geib-Hamburg als zweiten Vorsitzenden; Eckstein-Waldheim als ersten, Mehlhorn-Crimmitschau als zweiten Schriftführer.

Die Versammlung tritt diesen Vorschlägen bei.

Vahlteich übernimmt den Vorsitz. Er giebt in kurzen Worten kund, daß die heutige Volksversammlung sich von den bisher in Coburg abgehaltenen dadurch unterscheide, daß es erwählte Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei seien, welche die Grundsätze und die Stellung der Sozialdemokratie klarzulegen hätten. „Die vorliegende Tagesordnung ist speziell aus dem Grunde gewählt worden, um Jedermann und besonders den Gegnern einmal Gelegenheit zu geben, die verfänglichsten, zur Verläumdung unserer Partei am meisten benutzten Fragen nach den Darlegungen solcher Parteileute kennen zu lernen, die kraft ihrer Position in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und im öffentlichen Leben sicher mehr Glaubwürdigkeit zu beanspruchen haben, als die Quellen, aus denen die entstellenden und sinnverwirrenden Schilderungen der sozialistischen Bestrebungen herrühren: die gegnerische Presse und deren Zubringer, die einestheils unfähig sind, die Wahrheit zu erkennen, anderntheils ein Interesse haben, die Wahrheit über den Sozialismus nicht zu sagen.

„Wir sind bereit, Gegenrede zu hören und Gegnern Rede zu stehen, und erwarten, daß die Anwesenden, dies anerkennend, den Verhandlungen mit der erforderlichen Aufmerksamkeit und Ruhe folgen werden.

„Ueber Punkt 1 der Tagesordnung: „Die politische Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei" sprechen Liebknecht und Motteler. Ich ertheile zunächst das Wort Herrn Liebknecht."

Liebknecht: „M. H.! Schon vor 4 Jahren, auf dem Stuttgarter Congreß, hatte ich über diese Frage zu sprechen. Ereignisse, durch welche die Oberfläche der Welt verändert ward, haben sich seitdem zugetragen, allein auf die politische Stellung unserer Partei sind dieselben ganz ohne Einfluß, weil unsere Parteistellung, durch unser Prinzip von

vornherein fest bestimmt, von zufälligen politischen Eintagsbildungen — und scheinen sie noch so kolossal — nicht berührt wird. Es läßt sich heute also nichts Neues sagen; und wenn wir das Thema nochmals auf die Tagesordnung gesetzt haben, so geschah es nicht, um innerhalb, sondern um außerhalb der Partei Klarheit zu verbreiten, was jetzt doppelt nothwendig ist, weil das blödsinnige Märchen von dem Bündniß der rothen und schwarzen Internationale, dessen perfiden Erfindern durch gewisse Vorkommnisse am Saum unserer Partei, erwünschter Vorschub geleistet worden ist, in den Köpfen des Denkervolks großen Unfug angerichtet, und auch Viele, die uns an sich keineswegs feindlich sind, stutzig gemacht hat. Rücksicht auf diese war hauptsächlich maßgebend, nicht Rücksicht auf die verläumderischen Urheber des Märchens, und deren Handlanger in der Reptilienpresse, für welche wir nur das Gefühl tiefster Verachtung haben.

„Nun zur Sache. Die Frage unserer politischen Stellung hat ihre Antwort in unseren Prinzipien. Unser Parteiname ist unser politisches Programm. Als Sozialisten erstreben wir eine Gesellschaft, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht kennt und die Gesammt-Produktion und Consumtion genossenschaftlich regelt; als Demokraten erstreben wir einen Staat, welcher die sozialistische Regelung zur Aufgabe hat, und, da die Arbeit die Mutter aller Cultur, durch Befreiung der Arbeit und durch eine, die Zwecke der Menschheit fördernde Organisation der Arbeit zum wirklichen „Culturstaat" wird. Die heutige Gesellschaft und der heutige Staat sind aber das genaue Gegentheil dessen, was wir erstreben. Die heutige Gesellschaft beruht auf der Ausbeutung der arbeitenden durch die besitzenden Klassen, beruht auf der Klassenherrschaft; und der heutige Staat, der nichts anderes ist als der Ausdruck der heutigen Gesellschaft, drückt auf die Ausbeutung den Stempel des Gesetzes, garantirt die Klassenherrschaft: ist Klassenstaat, kulturfeindlicher Klassenstaat, trotz des famosen Kulturkampfs. Der Staat speziell, in dem wir leben, das sogenannte deutsche Reich — in Wirklichkeit nur ein erweitertes Preußen — ist Klassenstaat in des Wortes vollster Bedeutung. Ein Blick auf die, ausschließlich den Sonderinteressen der besitzenden Klassen dienende Gesetzgebung der letzten Jahre erhebt dies für jeden Denkfähigen außer Zweifel. Und dieser Klassenstaat ist zugleich noch Militärstaat. Ein Klassenstaat, gehüllt in den Panzer des Militärstaats, lastet das preußisch-deutsche Reich mit doppelter Wucht auf dem arbeitenden Volke. Damit ist unsere Stellung dem Reich gegenüber gegeben. Wir sind „Reichsfeinde", weil wir Feinde des Klassenstaats sind. Daß wir in der Reichsfeindlichkeit augenblicklich nicht allein stehen, kann uns nicht zu Verzicht auf unsere prinzipiell gebotene Stellung veranlassen. Die Reichsfeindlichkeit ist ja kein politisches Programm, konstituirt keine Partei, ebenso wenig, wie weiland die Preußenfresserei der württembergischen Volkspartei und kleinstaatlichen Reaktionäre. Die Ultramontanen und Partikularisten, so weit von letzteren noch die Rede sein kann, sind zwar auch Reichsfeinde, allein nicht, wie wir, aus prinzipiellen, sondern aus Opportunitätsgründen. Die Partikularisten und Ultramontanen sind Anhänger des

herrschenden Klassenstaats: sie streiten mit der Reichsregierung bloß um den ihnen zukommenden Antheil an der Klassenherrschaft, und werden Hrn. Bismarck und Consorten, sobald die Opposition ihnen nicht mehr von Vortheil ist, jedenfalls sobald der Klassenstaat, ihre gemeinsame Domäne, irgend bedroht wird, gerührt in die Arme sinken. Insbesondere der Culturkampf ist nur politische Geschäftskonkurrenz. Bismarck will der himmlischen Gensdarmerie die preußische Pickelhaube aufsetzen, und die himmlische Gensdarmerie möchte das Geschäft mehr auf eigene Rechnung führen. Da das Geschäft im Grunde das nämliche, und die Gefahr der Emanzipation des arbeitenden Volks für beide Theile die gleiche ist, so kann eine Aussöhnung nicht ausbleiben. Mit uns dagegen ist sie unmöglich; denn wir sind dem Wesen des Reichs feind, nicht seiner zufälligen Entstehung und seiner zufälligen, dem Wechsel und der Laune unterworfenen Tagespolitik. Was geht es uns an, daß die Gründung des Reichs ein Bruch mit dem „Recht“ war? Der „Rechtsboden“ des alten Bundes taugte gerade so viel und so wenig, wie der Rechtsboden des neuen Reichs. Rückkehr in die Misere des alten Bundes liegt unserem Streben selbstverständlich ebenso fern, wie die Befestigung des neuen Reichs, dessen, allerdings sehr unfreiwillige Verdienste um die Revolutionirung der politischen und sozialen Welt wir übrigens nicht ableugnen wollen. Genug: wir stehen in prinzipiellem Gegensatz zu dem Reich; daraus folgt, daß wir als politische Partei, als Männer der Aktion, nicht der frommen Wünsche, die prinzipielle, die radikale Umgestaltung des Reichs anstreben; mit anderen Worten: daß wir eine revolutionäre Partei sind. Das Wort revolutionär hat in jüngster Zeit eine ziemliche Rolle gespielt; man hat, z. B. bei dem Leipziger Hochverrathsprozeß, einen Strick daraus drehen wollen, um uns juristisch zu erdrosselln. Jedoch nicht mit Glück. Vor allem nicht mit Geschick. Jede Partei darf das Recht beanspruchen, daß ihren Ausdrücken der Sinn untergelegt wird, den sie selbst ihnen unterlegt. Und dieses Recht hat sie um so mehr, wenn sie dabei dem Sprachgebrauch gefolgt ist, wie wir es in diesem Fall gethan haben. Das Ziel geht die Hrn. Staatsanwälte überhaupt nichts an. Und weiter: ein revolutionäres Ziel erheischt nicht mit Nothwendigkeit die Anwendung revolutionärer Mittel, im Sinn der staatsanwaltlichen Auffassung des Worts „revolutionär“. Ein revolutionäres Ziel ist sehr wohl durch nicht gewaltsame, durch gesetzliche Mittel zu erreichen. Wir haben ein Beispiel an der englischen Reformbewegung, die in sofern wenigstens revolutionär war, als sie der Klasse, welche bis dahin in England ausschließlich geherrscht hatte, trotz ihres Widerstandes diese ausschließliche Herrschaft entriß, ohne daß der gesetzliche Boden verlassen wurde — einfach, durch eine großartige Agitation, durch unwiderstehliche pressure from without — „Druck von Außen“, d. h. aus dem Volk heraus. Hier ist auch für uns der Punkt, an welchem der Hebel anzusetzen. Zwar ist unser Vereinsrecht nach allen Richtungen hin beschnitten, unsere Preßfreiheit ein Spott auf den Namen, allein selbst mit diesen rostigen, mangelhaften Waffen, mit den Gesetzen, die gegen uns gemacht worden sind, getrauen wir uns, den Feind zu

besiegen. Jedenfalls werden wir uns nicht von dem Boden der Gesetze abdrängen lassen, womit nur unseren Feinden gedient wäre; und werden uns nicht auf das Gebiet der Putsche begeben, auf das man uns von gewisser Seite her durch allerhand Provokationen verlocken möchte. Wir üllerlassen es unseren Feinden, ihre eigenen Gesetze zu brechen.

Hier eine Bemerkung. Ich stimme der Lassalle'schen Definition der Begriffe Revolution und Reform nicht bei. Der Unterschied liegt nicht im Ziel, sondern in den Mitteln und Wegen. Die umfassendste Revolution kann reformatorisch durchgeführt, die revolutionärsten, ich meine gewaltsamsten, Mittel können für nichts weniger als revolutionäre, ja geradezu reaktionäre Ziele in Anwendung gebracht werden. Z. B. die sehr unzeremoniöse Absetzung verschiedener gottesgnädiger Fürsten durch den preußischen Junker Bismarck. —

Ein großer Irrthum ist's, den Reichstag als Hauptfeld, als Schwerpunkt unserer Agitation zu betrachten. Es ist wahr, der Reichstag geht aus allgemeinem Stimmrecht hervor; aber, nicht genug, daß das Stimmrecht verkümmert ist, fehlen uns auch die politischen und sozialen Garantieen für dessen freie Ausübung; dazu kommt, daß der Reichstag absolut machtlos ist; er liegt in der Hand des Fürsten Bismarck, und auf die Hand des Fürsten Bismarck läßt sich der Hebel nicht stützen, welcher den Fürsten Bismarck und das durch ihn vertretene System aus den Angeln haben soll. Der Hebepunkt muß *fest* sein und *außerhalb* des zu bewegenden Gegenstands liegen. Vom Reichstag gilt weder das Eine noch das Andere. Vom *Volk* dagegen gilt Beides. Wenn wir uns an den Reichstagswahlen betheiligen, so thun wir es sonach nur, weil sie uns eine günstige Gelegenheit zur Agitation unter dem Volk bieten; alle anderen Parteien wühlen die Massen auf, ziehn tiefe Furchen in die Oberfläche des Staatskörpers und wir helfen mit, und streuen die Saat der Sozialdemokratie in die Furchen. Im Reichstag selbst ist unsere Wirksamkeit eine sehr beschränkte. An legislatorische (gesetzgeberische) Thätigkeit ist von vornherein nicht zu denken, 1) weil der Reichstag keine *selbstständige* gesetzgeberische Körperschaft ist, sondern bloß ein ornamentales Anhängsel der Bismarck'schen Diktatur, und 2) weil im Reichstag, so lange das jetzige politische und gesellschaftliche System dauert, unsere Feinde die überwältigende Majorität haben und haben *werden*. Unsere Vertreter im Reichstag müssen deßhalb stets das *agitatorische* Moment im Auge behalten. Können sie gesetzgeberisch etwas zum Vortheil der Arbeiterklasse durchsetzen — gut, dann mögen und sollen sie es thun. Prinzipienreiterei treiben wir nicht. Im Wesentlichen werden sie sich jedoch *negativ*, *kritisch* zu verhalten, dem heutigen Klassenstaat die Maske abzureißen, im Parlament den Parlamentarismus ad absurdum zu reduziren haben. Detaillirte Vorschriften lassen sich da nicht machen; die Taktik der Gegner wird die unsrige bestimmen. Jedenfalls werden wir, wenn man anständig gegen uns ist, trotz unserer Verachtung für den Parlamentarismus dem parlamentarischen Prinzipienkampf nicht ausweichen, vor dem unsere Feinde, wo es sich um die Sozialdemokratie handelt, eine so heilige Scheu haben — trotz ihrer Schwärmerei für den Parlamentarismus.

Noch Eins: der politischen Thätigkeit wird hier und da von sozialistischen Phantasten die Berechtigung abgesprochen. Es ist hier weder Zeit noch Ort, in den Kern der Frage einzutreten, die übrigens von unserer Partei längst entschieden worden ist. Ich will nur bemerken, daß es uns vor Verfolgungen nicht bewahrt, wenn wir den politischen Fragen auszuweichen suchen. Unsere Feinde wissen sehr wohl, daß die Consequenzen des Sozialismus sich mit der Existenz des heutigen Staats nicht vertragen, und handeln demgemäß. Verkriechen wir uns in die Ecke, es wird uns nichts nützen, — die Feinde ziehen uns an den Haaren hervor, und zum Schaden fügen wir noch die Schande der Feigheit.

Sind wir nicht Männer? Was scheren wir uns um die Verfolgungen? Sie können unserer Sache nur nützen. Erliegt der Eine oder Andere, so wird die Lücke rasch ausgefüllt werden. Und stehen wir vor dem Aeußersten, so laßt uns der Helden gedenken, die an den Pfählen von Satory ihr Blut vergossen haben, ohne die Wimper zu zucken; so laßt uns gedenken der Worte jener Römerin*), die sich der Schmach der Knechtschaft durch einen freiwilligen Tod entzog: Es thut nicht weh!

Ich empfehle Ihnen folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt: die sozialdemokratische Arbeiterpartei verharrt gegenüber den jetzigen politischen Gestaltungen Deutschlands in ihrer durch die Parteiprinzipien gebotenen Stellung und betheiligt sich an den Reichstagswahlen und durch ihre Vertreter an den Reichstagsverhandlungen wesentlich nur zu agitatorischen Zwecken."

Vahlteich: Ich eröffne hiermit die Diskussion über das soeben beendete Referat. Wer das Wort wünscht, mag dasselbe verlangen, wir verbürgen volle Redefreiheit. (Pause.) Da sich bis jetzt Niemand zum Wort gemeldet hat, ertheile ich das Wort dem zweiten Referenten

Motteler: Nach den klaren und bündigen Ausführungen des Vorredners beabsichtige ich durchaus nicht, Ergänzungen zu denselben zu geben. Ich habe mir vielmehr die Aufgabe gestellt, an der Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung u. A. m. speziell nachzuweisen, daß die von meinem Vorredner gekennzeichneten Grundsätze unsererer Stellung, allen anderen Parteien des heutigen Staates gegenüber, sowie im Gesammtinteresse des Volkes nothwendig und wichtig sind.

Redner schildert hierauf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den letzten 2 Jahrzehnten, und zeigt, wie die Versuche der damaligen politischen Parteien, sich ihrer zu bemächtigen, sämmtlich fehlschlugen, und wie bei den Reichstagswahlen 1867 die Arbeiter zum erstenmal selbstständig als politische Partei auftraten.

*) der Arria, die unter Kaiser Claudius (44 n. Chr.) mit ihrem Gemahl Pätus, der fälschlich einer Verschwörung angeklagt war, sich durch Selbstmord der Folter und Schmach entzog. Als Pätus zauderte, stach sie sich den Dolch in die Brust und reichte ihm denselben mit den Worten: Paete, non dolet! Pätus, es thut nicht weh!

„Aus dem Prinzip unserer Partei erhellt ihre politische Stellung, sagte mein Vorredner sehr richtig. Unser Prinzip ist: „das Gesammtinteresse Aller", und daraus ergiebt sich für uns die Nothwendigkeit, als einzig sichere Unterlage aller politischen Freiheit und Macht im Staate, die soziale Befreiung in erster Linie anzustreben und vorzubereiten. Wir trennen also, wie die Dinge heute liegen, beide Fragen nicht voneinander und nehmen demgemäß überall Stellung im Kampfe der Parteien, in welchem sich selbstverständlich unser Vorgehen wesentlich nach dem Widerstand und dem Verfahren unserer Gegner zu richten hat, die sich der Regel nach nicht dazu verstehen, einen Kampf der Prinzipien gegen uns zu kämpfen, sondern es vorziehen, sich der Waffen der Vergewaltigung und Entstellung gegen uns zu bedienen. Beweise hierfür hat der Vorreduer bereits genügend erbracht. Allerdings ist mit einem zweifelnden Kopfschütteln, wie man es während seiner Erwähnung der parlamentarischen Praxis, die im Reichstage die Sozialisten möglichst selten zum Worte kommen läßt, in „höheren Kreisen" (— auf der Gallerie, wo sich eine Anzahl höherer Herren befindet —) wahrnehmen konnte, keine Entkräftung unser Beweise, kein Gegenbeweis erbracht. — Ich halte es um so mehr geboten, den Nachweis zu führen, wie auch im Reichstage sich die gegnerischen Kampfgrundsätze nur als der Ausfluß unersättlicher Herrschsucht und der Furcht, diese Herrschsucht nicht vollauf befriedigen zu können, gezeigt haben. Ich werde dabei gleichzeitig auf unsere soziale und politische Stellung den letzten Reichstagsvorlagen gegenüber zu sprechen kommen und Sie mögen darnach bemessen, ob es gewisserseits mit Recht gar so heiter anregen konnte, wenn mein Vorredner sagte, daß unsere agitatorische Thätigkeit außerhalb und in dem Reichstag stattzufinden habe, und daß wir nur aus agitatorischen Gründen uns von den parlamentarischen Schaustellungen neuester Zeit nicht fernhielten." — Redner charakterisirt hierauf die Redeordnung im Reichstag und deren Handhabung dem Abgeordneten Geib gegenüber, der bei der Preßgesetzdebatte die Aeußerung des Abg. Bamberger — (in der Contractbruchgesetz-Generaldiskussion) —, daß gewisse Minoritäten im Reichstage von der Majorität als Gäste zu berücksichtigen seien, nicht haben widerlegen können, weil das Präsidium, ihn unterbrechend, erklärte, es stehe keinem Redner das Recht zu, in frühere Debatten zurückzugreifen, während für die andere Seite dieß geradezu Regel war. — Redner beleuchtet die einzelnen Gesetzesvorlagen als Ausfluß der reinsten Klassengesetzgebung, die darauf beruhe, die Massen in wirthschaftlicher Abhängigkeit und damit politisch machtlos zu erhalten; und geißelt schließlich noch die Lächerlichkeit der gegnerischen Anschuldigung, daß die Sozialisten mit den „Schwarzen" verbündet sein sollen, weil sie u. A. im Reichstag bei verschiedenen Vorlagen gemeinschaftlich gegen den gemeinschaftlichen Gegner gestimmt haben. Daß die prinzipiellen Motive zu dieser Taktik von den Gegnern verschwiegen werden, sei ein weiterer Beweis dafür, wie sehr man die Macht der sozialistischen Wahrheit fürchte; und die laut zu Tage tretenden Wünsche der Gegner, ein

„Correctiv“ für das allgemeine direkte Wahlrecht baldigst zu schaffen, seien der schlagendste Beweis für die Richtigkeit unserer politischen Stellung, wie sie bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gelangt und fernerweit einzunehmen sei. Daß der Parlamentarismus das Ideal der Sozialisten nicht sein könne, in dessen Verwirklichung sie bessere Gesellschaftszustände verbürgt sähen, müsse Jedem klar werden, der die Machtlosigkeit des Reichstags sich vor Augen hält. Die Sozialisten würden demgemäß auch fortfahren, sich seiner nur zu vorwiegend agitatorischen Zwecken zu bedienen und in ihren einmal als richtig erkannten Bestrebungen sich nicht beirren lassen, sondern unentwegt weiterkämpfen.

Vahlteich: Nachdem der zweite Berichterstatter gehört ist, frage ich nochmals, ob Jemand aus der Versammlung sprechen will und verlese zuvor die Resolution. — Es hat sich Niemand zum Wort gemeldet und ich ersuche nun Diejenigen, die gewillt sind, diese Resolution anzunehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Mehrheit, ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.)

Die Resolution ist mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Wir verschreiten zu Punkt 2 der Tagesordnung. „Die industrielle und ländliche Arbeiterfrage.“ Der erste Referent Herr Yorck (Hamburg) hat hiezu das Wort.

Yorck: Geehrte Anwesende, Freunde, Arbeiter! Ueber dieses Thema ist wohl wenig Neues zu sagen, nachdem es seit mehr als einem Jahrzehnt nicht nur in Tausenden von Arbeiterversammlungen besprochen, sondern auch bei den über den Arbeitern stehenden Gesellschaftsklassen ein freilich wenig beliebter, dafür aber ein um so zudringlicherer Mahner ist. Und die Zeichen mehren sich, die uns beweisen, daß die sogenannte Arbeiterfrage nicht nur immer mehr und mehr das öffentliche Interesse in Anspruch nimmt, sondern auch als naturgemäß und berechtigt anerkannt wird.

Aber was die „Arbeiterfrage“ für die Einen ist, das ist sie nicht für die Anderen. Die Einen verstehen darunter die soziale Frage überhaupt, die Anderen sehen in ihr nur einen Theil der sozialen Frage.

Für uns ist die „Arbeiterfrage“ der Inbegriff aller Anforderungen, welche die, vom Bewußtsein ihrer Menschenwürde durchdrungenen und von der Erkenntniß ihrer Klassenlage geleiteten Arbeitermassen an den Staat, als Inbegriff der großen Vereinigung des gesammten Volkes, stellen.

Für uns ist die „Arbeiterfrage“ alles Ernstes die Frage der Arbeiterklasse an die übrigen Klassen der Gesellschaft nach dem, was dieselben bislang zur Förderung und Besserung der Lage der Arbeiter und zur Verwirklichung der berechtigten Forderungen derselben gethan haben und thun wollen. Mehr noch: Für uns ist die „Arbeiterfrage“ die Forderung nach einem neuen Arbeitsrecht.

Aber welche Forderungen stellen denn die Arbeiter an die übrigen Klassen der Gesellschaft, an den Staat überhaupt? Nun, dies sind die bekannten Forderungen der Sozialdemokratie, die als sozialdemokratisches Programm in Tausend und aber Tausenden von Exemplaren über

Deutschland verbreitet, und nur Denen nicht bekannt sind, die am tollsten dagegen eifern. Es sind die Forderungen, für welche vor einigen Monaten bei den letzten Reichstagswahlen fast eine halbe Million wahlberechtigter Männer ihre Stimmen abgegeben haben: es ist die Forderung politischer und sozialer Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Gesellschaftsklassen. In politischer Hinsicht freiestes und weitestes Wahlrecht bei allen vorkommenden Wahlen für den ärmsten Arbeiter in gleichem Maaße wie für den Millionär, in sozialer Hinsicht Befreiung der besitzlosen Majorität — der Arbeiter — von der Ausbeutung durch eine besitzende Minorität — Unternehmergesellschaft — derart, daß Einrichtungen getroffen werden, die jedem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit sichern.

Und diese Forderung gerade ist der Hapttragbalken der „Arbeiterfrage“, denn diese Forderung schließt in sich die Forderung nach einem **neuen Arbeitsrecht.**

Von wie großer Bedeutung auch alle die Fragen sein mögen, die gegenwärtig unser gesellschaftliches Leben so tief bewegen, und die in ihrer Gesammtheit die Arbeiterfrage, richtiger gesagt, die soziale Frage ausmachen, als da sind die Wohnungsfrage, die Ernährungs- und Erziehungsfrage (obligatorischer unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten für das gesammte Volk); wie tief einschneidend der Streit um Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Arbeitslohnes, Beseitigung der Kinder- und Frauenarbeit, Coalitionsfreiheit und Kontractbruch-Bestrafung; wie hochwichtig die Forderung nach größerer politischer Freiheit — Erweiterung des Wahlrechts — auch ist: gegenüber der Forderung eines **neuen Arbeitsrechts** treten doch alle diese Fragen und Forderungen in den Hintergrund. Alle Fragen, politischer oder sozialer Natur aber lösen sich damit von selbst, die Erfüllung aller Forderungen fällt uns wie reife Früchte in den Schoos.

Aber was ist denn das für ein Recht, das neue Arbeitsrecht, welches wir als die Quintessenz der Arbeiterfrage bezeichnen? Es ist das gesetzlich verbürgte und thatsächlich gesicherte Recht der Arbeiter auf den vollen Ertrag ihrer Arbeit. Es ist die gesetzliche und thatsächliche Beseitigung jedweder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Mit Einem Worte: es ist die Ausrottung aller Ungerechtigkeit, die aus dem gegenwärtigen Ausbeutungssystem in Production und Handel entspringen.

Was ist von jeher, vom grauen Alterthum bis auf den heutigen Tag der Arbeit Recht gewesen? Der gesetzliche, und dann der thatsächliche Zwang, die Fristung der kümmerlichsten Existenz, das Recht zu leben durch das Schaffen von Schätzen und Reichthümern im Dienste und Interesse Anderer sich zu erkaufen.

Die Sclaven im Alterthum, die ihren Herren persönlich mit Leib und Leben gehörten, die an die Scholle gefesselten Leibeigenen des Mittelalters, die zwar nicht mehr persönliches Eigenthum ihrer Herren waren, sich aber deren Willen in jeder Hinsicht fügen mußten, sie waren durch Gesetz und Recht gezwungen, für des Lebens Nahrung und Nothdurft ihre ganze Arbeitskraft im Dienste und im Interesse ihrer Herren

zu opfern. Welche ungeheuren Schätze und Reichthümer durch die gebundene Arbeit im Alterthum und Mittelalter aufgehäuft wurden, darüber gibt uns die Geschichte Auskunft, davon legen noch heute die Bauwerke des Alterthums und Mittelalters, die reichen Dotationen der Kirchen und Klöster, besonders aber die vielen Stiftungen des Mittelalters Zeugniß ab.

Eine Klasse Arbeiter war allerdings nicht an die Scholle gefesselt, auch nicht gezwungen, für einen bestimmten Arbeitsherrn zu arbeiten, wir meinen die Handwersgesellen und Knechte; sie konnten nach Belieben den Meister, auch die Stadt wechseln. Aber diese Freiheit war mehr persönlicher Natur und beschränkt durch die Zunftgesetze, durch welche die unselbstständigen Gesellen gezwungen wurden, ihre Arbeitskraft zwar nicht gerade dem zünftigen Meister Hans oder Kunz, aber doch einem zünftigen Meister zu opfern. Die Zunftgesetze bestimmten die Länge der Arbeitszeit, sie setzten die Höhe der Löhne fest, die neben der gelieferten Naturalverpflegung, Kost und Logis in des Meisters Haus, als Belohnung für besonderen Fleiß, als Taschengeld, theils auch als Entgelt für nicht gelieferte Kleidung gewährt wurde.

Wir sehen also auch hier, trotz der scheinbaren Freiheit, doch den gesetzlichen Zwang, durch welchen die Arbeiter genöthigt wurden, ihre Arbeitskraft für andere privilegirte Personen zu opfern.

Und heute? Freilich gehören heute die Arbeiter nicht mehr persönlich den Arbeitsherren zu eigen, wie die Sklaven im Alterthum; sie sind überhaupt nicht mehr an einen bestimmten Herrn gefesselt, wie die Hörigen im Mittelalter, kein Gesetz zwingt sie für diesen oder jenen Herrn zu arbeiten, wenn sie nicht wollen, an diesem oder jenem Ort zu bleiben, wenn es ihnen nicht beliebt. Nichts desto weniger aber sind sie doch gezwungen, ihre Arbeitskraft für des Lebens Nahrung und Nothdurft zu verkaufen. Die Schätze und Reichthümer, die man heute mit dem Namen Kapital bezeichnet, legen Zeugniß dafür ab, daß die Arbeiter heute noch gerade so wie vor tausend Jahren im Dienste und im Interesse Anderer, der besitzenden und herrschenden Klasse, frohnden müssen. Dazu kommt: alles Kapital, bewegliches und unbewegliches ist das Product der Arbeit, ist aufgehäufte Arbeit — geschaffen von den Arbeitsbienen, und in Besitz genommen von den Drohnen der menschlichen Gesellschaft, zum Zweck neuer Ausbeutung der Arbeiter, auf Grund des Ausbeuter-Privilegs, welches ihnen die heutige Productionsweise — von Rechtswegen — einräumt; früher als Unfreie durch Gesetz und Recht, heute als Freie durch den Hunger dazu gezwungen. Denn welcher ungeheure Fortschritt in dem Unterschied zwischen dem Sklaven und dem heutigen freien Arbeiter auch in individueller Hinsicht sich bemerkbar macht, in seiner Eigenschaft als Producent ist der Arbeiter heute noch eben so gefesselt wie vor 1000 Jahren. Damals der Sklave eines Herrn, heute Lohnsklave des Kapitals — das ist der gewaltige Unterschied und Fortschritt, der auf sozialem Gebiete während der Zeit zu verzeichnen ist. Während in dieser Zeit das persönliche Recht des Arbeiters ein ganz anderes geworden ist, ist das Arbeitsrecht noch immer dasselbe, kraft dessen die Sklaven vor 1000 Jahren ausgebeutet wurden, dessen

Rechtstitel auch der Rechtstitel des Raubritters, Wegelagerers und Strauchdiebes ist — die Gewalt. —

Und gerade darum ist die Arbeiterbewegung berechtigt, ist die Forderung nach einem neuen Arbeitsrecht zeitgemäß und zur Emanzipation des Arbeitervolkes nothwendig.

Darum aber auch, und in diesem Sinne aufgefaßt, ist die Arbeiterfrage nicht ein Stück der sozialen Frage, sondern sie ist die soziale Frage in erster und letzter Instanz.

Auf Grund des alten Arbeitsrechts haben sich herausgebildet unsere heutigen Eigenthums- und Besitzverhältnisse, das Erbrecht nicht zu vergessen, durch welche die große Masse des Volkes eigenthums- und besitzlos geworden ist und alle die Noth, alles das Elend, welches so schwer auf dem arbeitenden Volke lastet, über uns hereingebrochen ist.

Auf Grund des heutigen Arbeitsrechts ist die große Masse des Volkes, sind Millionen dazu verdammt, trotz schwerer Arbeit vom frühen Morgen bis zum späten Abend ein Dasein in Noth und Elend zu führen, während einige wenige Müssiggänger, als Ausbeuter der Arbeitskraft ihrer Arbeiter, im Reichthum ersticken.

Auf Grund des alten Arbeitsrechtes, des Rechtes der Ausbeutung, der Unterdrückung der Arbeiter durch den Besitz, ist der allgemeine Wohlstand des sogenannten Mittelstandes heute ruinirt, und wird ein Zustand gefördert, der einer Hand voll Reicher ein Land voll Armer entgegenstellt, und Gesittung, Kultur und Bildung, mit einem Worte, die wahren Staatsinteressen in verderbenbringender Weise schädigt.

Wohl wahr! Die Erfüllung der Forderung der Arbeiterklasse schon nach einer Verbesserung ihrer Lage — von dem Endziel einer Neugestaltung des Arbeitsrechtes gar nicht zu sprechen — bringt die herrschenden und besitzenden Klassen, bis herab zum kleinsten Handwerksmeister, der selbst nur ein elendes Dasein fristet, kurz Alle, die ein wirkliches oder auch nur ein eingebildetes Interesse an der Erhaltung der alten Zustände, der Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter im fremden Interesse haben, schon in eine Aufregung, daß man glauben sollte, die Welt müsse untergehen, wenn jemals die Forderungen der Arbeiter sich verwirklichen sollten. Welch Geschrei in den Reihen der sogenannten selbstständigen Unternehmer und Fabrikanten um jede noch so geringe Lohnerhöhung der Arbeiter, trotzdem das große und kleine industrielle Unternehmerthum für jeden mehr bezahlten Groschen Lohn, mindestens das Dreifache, oft genug das Zehnfache durch Steigerung des Preises der Waaren schon vorweg genommen hatte. Lange bevor die Löhne in die Höhe gingen, war der Miethpreis der Wohnungen, der Preis der Lebensbedürfnisse um mindestens 25—30 Procent gestiegen, und die Beispiele lassen sich zu Dutzenden anführen, daß Handwerker und Fabrikanten die Waarenpreise in die Höhe trieben, lange bevor die Arbeiter auch nur Einen Pfennig mehr Lohn erhielten.

Am tollsten aber geberdete sich das von fremder Arbeit wohllebende Geldprotzenthum, die Tagediebe und Müssiggänger, deren Arbeit höchstens im Geldwägen und Couponabschneiden besteht, wo und wann es den Arbeitern gelang, die Arbeitszeit auch nur um Eine Stunde zu verkürzen.

Da wurde die gesammte Meute des dienstbaren käuflichen Preßgesindels auf die „unverschämten“ Arbeiter gehetzt, und in fast allen Zeitungen Deutschlands konnte man lesen, wie die armen bedauernswerthen Unternehmer und Fabrikanten zu Grunde gerichtet würden von den Arbeitern, die Champagner aus Bierseideln söffen, Rehrücken und Austern frühstückten, in Droschken zur Arbeit führen und sogar als Steinträger täglich 6 Thaler verdienten.

Hat wohl Jemand, der nicht Lohnarbeiter ist, eine Ahnung davon, welche Erbitterung, welchen unauslöschlichen Haß diese frechen Lügen unter den Arbeitern hervorrufen müssen? Die Erbitterung ist um so größer, als wir wissen, daß die feile Presse diese perfiden Lügen nur in die Welt setzte, um das Kleinbürgerthum und alle sonst unparteiischen Leute gegen die Arbeiter zu verhetzen und zu erbittern. Und das geschah zu einer Zeit, wo industrielle und kommerzielle Strauchdiebe und Raubritter in arbeitslosem Erwerb Hunderttausende, ja Millionen ergaunerten. Dazu freilich schwieg die Presse, ja ein Theil derselben unterstützte diese Gaunerei ganz direct.

Und die Staatsgewalt, die eigentlich ein hohes Interesse daran haben müßte, eine möglichst gleichmäßige Vertheilung der erworbenen Reichthümer eines Landes anzustreben, da es niemals zum Heile eines Staates gereichen kann, wenn einer, in Reichthümern und Genüssen schwelgenden, kleinen Minorität, die große Masse des Volkes, ausgeschlossen von jeglichem Genuß und betrogen um ihren Antheil an dem steigenden „Nationalreichthum“, darbend und murrend gegenübersteht, — welche Stellung nimmt die Staatsgewalt, die Hüterin des Rechts sein soll, in diesem Streite zwischen den besitzenden und besitzlosen Klassen, zwischen Arbeitsherren und Arbeitern ein?

Es ist ein schlimmes Zeichen der Zeit, zu sehen wie die Staatsgewalt, die über den Parteien stehen sollte, zumal in dem sozialen Kampfe Schirmherr der Schwächeren sein müßte, sich auf Seite Derer stellt, Die unterstützt, deren kommerzielles, industrielles und Grundbesitzer-Interesse ihr eigentliches Staatsinteresse ist, bei welchen beim Großbürger der Staatsbürger aufhört, und die den Staat als eine ihnen gehörende Domäne betrachten und ihre Handlungen darnach einrichten.

Doch betrachten wir nun einmal die Arbeiterfrage als Frage der Arbeiterklasse an die übrigen Klassen der Gesellschaft, was die letzteren bisher auf die seit zehn Jahren erhobene Forderung der Arbeiter um eine zeitgemäße Aenderung und Besserstellung der Klassenlage der Arbeiter gethan haben, oder was sie überhaupt dazu thun wollen — und wir müssen staunen, welche Antworten wir da zu hören bekommen. Mit so albernen Einwendungen, als dies zu Beginn der Bewegung vor zehn Jahren geschah, wagt man allerdings heute nicht mehr die Forderungen der Arbeiter als unberechtigt zurückzuweisen. Heute wagen die Brodgelehrten der besitzenden Klassen nicht mehr die wohlberechtigten Forderungen der Arbeiterklasse mit der banalen Phrase niederzuschreien: „Was wollt Ihr, die Arbeiter leben heut besser als die Fürsten vor mehreren hundert Jahren, die keine Tapeten, keine Oefen, keine Sophas ꝛc.

in ihren Zimmern hatten! Welch' ungeheurer Fortschritt zum Bessern! Und damit wollt Ihr noch nicht zufrieden sein?"

Alberneres konnte als Argument gegen die Forderungen der Arbeiter gar nicht vorgebracht werden. Diesen Fortschritt zu leugnen, war den Arbeitern noch gar nicht eingefallen. Und was bewies dieses Argument Anderes als die Dummheit der Gegner, die da glaubten, die Arbeiter derart von der Forderung nach Verbesserung ihrer Klassenlage abbringen zu können?

Die Antwort der Arbeiter: „Ihr grundgescheidten Leute, beweiset uns doch einmal, daß die Lage der Arbeiter vor so und so viel hundert Jahren, der Lage der andern Gesellschaftsklassen und den vorhandenen Genußmitteln gegenüber, eine schlechtere war als die unsere in der heutigen, in Ueberfluß und Genußmitteln erstickenden Gesellschaft! Und dann, wenn Ihr diesen Beweis erbracht habt, wollen wir Euch sagen, daß Ihr noch gar Nichts bewiesen habt, denn ein mehrhundertjähriger Kulturfortschritt zwingt uns Arbeiter, ganz andere Forderungen zu unserer Existenzbedingung zu stellen, als unsere Vorfahren zu jener Zeit auch nur ahnen konnten."

Seitdem ist jenes Argument, von welchem die Gegner der Arbeiterbewegung so großen Erfolg erhofften, niemals wieder gegen die neu aufstrebende Bewegung geltend gemacht worden.

Doch wir wollten ja die Antworten der Gegner in der Neuzeit und deren Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage hören. Und merkwürdig, während die Arbeiterbewegung gerade deshalb von den besitzenden, d. h. von den herrschenden Klassen (die Herrschaft ist heut vom Besitz unzertrennlich) gehaßt und verfolgt wird, weil dieselbe als geschlossene Partei ihre Forderungen zur Geltung bringen will, sehen wir, wie die Stellung der Gegner zur Arbeiterfrage gerade durch ihre politische Parteistellung scharf gekennzeichnet ist, da die Conservativen, die Ultramontanen, die Liberalen ganz verschiedene Antworten geben, jede Partei ein anderes Universalmittel zur Lösung der sozialen Frage in Bereitschaft hat.

Die Arbeit — und damit meinen sie die industrielle Arbeit — muß feudalisirt werden, sagen die conservativen Großgrundbesitzer, der Feudal-Adel, dem die mittelalterliche Gesindeordnung, durch welche die ländlichen Arbeiter in langen Arbeitscontrakten an ihre Herren gefesselt werden, so treffliche Dienste leistet, zur Unterdrückung der Arbeiter.

Was heißt das, „die Arbeit muß feudalisirt werden", anders als: die Arbeiter müssen wie im Mittelalter mehr an die Scholle, mehr an die Arbeitsstätten, mehr an die Fabriken gefesselt werden in der Industrie gerade so wie dies auf Grund der preußischen Gesindeordnung mit den ländlichen Arbeitern der Fall ist. Wenn man nun bedenkt, daß die Großgrundbesitzer gleichzeitig auch die Gerichtsbarkeit über ihre Arbeiter haben, welch herrliches Bild entrollt sich da unsern Blicken, sofern wir uns derartige Einrichtungen auch auf die industriellen Arbeiter ausgedehnt denken!

Darf es uns da Wunder nehmen, wenn nicht nur die feudal-adligen Volksbeglücker, sondern auch andere, ihnen geist- und gesinnungsverwandte Abgeordnete plebejischer Herkunft im Reichstage mit allem ihnen zu Ge-

bote stehenden Einfluß für die Verwirklichung ihres Ideals eintreten und für die sogenannte Contraktbruchbestrafung der Arbeiter und Einführung von Gesindebüchern auch für die industriellen Arbeiter, alle Hebel in Bewegung setzen, denn durch Beides sollen die Arbeiter mehr an „ihre Herren", an die großindustriellen Fabrikanten und Unternehmer gefesselt werden. Nicht weniger als 1 Herzog, 2 Prinzen, 4 Fürsten, 7 Grafen, 21 sonstige Herren „Von", 15 Doktoren und 17 Personen ohne „Von" und Doktorhut, aber auch ganz nette Volksbeglücker, wie z. B. der Oberbürgermeister Harburgs, Grumbrecht, der Zünftler Schlossermstr. Schmidt aus Hamburg, der — — — Fabrikant Stumm haben sich zu einer sogenannten freien Commission vereinigt, um die Arbeiter noch ganz besonders durch oben genannte nette Einrichtungen zu beglücken.

Nun, die Thatkraft der deutschen Arbeiterpartei wird die Arbeiter Deutschlands wohl davor bewahren, daß der sehnliche Wunsch der preuß. Kreuzritter und ihrer reichstäglichen Bundesgenossen in Erfüllung geht und daß die Ausdauer und Widerstandskraft des deutschen Arbeiterstandes über Contraktbruchbestrafung und Gesindebücher-Einfluß den endlichen Sieg davon tragen. Doch gestatten Sie mir auch meine Meinung über die kriminelle Bestrafung des sogenannten Contraktbruchs kurz auszusprechen. Es ist eine freche Lüge, wenn man behauptet, die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, billige den Contraktbruch der Arbeiter, wo wirklich ein solcher vorliegt und derselbe unter normalen Verhältnissen begangen ist. Wir meinen, daß die bestehenden Gesetze zu dessen Bestrafung wie bisher auch fernerhin ganz gut ausreichen. Es bedarf gegen den Bruch des Arbeitscontrakts gar keiner andern gesetzlichen Strafbestimmungen, wie für den Bruch aller andern Contrakte. Das sogenannte Contraktbruch-Bestrafungsgesetz ist ein gehässiges Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter. Die Furcht vor der Coalitionsfreiheit der Arbeiter hat es gefordert. Warum verlangen die Vertheidiger dieses Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter denn nicht ganz frei und offen: die Coalitionsfreiheit der Arbeiter muß wieder beseitigt werden? Warum wollen sie diesen sehnlichsten Wunsch auf dem Umwege der Contraktbruchbestrafung erreichen? Weil sie den Muth nicht haben, es offen zu thun, weil sie die Arbeiter fürchten. Und da suchen sie denn in ihrer Verlegenheit nach einem Rechtstitelchen zur Beschönigung, Verbrämung und Bemäntelung für das an den Arbeitern zu verübende Unrecht, und das Wort „Contraktbruch" soll das Feigenblatt sein, unter welchem die blose Arbeiterunterdrückungs-Wuth verborgen werden soll. Doch gemach, wir reißen das Feigenblatt herunter und zeigen sie den Arbeitern in ihrer Nacktheit, auch wenn sie den Contraktbruch der Arbeiter noch so schrecklich in ihren Petitionen als Teufel an die Wand malen.

Huh! wie schrecklich das klingt, wenn in Petitionen an den Reichstag gesagt wird, daß blos in dem Tischlergewerbe im vergangenen Jahre allein in 12 Städten bei 634 Meistern, bei denen insgesammt 3500 Gesellen arbeiteten, 2700 ihre accordirten Arbeiten unvollendet liegen gelassen, und daß von 692 bei selbigen Meistern in der Lehre gewesenen Burschen 186 ihren Lehrcontrakt gebrochen hätten.

Aber man ist für diese Behauptung den Beweis schuldig geblieben, daß ein wirklicher Contrakt, der die Gesellen zur Innehaltung der Lieferungszeit verpflichtete, überhaupt vorgelegen hat. Angenommen aber, es wäre dies wirklich der Fall gewesen, was ist damit bewiesen, wenn, wie uns da mitgetheilt wird, durchschnittlich Jedem der 634 Meister 4 bis 5 Gesellen den Accord liegen gelassen, jedem vierten bis dritten Meister immer ein Lehrling davongelaufen ist? Was ist damit bewiesen? fragen wir. Höchstens doch nur, daß wir es mit einer Sorte Leuteschinder sonder Gleichen zu thun haben. Wir wollen gar nicht in Abrede stellen, daß unter den Arbeitern es Leute giebt, die aus Gleichgültigkeit oder weil sie es von den Meistern nicht besser gelernt haben, die Arbeit willkürlich verlassen, denn die Meister sind, was willkürliche Entlassung der Gesellen anbelangt, um kein Haar besser, ja, wir behaupten, eher schlimmer als die Gesellen. Aber das mögen höchstens 3 — 4 Prozent sein. Wenn also in dem Berichte ca. 60 Prozent der Gesellen als contraktbrüchig bezeichnet sind, so ist damit bewiesen, daß die Meister in hundert Fällen mindestens 90 mal die Schuld tragen, insofern, als dieselben es versuchten, durch die den Gesellen aufgedrängten Accordarbeiten, diesen das Fell über die Ohren zu ziehen.

Wenn irgend ein „humaner Arbeitsherr" seine Arbeiter zu einer Accordarbeit gepreßt, förmlich bei den Haaren zu dem sehr „vortheilhaften", natürlich für den Herrn vortheilhaften Accord herbeigezogen hat, welch Geschrei, welche sittliche Entrüstung, wenn die Arbeiter den Accord nicht fertig machen, sobald sie bemerken, daß sie die Geprellten sind, daß der Arbeitgeber durch den Accord es fertig gebracht hat, den ortsüblichen Lohn auf die Hälfte herabzudrücken. Contraktbruch! Wenn aber ein Kauf- und Handelsherr, Fabrikant oder Handwerker Bankrott macht, d. h. seine contraktlichen Verbindlichkeiten nicht erfüllt, so „lobt der Herr den ungerechten Haushalter darob, daß er klüglich gehandelt", d. h. sein Schäfchen ins Trockne gebracht hat.

Aber was haben denn jene Arbeiter anders gethan, als was der Kaufmann, der Fabrikant, die sich Bankrott erklärten, auch thun? Beide kommen ihren Verbindlichkeiten nicht nach, Beide brechen eingegangene Contrakte, die Arbeiter, weil sie nicht anders können, wenn sie bei ihrer Arbeit nicht verlumpen wollen; die Arbeitsherren, Fabrikanten, Kaufherren rc. brechen dieselben, wenn auch nicht immer, doch oft um bessere Geschäfte, Profitchens zu machen. Dafür: für die Arbeiter Gefängnißstrafe, für die reichen Leute, die es verstehen, wie so ein Bankrott gemacht wird, 50 bis 60 Prozent Gewinn, und für die Neulinge mindestens eine gerichtliche Ehrenerklärung. Und das Alles „von Rechtswegen".

Wohlan! wir wollen das Recht der kriminellen Bestrafung des Arbeitscontraktbruchs zugestehen, sofern jeder Bankrotteur mit Gefängniß nicht unter Einem Jahre bestraft wird.

Eine ganz andere Antwort als die Feudalritter haben die Ultramontanen, die christlich-sozialen Mucker katholischer und protestantischer Confession, auf die Arbeiterfrage. Da hört man ganz frei aussprechen: Jawohl, ihr Arbeiter habt Recht. Ihr werdet in schmählicher Weise

ausgebeutet durch die Unternehmer. Eure Existenz ist eine jammervolle, es ist unerhört, daß Eure Frauen, Eure Kinder auch in den Fabriken arbeiten müssen und so das Familienleben und damit der ganze Arbeiterstand an Körper und Geist zu Grunde gerichtet wird. Doch frägt man weiter, auf welche Weise diese Partei die Arbeiterfrage lösen, den Arbeitern helfen will, da pfeift der Wind aus einem andern Loche.

Nicht etwa, daß diese Leute so einfältig sind, die Arbeiter auf das Jenseits zu verweisen, dabei würden sie sehr schlechte Geschäfte machen. Denn sie wissen zu gut, daß Heinrich Heine's „Wir wollen auf Erden schon glücklich sein und Keiner soll mehr darben" und „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen" selbst in den Reihen ihrer Anhänger aus den Arbeiterkreisen zahlreiche Zustimmung findet; aber sie suchen ihren Schäfchen begreiflich zu machen, daß nur durch die Religion, durch die christliche Kirche die soziale Frage gelöst, die Lage der Arbeiter verbessert werden könne.

Wie das geschehen soll, ist uns ungläubigen Sozialdemokraten freilich noch nicht geoffenbart worden, ja, wir bezweifeln sogar, daß die Vertreter des christlichen Sozialismus, die Verkünder der Lehre von der Lösung der Arbeiterfrage durch die Kirche auch nur selbst eine Ahnung davon haben, wie das möglich ist. Mit der Lösung der Frage im Jenseits dürfen die Führer der eigenen Heerde nicht einmal kommen, Wunder geschehen heut zu Tage auch nicht mehr, und selbst der bergeversetzende Glaube vermag den hungernden Arbeitern kein Brod zu verschaffen. Nimmer aber wird es dahin kommen, daß die Arbeiter sich damit vertröten lassen, zu warten bis die Kirche, wie zu der Zeit, als sie auf dem Höhepunkt ihrer Macht stand, alle Kisten und Kasten voll hat, um den darbenden Arbeitern einige Brocken in den Schooß zu werfen. Die ultramontane Partei hat mit der Lehre vom christlichen Sozialismus allerdings momentane Erfolge aufzuweisen, indem ein großer Theil der industriellen Arbeiterbevölkerung, insbesondere katholischer Confession, denen der Sozialismus im christlichen Gewande mehr zusagt als der Sozialismus in der Blouse, sich dieser Partei angeschlossen haben. Allein da alle Christlichkeit, aller Glaube, alles Beten die soziale Frage eben so wenig lösen wird, als die Kirche im Stande ist, die hungernden Arbeiter zu ernähren, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß im Moment der Entscheidung die christlich-sozialistischen Arbeiter den Kirchenrock mit der Blouse vertauschen werden. Hier können wir auf mit vollster Siegesgewißheit ausrufen: die Zukunft gehört uns!

Nun aber kommen wir zu der liberalen Partei, die seit je her sich mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit gebrüstet, sich als Vorkämpferin für die Arbeiterinteressen gerirt hat. Was hat diese Partei für eine Antwort die Arbeiterfrage?

Zur Vereinfachung der Situation wollen wir unter dem Namen „liberale Partei" die heutige „nationalliberale Partei" und die sog. „Fortschrittspartei" verstehen, die auf demselben Standpunkt steht, im Reichstage nur etwas mehr oppositionell spricht als ihre Freunde, die nationalliberalen Reaktionäre.

Daß diese Partei trotz aller scheinbaren Arbeiterfreundlichkeit ein

womöglich noch größerer Gegner der radikalen Arbeiterbewegung ist als die vorgenannten Parteien, darf uns nicht Wunder nehmen, wenn wir bedenken, daß dieselbe, die bis vor 10 Jahren die unbestrittene Führung der Arbeitermassen in den Händen hatte, durch die Arbeiterbewegung, die die Arbeiter aus dem Schlepptau dieser Partei riß, allen Einfluß auf die Haltung der Arbeiter in sozialer und politischer Beziehung verloren hat. Nur ein verschwindend kleiner Bruchtheil der Arbeiterbevölkerung, die Anhänger der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, hält auch heute noch Fühlung mit der Fortschrittspartei, ist zum Theil in deren Lager. Auf wie lange noch ist freilich eine andere Frage. Dagegen hat die nationalliberale Partei absolut gar keinen Anhang unter den Arbeitern, nicht den entferntesten Einfluß auf dieselben.

Obschon nun die liberale Partei kein soziales Programm aufgestellt hat, weil dies der verschiedenen Elemente halber, aus welchen dieselbe zusammengewürfelt ist, gar nicht möglich ist, so wissen wir doch sehr gut, welche Stellung dieselbe zur Arbeiterfrage einnimmt. Deshalb kann uns auch alles Selbstlob, alles Betheuern ihrer Arbeiterfreundlichkeit nicht hindern, in dieser Bourgeoisiepartei den heftigsten Gegner der Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Und doch, was will diese Partei nicht Alles schon im Interesse der Arbeiter gethan haben? Gewerbefreiheit — im Interesse der Arbeiter; Freizügigkeit — im Interesse der Arbeiter; Aufhebung der Schuldhaft und der Lohnbeschlagnahme — im Interesse der Arbeiter; Unterstützungswohnsitz und freies Verehelichungsrecht, Haftpflicht und Coalitionsrecht! Dies Alles und noch viel mehr behauptet die liberale Partei im Interesse der Arbeiter erkämpft zu haben. Und das ist noch lange nicht Alles, wodurch sie sich um die Lösung der Arbeiterfrage verdient gemacht haben will. Gleichheit vor dem Gesetz, freies Vereins- und Wahlrecht sollen wir ihr zu danken haben.

Aber die zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter sind nun einmal so undankbarer Natur, daß sie, weit entfernt diese Arbeiterfreundlichkeit anzuerkennen, behaupten, daß alle diese an und für sich ganz zeitgemäßen Einrichtungen und Gesetze an der Lage der Arbeiterklasse absolut nichts geändert, noch weniger gebessert haben.

Gewerbefreiheit. Was nützt den unselbständigen Handwerksgesellen die Gewerbefreiheit, von den Hunderttausenden von Fabrikarbeitern gar nicht zu reden, nachdem längst der Beweis vorliegt, daß das selbständige Handwerkerthum durch die Großindustrie und das Großkapital von Jahr zu Jahr in steigender Progression in die Reihen der Lohnarbeit herabgedrückt wird. Es steht ja unumstößlich fest, daß die Conkurrenz der kapitalbewaffneten Großindustrie dem Kleingewerbe, sowie dem gesammten Mittelstand den Untergang bereitet.

Und ist es denn mit der Freizügigkeit anders? Wie hübsch es auch klingt, durch die Freizügigkeit solle den Arbeitern ermöglicht werden, ihre Arbeitskraft an andern Orten vortheilhafter zu verwerthen, wenn am Wohnort der Betreffenden die Löhne zu gering seien. Ja, in der Theorie macht sich das ganz schön! Wenn nur das Reisen kein Geld kostete, oder der verheirathete Arbeiter seine Familie und seinen

Hausstand ins Felleisen packen und von einem Ort zum andern schleppen könnte, das bequeme Fahren erlauben ihm ja die niederen Löhne nicht, die zumeist nicht einmal zur Bestreitung der allernothwendigsten Lebensbedürfnisse ausreichen. Trefflicher zu statten aber kommt die Freizügigkeit und das damit verbundene Niederlassungsrecht den Fabrikanten, den großen Unternehmern, Aktiengesellschaften ꝛc., denen es gar nicht schwer fällt, Hunderte von schwedischen und italienischen Kulis einzuführen, wenn es den Herren einfällt, den Arbeitslohn der heimischen Arbeiter herabzudrücken, oder die Arbeitszeit zu verlängern. Trotz alledem aber will die liberale Partei das Freizügigkeitsgesetz im Interesse der Arbeiter erlassen haben. Freilich, die Fabrikanten sind ja „auch" Arbeiter. Wenn wir nun noch der willkürlichen Ausweisungen von Arbeitern durch die Polizei gedenken, die trotz Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht und Unterstützungswohnsitz erfolgen und die Arbeiter im eigenen Vaterlande heimathslos machen, so kommen uns die, angeblich im Interesse der Arbeiter, erlassenen liberalen Gesetze recht reaktionär vor. Und ist es mit den übrigen liberalen Errungenschaften um ein Haar besser bestellt? Ist es nicht erwiesen, daß das durch seinen § 2 schon für die Arbeiter mit zweierlei und zwar verschlechtertem Maß messende Haftpflichtgesetz durch die liberale Partei noch verschlechtert wurde zu Gunsten der Fabrikanten! Ist es nicht bekannt, daß die liberale Partei im Reichstage in ihrer Mehrzahl das Coalitionsrecht der Arbeiter vernichten will durch die kriminelle Bestrafung des sog. Contraktbruchs und durch Einführung der Gesindebücher? Und was thut denn diese Partei, die jetzt so arg gefährdete Vereins- und Versammlungsfreiheit zu schützen? Wo steckt sie, um ihr stolzestes Paradepferd, die arg mißhandelte „Gleichheit vor dem Gesetz", vor frivolen Uebergriffen zu retten? Aber freilich, es sind ja blos die Arbeiter, denen das Vereins- und Versammlungsrecht verkümmert wird, es sind ja blos die Arbeiter, denen gegenüber die Gleichheit vor dem Gesetz zur schönen Phrase geworden ist. Sollen wir hierfür erst noch den Beweis erbringen? Es ist nicht nöthig, denn täglich berichten ja die Zeitungen, wie willkürlich die Polizei nicht nur die öffentlichen Versammlungen der Arbeiterpartei verhindert, deren Mitgliederversammlungen als sog. politische Vereine, die angeblich mit andern derartigen Vereinen in Verbindung stehen, auflöst, sondern zu gegenseitiger Unterstützung begründete gewerkliche Vereine für politische Vereine erklärt und auflöst, während dergleichen politische und wirklich mit einander in Verbindung stehende Vereine der konservativen und liberalen Partei ganz unbehindert fortbestehen, und auch die gewerklichen Vereine der Fortschrittspartei, die genau dieselbe Organisation haben, denselben Zweck verfolgen und gerade so viel oder so wenig politisch sind, als die Gewerkschaften der Arbeiterpartei, die man verfolgt, ruhig gewähren läßt. Das wißt Ihr Alles, Ihr Herren, und seid ganz einverstanden damit; aber wir wissen auch, daß Ihr seit jeher die Rechte des Volkes verrathen habt, sofern nur Euer Klasseninteresse gewahrt blieb. Ihr seit entlarvt als politische Heuchler, als welche selbst Euer Herr und Meister Bismarck Euch gebrandmarkt hat!

Sollen wir nun erst noch auf das albere Geschwätz eingehen, daß

die Arbeiter nicht gebildet genug seien, um eine bessere Lage beanspruchen zu können? Ist es erst noch nöthig, den Bildungsjesuiten zu sagen, daß die mehr oder weniger große Bildung für die Lösung der Arbeiterfrage gar nicht in Betracht kommt, daß aber alle Schuld für die mangelhafte, oft elende Schulbildung der Arbeiter Diejenigen trifft, die das Heft der Gesetzgebung in der Hand haltend, mit Vorbedacht und systematisch die Aufklärung und bessere Bildung und Erziehung des Volks durch gute Schulen und tüchtige, berufstreue Lehrer verhindert haben? Wer ist es denn, der den obligatorisch unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten für das gesammte Volk fordert? Sind es die Bildungsheuchler, die den Arbeitern ihre Unbildung zum Vorwurf machen, oder sind es die ungebildeten Arbeiter, die diese Forderung stellen? Der letzte Trumpf zur Bekämpfung der Arbeiterpartei, Verleumdung und Lüge, müssen längst angewendet werden, und das sagt Alles! Was hat es gefruchtet, die Vorkämpfer der Arbeiterfrage, die Sozialdemokraten, als rothe Internationale des Bündnisses mit der schwarzen Internationale, als welche die Ultramontanen bezeichnet werden, zu zeihen, obschon beide Parteien sich wie Feuer und Wasser zu einander verhalten? Nichts! 400,000 Stimmen für die sogenannten rothen Reichsfeinde war die Antwort des Volkes.

Ferner! Was hat es denn genützt, daß liberale Lügner, als die Arbeiterbewegung damit vernichtet werden sollte, dieselbe als kommunistisch in ihrem Sinne bezeichneten, die Sozialdemokraten als „Theiler" verdächtigten? Nichts, gar nichts! Das Volk ist hinter die Ränke gekommen und hat gefunden, daß nicht die Sozialdemokraten die Theiler sind, sondern jene Heuchler, die in der verschiedenartigsten Weise die Theilerei als Kultus betreiben.

Es ist ganz erschrecklich, in welch vielfältiger Weise bei den heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen „getheilt" wird. Erst kommt der Arbeitsherr, der mit dem Arbeiter theilt. Dem Arbeiter giebt man den „Lohn", der etwa die Hälfte bis Zweidrittel von dem beträgt, was der Arbeiter für diesen Lohn geschaffen hat, dem Arbeitsherrn aber gehört aller über den Lohn hinaus erzeugte Werth. Dann kommen der Hausherr und der Groß- und Kleinhändler, denen der Arbeiter einen Theil seines Lohnes als Zins und sogenannten Profit zahlen muß. Drittens kommt der Staat und die Gemeinde und verlangen in Form von Steuern und Abgaben ihren Theil. So geht die Theilerei fort, unter welcher der Arbeiter so schwer zu leiden hat, daß ihm nur ein kleiner Bruchtheil dessen, was er erarbeitet, zur Befriedigung seiner Bedürfnisse übrig bleibt, bis zum Grabe; ja über dieses hinaus, denn selbst von dem todten Arbeiter nimmt die Kirche noch ihren Theil.

Diese Theilerei will die Sozialdemokratie nun möglichst beseitigen. Darum der Haß, das Geschrei, die Lügen und die Verdächtigungen derselben durch die wirklichen Theiler. Die Lösung der Arbeiterfrage besteht gerade darin, daß alle Theilerei abgeschafft wird, die Arbeiter also nicht wie früher im Arbeitslohn nur einen Theil dessen erhalten, was sie geschaffen haben und was ihnen gebührt, sondern daß denselben Alles, der volle Ertrag ihrer Arbeit zu Theil wird.

Wie groß aber die Summen sind, die die Arbeiter, gezwungen durch die heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen, an die Theiler abgeben müssen, davon einige Beispiele.

Die Chemnitzer Werkzeugfabrik, die vormals dem Herrn Commerzienrath J. Zimmermann gehörte und vor 2 Jahren zu einer „Gründung" für 2 Millionen Thaler verkauft wurde, liefert hierfür den besten Beweis.

Diese Fabrik hat in dem einzigen Jahr, vom 1. Juli 1872 bis zum 30. Juni 1873, einen Nettogewinn von **358,997 Thlr. 12 Ngr. 5 Pf. gemacht.** Diese Beute ist in folgender Weise vertheilt worden: Tantième an den Direktor Herrn Zimmermann 26,924 Thlr. 22 Ngr., 15 Prozent Dividende an die nichtsthuenden Aktionäre 300,000 Thlr., Reservefond 17,949 Thlr.. Tantième an den Aufsichtsrath 10,706 Thlr., Saldo auf's neue Geschäftsjahr 3,416 Thlr.

Die Chemnitzer Werkzeugfabrik beschäftigt ca. 1500 Arbeiter, es würde demnach jeder Arbeiter, wenn der Arbeitsertrag ihm, statt den Drohnen der Gesellschaft zugute käme, 240 Thlr. pro Jahr durchschnittlich mehr verdient haben. Es würde also ein Arbeiter der Fabrik, der jetzt durchschnittlich 250 Thlr. Lohn erhalten hat, 490 Thlr. erhalten haben. Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter wohl schwerlich einen Direktor anstellen würden, der für ein Minimum von täglicher Arbeit, neben 26,924 Thlr. Tantième, vornweg 10,000 Thlr. fixen Gehalt bezieht. Was so ein Bourgeoismagen verdauen kann, davon legt uns Herr Commerzienrath Zimmermann ein sprechendes Zeugniß ab. Rechnen wir einmal. Herr Zimmermann hat als „Direktor" sicher ein sehr bequemes Leben, seine wirkliche tägliche Arbeit nimmt vielleicht den zehnten Theil der Zeit in Anspruch, welche ein Arbeiter in dieser Fabrik sich abschinden muß. Vergleichen wir also einmal die Lage des Herrn Direktors mit derjenigen eines seiner Arbeiter. Herr Zimmermann erhält a) 10,000 Thlr. Gehalt, b) 26,924 Thlr. Tantième als Direktor, c) die 15 Prozent Dividende von mindestens 400,000 Thlr. Aktien, welche ihm, wenn wir nicht ganz irren, bei Verkauf seiner Fabrik zugeschrieben wurden, die 60,000 Thlr. betragen, d) die Zinsen von 1,600,000 Thlr. Rest-Kaufsumme seiner Fabrik, von denen wir annehmen, daß er sie sicher und solid, statt in Aktien, in 5prozentigen Staatspapieren angelegt hat, diese Zinsen betragen 80,000 Thlr., e) dem sonstigen sehr erheblichen Vermögen des Herrn Zimmermann, das wir aber nicht im Betrage kennen und außer Frage lassen wollen. Die sämmtlichen hier aufgeführten Summen ergeben den kolossalen Betrag von 176,924 Thlr. jährlicher Einkünfte, oder nahe an 500 Thlr. täglich.

Ein Arbeiter der Chemnitzer Werkzeugfabrik, der täglich sich 11 Stunden abschindet, und wenn er alt und stumpf geworden ist, wie eine ausgepreßte Citrone bei Seite geworfen wird, verdient durchschnittlich pro Woche vielleicht 5 Thlr., jährlich also 260 Thlr., d. h. das ganze Jahr nur die größere Hälfte von dem, was Herr Zimmermann an einem einzigen Tag einnimmt, und wohlgemerkt, ohne nennenswerthe Arbeit. Der „Entbehrungslohn" des Herrn Zimmermann umfaßt also die ganze Jahreseinnahme von 720 Arbeitern der unter seiner Leitung

stehenden Fabrik, und, wenn wir einem Vergleich mit dem Lohn unserer Weberbevölkerung ziehen wollen, das Jahreseinkommen von 1500 Weberfamilien, also einer Weberbevölkerung von ca. 7500 Köpfen.

Dieselbe Fabrik veröffentlichte über das letzte Geschäftsjahr die Bilanz, der ich folgende Zahlen entnehme:

Den Aktiven im Betrage von 3,226,128 Thlr. 17 Gr. 5 Pf. stehen Passiven im Betrage von 2,914,818 Thlr. 3 Ngr. 3 Pf. gegenüber, mithin sind **311,310 Thlr. 14 Ngr. 2 Pf. verdient** (von den Arbeitern); hiervon gehen die üblichen Abschreibungen und Dotirung des Reservefonds ab mit 94,831 Thlr. 4 Ngr. 5 Pf., so daß aus den bleibenden 216,479 Thlr. 9 Ngr. 7 Pf. und nach Bestreitung der Tantièmen an die Verwaltung 8 Prozent Dividende auf ein Aktienkapital von 2,400,000 Thlr. vertheilt werden können (an die Aktionäre!), ein Resultat, das bei dem ruhigen Geschäftsgang und dem plötzlichen Abschlag aller Materialien gewiß ein befriedigendes zu nennen sein dürfte. — Die Arbeiter mögen nicht vergessen, daß es ihr Arbeitsertrag ist, was da vertheilt wird.

Ein Bericht über die vormals Münnich'sche Maschinenfabrik in Chemnitz giebt folgende Aufschlüsse über die Einnahmen der Theiler:

Die Tantième für den Aufsichtsrath im vorletzten Geschäftsjahre betrug bekanntlich zusammen 22,663 Thlr. 6 Ngr. 4 Pf. oder 3777 Thlr. 6 Ngr. für jedes einzelne Mitglied, wobei extra Reise- und andere Verläge reichlich vergütet wurden. Drei Sitzungen hatten die Herren im Ganzen gehalten. Also kostete der Gesellschaft jede Aufsichtsraths-Sitzung 7554 Thlr. 12 Ngr. und jedes Mitglied verdiente 1259 Thlr. 2 Ngr. pro Sitzung, auch wenn es derselben nicht anwohnte.

Für diese 1259 Thaler muß im Durchschnitt ein Arbeiter genannter Fabrik 5 Jahre lang, Tag für Tag arbeiten.

Der bekannte Kanonen-Krupp in Essen hatte bisher 7200 Thlr. Einkommensteuer bezahlt. Wie uns berichtet wird, ist Herr Krupp für das Jahr 1874 in die 117. Steuerstufe gesetzt und zu einem Steuerbetrage von 50,400 Thlrn. veranlagt worden. Diese Summe würde somit, bei einem Zinsbetrage von nur 3 Prozent veranlagt, ein Einkommen von jährlich **einer Million und 680,000 Thlr.** repräsentiren. Bisher hat also der „große Industrielle" von seinem Einkommen nur dreisiebentel Prozent als Steuer gezahlt, d. h. sehr viel weniger als jeder andere preußische Bürger. Interessant wäre es, zu erfahren, wie viel Arbeiter des Herrn Krupp zusammen eine Jahreseinnahme von 1,680,000 Thlr. haben, und wie hoch die Steuersumme ist, welche diese Arbeiter an den Staat entrichten müssen.

Die armen Bergleute, welche für den Lugau-Niederwürschnitzer Steinkohlenbau-Verein arbeiten, haben dieser Gesellschaft laut Geschäftsbericht im Jahre 1873 die Summe von 100,010 Thlrn. Reingewinn verdient. Bei 425 Arbeitern macht das auf jeden Einzelnen 200 Thlr. Die Aktionäre stecken 45 Prozent Dividende in ihre weiten Taschen, ohne etwas gethan zu haben. Wer aber das „Theilen" abschaffen will, ist ein „Feind des Eigenthums", ein „bethörter Fanatiker", ein „gewerbsmäßiger Agitator" ꝛc.

Und nun frage ich, sollen wir noch mehr Beweise erbringen dafür, wie „getheilt“ wird und wer die „Theiler“ sind?

Nun, vom Schauplatz der Großindustrie werden diese Proben genügen.

Aber jetzt fragen wir, wer ist es denn, der die ungeheuren Summen zur Bereicherung Einzelner aufbringen muß, und **wer** die „Theiler“ sind?

Merkt die liberale Partei, merken die Gegner der Arbeiterpartei nun wohl, wie die giftgetränkten Pfeile der Lüge und Verläumdung von dem blanken Schild der Sozialdemokratie: **Wahrheit und Gerechtigkeit** abprallen und in's eigene faule Fleisch dringen?

Ich halte es nicht mehr der Mühe werth, die Palliativmittelchen zur Lösung der Arbeiterfrage, die Vorschläge durch Spar-, Vorschuß- und Consum-Vereine, durch Theilhaberschaft am Reingewinn die Lage der Arbeiterbevölkerung bessern zu wollen, näher in's Auge zu fassen und deren Nutzlosigkeit nachzuweisen.

Es geht diesen Mitteln wie dem Hoff'schen Malzextract: sie helfen Denen am Meisten, die sie am lautetesten anpreisen.

So viel aber wird der denkende Zuhörer aus den gegebenen Darlegungen wohl selbst entnommen haben und weiter entwickeln können, daß die Lage der Industriearbeiter in keiner Weise eine Besserung zu gewärtigen habe, es sei denn, daß die Forderungen der Sozialdemokratie zur Geltung kommen, wie sie dieselben klar und bündig gestellt und unermüdlich verfochten hat.

„**Beitritt zur Organisation der Partei**“, das ist der Ruf, den ich an Alle richte, die ein Interesse haben, daß es anders werde. Nur im fortgesetzten Kampfe gelangen wir zum Siege; unsere Waffe aber ist die Organisation. Also, Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Vahlteich: Ich wiederhole auch dießmal die Aufforderung zum Wort, bevor der Correferent spricht. Da Niemand sich meldet, ertheile ich das Wort Herrn Grillenberger-Nürnberg.

Grillenberger: M. H.! Mein Vorredner hat hauptsächlich die industrielle Arbeiterfrage behandelt, so daß mir nur erübrigt, über die Verhältnisse der ländlichen, der bäuerlichen Arbeiter zu sprechen. Ich werde bei Behandlung dieses Themas selbstverständlich auch auf eine andere Frage zu sprechen kommen, die mit der ländlichen Arbeiterfrage auf's Innigste verwachsen ist und deshalb nicht wohl von ihr getrennt werden kann, obwohl ich sie nicht als Hauptfrage für mein Referat behandeln werde — es ist dies die Grund- und Bodenfrage.

Man hat sich in sozialdemokratischen Kreisen schon manchmal darüber gewundert, daß die sozialistische Bewegung im Allgemeinen trotz der angestrengtesten Agitation noch keinen größeren Einfluß auf die Wahlen hervorzubringen im Stande war. Es liegt dies zum großen Theile darin, daß die ländlichen Arbeiter die Bestrebungen des industriellen Proletariats nicht nur nicht unterstützen, sondern aus Unkenntniß feindlich dagegen auftreten und die industriellen Arbeiter bei den Wahlen niederstimmen. Und doch sind die Interessen des arbeitenden Volkes auf dem Lande solidarisch mit denen ihrer Brüder in den Städten.

wir können sicher sein, nie etwas Durchgreifendes fertig zu bringen, so lange nicht die Arbeiter in Stadt und Land Hand in Hand miteinander gehen.

Es ist keine geringe Aufgabe, über „die ländliche Arbeiterfrage in Deutschland“ zu sprechen, da bei uns die Verhältnisse noch lange nicht entwickelt genug sind, um diese Frage sofort von dem nämlichen Gesichtspunkt aus aufzufassen, wie dies bei den übrigen Punkten der sozialen Frage möglich ist. Man kann z. B. in einem großen Theile Süddeutschlands recht wohl von einer „bäuerlichen“ Frage, aber trotzdem noch nicht von einer „ländlichen Arbeiterfrage“ sprechen, wie dies z. B. in Norddeutschland vielfach eher am Platze ist. Im Großen und Ganzen ist es jedoch überall gleich insofern, als die ländlichen Arbeiter nicht minder, sogar sehr häufig noch mehr, unter dem Druck des Capitals zu leiden haben als die Handwerker. Wir haben deshalb ein Hauptaugenmerk auf die ländlichen Arbeiter zu richten und eine Organisation derselben in's Leben zu rufen. Wenn wir aber einen klaren Ueberblick über die Situation erlangen und zu einem Resultat kommen wollen, wie die Sache anzufangen sei, so müssen wir vor allen Dingen die Entwicklung der Landarbeiterverhältnisse, sowie die verschiedenen Wandlungen der Eigenthumsform in Bezug auf Grund und Boden in den verschiedenen sogenannten Culturländern in's Auge fassen. In keinem Lande der Welt machen sich wohl die schrecklichen Folgen der Monopolwirthschaft auf krassere Weise bemerklich als in England, in demjenigen Staate, in den es längst keine freien Bauern, sondern lediglich Sklaven — in des Wortes ausgedehntester Bedeutung — der Großgrundbesitzer gibt.

(Redner schildert nun in kurzen Zügen die „Aneignung“ des englischen Grund und Bodens durch das adelige Raubgesindel der Normannen, die gewaltsame Expropriirung des Gemeindelandes durch die Landlords, die Umwandlung von tausenden Acres Land in Weideland und das rücksichtslose Davonjagen der früheren Kleinbesitzer und kommt schließlich auf die jetzigen Verhältnisse und auf die Lage der englischen Landarbeiter zu sprechen.)

Das englische Volk hat thatsächlich keinen Grundbesitz, da der gesammte Boden, auf dem cirka 30 Millionen Menschen wohnen, sich in den Händen von etwa 30,000 Besitzern befindet. Von diesen besitzen die hundertsechzehn reichsten die Hälfte von England und drei Viertel von Schottland als Privateigenthum! Daß diese Herren selbst nicht arbeiten, ist selbstverständlich. Die meisten von ihnen verbummeln ihre halbe Lebenszeit auf dem Continent oder auch in den großen Städten Englands und haben meist nicht die geringste Ahnung von der Lage, in der sich Diejenigen befinden, welche das Land zu bebauen haben. Der größte Theil des Landes ist an Pächter vermiethet, welche ungeheure Pachtsummen zu zahlen haben und deshalb den Boden und die ihnen zur Verfügung stehenden Arbeiter — Knechte und Taglöhner — in der ausgedehntesten Weise ausbeuten. Nur ein kleiner Bruchtheil des Nutzlandes wird auf eigene Rechnung der „Herren“ [illegible] ihren eigenen Beamten verwaltet und ausgenützt. Wir haben es also mit zwei Sorten von Ausbeutern zu thun: mit den „Eigen-

thümern" des Landes, welche einen möglichst hohen Pacht herauszuschinden suchen, und mit den „Pächtern", welche diese Gelder nicht durch eigene Arbeit aufbringen, sondern einfach von den Arbeitern „verdienen" lassen. Während in Deutschland neben dem eigentlichen ländlichen Proletarier, dem Taglöhner und Knecht, noch vielfach der kleine Bauer existirt, ist dies in England nicht mehr der Fall. Die Landarbeiter befinden sich in Bezug auf Lebensart, Auslohnung 2c. ganz genau auf derselben Stufe wie die Industriearbeiter. Von dem patriarchalischen Verhältniß zwischen Pächter oder Bauer und Knecht wie in Deutschland ist dort schon lange keine Rede mehr. Und auf welch scheußlicher Stufe des Proletarierlebens sind jene Menschen bereits angelangt! Sie kennen nichts weiter, als Morgens sich in ihr Joch zu spannen und zu wühlen, um den erbärmlichen Hungerlohn zu verdienen. Diese Thätigkeit wird nur unterbrochen, wenn das Arbeitsthier, denn so kann man den englischen Landarbeiter füglich nennen, zum Troge geht oder die matten Glieder auf der Streu ausstreckt. Von den Wohnungen eines großen Theil dieser Leute mögen sich unsere „Humanisten" einen Begriff machen, wenn sie hören, daß in den so vielfach von den Dichtern besungenen „Cottages" selten mehr als ein einziger Raum zum Wohnen vorhanden ist, in welchem dann ein Dutzend oder noch mehr Menschen jeglichen Alters und Geschlechts zusammen wohnen, nein nicht wohnen, sondern wie die Thiere im greulichsten Schmutze vegetiren. In solchen Ställen werden die Menschen geboren, wachsen sie auf, paaren sie sich und leben mit ihren Nachkommen wiederum in derselben Weise zusammen. Und auf der anderen Seite existirt ein für uns fast unglaublicher Luxus, eine Verschwendung, die alle Begriffe übersteigt; das Mark des Arbeiters und sein Schweiß kristallisiren sich in Form von Goldstücken und dienen den „Herren" zur Befriedigung der wahnsinnigsten Gelüste. Und ist dann der Arbeiter durch ein knappes Menschenalter hindurch genugsam ausgepreßt, so winkt ihm als tröstliches Asyl für sein Alter das „Workhouse", das Arbeitshaus. Es gibt in England Arbeiter in Masse, die lieber Selbstmord begehen, als sich dem Workhouse überliefern lassen. Man wird nun wohl sagen, daß diese Zustände in neuerer Zeit anfangen anders, besser zu werden, da sowohl von sogenannten Humanitäts- und Wohlthätigkeitsgesellschaften als auch von den Grundbesitzern selbst für den Bau von gesunden Arbeiterwohnungen 2c. gesorgt würde. Das Letztere ist richtig. Aber diese Wohnungen werden nicht gebaut, um dem Arbeiter eine menschenwürdigere Existenz zu sichern, sondern lediglich aus Spekulation, um die Arbeitskräfte an die Scholle zu fesseln, da sie bereits angefangen haben, sich aus stumpfsinnigen Arbeitsmaschinen zu denkenden Menschen zu machen und sich eine Organisation geschaffen haben, die bereits jetzt nach Hunderttausenden zählt. Bei der jetzigen Aussperrung kann man es ja am allerdeutlichsten sehen, daß es mit diesen Wohnungen nur darauf abgesehen ist, die Arbeiter abhängiger zu machen; denn sobald einer es wagt, sich zu rühren, kommt er bekanntlich außer Arbeit und in allen solchen Fällen ist mit der Arbeitsentlassung auch die Kündigung der Wohnung verbunden.

Wenn man nun Zustände wie die geschilderten selbst vom „ortho-dox-christlichen“ Standpunkt aus ansehen wollte, so müßte man sich fragen: Was soll das für ein Hergott sein, der eine solche Welt geschaffen hat? Wie kommt er dazu, die ganze schöne Erde ein paar Faullenzern als „Eigenthum“ zuzusprechen, während eine so erschrecklich große Zahl von fleißigen Menschen zu nichts weiter bestimmt sein soll, als für jene Minorität gefügige Werkzeuge abzugeben?! Die Erde ist für uns Alle da, und Niemand hat Jenen das Recht gegeben, sie zu usurpiren und als Monopol zu betrachten!

Durch den Großgrundbesitz in England mußte selbstredend auch der Großbetrieb auf dem landwirthschaftlichen Gebiete herbeigeführt werden; wir sehen die Maschinen in ihrer größten Vollendung, soweit dieselbe bis jetzt erreicht ist, in Anwendung; der Dampfpflug der Landlords hat längst den Handpflug des freien Bauern verdrängt. Es ist rationeller Betrieb, kein kümmerlicher Raubbau wie in Frankreich und einem großen Theile Deutschlands vorhanden, und deshalb ist auch in England die Ertragsfähigkeit, resp. der Nutzen, den das Land abwirft, um fast sechsundsechzig Procent größer als in Frankreich.

Dies lehrt, daß das gesammte Land, wenn Eigenthum der Arbeiter und auf die genannte Weise bearbeitet, genug abwerfen würde, um Alle reichlich zu ernähren und Keinen darben zu lassen.

Sehen wir nach Frankreich hinüber. Dort existirt seit Jahrhunderten das Parcellensystem, das System der Güterzertrümmerung. Es existirte dasselbe schon zur Zeit der Leibeigenschaft in indirekter Form. Die großen Besitzungen der in den Klöstern ihr Unwesen treibenden Pfaffen und die des Adels waren sämmtlich in so und so viele kleine Parcellen eingetheilt, welche von den „Hörigen“ für die „Herren“ bearbeitet werden mußten. Durch die große Revolution vom Jahre 1789 wurden diese Parcellenbauern frei. Sie traten in den Besitz des Landes, das von dem souveränen Volk expropiirt worden war. Aus diesem Grunde kämpfte auch der französische Bauernstand zum großen Theil mit so gewaltiger Begeisterung für die Revolution und für die Republik. Er sah in ihr seine Befreierin. Er wurde durch sie zum Grundbesitzer gemacht. Achtzig Jahre sind seitdem verflossen; die französischen Bauern haben während dieser Zeit Gelegenheit gehabt, alle möglichen Verbesserungen für die Landwirthschaft einzuführen.

Sehen wir uns indeß nach dem Resultat dieses 80jährigen Besitzes um!

Der französische Bauer steht in Hinsicht auf sein ökonomisches und leibliches Wohlergehen noch genau auf derselben Stufe wie vor der Revolution. In allen übrigen Fragen steht es noch weit schlimmer.

Die Hypothekenschulden, die auf dem Lande lasten, betrugen 1851 schon 10 Milliarden Francs und 1866 gab es in Frankreich mehr als $3^1/_2$ Millionen Bauern, welche in Folge ihrer schlechten Lage ihre Steuern nicht bezahlen konnten! Und dabei ist in's Auge zu fassen, daß in Frankreich, (das bei einer Einwohnerzahl von 38 Millionen 7,850,000 Grundeigenthümer zählt — während England bei 30 Millionen blos 30,000 (!) zählt —) in Folge der Parcellenwirthschaft der Ertrag, wie

ich schon angeführt habe, weit geringer ist als in England, wo die Arbeit, zu deren Verrichtung in Frankreich 7 Hände nothwendig sind, dort von zweien verrichtet wird.

Die Lebensweise selbst aber ist in vielen Gegenden noch erbärmlicher als in England, abgesehen davon, daß das Land entvölkert wird und verarmt.

Meine Herren! Ich glaube nicht nöthig zu haben, auch noch auf andere „Culturländer" überzugehen. Betrachten wir nun einmal unser liebes Deutschland. Hier finden wir beide bereits geschilderte Wirthschaftssysteme vertreten. In Norddeutschland, namentlich in Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen finden wir den englischen Großgrundbesitz in ausgeprägtester Weise. Die dortigen Rittergutsbesitzer sind dasselbe wie die englischen Landlords, nur fehlt hier der Pächterstand, wenigstens ist derselbe nicht in der gleichen Ausdehnung vorhanden wie in England. Wir haben hier unter den Arbeitern dreierlei Art zu unterscheiden: die eigentlichen „Knechte", die auf festen Lohn gedungen werden und auch Kost und Wohnung (und was für eine!) bei den „Herren" haben; dann die „Tagelöhner", welche wie die industriellen Lohnarbeiter um ein bestimmtes Tagegeld oder zur Erntezeit wohl auch im Akkord arbeiten, und keine weiteren Verbindlichkeiten gegen die Besitzer haben, und endlich die sogenannnten „Inst- oder Dienstleute", die Nachkommen der früheren Leibeigenen, welche zu dem Gutsherrn in dauerndem Dienstverhältniß stehen, Wohnungen und Naturallieferungen erhalten und dafür verpflichtet sind, mit Weib und Kind, womöglich auch noch mit einem Scharwerker für den Herrn zu arbeiten. Diese letzteren Arbeiter unterscheiden sich von den früheren schwarzen Sklaven Amerika's nur in sehr geringem Grade.

Daneben giebt es dann allerdings auch noch einen gewissen „Kleinbauernstand", der aber im Vergleich zu den bis jetzt genannten Arbeiterarten fast vollständig verschwindet. Die Bezahlung dieser sämmtlichen Arbeiter ist geradezu jammerwürdig und in Bezug auf die Wohnung stehen sie so ziemlich auf derselben Stufe wie die englischen Cottagers. Daher auch die riesige Zunahme der Auswanderung nach Amerika aus jenen Gegenden, die zwar nebenbei auch noch dem Militarismus mit in die Schuhe geschoben werden muß. Denn der englische Arbeiter, so geplagt und ausgepreßt er auch wird, da ihn der Fabrikant oder Gutsbesitzer nach Belieben hungern, ja verhungern lassen kann — er hat wenigstens den Trost, daß er nicht zum Militärdienst gezwungen werden kann, während der deutsche Proletarier und namentlich der ländliche Proletarier die sichere Aussicht hat, wenn er seine geraden Glieder hat, gedrillt zu werden, um das System der Ausbeutung und der Unterdrückung noch im Dienste der Pickelhaubenkultur mit dem Schießprügel in der Faust aufrecht erhalten und sich dafür todtschießen lassen zu dürfen!

(Redner geht nun auf die statistischen Angaben der Herren v. d. Goltz und Rudolph Meyer ein und schildert in satyrischer Weise ihre Vorschläge zur Steuerung der Auswanderung, sowie zur Lösung der sozialen Frage im Allgemeinen.) — In den erwähnten Ländern nun

ist die Ausbeutung und die Arbeitsmethode so weit gediehen, um mit der Organisation der Landarbeiter zur Erzielung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen vorgehen zu können. Auch können diesen Leuten die Grundlehren des Sozialismus, und die Consequenzen, die er für die Landarbeiter mit sich bringt: allmälige Umwandlung der Staatsdomänen und Kirchengüter in Collectiveigenthum mit genossenschaftlicher Bearbeitung, sowie später gänzliche Expropriation des gesammten Grund und Bodens, — recht wohl begreiflich gemacht werden.

In Süd- und Westdeutschland ist noch mehr das französische Parcellensystem mit denselben Regeln bez. der Erbfolge im Gebrauch. Dort existirt noch ein ziemlich wohlhabender bäuerlicher Mittelstand, der aber in Folge der Fortschritte auf dem Gebiete der landwirthschaftlichen Wissenschaft gezwungen ist, entweder den rationellen Großbetrieb mit Maschinen einzuführen und dadurch zur Vergrößerung und Arrondirung seiner Güter zu greifen, oder, wenn er die Mittel hiezu nicht hat, langsam zu verkommen und in die Reihen der Kleinbauern und Tagelöhner zurückzutreten. Diese Beobachtung kann man namentlich in dem wohlhabendsten Regierungsbezirk Bayern's, in Niederbayern, der sogenannten bayrischen Kornkammer machen. Zwei Drittel des gesammten Grund und Bodens von Niederbayern sind mit Hypothekenschulden überlastet, und auch das andere Drittel ist mehr oder weniger in den Klauen von Wucherern und Geldwechslern.

Das ist die Kehrseite der Medaille. Und tritt irgendwie eine Krisis oder ein Krieg ein, so daß der Bauer zahlungsunfähig wird, so fällt das ganze Land in die Hände einer kleinen Anzahl von Großkapitalisten. Es ist daher nothwendig, auch die ländlichen Arbeiter über ihre Lage aufzuklären und sie zu organisiren nach dem Muster der englischen Gewerkschaften. Daß der Sozialismus unter der Landbevölkerung Wurzel fassen kann, beweist erstens die schleswig-holstein'sche Gegend und dann auch die katholisch-soziale Propaganda. Mit letzterer hatte ich Gelegenheit, zusammenzutreffen. Als ich in der Wahlperiode unter den ländlichen Arbeitern agitirte, wurde mein sozialistisches Programm immer mit größter Freude aufgenommen; aber gleich darauf kommt ein Pfaffe und sagt: Alles, was der euch gesagt hat, ist richtig; wir wollen ganz dasselbe. Nur wollen wir den Herrgott dazu und die Sozialdemokraten wollen den Herrgott nicht. Selbstverständlich wenden sich nun die meisten von uns wieder ab. Es ist daher in dieser Hinsicht Vorsicht zu üben; nicht daß man jesuitisch mit seiner eigenen Ueberzeugung hinter dem Berge hält, sondern man braucht nur nicht mit der Thüre in's Haus zu fallen, und hat eben mehr über die Organisation, als über Religion und dergleichen zu reden. —

Ich bin deshalb der Ansicht, daß es nothwendig ist, in nächster Zeit schon eine Organisation der Landarbeiter in's Leben zu rufen und empfehle Ihnen folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung anerkennt die Solidarität der industriellen und ländlichen Arbeiter und betrachtet es als eine Hauptaufgabe für die sozialdemokratische Arbeiterpartei, durch planmäßige Agitation die sozialistischen Grundsätze unter der Landbevölkerung zu

verbreiten und baldigst eine sozialdemokratische Organisation der ländlichen Proletarier in's Leben zu rufen." —

Sorgen Sie dafür, daß die sozialistische Propaganda immer größere Ausdehnung erlange, sorgen Sie dafür, daß es hell werde in den Köpfen der ländlichen Proletarier, damit auch auf dieser Seite der Wahlspruch zur Wahrheit werde:

„Tod der Noth, Krieg dem Müssiggang;
Friede und Arbeit,
Brod und Gerechtigkeit!"

Vahlteich: Wer aus der Versammlung das Wort wünscht, hat dasselbe. (Kurze Pause.) Es wünscht Niemand zu sprechen, wir kommen zur Abstimmung. (Geschieht.) Die Resolution ist einstimmig angenommen und unsere Tagesordnung somit erledigt, dafern nicht sonst noch Jemand im Allgemeinen ein Anliegen hat. (Kurze Pause.) Es ist der Fall nicht, wir kommen zum Schluß.

M. H.! Auf den sittlichen Geist hinweisend, von welchen die Vorträge der Redner durchdrungen gewesen sind, wende ich mich insbesondere an die der Sozialdemokratie feindlich oder gleichgiltig gegenüberstehenden Anwesenden, indem ich sie auffordere, wenn nicht an der sozialistischen Propaganda, so doch an der Culturarbeit theilzunehmen, welche darin besteht, daß man dem armen vernachlässigten Volke wahre Bildung durch gesunde geistige Nahrung zuführt. Jeder Anwesende konnte durch die gehörten Reden zum wenigsten wohl davon überzeugt werden, daß die Sozialdemokratie in Wirklichkeit nicht den Schilderungen entspricht, welche ihre Feinde von ihr zu entwerfen pflegen; wie sie selbst ihre Sache mit sittlichem Ernste auffaßt, so mag auch das große Publikum sich bemühen durch eifriges Studium sich mit der sozialen Wissenschaft bekannt zu machen. Jeder der ein Herz hat für die Leiden des Volkes, der es gut meint mit der ganzen Menschheit, ist zu solchem Handeln verpflichtet. —

Die Versammlung ist hiermit geschlossen!

(Der Verlauf dieser Versammlung war ein äußerst günstiger und fanden sämmtliche Referate lebhafte Anerkennung. Trotz der drückendsten Hitze blieb der Saal gefüllt bis zum Schluß der Versammlung ½7 Uhr Abends.)

Zweite geschlossene Sitzung.

Sonntag, den 19. Juli, Nachmittags 7¾ Uhr,

im Kurgarten.

(Vorsitzender: Motteler.)

Die Verlesung der Präsenzliste ergiebt die Anwesenheit sämmtlicher Delegirten; folgende Telegramme werden hierauf zur Kenntniß des Congresses gebracht:

Gößnitz: Besten Gruß! Seid muthig, werdet einig, wenn Verfolgung groß. Parteigenossen Gößnitz-Crimmitschau.

Berg (Württemb.): Glück zur Arbeit für Freiheit wünschen die Parteigenossen Cannstadts. Hoch den Männern der Freiheit! Seitz.

Eßlingen (Württemb.): Hoch lebe die Sozialdemokratie, sowie deren Vertreter! Einheitliches Zusammenwirken wünschen die Eßlinger Parteigenossen. Hunn.

Pforzheim: Dreifaches Hoch den wackeren Vorkämpfern unserer gerechten Sache! Wahret Ehre und Freiheit des Proletariats. Tischgesellschaft „Kühler Grund".

Mylau (Sachsen): Hoch leben die treuen Vorkämpfer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei! Die Sozialdemokraten v. M.

Forst (Nieder-Lausitz): Glückauf zum Congreß von der heutigen Versammlung in Forst. J. A.: Urban, Schmidt.

Ein Schreiben aus Gelenau i. S. wird als auf privatem Wege erledigt erklärt. Es liegen ferner Zuschriften aus Zürich vor, worunter eine vom deutschen Verein daselbst, in welcher derselbe ersucht, der Congreß möge zur Schlichtung der dortigen Streitigkeiten eine Commission einsetzen. Der betr. Brief wird verlesen; ebenso das Protokoll der vorhergehenden Sitzung, welches genehmigt wird.

Geib wünscht, daß letzteres in Zukunft ausführlicher abgefaßt werde, hat aber Prinzipielles nicht zu erinnern.

Vors. Motteler: Wir treten jetzt in die heute Mittag verlassene Tagesordnung wieder ein. Die Debatte über Punkt 1C ist wieder eröffnet und sind hierzu bis jetzt folgende Anträge eingelaufen:

Wolf-Chemnitz beantragt: „Der Congreß möge sich dahin erklären, daß dem Ausschusse das Recht nicht zustehe, direkt in die Organisation der Gewerkschaften einzugreifen."

Scheil u. Ulrich bringen folgende Erklärung zu Wolf's Antrag ein: „Unterzeichnete erklären, daß das Vorgehen des Ausschusses in Bezug auf den Congreß der Vereinigten Metallarbeiter Deutschlands, zu Pfingsten d. J. in Hannover abgehalten, nicht im Interesse der Arbeiterbewegung geschehen erachtet werden kann, da die gewerkschaftliche Organisation, als Fundament der politischen Arbeiterpartei aller Culturstaaten, bestehen soll. Sie beantragen demzufolge, daß der Congreß, ohne der anderweitigen Thätigkeit des Ausschusses ein Mißtrauensvotum ausstellen zu wollen, sofort sich darüber aussprechen möge, ob die Generalversammlung der Metallarbeiter im Sinne unseres Programms stattgefunden habe oder nicht. Ulrich, Scheil."

Löwenstein-Fürth beantragt, zu erklären: „Der Congreß hat die Berichte des Parteiausschusses und der Controlcommission mit Befriedigung entgegengenommen und geht über den speziellen Antrag Wolf's zur Tagesordnung über."

Motteler: Sämmtliche Anträge stehen mit zur Diskussion.

York: Ich kann nicht begreifen, wie Scheil zu seinem Antrage kommt. Der Ausschuß war zum Mißtrauen gegen diese Art von Einigung vollständig berechtigt, denn der Metallarbeiter-Congreß wäre schwer-

lich zu Stande gekommen, wenn man Seitens der Veranstalter nicht einer Majorität sicher zu sein geglaubt hätte Wir hatten Kenntniß davon, daß die anderseitigen Unternehmer, trotzdem sie nur verschwindend schwache Gewerkschaften zählten, sich als Vertreter von Tausenden aufspielen wollten, und können dafür mit Zahlen dienen. Wären unsere Leute direkt auf die Vorschläge der anderseitigen Einberufer eingegangen, ohne gewarnt zu sein, so hätte eben einfach eine Majorisirung der wirklichen Majorität durch eine großgekünstelte Minorität stattgefunden. Und wie man andererseits dachte, dafern es so weit nicht kommen sollte, das finden wir am klarsten ausgedrückt in der Aeußerung von Stöckel (Mitgl. d. Allg. d. Arb.-Ver.) R. Wolf-Chemnitz gegenüber: „Er (Stöckel) würde die Einigung bekämpft haben, wäre er nicht Präsident des Congresses gewesen.“ Ich bin überzeugt, der Parteiausschuß hat unter solchen Umständen nur seine Schuldigkeit gethan.

Scheil beantragt 10 Minuten Redezeit für Antragsteller. Nach kurzer Debatte wird dies abgelehnt.

Bernstein: Ich bin gegen den Antrag Wolf's, obschon ich durchaus nicht an der redlichen Absicht eines großen Theils der Einberufer des Metallarbeiter-Congresses zweifle. Ich bin sogar bei vielen, die ich persönlich kenne, davon überzeugt. Indessen muß ich insofern Wolf Unrecht geben, als ich den Ausschuß für wohlberechtigt halte, wo er es für nöthig hält, warnend einzutreten. Dies war hier um so mehr geboten, als selbst bei den besten Absichten der Einberufer es sehr in Frage stand, ob sie für ihr Unternehmen in ihren Kreisen genügend hätten wirken können. Beweis: erstens daß ein großer Theil Lassalleaner mit großem Widerwillen auf die Vereinigung eingegangen ist (Frohme, Stöckel 2c.), zweitens daß für sie als Mitglieder des Allg. d. Arb.-Ver. noch der Beschluß der letzten Generalversammlung in Kraft war, laut welchem alle Mitglieder von Gewerkschaften darauf hinzuwirken verpflichtet sind, daß die Leitung in Hände von Mitgliedern des Allg. d. Arb.-Ver. gelange. Die Befolgung dieses Beschlusses hätte, wenn die Vereinigung wirklich stattgefunden, von vornherein schädlich wirken müssen, da dadurch natürlich die uns Zustehenden in die Lage des Widerstandes versetzt worden wären. Ich bitte also den Antrag Wolf's abzulehnen, der entschieden auf Verkennung des wahren Sachverhalts beruht. Der Antrag Scheil-Ulrich bedeutet ein Mißtrauensvotum gegen den Parteiausschuß, der entschieden das Recht hatte, seine Ansicht auszusprechen, und ich bitte deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Eckstein: Ich bin, wenn es gewünscht wird, in der Lage, Beweise zu liefern, wie man Seitens Angehöriger des Allg. d. Arb.-Ver. vorgeht, um uns auf gewerkschaftlichem Gebiet zu schädigen. Das Vorgehen Hörig's, Winter's, Richter's im Cigarrenarbeiter-Verband war stets gegen die „Eisenacher“ gerichtet.

Auer: Ich verlange Schluß der Debatte. Man kommt immer wieder vom Gegenstande ab und scheint mancherseits eben einfach nicht den Muth zu haben, zu entscheiden, ob dem Ausschuß ein Mißtrauensvotum zu geben oder nicht.

(Schluß wird beschlossen.)

Motteler: Nachdem die Debatte geschlossen ist, verschreiten wir zur Abstimmung, zunächst über den Antrag Löwenstein. (Geschieht.) Der Antrag Löwenstein ist angenommen. Wir stimmen jetzt ab über den Antrag Wolf's, dann Scheil's und Ulrich's, die ich zwar durch Annahme des Löwenstein'schen erledigt glaube.

Geib (zur Abstimmung): Nach Annahme des Antrags Löwenstein bestreite ich die Zulässigkeit einer Abstimmung über diese Anträge.

Kokosky: Ueber die Anträge Wolf, Scheil &c. kann nicht mehr abgestimmt werden, sie sind einfach gefallen durch Annahme des Gegenantrags Löwenstein.

Scheil: Unser Antrag kann trotz Allem zur Abstimmung kommen, denn es muß constatirt werden, daß das Verfahren des Ausschusses in dem einen Falle getadelt wird. Der Ausschuß hat seine Befugnisse überschritten.

Bernstein: Ich glaube auch, daß über die Anträge abgestimmt werden sollte, denn sie beziehen sich nur auf den concreten Fall des Metallarbeiter-Congresses und die Annahme würde ja das im Löwenstein'schen Antrag Gesagte nicht alteriren.

Es entsteht wegen vermeintlich nicht genügender Berücksichtigung der ums Wort Bittenden, die den Wunsch zu haben scheinen, die Debatte zu erneuern, eine lebhafte Erregung. Der Vorsitzende giebt dem Congresse anheim, zu entscheiden, ob die Debatte wieder aufgenommen werden soll. Die Rednerliste wird verlesen und ordnungsmäßig befunden. Die Antragsteller ziehen schließlich „um des lieben Friedens willen", wie Scheil sagt, ihre Anträge zurück. Punkt 1C ist somit definitiv erledigt.

Motteler: Zu Punkt 2C: „Bericht der Mandatsprüfungs-Commission" hat Geib als Berichterstatter das Wort.

Geib: Meine Herren! Die Mandatsprüfungs-Commission hat zunächst sämmtliche eingereichte Mandate in Ordnung befunden und kann somit die volle Richtigkeit der Präsenzliste bestätigt werden. Dieselbe ergiebt, daß anwesend sind: 52 Delegirte für 143 Orte, welche die Zahl von 8799 steuerzahlenden Parteigenossen umfassen. Unvertreten sind: 86 Orte, wovon 38 wegen restirender Beiträge. Die Gesammtzahl der steuerzahlenden Parteiangehörigen beträgt 14,000. Als Vertreter der „Volksstaat"-Redaktion ist Liebknecht, als Vertreter der Expedition ist Hadlich am Platze. Ein großer Theil unserer Restanten hat noch an den Wahlschulden zu leiden und fehlen deshalb mehrfach die Mittel zur Beschickung des Congresses und Zahlung der Beiträge. Mit Bezug auf den von mir erstatteten Geschäftsbericht bedarf es keiner weiteren Erwähnnng von Einzelheiten in dieser Hinsicht und beantragt die Mandatsprüfungs-Commission, sämmtliche Mandate giltig zu erklären.

Eckstein reklamirt das Mandat, welches ihm von einer öffentlichen Arbeiterversammlung in Cassel übertragen worden, und erhält dasselbe zugesprochen.

Mehrere Parteigenossen theilen mit, daß sie, durch lokale Verhältnisse gezwungen, nur von öffentlichen Versammlungen gewählt worden seien, und da sie bezüglich ihrer Berechtigung zur Theilnahme an den Ver-

handlungen einen Beschluß des Congresses gefaßt wissen möchten, beantragt die Mandatsprüfungs-Commission:

„Für diejenigen Gesinnungsgenossen, welche durch in öffentlichen Arbeiterversammlungen gewählte Delegirte vertreten sind, tritt der § 10 der Geschäftsordnung außer Kraft."

Dieser Antrag wird ohne Debatte augenommen und Punkt 2 der Tagesordnung somit als erledigt erklärt.

Zu Punkt 3 C der Tagesordnung: „Bericht über die Parteiblätter" erhält der Vertreter der „Volksstaat"-Expedition, Hadlich, das Wort.

Hadlich verliest zunächst solche Orte, an denen die Expedition Verluste in Aussicht hat und erörtert von einigen die diesbezüglichen Verhältnisse. Derselbe fährt dann fort: Meine Herren! Der Abonnentenstand des „Volksstaat" hat die gehoffte Höhe, welche durch Herausgabe der Agitationsnummer in einer Auflage von 70,000 Exemplaren erwartet wurde, nicht erreicht, obgleich durch die Wahlagitation das Abonnement wesentlich gestiegen ist; der Rückgang in letzterer Zeit erklärt sich zum Theil aus dem schlechten Geschäftsgange, zum Theil wirken aber auch die Mängel verschiedener Filialexpeditionen schädigend ein; und daher kommt es auch, daß wir den Abonnentenstand nie sicher angeben können. Derselbe ist in den letzten beiden Quartalen incl. der 3000 Postabonnenten auf 6500 zu schätzen. Wenn ich nun noch zu dem in Ihren Händen befindlichen Bericht einige mündliche Erläuterungen gebe, so geschieht es, um Sie vor allen Dingen auf die, namentlich im verflossenen Jahre, eingetretenen größeren Verluste oder doch wenigstens vom vorigen Jahre her in Aussicht stehenden Verluste an Abonnements- und Schriftengeldern aufmerksam zu machen. Seitens der Expedition ist, leider ohne Erfolg, Alles gethan worden, dies zu verhindern. Die Ursache dieser Kalamität ist zum Theil in dem allgemein schlechten Geschäftsgang, größtentheils aber in der Unzuverlässigkeit der einzelnen Filialexpediteure zu suchen; zum Theil aber sind diese selbst durch die Reichstags-Wahlagitation, an der sie sich in erhöhtem Maße betheiligen mußten, Seitens ihrer Arbeitgeber gemaßregelt worden, und in Folge dessen verhindert, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wenn der vorjährige Congreßbeschluß, die Aufhebung der Filialen betreffend, strikte hätte durchgeführt werden können, würden wir gar keine, oder doch nur sehr geringe Verluste zu verzeichnen haben, aber von den verschiedensten Orten, wo wir dies versuchten, kamen uns die bestimmtesten Versicherungen, sowohl Seitens der Filialexpediteure, als der Vertrauensmänner, daß durch diese Maßregel mindestens die Hälfte der Abonnenten verloren gehen würde. Ich unterlasse es daher, heute hierauf bezügliche Anträge zu stellen, fordere aber Jeden von Ihnen auf, in seinem Kreise für Einführung von Postabonnements zu wirken. Die Partei wird dann eher vor Verlusten bewahrt, die indeß selbst bei der größten Vorsicht nie ausbleiben werden. Wo die neue Einrichtung aber nicht ohne zu große Einbuße an Abonnenten durchzuführen ist, müssen die Filialexpeditionen eben genau kontrolirt werden, und ich bin überzeugt, wenn jeder Parteigenosse in dieser Richtung seine Pflicht thut, wird es bald

dahin kommen, daß wir von den Erträgnissen des „Volksstaat“ jährlich 1000 Thlr. für die Agitation werden verwenden können.

Motteler: Die Diskussion ist eröffnet.

Bernstein: Die vom Berichterstatter erwähnte Schuld der Berliner rührt nicht von den jetzigen Filialexpediteuren, sondern von den früheren her, was ich hiermit constatiren möchte, da Berlin zur Zeit sehr verläßlich ist.

Müller-Mainz erklärt, daß die Mainzer Parteigenossen die Schuld der dortigen Filiale an die Expedition decken werden.

Schade-Frankfurt: Die betreffs Frankfurt verlautbarte Schuld ist ebenfalls nicht dem jetzigen, sondern lediglich nur dem vorigen Colporteur zuzuschreiben.

Hadlich: Ich muß dem entgegen constatiren, daß gerade unter dem jetzigen und letzten Colporteur in Frankfurt der größte Theil der Schuld angewachsen ist.

Eckstein: Nach dem gegebenen Berichte möchte ich ganz entschieden befürworten, die Filialexpeditionen sofort eingehen und die „Volksstaat“-abonnements auf der Post vornehmen zu lassen. Die Filialexpeditionen haben der Partei mehr Opfer gekostet, als sie genützt haben, und wenn die Postabonnements durch die bisherigen Filialexpedienten eingeleitet werden, so wird ein bedeutender Rückgang im Abonnement sicher nicht erfolgen.

Motteler: Es sind zu der Vorlage folgende Anträge eingegangen:

Erhardt-Luckenwalde beantragt: „Die Expedition solle Schriften nur gegen Postvorschuß versenden.“

Roland: „Keiner Filiale darf länger als einen Monat geborgt werden.“

Schultz-Rudolstadt: „Die Filialen sollen auf der Post abonniren und eine mit dem Ausschuß zu vereinbarende Vergütung von der Expedition erhalten.“

Eckstein-Reingruber beantragen: „Die Filialen ganz eingehen zu lassen.“

Auf Interpellation Weckesser's, betreffs der Würzburger Schuld, erklärt Hadlich, daß dieselbe von dem früheren Filialexpedienten O. in W. herrühre und daß sehr zu wünschen wäre, daß die dortigen Parteigenossen sich der Sache annehmen möchten.

Lehmann erklärt, daß die Rückstände in Pforzheim eine Folge des seit Jahren dort andauernden schlechten Geschäftsganges seien, durch welchen viel Parteigenossen zahlungsunfähig und zur Wanderschaft gezwungen wurden, wodurch natürlich auch die Filialexpedition Verluste erlitten habe. Er werde Sorge tragen, daß die Parteigenossen in Pf. die Schuld allmälich abzuführen suchen.

Motteler: Es sind noch folgende Anträge eingegangen, welche ich verlese und zur Diskussion gestellt erkläre:

Bernstein beantragt: „Eine Commission aus den verschiedenen Antragstellern zu ernennen und die Herren Hadlich und Geib beizuziehen, um über die verschiedenen Anträge eine Verständigung zu erzielen.“

Sy beantragt: „Den Preis der Annonce am Schluß derselben durch Zifferangabe in Klammern zu vermerken."

Albert: „Die Expedition des „Volksstaat" solle sich, sobald Rückstände eintreten, an die Vertrauensleute der betreffenden Orte zu wenden haben."

Röthlingshöfer: „Die Filialexpeditionen sind unter die Aufsicht von Controleuren zu stellen."

Kokosky: „Filialen sind nur sofern beizubehalten, als dieselben Pränumerando-Zahlung leisten."

York und Auer: „Die Abrechnungen des „Volksstaat" ausführlicher nnd spezieller zu halten."

Geib: „Der Ausschuß ist zu beauftragen, an den Orten, woselbst sich jetzt Volksstaat-Filialen befinden, auf die Errichtung von Postabonnements-Kassen hinzuwirken, um damit die baldige Beseitigung mangelhaft verwalteter Volksstaat-Flialen herbeizuführen." —

Nach längerer Debatte, an der sich zahlreiche Redner betheiligen, entscheidet der Congreß, in Folge mehrfachen Wiederspruchs gegen die vom Vorsitzenden vorgelegte Fragestellung, zunächst über den Antrag Geib's abzustimmen und die Anträge Sy, York-Auer der Expedition zur Berücksichtigung zu empfehlen. Hadlich erklärt Namens der Expedition diesen Wünschen entsprechen zu wollen und erfolgt hierauf die Annahme des Antrags Geib (siehe oben).

Motteler: Zu dem Bericht der Volksstaat-Expedition ist von Geib der Antrag eingebracht:

„Der Congreß überweist mit Rücksicht auf die von Motteler vorgenommene Revision den Bericht der Volksstaat-Expedition zur Schlußrevision an deu Ausschuß und geht zur Tagesordnung über."

Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen und auf den weiteren Antrag Geib's, den Punkt 3C der Tagesordnung auszusetzen und den Punkt 4C („Wahl des Vororts und der Controlcommission") seiner wesentlichen Dringlichkeit wegen vorzunehmen, sofort eingegangen.

Es beginnt nun die Diskussion über Punkt 4C.

Vahlteich: Nach den bisherigen Vorgängen gegen die Sozialisten glaube ich mich kaum zu täuschen, wenn ich vermuthe, daß auch unsere Partei Aussicht auf Auflösung hat und es erscheint also sehr angebracht, diese nicht durch die Wahl eines praktisch unmöglichen Parteivorortes zu beschleunigen. Dies würde sicher geschehen, wenn, wie verlautbart, Berlin gewählt würde. Für Hamburg würde ich eher stimmen, wenn ich wüßte woher ein Parteisecretär zu nehmen wäre. Ich stelle indeß in Erwartung, daß mir genügender Bescheid wird, den Antrag, den Ausschuß in Hamburg zu belassen.

Bernstein, Baumann, Klees sprechen sich aus verschiedenen Gründen für Hamburg aus; der Letztere theilt die Befürchtungen Vahlteich's wegen eines Sekretärs nicht.

Geiser: Bereits im vorigen Jahre habe ich aus rein demokratischen Gründen gegen Hamburg gesprochen. Ich unterlag, weil man damals praktische Gründe und Ausnahmsverhältnisse geltend machte. Wenn man heute wiederum derartige Gründe geltend machen will, so

kann ich dieselben noch weniger als stichhaltig ansehen. Man kann dann ebenso gut sagen: der Ausschuß soll in Hamburg bleiben, denn die Verfolgungen werden eher zu-, als abnehmen. Gerade im Hinblick auf diese Verfolgungen sollte man aber darauf bedacht sein, daß neue Orte zur Parteileitung herangebildet werden.

Geib erklärt auf Vahlteich's direkte Anfrage, daß er seine Person anlangend, betreffs Uebernahme des Sekretärs sich freie Verfügung vorbehalte. In Hamburg sei man ganz damit einverstanden, wenn der Vorort dorthin komme, obschon wohl zu berücksichtigen sei, daß die in Hamburg vorhandenen Kräfte, durch die vielen Geschäfte des Ausschusses in Anspruch genommen, der Entwicklung der lokalen Agitation wesentlich entzogen sind.

Eckstein theilt Geiser's demokratische Erwägungsgründe, denn man müsse die Uebung der Selbstverwaltung, die man im Großen anstrebe, durch wiederkehrenden Wechsel des Vororts zu fördern suchen. Die Wahl Berlins würde leicht der Vermuthung Raum geben, der Ausschuß könne durch unsere Reichstagsabgeordneten jeweilig beeinflußt werden.

Scheil: Es wäre gut, wenn der Ausschuß nicht nochmals nach Hamburg verlegt zu werden brauchte. Ich sehe indeß momentan, erstens wegen der andauernden Polizeiverfolgungen und zweitens wegen Mangels an für den Ausschuß geeigneten Kräften anderwärts, keinen Ausweg.

Dr. Stamm: Wenn wir in Preußen in einem Rechtsstaate, wie z. B. in England lebten, würde ich unbedingt für Berlin stimmen; aber so lange dies eben nicht entfernt der Fall ist, bin ich ganz entschieden gegen Berlin.

Rieck: Ich will nicht entschieden die Wahl Berlins befürworten, glaube aber nicht, daß noch größere Maßregelungen eintreten werden. Und weiter sehe ich nicht, daß Berlin in dieser Beziehung schlechter gestellt sei als Hamburg. Die Partei kann in Hamburg ebenso gut aufgelöst werden wie in Berlin. Es ist also nach meiner Auffassung auch kein Grund vorhanden, die Uebertragung des Vororts nach Hamburg immer wieder in erste Linie zu stellen.

Grillenberger: Daß Geiser in der Wiederwahl Hamburgs etwas Undemokratisches findet, kann ich bei unserer Parteiorganisation nicht begreifen. Consequenter Weise müßte Geiser auch gegen das zweijährige Verbleiben des Ausschusses an Einem Ort sein, und verlangen, daß der Ausschuß mindestens alle Jahre anderswohin verlegt werde. Ich für meine Person wähle Hamburg nöthigenfalls noch zweimal.

Müller: Es ist nicht zu verkennen, daß die Verlegung des Ausschusses in mancher Beziehung von Vortheil wäre; weshalb diesen Vortheil um unbestimmter Annahmen willen preisgeben?

Vahlteich: Durch die alljährlich vorgeschriebene Wahl des Vororts halte ich das demokratische Prinzip genügend gewahrt. Ich möchte aber zuvor eine bestimmte Antwort gegeben wissen, ob Geib das Sekretariat wieder übrnehmen will, oder wen man andernfalls zu diesem

Posten in Aussicht hätte. Dies muß bekannt sein, ehe zur Wahl geschritten wird.

Baumann: Man hat hier den Beschluß des vorjährigen Congresses sehr nachdrücklich betont; man wird aber doch wohl nicht leugnen wollen, daß der jetzige Congreß berechtigt ist, Beschlüsse früherer Congresse abzuändern? Ich sehe in diesem Beschluß absolut kein Hinderniß gegen die Wiederwahl Hamburgs, falls dieselbe uns zweckmäßig erscheinen sollte.

Roland: Ich kann nicht glauben, daß der Ausschuß in Hamburg bleiben muß, damit wir gegen Willküracte gesichert bleiben. Der Feind wird, wenn er es ernstlich will, uns überall finden. Wir sind immer mißliebig gewesen und werden es wohl noch lange bleiben. Bangendes Zögern führt zur Thatenlosigkeit, man muß deßhalb muthig vordringen. Ich bin entschieden dafür, daß wir Berlin mit dem Ausschuß besetzen.

Löwenstein: Prinzipielle Gründe müssen, wie Geiser sehr richtig hervorhob, praktischen Gründen vorangehen. Es handelt sich aber hier um eine Existenzfrage und deshalb ist die Taktik, Hamburg zu wählen, noch keine Prinzipienverletzung. Ich bin also für Hamburg und sehe durchaus keinen besonderen Muth darin, den Ausschuß nach Berlin zu verlegen.

Scheil: Ich beantrage, daß die parlamentarische Geschäftsordnung vor Beginn jeder Sitzung öffentlich vorgelesen werde.

Motteler: Ich werde, wenn es der Congreß nicht anders bestimmt, diesen Antrag zurückstellen, bis nach Erledigung der entschieden dringlichen Vorlage. (Geschieht, da kein Wiederspruch erhoben wird.)

Schumacher: Mit Geiser ganz einverstanden, finde ich die Verlegung des Vororts sehr praktisch und schlage Stuttgart vor.

Hoffmann: Ich halte für nothwendig, daß das geistige Armuthszeugniß, welches der Geschäftsordnungsantrag Scheil's der Partei ausstellt, mit dem Antrag zurückgewiesen werde.

Bernstein: Wenn wir jedes Jahr den Vorort neu wählen, so ist das demokratische Prinzip gewahrt, und ich bitte und beantrage hiermit formell Hamburg zu nehmen.

Auer: Ich muß Herrn Geiser zu bedenken geben, daß es sich bei der vorliegenden Frage so ziemlich um die Parteiexistenz handelt. Und was die Wahrung des demokratischen Prinzips um jeden Preis betrifft, so erinnert sie mich lebhaft an den Feldscheer, der die ganze Compagnie zum Teufel gehen ließ, um seine Methode aufrecht zu erhalten. Die Wahl Berlins kann Alles über den Haufen werfen und zwischen Muth und Muth à la Roland ist ein Unterschied. Es ist kein Muth, eine Gefahr heraufzubeschwören, der zu begegnen man nicht die Macht hat. Eine Verlegung des Vororts nach Würtemberg wird die dorten jung aufstrebende Bewegung hemmen. Ich bitte, stimmen Sie für Hamburg.

Geiser sieht die angebliche Gefahr bei einer Wahl Berlins als eine Einbildung der Berliner an.

Dr. Stamm bleibt dabei, daß in Berlin die Auflösung der Partei näher liege als in Hamburg.

(Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen.)

Bernstein: Trotzdem Sie Schluß angenommen haben, halte ich es doch für unerläßlich, daß Sie zuvor noch die Vertreter der vorgeschlagenen Orte hören, ehe wir durch die Abstimmung entscheiden.

Hillmann gibt zu Protokoll, daß ihm durch Annahme des Schlußantrags das Wort abgeschnitten worden sei und daß er deshalb sich der Abstimmung enthalten werde.

Der Antrag Bernstein's wird angenommen.

Motteler: Nach dem Antrage Bernstein's hat nun als Vertreter von Stuttgart Burkhardt das Wort.

Burkhardt: Ich zweifle nicht daran, daß wir mit der Wahl von Stuttgart oder Hamburg doch sicherer Zeit gewinnen, die Partei so zu kräftigen, daß sie den Eintritt der mehrfach erwähnten Auflösung abhalten kann, ohne daß ihren Prinzipien damit Gewalt angethan wäre. In Würtemberg haben wir zur Zeit noch freiere Vereins- und Versammlungsverhältnisse, so daß der Vorort dorthin in besonderen Fällen verlegt werden kann, allerdings müßten dann auch entsprechende Kräfte nach Stuttgart verpflanzt werden.

Müller-Mainz beantragt, den Vorort, im Fall Hamburg unmöglich würde, nach Stuttgart zu verlegen.

Bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung über die Belassung des Vororts in Hamburg stimmen mit „Ja":

Lohmeier, Löwenstein, Biedermann, Auer, Burkhardt, Gries, Mamme, Tauscher, Kokosky, Ulrich, Greiner, Scheil, Albert, Schaarschmidt, Hüttig, Sy, Güth, Klees, Bock, Schade, Preißer, Grillenberger, Baumann, Wendel, Röthlingshöfer, Weckesser, Schwanebeck, Vahlteich, Mehlhorn, Hoffmann, Reingruber, Bernstein, Dr. Stamm, Lehmann, Ohme, Schultz, Herweg, Liebknecht, Hadlich.

Mit „Nein" stimmen:

Schumacher, Müller-Mainz, Geib, Wolf, Erhardt, Fischer-Gartenfeld, Eckstein, Rick, Geiser, Roland.

Der Abstimmmung enthalten sich:

Hillmann (laut obiger Erklärung), Motteler und York (aus persönlichen Gründen), und Fischer-Staßfurth.

Hamburg ist also mit 39 gegen 10 Stimmen zum Vorort gewählt.

Hierauf gelangt der Antrag Müller-Mainz, daß Stuttgart eventuell als Vorort in Reserve gelten solle, zur Abstimmung und wird einstimmig angenommen.

Der Congreß verschreitet dann zur Wahl des Sitzes der Controlcommission. Augsburg, Gotha, Coburg werden vorgeschlagen, und nach mehrfachen Erörterungen in längerer Diskussion, an der sich die Vertreter der vorgeschlagenen Orte betheiligen, wird Coburg zum Sitz der Controlcommission gewählt.

Punkt 4C der Tagesordnung ist hiermit erledigt und werden nun folgende telegraphische Eingänge verlesen:

Augsburg: „Die Gesinnungsgenossen im „Prinz-Karlgarten" bringen den Vertretern der Arbeit ein donnerndes Hoch!
Stollberg. Endres."

Wilkau: „Den Vertretern der Sozialdemokratie donnernden Gruß. Gedenkt unseres Wahlkreises!
Die Parteigenossen zu Wilkau."

Motteler: Es liegt ein Antrag auf Schluß der Abendsitzung vor, da die Zeit bereits über Mitternacht vorgeschritten ist. Erhebt sich Widerspruch gegen diesen Antrag? Es ist der Fall nicht und werden wir also die Verhandlungen schließen und Montag früh wieder aufnehmen, sobald die um 8 Uhr früh beginnende Generalversammlung der Genossenschaftsbuchdruckerei beendigt sein wird. Die Delegirten werden gebeten, zahlreich an der Generalversammlung theilzunehmen, da auch Nichtmitglieder der Genossenschaft als Zuhörer Zutritt haben.

(Schluß der Sonntags-Sitzung gegen 1 Uhr Nachts.)

Dritte geschlossene Sitzung.

Montag, den 20. Juli, Vormittags 11 Uhr,

im Kurgarten.

(Vorsitzender: Motteler.)

Vorsitzender Motteler: Wir beginnen mit Vorlesung der Präsenzliste. (Geschieht.) Es fehlen Sy, Bock, Rieck, Fischer-Staßfurt. — (Werden als später eingetreten gemeldet.) —

Aus Schwäbisch-Gmünd liegt folgender Gruß, per Postkarte gesandt, vor: „Die heutige Versammlung der Partei beglückwünscht die Delegirten zum Congreß und fordert sie auf, unverzagt für die Rechte des arbeitenden Volkes einzutreten. Gruß! Die Mitglieder zu Schw.-Gmünd."

Würzburg telegraphirt: „Glück auf! Nieder mit dem Personenkampf. Einigkeit macht stark. W. Swiatsky."

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat das Wort

Vahlteich: Von verschiedenen Seiten wird der Wunsch gehegt, man möge in systematisch geordneter Weise zusammenstellen, an welchen Orten von Seiten der rückreisenden Delegirten Versammlungen abgehalten werden sollen und welche Congreßmitglieder disponibel sind.

Geib: Wir sind eben darüber, dies zu thun und ich bitte mir sofort die bezüglichen Wünsche und Meldungen zuzustellen. (Es geschieht und Geib verliest nun die Namen der Orte und Agitatoren, womit der Gegenstand erledigt ist.)

Lehmann-Pforzheim erhält dann das Wort zur Commissions-Berichterstattung in Sachen Lepp gegen Eckstein, und theilt als Ergebniß folgenden Antrag mit: „Die Commission beantragt über die Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen, da nach dem vorliegenden Material kein genügender Grund zur Weiterführung der Klage vorhanden ist. Weiter spricht die Commission den Wunsch aus, die Parteigenossen

mögen den Congreß mit derartigen persönlichen Nörgeleien verschonen und das Prinzip stets über die Person zu stellen bemüht sein.

Lehmann, Wolf, Albert."

Der Commissions-Antrag wird ohne Diskussion angenommen und sodann durch Auer das Resultat des Schiedsgerichts in Sachen York gegen Schumacher-Hillmann in Form einer Erklärung vorgetragen. Dieselbe lautet:

„Das vom Congreß in Sachen York gegen Schumacher-Hillmann niedergesetzte Schiedsgericht gibt die Erklärung ab, daß die Differenz auf gütlichem Wege geschlichtet wurde.

Auf Seite 23, Zeile 25 von oben, Congreßprotokoll von 1873, ist folgende Correktur anzubringen:

Schumacher verliest einen Brief von York, welcher anläßlich der bekannten „Puccinelli-Geschichte" geschrieben ist, und in welchem heftig gegen die Redaktion des „Volksstaat" und die Localblätter polemisirt wurde.

Ph. Müller, Schwanebeck, Auer, Liebknecht, F. Fischer."

Diskussion wird nicht verlangt. Der Congreß genehmigt die vorstehende Erklärung. Hierauf Vorlesung des Protokolles der gestrigen Abendsitzung, welches nach einigen angebrachten Ergänzungen genehmigt wird.

Motteler: Wir kommen jetzt zur Fortsetzung der gestern unterbrochenen Diskussion über Punkt 3C der Tagesorduung, den Stand der Parteiblätter und Schriften anlangend. Dazu ist folgender Antrag eingegangen:

Auer-York: „Die Quartalsabrechnung des „Volksstaat" ist noch ausführlicher auszufertigen und den Parteigenossen zur Einsicht zu übermitteln. Insbesondere muß in der Abrechnung angeführt werden: a) der Abonnentenstand des „Volksstaat", b) dessen Herstellungskosten und c) die Schuldner und Gläubiger der Expedition."

Hadlich: Ich habe schon in gestriger Sitzung Namens der Expedition erklärt, daß die im Antrag Auer-York — der heute nur erweitert eingebracht worden ist — enthaltenen Wünsche berücksichtigt werden sollen, und glaube deshalb, daß der Antrag zurückgezogen werden könnte. (Geschieht.)

Motteler: Es sind noch weiter folgende Anträge eingelaufen:

Schultz-Rudolstadt beantragt: „Man möge bei den Parteischriften einen Preisaufschlag von 15 oder 10 Prozent eintreten lassen, damit Verkäufer wenigstens das schwere Porto tragen können. (Motiv: Ohne diesen Aufschlag wird der Schriftenverkauf schwerlich gehörig betrieben werden)."

Erhardt-Luckenwalde beantragt: „Schriften sind ferner (von der Expedition bezogen) nur gegen Postvorschuß zu versenden."

Eckstein: „Bei Entnahme von Schriften ist der Credit möglichst zu beschränken. Eckstein, Reingruber und Erhardt, (da der Letztere seinen Antrag zu Gunsten der Mitunterzeichneten zurückzieht)."

Klees beantragt: „Im Interesse der Colporteure, sowie der Filialexpeditionen, die Expedition des „Volksstaat" zu ermächtigen, im Ein-

verständniß mit dem Ausschuß nach gemeinschaftlichem Ermessen den Preis der Schriften herabsetzen zu dürfen."

Hadlich beantragt: „Es dem Parteiausschuß und der Expedition des „Volksstaat" zu überlassen, in welcher Weise der Schriftenpreis jeweilig festzusetzen sei."

Geib beantragt: „Der Congreß geht, nachdem er die Erklärung des Ausschusses über die Abmachungen zwischen der Expedition des „Volksstaat" und dem Ausschuß bezüglich des Schriftenvertriebs vernommen hat, über sämmtliche vorliegende Anträge zur Tagesordnung über."

Im Verlauf der Diskussion beantragt Auer Schluß. Der Schluß wird genehmigt und der Antrag Geib's mit Mehrheit angenommen.

Motteler: Es stehen nun die in der gedruckten Vorlage zu 3C unter 13, 14 und 16 aufgeführten Anträge der Mitglieder von Hamburg und Hannover zur Diskussion.

Kokosky macht darauf aufmerksam, daß die im Antrag 13 geforderte Feststellung eines Budgets ein Ding der Unmöglichkeit sei, wenigstens kaum annähernd richtige Anhalte bieten würde, und daß es geradezu die Geschäftsführung erschweren hieße, wollte man verlangen, daß derartige Budgets ernstlich berücksichtigt werden sollen.

Hadlich erklärt, für die Expedition Sorge zu tragen, daß vierteljährlich die Ausgaben und Einnahmen noch bekannt gegeben werden, wodurch der Antrag Hamburgs volle Genüge finde.

York vertritt die Hamburger Anträge, da es durchaus nicht so schwierig sei, wie Kokosky meine, denselben gerecht zu werden. Wenn die Einrichtung aber einmal getroffen, werde durch die erreichte Klarheit und Veröffentlichung der jeweiligen Befunde das Vertrauen und der Eifer der Parteigenossen zur Verbreitung der Organe und Schriften 2c. besser angeregt.

Geib glaubt, daß die wohlgemeinten Absichten der Hamburger erreicht werden können, ohne die offiziellen Vorschriften, welche die Verwaltung nicht fördern helfen.

Im weiteren Verlauf der Debatte, die ohne wesentlichere Momente bleibt, beantragt Vahlteich Uebergang zur Tagesordnung und Schluß der Debatte, was seitens der Majorität Annahme findet und die Punkte 13, 14 und 16 zu 3C zu Falle bringt.

Mehlhorn beantragt Vertagung der Sitzung. — Der Antrag wird angenommen und die Sitzung bis 3 Uhr Nachmittags vertagt.

(Geschlossen 1 Uhr Nachmittags.)

Fortsetzung der dritten geschlossenen Sitzung, am 20. Juli, Nachmittags 3 Uhr.

(Vorsitzender: Motteler.)

Die Präsenzliste wird verlesen. Auer fehlt, als krank entschuldigt. Folgendes Telegramm ist eingegangen:

Leipzig: „Glück, Gedeihen zur Arbeit! Hoch die Sozialdemokratie! Liberté, Egalité, Solidarité!

Die sozialistischen Leipziger Studenten aller Nationen."

Die Absätze 15, 17, 18 und 19 zu 3C der gedruckten Vorlage, das Annoncenwesen anlangend, stehen zur Diskussion.

Hadlich: Das lange Restiren der Annoncenschulden, gegen welches sich der Antrag der Marburger kehrt, rührt häufig davon her, daß die Leute nicht wissen, was die Annoncen kosten, durch den Antrag Sy (jeder Annonce den Preis beizudrucken) wird indeß die Expedition in die Lage gesetzt, auf pünktliche Zahlung zu dringen.

Ullrich beantragt: „Nach der Erklärung Hadlich's, über 15 zu 3C zur Tagesordnung überzugehen und den Antrag Marburgs der Expedition zur Beachtung anheimzustellen."

Der Antrag wird angenommen und über 17, 18 und 19 weiter debattirt.

Eckstein: Gegen Ermäßigung der Vergnügungsannoneen bin ich ganz entschieden, wohl aber für Ermäßigung der Annoncen in Parteiangelegenheiten. Geschäftsannoncen sollten gänzlich ferngehalten werden.

Geib: Ich möchte die Annahme des Liebknecht'schen Antrags (17) anempfehlen, durch welchen wir unser Organ in prinzipieller Hinsicht rein von den Reklamen und ihrem Gefolge halten und zugleich auch die Expedition und Redaktion von einer Verantwortlichkeit befreien, die sehr groß und ebenso schwierig ist.

York: Mein Antrag (19) bezweckt, Reklamen, Annoncen ein für allemal die Thür zum „Volksstaat" zu versperren. Ich bin überhaupt gegen alles Reklamenwesen, während ich die reelle Geschäftsannonce nicht ausschließen will. Vergnügungs- und Privatannoncen können immerhin einen noch höheren Preis bezahlen als bisher. Aber ich möchte auch das zu häufige Abdrucken der spaltenlangen Schriftenankündigungen unserer Expedition im „Volksstaat" vermieden wissen, dessen Raum ohnedies genug in Anspruch genommen wird. Monatlich einmalige Ankündigung unserer Schriften ist genügend. Ebenso kann nicht verlangt werden, daß der „Volksstaat" seinen Raum zur Veröffentlichung von Abrechnungen, Protokollen, Statuten und dergleichen nicht allgemein wichtiger Aktenstücke, unentgeltlich hergibt.

Liebknecht: Es ist schwer, ja geradezu unmöglich, einen Unterschied zu ziehen zwischen Reklamen und Geschäftsannoncen; durch ein bloßes Verbot von Reklamen wäre darum gar nichts gewonnen. Ob eine Geschäftsannonce solid ist oder nicht, das vermag aber die Redaktion des „Volksstaat" nicht zu untersuchen, und falls nicht radikal alle Geschäftsannoncen aus unserem Parteiorgan verwiesen werden, hätte sie eine um so schwerere Verantwortlichkeit, als die Leser des „Volksstaat" großentheils der Ansicht sind, was im „Volksstaat" annoncirt ist, sei auch von der Redaktion empfohlen. — Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag (17) anzunehmen. Gegen den York'schen Vorschlag, Rechnungsablagen 2c. der Gewerkschaften vom „Volksstaat" nur gegen Zahlung von Annoncengebühren aufnehmen zu lassen, muß ich mich entschieden verwahren. Er läuft darauf hinaus — wenn er es auch nicht geradezu

bezweckt —, die Gewerkschaften vom „Volksstaat“ und damit von der Partei loszulösen.

Motteler: Von Vahlteich ist Schluß der Debatte beantragt ꝛc. Der Schluß wird angenommen. Die Abstimmung über den Antrag Liebknecht's ergibt gleichfalls Annahme von 17 3C, wodurch 18 3C der Vorlage fällt.

Yorck zieht vor der Abstimmung über Punkt 19 3C diesen seinen ganzen Antrag zurück. Geib nimmt die Absätze b und c des Yorck'schen Antrags wieder auf und Löwenstein den Absatz d. Es erfolgt demgemäß die Abstimmung über die Absätze b und c 19, welche angenommen werden.

Löwenstein: Ich stelle den Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte über Absatz d 19, indem ich gleich Anfangs erklärt habe, daß ich den von Yorck zurückgezogenen Punkt nur dann wieder aufnehme, wenn mir der Congreß Motivirung gestattet.

Der Congreß genehmigt Wiederaufnahme der Debatte zu d19.

Löwenstein: Den von mir aufgenommenen Antrag fasse ich nur so auf, daß den Gewerksgenossenschaften der „Volksstaat“ wie bisher als Organ zur Verfügung steht und möchte mit dem Antrage nur, wie auch der ursprüngliche Antragsteller selbst hervorgehoben hat, dem öfters vorkommenden Mißbrauch vorgebeugt wissen, daß oft bis in's kleinste Detail Abrechnungen und dergleichen, die nur für einige Personen Interesse haben, den Raum des Parteiorgans mehr als nothwendig in Anspruch nehmen.

Bernstein: Ich bin gegen den Antrag, denn der „Volksstaat“ würde die Basis eines Arbeiterblattes verlieren, wenn man die Gewerkschaftsberichte auf die vorgeschlagene Weise beschränken wollte. Lehnen Sie also im Interesse des für uns so wichtigen Umstandes, daß der „Volksstaat“ von recht viel Gewerkschaftlern gelesen werde, diesen Antrag ab. Die Redaktion wird — (und bei Reklamationen nöthigenfalls der Ausschuß) — Sorge tragen, daß nicht zu viel Raum von Seiten der Gewerkschaften etwa zwecklos beansprucht wird.

Liebknecht: Auch ich bin, wie ich schon angedeutet, gegen diesen Antrag. Der „Volksstaat“ ist nicht bloß Organ der Partei, sondern auch, wie sein Titel sagt, „Organ der Gewerksgenossenschaften“; man würde also mit Annahme des Antrags den Gewerkschaften geradezu einen Fußtritt versetzen, sie von sich weisen. Dies können wir nicht und dürfen es nicht; wohl aber ist es sehr leicht, übertrieben lange Berichte ꝛc. auf das richtige Maaß zu beschränken, wie das auch mit anderen Berichten geschieht. Doch das ist Sache der Redaktion, die damit nur eine einfache und selbstverständliche Pflicht erfüllt.

Tauscher: Vor Annahme dieses Antrags möchte ich dringend warnen, denn während die größeren Gewerkschaften meistens eigene Organe haben, sind die kleineren Gewerkschaften gewöhnlich mittellos, so daß sie die Gebühren nicht zahlen können, die wir mit diesem Antrage einführen würden. Wir machten sie damit mundtodt und dies wäre ebenso ungerecht als unpraktisch, bei der Wichtigkeit, die der gewerkschaftlichen Bewegung in unserem Kampfe zusteht.

Der Antrag Löwenstein's d 19 3C wird abgelehnt, ebenso wird Absatz 20 3C durch die frühere Annahme von Absatz 19 c zu 3C als gefallen erachtet. Der Antrag Sy's in früherer Debatte über das Annoncenwesen der Expedition zur Beachtung empfohlen, gelangt jetzt zur Abstimmung; er lautet: „Der Preis der Annonce ist am Schluß derselben durch Zifferangabe in Klammern [ ] zu bemerken."

Der Antrag wird angenommen.

Motteler: Es steht jetzt zur Debatte Absatz 21 zu 3C der Vorlage, betreffend Herstellung eines gleichen Formates für Broschüren, die in unserem Druck erscheinen.

Ullrich stellt Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Burckhardt: Ein derartiger Antrag ist schon auf dem Eisenacher Congreß angenommen, bis heute aber noch nicht durchgeführt worden. Ich weiß nicht, wen die Schuld trifft, halte es aber für geboten, daß der Congreß auf Ausführung der Beschlüsse dringt, und wäre anderswie für Uebergang zur Tagesordnung.

Geib: Schon im vergangenen Jahre ist die Vorschrift des Congresses betreffs gleichmäßigen Formates der Broschüren in unserer Druckerei berücksichtigt worden. Bei Broschüren, welche die Expedition vom Buchhandel vermittelt, war dies natürlich unmöglich. Der Antrag (21) ist nach meiner Ansicht damit erledigt.

Bei Abstimmung wird Absatz 21 zu 3C angenommen und hierauf zu Absatz 22 3C „die Vermeidung von Fremdwörtern im „Volksstaat" anlangend", die Diskussion eröffnet.

Liebknecht: Die Redaktion des „Volksstaat" hat sich nach Kräften bemüht, Fremdwörter zu vermeiden; und da, wo sie nicht zu vermeiden, eine deutsche Erklärung zu geben. Wir müssen aber bedenken, daß unsere politische Sprache zum großen Theil aus Fremdwörtern besteht, die durch deutsche Ausdrücke schwer oder, ohne weitläufige Umschreibungen, gar nicht wiederzugeben sind. Das Nichtverständniß solcher Fremdwörter ist häufig mehr ein Nichtverständniß der Begriffe als der Ausdrücke. Die Ersetzung des Fremdworts durch ein Wort deutschen Ursprungs würde in solchen Fällen absolut nichts nützen; es bedarf einer längeren Erklärung, die in dem Text nicht anzubringen ist, ohne den Zusammenhang zu stören, und selbst in der Gestalt einer Fußnote oft ihre Unbequemlichkeiten hat, so daß einer unserer geachtetsten Mitarbeiter sich derartige Erklärungen ausdrücklich verbeten hat — was ich ihm beiläufig gar nicht übel nehmen kann. Ich für meinen Theil bin ein entschiedener Gegner aller vermeidbaren Fremdwörter und werde mich stets befleißigen, sie aus dem Parteiorgan fernzuhalten. Und wo sie nicht zu vermeiden sind, werde ich, so weit es irgend geht, für deutliche Erklärung sorgen. Man darf aber nicht zu viel verlangen. Die Redaktion hat ihrerseits auch ein Recht, von den Lesern zu verlangen, daß sie die gebräuchlicheren, in unsere politische Sprache übergegangenen Fremdwörter sich merken. Bei dieser Gelegenheit will ich erwähnen, daß demnächst in der Genossenschaftsdruckerei ein Fremdwörterbuch erscheinen wird, das allen Anforderungen der Parteigenossen entsprechen dürfte; es wird 12—14 Bogen stark sein und billig

genug, um jedem unserer Abonnenten den Ankauf zu ermöglichen. Und nun noch Eins: Ich selbst, wie schon gesagt, bin ein enschiedener Feind der Fremdwörter. Das Gleiche läßt sich aber nicht von allen unseren Correspondenten sagen, und zwar befinden sich unter Denen, die in dieser Beziehung am meisten sündigen, nicht wenige Arbeiter. Gerade unter Arbeitern grassirt eine große Vorliebe für Fremdwörter, namentlich für recht lange, volltönende und — überflüssige. Es sind mir wiederholt Arbeiter vorgekommen, die sich einen kleinen Schatz von, nicht immer richtig verstandenen Fremdwörtern angelegt haben, und dieselben bei jeder passenden und nicht passenden Gelegenheit zur Schau stellen — in Correspondenzen sowohl, als im Gespräch und in Vorträgen. Es wäre sehr gut, wenn man von dieser häßlichen Gewohnheit abließe. Ich glaube, nach dem Gesagten wird der Congreß von einem Beschluß in dieser Sache abstehn. Ein Beschluß wäre unpraktisch und würde folglich keine praktischen Folgen haben, höchstens der Redaktion des „Volksstaat" einige Verlegenheiten bereiten, jedenfalls aber nichts nützen."

Erhardt reicht zu Protokoll ein: „Zu Absatz 22 3C. Ich wünsche, daß die Arbeiter sich vor Allem des Gebrauchs solcher Fremdwörter entwöhnen möchten, deren Sinn ihnen nicht vollständig klar ist und als allgemein bekannt erscheint. Der diesbezügliche Theil von Liebknecht's Rede zu diesem Gegenstand soll im Protokoll ausdrücklich berücksichtigt werden."

Müller-Mainz, Geib und Klees beantragen, über Absatz 22 zu 3C, der schon durch früheren Congreßbeschluß erledigt ist, zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wird angenommen und sind somit die zu 3C unter 13 bis 22 verlautbarten Anträge der gedruckten Vorlage erledigt.

Motteler: Als Berichterstatter über Punkt 3 der Tagesordnung (zweiter Theil): Stand des „Sozialdemokratischen Wochenblattes" hat Grillenberger das Wort.

Grillenberger: Mit Bezug auf den gedruckt in Ihren Händen befindlichen Rechenschaftsbericht unseres Blattes kann ich mich sehr kurz fassen, indem ich die Lage des Unternehmens als eine befriedigende und die Aussichten für dasselbe als ebenso befriedigend bezeichne. Betreffs des mir mehrseitig geäußerten Wunsches, unser Blatt öfter erscheinen zu lassen, kann ich aber vorweg erklären, daß dies nicht möglich ist, ohne eine ganz wesentliche Steigerung der Betriebsmittel, wie sie die Partei uns jetzt nicht zur Verfügung stellen kann. Ich behalte mir vor, wenn nöthig, mich weiter über diesen Punkt auszusprechen.

Weckesser beantragt zu erklären: „Der Congreß nimmt mit Befriedigung den Bericht über das „Sozialdemokratische Wochenblatt" zu Nürnberg entgegen."

Liebknecht stellt den Unterantrag: „Daß das „Sozialdemokratische Wochenblatt" in Zukunft wöchentlich sechsmal erscheinen soll."

Liebknecht vertritt sein Amendement unter Darlegung der Vortheile, welche bei richtiger Leitung des Unternehmens und Ausnützung der Verhältnisse, wie es in München geschehen sei, unsrer Sache er-

wachsen können. Er berechnet, daß ein Blatt bei sechs- statt dreimaligem Erscheinen in einer Stadt wie Nürnberg der Partei nicht bloß weit größere Dienste leisten, sondern auch sich weit leichter erhalten würde. Es gelte hier der Wallenstein'sche Satz, daß eine große Streitmacht im Kriege billiger sei als eine kleine. In Nürnberg, wo unser Anhang so zahlreich und die gegnerische Tagespresse so stark sei, genüge ein bloß 2 oder 3 Mal wöchentlich erscheinendes Blatt den Parteiinteressen nicht, und sei namentlich außer Stande, die nöthige Polemik mit dem nöthigen Nachdruck zu führen. Er kenne sehr wohl die bitteren Erfahrungen, die mit Lokalblättern gemacht worden, allein Nürberg biete ausnahmsweis günstige Existenzbedingungen für ein tägliches Organ der Sozialdemokratie.

Yorck ist entschieden gegen die beabsichtigte Veränderung, so lange bei zweimaligem Erscheinen die Abonnentenzahl nicht stärker sei als beim „Wochenblatt".

Geib theilt die Bedenken Yorck's und erinnert an die von Grillenberger schon erwähnte Nothwendigkeit und Schwierigkeit, verstärkte Betriebsmittel zu beschaffen, was für die Partei zur Zeit unmöglich sei, da außer dem „Wochenblatt" neuerdings auch noch ein zweites Lokalblatt („Dresdner Volksbote") unsre Hilfe beanspruche. Ein dreimaliges Erscheinen, sobald es ohne Schaden möglich sei, werde er eher befürworten.

Geiser fürchtet durchaus nicht, daß das „Wochenblatt" bei sechsmaligem Erscheinen nicht vorwärts käme. Er verweist auf das erfolgreiche Vorgehen und die Erfolge des Münchener „Zeitgeist" seit seinem sechsmaligen Erscheinen und glaubt, daß, was München vermocht habe, in Nürnberg noch viel eher ermöglicht werden könne.

Vahlteich tritt dem entgegen, mit Erwähnung der doppelten Schwierigkeiten, dem ein tägliches Blatt bei schwachen Mitteln zu begegnen habe. Es handelt sich dabei weit weniger um die redaktionelle Arbeit, die bei häufigerem Erscheinen auch schwieriger werde, als vielmehr um die geschäftliche Leitung, die bei der Seltenheit von geeigneten Verwaltungskräften nicht leicht wirksam zu beschaffen sei. Lassen wir uns doch darin die andernorts vielfach gemachten schlimmen Erfahrungen zur Warnung dienen!

Grillenberger: Ich kann mich für ein sechsmaliges Erscheinen des Wochenblattes trotz dessen heute günstigen Standes und der mehrfachen Ermunterungen nicht begeistern. Die Verhältnisse sind in Nürnberg ganz andere als anderswo und besonders in München, und wir würden mit demselben Vorgehen, wie es dort mit Vortheil stattgefunden hat, in Nürnberg eher das Gegentheil erreichen. Bevor sich das Bedürfniß eines täglichen Erscheinens nicht in den Reihen der derzeitigen Abonnenten lebhafter bekundet, rathe ich nicht dazu, weiter zu gehen, so sehr ich auch andrerseits dafür sein möchte, das Möglichste zu bieten. Schon ein dreimaliges Erscheinen erfordert bei uns genauer Erwägung.

Das Amendement Liebknecht's wird nach Schluß der Debatte abgelehnt, dagegen der Antrag Weckesser's (wie umstehend) angenommen.

Motteler: Der Punkt 3 der Tagesordnung ist hiermit erledigt und folgendes Telegramm zu verlesen:

Zürich: „Einigkeit macht stark, haltet fest zusammen; ein Hoch dem Prinzip der Arbeit!

Mehrere Genossen. Deutscher Verein Zürich."

Weiter liegt noch ein Antrag mehrerer Genossen von Zürich vor, zur Untersuchung der Streitangelegenheiten in Zürich eine Commission einzusetzen und dieser das vorhandene Material zuzustellen. Beide streitenden Theile haben zu diesem Zweck je einen Delegirten gesandt. Ich schlage vor, durch Acclamation drei Mann in die Commission zu wählen.

Liebknecht, Sy und York werden vorgeschlagen und gewählt.

Geib theilt mit, daß noch eine Streitsache zu schlichten sei: die Angelegenheit der Würzburger Genossen Weckesser-Herbig.

Es wird zur Beilegung der Sache gleichfalls eine Commission von drei Mann gewählt und zwar: Klees, Schumacher, Mehlhorn, worauf die Sitzung auf eine Stunde vertagt wird.

(Vertagung 6 Uhr Abends.)

Fortsetzung der dritten geschlossenen Sitzung, am 20. Juli, Abends 7 Uhr.

(Vorsitzender: Vahlteich.)

Die Sitzung beginnt mit der üblichen Vorlesung der Präsenzliste. Der Delegirte Mamme hat sich beim Bureau zur Abreise gemeldet. Sämmtliche Delegirte sind anwesend. Es ist folgendes Telegramm eingegangen:

Bayreuth: „Den Delegirten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu dem Gedeihen ihrer Beschlüsse ein donnerndes Hoch von den

Parteigenossen Bayreuths, mit sozialdemokratischen Gruß."

Schade spricht den Wunsch aus, die Delegirten möchten in Mitgliederkreisen dahin wirken, daß in Zukunft für unnöthige Depeschen an die Congresse kein Geld mehr weggeworfen werde. Die Vertreter der Arbeit bedürften solcher Aufmunterungen nicht.

Es entspinnt sich eine Debatte darüber, und wird dabei hervorgehoben, das wenigstens das Verlesen während der Verhandlungen unterbleiben möchte. Der Gegenstand wird indeß auf Antrag Löwenstein's durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender Vahlteich: Wir treten jetzt in die Berathung des Punktes 5 der Tagesordnung (früher 4 der gedruckten Vorlage) ein: „Bericht der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms 2c."

Als Berichterstatter der Commission hat das Wort

Geib: Die Commission hat schriftlich verhandelt und konnte sich deshalb nicht über alle Punkte verständigen. Sie einigte sich indeß zuvörderst

darüber, daß der Satz „voller Arbeitsertrag für jeden Arbeiter“, wissenschaftlich richtiger formulirt werden müßte; ferner, daß die Grund- und Bodenfrage ausdrücklich im Programm zu erwähnen und der Passus bezüglich des Staatscredites für Productivgenossenschaften zu ändern wäre. Noch scheint es übrigens nach Ansicht der Commission nicht an der Zeit zu sein, die Aenderung positiv vorzunehmen, vielmehr empfiehlt die Commission, daß die Programmfrage im laufenden Jahre von der Partei eingehend diskutirt, durch Vorträge, Correspondenzen, Leitartikel und Schriften klargelegt, und erst im nächsten Jahre die Aenderung auf Grund der gemachten Erfahrungen vorgenommen werde. Redner verbreitet sich über die einzelnen Vorschläge der Commissionsmitglieder und warnt davor, in der Programmreform allzurasch und weit vorzugehen, da sonst vielfach Mißhelligkeiten unter den Parteigenossen entstehen könnten. Die vorgeschritteneren Parteigenossen mögen den übrigen die Conzession machen, nicht plötzlich alle ihre theoretischen Anschauungen im Programm zum Ausdruck bringen zu wollen.

Die hierauf folgende überaus lebhafte Diskussion wird von einigen dreißig Rednern gepflogen, welche zum Theil für, zum Theil gegen Abänderung sich äußern.

Alle Redner halten eine Programmreform für geboten, der größere Theil ist aber für ein wohlvorbereitetes Vorgehen und deshalb für Vertagung, wie sich dieß auch in den später speziell erwähnten Anträgen zeigt. Diejenigen Redner, die zunächst, aber sofort eine Abänderung bestimmter Punkte wünschen, begründen ihre Ansicht damit, daß über die bezüglichen Punkte resp. deren Abänderungsbedürftigkeit entsprechende Klarheit herrsche und die Abänderung dafür jetzt schon sehr wohl möglich und praktisch sei, was andererseits mit dem Hinweis darauf bestritten wird, daß das Programm uns bisher sehr gute Dienste geleistet habe und sich schon aus taktischen Gründen eine vorschnelle, nicht völlig klar durchgearbeitete Abänderung, ohne gleichermaßen totale Revision, nicht empfehle.

Geiser ist entschieden für Vertagung, da er im Laufe des Congresses zur Ueberzeugung gekommen, daß die Frage durchaus nicht spruchreif sei. Im Uebrigen glaubt er aber, daß die Commission doch ihre Aufgabe nicht ganz gelöst hat, denn die Arbeiten seien erst vor zwei Monaten begonnen worden.

Dr. Stamm: Wie schon Geib erwähnt hat, gab ich die in der gedruckten Vorlage unter 5C Nr. 5 (früher 4 der gedruckten Vorlage) gestellten Anträge deshalb ausführlicher, um nicht mißverstanden zu werden. Für ein Parteiprogramm möchte jedoch eine kürzere Fassung geeignet sein. Ich stelle jetzt den Antrag:

„Das ganze Programm bleibt mit Ausnahme des allerletzten Satzes III Nr. 10 bis zum nächsten Jahre wie es ist. Dieser allerletzte Satz III Nr. 10 bleibt fort und an seine Stelle tritt folgender Hauptsatz:

„IV. Ein sehr bedeutender Theil des arbeitslosen Erwerbs fließt aus dem privaten Grundbesitz, daher verlangen wir die gänzliche Beseitigung des privaten Grundbesitzes durch ein gerechtes Expropriationsverfahren.“

Ich sage nur deshalb „ein sehr bedeutender Theil“, um Widerspruch

zu vermeiden, der möglich wäre, wenn ich sagen würde „der allerbedeutendste Theil.“ — Jedoch wäre ich bereit, Letzteres allen Angriffen gegenüber thatsächlich zu begründen.

Nicht die Arbeit allein, sondern zwei Grundquellen schaffen alle Werthe:

1) der Erdboden mit seinen rohen, auch schon ohne Arbeit sich darbietenden Naturprodukten und Kräften;
2) die menschliche Arbeit.

Beide Grundquellen beeinflussen einander beständig. Ist die eine dieser beiden Grundquellen, der Grund und Boden, durch den privaten Grundbesitz den Volksmassen entrissen, so wird der Grund und Boden die Hauptquelle des arbeitslosen Erwerbs. So wurde schon im Alterthum das Volk durch die Privatgrundbesitzer mittelst der Massensklaverei ausgebeutet, dann im Mittelalter mittelst der Leibeigenschaft. Die Hauptquelle des arbeitslosen Erwerbs fließt aber noch heute aus dem privaten Grundbesitz. Weder die aus den Privatbanken, noch die aus anderen Einzelquellen fließende Quote arbeitslosen Erwerbs kommt der aus dem privaten Grundbesitz fließenden Quote gleich, die bei den jetzigen Kulturverhältnissen in Deutschland jährlich im Minimum 200 Millionen Thaler ausmacht und kürzlich allein in Berlin unter Ausnahmeverhältnissen 180 Millionen Thaler in einem Jahre betragen hat. Ohne die Lösung der Grund- und Bodenfrage kann die soziale Frage einer befriedigenden Lösung nicht entgegengeführt werden. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme meines Antrags. Fällt mein Antrag über den Zusatz zum Programm und Fortlassung von III 10, so beantrage ich, „sofort eine Commission zu ernennen, die bis zur morgenden Abendsitzung einen Passus über die Bodenfrage dem Congreß zur Begutachtung vorlegt,“ und bitte Sie, dann diesen Antrag wenigstens zum Beschluß zu erheben.

Tauscher: Ich bin von meinen Wählern beauftragt, für Abänderung des Programms zu wirken, so daß, wenn eine gründliche Aenderung nicht möglich wäre, wenigstens Punkt III 10 des Programms geändert wird, den wir ein für allemal nicht mehr vertreten können, ohne uns als Sozialisten Blößen zu geben. Durch Annahme des zweiten Antrag Stamm's würde am Sichersten eine genügende Ergänzung gewonnen werden können.

Roland: Ich beantrage: „Ueber die Grund- und Bodenfrage einen ganz populären Aufsatz, nebst besonderer Betonung der ländlichen Arbeiterfrage in dem nächsten „Volksstaatkalender“ zum Abdruck zu bringen und diesen Aufsatz auch als Flugblatt womöglich gratis unter die Masse des Volkes zur Vertheilung zu bringen.“ Den zweiten Antrag Stamm's aber empfehle ich Ihrer Annahme, denn er wird uns zu einem für jetzt ausreichenden Resultate führen.

Motteler: Nachdem durch den vorjährig Bracke'schen Antrag seit Jahresfrist der dunkle Fleck in unserem Programm in den Vordergrund geschoben wurde, ist es ganz besonders den Agitatoren schwer geworden, den vielfachen Interpellationen gegnerischer- wie befreundeterseits, in dieser Hinsicht genügend zu begegnen. So sehr ich auch die Nützlichkeit

der Vertagung einer endgiltig weiteren Programmreform anerkennen muß, kann ich doch nicht die Möglichkeit der Aenderung des Punktes III 10 als so schwierig ansehen, daß man darum die ohnedieß schwere Agitationsarbeit mit einem Punkt, wie der erwähnte, sich noch ein Jahr schleppen lassen sollte. Ich wünsche deßhalb, daß wenigstens der Versuch einer bündigen Aenderung gemacht und ein die Grund- und Bodenfrage berührender Passus eingeschaltet würde, so daß bis zur endgiltigen Totalrevision des Programms unsre Agitatoren sich nicht gezwungen sehen, bezüglich des Punktes 10 entweder sich in Schweigen zu hüllen, oder ihn als unhaltbar aufgeben zu müssen. Mein Antrag bezweckt im Fall der Annahme des zweiten Antrages Stamm's, eine Andeutung zur Verabfassung einer Punktation an Stelle von III 10 zu geben, in welcher auch unsre Auffassung der Landarbeiter- nnd Grund- und Bodenfrage prinzipiell gekennzeichnet ist. Der vorliegende Wortlaut kann ja in der Commissionsberathung bündiger und klarer ausgearbeitet werden; im Prinzip glaube ich, wäre damit kein Flickwerk an's Programm gesetzt.

Vahlteich: Ich habe noch folgende bis jetzt eingegangenen Anträge zu verlesen:

Motteler beantragt: „Der Congreß wolle beschließen, statt Punkt III 10 zu setzen: Befreiung des Grund und Bodens und seiner Bebauer von der kapitalistischen Ausbeutung; Organisation der genossenschaftlichen Arbeit für Ackerbau und Industrie durch Geltendmachung der hiezu erforderlichen Wirthschaftsgrundsätze in Gemeinde und Staat.“ —

Scheil: „Den geschriebenen Antrag 1 des Dr. Stamm, als III 11 hinter 10 unseres Programms zu setzen und das alte Programm wie bisher beizubehalten.“

Hüttig: „In Punkt III 7 die Worte: — „Einführung von Geschworenen und Fachgewerbegerichten“; — in Punkt III 9 die Worte: — „und Erbschaftssteuer“ — zu streichen, Punkt III 10 ganz fallen zu lassen und an Stelle dessen den geschriebenen Antrag 1 des Dr. Stamm zu setzen.“

Grillenberger und 4 Genossen: „Lediglich den Bericht der im vorigen Jahre gewählten Prüfungscommission entgegenzunehmen, von einer Berathung desselben und Beschlußfassung darüber abzusehen, die Form des Programms vorläufig beizubehalten und im Laufe des nächsten Jahres dafür zu sorgen, daß die Abänderungsvorschläge überall genügend diskutirt werden, um dann auf dem nächsten Congreß die Angelegenheit erledigen zu können.“

Schumacher und 22 Genossen: „Ueber Punkt 5C (früher 4) der Vorlage, „Bericht der Commission“, resp. „Berathung der auf Aenderung lautenden Anträge“, zur Tagesordnung überzugehen.“

Kokosky und 13 Genossen, worunter Grillenberger und Genossen, die ihren Antrag zu Gunsten dieses Antrags zurückziehen: „In Erwägung, daß der Congreß die Verbesserungsbedürftigkeit des gesammten Programms, insbesondere die Nothwendigkeit einer größeren Klarstellung der ökonowischen Zielpunkte anerkennt; in Erwägung jedoch, daß er gegenwärtig diese Angelegenheit noch nicht spruchreif hält, beschließt der

Congreß: Die Berathung der Anträge auf Abänderung des Programms bis zum nächsten Congreß zu vertagen und übergibt hiermit die Programmfrage zur allseitigen Diskussion der Gesammtpartei."

Biedermann: „Alle Anträge bezüglich Abänderung des Programms der Commission zu überweisen, sich aber aller bindenden Beschlüsse in dieser Angelegenheit zu enthalten."

Hillmann: „Anstatt Punkt 10 zu setzen: Organisation des Genossenschaftswesens für Produktion und Consumtion im freien Volksstaat." —

Diese Anträge stehen mit zur Diskussion.

Müller-Mainz gibt zu Protokoll: „Wir werden durch Vertagung der Abänderung des Programms Gelegenheit haben, bei den Mitgliedern mehr Klarheit zu schaffen, namentlich über Punkt III 10. Ferner wäre es eine Ueberstürzung, wie ja bereits aus der vorhergegangenen Debatte hervorgeht."

Das Wort hat jetzt Liebknecht.

Liebknecht: Ich muß die Commission gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, sie habe ihre Pflicht nicht erfüllt. Die Zeit zwischen den Wahlen und dem Congreß ist zu kurz gewesen. In der Partei selbst hat sich auch keine besondere Bewegung für Umformung des Programms manifestirt und eine Beschlußfassung ist heute nicht möglich, weil keine Klarheit in der Frage herrscht. Will man das Programm ändern, dann muß man es auch vollständig ändern und auf die Höhe der Wissenschaft erheben.

Eine partielle Aenderung kann nur Stück- und Flickwerk zur Folge haben. Das Eisenacher Programm ist das Product eines Compromisses der sozialistisch-kommunistischen Auffassung mit dem Lassalleanismus, der 1869 nothwendig gewesen. Es hat sich im Kampfe bewährt und seine Mängel wurden durch seine Vorzüge aufgewogen. Theoretisch ist die Partei über das Programm hinausgegangen, allein einen Hemmschuh bildet es nicht, weil es an der Spitze die Fundamentalsätze der kommunistischen Weltanschauung enthält. — Die eingegangenen Besserungsvorschläge sind theils nicht durchgreifend genug, theils positive Verschlechterungen.

Die Stamm'schen Anträge z. B. beruhen auf einer prinzipiell falschen Anschauung. Die Erde liefert keine ökonomischen Werthe ohne menschliche Arbeit. Die menschliche Arbeit frei zu machen — das ist das Ziel der Sozialdemokratie. Ist die Arbeit frei, ist auch die Erde frei. Die Grund- und Bodenfrage ist zwar ein wichtiger Theil der sozialen Frage, aber sie ist nicht die soziale Frage und die Wichtigkeit der Grund- und Bodenfrage ist von der Partei offiziell durch den Stuttgarter Beschluß anerkannt worden.

Redner schließt mit der abermaligen Bemerkung, daß jede partielle Aenderung des Programms nur von Uebel sein könne; daß eine radikale Umgestaltung noch nicht möglich sei, weil es an der nöthigen Klarheit fehle, daß man also die Programmfrage für das nächste Jahr, — wie es der Antrag Kokosky und Genossen wolle — der Partei zur Diskussion übergeben solle. Das neue Programm müsse

nicht das Werk einzelner Persönlichkeiten, sondern der Gesammtpartei sein.

Verschiedene Redner treten noch in die Diskussion ein, theils für, theils gegen Vertagung der Programmfrage. Die Meinungen scheiden sich hauptsächlich betreffs Abänderung des Punkt 10 und betreffs abermaliger Vertagung.

Die Debatten machen durch ihren Ernst und Eifer, sowie besonders durch ihre Leidenschaftslosigkeit den Eindruck eines allseitig klaren Willens und der prinzipiellen Uebereinstimmung Aller und schließen mit einigen persönlichen Bemerkungen nach $3^1/_4$stündiger Dauer.

Als weitestgehender Antrag gelangt zunächst derjenige von Kokosky und Genossen zur Abstimmung.

Bock beantragt namentliche Abstimmung, welche beschlossen wird.

Mit „Ja" stimmen: Hillmann, Lehmann, Geib, Löwenstein, Biedermann, Wolf, Auer, Burkhardt, Preißer, Grieß, Erhardt, Kokosky, Ullrich, Greiner, Scheil, Albert, Schaarschmidt, Hüttig, Sy, Güth, Klees, Roland, Bock, Fischer-Gartenfeld, Eckstein, Schade, Schumacher, Grillenberger, Baumann, Röthlingshöfer, Weckesser, Müller-Mainz, Schwanebeck, Rieck, Geiser, Vahlteich, Mehlhorn, Hoffmann, Rheingruber, Bernstein, Fischer-Staßfurt, Yorck, Ohm, Lehmann, Schultz, Herbig, Liebknecht, Kaufmann, Hadlich. (49 Stimmen.)

Mit „Nein" stimmen: Tauscher, Motteler, Wendel, Dr. Stamm. (4 Stimmen.)

Abgereist: Mamme.

Vahlteich: Es sind mit Annahme dieses Antrages nach meinem Dafürhalten alle weiteren Anträge gefallen, mit Ausnahme des Antrags Roland, welcher der „Volksstaat-Redaktion" zu überweisen sein wird.

Vor Schluß der Sitzung wird auf Anregung Geib's das Protokoll der Vormittags stattgehabten Generalversammlung der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei verlesen, ebenso der Geschäftsbericht. Geib spricht sein Bedauern darüber aus, daß von Seiten der Delegirten der Besuch der Generalversammlung so schwach gewesen sei; es sei dies um so mehr zu beklagen, da doch das Unternehmen als ein aus der Partei herausgewachsenes und für sie besonders wichtiges, das Interesse und die Unterstützung Aller verdiene. Der günstige Stand des Geschäftes allein sollte die Parteigenossen anregen, für dasselbe nach Kräften überall einzutreten, zumal der Nutzen in doppelter Hinsicht unsrer Sache zu Statten komme.

Hadlich gibt noch einzelne Details und muntert die Delegirten auf, überall für weitere Unterbringung neuer Geschäftsantheile zu wirken, um durch Mehrung des Betriebskapitals eine weitere Ausdehnung des Geschäftes und noch größeren Gewinn möglich zu machen.

In gleichem Sinne sprechen noch Wolf und Mehlhorn, denen sich Motteler anschließt, der auf Grund der Revision Hadlich's Ausführungen ergänzt.

Hierauf wird Schluß der Sitzung beantragt und angenommen.

(Schluß 11 Uhr Nachts.)

Vierte geschlossene Sitzung.

Dienstag, den 21. Juli (Vormittagssitzung).

(Vorsitzender: Vahlteich.)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung Morgens halb 9 Uhr. — Nachdem Eckstein die Präsenzliste verlesen hat, wobei sich ergiebt, daß einige Delegirte fehlen, welche jedoch bald eintreffen, schreitet der Vorsitzende zur Tagesordnung. Zuerst kommt

C5 der Vorlage, Anträge zur Organisation und zur Geschäftsordnung der Partei.

Die Debatte über die Anträge 9 und 10 der Vorlage wird eröffnet.

Baumann-Nürnberg weist auf die Polizei-Schwierigkeiten hin, welche der Partei an einzelnen Orten, ja in einzelnen deutschen Vaterländern entgegenstehen und vor allem eine georduete Thätigkeit des Ausschusses in Frage stellen. Er sieht keine Verletzung des demokratischen Prinzips, wenn der Ausschuß mehrere Jahre hintereinander an denselben Ort verlegt werde, da dies jedesmal Sache des Congresses sei. Auch erblickt Redner in der beantragten Wahl des Parteisekretärs auf dem Congreß eine weitere Bürgschaft zur Wahrung des demokratischen Prinzips, weshalb er den Nürnberger Antrag zur Annahme empfiehlt.

Geib befürwortet gleichfalls den Nürnberger Antrag. Wir befinden uns im Kriegszustande, müssen oft nach der Taktik des Gegners unsere Schritte einschlagen, und wissen auch aus Erfahrung, daß derselbe Parteivorort nicht immer dieselben Ausschußmitglieder bedeutet, die Personen also im Ausschuß wechseln. Vor der Wahl des Sekretärs auf dem Congreß warnt Redner, weil dem demokratischen Prinzip durchaus zuwider. Die beantragte Ausnahmestellung des Sekretärs würde, wenn angenommen, dem einheitlichen Charakter des Ausschusses einen harten Stoß versetzen.

Fischer-Staßfurt findet es für praktisch, den Congreß frei und nach Maßgabe der jeweilig obwaltenden Verhältnisse über den Vorort bestimmen zu lassen. Stimmt für den Nürnberger Antrag.

Wolf hält es nicht für dringlich, schon jetzt den § 16 der Organisation zu ändern. Daß wir diesmal Hamburg noch wiederwählen könnten, da der jetzige § 16 erst ein Jahr in Kraft ist, sei genug. Man möge noch ein Jahr warten und dann die Verhältnisse entscheiden lassen.

Liebknecht: Der Congreß ist thatsächlich schon unter den gegenwärtigen Zuständen durch die Wiederwahl Hamburgs vom vorjährigen Beschlusse abgewichen. Ein Prinzip ist im vorliegenden Antrage, der nur die Taktik der Partei berührt, nicht enthalten, kann folglich auch nicht verletzt werden. Bezüglich der Wahl des Sekretärs durch den Congreß sind Gefahren zu befürchten, wenn vom bisherigen Gebrauch abgewichen wird. Die Präsidialspitze ist mittelbar in der beantragten

Neuerung enthalten, daher letztere zu bekämpfen. Ich will an ein historisches Beispiel erinnern: der Staatsstreich Louis Bonaparte's wurde notorisch dadurch erleichtert, daß die französische Verfassung von 1848 die Bestimmung getroffen hatte, den Präsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen, wodurch derselbe ein Uebergewicht über die Nationalversammlung erlangte. Wir haben zwar keinen Staatsstreich in unserer Partei zu befürchten, allein so viel steht fest, würde der Parteisekretär direkt vom Congreß, das heißt der Gesammtpartei gewählt, so würde der Ausschuß, der nur von einer Lokalmitgliedschaft gewählt wird, dem Sekretär gegenüber in eine schiefe Stellung, in eine Art von Abhängigkeitsverhältniß gerathen.

Der Antrag der Nürnberger Parteigenossen (Nr. 9 der Vorlage) wird mit großer Mehrheit angenommen, dagegen der Antrag der Breslauer Mitglieder (Nr. 10 der Vorlage) verworfen.

Der Vorsitzende stellt den folgenden Antrag der Breslauer Parteigenossen (C5, Nr. 11 der Vorlage) zur Berathung.

Y o r c k ist gegen das Markensystem. Man möge nur auf regelmäßige Zahlung der Beiträge halten, dann genüge die jetzige Einrichtung. Die Marken müßten hin und her gesendet werden, was zu vielen Unzulänglichkeiten und zu manchem Verlust, der erst recht die Controle erschwere, führen werde.

G e i b: Je mehr wir die Verwaltung vom einfachen Verwaltungsapparat wegdrängen, desto weniger Sicherheit für eine gute Verwaltung werden wir haben. Die Controle, welche auf Grund der vom Ausschuß den Parteigenossen empfohlenen Geschäftsbücher erfolgt, reicht völlig hin, um die Ordnung im Kassenwesen zu sichern. Besser wird es durch das Markensystem keineswegs, da die dann vom Ausschuß direkt zu controlirenden Kassenverhältnisse der einzelnen Orte durch den oft willkürlichen und unerwarteten Wechsel der Vertrauensmänner sich nicht selten jeder Controle seitens des Ausschusses entziehen werden. Die durch das Markensystem beabsichtigte Centralisation werde Schaden nicht verhüten und ihren Zweck verfehlen. Der Schwerpunkt für ein geordnetes Kassenwesen liege in der gewissenhaften Controle der Ortsrevisoren. Redner beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

L e h m a n n beantragt Schluß der Debatte; derselbe wird angenommen.

Hierauf wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Es folgt Nr. 12 der Vorlage (Hamburg).

K o k o s k y will bestimmtere Formen, nach denen die Wahl des Vertrauensmannes zu erfolgen habe, z. B. Anzeige im Lokalblatte 2c.

Y o r c k findet den Hamburger Antrag für völlig ausreichend; die örtlichen Verhältnisse sind zu sehr verschieden, als daß eine engere Norm aufgestellt werden kann. Die Mitglieder an den einzelnen Orten müssen selbst wissen, was sie betreffs Vorschlags eines Vertrauensmannes zu thun haben. Von einer Ueberrumpelung, die Kokosky fürchtet, kann nicht die Rede sein.

G e i b weist auf die sprachliche Unrichtigkeit der bisherigen Fassung dieses § hin. Ihm scheint die Verpflichtung betonenswerth, wonach die Mitglieder wegen ungeeigneter oder nachlässiger Vertrauensmänner sich

mit dem Ausschusse ins Vernehmen zu setzen haben. Thatsächlich hat der bisherige Ausschuß schon im Sinne dieses Antrages gehandelt, die Praxis wollte es so.

Kokosky zieht seine Reformvorschläge zurück.

Löwenstein sieht doch noch Schwierigkeiten, besonders wenn der Vertrauensmann nicht freiwillig auf seine Stellung verzichtet. Wie soll dann eine Versammlung zu Stande kommen?

Geib: Sträubt sich ein Vertrauensmann, eine Wahlversammlung einzuberufen, dann kann eventuell der Ausschuß oder die Controlcommission ein Mitglied mit der Einberufung beauftragen.

Hofmann spricht für den Antrag, damit die Mitglieder sich nicht bis zum äußersten Termin schweigsam verhalten oder warten, bis ein etwaiges direktes Einschreiten des Ausschusses erfolgt.

Wendel macht auf einige Polizeischwierigkeiten bei Einberufung von Versammlungen 2c. aufmerksam.

Roland: Jedes Mitglied habe das Recht, in jeder Parteiversammlung die Neuwahl des Vertrauensmannes zu beantragen, brauche also nicht erst den Ausschuß mit seinen Wünschen zu belästigen.

Der Antrag 12 wird angenommen.

Zwischenantrag von Geib: Ich beantrage, in § 9 der Geschäftsordnung folgende Worte zu streichen: „an einem Orte, wo eine Mitgliedschaft bereits besteht". Geib begründet dies mit Hinweis auf die mehrfach behördlicherseits erfolgte Auslegung, wonach eine Mitgliedschaft ein selbständiger Verein sein soll. Wir müssen Alles vermeiden, was einer solchen Auslegung Vorschub leisten kann.

Ehrhardt berichtet, daß die erwähnte Stelle in Luckenwalde Grund zum polizeilichen Verbot der Mitgliedschaft gewesen ist. Uebrigens sind in der Geschäftsordnung noch einige, für uns nachtheilig zu deutelnde Stellen enthalten.

Fischer-Gartenfeld will die Parteibeiträge nur durch Vermittlung des Vertrauensmanns bezahlt wissen.

Geib: Dies ist selbstverständlich und steht auch in der Geschäftsordnung. Da, wo einzelne Parteigenossen ihre Beiträge direkt an den Parteikassirer einsenden wollen, kann dies unter Zustimmung des Ausschusses und der übrigen ortsangehörigen Mitglieder geschehen. Die Andeutung Ehrhardts, noch weitere Aenderungen in der Geschäftsordnung vorzunehmen, ist bei genauer Prüfung sehr an der Zeit. Redner beantragt deshalb, eine neue Fassung der Geschäftsordnung und schlägt vor, zu diesem Zweck eine Commission von drei Mitgliedern einzusetzen.

Löwenstein spricht für diesen Antrag, der hierauf angenommen wird.

In die Commission werden gewählt: Yorck, Geib, Liebknecht.

Der Vorsitzende geht über zu C 6 der Vorlage und stellt die Anträge 23, 24 und 25 zur Berathung.

Ebenso ein Amendement von Kokosky, lautend: Im Antrag 23 ist statt: „ist die Zustimmung des Ausschusses erforderlich" zu setzen: „ist der Ausschuß zu Rathe zu ziehen".

Ferner einen Antrag von Motteler; „Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung des Ausschusses ins Leben treten, haben das Recht,

den Namen der Partei zu führen oder deren moralische und materielle Unterstützung anzurufen."

Es erhält das Wort

Liebknecht: Ich muß mich zunächst gegen den mir indirekt gemachten Vorwurf verwahren, die Gründung von Lokalblättern unter allen Umständen zu befürworten. Ich gehöre allerdings nicht zu Denjenigen, welche die Lokalblätter prinzipiell mit Abneigung betrachten, weil sie glauben, daß dieselben die Einheit der Partei vernichten und dem „Volksstaat" Abbruch thun würden. Die Einheit der Partei kann durch kein Lokalblatt, das auf dem Boden unserer Prinzipien steht, bedroht werden, und was die Verbreitung des „Volksstaat" betrifft, so ist zu erwägen, daß derselbe nicht Zweck, sondern Mittel ist — Mittel zu dem Zweck, die Parteigrundsätze in immer weitere Kreise zu tragen. Dies kann aber in den größeren Städten, die ein reges Lokalleben haben, durch Lokalblätter viel gründlicher geschehen, als durch das Centralorgan, welches unmöglich den lokalen Verhältnissen volle Rechnung tragen kann. Zu einem Lokalblatt gehören 3 Existenzbedingungen: 1) eine günstige Lokalität, 2) ein tüchtiger Redakteur und 3) eine tüchtige Verwaltung. Wo diese 3 Bedingungen zusammentreffen, ist an einem Erfolg nicht zu zweifeln. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß bisher bei Gründung von Lokalblättern nicht mit gehöriger Vor- und Umsicht verfahren worden ist, aber das legt uns blos größere Vorsicht für die Zukunft auf. Wir haben zu viel Lokalblätter und haben zu wenig Lokalblätter. Wir haben Blätter, die entweder nicht lebensfähig sind, oder nur mit unverhältnißmäßigen Opfern lebensfähig gemacht werden können; und wir haben Orte, an denen uns ein Lokalblatt entschieden fehlt. — Kurz: ich bin für gute und gegen schlechte Lokalblätter. Je mehr gute Lokalblätter desto besser. Und noch eins — man klagt vielfach über den Mangel an Agitatoren. Nun, das beste Agitationsmittel ist die Presse, und ein gutes Lokalblatt der beste ständige Agitator; dieser papierne Agitator ersetzt ein Dutzend der tüchtigsten Agitatoren von Fleisch und Blut, und thut obendrein die Arbeit gründlicher, weil das gedruckte Wort bleibt, das gesprochene aber verfliegt. Aber diese papiernen Agitatoren kosten Geld, sehr viel Geld, und sollen sie nicht eine unerträgliche Last für die Partei werden, so muß bei Gründung und Verwaltung mit Sachkenntniß und planmäßig vorgegangen werden, unter Benutzung der bisher gewonnenen Erfahrungen. Da aber die einzelnen Mitgliedschaften diese Erfahrungen und Sachkenntniß meist nicht haben, so empfiehlt sich schon deshalb, im Interesse der betreffenden Mitgliedschaften selbst, eine Berathung und Verständigung mit dem Ausschuß, der auch, weil er den Ueberblick über das Ganze hat, am richtigsten beurtheilen kann, wo sich die Gründung eines Lokalblattes empfiehlt und wo nicht. Daß aber Lokalblätter, welche sich nicht auf den Boden des Parteiprogramms und der Parteiorganisation stellen und den Parteibehörden nicht das Recht, die politisch-soziale Haltung der Parteipresse zu kontroliren, zuerkennen — daß solche Lokalblätter keinen Anspruch darauf haben, als Organe unserer Partei betrachtet und behandelt zu werden, das versteht sich von selbst. —

Müller-Mainz erörtet die lokalen Verhältnisse zu Mainz. Ohne genügende Mittel, stets in Geldsorge, scheint es ihm am besten, das dortige Lokalblatt eingehen zu lassen. Mainz hat an der „Süddeutschen Volksstimme" 4000 fl. zugesetzt, meist Arbeitergeld, weshalb Redner wünscht, daß etwas geschehe, um solchen Schwierigkeiten, wie sie nun zu Mainz bestehen, vorzubeugen.

Kokosky: Die Mängel, an welchen einzelne Lokalblätter kranken, werden auch bei Zustimmung des Ausschusses kommen. Es lassen sich nicht alle Fehler vermeiden. Im vorigen Jahre forderten die Antragsteller direkte Beaufsichtigung durch den Ausschuß. Damals sahen die Redakteure sich genöthigt, ihre Stellung zu wahren Heute werden die Mitglieder im Allgemeinen von dem Antrage betroffen. Um dies nicht zu Einseitigkeiten ausarten zu lassen, sei sein Amendement anzunehmen.

Geib: Wenn Sie sich dem Antrage der Hamburger nicht anschließen, werden Sie sehen, daß die Partei durch die Gründungswuth bezüglich der Lokalblätter noch manchen Schaden zu erleiten hat. Die Hamburger sind keineswegs prinzipielle Gegner der Lokalblätter, nur soll vermieden werden, die Gesammtpartei durch übereilte Gründungen schließlich in unangenehme Mitleidenschaft zu ziehen. Der Ausschuß hat im letzten Jahre wiederholt einzelne Parteiblätter unterstützt; in der Noth wird also die Gesammtpartei angerufen! Der Antrag liegt im Interesse der Partei sowohl, als im Interesse der Lokalblätter, besonders aber der betreffenden ortsangehörigen Mitglieder. Der Ausschuß kann warnen vor Uebereilung, vor schlechter Verwaltung und Redaktion. Sieht er, daß es weder an Geldmitteln, noch an fähigen Verwaltern und Redakteuren fehlt, dann wird er niemals Nein sagen. Uebrigens überschätze man die Lokalblätter nicht. Man meint vielfach, sie hätten unsere Reichstagswahlen gemacht. Das ist nicht ganz richtig, schon mit Hinweis auf den 9. sächsischen Wahlkreis. Die Agitationsnummer des „Volksstaat" und die Parteibrochuren stehen bei Erwägung des Wahlerfolges den Lokalblättern an Bedeutung mindestens gleich. Man zersplittere die Kräfte der Partei nicht über Gebühr, besonders jetzt, da der „Volksstaat" noch lange nicht weit genug verbreitet ist.

Hofmann-Zwickau beantragt, das Nürnberger Wochenblatt sechs Mal erscheinen zu lassen.

Tauscher: Die Augsburger bereiten die Gründung eines Lokalblattes vor, sind aber dabei sehr vorsichtig, indem sie erst eine eigene Buchdruckerei ins Leben rufen wollen. Die beantragte Zustimmung des Ausschusses scheint ihm bedenklich, weil die Mitglieder im Fall der Zustimmung das Recht der Unterstützung in Anspruch nehmen und so die Partei sehr belasten können. Außerdem hat der Congreß kein Recht, die Mitgliedschaften zu hindern, nach Gutdünken über ihre eigenen Mittel zu verfügen. Redner ist gegen den Hamburger Antrag.

Biedermann gegen den Hamburger Antrag. Der Ausschuß kann sich nicht immer die genügende Einsicht verschaffen, um gerecht zu urtheilen. Er kann auch von den Gründungslustigen leicht getäuscht werden. Man engagire die Partei zu sehr durch die Zustimmung des

Ausschusses. Möge jeder Ort nach Gutdünken handeln, eine gewisse moralische Ueberwachung stehe ohnehin dem Ausschusse zu.

Ullrich befürwortet die Abänderung, wonach der Ausschuß auf Verlangen nur ein Gutachten abzugeben hat, dem möglichst nachzukommen ist.

Eckstein: In den letzten Jahren hat eine wahre Epidemie, Lokalblätter zu gründen, um sich gegriffen. Selbst in Waldheim war eins geplant worden. Redner will zuvörderst Erhaltung der bestehenden Parteiblätter und Aufsicht seitens des Ausschusses, wie solche z. B. dem „Dresdner Volksbote" sehr genützt haben würde. Die schlecht fundirten und schlecht verwalteten Lokalblätter schaden uns meistens.

Auer wendet sich gegen Kokosky und meint, daß der erste Verdruß, die Zustimmung des Ausschusses nicht zu erhalten, besser sei, als der letzte, das Blatt wieder eingehen zu sehen. Die Masse der Blätter mache es nicht, sondern die Masse der Leser. Der allgemeine deutsche Arbeiterverein besitze nur Ein Blatt und habe doch noch mehr Stimmen bei der Reichstagswahl erzielt, als wir. Es soll der Gründungswuth gesteuert, und das Leben der bestehenden Parteiblätter zunächst gesichert werden. Ueberdies fehlen die Kräfte für neue Blätter, was schon einzelne der bestehenden Blätter beweisen. — Man mache es wie in Berlin, wo gleichfalls von einem Lokalblatt die Rede war, erst aber 1000 „Volksstaat"-Abonnenten als sichere Grundlage für jede fernere Agitation gewonnen werden sollen, bevor man auf ein Lokalblatt zurückkommen will.

Wolf gegen den Hamburger Antrag, indem er den Antrag von Kokosky für ausreichend hält. Der Ausschuß hat schon Rechte genug, das Recht der Einzelnen darf nicht weiter geschädigt werden. Die Lokalblätter machen es möglich, daß sich tüchtige Parteigenossen behufs weiterer Agitation auch zur Colportage der Partei ganz zur Verfügung stellen können. Die Lokalblätter gewinnen uns neue Anhänger und dringen mehr, als Viele glauben, in die Familien ein.

Hillmann-Elberfeld: Nehmen wir den Hamburgen Antrag an, so fassen wir einen Beschluß ohne Folgen. So sehr ich gegen die ungeschickte Gründung von Lokalblättern bin, so wenig kann ich in dem Antrage Abhilfe finden. Wenn an einem Orte Mittel, Kräfte und guter Wille zur Blattgründung vorhanden sind, der Ausschuß aber trotzdem Nein sagte, so würde er leicht ausgelacht werden können. Der Hamburger Antrag ist gegen das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung, und nur der Antrag von Kokosky annehmbar.

(Schluß der Rednerliste wird angenommen.)

Schumacher: Trotz der bedenklichen Verhältnisse einiger Lokalblätter bin ich doch gegen den Antrag der Hamburger. Schon die fortwährende Begründung liberaler Lokalblätter zwingt uns, allen Orten freie Hand zu lassen.

Schade für den Antrag 23. Der Ausschuß ist oft besser unterrichtet als die gründenden Mitglieder. Im Antrag 24 will Redner nicht blos „tüchtige", sondern auch „zuverlässige" Leiter gesagt haben.

Mehlhorn stimmt vollständig dem Hamburger Antrage zu. Zeigt

darauf hin, wie rasch einige Parteiorgane zu Grunde gingen, so ein Blatt im Voigtland, dann das Geraer Wochenblatt (mit 323 Thaler Deficit), und endlich scheint die Hofer Zeitung denselben Weg gehen zu müssen. Der Antrag der Hamburger ist ein Schutzmittel für Viele, die ohne ihn auf schnelle Weise ihr Geld verlieren würden. Ist für ein projectirtes Blatt ein Fonds zur Vergütung von Deficiten, eine genügende Abonnentenzahl, eine tüchtige Leitung gesichert, dann mag man mit der Gründung vorgehen.

Hofmann für den Hamburger Antrag, eventuell für den von Motteler. Die Lokalblätter müssen mehr den örtlichen Verhältnissen und den Frauen Rechnung tragen, als bisher. Man muß dieselben auf die Stufe der gegnerischen Blätter heben, daher die vorhandenen Parteiorgane baldthunlichst täglich erscheinen lassen.

M. Schulze-Rudolstadt beantragt: „In Erwägung, daß wir an agitatorischen Kräften Mangel leiden, sowie deren Thätigkeit nicht in alle Kreise, besonders die Familie, dringt, befürworte ich die Gründung von Lokalblättern und beantrage, daß die Leiter derselben vom Ausschuß bestimmt und abberufen werden können.“

York findet in dem Hamburger Antrag ein Abschreckungsmittel gegen willkürliche oder leichtsinnige Gründungen; wenn geglaubt wird, dieser Antrag bezwecke eine Verstärkung der sog. „Diktatur“, so befindet man sich auf falscher Fährte. Kokosky's Antrag ist unzureichend. Hätten alle Parteigenossen gleich vorsichtig wie die Augsburger gehandelt, dann wäre diese Debatte überflüssig. Der Congreß ist vollberechtigt in der vorliegenden Sache, da er einzelne Genossen, wie die Gesammtpartei vor Schaden zu hüten verpflichtet ist. Nicht die Lokalblätter allein bringen uns vorwärts, dies lehrt uns die Wahl im 19. sächsischen Wahlkreise, wo lediglich der persönlichen Agitation der Erfolg zufiel.

Müller-Mainz: Nicht immer geht's glatt, auch wenn der Ausschuß mitwirkt. In Mainz fehlte es nicht an Gründungskapital. Der Ausschuß empfahl aber Kayser als Redakteur; allerdings wirkten neben Kayser noch andere Personen, besonders in der Verwaltung. Erst die Most'schen Einwirkungen machten es besser. Doch nun ist Most im Gefängniß.

Liebknecht: Man unterschätze die Lokalblätter nicht und sehe z. B. nach Chemnitz, wo die Agitation durch die „Freie Presse“ sehr gefördert worden ist. Ohne die „Freie Presse“ wäre Most nicht gewählt worden, da es an Agitatoren vollständig fehlte. Redner hat nicht für schlechte Lokalblätter gesprochen, und ist für den Hamburger Antrag. Seiner Meinung zufolge hat der Ausschuß zwar nicht in die Taschen der Mitglieder zu gucken, wohl aber das Recht und die Pflicht, die Mitglieder davor zu bewahren, daß ihnen das Geld aus den Taschen gelockt wird. Man spricht viel von der Ausbeutung der Arbeiter. Hüten wir uns vor dem Vorwurf, die Arbeiter auszubeuten. Die Parteigenossen sind schon durch Blättergründungen um viel Geld gekommen; was war schuld? Unfähigkeit in der Verwaltung einiger Lokalblätter. Der Antrag geht gar nicht auf Verbot jeder Blattgründung aus, nur will er die Partei vor solchen Blättern, die ohne Zustimmung des Ausschusses ge-

gründet werden, lostrennen; derartige Blätter sind einfach nicht als Parteiorgane zu betrachten.

Baumann sieht im Antrage 23 keine Beeinträchtigung durch den Ausschuß. Bekämpft Hofmann's Antrag, weil die Nürnberger Verhältnisse ihn noch nicht zulassen. Wöchentlich dreimaliges Erscheinen des Nürnberger Wochenblattes reicht bis auf weiteres völlig aus.

Auf Antrag von Hadlich tritt Schluß der Debatte ein.

Geib wendet sich noch persönlich gegen Müller, wegen der Verhältnisse des Mainzer Blattes. Der Ausschuß empfahl s. Z. Kayser im Gegensatz zu Dittrich, hatte aber im übrigen auf die Gründung und Leitung des Mainzer Blattes gar keinen Einfluß

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung. Das Amendement von Kokosky wird abgelehnt, dagegen der Antrag der Hamburger (Nr. 23), sowie der Antrag von Motteler angenommen.

Der Antrag von Hofmann wird zurückgezogen.

Die übrigen Anträge (24, 25 und von Schulze) sind durch die Abstimmung erledigt.

Antrag 26 der Vorlage wird, nachdem Geib erklärt, daß die bisherige Praxis diesem Antrage völlig entspreche, nicht unterstützt, und somit erledigt.

Es folgt C 7 der Vorlage, Antrag 27 bezüglich der Unterstützungsangelegenheiten.

Müller: In der Unterstützung der Politisch-Gemaßregelten muß Gleichberechtigung stattfinden. Empfiehlt Antrag 28 a und b anzunehmen, hingegen c zu streichen und dem Ausschusse die Beurtheilung jeder einzelnen Unterstützung zu überlassen. Sollte c angenommen werden, ist das Alter der Kinder mit Rücksicht auf die Schulpflicht statt auf 12 auf 16 Jahre festzusetzen.

Geib erkennt die Nützlichkeit einiger Bestimmungen des Antrags an, schon um den Ausschuß von unberechtigten Gesuchen zu befreien, allein es erscheint ihm im ganzen nicht angemessen, die Unterstützungen durch ein Schema zu regeln, da schlechterdings nicht alle Möglichkeiten vorauszusehen sind. Man möge es dem Ausschusse überlassen, nach den vorhandenen Mitteln im Unterstützungsfond und nach den örtlichen oder persönlichen Verhältnissen die nöthigen Unterstützungen zu bemessen. Dadurch würden am ersten Härten vermieden. Redner beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Eckstein kritisirt die im Antrage enthaltene Altersstufe von 12 Jahren, die unsern prinzipiellen Forderungen widerspreche. Er rathet zur Vorsicht in der Agitation und in der Gewährung von Unterstützungen, da es leider Personen gebe, welche ein Martyrium zum Nachtheil der Partei suchen.

York: Es ist unerhört, mit welcher Rücksichtslosigkeit einzelne Mitglieder beim Unterstützungsfond anpochen, und durch welche dumme Aeußerungen zuweilen Maßregelungen heraufbeschworen werden. Den Mitgliedern muß einmal gezeigt werden, daß sie auch gegen die Gesammtpartei Rücksichten zu üben, oder sonst die Folgen ihrer Fehler selbst zu tragen haben. Eine gewisse Regelung der Unterstützungs-

angelegenheiten erscheint dringend nothwendig, wenn auch nicht so im Einzelnen, wie es der Antrag will. Ich ziehe den Antrag zurück.

Klees nimmt den Antrag wieder auf.

Ullrich befürwortet den Antrag, dessen Ablehnung leicht mißverstanden werden könne.

Klees wendet sich gegen die sogenannte Wirthhausagitation, die uns nur schade. Wenn bestimmte Normen festgesetzt würden, werde es in dieser Beziehung zweifellos besser werden.

Fischer-Staßfurt ist ebenfalls für Regelung der Unterstützungsangelegenheiten. Wirthhausagitation ist keine Agitation, doch gibt es Ausnahmefälle, die durch gegnerische Provocationen herbeigeführt werden.

Geib weist darauf hin, daß das beabsichtigte Reglement, heute verfaßt, schon in kurzer Zeit nicht mehr den Verhältnissen entsprechen werde.

Wendel hält ein Reglement doch für zweckmäßig, das übrigens ja der Ausschuß selbst festsetzen solle.

Es wird Schluß der Debatte angenommen, und alsdann Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Der Vorsitzende verliest Antrag C 8, Nr. 28 der Vorlage und stellt die Unterstützungsfrage.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Fischer-Staßfurt: Vereinigungsbemühungen haben ihm seine Mandatgeber dringend an's Herz gelegt. Geeignete Schritte zu thun ist nöthig, natürlich ohne Verleugnung unserer Grundsätze und ohne Ueberstürzung. Auf beiden Seiten wird der Wunsch zur Vereinigung gehegt, was eine Gewähr für dessen Verwirklichung ist.

Auer: Diese Anträge kehren jedes Jahr wieder. Im Großen und Ganzen sind wir Alle damit einverstanden, aber so lange auf beiden Seiten die prinzipiellen Unterschiede in's Gewicht fallen, kann an eine wirkliche Einigung nicht gedacht werden. Die Aussichten, welche uns in dieser Hinsicht der Allgemeine deutsche Arbeiterverein eröffnet, sind gering, dies zeigt schon sein neuester Beschluß, sich sektenmäßig Lassalleaner zu nennen. Unser Versöhnungsdusel hat bis jetzt wenig geholfen. Das einzige Mittel zur Einigung heißt: die Lassalleaner unsre Macht fühlen lassen und uns stärken. Stellen wir uns auf den Standpunkt der Einigungsvorschläge, die vor fast zwei Jahren im „Volksstaat" veröffentlicht wurden. Mag ein allgemeiner Congreß zur Berathung der Einigungsfrage berufen werden

Der Vorsitzende verliest eine Begrüßungsdepesche aus Mainz: „Pflug-Volksversammlung sendet dreifaches Hoch dem Congreß und wünscht beste Resultate den Berathungen.

Daschner, Leyendecker, Hirsch."

Lohmeyer beantragt die sofortige Einsetzung einer Commission, welche dem Congreß behufs einer mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu erstrebenden Vereinigung bestimmte Vorschläge zu machen habe.

Biedermann, Roland und Bernstein bekämpfen den Antrag Lohmeyer's, der uns zu unnützen Weiterungen führe. Zunächst handele es sich darum, ob eine Vereinigung überhaupt anzustreben sei.

Klees ist für eine Commission, die auch Lohmeyer noch als zweckmäßig und die Debatte abkürzend bezeichnet.

Fischer-Staßfurt ist ebenfalls für die Commission, die uns zu Gunsten einer Vereinigung Material und Vorschläge schaffen könne.

Eckstein und Hillmann bestreiten die Zweckmäßigkeit des Lohmeyer'schen Antrags schon mit Hinweis auf das Protokoll der diesjährigen Generalversammlung des Allg. d. Arb.-Vereins, aus dem wenig Gutes für eine Vereinigung zu ersehen sei.

Der Antrag von Lohmeyer, eine Commission einzusetzen, wird hierauf abgelehnt.

York: Niemand bestreitet das Wünschenswerthe einer Vereinigung, aber zur Vereinigung gehören zwei, welche den Willen dazu haben. Wie will man die Vereinigung herstellen? Durch einen Congreß? Das würde nur eine neue, vielleicht abgeschwächte Auflage von 1869 sein. Lasse man die Verhältnisse noch mehr reifen und gehe heute zur Tagesordnung über.

Der Vorsitzende verliest folgende, während der Debatte eingereichten Anträge:

1. Der Congreß erklärt, daß er einer Einigung mit dem Allg. d. Arb.-Ver. auf Grundlage eines allgemeinen Congresses nicht widerstrebt; da von Seiten des Allg. d. Arb.-Ver. aber bisher jedes Entgegenkommen abgelehnt ist, geht er über den Antrag der Parteigenossen zu Hannover und Mannheim zur Tagesordnung über. Kokosky.

2. Der Congreß erklärt, der Einigung der beiden deutschen Arbeiterfraktionen zugeneigt zu sein. Ueber den Modus einer solchen Einigung werden zum nächsten Congresse seitens des Ausschusses und der, der Partei angehörigen Reichstagsmitglieder Vorschläge erwartet. Im übrigen geht der Congreß zur Tagesordnung über. Geib.

3. Im Antrag 28 der Vorlage zu sagen, statt „Wenn irgend möglich": „Wie bisher" ꝛc.

4. Der Congreß wolle beschließen: dem Präsidium des Allg. d. Arb.-Ver. ist mitzutheilen, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei jederzeit bereit ist, eine Vereinigung anzubahnen, ein gleiches auch vom genannten Präsidium erwartet, dasselbe ersuchend, Vorschläge zu machen. Lohmeyer.

5. Ich beantrage, der Congreß möge sich dafür erklären, daß ein gemeinsamer Congreß zur Vereinigung stattfinde, aber vorher von beiden Seiten dazu Vorschläge gemacht werden sollen. Ullrich.

6. Der Congreß erklärt, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei es sehr bedauern, daß den, von der Partei ausgegangenen Einigungsvorschlägen vom Allg. d. Arb.-Ver. nicht zugestimmt worden ist. H. Hillmann.

Bernstein: Die Ansichten des Lassalleanismus sind wankend geworden, mindestens stehen sie nicht bei allen Mitgliedern des Allg. d. Arb.-Ver. einer Einigung entgegen. Im letzteren Vereine hat sich schon eine bedeutende Opposition entwickelt, und wenn auch die diesjährige Generalversammlung des Arbeitervereins die Einigungsfrage geflissentlich umgangen hat, so that sie das keineswegs einstimmig. Redner be-

fürwortet einen allgemeinen Congreß zur Besprechung der prinzipiellen Fragen und zur Förderung der Einigung.

Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Motteler berichtet über die Besprechungen zu Berlin. Hasenclever und ähnlich so Hasselmann erklärten, an eine Vereinigung wäre nicht zu denken, weil der Allg. d. Arb.=Ver. eine unbedingt bessere Organisation habe als wir. Außerdem sei ja ein friedliches Nebeneinandergehen in der Presse und in Versammlungen vereinbart. Anders wie die Spitzen im Allg. d. Arb.=Ver. dächten indeß wohl viele Mitglieder dieses Vereins. Spezielle Ver=Einigungsbeschlüsse hier zu fassen, wäre sonach zwecklos. Es genüge der modificirte Antrag Nr. 28 der Vorlage.

Scheil's Antrag auf Schluß der Sitzung wird abgelehnt.

Eckstein: Wenn wir für eine Vereinigung sind, so wollen wir die deutsche Sozialdemokratie stärken. Das Für und Wider hat auch seine Vertreter im Allg. d. Arb.=Verein. Hasselmann, der in Hannover mit der Einigung der Metallarbeiter liebäugelte, erklärte an einem andern Orte, daß er, sobald eine Vereinigung beider Fraktionen stattfinde, sofort eine neue Partei der reinen Lassalleaner gründen werde.

Schade spricht sich für Annahme des Antrages Nr. 28 aus.

Scheil weist auf die Praxis des Allg. d. Arb.=Ver. hin, sich nur da versöhnlich zu zeigen, wo er machtlos sei. Wir haben uns also mit einseitigem Einigungsdrang vor Schaden zu hüten. Am besten ist die Berufung eines Congresses, um eine Verständigung zu ermöglichen. Durch unklaren Vereinigungsdusel machten wir uns nur lächerlich.

Ullrich: Bei der gegenwärtigen Verfolgungswuth ist die Vereinigung für beide Fraktionen eine Existenzfrage. Nur wenn wir einig sind, wird man uns nicht unterdrücken können. Stimmt für den Antrag Nr. 28.

Kokosky: Man weiß nicht, ob über's Jahr die jetzigen Organisationen beiderseits noch bestehen. Der Streit um die beste Organisation ist daher, angesichts der Polizeimaßregelungen, ein unzeitgemäßer. Jetzt handelt es sich um die Gewinnung von Anhängern, ob mit oder ohne Organisation; das wird der Allg. d. Arb.=Ver. auch wünschen.

Biedermann befürwortet die Einberufung eines allgemeinen Congresses. Dies sei der direkte Weg zum Ziel.

Wolf wendet sich gegen das Wort „Vereinigungsdusel", da der Drang nach Vereinigung doch zweifelsohne vorhanden sei. Von einem gemeinschaftlichen Congreß erwartet er keine Hilfe, die Führer des Allg. d. Arb.=Ver. würden dagegen operiren. Wir müssen uns an die Arbeiter selbst wenden. Die Massen wollen die Vereinigung und sollen durch einen Congreß über unsere Einigungsbestrebungen aufgeklärt werden.

Fischer=Staßfurt: Nicht Hasselmann soll der Maßstab für unsern Beschluß sein, sondern die Massen, welche von der Nothwendigkeit einer Vereinigung schon vielfach überzeugt sind.

Liebknecht: Man hat sich piquirt geäußert über das Wort „Vereinigungsdusel". Aber mit Unrecht. Diejenigen, welche die „Vereinigung" um jeden Preis und bei jeder Gelegenheit wollen, sind sich nicht klar darüber, was „Vereinigung" bedeutet. Vereinigung heißt Verschmelzung in Eine Organisation. Nun, wissen wir aber, wie fest die Mit=

glieder des Allg. d. Arb.-Ver. an ihrer Organisation hängen, die sie für unfehlbar halten, während wir sehr viele Fehler darin sehen, das Autoritätsprinzip, auf dem sie beruht, prinzipiell verurtheilen und auch nicht glauben, daß sie ernstliche Stürme bestehen kann. Und nicht blos die Organisation trennt uns von den Mitgliedern des Allg. d. Arb.-Vereins — und bei dem förmlichen Organisationskultus, der unter ihnen gepflegt, ist dies ein sehr wesentliches Moment —, sondern auch das Programm. In der Verschiedenheit der Organisation drückt sich die Verschiedenheit der Prinzipien aus. Das strenge Lassalleanerthum ist national und autoritär, hält sektenartig mit Lassalle, der zum Heiligen gestempelt wird, den Sozialismus für abgeschlossen, jedes Weiterforschen für vom Uebel — während wir international sind, jede Autorität verwerfen, jeden Personenkultus bekämpfen und den Sozialismus nach seiner theoretischen Seite hin als eine Wissenschaft betrachten, die keinen Augenblick stille steht, die sich stets weiter entwickelt. Es ist wahr, ein großer Theil der Mitglieder des Allg. d. Arb.-Ver. sind nach und nach auf unsern Standpunkt gekommen, allein ehe dies mit dem Gros der Fall ist, kann von einer Vereinigung nicht die Rede sein. Sie wäre für uns ein Rückschritt, für den Allg. d. Arb.-Verein der Untergang. Wenn aber auch der Vereinigung noch prinzipielle Hindernisse entgegenstehen, so doch nicht der Einigung. Daß wir nicht einig sind, ist auf persönliche Beweggründe zurückzuführen. Eine Einigung läßt sich jeden Tag bewerkstelligen, wenn die bisherigen Gegner ihre Opposition aufgeben. Und bei dieser Gelegenheit will ich pro domo (in persönlicher Selbstvertheidigung) bemerken, daß ich nicht, wie mir von der anderen Seite so oft vorgeworfen worden ist, ein Feind der Einigung bin; daß ich im Gegentheil dieselbe stets angestrebt habe, und daß z. B. die bekannten Einigungsvorschläge, welche im Herbst 1872 im „Volksstaat" (Nr. 83) erschienen, wesentlich von mir herrühren und vor meiner Uebersiedlung nach Hubertusburg einer Versammlung von Leipziger Lassalleanern vorgelegt und auch von ihr gebilligt worden sind. Ich halte Jeden, der einer Einigung in den Weg tritt, für einen Feind der Arbeiterbewegung; bin aber überzeugt, daß die Einigung sehr bald erfolgen wird, wenn nicht mit den „Führern", dann den „Führern" zum Trotz, und daß auch die Vereinigung nicht mehr in weitem Feld liegt — dafür bürgt Herr Tessendorf und die Logik der Thatsachen. — Zunächst ist aber die Losung: Einigung, nicht Vereinigung; und von „Vereinigungsdusel" kann man mit Recht reden, so lange die Vorbedingungen zur vollen Verschmelzung fehlen.

Geib: Kokosky's Antrag will einen Congreß. So lange wir nicht mit beiden Füßen in die Vereinigung springen können, ist ein Congreß zwecklos. Zuerst ist ein friedliches Nebeneinandergehen, eine Einigung nöthig, hierzu reicht des Redners Antrag aus.

Der Vorsitzende läßt abstimmen. Antrag 28 mit Motteler's Amendement wird abgelehnt, Geib's Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind die übrigen Anträge erledigt.

(Schluß 1½ Uhr Mittags.)

Fortsetzung der vierten geschlossenen Sitzung, am 21. Juli Nachmittags.
(Vorsitzender: Vahlteich.)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung 3¼ Uhr. Laut Präsenzliste sind anwesend: Geib, Wolf, Auer, Burckhardt, Preißer, Gries, Tauscher, Kokosky, Ullrich, Hüttig, Roland, Bock, Fischer-Gartenfeld, Fischer-Staßfurt, Schade, Baumann, Wendel, Weckesser, Müller, Schwanebeck, Rick, Vahlteich, Hofmann, Rheingruber, Bernstein, Dr. Stamm, Schulze, Kaufmann, Hadlich, Grillenberger, Liebknecht, Albert, Löwenstein, Klees, Scheil, Ehrhardt, Biedermann, Greiner, Röthlingshöfer, Hillmann, Lehmann, Eckstein, Yorck, Schaarschmidt, Motteler, Schumacher, Sy, Geiser, Lohmeyer, Herbig, Güth.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nehmen Müller, Gries, Kaufmann und Geib das Wort, um einige Bemerkungen, welche betreffs der Unterstützungen zu Mainz in voriger Sitzung gemacht worden waren, klar zu stellen und befriedigend zu erledigen.

Hierauf werden die Protokolle der beiden Montagssitzungen verlesen und, nach Anbringung einiger Berichtigungen, vom Congreß genehmigt.

Der Vorsitzende theilt folgende Begrüßungsdepesche mit:

„Leipzig. Herzlichen Gruß den versammelten Vorkämpfern für Freiheit und Gleichheit. Nieder mit aller Klassenherrschaft. Hoch die Sozialdemokratie! Die Parteigenossen von Lindenau.“

und geht alsdann zur Tagesordnung über.

Antrag C8, Nr. 29 der Vorlage.

Folgende Anträge sind in Bezug hierauf eingegangen:

Uebergang zur Tagesordnung ohne Debatte. Tauscher.

Uebergang zur Tagesordnung. Rick und 8 Genossen.

In Erwägung, daß der Antrag der Marburger Parteigenossen undurchführbar ist, geht der Congreß zur Tagesordnung über.

Hadlich.

Der Congreß hält es für selbstverständlich, daß alle Parteimitglieder „confessionslos“ sind und hält den formellen Austritt aus der Landeskirche für wünschenswerth; er geht aber, indem er die Entscheidung über diesen Schritt jedem Einzelnen überläßt, über den Antrag der Marburger Parteigenossen zur Tagesordnung über.

Kokosky und 12 Genossen.

Von Roland wird dem Präsidium folgender Antrag zur Geschäftsordnung überreicht:

„Sollte betreffs des Antrages der Marburger Parteigenossene in Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung eingehen, so gebe ich dem Congreß zu bedenken, daß, nachdem obiger Antrag ein nicht unbedeutendes Aufsehen in der Tagespresse erregt hat, ich es nicht für taktisch richtig halte, auf diese Weise diesem Antrag aus dem Wege zu gehen. In Erwägung, daß weniger weitgehende politische Parteien diesen Passus schon längst ausgesprochen haben; in Erwägung, daß der religiöse Betrug und die Ausbeutung des Proletariats durch den Confessionalismus

verewigt werden, in Erwägung, daß der religiöse Doctrinarismus ein Hemmschuh des geistigen Fortschritts der Menschheit ist, beantrage ich, daß der Congreß die Billigkeit habe, den Delegirten für Marburg wenigstens den Antrag begründen zu lassen und unter allen Umständen über den Antrag selbst eine Abstimmung mit oder ohne Debatte zu belieben."

Die Vorfrage, ob der Congreß über den Antrag der Marburger Genossen in die Debatte eintreten wolle, wird mit geringer Mehrheit abgelehnt und hierauf Uebergang zur Tagesordnung, gemäß dem Antrage von Tauscher beschlossen.

Antrag 30 kommt zur Berathung.

Mehlhorn: Dieser Antrag stützt sich auf die Erfahrungen, welche bei der letzten Reichstagswahl gemacht wurden. Hätte York nicht zugleich in Hof candidirt und gewirkt, so wäre er sicherlich im 22. sächs. Wahlkreise, wo ihm nur 250 Stimmen fehlten, gewählt worden. Auch die Vorkommnisse im 13. sächs. Wahlkreise hätten sich nicht ereignen können, wenn man sich rechtzeitig einer bestimmten Erklärung des Dr. Johann Jacoby versichert haben würde. Hüten wir uns in Zukunft vor Schaden durch Annahme des Antrags.

Der Antrag von Geib auf Schluß der Debatte wird angenommen und sodann der Antrag 30 mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben.

Antrag 31 (Kalb).

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt und ist dadurch beseitigt.

Die Anträge 32 bis 35 werden, als zusammengehörig, gleichzeitig zur Diskussion gestellt.

Müller beantragt: der Congreß nimmt Kenntniß von den Anträgen und geht zur Tagesordnung über.

Inzwischen sind noch folgende Anträge zur Agitation eingereicht worden:

1. Der Congreß möge beschließen, für den 23. sächs. Wahlkreis ist für eine rege Agitation Sorge zu tragen. Albert

2. Der 22. sächs. Wahlkreis soll mit einer regen Agitation bedacht werden. Schaarschmidt.

3. Im Auftrage der Staßfurter Parteimitglieder empfehle ich dem Congreß, resp. Ausschuß, in einiger Zeit die Agitation im Mansfelder See- und Landkreise in Angriff zu nehmen. W. Fischer.

4. Die Mitglieder zu Heidelberg beantragen, der Congreß möge beschließen, einen stabilen Agitator nach Heidelberg für Heidelberg und Umgegend zu senden. Lehmann.

5. Der Congreß möge darauf hinwirken, daß die Gewerkschaftsverwaltungen aufgefordert werden, den verschiedenen Agitationscomité's Vorschüsse zu machen. Ferner sollen die Agitatoren angewiesen werden, vierteljährlich eine Rundreise durch ihre Bezirke zu unternehmen.
M. Schulze.

6. Der Ausschuß möge einen stabilen Agitator für Nassau und Hessen, mit dem Wohnsitz Gießen, ernennen. Roland.

7. Die Dresdner Mitglieder beantragen, daß für Dresden ein von der dortigen Mitgliedschaft zu erwählender Agitator ständig angestellt

werden möge. Diesem Agitator soll ein Zuschuß von 4 bis 5 Thlr. wöchentlich aus der Hauptkasse vom Ausschuß bezahlt werden, und zwar so lange, bis die Dresdner Partei- und Preßverhältnisse geregelt sind.
Biedermann.

8. Der Congreß überweist die vorliegenden Anträge dem Ausschuß zur Berücksichtigung und geht, indem er alle Parteigenossen zur Förderung der Agitation durch Wort, Schrift und pünktliche Beitragszahlung auffordert, zur Tagesordnung über. Geib.

Geib: Aus den vorliegenden Anträgen geht hervor, wie sehr man allerorts, in Nord und Süd, nach lebhafter Agitation verlangt. Einige dieser Rufe sind nicht ganz begründet, z. B. hat Dresden hinreichend Kräfte, um dem dortigen Agitationsbedürfniß zu genügen. Der Parteileitung ist es stets schmerzlich gewesen, verneinende Antwort da ertheilen zu müssen, wo eine Agitation sehr noth that. Zwei Hemmnisse standen dem Ausschuße aber oft im Wege. Es fehlte an Geld und nicht selten an Rednern. So lange diese Hemmnisse nicht beseitigt werden — und der Congreß allein hat nicht die Kraft dazu —, so lange wird nach der alten Taktik, die meist bedürftigen Bezirke zuerst zu bedenken, weiter zu wirken sein. Greift der Congreß einzelne Bezirke als agitationsbedürftig heraus, dann präjudizirt er den Gang der Ausschußthätigkeit, ohne damit die nicht berücksichtigten Antragsteller zu befriedigen. Man überlasse die Centralleitung der Agitation, wie bisher, dem Ausschuß.

Lehmann: Die Agitation in Baden ist nothwendig und wird auch Früchte tragen. Der Allg. d. Arb.-Ver. tritt oft als Rivale auf. Man handle daher zur rechten Zeit.

Albert: In mehreren sächs. Wahlkreisen läßt sich ohne viele Kosten durch eine ständige Agitation viel erreichen. Man sorge rechtzeitig dafür, daß bei den nächsten Wahlen die meisten sächs. Reichstagsmandate unserer Partei zufallen.

Bernstein: Die Agitation muß so lebhaft als möglich betrieben werden. Der Schwerpunkt hierfür liegt in den einzelnen Parteiorten selbst. Die Mitglieder haben mehr zu leisten, wenn sie mehr erreichen wollen und vor allem der Ausbildung von Rednern Vorschub zu leisten.

Roland beantragt Schluß der Debatte, was angenommen wird.

Der Antrag von Müller: Uebergang zur Tagesordnung, wird verworfen, dagegen der Antrag von Geib angenommen.

Es kommen die Anträge 37—42. Der Vorsitzende stellt bezüglich der Anträge 37—41 die Unterstützungsfrage, welche bejaht wird.

Weitere Anträge werden eingereicht:

1. Der Congreß beschließt, es ist baldmöglichst eine populär geschriebene Broschüre über das Parteiprogramm, sowie eine Broschüre zur Agitation unter den Landarbeitern herauszugeben. Der Preis einer solchen Broschüre darf je einen Groschen nicht übersteigen. Geib.

2. Dem Antrag 40 der Vorlage beizufügen: „Diese Jugendschrift soll in Form der Traktätchen erscheinen". Ullrich.

3. Der Congreß geht über den Antrag 42 zur Tagesordnung über.
Müller.

4. In Anbetracht, daß alle auf die Herausgabe von Schriften hin-

zielenden Anträge nur durchführbar sind, wenn die Partei über mehr Geldmittel zu verfügen hat als jetzt, geht der Congreß zur Tagesordnung über. Hadlich.

5. Da mein Antrag bei der Programmdebatte an die Volksstaat-Redaktion überwiesen wurde, beantrage ich jetzt wiederholt einen volksthümlichen, allgemein verständlichen Artikel über die Grund- und Bodenfrage (ländliche Arbeiterfrage) in den nächsten Volksstaat-Kalender aufzunehmen und diesen Artikel zugleich als Flugblatt, möglichst gratis, durch die Mitglieder zu verbreiten. Roland.

Die Debatte wird eröffnet.

Kokosky: Die Anträge auf Herausgabe von Schriften bekunden, daß die Bedeutung unserer Literatur immer mehr gewürdigt wird. Mit Uebergang zur Tagesordnung kann der Partei hierbei nicht gedient sein.

Geib: Die von mir beantragten 2 Broschüren sind nothwendig, weil in der Agitation ein großes Bedürfniß. Ich hätte einfach den Bremer Antrag (Nr. 38) befürwortet, wenn ich seine Motive nicht mißbilligte. Den Antrag der Augsburger (Nr. 37) suche ich deswegen zu verdrängen, weil mir einfache Flugblätter nicht ausreichend erscheinen und die verschiedenen Parteiblätter wesentlich solche Flugblätter ersetzen. Den Antrag auf Herausgabe einer Jugendschrift halte ich für verfrüht. Wir dürfen unsere Kräfte nicht zu sehr zersplittern, haben auch kaum die Mittel, um eine gut ausgestattete (illustrirte) Jugendschrift schon jetzt herausgeben zu können. Der Antrag 42 von Magdeburg ist auf unserm Congreß nicht ganz am Platze. Er dürfte am besten und leichtesten von der Gewerkschaftsunion auszuführen sein.

Klees: Der Magdeburger Antrag verdient volle Berücksichtigung, da er den Parteigenossen einen wichtigen Fingerzeig zum Reisen und zur Agitation schaffen soll. Der Congreß möge ihn annehmen und sich nicht aufs Vertröſten legen.

York: Man fange nicht zu viel auf einmal an. Der Augsburger Jugendschriften-Antrag ist gut gemeint, aber noch verfrüht. Besser ist es, vorher den vorjährigen Beschluß, die Herausgabe einer belletristischen Zeitschrift betreffend, durchzuführen. Der Magdeburger Antrag bedarf umfassender Vorarbeiten. Sein Nutzen ist übrigens anzuzweifeln, da die Adressen der Herbergen und Verkehrslokale sehr rasch wechseln.

Tauscher: Wenn er auch auf Geib's Anträge betreffs der Broschüren eingehe, so könne er doch nicht das Verfrühte der Herausgabe einer Jugendschrift anerkennen. Wir müssen die Gegner auf allen Gebieten bekämpfen. Gerade in der Familie hetzen die Gegner wider uns und vor allem nähren sie die Jugend mit ihrem religiösen Fanatismus und mordspatriotischen Vorurtheilen. Die Nationalliberalen schonen nichts in ihrem Eifer. Den Kindern im Mutterleibe möchten sie schon die Pickelhaube aufsetzen. Dem gegenüber haben wir die Pflicht zu handeln. Gebe man eine gute Jugendschrift, die dann auch von den Eltern gelesen wird.

Hüttig befürwortet den Antrag 39 (Gößnitz). Das Parteiprogramm muß jedem Arbeiter mundgerecht gemacht werden. Nach dieser Seite hin ist noch nicht genug geschehen.

Ullrich: Die Jugendschrift wird vielen Nutzen stiften. Sie muß aber billig und mit hübschen Geschichten versehen sein. Vorerst genügt eine kleine Schrift, gegen welche die Bedenken betreffs der bedeutenden Herstellungskosten nicht stichhaltig sind.

Motteler: Die Bedenken gegen die Jugendschriften überwiegen keineswegs den Nutzen und die Bedeutung solcher Schriften. Man statte dieselbe gut aus, mache sie concurrenzfähig, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Das Bedürfniß nach gesunder geistiger Kost für seine Kinder hat so mancher Vater. Komme man ihm daher entgegen. Allerdings verlangt auch das belletristische Unternehmen Berücksichtigung. Doch dies erleidet durch die Jugendschriften keinerlei Abbruch, da letztere sich bald bezahlt machen würden. Wir müssen etwas thun, um die systematische Verdummung des Volkes, besonders der Jugend, an der Wurzel zu treffen, und die ältere und neuere Geschichte bietet uns ein so reichhaltiges Material, daß wir Jung und Alt ganz entsprechend damit anfeuern können.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Roland spricht für die Jugendschrift und für seinen Antrag. Unter die Landarbeiter könne die Agitation nur vermittelst ganz populärer Schriften getragen werden.

Hillmann befürwortet ebenfalls die Jugendschrift und eine Broschüre über das Programm, bei welcher auf die in Aussicht genommenen Reformen Rücksicht zu nehmen sei.

Hadlich warnt vor Beschlüssen, die von der Verwaltung nicht ausgeführt werden können. Ohne Geld geht's nicht. Verschiedene Verlagsunternehmungen sind in Vorbereitung, z. B. das Fremdwörterbuch, eine Broschüre über die Presse, eine neue Auflage des Bauernkriegs u. s. w. Auch fragt sich's in Bezug auf die Jugendschrift, wer sie schreiben solle. Solche Schrift ist nicht leicht und erfordert tüchtige pädagogische Kräfte, die wir zwar innerhalb der Partei besitzen, jedoch nicht beliebig zur Schriftstellerei veranlassen können.

Müller u. Lehmann erklären sich für die Jugendschrift. Müller speziell wendet sich noch gegen den Magdeburger Antrag, der uns auf Dinge führe, welche durchaus nicht dringlich seien. Man erledige die naheliegenden Angelegenheiten zuerst.

Liebknecht: Ein wirklich belehrendes Geschichtenbuch für Kinder wäre unzweifelhaft sehr wünschenswerth. Das beste Geschichtenbuch ist aber die Menschengeschichte, die Geschichte der Menschheit. Ein Bildungsmittel gleich wirksam für Erwachsene wie für die Kinder. Eine durchaus volksthümlich geschriebene und doch auf der Höhe der Wissenschaft sich bewegende Welt- oder Culturgeschichte wäre die mächtigste Agitationsschrift der Sozialdemokratie. Es müßte darin gezeigt werden, wie die organische Natur sich allmählig entwickelt hat; wie der Mensch erst durch einen hunderttausendjährigen, durch einen millionenjährigen Entwickelungsprozeß aus dem niedersten Thierzustand herausgekommen ist; wie das, was wir unter Cultur verstehen, nicht einzelnen Individuen zu verdanken, sondern die mühsam errungene Frucht unendlich langer mühsamer Collektivarbeit ist, zu der jedes menschliche Individuum seinen Theil beigetragen hat und beiträgt; wie durchaus unberechtigt

die jetzige Geschichtschreibung, welche die Geschichte der Menschheit zur Geschichte einiger Tausend sog. großen Männer gemacht, die meist große Verbrecher waren; wie nicht durch den Willen, die Willkür Einzelner der Gang der Geschichte bestimmt wird, sondern durch unabänderliche Naturgesetze; wie die politischen Formen nur der Ausdruck ökonomischer Bedürfnisse sind. Kurz, eine wirkliche Weltgeschichte ist die Encyklopädie alles Wissens, die unerbittliche Zerstörerin alles religiösen und politischen Humbugs und der Afterwissenschaft. Zu einer solchen Geschichte gehören aber bedeutende Kräfte, und sie läßt sich nicht aus dem Aermel schütteln. In Hubertusburg kam ich auf den Gedanken, durch Arbeitstheilung das Werk in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu ermöglichen, und wollte einen betreffenden Antrag im Congreß stellen. Von Letzterem bin ich jedoch zurückgekommen, weil solche Arbeiten sich nicht dekretiren lassen. Ich hoffte aber, durch das Zusammenwirken von dazu befähigten Parteigenossen wird sich's erreichen lassen. Ueberhaupt brauchen wir eine sozialistische Literatur. Der Anfang ist gemacht, wie zu einer sozialistischen Presse. Aber auch nur der Anfang. Die Partei muß rastlos arbeiten auf geistigem Gebiet; ihre Idee den Gegnern aufzwingen. Wir müssen die Welt geistig erobern und beherrschen, ehe unsere Prinzipien in Staat und Gesellschaft zur Herrschaft gelangen können. Dem geistigen Sieg folgt der materielle Sieg mit Nothwendigkeit; ohne ihn ist er werthlos.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung.

Der Antrag von Hadlich wird abgelehnt, der Antrag von Geib angenommen. Mit diesem Beschluß sind die Anträge 37, 38 und 39 der Vorlage gefallen.

Das Amendement von Ullrich wird verworfen und der Antrag 40 der Vorlage unverändert angenommen.

Annahme findet ferner der Antrag 41 der Vorlage.

Antrag 42 wird abgelehnt, ebenso der Antrag von Roland.

Ein Antrag von Hofmann, dahin lautend, dem Volksstaat-Kalender ein Jahrmarktsverzeichniß beizugeben, wurde durch zustimmende Erklärung Liebknecht's erledigt.

Eckstein beantragt, zur Durchführung des angenommenen Antrages 41 der Vorlage die Mittel zu beschaffen.

Dieser Antrag wird unterstützt.

Eckstein: Wir haben gehört, daß die Verwaltung keinen Ueberfluß von Geldmitteln hat. Der Congreß nahm trotzdem den Antrag 41 an; dieser Beschluß ist aufzuheben, zumal die Bedeutung der Agitationsnummern überschätzt worden ist.

Geib schließt sich dem an, besonders dann, wenn die Agitationsnummern meistens wieder gratis vertheilt werden sollen. Wenn man zu oft mit solchen Nummern kommt, wie es der Antrag von Bremen will, werden sie wirkungslos.

York, Bernstein und Liebknecht halten die Schwierigkeiten für nicht sehr groß. Man schiebt die Agitationsnummern in die Reihe der laufenden Nummern des „Volksstaat" ein und druckt dann nach Bedarf noch etliche Tausend über die gewöhnliche Auflage. Im Uebrigen kann die vorjährige Agitationsnummer Vorbild sein.

Der Antrag von Eckstein wird abgelehnt.

Es folgt der Bericht der Commission zur Revision der Partei-Geschäftsordnung.

Geib theilt mit, daß die Commission ihre Aenderungsvorschläge mit Rücksicht auf verschiedene richterliche Erkenntnisse und Polizeimaßregelungen dem Congreß unterbreitet. Die Vorschläge der Commission lauten:

Geschäftsordnung der Partei.

1. Die Parteigenossen eines jeden Ortes versammeln sich möglichst wöchentlich einmal auf Grund des bestehenden Versammlungsrechtes.
2. Zu diesem Zweck hat der Vertrauensmann oder ein anderes damit beauftragtes Mitglied die rechtzeitige polizeiliche Anmeldung der Versammlung zu übernehmen, die Versammlung zu eröffnen und ein Bureau &c. (bis zum Schluß des alten Textes).

3, 4 und 5 bleiben unverändert.

6 nach dem Antrage unter Nr. 12 der Congreß-Vorlage.

7. Pflicht des Vertrauensmannes ist es, die ihm behändigten Parteibeiträge &c. Ferner ist das Wort „Steuer“ in „Beiträge“ umzuändern.
8. Für jeden Ort werden, mindestens jährlich, zwei Revisoren nach Vorschlag der Mitglieder vom Ausschuß ernannt.
9. Die Aufnahme von Mitgliedern erfolgt durch den vom Ausschuß bestätigten Vertrauensmann. An einem Orte, wo kein Vertrauensmann existirt, erfolgt die Aufnahme direkt durch den Ausschuß.

10 bleibt unverändert.

11. Die Deckung von lokalen Ausgaben liegt den betreffenden Parteigenossen ob.
12. Sollten Zwistigkeiten zwischen Parteimitgliedern entstanden und durch den Ausschuß &c.

13 bleibt unverändert.

Ferner ist die Note am Fuße der Organisation, die Verhältnisse in Leipzig betreffend, zu streichen.

Kokosky beantragt, die Aenderungsanträge der Commission en bloc anzunehmen. Die Berathung der einzelnen Punkte ist zwecklos, da das Material, welches die Aenderung veranlaßte, privat gegeben wurde. Uebrigens kommt es auch gar nicht so sehr auf den Wortlaut für die Partei selbst an. Wenn uns nicht das Gefühl einheitlichen Strebens vereint, die Geschäftsordnung thut es gewiß nicht.

Es erfolgt Abstimmung. Die Geschäftsordnung wird nach den Anträgen der Commission en bloc genehmigt.

Sy erstattet Namens der Commission zur Prüfung der Schweizer Differenzen Bericht. Die Commission hat sich bemüht, eine Ausgleichung des Streites zu bewirken, und zu diesem Zwecke mit den anwesenden Schweizer Genossen Ohm und Moje verhandelt. Das Ergebniß dieser Bemühungen gipfelt in folgender Resolution:

„Der Congreß bedauert die Streitigkeiten zwischen der Vereinigung der deutschen Arbeitervereine und dem schweizerischen Arbeiterbund und hofft in vollkommenem Einverständniß mit den anwesenden Vertretern

beider Vereinigungen, daß von beiden Seiten geeignete Schritte gethan werden, um einem Zustand, durch welchen die Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erheblich geschädigt werden, baldigst ein Ende zu machen, und wenn auch nicht sofort ein Zusammengehen, so doch wenigstens ein brüderliches Nebeneinandergehen zu ermöglichen.

Den Antrag des deutschen Vereins Zürich (die aus der Vereinigung der deutschen Arbeitervereine der Schweiz ausgetretenen Vereine um die Gründe ihres Austritts zu befragen und event. zum Wiedereintritt aufzufordern) überweist der Congreß dem Parteiausschuß zur Erledigung."

Ohm und Liebknecht erläutern diese Resolution, indem sie Näheres über die Schweizer Verhältnisse berichten.

Geib ist gegen eine Einmischung des Ausschusses in diese Streitigkeiten, weil diese sonst leicht nach Deutschland übertragen werden möchten. Wir haben es mit zwei Corporationen zu thun und beiden Rechnung zu tragen. Vortheil bringt es uns nicht, wenn wir durch Einmischung des Ausschusses uns mit der einen erzürnen, um der andern zu nützen. Der gute Rath, welcher im ersten Theil der Resolution enthalten ist, wird sich eher bewähren, wenn wir den zweiten Theil der Resolution streichen, als umgekehrt.

Ohm hält die Befürchtungen Geib's für unberechtigt. Wir erzürnen durch die eventuelle Intervention des Ausschusses Niemanden in der Schweiz. Der Congreßbeschluß wird respektirt werden, ein gleiches die Zuschriften des Ausschusses, der sich in der Schweiz einer besonderen Achtung erfreut.

Liebknecht bestätigt dies und theilt die Anschauung Geib's nicht.

Mose hält sich überzeugt, daß der erste Theil der Resolution auch auf den Schweizer Arbeiterbund den besten Eindruck machen wird. Einer Befragung der ausgetretenen Vereine durch den Ausschuß kann er nicht das Wort reden, da dies leicht zu Conflikten führen könne.

Liebknecht zieht nun den zweiten Theil der Resolution für seine Person zurück und beantragt im Einverständniß mit Geib, denselben wie folgt zu fassen: „den Antrag des deutschen Vereins überweist der Congreß dem Parteiausschuß in diesem Sinne."

Ohm ist für die alte Fassung, welche eher zum Ziele führe und Niemanden verletzen könne.

York: Die Streitigkeiten spielen sich zwischen zwei Corporationen ab. Die ältere derselben sind die Arbeiterbildungsvereine, die neuere ist der Schweizer Arbeiterbund, welcher aus Gewerksgenossenschaften, Arbeitervereinen und direkten Mitgliedern der Internationalen Arbeiterassociation besteht. Die Streitigkeiten betreffen Personen in beiden Corporationen. Die ältere Corporation enthält wesentlich Parteigenossen von uns, welche von dem Congreß nicht mit Unrecht eine befriedigende Lösung erwarten. Unsere Aufgabe ist es, weiterem Schaden vorzubeugen, und hierzu reicht die Resolution, in deren Geiste der Ausschuß, wenn nöthig, handeln mag, aus.

Nachdem die Commission den zweiten Theil der Resolution nach Liebknecht's Vorschlag geändert hat, gelangt die Resolution zur Abstimmung. Die Annahme derselben geschieht einstimmig.

Mehlhorn erhält das Wort zum Bericht der Commission über die Angelegenheit Weckesser-Würzburg.

Die Commission hat gefunden, daß dieser persönliche Hader sich gütlich beilegen läßt. Wenn ein tüchtiger Agitator nach Würzburg versetzt wird, so steht zu erwarten, daß dem Conflikt jeder weitere Boden entzogen werden kann. Die Commission beantragt:

„Da in der Herbig-Weckesser'schen Angelegenheit keine prinzipiellen Anhaltspunkte sich ergeben, sondern dieselbe rein persönlicher Natur ist, geht der Congreß zur Tagesordnung über, erklärt aber, daß der angeblich provisorische Vertrauensmann abzutreten und die Parteigenossen zu Würzburg baldigst einen neuen Vertrauensmann dem Ausschuß vorzuschlagen haben."

Dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende geht zu C 10, Antrag 48, 49 und 50 (Congreßort) über

Eckstein spricht für Kassel, das ziemlich in der Mitte Deutschlands liege und wo unsere Parteigenossen vom Congreß Vortheil haben würden.

Albert: Man nehme nicht immer Thüringen und Umgebung, sondern trage auch andern Gegenden Rechnung. Durch einen Congreß ist den Kasselern nicht aufzuhelfen. Auf Sachsen vertheilt sich fast ein Drittel aller Parteiorte; solche Anzahl hat wohl das Recht, einmal in ihrer Mitte den Congreß zu haben und zwar in Chemnitz.

Bernstein erklärt sich gegen Kassel und Chemnitz. Kassel ist preußisch, das sagt genug. Chemnitz liegt zu sehr abseits. Weimar dürfte am ersten zu empfehlen sein.

Löwenstein beantragt, Fürth zum Congreßort zu erwählen.

Baumann ist gegen Bayern, Gründe: die jetzige Taktik der bayerischen Behörden.

Löwenstein will Fürth nur dann berücksichtigt haben, wenn Chemnitz abgelehnt werden sollte. Im Uebrigen theilt er die Befürchtungen Baumann's bezüglich Fürth's nicht.

Fischer beantragt Schluß der Debatte. Dieser wird angenommen.

Bei der Abstimmung erheben sich 25 Stimmen für und 19 Stimmen gegen Chemnitz. Somit ist Chemnitz als nächster Congreßort angenommen. — Nunmehr ist die Tagesordnung erledigt.

Geib erstattet den Schlußbericht der Mandatprüfungs-Commission. (Siehe Anhang des Protokolls.)

Die Verlesung der noch ungenehmigten Protokolle erfolgt. Nachdem einige Aenderungen angebracht worden sind, werden sämmtliche Protokolle genehmigt.

Scharschmidt spricht den Coburger Parteigenossen herzlichen Dank für freundliche Aufnahme aus.

Wolf dankt dem Congreß für die Wahl von Chemnitz zum Congreßort.

Stamm zollt den Coburger Genossen Dank und Anerkennung für deren eifriges Bemühen zum günstigen Verlauf des Congresses.

Rüger-Coburg betont, daß die Coburger Genossen nur ihre Schuldigkeit gethan haben. Jeder andere Congreßort müsse sich zu denselben Leistungen im Parteiinteresse verpflichtet fühlen.

Lehmann ermuntert zu fernerem Wirken, dem der Erfolg nicht fehlen könne. Wo sich Fehler zeigen, trete man ihnen entgegen. Ist es eines Mannes würdig, seine Fehler abzustreifen, um so mehr noch einer Partei.

Bernstein entbietet Grüße an die inhaftirten Parteigenossen Most und Bebel; diesem schließt sich der Congreß einmüthig an.

Es verlangt Niemand mehr das Wort.

Der Vorsitzende Vahlteich hält eine kurze Schlußrede. Er betont in derselben, wie der Congreß zur Zufriedenheit Aller in bester Weise verlaufen sei, ermahnt die Genossen, immer treu und fest zur Förderung der Sache beizutragen und in den uns sicher bevorstehenden Stürmen nicht zu erlahmen im Kampfe für Freiheit und Recht!

(Schluß des Congresses Abends 8¼ Uhr.)

Verzeichniß der Delegirten, Orte und Zahl der Mitglieder.

Nr.	Name	Wohnort des Delegirten	Ort der Vertretung	Mandate	Zahl der Mitgl.
1	Hillmann, Hugo	Elberfeld	Elberfeld		25
			Crefeld		12
			Barmen	3	35
2	A. Lohmeyer	Hannover	Hannover	1	70
3	August Geib	Hamburg	Schneeberg-Neustädtl		24
			Thalheim		40
			Hohenstein		40
			Aachen		15
			Frankfurt a. d. O.		3
			Freiberg i. Sachsen		28
			Mülsen St. Micheln		24
			Oederan		30
			Hainichen		20
			Greffrath		23
			Lößnitz		40
			Pfersee	12	30
4	G. Löwenstein	Fürth	Fürth	1	97
5	Aug. Biedermann	Dresden	Dresden		120
			Kamenz	2	20
6	Rich. Wolf	Chemnitz	Chemnitz		200
			Gablenz		20
			Altendorf		30
			Großenhain	4	41
7	J. Auer	Berlin	Stollberg i. S.		30
			Pirna		20
			Berlin	3	157
8	Th. Burckhardt	Stuttgart	Canstadt		46
			Eßlingen		60
			Schw. Gmünd		46
			Göppingen		30
			Ulm		15
			Stuttgart		45
			Reutlingen		30
			Lörrach		50
			Biberach		17
			Straßburg		110
			Markirch	11	6

Nr.	Name	Wohnort des Delegirten	Ort der Vertretung	Mandate	Zahl der Mitgl.
9	M. Preißer	Lindenau	Klein- u. Gr.-Zschocher, Thonberg u. Umg.	1	344
10	Ernst Gries	Darmstadt	Darmstadt	1	70
11	Aug. Mamme	Bamberg	Bamberg	1	25
12	Leonh. Tauscher	Augsburg	Augsburg		250
			Lechhausen	2	45
13	Jul. Motteler	Crimmitschau	Neuölsnitz		43
			Niederwürschnitz	2	
			Schedewitz		73
			Wechselburg		8
			Geithain		30
			Lunzenau		20
			N.-Planitz		24
			Mülsen St. Niclas		20
			Rochlitz		18
			Oberwürschnitz	8	24
14	Wilh. Ehrhardt	Luckenwalde	Luckenwalde		90
			Jüterbogk	2	6
15	S. Kokosky	Braunschweig	Wolfenbüttel		35
			Wieda	2	17
16	Carl Ulrich	Braunschweig	Braunschw. Arb.-Vers.	1	300
17	Heinr. Greiner	Sonneberg	Sonneberg	1	30
18	Jul. Scheil	Königsberg	Königsberg		100
			Bielefeld		18
			Soest	3	15
19	Herm. Albert	Glauchau	Glauchau		120
			Lichtenstein-Callnberg		40
			Ernstthal		40
			Meeraue		140
			Waldenburg		20
			Plauen	6	20
20	Herm. Schaarschmidt	Mylau	Mylau		40
			Netzschkau		30
			Reichenbach	3	40
21	J. G. Hüttig	Gößnitz	Gößnitz		40
			Altenburg		20
			Schmölln	3	30
22	W. Bock	Gotha	Gotha		50
			Weimar	2	20
23	J. G. Güth	Meiningen	Meiningen	1	60
24	Wilh. Klees	Magdeburg	Magdeburg		133
			Schönebeck		20
			Neundorf		24
			Buckau	4	33
25	Emil Roland	Marburg	Marburg	1	36
26	Wilh. Bock	Gotha	Mühlhausen		55
			Eisenach		40
			Erfurt		36
			Allstedt	4	75
27	Franz Fischer	Gartenfeld	Gartenfeld	1	60
28	Louis Eckstein	Waldheim	Deuben	1	75
29	Jul. Schade	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.		80
			Kaiserslautern		20
			Heddernheim		20
			Mannheim		80
			Heidelberg	5	15
30	G. Schumacher	Cöln	Cöln		130
			Duisburg		15
			Ronsdorf		36
			Süchteln	4	18
31	C. Grillenberger	Nürnberg	Nürnberg (Arb.-Vers.)	1	300
32	Jul. Baumann	Nürnberg	do.	1	300

Nr.	Name	Wohnort des Delegirten	Ort der Vertretung	Mandate	Zahl der Mitgl.
33	Carl Wendel	Bayreuth	Bayreuth	1	29
34	G. Röthlingshöfer	Erlangen	Gießen	1	30
35	M. Weckesser	Würzburg	Heidingsfeld	1	31
36	Ph. Müller	Mainz	Mainz	1	90
37	Aug. Schwanebeck	Nürnberg	Lichtenhof		20
			Schoppershof		24
			Schweinau		30
			Glaishammer	4	24
38	C. F. Rick	München	München, Hälfte		120
			Landshut		41
			Regensburg	3	32
39	Bruno Geiser	München	München, Hälfte		120
			Schwabing		13
			Breslau	3	53
40	Jul. Vahlteich	Chemnitz	Limbach		45
			Niederrabenstein		42
			Grüna		19
			Gelenau		20
			Leukersdorf		22
			Markersdorf		20
			Frankenberg	7	24
41	L. Mehlhorn	Crimmitschau	Crimmitschau	1	168
42	C. Hofmann	Zwickau	Zwickau		136
			Wilkau		20
			Niederhaßlau	3	60
43	Georg Rheingruber	Coburg	Coburg	1	100
44	Ed. Bernstein	Berlin	Forst i. d. L.	1	64
45	Dr. Stamm	Berlin	Berlin, Hälfte	1	157
46	W. Fischer	Staßfurt	Staßfurt		142
			Löderburg		16
			Eickendorf	3	20
47	Th. Yorck	Hamburg	Hamburg		96
			Bremen		25
			Bremerhafen		30
			Harburg		16
			Wandsbeck		30
			Verden		12
			Stade		32
			Altona	8	14
48	D. Lehmann	Pforzheim	Pforzheim	1	60
59	A. Ohm	Zürich	Die Gruppe der deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz	1	1000
50	Schultze	Rudolstadt	Münchenbernsdorf	1	45
51	St. Herbig	Würzburg	Würzburg	1	30
52	Fr. Kaufmann	Wiesbaden	Wiesbaden	1	80
			Summa	142	8767

Als Vertreter des **Ausschusses** ist Geib, als Vertreter der **Controlcommission** Schade, als Vertreter der **Redaction des „Volksstaat"** Liebknecht und als Vertreter der **Expedition des „Volksstaat"** C. Hadlich anwesend.

Unvertreten sind 87 Orte, darunter wegen restanter Beiträge 38 **Orte.**

Berichtigung. Auf Seite 20 des Protokolls hat sich in der Rubrik „Unterstützungs-Fond" ein Fehler eingeschlichen. Für Inhaftirte ꝛc. wurden nicht Thlr. 1373. 28. 11., sondern Thlr. **1383.** 28. 11. verausgabt, sodaß der Abschluß Thlr. **1551. 25. 5.** aufweisen muß.

Protokoll

des

Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands

abgehalten

zu

Gotha,

vom 22. bis 27. Mai 1875.

Leipzig 1875.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.

Vorlage.

Congreß-Lokal: Kaltwasserscher Saal.

A. Vorversammlung: Sonnabend, den 22. Mai, Abends 8 Uhr,
behufs: 1) Abgabe der Mandate,
2) Wahl der Mandatprüfungs-Commission.

B. Geschlossene Sitzungen: Sonntags, von Vormittags 11 Uhr und Nachmittags 3 Uhr ab:

1) Die Vereinigung der Sozialdemokraten Deutschlands (Generaldiskussion.)
2) Das Programm der neuzubegründenden deutschen Arbeiterpartei.
3) Die Organisation dieser Partei.
4) Die Presse dieser Partei.
5) Die Partei-Agitation.
6) Die Wahl der Partei-Behörden und des Vororts.

Programm der deutschen Arbeiterpartei.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur; und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte allen Gesellschaftsgliedern.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staates, sich bewußt, daß das nothwendige Ergebniß ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft, die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ehernen Lohngesetz, und der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller socialen und politischen Ungleichheit.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der socialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Kontrole des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die socialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als freiheitliche Grundlage des Staates:

1. Allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Männer vom 21. Lebensjahre an für alle Wahlen in Staat und Gemeinde.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staates:

1. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht.
2. Freiheit der Wissenschaft. Gewissensfreiheit.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirthschaftliche Grundlage des Staates:

Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, statt aller bestehenden, insbesondere der indirekten Steuern.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt zum Schutze der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Koalitionsfreiheit.
2. Normalarbeitstag und Verbot der Sonntagsarbeit.
3. Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
4. Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Haus-Industrie.
5. Regelung der Gefängnißarbeit.
6. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

Organisation der deutschen Arbeiterpartei.

§ 1. Der Partei kann Jeder angehören, der sich zum Parteiprogramm bekennt und für die Förderung der Arbeiterinteressen thatkräftig, auch durch Geldopfer, eintritt. Wer längere Zeit säumig ist, wird nicht mehr als Parteigenosse betrachtet.

§ 2. Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können vom Vorstand ausgeschlossen werden. Berufung an den Ausschuß, resp. an den Parteicongreß ist zulässig.

§ 3. Alljährlich findet ein Parteicongreß statt, auf welchem die Verhältnisse der Partei berathen werden. Der Sitz des Vorstandes und der Sitz der Controlcommission werden dort für 1 Jahr bestimmt; ferner Vorstand, Controlcommission und Ausschuß für die Dauer eines Jahres gewählt.

§ 4. Der Vorstand kann einen außerordentlichen Parteicongreß einberufen. Der Vorstand muß einen solchen innerhalb 6 Wochen einberufen, wenn die Mehrzahl der Controlcommission und des Ausschusses, oder ein Sechstel sämmtlicher Parteigenossen die Einberufung beantragen. Der Vorstand bestimmt den Ort des Parteicongresses. Der Vorstand ist verpflichtet, mindestens 8 Wochen vorher Zeit und Ort des Parteicongresses den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen.

§ 5. Zu jedem Parteicongreß ist die vorläufige Tagesordnung mindestens 5 Wochen vorher durch den Vorstand den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen. Die spätestens 20 Tage vor dem Congreß von Seiten der Parteigenossen einlaufenden Anträge sind 14 Tage vor dem Congreß als definitive Tagesordnung zu veröffentlichen. Selbstständige Anträge, welche innerhalb der letzten 20 Tage vor dem Congreß, oder erst auf dem Congreß gestellt werden, kommen nur dann zur Verhandlung, wenn sich mindestens ein Drittel der Delegirten dafür erklärt.

§ 6. Auf dem Parteicongresse darf ein Delegirter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht nach der Anzahl der vertretenen Parteigenossen nach einfacher Majorität. Der Vorstand ist berechtigt, 3 seiner Mitglieder, die Controlcommission und die Redaktionen und Expeditionen der beiden offiziellen Parteiorgane je 1 ihrer Mitglieder zum Congreß zu delegiren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des gesammten Vorstandes auf dem Congreß zulässig. Besoldete Beamte der Partei dürfen kein Mandat von Parteigenossen annehmen.

§ 7. Spätestens 4 Wochen nach Schluß des Parteicongresses muß das Congreßprotokoll den Parteimitgliedern zugänglich gemacht werden.

§ 8. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Vorstand von 5 Personen: einem 1. und 2. Vorsitzenden, einem 1. und 2. Se=

kretär und 1 Kassirer übertragen. Der Kassirer hat eine von der Controlcommission gutzuheißende Caution oder Bürgschaft zu stellen. Das Gehalt der Vorstandsmitglieder wird durch den Congreß festgesetzt. Sämmtliche Vorstandsmitglieder müssen an einem und demselben Ort ihren Wohnsitz haben. Sie werden vom Parteicongreß für die Dauer bis zum nächsten, gleichviel ob ordentlichen oder außerordentlichen Parteicongreß, und zwar in besondern Wahlgängen mit absoluter Majorität gewählt. Sollte bei der ersten Wahlhandlung eines Wahlganges die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden, so hat zwischen den beiden meistbestimmten Personen eine engere Wahl stattzufinden. Weder ein Mitglied der Redaktion, noch der Expedition der Parteiorgane darf dem Vorstande angehören. Treten im Laufe des Jahres Vakanzen ein, so besetzt die Controlcommission für die betreffende Zeit die erledigte Stelle. Vierteljährlich hat der Vorstand eine Abrechnung, monatlich ein Verwaltungscirkular an die Controlcommission und an den Ausschuß zu schicken.

§ 9. Der Vorstand muß sich binnen 14 Tagen nach dem Parteicongreß constituiren; bis dahin verbleibt dem bisherigen Vorstand, falls der Congreß nicht anders verfügt, die Geschäftsführung.

§ 10. Zur Controlirung des Vorstandes besteht eine Controlcommission von 7 an einem und demselben Ort wohnenden Personen. An die Controlcommission können auch alle vom Vorstande nicht berücksichtigten Beschwerden zur Erledigung gerichtet werden. Die Wahl der Controlcommission erfolgt auf gleiche Weise wie die des Vorstandes.

§ 11. Der Ausschuß, welcher im Fall von Differenzen zwischen Vorstand und Controlcommission in Thätigkeit treten muß, besteht aus 18 Personen, welche an verschiedenen Orten wohnen können. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Congreß in besonderen Wahlgängen, in gleicher Weise wie der Vorstand, und zwar für die Dauer bis zum nächsten Congreß gewählt. Der Ausschuß wird durch seinen Vorsitzenden einberufen, und zwar auf Antrag des Vorstandes oder der Controlcommission oder 9 seiner Mitglieder. Die Einberufung muß binnen 14 Tagen erfolgen. Zu allen Sitzungen des Ausschusses und der Controlcommission haben die Mitglieder des Vorstandes Zutritt und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. Stimmberechtigt sind sie nicht.

§ 12. Der Ausschuß und die Controlcommission sind berechtigt, falls der Vorstand seine Pflichten verletzt, oder sich weigert, bei nachgewiesenen Fahrlässigkeiten Abhülfe zu schaffen, denselben mit absoluter Majorität abzusetzen; ebenso können unter den nämlichen Verhältnissen einzelne Vorstandsmitglieder vom Amte entfernt werden. Ist das Letztere der Fall, so besetzen die Control-

commission und der Ausschuß vereinigt bis zum nächsten Congreß die betreffenden Posten. Sind mehr als 2 Mitglieder des Vorstandes vom Amte entfernt, so muß innerhalb 6 Wochen ein Parteicongreß zur Neuwahl berufen werden. Bis dahin verwaltet die Controlcommission und der Ausschuß die Partei durch eine zu ernennende Commission.

§ 13. Auf Antrag des Vorstandes kann der Ausschuß einzelne oder sämmtliche Mitglieder der Controlcommission ihrer Thätigkeit entheben; der Ausschuß hat dann bis zum nächsten Parteicongreß die Posten neu zu besetzen.

§ 14. Offizielle Organe der Partei sind vorläufig der „Neue Socialdemokrat" zu Berlin und der „Volksstaat" zu Leipzig. Beide Organe sind Eigenthum der Partei; in Bezug hierauf werden die Formalien durch den Vorstand nach den Beschlüssen des Congresses erledigt.

§ 15. Die Redacteure, die ständigen Mitarbeiter und die Expedienten der in § 14 genannten Organe werden, soweit dieses nicht der Congreß dem Vorstande überweist, auf dem Congreß gewählt, und ihre Gehälter dort bestimmt; Hülfsredakteure und Hülfsexpedienten 2c. und deren Gehalt werden auf Antrag der Redactionen und Expeditionen vom Vorstande bestimmt. Der Congreß entscheidet über den Preis und die Größe der Blätter. Die Expedienten, welche die Kasse der Blätter führen, haben Caution oder Bürgschaft zu stellen.

§ 16. Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung der in § 14 genannten Parteiorgane hat der Vorstand je 2 Revisoren zu ernennen, falls er die Revision nicht selbst vornehmen kann. Diese Revisoren haben nach Anweisung des Vorstandes mindestens 1 Mal monatlich das Kassenwesen der genannten Blätter zu revidiren, jederzeit auf Verlangen dem Vorstand, beziehentlich dem Ausschuß, sowie einem jeden Parteicongreß Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.

§ 17. Der Vorstand ist berechtigt, bei Pflichtverletzung die Redakteure und Expedienten ihres Amtes zu entheben. Denselben steht die Berufung an die Controlcommission zu, welche die Berufung entweder abweisen oder sich an den Ausschuß behufs gemeinsamer Entscheidung wenden kann. Controlcommission und Ausschuß können mit Stimmenmehrheit den Beschluß des Vorstandes annulliren. Berufung an den Congreß ist zuläßsig.

§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Controlkommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden ins Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können

die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten, und sind gleich den beiden in § 14 genannten Organen in taktischen Parteifragen dem Vorstand unterstellt.

§ 19. Der Vorstand ist verpflichtet, die vierteljährliche Abrechnung der Parteikasse, sowie der Kassen der Organe, welche Eigenthum der Partei sind, nachdem sämmtliche Theile von den zuständigen Parteibehörden geprüft worden sind, jedesmal in der ersten Hälfte des neuen Quartals den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen.

Anträge zum Programm.

1. Sylvanus in Hamburg beantragt:
   1) Bei den freiheitlichen Grundlagen in Nr. 3 zu streichen, weil Abschwächung von Nr. 2: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung."
   2) Ebendaselbst Nr. 5 zu streichen: „Rechtsprechung durch das Volk" — wofür zu setzen: „Neugestaltung des Gerichtswesens in einer Weise, die Begünstigung von Klasseninteressen möglichst erschwert."
   3) Bei den geistigen und sittlichen Grundlagen in Nr. 1 zu streichen: Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat."
   4) Absatz 1 des Programms ganz zu streichen oder zu ersetzen durch Folgendes: „Die Arbeiterpartei erstrebt die Befreiung der Arbeit, das heißt einen Gesellschaftszustand, in dem die Arbeit des Einzelnen nur abhängig ist von dem Resultate der Gesammtarbeit Aller."
   5) In Absatz 3 zu setzen: „eines großen Theiles der Gesammtarbeit" statt „der Gesammtarbeit mit gerechter Vertheilung des Arbeitsertrags."
   6) In Absatz 4 einzuschieben: „als solche" hinter „alle anderen Klassen."
   7) Im Absatz 5 zu streichen „nationalen" und „die internationale Völkerverbrüderung sein wird", und an die Stelle des zweiten Strichs zu setzen: „die Verwirklichung eines ganz neuen Staatsbegriffs sein wird, der nur durch die internationale Verbrüderung der Völker zu vollkommener Geltung gelangen kann."
   8) In II des Programms zu streichen: „mit dem ehernen Lohngesetz."
2. Wintersberg in Gotha beantragt:
   1) Die Bezeichnung der vereinigten beiden Fraktionen der

deutschen Social=Demokratie soll kurzweg sein — die Rechts=partei.

2) In Theil I Absatz 1, der mit den Worten beginnt: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums“ — sollen diese Worte ersetzt werden durch die Worte: „Die Arbeit ist die Quelle alles Rechtes.“

3) In Theil II Absatz 2 die Forderung der Staatshilfe zu streichen.

4) Bei den Schutzmaßregeln für die Arbeiter in der heutigen Gesellschaft in Nr. 3 zu streichen: „Beschränkung der Frauen=arbeit“ und dafür zu setzen: „Verbot der industriellen Frauenarbeit.“

5) In Theil II Absatz 2, die Forderung der „Produktivgenossenschaften für den Ackerbau“ zu streichen.

3. Gießener Parteigenossen beantragen:

1) Bei den freiheitlichen Grundlagen in Nr. 1 anstatt „vom 21. Jahre an“ „vom 20. Jahre an“ zu setzen.

2) Ebendaselbst in Nr. 3 anstatt „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung“ zu setzen: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.“

3) Bei den geistigen und sittlichen Grundlagen in Nr. 2 „Preß= und Redefreiheit“ hinter „Gewissensfreiheit“ zu setzen.

4. Die Parteigenossen in Reichenbach, Wiesbaden und Niederrabenstein beantragen:

Bei den freiheitlichen Grundlagen in Nr. 3: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ zu setzen.

5. Die Wiesbadener Parteigenossen beantragen: Den Namen der Partei in „Socialdemokratische Partei Deutschlands“ abzuändern.

6. Parteigenosse H. Vogel in Berlin, Prinzenstraße 60, schlägt folgende Fassung des Parteiprogramms vor und betont besonders die gesperrt gedruckten, auch von anderen Berliner Parteigenossen unterstützten Punkte:

„Programm der (socialistischen) Arbeiterpartei Deutschlands.
Die Arbeit ist die Quelle alles Reichsthums und aller Cultur; genügenden Nutzen bringt nur gesellschaftliche Arbeit bei allseitiger Betheiligung an derselben, deshalb sind alle Menschen verpflichtet, sich an derselben nach ihren Fähigkeiten zu betheiligen und haben dann an ihre Ergebnisse alle volles gleiches Anrecht.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache der Ausbeutung, des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse aus diesem durch Gewalt und Betrng erhaltenen Abhängigkeits= und Lohnverhältnisse ist

durch Gerechtigkeit und positive Wissenschaft geboten; sie muß zugleich eine politische, sociale und moralische sein, und erfordert die Einführung demokratischer Grundsätze in allen Beziehungen des öffentlichen und des Privatlebens und die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut der Gesellschaft, sowie die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, der gegenüber alle andern Klassen nur eine reactionäre Masse sind; sie erfordert deshalb auch die gemeinsame und einheitliche Organisation der gesammten Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen Staates, sich bewußt, daß das nothwendige Ergebniß ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird. Zur Anbahnung der Befreiung der Arbeiterklasse **erstrebt** dieselbe in Deutschland schon innerhalb der heutigen Gesellschaft folgende Einrichtungen und Aenderungen:

Ernennung aller Beamten in Staat und Gemeinde auf bestimmte Jahresfristen durch Wahlen vermittelst des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechts aller Männer und selbstständigen Frauen vom 21. Lebensjahre an in je einem Wahlkreise für den betreffenden Wirkungskreis mit Besoldung aller Beamten.

Das Recht des Volkes, Gesetze vorzuschlagen und darüber abzustimmen.

Allgemeine Wehrhaftigkeit und Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.]

Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

Rechtsprechung durch Volksgerichte mit öffentlichem und mündlichem Gerichtsverfahren und unentgeltlicher Rechtspflege; Abschaffung der religiösen Eidesformeln und der Todesstrafe. Haftbarkeit der Beamten für die Gesetzlichkeit der durch sie gegen Staatsbürger vollzogenen Maßregeln (Verhaftungen 2c.), und staatliche Entschädigung für durch erwiesene Rechtsirrthümer erlittene Schädigungen. Humane Reform des Gefängnißwesens. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- nnd Versammlungsgesetze.

Abschaffung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, des Geschlechtes und der Confession.

Trennung der Kirche vom Staat und von der Schule. Entfernung aller religiösen Formeln aus dem öffent-

lichen Leben und des Religionsunterrichtes aus der Schule. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht und unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Freiheit der Wissenschaft und der Gewissen.

Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer an Stelle aller bestehenden, namentlich der indirekten Steuern.

Achtstündiger Normalarbeitstag. Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit. Beschränkung der Frauen- und Nachtarbeit. Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie zum Schutz des Lebens und der Gesundheit.

Aufhebung der gewerblichen Hülfskassen mit gleichzeitigen Beiträgen der Arbeiter und Arbeitgeber.

Volle Coalitionsfreiheit.

Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Leipziger Parteigenossen beantragen:

I, 1 wie folgt zu fassen: Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Cultur; und da gesellschaftlich nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört das gesammte Arbeitsprodukt der Gesellschaft, d. h. allen Gesellschaftsgliedern, bei allgemeiner Arbeitspflicht, jedem nach seinen Bedürfnissen.

I, 2 vor „Capitalistenklasse“: Grundeigenthümer- und

I, 3 statt „Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut“: Verwandlung ... in ...; und vor „gerechter Vertheilung“: gemeinnütziger Verwendung und

I, 4 in folgender Fassung: Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiter sein; sie erfordert deshalb die geschlossene, einheitliche Organisation der Arbeiterklasse.

I, 5 zu streichen.

II statt „deutsche Arbeiterpartei“: Arbeiterpartei Deutschlands; statt „Lohnsystems“: Systems der Lohnarbeit; die Worte „mit dem ehernen Lohngesetz“ zu streichen.

Einen neuen Absatz anzufügen, lautend:

Die Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen.

III statt „Produktivgenossenschaften“: sozialistischen Arbeitsgenossenschaften.

Unter den „freiheitlichen Grundlagen“:

1) statt „Männer vom 21. Lebensjahre an“: Staatsangehörige vom 20. Lebensjahre an.

2) mit „Vorschlags- und Verwerfungsrecht“ zu streichen.

3) statt „die Volksvertretung“: das Volk.

4) anzufügen: überhaupt alle Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

Nach „wirthschaftliche Grundlage des Staates" zu setzen: vor dessen sozialistischer Organisation.

Unter den „geistigen und sittlichen Grundlagen":

1) nach „allgemeine Schulpflicht": religionslose Schulen; nach „Unterricht": in allen Bildungsanstalten; Erklärung der Religion zur Privatsache.

2) zu streichen.

Im letzten Absatz

2) wie folgt zu fassen: achtstündiger Normalarbeitstag; Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit.

3) anzufügen: zum Schutz des Lebens und der Gesundheit.

Anträge zur Organisation.

1. Sylvanus in Hamburg beantragt:
In § 1 der Organisation zu setzen statt „zum Parteiprogramm": „zu den Grundsätzen des Parteiprogramms."

2. Parteigenossen in Niederrabenstein beantragen:
Den § 1 der Organisation dahin abzuändern, daß eine bestimmte Zeit und eine bestimmte Summe der Beiträge, sowie eine bestimmte Zeit betreffs Ausschlusses der säumigen Mitglieder festgestellt werden.

3. Parteigenossen in Gießen beantragen:
1) Dem § 1 der Organisation folgende Fassung zu geben: „Der Partei kann jeder unbescholtene Mann, der 10 Pf. monatliche Steuer zahlt, angehören; wer länger als ¼ Jahr im Rückstande bleibt, wird nicht mehr als Parteimitglied betrachtet.
2) Den § 6 in folgender Fassung anzunehmen: „Auf dem Parteicongresse darf ein Delegirter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht nach der Anzahl der vertretenen Parteigenossen nach einfacher Majorität. Der Vorstand ist berechtigt, 3 seiner Mitglieder, der Ausschuß, die Controllcommission und die Redactionen und Expeditionen der beiden offiziellen Parteiorgane je 1 ihrer Mitglieder zum Congreß zu delegiren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des gesammten Vorstandes auf dem Congreß zulässig. Beamte der Partei dürfen kein Mandat von Parteigenossen annehmen.
3) Den § 7 in folgender Fassung anzunehmen: Spätestens 4 Wochen nach Schluß des Parteicongresses muß das Congreß-Protokoll den Parteimitgliedern zum Selbstkostenpreis zugänglich gemacht werden.

4. Die Parteigenossen in Bremerhafen beantragen, dortselbst einen ständigen Agitator anzustellen.
5. Die Parteigenossen in Schedewitz beantragen, auf dem Congreß die Bergarbeiterfrage zu berathen und Organisations-Vorschläge zu machen.
6. Die Parteigenossen zu Neustadt a. d. H. beantragen, in der Vorderpfalz eine regere Agitation zu entwickeln und nach Neustadt einen ständigen Agitator zu setzen.
7. Die Sangerhausener Parteigenossen beantragen, im Thüringischen und im Harz eine rege Agitation zu entfalten und Partei-Flugschriften nach Art der Traktätchen in Masse zu vertreiben.

Eröffnungs-Sitzung: Sonnabend, den 22. Mai, Abends 9 Uhr.

Anwesend etwa 120 Delegirte, außerdem viele Gothaer Parteigenossen.

Der Vorsitzende des Empfangs-Comités, W. Bock, eröffnet die Sitzung und heißt die Delegirten in herzlicher Ansprache zum Vereinigungswerke willkommen.

Auf Antrag aus der Versammlung wird nach lebhafter Debatte bestimmt, daß bis zur definitiven Wahl des Bureaus Bock die Verhandlungen leiten solle. Die Bureau-Wahl solle stattfinden, wenn die Mandate geprüft und für gültig erklärt worden seien.

Zu letzterm Zweck wird eine Commission von zwölf Personen gewählt, und zwar von jeder Richtung die Hälfte. Die Wahl fiel auf Derossi, Fritzsche, Hasselmann, A. Kapell, Rackow und Vater von der einen, sowie Auer, Bronnemeier, Burkhardt, Geib, Grillenberger und Vahlteich von der andern Seite.

Sodann wird noch eine Commission zur Ausarbeitung einer Geschäfts-Ordnungs-Vorlage gewählt, und zwar Hasenclever, Reimer, Bebel, O. Kapell, Liebknecht.

Auf Antrag Geib's erfolgt schließlich nach Art des Reichstags-Hammelsprungs die Abgabe der Mandate an Fritzsche, Geib, Hasselmann und Vahlteich, während von Auer und Rackow die Abrechnungen ꝛc. vertheilt werden.

Die Sitzung wird um 11 Uhr geschlossen.

Zweite Sitzung: Sonntag, den 23. Mai, Vorm. 10½ Uhr.

Dieselbe wird von Bock eröffnet. Die Geschäftsordnungs-Commission legt durch O. Kapell ihre Vorlage vor, und werden nach kurzen Debatten über die einzelnen Punkte folgende Bestimmungen festgesetzt:

1) Die Delegirten, welche sprechen wollen, müssen sich beim Bureau schriftlich zum Wort melden; 2) ebenso müssen alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, schriftlich eingereicht werden; 3) Delegirte, welche zu Anträgen sprechen wollen, müssen bemerken, ob für oder wider; 4) Anträge müssen von mindestens 15 Delegirten unterstützt werden, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen. Ist diese Unterstützung vorhanden, so erhält zunächst der Antragsteller das Wort. 5) Kein Delegirter darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort erhalten; 6) bei Schlußanträgen ist einem Delegirten für und einem wider den Schluß das Wort zu geben, sodann abzustimmen. 7) Für die General-Debatte wird die Redezeit auf 10 Minuten, für 8) die Special-Discussion auf 5 Minuten festgesetzt; 9) die Referenten haben unbeschränkte Redezeit. 10) Persönliche Bemerkungen und faktische Berichtigungen sind erst nach Schluß der Debatte zu machen. 11) Alle Redner haben von der Tribüne aus zu sprechen. 12) Das Bureau besteht aus zwei Vorsitzenden, sowie einem Führer der Rednerliste und 8 Schriftführern aus beiden Fraktionen, welche letztern zu je zwei abwechselnd die Protokolle anzufertigen haben.

Auf Antrag von Groß wird, weil die Mandatsprüfungs-Commission mit ihrer Arbeit noch nicht fertig ist, die Versammlung um 12 Uhr vertagt.

Die Sitzung wird halb 4 Uhr durch W. Bock wieder eröffnet, und werden von demselben Telegramme verlesen aus Graz, Glauchau, Bockenheim, Carlsruhe, Bornheim, Harburg, Guben und Berlin.

A. Kapell beantragt hierauf im Auftrage der Mandatsprüfungs-Commission, daß der Kürze halber zur Benennung der beiden Fraktionen die Ausdrücke Eisenacher und Lassalleaner gebraucht werden möchten. Dem stimmt die Versammlung bei.

Es wird sodann das Resultat der Mandats-Prüfung der Eisenacher Fraktion zur Vorlage gebracht, und jeder Delegirten-Name nebst den von ihm vertretenen Orten und der Stimmenzahl einzeln verlesen. Es sind vertreten 144 Orte durch 56 Delegirte mit 150 Mandaten und 9121 Parteigenossen. (Später erfolgen noch einige Nachträge). Dieser Bericht wird vom Congreß gutgeheißen. Da die Mandats-Prüfung Seitens der Lassalle'schen Fraktion noch nicht vollendet ist, so wird zunächst auf Antrag Fritzsche's ein Mandat für Liebisch von der „Lassalle-Schule" in Leipzig, welches von der Commission beanstandet war, vorgenommen.

Fritzsche legt als Referent der Commission die Gründe der Beanstandung vor, welche hauptsächlich darauf beruhten, daß in den Bedingungen zur Theilnahme an dem Congresse enthalten sei, daß die betreffenden Sozialdemokraten im Laufe des letzten Vierteljahres irgend

welche Parteibeiträge an eine der beiden einberufenden Fractionen gezahlt haben müssen. Dies sei Seitens der Mitglieder der „Lassalle-Schule“ nicht geschehen, und konnte daher die Commission das Mandat derselben nicht anerkennen.

Wiemer ist für Zulassung, da es sich um eine Vereinigung sämmtlicher Sozialisten Deutschlands handle.

Auf Zwischenantrag wird beschlossen, bis zur Wahl des definitiven Bureaus zwei provisorische Schriftführer zu wählen, und werden dazu Mielke und Derossi bestimmt.

Fritzsche kommt noch einmal auf die Gründe der Commission zurück. Wer keine Beiträge geleistet habe, könne sich nicht vertreten lassen. Ließe man die Lassalle-Schule trotzdem zu, dann falle auch der Grund zur Nichtzulassung mancher alten, im Zahlen säumigen, speziellen Parteigenossen.

Kokosky ist prinzipiell nicht gegen die Anerkennung des Leipziger Mandats; da aber einmal festgesetzt, daß Beiträge gezahlt worden sein müßten, so könne man dasselbe aus diesem Grunde nicht anerkennen. Braunschweig könnte sonst z. B. mehrere Tausend Parteigenossen hier zur Vertretung gebracht haben.

Ullrich weist darauf hin, daß in Offenbach ebenfalls eine derartige „Fraktion“ bestände, wie in Hamburg und Leipzig, die sich auch Sozialdemokraten nennen, aber nichts für das sozialdemokratische Prinzip thun, sondern durch ihr Gebahren gegen dasselbe wirke. Redner ist indessen dafür, daß Liebisch persönlich zugelassen werde.

Frick stellt die Frage, ob die Mitglieder der „Lassalle-Schule“ bei der letzten Wahl in Leipzig mitgewirkt haben.

Dies wird von Delegirten aus Leipzig bejaht.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt, dagegen ein Antrag von Bebel angenommen, wonach noch zwei Rednern für und zweien gegen die Zulassung das Wort zu geben ist.

A. Kapell führt an, daß die Minorität der Commission zwar nicht für Anerkennung des Mandats, wohl aber dafür war, daß man Liebisch persönlich zulasse. Die Leute haben schon durch die Aufbringung der Mittel zur Delegation Liebisch's bewiesen, daß sie den guten Willen haben, an der Vereinigung theilzunehmen. Wir müssen also etwas Rücksicht nehmen.

Hartmann ist nicht dagegen, daß Liebisch als einzelne Person anwesend sei; aber wohl dagegen, daß das Mandat anerkannt werde. Derjenige, welcher das Wesen der Bräuer'schen Fraktion nicht kenne, vermöge kaum zu beurtheilen, in welcher Weise dieselbe noch bis jetzt vorgegangen ist. Man braucht nur einen Blick in das Organ derselben zu werfen. Wir hatten sie aufgefordert, wieder in den Verein einzutreten — vergebens. Nehme man daher keine Rücksichten, es steht ihnen ja auch noch nach der Vereinigung der Eintritt in die neue Partei offen.

Bebel. Es handelt sich nicht um die Bräuer'sche Fraktion in Hamburg, sondern um die Mitglieder der „Lassalle-Schule“ in Leipzig. Liebisch habe das Mandat der Hamburger abgelehnt. Derselbe sei hergekommen, um sich an der Vereinigung zu betheiligen, wie es von seiner Seite und der seiner Mandatgeber schon seit länger in den Versamm-

lungen in Leipzig geschehen ist. Wir haben sie in Leipzig mit Freuden aufgenommen, und hat Liebisch schon so viel Vertrauen genossen, daß er öfters zum Vorsitzenden in Volksversammlungen gewählt wurde. Was Bräuer geschrieben und gesagt, geht Liebisch nichts an. Wir können übrigens nur Delegirte zulassen, keine einzelne Personen; es steht uns aber frei, zuzulassen, wen wir wollen, und wenn wir eine Ausnahme betreffs der Bedingungen zur Betheiligung am Congresse machen wollen, so steht dem nichts im Wege. Weisen wir das Mandat zurück, so stoßen wir eine Anzahl Parteigenossen vor den Kopf, und die gegnerische Presse wird dies sicherlich in der boshaftesten Weise ausnutzen.

Wenn man beschließen wolle, die Leute einzeln aufzunehmen, so sehe Redner nicht ein, weshalb wir sie nicht heute insgesammt anerkennen wollen.

Auer: Um die Personen handelt es sich nicht, auch nicht um das Vorgehen des Hamburger Bräuer'schen Blattes. Die Gruppen, welche die Vereinigung eingingen, waren von vornherein bestimmt fixirt; von beiden Seiten mußten im letzten Vierteljahr Beiträge gezahlt worden sein. Wollen wir die Mitglieder der „Lassalle-Schule“ deshalb anerkennen, weil sie bei der Wahl Bebel's mitgewirkt haben, so müßten noch Tausende hier vertreten sein. Für uns handelt es sich lediglich um die Vereinigung der beiden großen Fraktionen. Wenn die Mandanten Liebisch's mit den Vereinigungs-Grundsätzen einverstanden sind, so können sie der vereinigten Partei ja beitreten. Wir haben bei der Mandats-Prüfung Hunderte gestrichen, weil die angegebenen Zahlen der Mandanten nicht mit den gezahlten Beiträgen stimmten — wir würden also hierin höchst ungerecht gehandelt haben, wenn wir nur dies Mandat anerkennen wollten.

Liebisch: Wenn man consequent sein wolle, so dürfe man ihn auch nicht als einzelne Person zulassen, wenn man das Mandat nicht anerkenne; thue man das Letztere nicht, so wolle er auch nicht als leerer Schatten fungiren. Er habe ein Mandat von Hamburg abgelehnt und den Anhängern Bräuer's erklärt, daß sie selbst einen Delegirten senden sollten. Er sei mit dem Bewußtsein und dem festen Willen hergekommen, mit für die Gemeinsamkeit zu wirken. Die 20 Mandanten sind alte Kämpfer der Sozial-Demokratie, und es wäre unrecht, dieselben zurückzuweisen, und ihn lediglich zu einem Schattenmanne zu machen. Wenn man sagt, es genüge nicht, daß diese Leute bei der Wahl in Leipzig mitgewirkt haben, so weise Redner darauf hin, daß es vorgekommen, daß hervorragende Parteileute nicht einmal ihren Beitrag gezahlt haben. Der Congreß würde sich blamiren, wenn er die 20 Stimmen zurückwiese. Etwas anderes wäre es, wenn ultramontane Sozialisten den Congreß besuchen wollten; die 20 Leute aber in Leipzig sind alte treue Kämpfer der Sozial-Demokratie. In Leipzig habe man dieselben als gleichberechtigt anerkannt, und der „Volksstaat“ habe sogar einen Antrag derselben zum Congresse zum Abdruck gebracht. Sie können mich hinauswerfen — aber Sie werden es sicher bereuen. Redner bemerkt zum Schluß, daß er wohl für das Hamburger Blatt geschrieben habe, aber lediglich im Interesse der Gesammtpartei.

Fritzsche (als Referent): Furcht vor den 20 Mann, wie Liebisch

meint, haben wir wohl nicht; ob wir uns durch die Nichtzulassung blamiren, möge er aber ruhig uns selbst überlassen. Liebisch hat noch immer nicht erklärt, wie er jetzt mit der Bräuer'schen Fraktion steht. Es ist vorgekommen, daß Partikularisten uns bei den Wahlen unterstützt haben — wir müßten also, wenn wir das Mandat Liebisch's anerkennen wollen, auch consequenter Weise gestatten, daß diese sich am Congresse betheiligen können. Wir können nur diejenigen Parteigenossen berücksichtigen, auf die wir auch unter allen Umständen rechnen können. Man möge also dem Antrage der Commission zustimmen.

Vahlteich bemerkt persönlich, daß er für Zulassung Liebisch's mit Mandat gewesen.

Liebknecht betont, daß der von Liebisch erwähnte Antrag zum Congreß in den „Volksstaat" deshalb aufgenommen wurde, weil man irrthümlich annahm, daß die betreffenden Antragsteller den Bedingungen Rechnung getragen hätten, welche für die Beschickung des Congresses gestellt waren.

Hartmann richtet nochmals die Frage an Liebisch, ob er mit der Fraktion Bräuer in Verbindung stände, resp. mit derselben einverstanden sei.

Liebisch meint, ob die Delegirten denn Spießbürger und Philister seien; er habe doch gesagt, daß er das Mandat von Hamburg abgelehnt habe. Wenn er nach der Vereinigung noch mit der Bräuer'schen Fraktion in Zusammenhang bleibe, dann erst hätte man Grund, gegen ihn vorzugehen.

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wird abgelehnt.

Der Antrag der Commission auf Verwerfung des Mandats wird angenommen.

Ein nunmehr von Kaiser gestellter Antrag auf namentliche Abstimmung, welcher sich darauf stützt, daß das Resultat zweifelhaft sei, wird angenommen.

Liebisch bemerkt, daß er sich, wenn er gewußt hätte, daß die Verhandlungen durch ihn so sehr in die Länge gezogen würden, zurückgezogen haben würde. Er bittet also, über seine Person wegzugehen.

Von Hasenclever wird beantragt, daß erst die Präsenzliste der Lassalle'schen Fraktion vorgelegt werde; dies wird angenommen und durch Rackow erledigt. Das Gesammtresultat der einzeln vorgebrachten Mandate ist: 148 Orte, vertreten durch 73 Delegirte mit 172 Mandaten und 15,322 Stimmen. Dies wird gutgeheißen.

Fritzsche führt an, daß nachträglich noch mehrere Mandate eingetroffen seien, und später das Endergebniß der Mandatsprüfung mitgetheilt werde.

Es folgt nun namentliche Abstimmung über den Antrag der Commission, das Mandat für Liebisch nicht anzuerkennen.

Für diesen Antrag stimmen: Auer, Bronnemeier, Bock, Blos, Dotzauer, Endres, Engelhardt, Fink, Geib, Gladewitz, Grillenberger, Heittbrinck, Hochheim, Kühn, Kokosky, Kegel, Liebknecht, Löwenstein, Mamme, Mai, Schumacher, Scheu, Ullrich; Brückmann, Derossi, Dreesbach, Dulk, Egert, Finn, Fritzsche, Gadow, Glebe, Groß, Günther, Hartmann, Hasenclever, Hasselmann, Heinemann, Heinzel, Herzog, Hörig, Hurlemann, A. Kapell, O. Kapell, Klein, Klute, Köhnke, Kreuzberg,

Kronenberg, Lingner, Luchtenberg, Meyer, Meister, Melkenbuhr, Neumann, Ohlig, Petzold, Bleß, Rackow, Reichelt, Reimer, Reinders, Tscharnke, Schiedewitz, Stuhr, Tutzauer, Winner, Vater.

Gegen den Antrag stimmen: Böttcher, Baumann, Bebel, Bender, E. Fischer, Fischer (Coburg), Franz, Just, Hoffmann, Hirsch, Kaiser, Klees, Kettel, Lehmann, Linke, Müller, Motteler, Mielke, Paditz, Petermann, Reinhold, Richter, Slauck, Stolle, Ufert, Vahlteich, Wiemer, Wendeler, Wobusa, Bäthke, Bardow, Böttcher, Daßbach, Drogand, Fahl, Frick, Harm, Hasse, Heerhold, Kuhl, Löffelbein, Polster, Prinz, Risch, Rödiger, Schönian, Schwedendiek, Steffens, Steineck, Walther, Wichtendahl, Wytzka, Zwiener, Strecker.

Der Antrag der Commission ist also mit 68 gegen 54 Stimmen angenommen.

Petzold gibt zu Protokoll, daß er deshalb gegen Zulassung des Leipziger Mandats gestimmt, weil Liebisch keine genügende Antwort auf die Frage Liebknecht's gegeben, der ihn unmittelbar vor der Abstimmung noch über sein Verhältniß zum „Hamburger Sozialdemokrat" interpellirt. Tölcke und Burkhardt enthalten sich der Abstimmung.

Es kommt nun zur Abstimmung ein Antrag O. Kapell's, Liebisch persönlich ohne Stimmrecht zuzulassen. Dieser Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende verliest sodann Telegramme aus Offenbach, Pesth, Hanau, Berlin, von Parteigenossen des Teltower Kreises.

Es wird nunmehr zur Wahl des definitiven Bureau's geschritten.

Die Geschäftsordnungs-Commission hat folgende Vorschläge gemacht: zu Vorsitzenden die Delegirten Hasenclever und Geib, und zu Schriftführern die Delegirten Derossi, Reimer, Kuhl, Rödiger von der einen, und Burkhardt, Bronnemeier, Kegel und Mielke von der andern Seite zu wählen.

Klein hebt hervor, daß beiden Richtungen Rechnung getragen worden sei, und daher am besten der Antrag der Commission en bloc angenommen werde.

Drogand und Groß sind gleichfalls dafür.

Bäthke schlägt zu Vorsitzenden Geib, Fritzsche und Reimer vor.

Reimer verzichtet, Fritzsche desgleichen.

O. Kapell bemerkt, daß nach dem Antrage der Commission kein Unterschied in den Vorsitzenden gemacht wäre, sondern dieselben abwechselnd fungiren sollen.

Burkhardt bemerkt, daß man Delegirte zu Schriftführern wählen möge, welche im Protokolliren bessere Uebung hätten als er, und man daher einen anderen Delegirten nehmen solle.

Stolle ist für den Vorschlag der Commission.

Walther meint, wir würden gegen den Parlamentarismus verstoßen, sobald wir zwei gleichberechtigte Vorsitzende wählten; er beantrage deshalb, durch einen ersten und zweiten Vorsitzenden den Congreß leiten zu lassen, und schlage als ersten Vorsitzenden Geib, als zweiten Hasenclever vor.

Groß ist nicht der Ansicht Walther's; wenn die Wahl der Parteibehörde vorläge, wäre es etwas Anderes, so aber können wir ganz gut zwei gleichberechtigte Vorsitzende wählen, welche sich gegenseitig zu verständigen haben.

Dulk meint, man möge doch über die kleinen Vorfragen durch einen Akt der Großherzigkeit wegzukommen suchen; von einer Rivalisirung und Majorisirung darf durchaus nicht die Rede sein. Möge man den Antrag der Commission annehmen und dem aus der Minorität gewählten Vorsitzenden die Leitung des ersten Tages überlassen, für fernere Tage mögen dann die Vorsitzenden abwechseln.

Tölcke stellt den Antrag, daß die zu wählenden Vorsitzenden sich dahin in die Leitung des Congresses zu theilen haben, daß für jede Sitzung ein anderer Vorsitzender fungire.

Klein tritt nochmals für den Antrag der Commission ein.

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag der Commission wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende verliest eine Depesche aus Glauchau.

Hartmann beantragt, daß die Depeschen vor jeder Sitzung zu verlesen seien, um Störungen zu vermeiden. Dem wird zugestimmt.

Sodann wird als Führer der Rednerliste Reinders gewählt.

Da eine Anzahl von Delegirten der Meinung ist, daß vorerst betreffs der Vorsitzenden nur über das System, nicht aber über die Personen abgestimmt worden sei, so wird noch einmal, und zwar über die Personen abgestimmt, und der Vorschlag der Commission, Hasenclever und Geib zu nehmen, mit großer Majorität angenommen.

Die beiden Vorsitzenden übernehmen das Bureau.

Geib stattet Bock den Dank der Versammlung ab für dessen gute Führung der Verhandlungen, und stimmt die Versammlung dem beifällig zu. Redner betont, daß er für seine Person entschlossen sei, die Geschäftsordnung mit aller Strenge zu handhaben. Es sind beiderseits noch viele Vorurtheile vorhanden, und ist es daher Aufgabe des Vorsitzenden, dafür zu sorgen, daß diese nicht zu unliebsamen Debatten Veranlassung geben. Es sind zwar viele Delegirte hergekommen, wenn auch nicht mit gebundenen Mandaten, so aber doch mit bestimmten Wünschen der Parteigenossen. Diese Wünsche übertönt jedoch als Grundton unserer Verhandlungen das Verlangen nach Vereinigung und Versöhnung. Die Sozial-Demokraten aller Länder blicken auf uns, und wir wollen zeigen, daß wir der uns gestellten Aufgabe gewachsen sind. Wir wollen gemeinsam Schulter an Schulter den Kampf für die Arbeitersache führen und in diesem Sinne in die Verhandlungen treten!

Es folgt nun die Wahl der Schriftführer.

Reimer schlägt an seiner Stelle Klute vor.

Geib meint, daß Reimer sich gut eigne, und wohl Jeder die Bürde übernehmen müsse, welche der Congreß ihm auferlegt.

Die Vorschläge der Commission werden angenommen, mit der Abänderung, daß an Stelle Burkhardt's Scheu tritt, weil ersterer eventuell für die Correspondenz-Commission in Aussicht genommen ist. Gewählt sind: Derossi, Reimer, Kuhl, Rödiger, Scheu, Bronnemeier, Kegel und Mielke.

Geib: Zu Correspondenzen für die Parteiblätter ist es nothwendig, eine Commission zu wählen, damit die Berichte nach beiden Seiten hin Rechnung tragend abgefaßt werden. Die Blätter, an welche

außer den Parteiblättern Berichte gesandt werden sollen, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung", möge der Congreß oder auf dessen Beschluß das Bureau in Uebereinstimmung mit der Correspondenz-Commission bezeichnen.

Prinz ist gegen die Sendung von Berichten an die „Frankfurter Zeitung", da dieselbe ein Bourgeoisblatt sei, welches gegen uns gewirkt habe.

Hasenclever betont, es handle sich darum, objective Berichte in anständige gegnerische Blätter zu bringen, und so schlage er neben der „Frankfurter Zeitung" beispielsweise die „Vossische Zeitung" vor.

Kokosky bemerkt, daß er zwar niemals Correspondenzen an gegnerische Blätter gesandt habe; er halte es aber doch für praktisch, wenn das Publikum wahrheitsgetreue Berichte liest, und nicht blos durch die Polizeiberichte unterrichtet wird.

Groß ist der Meinung, daß, wenn wir an fremde Blätter Berichte schicken, wir auch keine Blätter ausschließen könnten.

Bebel erklärt, daß die „Frankfurter Zeitung" der Sozial-Demokratie gar nicht feindlich entgegen getreten sei, wie Prinz behaupte; aber abgesehen davon handle es sich darum, in die Blätter wahrheitsgetreue Berichte zu bringen. Wir haben uns ja immer beschwert, daß gegnerische Blätter wahrheitswidrige Berichte gebracht haben. Wenn sich also Blätter erbieten, Berichte unentgeltlich, vielleicht sogar gegen Bezahlung, aufzunehmen, so können wir das wohl acceptiren. Wir wissen wohl, daß hier „offizielle" Berichterstatter sind, aber keine andern. Auch werden die Leute in Gotha auf unsere Unterredungen lauschen und diese entstellt weiter colportiren. Begegne man diesem durch die vorgeschlagenen Correspondenzen.

Engelhardt meint, es sei praktisch, daß diejenigen Blätter bestimmt würden, an welche die Berichte nicht gehen sollen.

Es wird von Reichelt ein Antrag eingereicht auf Zulassung des Berichterstatters des „Gothaer Tageblattes".

Geib erklärt, daß an dieses Blatt gleichfalls die Berichte gesandt würden.

Prinz betont, daß die „Frankfurter Zeitung" auch die Verhandlungen des vorjährigen Congresses der Eisenacher nicht getreu berichtet habe; indessen nehme er seine Aeußerung über dieselbe zurück.

Es wird Schluß der Debatte beschlossen.

Der Antrag von Geib, daß das Präsidium und die Correspondenz-Commission die Blätter bestimmen, an welche Berichte gesandt werden sollen, wird hierauf angenommen.

Es folgt Bestimmung der Personen. Geib proponirt die Wahl von 6 Berichterstattern.

O. Kapell beantragt Beschränkung der Zahl von 6 auf 4.

Kokosky meint, wenn man praktisch handeln wolle, so möge man bei 6 bleiben.

Reichelt macht auf seinen Antrag betreffs Zulassung des Gothaer Berichterstatters aufmerksam. Der Vorsitzende Geib erwidert ohne Einrede, daß mit der vorigen Abstimmung dies ablehnend entschieden sei.

Von Wiemer geht ein Antrag ein, daß den Blättern, welche nicht wahrheitsgetreue Berichte bringen, die Correspondenzen entzogen werden.

Kokosky meint, daß die Blätter wegen des Preßgesetzes nicht überall nach ihrem Wunsche berichten könnten, und deutet die Möglichkeit an, daß z. B. der „Braunschweiger Volksfreund“ aus diesem Grunde die eine oder andere Bemerkung in der Correspondenz streichen müsse.

Wiemer betont, daß sein Antrag dahin ginge, nur dann zu handeln, wenn die betr. Blätter entstellen und Unwahrheiten bringen.

Brückmann faßt den Antrag so auf, daß im Falle tendenziöser Entstellung der Berichte den bez. Blättern keine mehr zugestellt werden sollen. Es soll den Sozial-Demokraten Deutschlands die Wahrheit voll und ganz gesagt werden, auch vom „Braunschweiger Volksfreund“, und können nur Wendungen gemacht werden, die nothwendig sind wegen der Gesetze.

Kokosky bemerkt persönlich, daß er nicht gemeint habe, er müsse die Berichte für letzteres Blatt entstellen, sondern er könne möglicherweise nicht Alles bringen wegen des Preßgesetzes.

Der Antrag Wiemer wird nunmehr angenommen.

Gleichfalls der Antrag auf 6 Personen.

Nach einigen Bemerkungen von Grillenberger, Fritzsche und Kokosky werden gleichfalls die von der Commission vorgeschlagenen 6 Personen angenommen, als: Vahlteich, Fritzsche, Hasselmann, O. Kapell, Kokosky und Grillenberger.

Franz beantragt, protokollarisch festzustellen, daß der Delegirte Paditz aus Meerane wegen Nichtaufnahme Liebisch's den Congreß verlassen habe. Dem wird zugestimmt.

Bebel beantragt, dem Bureau das Recht zu geben, nach seinem Ermessen Personen, welche keine Parteigenossen sind, aber den Verhandlungen beizuwohnen wünschen, zuzulassen.

Auch dies wird angenommen.

Die Sitzung wird auf eine Stunde vertagt.

Wiederbeginn der Sitzung Abends 9¼ Uhr. — Schriftführer Bronnemeyer und Rödiger.

Der Vorsitzende Geib verliest Telegramme aus Glauchau, Offenbach, Pest, Hanau, Berlin, Hamburg, Guben, Harburg, Bornheim, Carlsruhe, Bockenheim, Gratz, Glauchau, Landshut, Berlin, Forchheim, München und Hannover.

Bei Verlesung der Präsenzliste fehlen: als krank und entschuldigt Fink und Motteler; abgereist Paditz (ohne irgend welche Angabe), Böttcher und Kronenberg.

Der Vorsitzende verliest die in vorhergegangener Sitzung angenommene Geschäftsordnung, und stellt die Frage über den Abstimmungsmodus zur Diskussion.

Hasenclever befürwortet den Antrag von Groß, nach Kopfzahl abzustimmen.

Hasselmann ersucht für diesen Congreß nicht nach Kopfzahl abzustimmen, weil viele Orte der Meinung waren, daß sie durch ihre Delegirten nach Stimmenzahl vertreten werden. Es würden große Mitgliedschaften wie Hamburg nicht nur 3, sondern vielleicht 10 oder

20 Delegirte gesendet haben, wenn man vorher gesagt hätte, daß nach Köpfen gestimmt würde. Damit die Verhandlungen des Congresses nicht in die Länge gezogen werden können, möge man einen § in die Geschäftsordnung aufnehmen, nach welchem ein Antrag nur dann zur namentlichen Abstimmung gelangen kann, wenn 15 oder 20 Delegirte dies beantragen oder die Abstimmung durch Händeaufheben zweifelhaft war. Dies entspricht einem alten Brauch bei den Lassalleanern, und ist dadurch die mehr Zeit erfordernde namentliche Abstimmung immer nur sehr selten zur Anwendung gekommen.

Es kommt ein Protest der Sozialisten in Wandsbeck zur Verlesung, welcher lautet: „Die Sozialisten Wandsbeck's erheben Protest gegen den Beschluß des Congresses, wonach in allen Prinzipienfragen nach der Zahl der Mandatgeber abgestimmt werden soll. Sie erblicken darin eine ungerechtfertigte Beeinträchtigung, und weil eine derartige Beeinträchtigung die Möglichkeit eines Terrorismus in sich trägt, hat der Delegirte von Wandsbeck die Verpflichtung, ferner nur berathend theilzunehmen, und stellen wir den Antrag, die sofortige Abänderung der Mandatabstimmung vorzunehmen."

Groß (Delegirter von Wandsbeck) motivirt diesen Protest dahin, daß seine Mandatgeber die Abstimmung nach der Zahl der zu vertretenden Stimmen für vollständig undemokratisch halten, und lasse sich dies nicht für diesen Congreß abändern, so möge man es wenigstens für die Zukunft thun.

Hartmann: Meine Stellung in dieser Frage habe ich bereits präcisirt, auf diesem Congreß sollte nicht nach Köpfen abgestimmt werden, da es Terrorismus der Majorität durch die Minorität wäre. Er wäre in Hannover für Kreiseintheilung eingetreten, doch da es einmal so sei, müßten wir uns fügen, und ersuche er, heute von dieser Angelegenheit abzustehen. Die Hamburger hätten nur der Geldkosten wegen blos 3 Delegirte gewählt, wäre es bekannt gewesen, daß nach Köpfen gestimmt werden sollte, hätten sie mehr Delegirte gesendet.

Fritzsche ist gegen jede Aenderung der einmal angenommenen Geschäftsordnung, sonst würde er keine Mandate übertragen haben.

Luchtenberg: Wenn bei früheren Generalversammlungen nach Köpfen gestimmt wurde, so folgte dem die Urabstimmung. Für diesen Congreß möge man nicht nach Köpfen stimmen, und bei allen späteren Congressen für wichtige Bestimmungen Urabstimmung durch die Mitglieder vornehmen lassen.

Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Antrag aus Wandsbeck auf namentliche Abstimmung wird abgelehnt.

Der Antrag Hasselmann's: „Namentliche Abstimmungen auf Grund der vertretenen Genossen finden statt: 1) wenn mindestens 15 Delegirte solche Urabstimmung beantragen; 2) wenn eine Abstimmung über prinzipielle und organisatorische Fragen zweifelhaft geblieben ist," wird angenommen.

Drogand verlangt, daß ein vorliegender Antrag aus Breslau von Reinders verlesen werde.

Der Vorsitzende berichtet, daß dieser Antrag jetzt so wie so zur Debatte gestellt werden würde, und kommt derselbe zur Verlesung. Er

lautet: „Die Parteigenossen beider sozialdemokratischen Richtungen zu Breslau stellen den Antrag, den Vereinigungcongreß zwei Tage zu vertagen, damit beide Fraktionen, jede für sich zunächst, ihre inneren Angelegenheiten regeln können. K. P. Reinders. C. Just."

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird dieser Antrag genügend unterstützt.

Reinders: Wir sind hergekommen, um festen Grund für den neu zu errichtenden Bau zu schaffen. Dazu ist aber erforderlich, daß erst die Separat-Congresse der beiden Richtungen stattfinden. Allen ist wohl bekannt, daß vielfach die Meinung verbreitet ist, es hätten beiderseits Unregelmäßigkeiten stattgefunden, die vorher jede Richtung unter sich zu ordnen hat, damit jeder Delegirte sich klar ist, wenn es an die Wahl der Beamten geht. Er könne Niemand seine Stimme geben, von dem er nicht ganz genau wisse, daß er seine Schuldigkeit gethan. Deshalb möge man den Congreß vertagen, und dem Antrage Breslau's zustimmen.

Auer betont, daß sich die Separat-Congresse ebenso gut nach dem Vereinigungs-Congreß abhalten ließen. Die Eisenacher brauchten dazu höchstens einen Tag, da über ihre Kassenverhältnisse vierteljährlich abgerechnet worden ist, also vor dem Congreß eine genügende Controle stattfindet. In unseren Abrechnungen stimmt Alles, wie alle Angehörigen meiner Richtung bezeugen werden. Von uns hat Niemand verlangt, daß unser Parteicongreß vorher abgehalten werde. Auf der Conferenz in Gotha wurde von Geib und mir Pfingsten als der geeignetste Zeitpunkt für Abhaltung des Congresses bezeichnet. Hasselmann und Hasenclever erklärten dies für unthunlich mit Hinweis darauf, daß erst der Congreß der Lassalleaner stattfinden müsse. Später wurde diese Angelegenheit noch einmal zwischen Hasselmann, Hasenclever, Geib und Liebknecht in Leipzig besprochen und diese Abänderung getroffen. Hintergedanken hat Niemand gehabt. Bei uns gilt die Parole: wir sind arm aber ehrlich; wir können den Congreß nicht unnütz in die Länge ziehen und sind wir deshalb gegen den Breslauer Antrag.

Hasenclever bemerkt Auer gegenüber, daß der wesentlichste Grund dafür, den Congreß nicht während der Feiertage abzuhalten, der sei, daß Handwerker, die in der Partei viel vertreten sind, nicht Zeit hätten, an demselben theilzunehmen. Es haben zwar Unterredungen stattgefunden über die Abhaltung der Separat-Versammlungen doch habe er sich später entschlossen, das Gutachten mehrerer bekannten Parteigenossen, unter andern das Fritzsche's und des Vorstandes einzuholen, die sich auch dafür erklärt, die Generalversammlung vorher abzuhalten, und glaubt er also im Interesse Aller gehandelt zu haben.

A. Kapell spricht für den Breslauer Antrag und tritt den Reinders'schen Ausführungen bei. Nach der Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins ist viel auf Personen herumgeritten worden; würde der Antrag abgelehnt, so käme die Sache voraussichtlich auf dem Congreß zur Sprache. Auch halte er die Generalversammlung nach dem Congreß für unstatthaft, da viele Delegirte nach Vollzug der Einigung sagen würden, die Generalversammlung sei überflüssig. Unsere Organisation wird geleitet und getragen durch Personen, und diese muß man vorher kennen, sonst kann man sie nicht wählen.

Winner: Wie er gehört habe, sei Vieles vorgekommen, worüber Unklarheit herrscht. Seine Mandatgeber hätten ihn beauftragt, dahin zu wirken, daß der Vereinigungs-Congreß damit nicht behelligt werde. Darum empfehle er den Breslauer Antrag.

Harm: Man möge die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten auf dem Congreß erörtern und keine Geheimnißkrämerei treiben, und stimme er deshalb gegen den Antrag.

Frick ersucht den Vorsitzenden, alle derartige Behauptungen ohne genügende Beweismittel als Verläumdungen zurückzuweisen.

Der Vorsitzende giebt eine dahingehende befriedigende Erklärung ab.

Hartmann erklärt sich durch die von Hasenclever angeführten Gründe für die Einberufung des Congresses vor der Generalversammlung nicht befriedigt. Derselbe hat beim Vorstande angefragt, ob die Generalversammlung nach dem allgemeinen Congreß stattfinden solle, da auch die Eisenacher ohne Angabe von Gründen ihren Congreß nach dem gemeinsamen verlegt hätten. Vor sechs Wochen noch stand in unsern Parteiblättern, daß die Generalversammlung vorher tagen solle. Die nachherige Aenderung des einmal Festgestellten mußte Mißtrauen hervorrufen. Auch wegen der Angelegenheit des Briefes von C. Hirsch in Paris ist die Verschiebung der Generalversammlung ungerechtfertigt. Die scharfen Aeußerungen von C. Hirsch finden nicht unsere Billigung. Auch nach Hamburg ist dieser Brief gekommen, und wenn diese Angelegenheiten nicht vorher erst geregelt werden, so gebe er seine Stimme keinem Derjenigen, die jetzt in der Verwaltung sind.

Derossi: Hasenclever hat keine Schuld an der etwas scharfen Fassung des Cirkulars an den Vorstand. Redner habe nichts gewußt von der Abmachung in Gotha und setzte also voraus, da Hasenclever nichts darüber schrieb, daß derselbe auch nichts davon wüßte. Es mußte also die Aenderung einen unangenehmen Eindruck auf mich machen und so auf die Fassung der Form des Cirkulars einwirken. Was den Brief von C. Hirsch betrifft, so habe er denselben nur in Folge der auf einer, bei seiner Anwesenheit in Hamburg zufällig stattfindenden Zusammenkunft über das Cirkular gemachten mißfälligen Aeußerungen den Vorstandsmitgliedern zu Durchsicht gegeben. Propaganda für irgend Etwas ist mit dem Brief nicht gemacht worden. Der Vorstand hatte bei Auftauchen desselben schon über das Cirkular abgestimmt.

Ullrich befürwortet, den Breslauer Antrag abzulehnen.

Groß spricht für denselben.

Wytzka ersucht, den Antrag abzulehnen, da man es auf Jemand gemünzt haben könne. Man mußte denselben so zeitig bekannt machen, daß Alle davon wußten.

Liebknecht stellt den Antrag, da der Brief von Hirsch an seine Person gerichtet war, denselben zu verlesen.

A. Kapell ist dagegen, weil der Inhalt desselben unwesentlich sei.

Frick ebenfalls, da Liebknecht durch diesen Brief gar nicht berührt werde.

Der Vorsitzende verliest folgenden von Bebel, Auer und Vahlteich gestellten Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen, die Lassalleaner aufzufordern, am morgenden Tage eine Stunde vor Eröffnung des Congresses eine Commission zu wählen, welche die Kassenverhältnisse

der betreffenden Fraktion zu prüfen hat; alsdann auf dem Congreß das Programm und die Organisation zu Ende zu berathen und die Wahlen für die neue Parteileitung so lange auszusetzen, bis die Generalversammlung der Lassalleaner und der Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stattgefunden haben, wobei vorausgesetzt wird, daß die Verhandlungen der Fraktionen nicht länger als einen Tag in Anspruch nehmen."

Ferner wird folgender Antrag verlesen: „Wir beantragen, daß der Congreß eine aus beiden Fraktionen zusammengesetzte Revisionskommission ernenne, um die Finanzverhältnisse und die Verwaltung beider Richtungen zu prüfen, und dann über die Thätigkeit der beiderseitigen Beamten Bericht zu erstatten. Rackow, Derossi, Baethke, Fritzsche, Walther, Hurlemaun, Meister, Glebe, Wichtendahl."

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß vor allem Liebknecht's Antrag auf Verlesung des Briefes zur Erledigung kommen müsse.

Vater hebt hervor, daß der Brief durchaus keine Beeinflußung ausgeübt habe, da er erst nach bereits geschehener Abstimmung des Vorstandes über die Verlegung der Generalversammlung aufgetaucht sei, die Verlesung sei daher überflüssig.

Engelhardt ist für Verlesung.

A. Kapell ersucht, diesen Antrag abzulehnen und den Breslauer Antrag anzunehmen.

Vahlteich will wissen, was der Brief enthält.

Liebknecht: Er würde die Sache nicht zur Sprache gebracht haben, aber es scheine, als sei vermittelst des Briefes für gewisse Zwecke Propaganda gemacht worden, durch Verlesung des Briefes aber würde dessen Harmlosigkeit dargethan werden. Es kämen in dem Briefe allerdings einige harte Ausdrücke vor, so z. B. gegen Hasenclever; es sei dies aber lediglich eine Privatansicht des Briefschreibers. In Bezug auf ihn (Liebknecht) selbst sei noch des Planes einer temporären Uebersiedelung nach Paris Erwähnung gethan. Ferner sei das in dem Briefe besprochene Zeitungsprojekt kein Geheimniß gewesen, sondern schon früher von ihm mit Hasenclever besprochen und auch an Drogand in Hamburg seiner Zeit mitgetheilt worden. Dies Projekt bezog sich auf ein neuzugründendes Centralorgan, welches neben den beiden jetzigen Hauptorganen erscheinen sollte.

Slauck ist für die Verlesung.

Es wird abgestimmt und die Verlesung beschlossen.

Derossi verliest zunächst das Begleitschreiben des Parteigenossen in Coswig, an welchen der Finder des fraglichen Briefes denselben übersendet, und bemerkt hierzu, daß er Liebknecht Mittheilung hiervon gemacht, wie auch ihm die Adresse Moldenhauer's angegeben habe.

Liebknecht: Der Brief, welcher auf noch unerklärte Weise abhanden gekommen, noch ehe er ihm in die Hände gelangt, sei ihm von Derossi noch in dem unsprünglichen Couvert übersendet worden. Der Finder habe also wissen müssen, für wen der Brief bestimmt gewesen und habe sich somit einer strafbaren Handlung schuldig gemacht, indem er den Brief nicht an die richtige Adresse gesandt.

Es erfolgt die Verlesung einer Abschrift des Briefes durch Derossi.

Hasenclever weist die in dem Briefe enthaltenen Bemerkungen über seine Person zurück. Gegenüber der Aeußerung Hirsch's, Redner werde eventuell die Scenen des Eisenacher Congresses von 1869 wiederholen, constatire er, daß er 1869 gar nicht in Eisenach gewesen sei, auch dem damaligen Conflict ferne gestanden habe. Im Uebrigen ist mit dem Briefe unsererseits nicht darauf eingewirkt worden, das Einigungswerk zu stören.

A. Kapell verlangt Auskunft über den Verbleib des Orginals dieses Briefes.

Geib: Der Brief sei in ein Zeitungs-Packet gelegt worden, welches er von Leipzig erhalten. Dasselbe sei zerrissen und ohne den Brief in seine Hände gekommen, es sei also anzunehmen, daß der Brief herausgefallen sei.

Liebknecht verliest ein späteres, in Bezug auf den fraglichen Brief an ihn gerichtetes Schreiben von C. Hirsch, worin der Inhalt des ersten Briefes kurz wieder gegeben und erklärt wird, daß Hirsch sich gern eines Bessern belehren lassen würde, falls er sich geirrt habe.

Es wird beschlossen, die Sache hiermit als erledigt zu betrachten.

A. Kapell wünscht, der Expedient des „Volksstaat" möge erklären, ob sich die Sache mit der Uebersendung des Briefes an Geib so, wie sie vorgebracht worden, verhalte.

Liebknecht erklärt nochmals was er über die Schicksale des abhanden gekommenen Briefes weiß und vermuthet, und bestätigt die Aussage Geib's.

Derossi (persönlich): Es sei bemerkt worden, daß es nicht anständig von ihm gewesen, benannten Brief nicht sofort an seine Adresse zurück gesendet zu haben. Er müsse dazu bemerken, daß man in Parteiangelegenheiten nicht stets den gewöhnlichen Anstand bewahren könne, unter Umständen sei es sogar Pflicht, das persönliche Gefühl nicht in Betracht zu ziehen; so auch in diesem Falle, da der Brief schon von andern Parteigenossen, sogar von einem Vorstandsmitgliede, gelesen worden. Wäre der Brief geschlossen in seine Hände gelangt, würde er ihn auch geschlossen Liebknecht übermittelt haben.

Der Vorsitzende Geib stellt die Unterstützungsfrage für den Antrag Bebel, Auer, Vahlteich. Dieselbe wird bejaht.

Ebenso erhält der Antrag von Rackow und Genossen die genügende Unterstützung.

Es gelangt alsdann folgender Protest von Harms und Kuhl zur Verlesung:

„Wir erheben hiermit Protest gegen jedwede Vertagung des Congresses, da wir mit der Generalversammlung der Lassalleaner ebenso wenig noch zu schaffen haben, wie mit der Eisenacher Partei, indem wir nur zum Vereinigungscongreß gewählt worden sind, und uns nicht tagelang durch die schmutzige Wäsche der Einzelnen aufhalten lassen können.'

Reinders verlangt, daß der Antrag aus Breslau zur Erledigung komme.

Hurlemann ist nicht dafür, daß die Generalversammlung vor dem Congreß erledigt werde, jedes Jahr seien einzelne Beamte verdächtigt und doch wiedergewählt worden, und hätten noch dazu ein Ver-

trauens-Votum erhalten. Er glaube, daß man die Generalversammlung deshalb vorher wünsche, um gewisse Personen wieder in ihr Amt zu bringen. Er ersuche, den Breslauer Antrag abzulehnen.

Stolle befürwortet, den Congreß nicht zu vertagen, man brauche ja unreine Elemente nicht in die neue Parteileitung hinein zu wählen.

Heerhold: Es sind in letzter Zeit Verdächtigungen von Berlin nach Hamburg-Altona und Ottensen colportirt worden, und sei er deshalb dafür, daß die Generalversammlung vor dem Congreß stattfinde.

Hasselmann spricht gegen den Antrag, ist aber für die Revisionskommission, und verliest das letzte Vorstands-Cirkular, durch welches der Beschluß über Verlegung der Generalversammlung nach dem Congreß herbeigeführt wurde. Entscheidend für die Vorstandsmitglieder war wohl folgender Passus: „Die Eisenacher haben ihren Congreß nach dem gemeinsamen Congreß, und zwar ohne Angabe von Gründen, verschoben.“ Derossi befinde sich im Widerspruch mit seinen Aeußerungen, welche er vielen Hamburger Parteigenossen gegenüber gethan hat.

Klein gegen Hasselmann. Der Congreß sei souverain und nicht gebunden an die vorherigen Abmachungen Einzelner. Die schmutzige Wäsche werde wohl nicht so schwarz sein, daß sie nicht rein zu waschen wäre. Man müsse sich nur klar sein, wer das Vertrauen verdiene und wer nicht.

Hasenclever spricht gegen den Antrag, eine gemischte Commission einzusetzen, da man auf jener Seite unsere inneren Angelegenheiten und umgekehrt jene von unserer Seite nicht so genau kenne.

A. Kapell bemerkt, daß die Parteikassen schon gegenseitig durch Commissionen geprüft worden seien.

Derossi erklärt persönlich gegen Hasselmann, daß er ja schon dargelegt habe, mit dem Briefe Hasenclever's im Irrthum gewesen zu sein, indem er gemeint, derselbe habe ebenfalls nichts von der Verlegung des Congresses der Eisenacher gewußt. Erst nach der Rückkehr nach Bremen habe er (Redner) bei nochmaliger Durchsicht des Briefes gefunden, daß dies in demselben nicht angegeben, und es also auf einer Voraussetzung seinerseits beruhe. Im Uebrigen habe er lediglich den in Hamburg anwesenden Vorstandsmitgliedern das Schreiben vorgelegt.

Hasenclever erklärt sich mit dem Breslauer Antrag einverstanden. Die Anordnung betreffs der Generalversammlung sei nur auf Drängen vieler Vorstandsmitglieder erfolgt.

Der Antrag Bebel, Auer, Vahlteich wird angenommen.

Es wird bestimmt, daß die getrennt zu führenden Verhandlungen Vormittags 8 Uhr und die des allgemeinen Congresses um 10 Uhr zu beginnen haben.

Schluß der Sitzung 12¼ Uhr Nachts.

Dritte Sitzung: Montag den 24. Mai, Vorm. 10¼ Uhr.

Vorsitzender: Hasenclever; Schriftführer Scheu und Kuhl.

Der Vorsitzende ertheilt Fritzsche vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zur Begründung eines Antrages.

Fritzsche: Es seien in der Debatte von gestern Worte gefallen, welche man nicht ruhig hinnehmen könne. Einige Redner hätten Ausdrücke gebraucht, aus denen man schließen könne, daß in den Kassenverhältnissen der Lassalleaner Manches zu beanstanden sei. Besonders Auer habe durch seinen Ausspruch: „Wir sind arm, aber ehrlich" indirekt die Beamten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins verdächtigt. Die Kassenverhältnisse dieses Vereins seien jedoch in Ordnung, und beantrage er deshalb zur Feststellung der Wahrheit im Namen der Commission: die Herren von der Eisenacher Partei, welche die Kasse des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins geprüft haben, mögen erklären, in welchem Zustande sie die Kassenverhältnisse gefunden haben. — Es handle sich natürlich nicht darum, ob die Gelder in richtiger Weise angewendet wurden, — das sei eine innere Angelegenheit, welche nur Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins betreffe — sondern ob Bücher, Rechnungen u. dgl. stimmten.

Geib: Die Revisoren von Seiten der Eisenacher hatten keinen Anlaß, die Kassenverwaltung der Lassalleaner zu beanstanden. Sie sahen die Papiere des Vereins und urtheilten lediglich nach den ihnen vorgelegten Büchern, ohne dieselben zu prüfen, da dies letztere eine innere Vereinsangelegenheit sei. Einen Grund zum Mißtrauen hatten wir nicht.

Lingner möchte wissen, wie es mit der Kassenverwaltung auf Seiten der Eisenacher Partei stünde.

Rackow antwortet, daß bei der ersten Revision, welche die Commission der Lassalleaner in Leipzig vorgenommen, noch nicht alle Bücher der Expedition des „Volksstaat" 2c. abgeschlossen gewesen seien, obgleich das Verwaltungsjahr mit dem 31. März ende, und sagt weiter, daß auch bei der zweiten Prüfung noch ein Theil der Bilanz unfertig war, allein dies seien lediglich formelle Unfertigkeiten gewesen. Selbstverständlich berührten sie nicht angenehm. Doch entschuldige er die Beamten der Expedition des „Volksstaat" 2c. vollständig, da sie zu sehr mit Arbeiten überbürdet gewesen seien, was theils der Mangel einer weiteren Arbeitskraft, theils die Leipziger Nachwahl zum Reichstage verschuldeten.

Geib bemerkt, daß nun die Leipziger Abrechnungen dem Congreß vorliegen. Uebrigens sei, was er besonders betone, die Parteikasse der Eisenacher bis zum 15. Mai abgeschlossen. Er wünsche zu wissen, ob die Revisoren in Bezug auf diese Kasse zufrieden gestellt worden seien.

Klein verlangt von Geib eine Antwort und zwar eine positive, zumal die gestrigen Aeußerungen ziemlich schroff gewesen seien. Wenn die Lassalleaner das Verhältniß umkehren wollten, dann wären sie vielleicht berechtigt zu sagen, auf der andern Seite sei mehr schmutzige Wäsche als bei ihnen.

A. Kapell giebt Aufschluß über die Revision in Hamburg. Es sei alles in bester Ordnung gefunden worden. Es passire Jedem von Zeit zu Zeit „Blech" zu schwätzen, — auch ihm selbst — und Auer habe gestern Abend wohl ebenfalls „Blech" geschwätzt.

Geib meint, er habe die Frage Klein's eigentlich schon beantwortet. Die vorgenommene Revision war eine beschränkte. Man habe sich bei derselben die Zahlen der Gesammtsummen aufgeschrieben, die

Gehälter und sonst interessante Posten notirt. Uebrigens rathe er Klein, weniger herausfordernd zu sein, da alles Weitere in die Generalversammlung der Lassalleaner gehöre.

Schweckendiek beantragt Schluß der Debatte, nachdem man Auer gehört haben werde. Der Antrag wird angenommen.

Auer erklärt, er bereue nicht, die in Frage stehende Aeußerung gemacht zu haben, da er dieselbe unter den gegebenen Verhältnissen für gerechtfertigt halte. Die Lassalleaner hätten einander selbst und zuerst mit solchen Aeußerungen tractirt, und dabei immer von „beiden Seiten" gesprochen. Er habe verlangt, daß man Namen nenne, jedoch ohne Antwort zu erhalten. Es sei von „Stellenjägern" gesprochen worden. In der Eisenacher Partei seien keine Stellenjäger und bezüglich der Kassenverhältnisse herrsche Ehrlichkeit. Ja, er wiederhole nochmals: Wir sind arm aber ehrlich!"

Reinders (zur thatsächlichen Berichtigung) macht darauf aufmerksam, daß die Verwaltung in den beiden Parteien verschieden sei. In der Eisenacher Partei prüfe eine Commission, bei den Lassalleanern die General-Versammlung das Kassenwesen.

Harm sagt, seine gestern gemachte Aeußerung sei von Auer mißverstanden worden.

Hurlemann beantragt Wiederaufnahme der Debatte.

Schweckendiek bemerkt (zur thatsächlichen Berichtigung), daß Auer nicht geantwortet habe, worauf der Antrag Hurlemann's nach einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte verworfen wird.

Slauck stellt abermals den Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte. Die „Volksstaat"-Beamten müssen erst noch gehört werden. Sie seien hier in unliebsamer Weise genannt worden und müßten sich vertheidigen dürfen.

Schweckendiek fordert die Versammlung auf, doch endlich zur großen Sache überzugehen, welche die Delegirten zusammengebracht habe, und alle kleinlichen Angelegenheiten fallen zu lassen!

Der Antrag Slauck's wird verworfen, worauf

Fritzsche im Namen der Mandatsprüfungscommission das Wort ergreift. Das Mandat Liebisch's sei — wie man sich erinnern werde, — hauptsächlich wegen der Verbindung Liebisch's mit der Bräuer'schen Fraktion in Hamburg ungültig erklärt worden. Es liege nun ein von der genannten Fraktion auf den Namen Josef Löffler ausgestelltes Mandat vor, das von der Mandatsprüfungscommission verworfen worden sei. Er ersuche den Congreß, den Beschluß der Commission zu bestätigen und das Mandat Löffler's für ungültig zu erklären.

A. Kapell fordert den Congreß auf, ohne weitere Debatte dem Verlangen Fritzsche's nachzukommen.

Schweckendiek erklärt sich entschieden gegen eine leichtfertige Behandlung der Angelegenheit. Dieselbe sei sehr wichtig und man könne deshalb nicht so geschwind über dieselbe hinwegkommen. Ja, wenn die Debatte eine Stunde dauerte, würde er gerne das Opfer bringen, die Sache eingehend zu behandeln.

Der Antrag A. Kapell's wird hierauf angenommen und das Mandat des Herrn Löffler mittelst Abstimmung ungültig erklärt. Nach der Abstimmung hält es

Fritzsche für nothwendig, zu erklären, daß der Congreß den ausgesprochenen Zweck hat, die zwei großen Fraktionen der Sozialdemokraten in Deutschland zu einigen, und daß dieser Zweck bereits bei allen Vorverhandlungen als der alleinige hingestellt wurde.

Der Vorsitzende verliest hierauf Telegramme aus Mannheim, Gelenau, Nippes, Frankfurt a. M., Elberfeld.

Hierauf eröffnet der Vorsitzende Hasenclever die

Berathung des Programms der deutschen Arbeiter-Partei.

Als im vorigen Herbste die Einigungsfrage durch Tölcke angeregt wurde, seien viele Bedenken über die Möglichkeit einer Vereinigung laut geworden. Zur Zeit da er (Hasenclever) im Gefängnisse zu Zeitz gesessen, sei ihm gesagt worden, daß die Mehrheit der Lassalleaner die feste Absicht habe, die Vereinigung zu vollziehen. Er habe darauf geantwortet, daß er für dieselbe wirken werde, sobald er sich von dem Willen der Majorität der Lassalleaner überzeugt haben würde. Er habe darauf mit Liebknecht und Anderen die Sache im Gefängniß besprochen, wobei man sich dahin einigte, mit dem weiteren Vorgehen bis zu seiner Entlassung aus dem Gefängniß zu warten. Nach der Entlassung aus dem Gefängniß fanden Privatbesprechungen sozialdemokratischer Reichstagsmitglieder in Berlin statt, in denen beschlossen wurde, eine Vorconferenz mit gleicher Zahl von Delegirten auf beiden Seiten abzuhalten. Diese Vorconferenz hat stattgefunden. Die Delegirten brachten zu derselben von beiden Seiten Organisations- und Programm-Vorschläge mit, welche jedoch noch sehr im Sinne der zwei Fraktionen zugespitzt gewesen seien. Allein es war den Delegirten Ernst mit der Vereinigung und deshalb sei ein Compromiß-Programm zu Stande gekommen, indem jede der vertretenen Parteien ihr Programm so viel als thunlich modificirte. Ein solches Vorgehen sei auch in der nächsten Zeit absolut nothwendig. Man habe gesagt, man müsse auf beiden Seiten mit der Vergangenheit brechen, dies sei jedoch nicht ganz möglich. Eben deshalb sei das Programm ein Compromiß-Programm und leide an formellen Mängeln, welche die Verfasser selbst lebhaft fühlen. Man sei im Interesse der Einigung gezwungen gewesen, den Anschauungen und Grundsätzen beider Richtungen Rechnung zu tragen, und auch der Congreß müsse in diesem Sinne handeln, wenn Ersprießliches geschaffen werden soll. Man einige sich vorläufig über ein Programm und eine Organisation, welche beiden Seiten gerecht wird, lasse zwei Jahre darüber verstreichen und gebe dann dem Werke ein einheitliches Gepräge. — Man sei gegen Tölcke hier und da mißtrauisch gewesen, allein man müsse doch in jedem Falle zugeben, daß er den Anstoß zur Vereinigung gegeben habe.

Hierauf ersucht der Vorsitzende den Referent Liebknecht das Wort zu nehmen.

Hartmann bittet um Aufschluß, wer die Referenten ernannt habe.

Der Vorsitzende erklärt, daß 4 Personen von der Vorconferenz mit der Ausführung der gefaßten Beschlüsse betraut, und von diesen die Referenten bestimmt worden seien.

Geib bestätigt dies, und befürwortet diese Einrichtung.

Es wird beschlossen, zunächst über die Vereinigung selbst zu sprechen; es erhält zuerst das Wort

Harm: Lassen wir die Vergangenheit ruhen und rechnen wir mit der Gegenwart und Sicherstellung der Zukunft durch vernünftige Einrichtungen in der jetzt zu schaffenden neuen Partei. Suchen wir das Spiel, das bisher mit der Arbeiterbewegung getrieben wurde, zu nichte zu machen, indem wir uns einigen und wachsam sind. Die Form, unter welcher die Vereinigung stattfindet, ist gleichgültig, weil uns in der Regel die Formen ja doch von den Behörden zerrissen werden.

Reimer (zur Geschäftsordnung) bittet, an Löffler das Mandat zurückzugeben und denselben zu ersucheu, das Lokal zu verlassen, weil sich derselbe Aufzeichnungen mache, was nicht geduldet werden dürfe.

Fritzsche bemerkt, daß das Mandat bereits an Löffler zurückgegeben worden sei.

Reinders betont, daß bei Liebisch die Sache anders gewesen; gegen die Bräuer'sche Clique dürfe man nicht so milde sein.

Löffler erklärt, es thue ihm leid, daß er, der seit 6 Jahren Lassalleaner sei, von dem Congreß so behandelt werde.

Baumann bittet, nicht so schroff gegen diese Leute zu sein; möge man doch jeden Sozialisten hier zulassen.

Bleß meint, man dürfe nicht dulden, daß Löffler auf dem Congreß bleibe, da die Herren Bräuer und Genossen noch in allerletzter Zeit ein Circular herumgeschickt, nach welchem ein neuer Allgemeiner deutscher Arbeiterverein gegründet werden solle.

Es wird hierauf beschlossen, daß Löffler persönlich anwesend bleiben könne.

Hartmann wünscht constatirt zu haben, ob ein solches Circular wirklich herausgegeben worden.

Ulrich erklärt, daß dies Circular vorhanden und an die Freunde Bräuers versandt worden sei.

Löffler meint, er sei verpflichtet gewesen, sich Notizen zu machen, weil er seinen Wählern Bericht erstatten solle. Er wisse von dem angeblichen Circular nicht das Geringste, und daß sie es ehrlich meinten beweise doch wohl, daß sie die Kosten nicht gescheut, ihn zu delegiren. Aber er könne nur dableiben, wenn sein Mandat anerkannt werde; denn er wolle nicht die Pfennige der Arbeiter verzehren, ohne etwas dafür zu thun.

Meister richtet an Löffler die Frage, ob die Beschimpfungen, welche der „Hamburger Sozialdemokrat" gebracht, nur auf Rechnung der Redaktion kämen, oder ob Löffler sich damit einverstanden erkläre. In letzterem Falle gehöre er eher an den Galgen als in den Congreß.

Der Vorsitzende rügt den letzten von Meister gebrauchten Ausdruck.

Hartmann betont, daß es mit der Würde des Congresses nicht vereinbar sei, Löffler hier zu lassen, wenn das Circular veröffentlicht worden sei.

Es wird constatirt, das Löffler das Lokal verlassen.

Nach einem kurzen von Drogand veranlaßten Zwischenfall betreffs der Führung der Rednerliste Seitens Reinders wird in der General-Discussion fortgefahren.

Geib: Es sei bei den Verhandlungen in der Vorconferenz im Kleinen gerade so zugegangen, wie hier im Großen. Aber seine Ueberzeugung sei, daß die Vereinigung nothwendig stattfinden müsse; das lebhafte Verlangen darnach erfülle die ganze sozialistische Arbeitermasse. Man möge jetzt gegenseitig Rücksichten nehmen, weil sonst voraussichtlich vor und auf dem nächsten Congreß viele Unannehmlichkeiten bereitet würden. Und bei den Schwierigkeiten, welche die Partei nach außen habe, müsse dieselbe im Innern einig sein. Staatsgewalt, Reaktion und Bourgeoisie suchten uns auf alle Weise zu bekämpfen; deshalb müßten die Gedanken bei den Delegirten sich klären, um diese klaren Erkenntnisse in das Volk zu schleudern; dann werden wir auch bei demselben Erfolg haben. Die letzten Reichstagswahlen haben schon bei unsern Gegnern Staunen und Bewunderung erweckt, und bei den nächsten Wahlen werden wir noch viel Erstaunlicheres leisten, wenn wir nur einig sind. Auch sei ja von unten herauf immer mehr der Wunsch laut geworden, daß eine dauernde Vereinigung zu Stande komme. Bereits sei an vielen Orten die Vereinigung schon thatsächlich vollzogen, und wenn wir von hier aus dieselbe nun noch mächtig fördern, so wird in 4 Wochen unsere einige Partei ihre Wurzel geschlagen haben, und die Verfolgungen werden die Parteigenossen nur noch fester zusammen binden. Zum Schlusse empfehle er nach der Discussion folgenden von ihm in Verbindung mit noch einigen andern Delegirten gestellten Antrag anzunehmen:

„Die Unterzeichneten beantragen: Der Congreß erklärt, mit der Vereinigung der zum Congreß eingeladenen sozialdemokratischen Fraktionen prinzipiell einverstanden zu sein, und schreitet daher unverzüglich zur Berathung des Programm- und Organisations-Entwurfes.

Geib, Kokosky, Vahlteich, Fritzsche, Hasselmann, Hasenclever."

Heerhold betont, daß auch er von seinen Mandatgebern hierhergeschickt sei, um für die Vereinigung zu wirken. Die Führer der Partei müßten aber mit gutem Beispiele vorangehen, was gestern nicht der Fall gewesen sei.

Winner befürwortet ebenfalls die Vereinigung, und sei dasselbe auch von dem Westdeutschen Arbeitertage geschehen. Es müsse vor allen Dingen die Presse in's Auge gefaßt werden, und auch besonders in Westfalen und dem Rheinlande mehr für Agitation und Organisation geschehen, denn da seien viele Mängel. Es seien da gerade die Personen nicht berücksichtigt worden, welche am fähigsten zur Agitation gewesen.

Klees beantragt Schluß der Debatte, da ja doch Jeder für Einigung sei.

Frick ist gegen Schluß, weil er nicht zu den Leuten gehöre, die so mir nichts dir nichts in die Vereinigung springen. Man müsse vorher über Alles klar sein.

Päthke empfiehlt den Schluß, da schon 40 Redner eingezeichnet seien und doch Alle nur Einigung wollten.

Die Rednerliste wird verlesen. Slauck beschwert sich, daß er trotz Meldung nicht in derselben stehe, worauf er zur Hülfe für Reinders mit zum Führen der Rednerliste gewählt wird.

Der Antrag Klees wird abgelehnt.

Schweckendiek: Wenn wir uns Sozialdemokraten nennen, und unter Demokratie Volksherrschaft verstehen, dann muß es uns auch klar sein, daß wir uns auf die Volksmasse stützen müssen; und dazu gehört die Einigkeit aller Sozialisten. 1848 ist das Volk einer andern Partei nachgelaufen, und die damaligen Führer haben es stets über den Löffel barbiert. Sorge man nur dafür, daß Alles gehörig centralisirt werde und wir uns nicht im Föderalismus zersplittern. Auch die Presse muß centralisirt werden, und dürfen die kleinen Blätter nicht bestehen bleiben, welche ja doch nur Auszüge aus den Hauptblättern bringen. Wir müssen ein großes Hauptorgan haben, welches erst zu beweisen hat, daß es lebensfähig ist, und nur, wenn dasselbe 40,000 Abonnenten hat, dürfen andere Blätter gegründet werden. Es ist dann auch nicht möglich, daß man sich in den kleinen Blättern so herumnergelt. Wenn wir es so einrichten, werden wir auch recht bald unser Ziel erreichen.

Es wird Schluß der Rednerliste bestimmt.

Brückmann bittet die Agitatoren unter den Delegirten, hier nicht agitatorisch aufzutreten.

Franz beantragt, nur noch Redner gegen die Vereinigung sprechen zu lassen, und motivirt dies unter Hinweis auf die bis jetzt stattgehabten übereinstimmenden Reden.

Da Niemand sich gegen die Vereinigung meldet, wird Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag von Geib und Genossen wird hierauf mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Vorsitzende verliest sodann Depeschen aus Köthen, Mühlhausen und Brandenburg a. H.

Die Sitzung wird hierauf, 12 Uhr, bis 2 Uhr vertagt.

Wiederbeginn der Sitzung Nachmittags $2^1/_4$ Uhr. — Eröffnung durch Hasenclever.

Reinders verliest die Präsenzliste. Es fehlen Dotzauer, Kettel. Einige ebenfalls als abwesend Verzeichnete melden sich später als eingetroffen. — Ein Telegramm aus München und ein Brief aus Coblenz werden verlesen.

Das Protokoll der Nachmittagssitzung vom 23. wird von Derossi verlesen und nach Erledigung einiger Monita genehmigt.

Liebknecht ergreift das Wort als Referent in der Programmfrage. In der Einleitung seiner Rede erklärt er, das zur Genehmigung vorliegende Programm sei kein ideales, sondern ein praktisches, ein Kompromißprogramm. Es müsse den in der Partei vorhandenen zwei verschiedenen Strömungen Rechnung tragen. Man habe eingewendet, das Programm sei nicht ausführlich; ein Programm müsse aber kurz sein und mit möglichst wenig Worten die Grundzüge der Parteibestrebungen präcisiren. Durch eine Brochüre werde man später die einzelnen Punkte des Programms eingehend erläutern; auch werde die Parteipresse das Ihrige in dieser Beziehung thun.

Der Redner geht nun auf die einzelnen Punkte des Programms über und beantragt im Einverständniß mit der Commission den ersten prinzipiellen Theil des Programms folgendermaßen zu fassen:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen naturgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrags."

Die vorgeschlagene Fassung, führt Referent aus, weiche vielfach von dem ursprünglichen Entwurf ab, die Aenderungen seien aber ausnahmslos nothwendige. Absatz 1 sei in der ersten Fassung nicht klar genug gewesen, namentlich habe sie die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auch Gesellschaftsdrohnen am Ertrag der Arbeit theilzunehmen berechtigt seien. Darum habe man die allgemeine Arbeitspflicht betont, die durchaus in ein Arbeiterprogramm gehöre, und welche die Grundlage der sozialistischen Gesellschaft bilde, während das sogenannte Arbeitsrecht oder Recht auf Arbeit ein durchaus reaktionärer Begriff sei. Die Arbeit ist ein Muß, ohne Arbeit können die Menschen nicht leben, und das Reden von einem Recht zu arbeiten ist ebenso unsinnig, als das von einem Recht zu leben. Des Weiteren mußte die Pflicht der Gesellschaft, Jedem nach seinen Bedürfnissen die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit zukommen zu lassen, in's Programm kommen, weil sich in dieser Fordrung der sittliche, menschliche Charakter des Sozialismus gegenüber der Bourgeoislehre zeigt, die den Krieg Aller gegen Alle proklamirt, den Schwachen dem Starken opfert. Dem Wort „Bedürfnisse" die Bezeichnung „vernunftgemäße" vorauszuschicken, sei für gut befunden worden, um absichtlichen und unabsichtlichen Mißverständnissen vorzubeugen.

Gegen den zweiten Punkt sei von keiner Seite eine Einwendung erhoben worden. Der Widerspruch, den man im dritten Punkt gegenüber dem ersten habe finden wollen, welch' ersterer, wie behauptet worden, gewissermaßen den „blanken Communismus" repräsentire, werde durch die vorgeschlagenen Modifikationen und Erweiterungen des ersten Punktes aufgehoben. „Gerechte Vertheilung" des Arbeitsprodukts sei eine durchaus sozialistische, oder wenn man wolle: kommunistische Forderung, denn heutzutage bestehe kein Unterschied mehr zwischen Communismus und Sozialismus. Kein deutscher Sozialdemokrat stecke mehr in dem alten kleinbürgerlichen Sozialismus, welcher das Privateigenthum an den Arbeitsmitteln anerkannt habe. — —

Von verschiedenen Seiten wurde es übel gedeutet, daß in dem Entwurfe gesagt ist, der Arbeiterklasse gegenüber seien alle andern Klassen nur eine einzige reaktionäre Masse. Dieser Vorwurf ist jedoch leicht zu ertragen, denn in der That gibt es heutzutage doch nur zwei große einander gegenüberstehende Klassen, die der Besitzenden und die der Nichtbesitzenden, alles Dazwischenstehende verschwindet, wie wir tagtäglich beobachten können. Kleinbürger und Kleinbauern gehören in Wirklichkeit zur Arbeiterklasse, und haben darum mit den Arbeitern zu

gehen. Im Uebrigen sind alle bisherigen Parteien, namentlich die Mittelklasse, nur so lange revolutionär gewesen, bis sie selbst zur Herrschaft gelangt waren.

Der Passus, welcher vom Verhältniß des nationalen zum internationalen Moment handle, sei im ersten Entwurf sehr mangelhaft ausgedrückt und an einen unrichtigen Ort gestellt worden. Er gehöre in die folgende Abtheilung, da er kein allgemeines Prinzip ausspreche, sondern blos unsere, der deutschen Arbeiter, Stellung zur allgemeinen internationalen, kosmopolitischen Arbeiterbewegung darlege. Der zweite Absatz lautet in der neuvorgeschlagenen Fassung:

„II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Aufhebung des Systems der Lohnarbeit mit dem ehernen Lohngesetz und die Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen."

Was den Namen der neuzugründenden Partei angehe, so sei die Bezeichnung deutsche Arbeiterpartei geeignet, den Verdacht zu erwecken, als seien wir in nationalen Vorurtheilen befangen. Die Bezeichnung „Arbeiterpartei Deutschlands" schließe eine derartige Auffassung aus. Es gibt nur Eine Arbeiterpartei, deren Mitglieder aber in verschiedenen Ländern wohnen. Wir sind Eins mit der Arbeiterpartei aller anderen Kulturstaaten, durch den Zufall der Geburt sind wir die Arbeiterpartei Deutschlands, wie die französischen, die englischen, die amerikanischen Sozialisten, die Arbeiterpartei Frankreichs, Englands, Amerikas. Wir sind das deutsche Armeecorps der großen international-kosmopolitischen Arbeiterarmee. Wir wohnen in Deutschland. Hic Rhodus, hic salta. Hier in Deutschland haben wir zunächst den Kampf zu führen, aber wir sind uns, wie es der zweite Theil dieses Absatzes ausdrückt, der Zusammengehörigkeit mit unseren außerhalb Deutschlands wohnenden Brüdern bewußt und entschlossen, unsere internationalen Pflichten zu erfüllen.

Daß wir uns Arbeiterpartei nennen, ist getadelt worden; man hat gesagt, dadurch beschränkten wir die sozialistische Bewegung, die eine allgemein menschliche sei, ein allgemein menschliches Ziel verfolge, auf eine bestimmte Bevölkerungsklasse. Der Einwand ist aber nicht stichhaltig. Das Wort Arbeiter hat durchaus keinen exclusiven Charakter. Arbeit ist Bethätigung des Menschenthums. Die Arbeit ist das spezifisch Menschliche, ist was den Menschen von dem Thier unterscheidet. Durch Arbeit wird der Mensch erst zum Menschen. Arbeiter heißt also Mensch — als Mensch sich bethätigender Mensch, und Arbeiterpartei nennen wir uns nicht blos, weil wir die Arbeit als einzige wirthschaftliche Basis der Gesellschaft, den Arbeiter als einziges nützliches Mitglied der Gesellschaft anerkennen und darum die allgemeine Arbeitspflicht auf unser Banner geschrieben haben, sondern auch im Hinblick auf den echt menschlichen Charakter der Arbeit, weil die Arbeit alleinige Trägerin

der Kultur und des Menschenthums ist, so daß Arbeiterpartei heißt: die Partei der wahren Kulturkämpfer, die Partei der für Kultur und Menschenthum ringenden Menschen.

Gegen den Ausdruck „ehernes Lohngesetz" sind mancherlei Einwendungen erhoben worden, und nicht mit Unrecht. Ein „ehernes Gesetz" ist dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nach unwandelbar, ewig; gäbe es ein ehernes Lohngesetz, so wäre unsere Bewegung von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurtheilt. Das aber, was man unter diesem Ausdruck versteht, fällt mit dem System der kapitalistischen Lohnarbeit, gegen das unser Kampf sich richtet. Ist dieses gefallen, so hat auch das aufgehört zu sein, was man „ehernes Lohngesetz" nennt. Der Ausdruck ist also ebenso überflüssig wie inkorrekt.

Zu den speziellen Forderungen übergehend, bemerkt Referent, eine streng logische Gruppirung derselben sei sehr schwierig, wo nicht unmöglich, weil man die verschiedenen Entwicklungsstadien, in denen die eine oder andere Forderung zu realisiren sei, nicht fest bestimmen, und scharf auseinanderhalten könne.

Der von den Produktivgenossenschaften handelnde Passus wurde nach allen Richtungen hin verklausulirt, um Mißdeutungen vorzubeugen und reaktionäre Experimente der Imperialsozialisten unmöglich zu machen; dadurch, daß vor „Produktivgenossenschaften" gesetzt wird: „sozialistische", wird vollends allen falschen Auslegungen vorgebeugt. Die sozialistischen Produktivgenossenschaften dürfen aber nicht als einzelne Experimente, sozusagen als Prämien für irgend eine bestimmte Kategorie von Arbeitern geschaffen werden, sondern sie müssen für Industrie und Ackerbau in solcher Ausdehnung ins Leben gerufen werden, daß daraus die sozialistische Organisation der Gesammtheit entstehen kann.

In Bezug auf das Wahlrecht wäre es — da das von uns proklamirte Gleichheitsprinzip die völlige Gleichstellung der Frau heischt — besser, statt „Männer" zu setzen „Staatsangehörige". Es wird freilich zur Bekämpfung des Frauenstimmrechts vielfach geltend gemacht, daß die Frauen keine politische Bildung besitzen. Nun, es gibt auch Männer genug, die in derselben Lage sind, und dann dürften wir auch diese nicht wählen lassen. Das „Stimmvieh", welches bei allen Wahlen figurirt hat, bestand nicht aus Weibern. Eine Partei, welche die Gleichheit auf ihr Banner schreibt, schlägt sich selbst ins Gesicht, wenn sie der Hälfte des Menschengeschlechts die politischen Rechte versagt.

Bei der direkten Gesetzgebung durch das Volk sei es besser, den Nachsatz der Vorlage „mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht" bei Seite zu lassen, weil derselbe nur abschwäche.

Die allgemeine Wehrhaftigkeit ist etwas so selbstverständliches, daß darüber nicht weiter gesprochen zu werden braucht, doch ist es fraglich, ob es jetzt schon zweckmäßig wäre, die Entscheidung über Krieg und Frieden dem gesammten Volke statt der Volksvertretung zu übertragen, da, so lange keine allgemeine Bildung existirt, eine gewissenlose Regierung mit Hülfe der allgemeinen Volksabstimmung eben so gut einen gewissenlosen Krieg provoziren kann, wie heutzutage. Selbstverständlich ist unter Volksvertretung in unserm Entwurf nicht der gegenwärtige Parlamentarismus zu verstehen, denn dieser ist bankerott, und es ist vielleicht das einzig bleibende Verdienst des Fürsten Bismarck,

diesen Bankerott des Parlamentarismus beschleunigt zu haben. Uebrigens empfiehlt es sich, um Mißverständnisse zu vermeiden, daß statt Volksvertretung Volk gesetzt wird. So kann in unserm Programm keine Anerkennung des modernen Repräsentativsystems gefunden werden.

Wenn wir Rechtsprechung durch das Volk verlangen, so verstehen wir darunter nicht, wie die Gegner behaupten, um uns lächerlich zu machen, die alte griechische, römische und urdeutsche Sitte, auf öffentlichem Markte von dem gesammten versammelten Volke Recht sprechen zu lassen, sondern wir wollen, daß die Rechtsprechung ebenso wie die Gesetzgebung ein Ausfluß der Volkssouveränität sein soll. Jedenfalls wollen wir nichts von den heutigen Schwurgerichten wissen, die nichts weiter sind als Klassengerichte, wie unsere heutige Gesetzgebung nichts anderes ist als Klassengesetzgebung. Die Justiz soll aufhören, ein Klassenmonopol zu sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft wird die Justiz zur Gerechtigkeit. Die Ausführung dieses speziellen Punktes würde jedoch hier zu weit führen.

Die Einführung der Progressivsteuer statt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern ist natürlich nur für das Uebergangsstadium der heutigen Gesellschaft in die zukünftige nothwendig, da im sozialdemokratischen Staate Steuern im heutigen Sinne des Wortes nicht erhoben zu werden brauchen. Den Zusatz „das Volk belastenden" schlagen wir vor, weil der Fall eintreten kann, daß wir zum Schutz der sozialistischen Arbeit Einfuhrzölle brauchen gegen solche Länder, die keinen kurzen Normalarbeitstag eingeführt, und die Frauen- und Kinderarbeit nicht vernünftigen Beschränkungen unterworfen haben.

Zum Schutze der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft verlangen wir einen den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechenden Normalarbeitstag und Verbot der Sonntagsarbeit. Das Verbot der „Nachtarbeit" wurde von der Commission fallen gelassen, da dieselbe in gewissen Fällen auch innerhalb der sozialistischen Produktion nothwendig sein wird und nur vernünftig eingetheilt zu werden braucht.

Unentgeltlicher Unterricht ist selbstverständlich. Außerdem müssen wir aber ausdrücklich betonen, daß die Religion Privatsache ist, dann ist die Forderung der „Gewissensfreiheit" überflüssig. Seit der Gesandte Bismarcks in London, Graf Münster, das heutige „kulturkämpfende" reaktionäre Preußen als den „Staat der Gewissensfreiheit" hingestellt hat, ist dieser Ausdruck für uns unmöglich geworden.

Es mag in dem Programm Manches enthalten sein, was dem Einen oder dem Andern nicht so ganz gefallen dürfte, doch ist dasselbe der Ausbildung fähig. Der Sozialismus ist nicht blos eine politische Partei, sondern auch eine Wissenschaft. Wir entwickeln uns, schreiten fort, die geistige Arbeit ist unablässig, neue Gedanken erheischen neue Formen, und was heute dem Einen zu weit gehend ist, mag ihm in einem Jahr gut erscheinen, und was dem Andern reaktionär erscheint, nun, das läßt sich entfernen, sobald der reaktionäre Charakter überzeugend nachgewiesen worden. Nehmen wir also das Programm im Großen und Ganzen an, wie es von der Commission empfohlen ist.

Zu den sonst vorliegenden Anträgen erklärt der Redner: Es ist

beantragt, die Partei zu nennen: Rechtspartei. Der Begriff „Recht" sei ein nicht zu präzisirender, daher der Antrag schon aus diesem Grunde nicht annehmbar. Der Sozialismus kennt nur Ein Recht: das gleiche Recht für Alle — das ist: Gerechtigkeit. Und die Gerechtigkeit ist etwas Selbstverständliches. Die Anträge von Vogel aus Berlin charakterisirt der Redner und weist kurz nach, daß sie entweder durch die von der Commission vorgeschlagenen Aenderungen erledigt oder unzweckmäßig sind. Zum Schluß erklärt der Redner, das Programm sei kein steinernes Dogma, kein papierener Papst, sondern werde geändert, wenn man dies für nöthig halte. Der Sozialismus sei im eminentesten Sinne die Partei des Fortschritts, sie könne sich kein unabänderliches Programm als Joch auferlegen. Doch ist das Programm die Fahne, auf welcher unsere Hauptforderungen verzeichnet stehen; unter dieser Fahne solle die Partei marschiren, hinweg über Sondergelüste und Sonderinteressen, dann werden wir unser Banner schließlich siegreich aufpflanzen auf den Trümmern der niedergeworfenen Zwingburgen des Kapitals. (Beifall.)

Bebel beantragt zur Geschäftsordnung, die Debatte über das Programm in der Weise zu theilen, daß die Punkte 1 und 2 zuerst zur Besprechung kommen, und erst nach Erledigung derselben auf den zweiten Theil des Programms einzugehen.

A. Kapell und Reinders sprechen gegen den Bebel'schen Antrag.

O. Kapell und Vahlteich beantragen: Keine Generaldebatte mehr stattfinden zu lassen und sofort in die Spezialdebatte einzutreten. Dieser Antrag wird angenommen und dadurch der Bebel'sche Antrag erledigt.

Hasselmann als Correferent erhält das Wort, erklärt aber, auf sein Referat zu verzichten, da er mit Liebknecht's Rede völlig einverstanden sei.

Klein beantragt, vor Eintritt in die Spezialdebatte 15 Minuten Pause eintreten zu lassen. Wird angenommen.

(Pause.)

Ein Telegramm aus Itzehoe wird verlesen.

Der Vorsitzende Geib verliest die Abänderungsanträge zum ersten Theil des Programms. Geib beantragt zur Geschäftsordnung, über alle Punkte unter I. gemeinsam zu debattiren. Hasenclever erklärt sich dagegen, Bebel und Fritzsche dafür. Der Geib'sche Antrag wird angenommen.

Bebel ist im Allgemeinen für die Commissionsvorlage. Nur zu Alinea 4 beantragt Redner: statt „alle anderen Klassen eine reactionäre Masse sind", zu setzen: „alle anderen Klassen reactionär sind."

Hasselmann: Eine schwerwiegende Frage ist daraus nicht zu machen, doch wünsche er des besseren Verständnisses wegen den Ausdruck der Vorlage beibehalten zu sehen.

Tölcke wünscht die Vorlage der Commission zu I. unverändert angenommen zu sehen.

Hasenclever erklärt den Begriff „Vernunft" für einen eben so wenig zu präcisirenden, als den Begriff „Recht". In einem sozialistischen Staate sei die Menschheit überhaupt so weit vorgeschritten, daß sie nur vernunftsgemäße Bedürfnisse habe. Daher das Wort „vernunftsgemäß" vor „Bedürfnisse" zu streichen.

Klein betont, der 5. Passus gehöre eigentlich zu II.

Der Passus 5 wird von der Berathung vorläufig abgesetzt.

Strecker wünscht, daß der Grundsatz aufgestellt werde, von Jedem gleiche Leistungen zu fordern.

Liebknecht: Gleiche Leistungen könne man nicht verlangen, da die Kräfte nicht gleich seien. Man verfalle damit der Manchesterlehre. Das Wort „vernunftgemäß" empfehle sich, weil es falschen Auslegungen des Passus seitens der Gegner vorbeuge. — Zwischen Sozialismus und Communismus bestehe nach moderner Auffassung kein Gegensatz, ja kein Unterschied mehr. Der moderne Sozialismus will Aufhebung des heutigen Lohnsystems und damit Aufhebung des Privateigenthums an den Arbeitsmitteln. Das ist aber identisch mit Communismus.

Vahlteich stellt die Frage, warum Al. 4 empfohlen werde. Wir thun Unrecht, wenn wir uns in unserer Stellung zu anderen Parteien verrennen. Es könne der Fall sein, daß andere Parteien mit uns Hand in Hand gehen müssen. Dies brauchen wir nicht unbedingt zurückzuweisen, unbeschadet unserer Prinzipien. Beantragt deshalb Streichung von Al. 4.

Hasselmann: Der Arbeiterstand ist das einzige lebensfähige Element in der heutigen Gesellschaft. Er könne allein seine Mission erfüllen. Die übrigen Parteien stehen sämmtlich dem Proletariat feindlich gegenüber, und das Kleinbürgerthum werde in den zwei großen Parteien naturgemäß aufgehen. Auch praktisch sei der Passus unverfänglich, denn wenn der Kleinmeister einmal zur Erkenntniß seiner Lage gekommen, werde er sich auch daran nicht stoßen. — Der Redner erklärt sich gegen den Antrag Hasenclevers auf Streichung des Wortes „vernunftsgemäß."

Der beantragte Schluß der Debatte wird abgelehnt, der Schluß der Rednerliste angenommen. Dr. Dulk fragt an, wie das Wort „nutzbringend" zu verstehen sei. Liebknecht antwortet, unter „allgemein nutzbringend" sei zu verstehen: „für die Gesellschaft nutzbringend", resp. gesellschaftlich nützliche Arbeit, zum Unterschied von Kraftäußerungen, die auf Befriedigung eines rein individuellen Bedürfnisses gerichtet sind.

Dr. Dulk: Wenn wir nicht auf dem ganz schroffen Standpunkt der Gewalt stehen, wäre er (Redner) dafür, daß der ganze Passus 4 gestrichen werde. Wenn man dies ablehne, solle man wenigstens die „Masse" streichen. Das Wort „vernunftgemäß" sei beizubehalten, man verstehe darunter ein gewisses Gleichmaß.

Wendler spricht gegen Beibehaltung der Bezeichnung: „vernunftgemäße Bedürfnisse".

Dotzauer schlägt vor, zu setzen: „menschenwürdige Bedürfnisse".

Hartmann erklärt sich aus praktischen und agitatorischen Gründen für Beibehaltung der Worte: „vernunftgemäße Bedürfnisse". Indessen gegen Vahlteich's Antrag. An der Bezeichnung „Arbeiter" stoße sich Niemand, im Gegentheil, man trete uns Seitens der Gegner oft mit den Worten gegenüber: Auch ich bin Arbeiter. Unter Arbeiter müsse man Jeden verstehen, der sich der Gesellschaft nützlich mache. Daher sei er für Ablehnung des Vahlteich'schen Antrags.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Fritzsche beantragt namentliche Abstimmung über I. Al. 4. — Hartmann erklärt sich dagegen.

Der Fritzsche'sche Antrag wird genügend unterstützt. Zuerst kommen die Amendements zur Abstimmung durch Acclamation. Hierbei erklärt der Vorsitzende, daß die in der Vorlage enthaltenen Leipziger Anträge sämmtlich zurückgezogen seien, da sie meistentheils seitens der Referenten in ihre Aenderungsvorschläge aufgenommen wurden. Die Anträge der Referenten erhalten die Bezeichnung „Commissionsanträge".

Der Antrag Silvanus' wird abgelehnt.

Der Antrag Vogel's ebenfalls.

Dasselbe geschieht mit dem Antrag Wintersberg's.

Der Antrag Hasenclever's, das Wort „vernunftsgemäß" zu streichen, und der Antrag Kayser's auf Streichung des ganzen Satzes werden ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag der Referenten wird angenommen.

Vogel's Antrag zu I. Al. 2 wird abgelehnt, und finden hierauf die Anträge der Commission allseitige Zustimmung.

Silvanus' und Vogel's Anträge zu I. Al. 3 werden abgelehnt, die Vorschläge der Referenten aber angenommen.

Bebel's Amendement zu I. Al. 4 wird mit 58 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Vahlteich's Antrag zu Al. I. Abs. 4 abgelehnt Dafür stimmen 12 Delegirte, welche 2191 Stimmen vertreten, dagegen stimmen 111 Delegirte mit 23,022 Stimmen.

Die Vorlage der Referenten ist somit angenommen.

Die Anträge zu II. werden verlesen.

Scheu beantragt noch, die Worte: „mit allen gesetzlichen Mitteln" zu streichen.

Klein spricht gegen die Bezeichnung „Arbeiterpartei", weil dieselbe auch von nichtsozialistischen Vereinigungen getragen werden könne. — Ferner dürfe man die Worte „mit dem ehernen Lohngesetz" nicht streichen. Das eherne Lohngesetz existire und lasse sich von Niemand abstreiten.

Klute beantragt zur Geschäftsordnung, heute nur bis spätestens 8 Uhr zu tagen, da eine Commission der Lassalleaner noch zu arbeiten habe. Hasselmann erklärt sich für Schluß der Verhandlungen nach Beendigung der Berathung über II. Klute modifizirt seinen Antrag dahin. Derselbe wird angenommen.

Anträge von Vogel, Silvanus (gedr. Vorlage) und Scheu zu II. finden nicht die nöthige Unterstützung und werden von der Berathung abgesetzt.

Hasselmann ist für Schluß der Debatte, da kein Gegenantrag den Vorschlägen der Commission gegenüber steht.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird bestimmt, daß 2 Redner noch für und 2 gegen den Antrag sprechen sollen.

Drogand: Das eherne Lohngesetz sei die Grundlage der Lassalle'schen Lehre, man könne es nicht wegleugnen, sonst müsse man sämmtliche Lassalle'schen Schriften vernichten.

Kuhl erklärt das eherne Lohngesetz als die Grundwurzel der sozialistischen Lehre.

Fritzsche: Liebknecht habe das eherne Lohngesetz nicht geleugnet, sondern constatirt, in der heutigen Gesellschaft sei es „ehern“, in der zukünftigen sei es abgeschafft.

Bebel: Wir erkennen das eherne Lohngesetz im heutigen Staate an. Die Worte bez. des ehernen Lohngesetzes können, weil sie etwas sagen, das ganz selbstverständlich ist, wegfallen, um aber Mißverständnisse zu vermeiden, beantrage er die Streichung nicht.

Liebknecht: Er habe sich nur gegen das Wort „ehern“ erklärt, welches einen Begriff der Festigkeit und Unabänderlichkeit in sich schließe, der auf das Lohngesetz nicht anzuwenden, und daß das „eherne Lohngesetz“ nur eine Folge der Lohnarbeit sei, die Folge aber mit der Ursache selbstverständlich verschwinden müsse; es sei folglich unlogisch, neben der Abschaffung der Lohnarbeit das Lohngesetz ausdrücklich zu erwähnen.

Hasselmann ist für Beibehaltung des Ausdrucks. Kein Mensch glaube, daß in einer sozialistischen Gesellschaft ein solches Gesetz besteht, heute aber wirkt es wie ein Naturgesetz. Sollte es im jetzigen Wortlaut nicht ganz am Platze sein, so ist es doch ein gutes Sturmwort gegenüber unsern Gegnern. Wenn dieselben z. B. anführen, es ließen sich die Verhältnisse ändern ohne sozialistische Staatsänderung, so könne man ihnen dieses Wort entgegen schleudern.

Der Antrag der Commission wird hierauf angenommen, und werden zum Schluß zwei Telegramme aus Frankfurt a. M. und Jägerndorf verlesen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Vierte Sitzung: Dienstag den 25. Mai, Vormittags 8 Uhr.

Eröffnung durch Hasenclever. — Es wird zunächst die Präsenzliste verlesen. Nicht anwesend sind Auer, Bock, Bebel, Endres, Grillenberger, Kokosky, Kettel, Löwenstein, Kaiser, Löffelbein, Tölcke, Winner, welche aber während der Verlesung und kurz nach derselben eintrafen. — Sodann theilt der Vorsitzende mit, daß ein Brief von Emil Roland aus Dingelstedt eingegangen, und verliest ein Telegramm aus Insbruck. — Es erfolgt nun die Verlesung des Protokolls der Abendsitzung vom 23., dasselbe wird nach Berichtigung Seitens einiger Delegirten genehmigt. — Dann kommt zur Verlesung das Protokoll vom 24. Vormittags; auch dieses wird in derselben Weise genehmigt.

Reimer stellt den Antrag, die unwesentlichen Geschäftsordnungs-Debatten nicht aufzunehmen.

Kokosky beantragt, eine Redaktions-Commission zu wählen.

Hasenclever befürwortet das Letztere, und wird beschlossen, daß dieselbe am Schlusse des Congresses gewählt wird.

Es wird nun in die Verhandlung, Fortsetzung der Debatte über das Programm, eingetreten.

Ein Antrag Liebknecht's, dem Absatz II an betreffender Stelle folgende Fassung zu geben: „die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit“, wird angenommen.

Es wird die Debatte eröffnet über den ersten Abschnitt des zweiten Theiles des Programms. Die Commission hat eine etwas andere Fas-

sung beantragt, indem es heißen solle „sozialistische“ Produktivgenossenschaften; sodann liegen noch Anträge vor von Wintersberg (die Forderung der Staatshülfe sowie die Forderung der Produktivgenossenschaften für den Ackerbau zu streichen); Köhnke und Genossen (die Errichtung von freien individuellen Produktivgenossenschaften zu setzen); Kayser und Genossen statt des Wortes „verlangt“: erstrebt zu setzen.)

Die beiden Anträge Wintersberg (gedruckte Vorlage Nr. 3 u. 5) werden nicht genügend unterstützt.

Es nimmt zunächst das Wort der Referent.

Hasselmann: Es kam bei diesem Passus darauf an, daß der Begriff der Produktivgenossenschaften klargelegt wurde. Derselbe war sehr verschieden, indem die Lassalleaner die Einführung derselben sich in großartigem Maßstabe vorstellten, wohingegen man sich auf der andern Seite vielfach dachte, daß etwas Kleinliches damit erstrebt würde. Diese Auffassung hat ja Bracke zu seiner Broschüre veranlaßt. Indem man den Begriff der Produktiv-Assoziation in solch kleinlicher Weise auffaßte, schoß man am Ziel vorbei.

Um nun jedes Mißverständniß unmöglich zu machen, hat die Commission eine genügend deutliche Fassung gegeben. Durch den Ausdruck „unter demokratischer Controle des Volkes“ wird der etwaige Irrthum beseitigt, daß wir vielleicht vom reaktionären Staate Hülfe verlangen. Durch den Passus über die Assoziationen für Industrie und Ackerbau soll das Mißverständniß beseitigt werden, als wenn wir nur einen Theil des arbeitenden Volkes assoziiren wollten.

Der Ausdruck „erstrebt“ ist nicht passend; das Endziel erstreben wir im ersten Theile des Programms, und ist der Ausdruck hier angebracht; bei den unter den jetzigen Verhältnissen aufgestellten Grundsätzen aber verlangen wir.

Der Ausdruck „individuelle Produktiv-Assoziationen“ ist nicht zutreffend; die von uns erstrebten Assoziationen sind collektiv, nicht individuell. Die französischen Sozialisten, wie St. Simon und auch Louis Blanc, dachten, die Arbeit von oben herunter mit einem Schlage organisiren zu können; Lassalle aber wollte freie Assoziation, und nicht den Zwang.

Die Liberalen machten zwar gegen diese Assoziation geltend, daß dies dasselbe sei, was Schulze wolle; Lassalle widerlegte dies aber in seinen späteren Schriften, indem er darauf hinwies, daß keine kleinen zersplitterten Assoziationen gebildet, sondern dieselben in größerem Maßstabe errichtet werden und in einen Gesammtverband treten sollten. Ständen die Produktiv-Assoziationen vereinzelt da, so könnte von keiner Gesammtarbeit, sondern nur von einer Gruppenarbeit die Rede sein. Die Arbeiter sind im Uebrigen heute ziemlich über die Begriffe von Staatshülfe und Selbsthülfe aufgeklärt.

Kokosky: Er habe sich gemeldet für den Commissions-Antrag, nicht weil er mit demselben einverstanden sei, sondern weil durch die Fassung die Möglichkeit weiterer Entwicklung und Klarstellung gegeben sei.

Nicht wegen der Kleinlichkeit, sondern wegen der Gefährlichkeit und der Möglichkeit des Mißbrauchs der Forderung von Produktiv-Assoziationen haben wir eine andere Stellung zu derselben eingenommen;

durch den Ausdruck „sozialische" Genossenschaften ist dies nun so weit klar gelegt, daß wir darauf eingehen können.

Was wir „erstreben", ist der kommunistische Staat; das Verlangen nach sozialistischen Produktivgenossenschaften ist eine einzelne entwicklungsfähige Forderung. Deshalb ist hier der Ausdruck „verlangen" richtiger.

Wir stellen uns in manchen Punkten schon heute auf den communistischen Standpunkt.

Es gibt auch Genossenschaften, welche wir erstreben, welche nicht Produktivgenossenschaften sind, so die Post, die Eisenbahn.

Wir wollen nicht Produktiv-Genossenschaften im Interesse der Individuen sondern der Gesammtheit, und dies ist durch den Ausdruck „sozialistische" Produktiv-Assoziationen klargestellt.

Kayser erklärt sich gegen den ganzen Passus, auf die Gefahr hin, Mißfallen zu erwecken. Nach den Fortschritten, welche die Arbeiterbewegung gemacht, kann derselbe nicht mehr aufrecht erhalten werden. Hasselmann selbst habe sich schon in einer Versammlung zu Berlin in dieser Weise ausgedrückt. Hasselmann erläuterte, daß die Produktiv-Assoziationen nach dem Lassalle'schen Sinne nicht in Gruppen-Eintheilung, sondern in Gesammt-Zusammenhang erstrebt werden. Im ersteren Falle würde nach Ansicht des Redners eine Prätorianer-Armee geschaffen, und das Letztere wäre die gesammte Organisation der Arbeit, welche man sofort schaffen würde, sobald wir im Besitze der Macht sind.

Der Ausdruck „demokratische Controle" habe für Redner keine Bedeutung; wenn das Volk die Entscheidung hat, so richtet es die sozialistische Gesellschaft ein.

Wenn man etwas verlangt, so muß Jemand da sein, an den man das Verlangen stellt — und das kann doch Niemand anders sein als der jetzige Staat. Wir wollen aber nichts von der heutigen Staatsmacht, sondern wollen diese Macht selbst erwerben.

Was Köhnke vorschlägt, riecht nach Schulze-Delitzschianismus, weil „frei individuell" heißt, daß Personen, die etwas haben, sich freiwillig zur Bildung von Produktiv-Genossenschaften zusammenfinden. Man möge also den ganzen Passus streichen und das Amendement Köhnke ablehnen.

Kuhl ist für den Passus, und zwar sowohl aus theoretischen wie praktischen Gründen. In den Lassalle'schen Schriften sind die Produktiv-Assoziationen als positive Forderung hingestellt; würden wir den Passus streichen, so würde dies Mißtrauen erregen und böses Blut machen.

Der Ausdruck „verlangen" ist der richtigste; wir verlangen die betreffenden Punkte eben von der Gesellschaft. Der Unterschied zwischen sozialistischen Produktiv-Assoziationen und individuellen, resp. selbsthülflerischen, ist schon so oft in den Versammlungen auseinandergesetzt worden, daß er nicht begreifen könne, wie ein durchdachter Sozialist einen Antrag auf individuelle Assoziationen stellen kann.

Ausdrücke, wie die Forderung der Staatshülfe, müssen wir beibehalten, weil wir auf Grund derselben seit Jahren schon agitirt haben.

Köhnke glaubte nicht, daß sein Antrag solche Angriffe erfahren würde. Es kommt bei Herstellung unseres Programms darauf an, praktische Formen für unsere Forderungen zu finden, um damit eine nutzbringende Agitation in's Leben rufen zu können. Lassalle sagt im

Offenen Antwortschreiben, S. 30: „Die freie individuelle Assoziation der Arbeiter, aber die freie individuelle Assoziation, ermöglicht durch die stützende und fördernde Hand des Staates — das ist der einzige Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstande gegeben ist.“ —

Redner könne also gar nicht begreifen, daß man gegen seine Fassung so vorgehen könne; es könne nur der Fall sein, daß man sie nicht so aufgefaßt, wie sie gemeint war. Es handelt sich ja nicht um selbsthülflerische Assoziationen, sondern darum, daß Jedem der freie Wille bleibt, einer Assoziation beizutreten oder nicht. Wem es gefalle, könne dann bei Privatunternehmern eintreten. Eben in dieser Fassung des Antrages liegt für den Einzelnen die Freiheit; man könnte ja sonst einwerfen, wir wollten die persönliche Freiheit einschränken.

Von Gruppen-Assoziationen sei nicht die Rede in dem Antrage; dieselben sollen im Zusammenhange stehen, aber freilich kann es im Anfange vorkommen, daß solche bestehen, bis sich andere Assoziationen gleicher Art gebildet haben.

Seitens der Commission ist eine Aenderung beantragt, und zwar dahin gehend, statt „verlangen“: fordern zu sagen.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen.

Walther begreift nicht, wie bei der correkten Fassung des Passus noch irrthümliche Auffassungen herrschen können. Die Produktiv-Assoziationen bildeten freilich einen Streitpunkt zwischen den beiden Fraktionen; aber es muß sich doch jeder Sozialdemokrat klar sein, daß dieselben das beste Uebergangsstadium zur sozialistischen Gesellschaft bilden.

Gladewitz ist nicht für Streichung des ganzen Passus, aber für den Ausdruck „erstreben“.

Man nahm gestern die Fassung an, daß alle andern Klassen der Arbeiterklasse gegenüber eine reaktionäre Masse wären — von einer solchen können wir aber nichts verlangen. Für Verwerfung des Antrages von Köhnke sei Redner deshalb, weil sich über denselben jetzt schon bei den Delegirten Mißverständnisse gezeigt haben, was also bei den Arbeitern in noch weit größerem Umfange der Fall sein würde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Es erhält noch der Referent das Wort.

Hasselmann: Daß die Umstände betreffs der Produktiv-Assoziationen sich im Laufe der Zeit geändert, ist selbstverständlich, und ist Niemand mehr der Ansicht, daß 100 Mill. ausreichen, um dieselben anzubahnen. Redner ist noch immer gegen den Ausdruck erstreben; wenn man sagt, man verlange das volle Menschenrecht, so wird man gegen diesen Ausdruck wohl von keiner Seite etwas einwenden; es ist also bei diesem Ausdruck jedes Mißverständniß, als wenn wir von dem heutigen reaktionären Staate verlangten, resp. forderten, ausgeschlossen.

Lassalle wollte mit dem Ausdruck „freie individuelle Assoziationen“ nur betonen, daß er nicht die St. Simon'schen Zwangsanstalten wollte.

O. Kapell bemerkt persönlich, daß er bei der Staatshülfe nicht das 100 Millionen-Projekt im Auge habe.

Es wird zur Abstimmung geschritten: Der Antrag von Kayser und Gen. wird abgelehnt; der Antrag von Köhnke und Gen. desgleichen.

Drogand wünscht, daß Seitens der Commission erklärt werde, was eigentlich der Unterschied zwischen verlangen und fordern sei.

Liebknecht kommt dem nach und bemerkt, daß das Wort „verlangen" sich auf einen gegenwärtigen concreten Gegenstand beziehe; also z. B. könne man von Bismarck verlangen. Das Wort Fordern dagegen bedeute eine auf Vernunft gegründete Willensäußerung, und könne sich auf eine absolute Wahrheit, ein Recht beziehen. Das Wort „fordern", „Forderung" sei daher auch mit Recht im Eisenacher Programm gebraucht, was er den Freunden Eisenacher Richtung in's Gedächtniß rufe. Außerdem klingt „fordern" kräftiger.

Fritzsche: Das Kind verlangt, der Mann fordert.

Es entsteht eine kurze Debatte darüber, daß das Wort „verlangt" dadurch gefallen sei, weil die Commission an Stelle desselben „fordert" gesetzt, und Niemand vor Schluß der Debatte den früheren Ausdruck wieder aufgenommen.

Geib beantragt Wiederaufnahme der Debatte. Dies wird abgelehnt.

Hasselmann beantragt, über das Wort „verlangt" abzustimmen. Dagegen erhebt Geib Widerspruch, da dies unzuläßig sei, erklärt sich aber schließlich des lieben Friedens willen dafür, daß man in diesem Falle eine Ausnahme mache.

Es wird abgestimmt und das Wort „verlangt" abgelehnt; damit ist der von der Commission beantragte Ausdruck „fordern" angenommen.

Sodann wird über den ganzen Passus abgestimmt, und derselbe mit allen gegen ca. 12 Stimmen angenommen.

Reinders theilt das Resultat der gestrigen Abstimmung über den Ausdruck „reaktionäre Masse" mit; gestimmt haben dagegen: 12 Delegirte mit 2191 Stimmen, dafür: 111 mit 23,022 Stimmen; und zwar haben gestimmt gegen: Auer, Blos, Dulk, Giesecke, Herzog, Grillenberger, Kaysser, Linke, Löwenstein, Moje, Steiner und Vahlteich; für: Baditz, Bronnemeier, Bock, Burkhardt, Böttcher, Baumann, Bebel, Demmler, Bäthke, Bardonner, Brückmann, Daßbach, Derossi, Dreesbach, Drogand, Dotzauer, Endres, Engelhardt, Eger, Fahl, Finn, Frick, Fritzsche, Fink, E. Fischer, Fischer (Coburg), Franz, Geib, Gadow, Gladewitz, Glebe, Günther, Harm, Hartmann, Hasenclever, Hasse, Hasselmann, Hurlemann, Heinzel, Heerhold, Hörig, Heitbrinck, Hochheim, Just, Kühn, Kokosky, Kegel, Klees, A. Kapell, O. Kapell, Klein, Klute, Köhnke, Kreuzberg, Kuhl, Lingner, Löffelbein, Leuchtenberg, Liebknecht, Lehmann, Müller, Mai, Mamme, Motteler, Mielke, Meyer, Meister, Molkenbuhr, Neumann, Ohlig, Petzold, Pilster, Pleß, Prinz, Petermann, Reinhold, Richter, Rackow, Reimer, Reinders, Riesch, Rödiger, Scharnke, Schiedewitz, Schönian, Schwedendiek, Steffens, Steinig, Stuhr, Strecker, Slauck, Ramm, Schuhmacher, Scheu, Ufert, Ullrich, Tölcke, Tutzauer, Vater, Wiemer, Wendeler, Wobusa, Walter, Wichtendahl, Winner, Wytzka, Zwiener, Kronenberg.

Es wird in der Tagesordnung weiter geschritten, und man kommt also zur Verhandlung von 1 des zweiten Abschnittes.

Es liegen Anträge vor von der Commission: Baumann (alle Beamten sind durch das allgemeine Wahlrecht zu wählen); Bebel und Genossen (obligatorisches Wahlrecht mit dem 20. Jahre für Staats-

angehörige beiderlei Geschlechts); Vogel (gedr. Vorlage); Hasse und Genossen (beizufügen mit Gewährung von Diäten für die Volksvertreter).

Ein Antrag von Gießener Parteigenossen (gedr. Vorlage zu 1 statt 21, 20 Jahre zu setzen) fällt fort, da diese Bestimmung auch im Antrage der Commission enthalten ist.

Der Antrag Vogel's wird nicht genügend unterstützt; der von Hasse und Genossen genügend; desgleichen der Antrag von Bebel und Genossen; der von Baumann nicht genügend.

Es erhält zunächst als Referent das Wort

Hasselmann: Er nehme das Wort, weil verschiedene abweichende Anträge vorliegen, und wendet sich zunächst gegen das obligatorische Wahlrecht. Wenn die Bevölkerung noch nicht genügend über ihre Interessen unterrichtet ist, so dient sie nur der Reaktion als Stimmvieh; richtiger wäre es, wenn die Wahltage auf Sonn- und Feiertage angesetzt werden.

Es ist auch unter Umständen ein Recht, sich der Abstimmung zu enthalten, und wäre hier der Zwang nicht am Platze; z. B. bei engeren Wahlen, wenn einem keiner der beiden Candidaten gefällt.

Was das Wahlrecht der Frauen betrifft, so muß man unterscheiden, was sich für die Verhältnisse der Gegenwart und die der Zukunft paßt. Es ist freilich eine Ungerechtigkeit, daß ein Theil der Menschen benachtheiligt ist, und im sozialistischen Staat muß dieselbe vollständig entfernt werden. Das Weib ist aber heute im Allgemeinen noch weit zurück, weil seine Erziehung schlechter ist als die des Mannes.

Auch fällt das Wahlrecht mit der allgemeinen Wehrpflicht zusammen; es macht einen andern Eindruck, wenn dasselbe durch Elemente ausgeübt wird, welche auch (theoretisch) die Macht zur Geltendmachung desselben besitzen.

Setzen wir also einstweilen das Wahlrecht für die Männer vom 20. Jahre an fest; spätere Congresse können weiteres bestimmen.

Was die Diätenfrage betrifft, so agitiren wir zwar für die Forderung, weil gegenwärtig der Arbeiterstand durch Verweigerung derselben an der Vertretung in den gesetzgebenden Versammlungen gehindert werden soll.

Redner sei aber gegen Aufnahme des Passus in das Programm, weil derselbe zu kleinlich sei; wo wir für Agitation u. s. w. so viele Mittel aufbringen, können wir wohl auch unsere Abgeordneten genügend erhalten.

Man kann sogar die Agitation praktischer betreiben, indem wir darauf hinweisen, daß wir trotz der Diätenlosigkeit uns alle Mühe geben, so viele Vertreter des Arbeiterstandes in die gesetzgebenden Körper zu bringen wie möglich.

Es wird Schluß der Rednerliste angenommen. — Ein Antrag von A. Kapell, einen Redner von oben und einen von unten zu nehmen, wird abgelelehnt. — Von Klein geht ein Zusatzantrag ein, hinter „Staat und Gemeinde" zu setzen, daß die Wahlen auf Sonntage angesetzt werden.

Desgleichen einer von Scharnke auf allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Staatsangehörigen vom 20. Jahre an

für alle Wahlen im Staat und Gemeinde. Die Wahlen haben an einem Sonn- oder Feiertage stattzufinden, eventuell ist der Wahltag zu einem Feiertage zu erheben. — Es erhält sodann das Wort

Bebel: Der Eingang seines Antrages sei vom Präsidium nicht verlesen worden, und daher sei derselbe nicht ganz verständlich gewesen.

Es ist bei den gestellten Forderungen vorausgesetzt, daß wir dieselben beim heutigen Staate nicht durchsetzen können; von diesem Standpunkte müssen wir bei der Debatte ausgehen.

Mit dem Ausdruck „Wahlen im Staat und Gemeinde" ist nicht Alles gesagt, indem wir auch andere Wahlen, z. B. die der Beamten, haben; deshalb sei der Passus verändert.

Hasselmann meine, die Frauen seien nicht gebildet genug; das werde aber auch von den männlichen Arbeitern gesagt; ja, es giebt noch Leute, welche erklären, für das allgemeine Wahlrecht zu sein, wenn nur die Arbeiter gebildeter wären.

Das ist aber unrichtig; ein Recht muß geübt werden, und es muß Gelegenheit dazu gegeben werden, wenn man die Wirkungen sehen will. Wir nannten gestern alle andern Klassen eine reaktionäre Masse; wir dürfen nun nicht den Frauen gegenüber uns als reaktionär hinstellen.

Das obligatorische Wahlrecht ist unbedingt nützlich, und hat sich in der Schweiz schon bewährt: Die Bourgeois gehen fast alle zu den Wahlen; die 50%, welche sich nicht betheiligt, waren Arbeiter, und wenn auch ein Theil davon gegen uns gestimmt haben würde, so doch bestimmt die große Mehrheit für uns.

Hasselmann sagt, daß er nur für das Frauenwahlrecht sein könne, wenn die Frauen genügend gebildet seien; nun, wir müssen eben dahin streben, daß sie es werden, und dies geschieht eben dadurch, daß wir ihnen das Wahlrecht geben, damit sie sich in der Benutzung desselben üben.

Redner habe vor Jahren auch gesagt, daß die Arbeiter nicht genügend gebildet seien; er wäre aber anderer Ansicht geworden, und dies würde auch der Fall bei Denen sein, welche jetzt die Frauen für nicht genügend gebildet halten.

Es ist schon jetzt Thatsache, daß die Frauen sich mit regem Interesse an unserer Bewegung betheiligen und günstig auf die Männer einwirken.

Wir müssen die Frauen besonders aus letzterem Grunde heranzuziehen suchen, und mache Redner noch auf den Einfluß derselben in der ultramontanen Bewegung aufmerksam.

Bei der vorjährigen Reichstagswahl in Leipzig wurde ein Flugblatt an die Frauen verbreitet, welches sehr gute Wirkung gethan.

Wir bedauerten damals sehr, daß die Frauen nicht mitstimmen konnten; wir waren überzeugt, daß wir dann sogar eine große Anzahl Stimmen aus den Reihen der Bourgeoisfrauen erhalten haben würden.

In England haben in 66 Gemeinden von 27,000 Frauen 14,000 ihr Stimmrecht ausgeübt. Aus Virginien hat ein Oberrichter nach Washington berichtet, daß seit der Wahlberechtigung der Frauen die Störungen bei den Wahlen gänzlich verschwunden seien.

Nehme man seinen Antrag an, so werde man damit in kurzer Zeit große Erfolge erringen.

Es sind Anträge eingegangen von O. Kapell (zu setzen: der Wahltag muß ein Sonn- oder Feiertag sein), und Dotzauer (statt „geheimes Wahlrecht" zu setzen Wahlrecht mit geheimer Abstimmung).

Schweckendiek: Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ist ein gewaltiges Agitationsmittel — und dieses fordern wir vom heutigen Staat. — Das obligatorische Stimmrecht hat in der Schweiz nicht die Erfolge gehabt, wie Bebel hinstellt; Redner habe daselbst praktische Erfahrungen gemacht. Auch war die Betheiligung eine schwache trotz der Strafbestimmungen. — Der Arbeiter muß durch die freie Ueberzeugung zur Wahlurne getrieben werden.

Was das Frauenstimmrecht betrifft, so mache Redner darauf aufmerksam, daß wir uns nicht in Amerika, sondern in Deutschland befinden.

Wir haben jedes Jahr einen Congreß, nnd wenn wir weiter geschritten sind, werden wir zur passenden Zeit die Forderung stellen können.

Auer: Er sei prinzipiell für das Stimmrecht der Frauen; gestern wurde angenommen, daß die andern Klassen uns gegenüber eine reaktionäre Masse bilden, so könnten wir auch von den Frauen als reaktionär auf den Index gesetzt werden, wenn wir sie nicht mit uns gleichstellen wollen.

Klein: Der gestrige Beschluß, welcher so oft angeführt wird, hat mit der heutigen Sache nichts zu thun.

Wenn Bebel auf die Schweiz hinweist bezüglich des obligatorischen Wahlrechts, so können wir gerade die Schweiz als abschreckendes Beispiel nehmen; es sind dort genug Dummheiten gemacht worden. Was die Bemerkung Bebel's betreffs der zu gewinnenden Bourgeoisweiber anlangt, so ist das wohl illusorisch; dieselben interessiren sich für uns nicht, im Gegentheil, sie hassen uns wie ihre Männer es thun; das liegt einmal im Klasseninteresse.

Die Diätenfrage haben wir bis jetzt als Kampfmittel benutzt. Wir haben bewiesen, daß nicht bloß Bismarck, sondern daß auch wir „heidenmäßig viel Geld" haben, und wir im Stande wären, den ganzen Reichstag mit unsern Abgeordneten zu besetzen.

Was die Festtage anlange, so habe er für dieselben kein Interesse, da es ja nicht darauf ankomme, ob der Wahltag einige Tage früher oder später stattfindet; der Sonntag ist also genügend.

Slauck ist für den Antrag Bebel. Es ist von dem Referenten darauf hingewiesen worden, daß das Programm auf die Höhe der Wissenschaft gehoben werden müsse. Es herrscht vielfach die Ansicht, daß durch das allgemeine, gleiche nnd direkte Wahlrecht die aufgestellten Forderungen erreicht werden könnten; damit ist man aber auf dem Holzwege. Nur durch den Druck der Volksmasse kann die Regierung zu Concessionen getrieben werden, und zu diesem Zwecke ist praktisch, ja nothwendig, die Frauen mit in die politische Bewegung zu ziehen.

Hasselmann: Auf der einen Seite verlangt Bebel das obligatorische Wahlrecht deswegen, weil die Arbeiter dadurch geschult werden; bei der Frauenfrage nun meint Bebel, daß man die späteren Verhält-

nisse auch in Betracht ziehen müsse; die Erziehung im sozialistischen Staate wird aber eine so gute sein, daß kein Zwang mehr nöthig sein wird. Redner habe im Uebrigen schon erklärt, daß er im Prinzip nicht gegen das Frauenstimmrecht sei. Wenn die Frage vorläge, ob die Frauen den Männern gegenüber benachtheiligt werden sollten, wäre es etwas Anders; heute ist sowohl der männliche wie der weibliche Theil des Arbeiterstandes unterdrückt. Es kommt lediglich auf die praktische Frage an, ob die Betheiligung der Frauen an den Wahlen für unsere Bestrebungen günstig oder ungünstig sei — und da sei Redner von dem Letzteren überzeugt.

Wenn dem allgemeinen Wahlrecht Nachdruck gegeben werden soll, so muß dasselbe mit der allgemeinen Wehrpflicht correspondiren.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag von Hasse und Genossen wird abgelehnt; der Antrag von O. Kapell wird angenommen; Der Antrag auf Streichung des Feiertages wird abgelehnt; Der Antrag Bebel und Genossen auf obligatorisches Wahlrecht wird angenommen. — Ueber den andern Theil des Antrages, hinter „Staatsangehörige": beiderlei Geschlechts zu setzen, muß namentliche Abstimmung vorgenommen werden, da das Zählresultat zweifelhaft ist; dies geschieht. Der Vorsitzende Hasenclever giebt die Erklärung ab, daß von Denen, die gegen den Antrag Bebel gestimmt, Diejenigen prinzipiell nicht gegen das Stimmrecht der Frauen sind, welche sich für den Ausdruck „Staatsangehörige" entscheiden. Dem wird von allen Seiten zugestimmt.

Schluß der Sitzung $12^1/_2$ Uhr.

Fünfte Sitzung: Dienstag den 25. Mai, Nachm. $2^1/_2$ Uhr.

Vorsitzender Geib. — Die Verlesung der Präsenzliste ergiebt, daß ein Delegirter fehlt. Drei weitere Fehlende haben sich vor Eintritt in die Tagesordnung bei den Schriftführern gemeldet.

Depeschen sind eingelaufen von Heidelberg, Ottensen und Braunschweig.

Zunächst wird das Ergebniß der namentlichen Abstimmung von heute Vormittag über den Antrag von Bebel betreffs des Zusatzes „beiderlei Geschlechts" verlesen, nach welchem 55 Delegirte mit 10,970 Stimmen für, und 62 Delegirte mit 14,142 Stimmen gegen den Passus gestimmt haben, und zwar stimmten für denselben:

Auer, Baditz, Bronnenmeier, Burkhardt, Baumann, Bebel, Blos, Bäthke, Bardonner, Dirßlach, Dulk, Dotzauer, Endres, Engelhardt, Fink, E. Fischer, Fischer-Coburg, Franz, Gadow, Gladewitz, Hasse, Hurlemann, Hörig, Hofmann, Heitbrinck, Just, Kühn, Kaiser, Kokosky, Kegel, A. Kapell, Löffelbein, Lehmann, Löwenstein, Moje, Mai, Mamme, Motteler, Milke, Reichelt, Richter, Reinders, Scharnke, Slauck, Ramm, Schumacher, Scheu, Steiner, Ullrich, Tölcke, Vater, Vahlteich, Wiemer, Winner.

Gegen den Zusatzantrag stimmten:

Bock, Böttcher, Demmler, Brückmann, Derossi, Dreesbach, Drogand, Eger, Fahl, Finn, Frick, Fritzsche, Geib, Glebe, Günther, Harm, Hart-

mann, Hasenclever, Hasselmann, Heinzel, Heerhold, Herzog, Heinemann, Grillenberger, Hochheim, Klees, O. Kapell, Klein, Klute, Köhncke, Kreuzberg, Kuhl, Lingner, Luchtenberg, Liebknecht, Möller, Meyer, Meister, Molkenbuhr, Neumann, Ohlig, Petzoldt, Pilster, Pleß, Prinz, Rackow, Reimer, Rödiger, Schiedewitz, Schönian, Schweckendiek, Steffens, Steineck, Stuhr, Strecker, Tutzauer, Wendeler, Walther, Wichendahl, Wytzka, Zwiener, Kronenberg.

Hierauf Eintritt in die Tagesordnung.

Liebknecht führt an, da die Abstimmung diesen Morgen nicht recht klar gewesen, weil Diejenigen, welche gegen „beiderlei Geschlechts" gestimmt, durchaus nicht Gegner des Frauenstimmrechts seien, so bitte er die jetzige Abstimmung so aufzufassen, daß alle Diejenigen, welche für „Staatsangehörige" gegenüber „Männer" stimmen, auch für das Frauenstimmrecht sich erklären. Nur aus stylistischen Gründen sei er für diese Fassung gegenüber der anderen gewesen.

Der Vorsitzende verliest hierauf die Anträge ad. III., 1. Dieser Passus wird in folgender Fassung angenommen: 1) Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmenabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonn- oder Feiertag sein.

Zu § 2 schlagen die Referenten vor, man möge setzen: „Direkte Gesetzgebung durch das Volk", so daß die weiteren Worte im Entwurfe wegfallen.

Walther wünscht, daß die Debatte hierüber insgesammt stattfinden möge, weil die Sache sonst zu lange dauern würde, da noch die Organisation, Presse u. s. w. zu berathen sei.

Der Antrag Vogel's zu III., 2 fällt, dagegen wird der Vorschlag der Referenten mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen.

Bebel beantragt, die Frage der Entscheidung über Krieg und Frieden schon bei III., 2 zu erledigen und zwar wie folgt: „Direkte Gesetzgebung durch das Volk; Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk."

Die Referenten bemerken, daß dies schon im Referat vorgeschlagen.

Ein weiterer Antrag von Rackow, daß die Bewaffnung aller Staatsangehörigen hinzugefügt werde, wird nicht genügend unterstützt.

Bebel beantragt, statt Wehrhaftigkeit: Volksbewaffnung zu setzen.

Liebknecht bemerkt, Wehrhaftigkeit sei weitgehender als Volksbewaffnung, die darin eingeschlossen sei; darum möge Bebel auf seinen Antrag verzichten.

Bebel zieht denselben zurück und läßt den weiteren Antrag, welcher von der Trennung der Kirche von Staat und Schule handelt, bis später fallen.

Molkenbuhr ist gegen den Antrag der Commission; er halte es für das Geeignetste, wenn die Volksvertretung über Krieg und Frieden zu entscheiden habe.

Stolle: Wenn der Feind ins Land hereingebrochen sei, könne nicht erst das Volk zusammenkommen und über Krieg und Frieden entscheiden.

Man schreitet zur Abstimmung über Punkt 3.

Die Fassung der Referenten lautet nun: „§ 3: Allgemeine Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.“ Dieselbe wird angenommen, ebenso der Zusatz zu III., 2: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.“

Zu Punkt 4 beantragen die Referenten anzufügen: „überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

Die Anträge von Vogel hierzu werden nicht unterstützt, und wird der Vorschlag der Referenten angenommen.

Zu Punkt 5 liegen wieder mehrere Anträge vor, wovon derjenige von Vogel die nöthige Unterstützung erhält, welcher Rechtsprechung durch Volksgerichte mit öffentlichem und mündlichem Gerichtsverfahren, unentgeltliche Rechtspflege, Abschaffung der religiösen Eidesformeln sowie der Todesstrafe verlangt u. s. w.

Liebknecht hält fest an dem, wie es die Commission beantragt habe, weil das Programm sonst zu lang würde; solche weitläufige Fassungen seien gut als Resolution oder zu einer Denkschrift, aber in das Programm können sie nicht aufgenommen werden.

Hierauf wird der Antrag Vogel's abgelehnt und die Fassung der Commission angenommen.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Sodann wird ein Antrag der Referenten (Commission) angenommen welcher lautet: „§ 5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.“

Zu dem Passus: „Die Arbeiterpartei fordert als geistige und sittliche Grundlage des Staats“, werden außer dem Antrage der Referenten vorgelesen:

Der Antrag von Gießen, welcher Preß- und Redefreiheit hinter Gewissensfreiheit gesetzt wissen will; derselbe wird nicht unterstützt.

Ein Antrag von Bebel: „Trennung der Kirche von Schule und Staat“ beizusetzen — wird unterstützt.

Liebknecht bekämpft den Bebel'schen Antrag. Gerade Amerika, woselbst sich die Geistlichkeit unter dem System der Trennung der Kirche vom Staat sehr wohl befinde, müsse uns eine Warnung sein. Die Trennung der Kirche von der Schule sei durchaus rationell, allein der Staat dürfe die Kirche nur wie jeden andern Verein betrachten, und vor allem müsse er die Schule unter seine Obhut nehmen. Dies sei schon durch die Forderung der unentgeltlichen Volkserziehung durch den Staat betont. Mit der Erklärung der Religion zur Privatsache reichen wir völlig aus.

Schumacher spricht sich ebenfalls über diesen Punkt zu Gunsten des Bebel'schen Antrags aus und erläutert dies an dem Verhalten der englischen Regierung gegenüber der irischen Kirche.

Tutzauer stellt den Antrag „unentgeltlichen Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten“ dazu zu setzen; dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Bebel schließt sich den Ausführungen Schumacher's an. Die Forderungen der Ultramontanen gehen nicht dahin, auch die Schule von der Kirche zu trennen. Bischof Ketteler sei in letzter Zeit sehr für

die Trennung der Kirche vom Staate eingetreten, aber die Trennung der Schule von der Kirche wolle er nicht.

Der Schluß der Debatte wird angenommen. — Die beiden Anträge von Bebel und Tutzauer werden abgelehnt; derjenige der Referenten wird angenommen.

Es wird nun übergegangen zu dem Passus, welcher von der progressiven Einkommensteuer handelt.

Vogel's Antrag hierzu wird abgelehnt.

Frick ist gegen den Antrag der Referenten.

Bebel desgleichen, weil er die Forderung der progressiven Einkommensteuer unter den Forderungen innerhalb der heutigen Gesellschaft besser angebracht glaube.

Hasselmann spricht sich gegen die Ansicht Bebel's aus.

Die Abstimmung wird vorgenommen und der Antrag der Referenten gut geheißen.

Zur Coalitionsfreiheit beantragt Vogel, das Wort „volle" voranzustellen. Dieser Antrag wird nicht unterstützt.

Rackow bittet, von den Gegnern sich nicht blenden zu lassen, und beantragt zu sagen: „unbeschränkte" Coalitionsfreiheit."

Liebknecht meint, man könne nicht sagen: „unbeschränkte" Freiheit, weil es keine beschränkte Freiheit giebt.

Slauck ist für Aufhebung aller Beschränkungen der Coalitionsfreiheit.

Der Antrag von O. Kapell, welcher „unbeschränktes Coalitionsrecht" gesetzt wissen will, wird angenommen.

Der Antrag von Vogel betreffs des 8stündigen Normalarbeitstags wird nicht unterstützt.

Ein von O. Kapell eingebrachter Antrag, den 9stündigen Normalarbeitstag betreffend, findet die nöthige Unterstützung.

Der Antrag der Referenten, welcher für „einen den Gesellschaftsverhältnissen entsprechenden Normalarbeitstag" eintritt, wird angenommen. — Auch der von den Referenten eingebrachte Zusatz „und Verbot der Sonntagsarbeit", wird angenommen.

Vogel's Zusatzantrag zur Frauen- und Kinderarbeit, Verbot der Nachtarbeit, wird nicht unterstützt.

Liebknecht spricht über den Antrag der Referenten, dabei besonders hervorhebend, daß die Nachtarbeit nicht wohl in allen Arbeitszweigen abzuschaffen sei.

Baumann beantragt zu setzen: „Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit."

Schluß der Debatte.

Das Amendement Wintersberg: „Verbot der industriellen Frauenarbeit" wird abgelehnt.

Baumann's Antrag wird angenommen.

Es folgt Alinea 4 des Entwurfs.

Klein beantragt, hinter „Industrie" zu setzen: „sowie der Arbeiterwohnungen."

Vogel beantragt: „Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie zum Schutz des Lebens und der Gesundheit;" dies wird unterstützt.

Fritzsche wünscht, daß man ausspreche, die Fabrikinspektoren

dürfen nicht ausgediente Offiziere, sondern sie müssen von den Arbeitern gewählte und in die Arbeiterverhältnisse eingeweihte Leute sein.

Klein: Wenn Liebknecht vorhin gesagt habe, daß der heutige Staat nicht für Arbeiterwohnungen sorgen könne, so wolle er constatiren, daß er die Forderung nicht „direkt" gemeint habe, sondern durch die Gemeinde.

Ein Antrag von Bebel: „Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiter-hülfs- und Unterstützungskassen" wird angenommen; ein Antrag von Just: „Durch von Arbeitern gewählte Inspektoren" wird nicht unterstützt.

Hörig wünscht, daß auch die Hausindustrie berücksichtigt werde.

Zu Punkt 5: Regelung der Gefängnißarbeit wird Just's Antrag unterstützt in seinem zweiten Passus: „durch die den freien Arbeitern geschaffene Concurrenz".

Brückmann beantragt: Abschaffung der Gefängnißarbeit.

Geib spricht sich für die Fassung des Commissions-Entwurfs aus. Wenn man die Abschaffung jeder Gefängnißarbeit wolle, so möge man bedenken, daß Leute, die das Arbeiten gewohnt seien, sich, ohne zu arbeiten, schrecklich langweilen würden.

Brückmann's Antrag wird hierauf abgelehnt; derjenige von Just gleichfalls und der Antrag der Referenten angenommen.

Statt Punkt 4 und 6 wurde nur Punkt 4 angenommen, weil 6 dem Punkt 4 zugetheilt wurde.

Die Referenten schlagen vor für den Punkt 6 zu setzen: „Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Controlle der Arbeiterwohnungen, Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz".

Der Antrag Vogel's hierzu, der oben erwähnt, findet keine Unterstützung mehr.

Der Vorsitzende Geib bemerkt, daß die Vorlage, welche von der Gothaer Conferenz vereinbart und dann vou den Referenten modificirt worden, nun erledigt sei.

Bebel beantragt noch, daß in Punkt 6: „volle Selbstverwaltung" zu setzen sei. — Zu den politischen Forderungen wünscht

Hasselmann, daß Bebel sich mit den Referenten verständigen möge, der Congreß aber in der Berathung weiter gehe.

Der Vorsitzende fragt, ob der Congreß damit einverstanden sei, statt verlangt überall fordert zu stellen, womit der Congreß sich einverstanden erklärt.

Es tritt nun eine Pause ein ($4^1/_2$ Uhr).

Wiederaufnahme der Verhandlungen um $5^1/_2$ Uhr. — Telegramme werden verlesen von Hamburg, Halle und Hannover.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die Debatte über die festzustellende Eintheilung der unter III beschlossenen Punkte, sowie über die Aufschrift der betreffenden Rubriken eröffnet.

Zu Bebel's Antrag: „Weitere politische Forderungen als Grundlage innerhalb des heutigen Staats" erhält das Wort

Liebknecht, welcher das Resultat der mit Bebel getroffenen Vereinbarung darlegt und die vorgeschlagene Neuredaktion motivirt.

Die Anträge der Referenten, den Abschnitt III in zwei Abtheilungen zu trennen, sowie die vorgeschlagenen Aufschriften dieser Abtheilungen werden angenommen.

Vorsitzender Geib verliest nun das ganze Programm, wie es in der Spezialberathung beschlossen wurde. Derselbe fordert alsdann zur General- oder Schluß-Abstimmung auf. Letztere erfolgt und ergiebt einstimmige Annahme.

Zum Namen der Partei stellen Anträge:

Tutzauer: Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands.

Heinzel: Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Frick unterstützt den Antrag von Heinzel, weil es nöthig sei, daß wir uns von den katholischen Sozialisten unterscheiden.

Meyer: Sozialistisch-demokratische Partei.

Die Referenten: Arbeiterpartei Deutschlands, wofür Liebknecht als Referent plaidirt, denn Diejenigen, welche den Pfaffen anhängen, seien keine wirkliche Arbeiterpartei, sondern Stimmvieh.

Bei der Abstimmung wird der Name **„Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“** angenommen und hierauf vom Vorsitzenden unter freudigen Ausrufen bemerkt, **daß die prinzipielle Grundlage der vereinigten Sozialdemokraten Deutschlands festgestellt sei** (6 Uhr Abends).

Das angenommene Programm lautet:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Pro-

duktivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Kontrole des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe, aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das frei Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrole der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Haus-Industrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnißarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhülfs- und Unterstützungskassen.

Der Congreß tritt in die Berathung der Organisation ein, über welche Hasenclever im Allgemeinen referirt. Die Centralisation müsse der Hauptgedanke in dieser Organisation sein, wovon auch die Commission ausgegangen sei. Tessendorf erklärte: Nur durch die Centralisation sei die Sozialdemokratie gefährlich. Ein einheitliches Organ wäre wohl zu wünschen, aber dem Zweck der augenblicklichen Verhältnisse entspreche dies nicht; doch müssen sich die andern Parteiblätter möglichst mit den Hauptorganen in Harmonie setzen und in den prinzipiellen

Fragen dem Programm unbedingt unterordnen. Kein Blatt dürfte daher als Parteiblatt anerkannt werden, das sich diesen Bedingungen nicht füge. Die Zeit, wann ein Hauptorgan zu schaffen sei, könne vielleicht jetzt schon festgestellt werden.

Jedenfalls könne der nächste Congreß schon Vorschläge hierüber entgegen nehmen, wie das zu machen sei.

Vahlteich beantragt, ohne Generaldiskussion sofort auf die Spezialdiskussion einzugehen.

Löwenstein ist für die Generaldiskussion, weil man sich dann in dieser wichtigen Frage mehr Klarheit verschaffen könne, als in einer Spezialdiskussion.

Vahlteich's Antrag wird indessen angenommen.

Ein Antrag von Reimer, welcher will, daß über sämmtliche vom Congreß gewählte Beamten eine Urabstimmung stattfinden soll, wird abgelehnt.

Kayser beantragt, daß zunächst in Berathung und Beschlußfassung über die Zahl der Parteibehörden getreten werde.

Dies wird angenommen.

Hartmann ist gegen die Wahl eines Ausschusses.

Frick dafür, denn man dürfe den Centralpunkt nicht nur in einen Ort verlegen.

Lingner für einen Ausschuß, welcher als Exekutivbehörde zwischen Vorstand und Controlcommission im Falle eines Streites fungiren müßte.

Gadow will die Controlcommission nicht direkt vom Congreß gewählt wissen.

Lehmann ist beauftragt, gegen einen Ausschuß zu stimmen.

Strecker gleichfalls dagegen, ebenso Kayser, weil dadurch die Controle zur Illusion gemacht werde.

Burkhardt ist für den Ausschuß.

Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Hurlemann gegen den Ausschuß.

Prinz wegen besserer Centralisation für den Ausschuß, ebenso Kokosky.

A. Kapell spricht für die Beibehaltung der Commissionsvorlage, weil der Schwerpunkt nicht in die Macht einer einzigen Mitgliedschaft gelegt werden dürfe.

Auer als Referent: Die Anhänger des Ausschusses seien sich nicht recht klar gewesen, welche Funktionen dem Ausschusse zugetheilt werden sollen. Eine Executivbehörde sei derselbe nicht. Nur wenn ein Conflikt zwischen Vorstand und Controlcommission eintrete, könne er in Thätigkeit treten. Nachdem man die Parteiblätter habe und sich leichter als früher verständigen könne, sei diese Einrichtung nicht mehr geboten; Redner ist daher für § 3 mit Streichung des Ausschusses.

A. Kapell betont, daß der Ausschuß dennoch eine Executivbehörde sei.

Nachdem noch Hartmann, Dreesbach, Heinemann und Derossi über den § 3 gesprochen, wird die Einsetzung resp. Wahl eines Vorstandes und eines Ausschusses je fast einstimmig, die Einsetzung einer

Controlcommission mit Stimmenmehrheit analog der Commissionsvorlage angenommen. (Sitz der Controlcommission bestimmt der Congreß.)

Auf Antrag wird der Schluß der heutigen Versammlung auf 8 Uhr festgesetzt.

Zu Punkt 1 der Organisation stellt Dreesbach den Antrag auf unveränderte Annahme der Commissionsvorlage, mit Ausnahme der Zeitdauer (3 Monate), welche länger sein soll. Der hierauf bezügliche Antrag von Gießen wird nicht unterstützt.

Böttcher beantragt, die Zeitdauer auf 2 Monate festzusetzen.

Referent Auer spricht gegen den Antrag von Dreesbach und empfiehlt nochmals die unveränderte Annahme des Punkt 1 der Commissionsvorlage.

Punkt 1 wird hierauf nach Vorlage der Referenten (Commission) angenommen.

Es folgt Punkt 2. Ullrich beantragt: Die Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können auf Antrag der Genossen an irgend einem Orte durch den Vorstand ausgeschlossen werden; Berufung an den Parteicongreß ist zulässig, jedoch darf ein ausgeschlossener Genosse, bevor der Congreß über ihn entschieden, nicht von irgend einem andern Orte in die Partei aufgenommen werden.

Geib empfiehlt die Annahme des § 2 nach der Commissionsvorlage und kritisirt den Antrag von Ullrich, der sich von selbst verstehe.

Der Antrag von Ullrich wird nicht unterstützt. — § 2 wird nach der Commissionsvorlage angenommen.

Zu § 3 beantragt Löwenstein: Die Controlcommission hat an einem andern Orte als der Vorstand ihren Wohnsitz.

Fink beantragt: Vorstand und Controlcommission sollen nicht vom Congreß gewählt werden.

Schluß der Debatte wird angenommen. — Löwenstein's Antrag, sowie ein ähnlicher Antrag A. Kapell's werden durch Hinweis des Vorsitzenden auf Punkt 10 der Vorlage vorläufig zurückgelegt.

Hartmann beantragt, daß sämmtliche Parteibehörden auf dem Congreß gewählt und durch Urabstimmung bestätigt werden sollen; dies wird abgelehnt.

Prinz beantragt, den 1. und 2. Vorsitzenden nicht auf dem Congreß, sondern durch Urabstimmung zu wählen; auch dies wird abgelehnt.

O. Kapell beantragt, daß in § 3 in dritter Zeile das Wort „Controlcommission" gestrichen werde.

Dieser Antrag wird angenommen und, nachdem der Beginn der morgigen Sitzung auf 8 Uhr festgesetzt, die heutige Sitzung um 8 Uhr geschlossen.

Sechste Sitzung: Mittwoch den 26. Mai, Vorm. 9 1/4 Uhr.

Eröffnung durch Hasenclever. — Schriftführer Scheu und Kuhl. — Die Präsenzliste wird von Reinders verlesen und fehlen: Bebel (entschuldigt), Böttcher, Dreesbach, Gieseke, abgereist: Reichelt, Stolle und Hirsch.

Das Protokoll vom Montag Nachmittag wird verlesen und genehmigt.

Der Vorsitzende Hasenclever nimmt das Wort und erläutert die vorgenommenen Abänderungen in der Organisation bis § 4 der gedruckten Vorlage. — Hierauf kommt § 4 zur Berathung.

Von O. Kapell, Klute, Meister, Glebe, Wichtendahl, Tutzauer und Dreesbach wird dazu folgender Antrag eingebracht: „hinter Parteicongreß" die Worte zu setzen: „wenn die Mehrzahl der Controlcommission damit einverstanden ist."

Der Antrag wird genügend unterstützt, ein Antrag von Klein nicht.

Auer (als Referent) ersucht, den Vorschlag der Commission unverändert anzunehmen, weil, wenn man für alle Fälle Fürsorge treffen wolle, wir uns ein ganzes Buch von Bestimmungen anlegen müßten. Eventuell könne ja auch der Vorstand zur Einberufung eines außerordentlichen Congresses durch die Controlcommission gezwungen werden.

Heinemann erklärt sich mit dem Commissionsvorschlag einverstanden, macht jedoch darauf aufmerksam, daß einige redaktionelle Abänderungen vorgenommen werden müßten.

O. Kapell: Er habe sein Amendement deshalb gestellt, um der Controlcommission bei außerordentlichen Fällen und Congressen mehr Macht zu sichern. Auch sei alsdann bei der Einberufung eines solchen außerordentlichen Congresses mehr Vertrauen unter den Arbeitern.

Geib: Es sei durchaus falsch, wenn man die Macht des Vorstandes beschneiden wolle. Das Mitregieren der Controlcommission sei, entschieden verkehrt. Sie hätten in der Eisenacher Partei damit schlimme Erfahrungen gemacht. Wenn die 5 Vorstandsmitglieder nicht den richtigen Zeitpunkt zur Abhaltung eines außerordentlichen Parteicongresses zu wählen verständen, so verstehe es die Controlcommission erst recht nicht.

Klein: Der Absatz sei in der vorgeschlagenen Fassung durchaus nicht anzunehmen. Derselbe sei selbst von den Eisenachern nicht richtig verstanden worden, und bitte er, denselben sich einmal genau durchzulesen.

Vorsitzender Hasenclever: Es könnten ja politische Ereignisse eintreten, welche die Einberufung eines außerordentlichen Congresses nothwendig machten; und in diesen Fällen sei doch der Vorstand besser in der Lage, die Sachlage beurtheilen zu können als die Controlcommission.

Reinders: Auch er sei nicht mit der vorgeschlagenen Fassung einverstanden, und weil vor dem Congresse oft ein großes Mißtrauen herrschen könne, so bitte er, daß der Vorstand nur im Einverständniß mit der Controlcommission und dem Ausschuß berechtigt sei, einen außerordentlichen Congreß einzuberufen.

Frick begreift nicht, wie die centralistischen Lassalleaner sich gegen diesen Absatz wenden könnten. Nicht wir bestimmten immer Alles in der Partei, sondern es gebe auch andere Mächte, welche bestimmend auf die Abhaltung außerordentlicher Congresse wirken können.

Es erfolgt Schluß der Debatte. — Der Antrag O. Kapell's wird abgelehnt und Punkt 4 in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Hierauf wird § 5 verlesen.

Prinz beantragt, statt ein Drittel der Delegirten ein Sechstel zu sagen; dem wird zugestimmt und darauf der § 5 in dieser Fassung angenommen.

Zu § 6 beantragt die Commission, den letzten Absatz zu streichen.

Rackow beantragt: „Der Vorstand hat behufs Wahl der Delegirten die Partei in Kreise von je 400 Mitgliedern einzutheilen."

Fritzsche beantragt, einzuschieben: „Die Gewählten und die Zahl der auf sie gefallenen Stimmen sind in der nächsten Nummer der beiden Parteiorgane zu veröffentlichen."

Stuhr und Petzold beantragen, einzufügen: „Die Controlcommission hat die Erlaubniß, 2 ihrer Mitglieder zum Congreß zu schicken.

Frick und Klein beantragen, einzufügen: „Alle Vorstandsmitglieder müssen auf dem Congreß anwesend sein."

Lehmann beantragt, einzufügen: „Sämmtliche Congreßbeschlüsse sind den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten."

Bei der Unterstützungsfrage wird ein Antrag von Gießen (gedr. Vorlage 3) nicht unterstützt, alle andern Anträge erhalten genügende Unterstützung.

Auer (als Referent): Trotz der vielen Gegenanträge bitte er, die Vorschläge der Commission unverändert anzunehmen. Daß auf den Congressen alle 5 Vorstandsmitglieder anwesend sein sollten, sei überflüssig, da 2 den Vorstand ganz gut vertreten könnten, und käme hierbei auch der Kostenpunkt sehr in Betracht. In außerordentlichen Fällen sei es ja selbstverständlich, daß der Gesammtvorstand auf dem Congresse anwesend sei.

Nach Kopfzahl abzustimmen sei aus dem Grunde nicht praktisch, weil ja in Preußen und Baiern die Organisation nicht durchzuführen sei, indem die bestehenden Gesetze dies nicht erlaubten. Das Veröffentlichen der gewählten Delegirten sei wohl gut, aber diese Bestimmung würde doch nicht befolgt, wie er das aus Erfahrung wisse. Auch eine Urabstimmung sei aus polizeilichen Gründen nicht möglich. Man sei bisher in der Berathung der Organisation von dem Gesichtspunkte ausgegangen, als ob jeder Beamte ein Spitzbube sei; doch wenn man die Beamten von dem Congresse ausschließen wolle, so bemerke er, daß die 400 Stimmen eines Mandats den Congreß nicht beeinflussen könnten.

Sei ein Beamter schlecht, so suche sich derselbe auch vor dem Congreß Kreaturen zu verschaffen, welche alsdann für ihn stimmten. Doch erwarte er, daß der Congreß Ehrenmänner zu Beamten wähle, und die würden bei Streitfragen nicht in ihrer eigenen Sache mitstimmen.

Es wird sofortiger Schluß beantragt.

Wytzka spricht gegen den Schluß; man dürfe nicht Denen das Wort abschneiden, die etwas Wichtiges sagen wollten.

Der Schluß wird angenommen.

Geib (zur faktischen Berichtigung): Der Referent habe betont, daß die Organisation in Preußen und Baiern nicht durchgeführt werden könnte. Dies sei jedoch nicht richtig, nur die falsche Anwendung der Gesetze habe in vielen Fällen diese Meinung hervorgerufen. An einem Orte sei es bisher erlaubt gewesen, sich zu organisiren, und an andern Orten seien dieselben Organisationen polizeilich aufgelöst worden.

Auer bemerkt, daß überall, wo bisher Anklage erhoben, auch die Verurtheilung erfolgt sei.

Hasenclever constatirt, daß in Preußen auch Mitgliedschaften des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins", gegen welche Anklage erhoben, freigesprochen worden seien.

Kokosky: Obertribunalsbeschlusse seien keine Gesetze. Nach zehn Jahren sei auch in Richterkreisen oft eine andere Ansicht wie vorher, und es sei die Meinung der Richter auch in beständigem Schwanken.

Alle Anträge zu 6 werden hierauf abgelehnt.

Geib wünscht die Bestimmung aufgenommen, „in prinzipiellen und organisatorischen Fragen wird nach den Stimmen der Mandatgeber abgestimmt", und beantragt hierüber Wiederaufnahme der Debatte. Letzteres wird angenommen.

Geib beantragt: „Die Abstimmung geschieht in Organisations- und Prinzipienfragen, sowie bei Wahlen der Parteibehörde, nach Anzahl der vertretenen Parteigenossen mit einfacher Majorität, in allen übrigen Fragen nach Kopfzahl der Delegirten."

Kayser ist gegen diesen Antrag.

Rackow befürwortet denselben.

Hartmann: Wenn es möglich wäre, die Kreiseintheilung vorzunehmen, so sei er damit einverstanden; doch da dies nicht möglich, bitte er den Antrag Geib's anzunehmen.

Löwenstein befürwortet Geib's Antrag.

Frick: Es sei nicht möglich, den Grundsätz, wonach nach Köpfen auf dem Congreß abgestimmt werden solle, zu acceptiren, weil sonst ja kleine, dem Congreßorte nahe gelegene Orte ganz leicht eine ganze Masse Delegirte schicken könnten, welche die entfernteren, aber auch in der Partei bedeutenderen Orte mit leichter Mühe überstimmen könnten, und das sei die Terrorisirung der Majorität durch die Minorität.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gestellt und angenommen. — Der Antrag Geib's wird angenommen, und sodann gleichfalls Punkt 6 mit diesem Antrag.

Zu § 7 hat Sylvanus in Hamburg folgenden Antrag gestellt: „Spätestens 4 Wochen nach Schluß des Parteicongresses muß das Congreß-Protokoll den Parteimitgliedern zum Selbstkostenpreis zugänglich gemacht werden."

A. Kapell ist gegen den Antrag, denn wenn bei Verkauf der Protokolle ein Ueberschuß erzielt werde, so komme dieser der Partei zu gut.

Fritzsche: Wir können diesen Antrag nicht annehmen, weil oft ein großer Theil der Protokolle liegen bleibt.

Gadow bittet die Protokolle doch billig herzustellen, da sonst der größte Theil derselbe liegen bleibe.

Es wird Schluß der Debatte bestimmt. — § 7 wird hierauf nach der Vorlage angenommen.

Die Berathung über § 8 der Vorlage wird hierauf eröffnet.

Kayser beantragt folgenden Zusatz: „Der Vorstand darf nicht länger als 3 Jahre an einem und demselben Orte wohnen." — Der Antrag wird genügend unterstützt.

Geib beantragt in Uebereinstimmung mit den Referenten, den Be-

ginn des § 8 der gedruckten Vorlage folgendermaßen zu ändern: „Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Vorstande, bestehend aus 2 Vorsitzenden, 2 Secretären und 1 Kassirer, übertragen."

Auer spricht für den Antrag. Er hält es für nothwendig, daß der Congreß 5 gleichberechtigte Mitglieder in den Vorstand wähle und die Vertheilung der Funktionen des Vorstandes, so weit dies möglich, den Mitgliedern desselben überlasse. Auf den Antrag Kayser's lege er keinen großen Werth, denn wenn derselbe auch angenommen würde, könnte er doch kaum zur Ausführung gelangen, da er einfach nicht praktisch sei. Der Congreß sei majorenn und werde wohl erwägen, welchen Ort und welche Personen er wähle. Früher hätte der Antrag Kayser's noch einigen Sinn gehabt; man konnte doch zur Begründung desselben anführen, daß die Mitglieder des Vorstandes zu großen Einfluß auf die Ortsmitglieder ausüben und dadurch ihre Wiederwahl sichern könnten. Dieser Grund fällt jetzt, da die Mitglieder des Congresses nach der neuen Vorlage vom Congreß und nicht von den Mitgliedern des Vorortes gewählt werden.

Kayser erklärt, er habe den Antrag im Auftrage seiner Mandatgeber gestellt. Es sei eine alte Erfahrung, daß gewisse Orte, an denen der Parteiausschuß seinen Sitz habe, sich nach und nach zur Parteiresidenz entwickelten, eine Thatsache, welche für die Partei von Nachtheil sei, und erklärt sich gegen die zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, da ihm dieselben als eine Art altrömischer Consuln vorkommen.

Geib ist gegen den Antrag Kayser's. Er fände den Vorschlag annehmbar mit Bezug auf den Sitz der Controllcommission, soweit derselbe überhaupt praktisch durchführbar ist. Was die Wahl der Vorstandsmitglieder anbelangt, halte er die Wahl von zwei Vorsitzenden und zwei Secretären ohne Rangunterschied für nothwendig. Die Erfahrung habe gelehrt, daß ein beständiger Vorsitzender im Vorstande nicht nothwendig, da die verschiedenen Mitglieder abwechselnd den Vorsitz führen können. Dagegen könnte es möglicherweise der Eine oder der Andere gegen seine Würde halten, dem Vorstande beizutreten, wenn vom Congreß Rangunterschiede bezüglich der Vorsitzenden und Secretäre beschlossen würden.

Strecker ist gegen die Wahl von fünf Personen. Ein Vorsitzender, ein Secretär und ein Kassirer genüge vollkommen zur Erledigung der Geschäfte.

Prinz hält die Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden durch den Congreß für unerläßlich.

Fritzsche will die Frage der Besoldung erörtert sehen, da dieselbe mit der Wahl des Vorsitzenden u. s. w. im engen Zusammenhange stehe.

Geib verlangt, daß man die Besoldungsfrage getrennt behandele.

Frick meint, erst müsse man die Funktionen bestimmen, bevor man an die Discussion der Gehalte gehen könne. Er sei für die Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden.

Prinz will die Beamten der Partei ordentlich bezahlt sehen. Wir waren getrennt und konnten anständige Besoldungen geben, und jetzt — wo wir vereinigt und stark sind — können wir es um so mehr.

Steffens kann dem Antrage Geib's betreffs der beiden Vorsitzen=

den mit dem Abwechseln in den Parteigeschäften nicht zustimmen; es könnte gelegentlich etwas vorkommen, und es wälzt dann der Eine die Schuld auf den Andern; deshalb halte er es für zweckmäßig, wenn Einer die Geschäfte für immer führt; jedoch wolle Redner diese Wahl unter den obwaltenden Umständen nicht empfehlen, sondern die Vorstandsmitglieder können diesen Posten unter sich vertheilen. Gleichzeitig bemerke Redner, daß der Passus in Betreff der Wahl der Parteibeamten, so wie es hier heißt „für die Dauer bis zum nächsten Congreß" nicht mit dem schon angenommenen § 3, wo es heißt „auf die Dauer eines Jahres gewählt", im Einklange stehe, es müßte das noch geändert werden.

Baumann unterstützt diesen Antrag. Bezüglich der Wahl des Vorstandes ist er mit Geib einverstanden; auch er halte es für nothwendig, daß man fünf gleichberechtigte Personen wähle, denen man die Vertheilung der Funktionen überlassen solle. Ueber die Besoldungsfrage könne man nicht sprechen, bevor man sich nicht klar gemacht habe, wie viele Personen zur Besorgung der Geschäfte der Partei nothwendig seien. Man habe gesagt, drei Personen seien genügend; er könne dies nicht glauben, da die Arbeit sehr bedeutend sei.

O. Kapéll ist gegen den Vorschlag Geib's bezüglich der Wahl des Vorstandes. Auch die Art, wie Steffens die Sache erledigen möchte, scheine ihm nicht praktisch zu sein. Die Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden durch den Congreß sei absolut nothwendig, wenn die Leitung der Partei eine einheitliche und kräftige sein soll. Auch

Finn verlangt die Wahl der Funktionäre auf dem Congreß. Und zwar wegen der Verantwortlichkeit. Wenn man dem Vorschlage Geib's zustimmte, dann könnte auf einem der nächsten Congresse, im Falle Anklagen erhoben würden, Einer die Schuld auf den Andern schieben.

Hartmann erklärt sich für den Commissionsantrag. Warum haben wir den Präsidenten abgeschafft? Einfach weil die Leitung der Partei durch eine einzelne Person nothwendigerweise die Diktatur im Gefolge habe. Man habe von Verantwortlichkeit gesprochen. Nun, für die einzelnen Arbeiten werden uns die verschiedenen Funktionäre, für die Geschäftsführung und Leitung der Agitation der Gesammt-Vorstand verantwortlich sein. Ein vom Congreß gewählter erster Vorsitzender wäre der alte Präsident in einer neuen Form. — Was die Besoldungsfrage anbelangt, meine er, man solle die zwei Secretäre ganz, und den Kassirer theilweise besolden. — Die Lassalleaner hätten früher den Kassirer vollständig bezahlt, seien aber davon abgekommen, nachdem Vater in Hamburg erklärt habe, er könne recht wohl die Stelle eines Kassirers und die eines Bevollmächtigten zu gleicher Zeit versehen, da ihn das letztere Amt nicht ganz in Anspruch nehme. Vater habe 20 Thaler monatlich als Kassirer bezogen und nebenbei noch als Maurer arbeiten können.

Reimer ist entschieden dagegen, daß man jetzt — nachdem man den persönlichen Präsidenten abgeschafft habe, den Präsidenten in einer neuen Form wiedereinführe. Der Vorstand sei ein Direktorium von fünf Personen, welche gemeinschaftlich verantwortlich sind. Die wichtigsten Personen im Vorstande seien nicht die Vorsitzenden, sondern die Secretäre, da auf ihnen die größte Last von Arbeit liegen werde.

Frick verwahrt sich gegen die Beschuldigung, den Präsidenten wiedereinführen zu wollen. Der Unterschied zwischen dem ersten Vorsitzenden und dem Präsidenten liege auf der Hand. Ersterer müsse die anderen Vorstandsmitglieder bei allen seinen Handlungen zu Rathe ziehen, während dem Präsidenten der Lassalleaner unbeschränkte Machtvollkommenheit zu Gebote stand. Die Beeinflussung der Majorität durch den ersten Vorsitzenden sei nicht zu befürchten, deshalb sei er für die Aufrechterhaltung der Compromißbeschlüsse der Vorconferenz.

Die Debatte ist damit geschlossen.

Hasenclever empfiehlt als Referent die Annahme der Commissionsvorschläge und die Ablehnung des Antrags von Steffens.

Vater erklärt (zur thatsächlichen Berichtigung) daß er nur zu gewissen Zeiten habe arbeiten können, worauf

Hartmann entgegnet, er habe nur mitgetheilt, was Vater seiner Zeit öffentlich erklärte.

O. Kapell (zur persönlichen Bemerkung) weist darauf hin, daß der erste Vorsitzende nur Organ des Ausschusses sein soll.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Geib's und der Referenten wird angenommen, die Anträge von Steffens und Kayser dagegen verworfen. Der abgeänderte Paragraph wird dann als Ganzes angenommen.

Der Paragraph 9 wird hierauf ohne Debatte (entsprechend der gedruckten Vorlage) angenommen und die Discussion über § 10 eröffnet.

A. Kapell beantragt: „Der Congreß beschließt, die Controlcommission wird von den Parteigenossen desjenigen Ortes gewählt, wo die Commission ihren Sitz hat."

Walther beantragt (gegen den Vorschlag der Referenten, welche 9 Mitglieder in die Controlcommission zu wählen beantragen), „die Zahl 7, welche in der gedruckten Vorlage steht, beizubehalten."

Löwenstein beantragt: „Die Controlcommission hat an einem anderen Orte als der Vorstand ihren Sitz zu nehmen."

Auer erklärt sich im Namen der Commission mit dem Antrage A. Kapell's einverstanden. Er erweitert denselben, indem er als Wahlmodus die Wahl mittelst Stimmzettel und einfacher Majorität vorschlägt.

Prinz glaubt, es wäre am besten, die Wahl der Controlcommission im Congreß vorzunehmen.

A. Kapell erwähnt, daß wir ja nicht die nöthige Personenkenntniß haben, um eine solche Wahl vorzunehmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Walther's angenommen. Ebenso die Anträge von Löwenstein und A. Kapell. Der des Letzteren mit dem Amendement der Commission.

Ein Vorschlag A. Kapell's, erst 4 Wochen nach dem Congreß die Wahl der Controlcommission vorzunehmen, wird verworfen und der ganze § angenommen.

Fritzsche beantragt: „daß die Statuten der neuen Organisation wie sie aus den Verhandlungen des Congresses hervorgegangen sind,

sofort gedruckt werden, um sie an die Delegirten, behufs Berichterstattung, zu vertheilen.

Der Vorsitzende erklärt dies für selbstverständlich.

Die Discussion über § 11 wird eröffnet.

Ein Antrag von Lehmann, die Zahl der Ausschußmitglieder von 18 auf 12 herabzusetzen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Klute, Dreesbach und Genossen beantragen, anstatt „an verschiedenen Orten wohnen können", „an 18 verschiedenen Orten wohnen müssen" zu setzen.

Stuhr beantragt an derselben Stelle die Worte: „welche an verschiedenen Orten wohnen müssen."

Reimer erhält zur Fragestellung das Wort. Er möchte wissen, ob die Worte der Vorlage: „Zu allen Sitzungen des Ausschusses und der Controlcommission" u. s. w. so zu verstehen seien, daß jedes Mitglied des Vorstandes nach Belieben behufs der Controle auf Kosten der Partei herumreisen könne — worauf

Auer erklärt, man habe diese Worte in den Vorbesprechungen so verstanden, daß die Vorstandsmitglieder nur im Auftrage des Vorstandes auf Kosten der Partei Reisen unternehmen können. In keinem anderen Falle. Vergnügungsreisen mögen die Herren aus der eigenen Tasche bezahlen.

Klein macht auf die §§ 12 und 13 aufmerksam. Der Ausschuß habe das Recht, in gewissen Fällen Mitglieder der Controlcommission abzusetzen, wozu Unabhängigkeit der Ausschußmitglieder unbedingt nothwendig sei. Wenn mehrere an einem Orte wohnen, können leicht Beeinflussungen stattfinden.

Hasselmann spricht für die Vorlage. Er sei früher für eine Zerstreuung des Ausschusses über möglichst viele Orte gewesen, sei aber jetzt durch Erfahrung anderer Meinung geworden. In der Partei der Lassalleaner haben sehr oft von 24 Personen blos 5 oder höchstens 9 ihre Stimmen abgegeben. Das Herumsenden von langen Aktenstücken oder das 18 malige Abschreiben derselben lasse sich nicht immer bewerkstelligen, kurz die Maschinerie des Ausschusses sei bei einer Zerstreuung der Mitglieder eine schwerfällige. Deshalb befürworte er, daß man in größeren Städten nicht blos 1, sondern, je nach der Zahl der Parteigenossen, 3, 4 oder 5 Mann wähle. Ohne Meinungsaustausch habe der Ausschuß keine Lebensfähigkeit, da er nie in die Verhältnisse der Partei ohne ausreichende Information eingreifen könne.

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag von Klute, Dreesbach und Genossen verworfen; ebenso der Antrag Stuhr, worauf § 11 in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung Annahme findet.

§ 12 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 13 beantragt Köhnke hinzuzufügen: „Es steht den Enthobenen der Appell an den Congreß zu."

Auer und Geib sprechen für die Vorlage.

Köhnke für seinen Antrag, hält den Zusatz für nothwendig.

Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen.

Auer macht auf § 2 aufmerksam, in welchem gesagt ist, daß jedem Ausgeschlossenen die Berufung an den Congreß freisteht.

Baumann (zur thatsächlichen Berichtigung) constatirt, daß § 2 nur von Ausgeschlossenen und nicht auch von Enthobenen handele, deshalb hier nicht in Betracht zu ziehen sei.

Die Debatte ist geschlossen. — Der Antrag Köhnke wird abgelehnt und der von den Referenten befürwortete Zusatz zur gedruckten Vorlage: „Die Ergänzungswahl erfolgt nach den Bestimmungen des § 10", angenommen. — Der ganze § 13 wird hierauf angenommen.

Die Verhandlungen werden um 12 Uhr vertagt.

Wiedereröffnung der Sitzung Nachmittags 2¼ Uhr durch Geib. Die Verlesung der Präsenzliste ergiebt, daß 2 Mitglieder, Richter und Tutzauer, abwesend sind. Als Abgereiste werden verzeichnet: Kettel, Böttcher, Mamme, Richter und Risch.

Derossi verliest hierauf das Protokoll der Sitzung vom 25. Nachmittags.

Hasenclever übernimmt den Vorsitz und eröffnet die Discussion über § 14 der Organisation, nachdem er die darüber vorliegenden Anträge verlesen. Die Letzteren sind folgende:

Von Prinz: Zu setzen anstatt „vorläufig" — „bis zum nächsten Congreß".

Heinemann beantragt: Sofort Mittel und Wege zu suchen, um ein einheitliches Hauptorgan in nächster Zeit zu gründen.

Heerhold beantragt: Officielle Organe der Partei sind vorläufig der „Neue Sozialdemokrat" zu Berlin und der „Volksstaat" zu Leipzig. Beide Organe sind Eigenthum der Partei. Dieselben sollen aber sobald wie möglich als Hauptorgane eingehen und an Stelle derselben soll ein einziges Centralorgan gesetzt werden, welches in Berlin erscheint.

Auer als Referent: Er sieht aus den Verhältnissen, wie sie sich entwickelt haben, keine Möglichkeit, für jetzt eine andere Einrichtung in Bezug auf die Parteipresse zu schaffen, als die gegenwärtig bestehende. Das Streben nach Schaffung eines einzigen Hauptorgans herrscht überall in der Partei. Man sei der Ansicht, so lange zwei Hauptorgane, wie die jetzt vorhandenen, existiren, werden auch zwei verschiedene Parteiströmungen nicht zu verwischen sein. Das sei jedoch nicht richtig. Er sei auch im Prinzip für ein Hauptorgan, aber trotzdem der festen Ueberzeugung, daß Mißhelligkeiten, wie sie früher in der Arbeiterbewegung aufgetaucht, nie mehr vorkommen. Die Gefahr einer neuen Spaltung existire nicht mehr, wenn auch zwei Blätter vorhanden sind. Aus praktischen und namentlich aus finanziellen Gründen erklärt sich der Redner für Beibehaltung beider Blätter. Je mehr Blätter wir übrigens haben, desto größer ist unser Einfluß auf das Volk. Unpraktisch und gefährlich für die Einigkeit sei es ferner, einem der beiden Blätter den Vorzug zu geben. Weiter führt der Redner aus, daß bei einem ausschließlichen Centralorgane die bedeutendsten wissenschaftlichen Kräfte der Partei angestellt, und daß ein solches Organ in Berlin erscheinen müsse. Liebknecht, der hier unstreitig mit in Frage komme, würde nun von der Redaktion dieses Blattes ausgeschlossen sein, weil seiner Uebersiedelung nach Berlin Polizeischwierigkeiten im

Wege liegen. Aus diesen Gründen empfiehlt der Redner Annahme der Commissionsvorlage. Auch über die Eigenthümerschaft der beiden Blätter müsse man sich einigen. Der „Volksstaat“ sei jetzt Eigenthum der Leipziger Genossenschaft. Der faktische Eigenthümer des „Neuen Sozialdemokrat“ sei Hasenclever. Man könne nicht schlichtweg sagen, die Blätter seien Eigenthum der Partei.

Hasselmann beantragt: Statt „offizielle Organe“ „Hauptorgane“ zu setzen.

Heinzel beantragt, daß die beiden Organe bestehen bleiben und als Hauptorgan der „Agitator“ ernannt werden soll.

Der Schluß der Rednerliste wird beantragt. Es sind darin 42 Namen verzeichnet. Der Schluß der Rednerliste wird nach kurzer Debatte angenommen.

Brückmann beantragt als Zusatz zu § 14: „Die Ueberschüsse der Organe fließen in eine einheitliche Kasse.“

Es wird beschlossen, nur noch drei Redner für und drei gegen den Commissionsantrag sprechen zu lassen.

Heerhold erklärt, wegen gebundenen Mandats für Errichtung eines einzigen Hauptorgans eintreten zu müssen. Spricht sich ferner gegen die Parteilokalblätter und die Gewerkschaftsblätter aus. Dieselben bereiten nach Meinung des Redners den Hauptorganen großen Schaden. Redner verliest, um ein Beispiel für seine Worte anzuführen, einen Brief, und fordert, man solle die kleinen Blätter eingehen lassen.

Hartmann: Es hat in Norddeutschland eine bedeutende Agitation für Eingehen der beiden Organe und Herstellung eines Hauptorganes stattgefunden. Dieses Projekt ließe sich aber ohne große Geldverluste nicht realisiren. Die Meinung, die Uneinigkeit der Parteien werde durch die Beibehaltung zweier Blätter aufrecht erhalten, sei irrig. So gut wie die Parteibehörden über die Haltung eines Blattes wachen können, können sie auch die zwei Blätter überwachen. Wenn man nur ein Blatt habe, so sei die Möglichkeit vorhanden, daß dasselbe eine Gedankenfabrik werde. Der Redner erklärt sich schließlich für Beibehaltung der beiden Blätter und Gründung eines dritten Hauptorgans, sobald die Verhältnisse dies gestatten.

Fahl erklärt, er und seine Mandatgeber seien der Meinung, zur völligen Einheit der Partei sei Verschmelzung der Parteiorgane nöthig. Die finanziellen Bedenken seien nicht stichhaltig.

Groß beantragt: Beide Organe sind Eigenthum der Partei unter Aufsicht des Vorstandes.

Harm beantragt zur Geschäftsordnung: Liebknecht und Hasselmann als Redakteuren noch das Wort zu verstatten. — (Dies wird angenommen.)

Kuhl ist dafür, „offizielle Organe“ statt „Hauptorgane“ zu sagen, und erklärt sich im Uebrigen für die Vorlage. Ein Organ könne nicht allen Meinungen so Rechnung tragen, wie zwei Organe. Deshalb würde gerade die Beibehaltung letzterer günstig für die Einigkeit wirken.

Meyer: Es sei schon in Aussicht gestellt, später noch eine ganze Reihe von Unterorganen zu gründen. Deshalb sei es um so nöthiger, gleich ein Hauptorgan herzustellen, damit die verschiedenen Strömungen

nicht auseinanderfließen. Wenn man dem Hauptorgane die nöthige Agitation widmet, wird es bald einen ebenso großen Einfluß haben, als z. B. jetzt der „Neue Sozialdemokrat".

Liebknecht: Er sei ein entschiedener Freund eines einzigen offiziellen Organes. Hierüber sei auch keine Meinungsverschiedenheit in der ganzen Partei. Es handelt sich nur darum, wann und wie das offizielle Organ herzustellen sei. Jetzt ist's noch unmöglich. Jedenfalls darf es nicht auf Kosten der schon vorhandenen Organe gegründet werden. Das Projekt, eins der beiden Blätter zu zerstören, sei ein vandalisches. Wir brauchen beide Blätter, und mehr. Die Partei auf ein einziges Blatt beschränken, hieße sie zum geistigen Tod verurtheilen. Bei zwei Blättern hört die Gefahr der (vorher von einigen Rednern gefürchteten) „Gedankenfabrik" auf. Die Presse sei das wichtigste Kampfmittel der Partei; sie zu zerstören, heißt Selbstmord begehen, den Gegnern die Partei preisgeben. — Die Zeitungen sind nicht in erster Linie Geldquellen, sondern wir müssen damit unsere Ideen verfechten und verbreiten. Unser gefährlichster Feind ist nicht das stehende Heer der Soldaten, sondern das stehende Heer der feindlichen Presse. Unsere beste und einzige Waffe gegen die feindliche Presse, gegen die Reptilien-Organe, ist unsere Presse; so lange wir sie haben, wird sie die Fahne sein, um die wir uns schaaren können, selbst wenn die Organisation aufgelöst würde.

Hasselmann: Unsere Presse sei keine „Gedankenfabrik", es werde darin jeder Meinungsäußerung der Parteigenossen Aufnahme gewährt. Eine Discussion, die kürzlich zwischen ihm und Kapell im „Neuen Sozialdemokraten" stattgefunden, sei ein Beispiel dafür. Weiter erklärt der Redner: die Presse soll Eigenthum der Partei sein, in der Weise, daß die Ueberschüsse für Parteizwecke verwandt werden. Damit die Blätter von keinem Bourgeois abhängen, habe man auch für Berlin Gründung einer Genossenschafts-Buchdruckerei angebahnt. Das Eigenthumsrecht an dergleichen Genossenschaftsgeschäften sollen sich möglichst alle Parteigenossen erwerben und die Blätter dann als Eigenthum der Genossenschaften erklärt werden.

Liebknecht macht in Bezug auf eine Aeußerung Auer's die persönliche Bemerknng, daß die Schwierigkeiten, welche seiner Uebersiedelung nach Berlin entgegenstehen, das Centralorgan-Projekt nicht berühren; seine Person könne dem Parteiinteresse nicht im Weg stehen; überdies wäre seine direkte Betheiligung an dem Centralorgan sehr fraglich, da er sich auf längere Zeit nach Paris zu begeben habe.

Es wurden noch einige persönliche Bemerkungen gemacht.

Hasenclever als Referent ergreift das Wort und verliest eine Widerlegung der Behauptungen, die in dem von Heerhold verlesenen Briefe enthalten sind. Ferner betont Redner, das Hauptorgan der Partei darf nicht in die Hände einer Handelsgesellschaft gegeben werden, sondern muß Eigenthum der politischen Partei bleiben. Redner mißbilligt die Ausdrücke „Gedankenfabrit" und „papierner Papst", da man sonst auch das angenommene Programm „papiernen Papst" betiteln könne. Eine Gedankenfabrik sei nicht so gefährlich, als eine Gedankenzersplitterung und Verwirrung, welche eine nicht centralistische Presse hervorbringe. Redner empfiehlt schließlich den Antrag von Prinz.

Es erfolgt Abstimmung.

Der Antrag von Prinz wird angenommen. Dadurch fallen die Amendements von Schweckendiek, Heinemann, Heerhold. Die Commissionsvorlage wird im Uebrigen mit großer Majorität angenommen.

Der Vorsitzende verliest § 15. Zwei zu diesem Paragraph gestellte Anträge erhalten nicht die genügende Unterstützung.

A. Kapell u. Gen. beantragen, statt „die Redacteure" zu sagen: „die verantwortlichen Redacteure".

Auer erklärt diesen Antrag für eine persönliche Malice, auf die er nicht antworte.

Der Vorsitzende rügt den Ausdruck „Malice".

Hörig: Es gebe verantwortliche Redacteure und verantwortliche Agitatoren. Liebknecht habe lange genug als verantwortlicher Redacteur gezeichnet.

Ullrich erklärt sich entschieden gegen den Kapell'schen Antrag.

Schluß der Debatte wird angenommen.

A. Kapell weist in einer persönlichen Bemerkung Auer's Aeußerung zurück.

Hasselmann spricht gegen den Antrag.

Der Antrag von A. Kapell u. Gen. wird abgelehnt, und § 15 in der Fassung der Vorlage angenommen.

Tutzauer, Meister und Glebe beantragen, die Worte „soweit dies nicht der Congreß dem Vorstand überweist" zu streichen; dies wird abgelehnt.

Schweckendiek beantragt, zu setzen: „3 Revisoren", statt 2. Wird abgelehnt.

§ 16 wird nach der Vorlage ohne Debatte angenommen. Ebenso § 17.

Zu § 18 werden verschiedene Amendements gestellt, welche schon bei der Unterstützungsfrage fallen.

Auer erhält zu § 18 das Wort. Er erklärt, daß in Anbetracht der verschiedenen Richtungen und Strömungen, die hier berücksichtigt werden müssen, der vorliegende Paragraph hinsichtlich seiner Fassung geradezu ein Meisterwerk sei. Innerhalb der Eisenacher Partei sei schon längst eine der Gründung von Lokalblättern feindliche Richtung vorhanden gewesen. Die praktische Erfahrung habe gelehrt, daß einestheils die Leitung der Partei bei der Gründung von Lokal-Parteiblättern ein Wort mitsprechen müsse, daß aber auch die Parteipresse nicht auf einzelne Hauptorgane beschränkt werden könne. Man solle gegenüber den jetzt bestehenden Lokal-Organen nicht zu sehr das Recht, zu befehlen, in Anspruch nehmen, da dies auch die Pflicht, event. die Kosten zu bezahlen, sehr nahe lege. Redner erklärt die Annahme des Antrags bez. den Ueberschüsse für unpraktisch. Dieselben würden ohnehin für Parteizwecke verwendet.

Es wird beschlossen, daß 3 Redner für und 3 Redner gegen die Vorlage sprechen sollen.

Reinders meint, die Redakteure der kleinen Lokalblätter seien mitunter Gedankenfabrikanten. Die Genossenschaften, welche Eigenthümer der Lokalblätter sind, beruhen größtentheils auf Schulze-Delitzschem

Prinzip. Die Lokalblätter machen den Hauptorganen Concurrenz. Man solle sie als Eigenthum der Partei erklären.

Ullrich führt die bei einem Lokalblatt in Offenbach stattgefundenen Mißhelligkeiten vor und erklärt sich für die Vorlage der Commission.

Molkenbuhr: Die vielen Blätter vereiteln die Erzielung von Ueberschüssen. Die große Politik werde in diesen Blättern wenig gepflegt und lokalen Angelegenheiten der Vorzug gegeben. Es wäre auch besser, die geistigen Kräfte der Partei bei der Redaction des Hauptorgans zu vereinigen, statt, wie es durch die Lokalblätter geschehe, ein Heer von Literaten mit nur communaler Bildung heranzuziehen.

A. Kapell: Man müsse die Lokalblätter da gründen, wo sie nothwendig sind und dann, wenn man das Geld dazu habe. Redner gibt Notizen darüber, welche Kosten die Erhaltung eines Organs beanspruche, und weist auf die Gefahren hin, welche die Gründung von Produktivgenossenschaften in sich schließe. Die kleinen Blätter seien zum Theil nur gegründet worden, um Redacteuren und Expedienten Stellungen zu schaffen.

Hartmann: Die Lokalblätter stehen unter Controle des Vorstandes. Man solle sich freuen, wenn recht viele ordentliche Literaten in unsere Partei kommen würden, eine Befürchtung in dieser Hinsicht, wie sie von einem Vorredner angedeutet, sei widersinnig. Wenn man in Hamburg ein Parteiorgan gründe, so wäre das ein ganz bedeutender Vortheil für die Partei. Man solle das Urtheil Derer, die mit den speziellen Verhältnissen betraut sind, in Erwägung ziehen.

Auer weist auf die Wirksamkeit der Lokalparteipresse gegenüber der Bourgeoislokalpresse hin, deren Verläumdungen man ohne ein Lokalblatt schutzlos preisgegeben ist. Bei der großen Ausdehnung, welche die Partei nimmt, solle man doch die Bewegung nicht selbst hemmen durch Bekämpfung der Lokalparteipresse. Ein Beschluß auf Beseitigung derselben werde an den thatsächlichen Verhältnissen zerschellen.

Kokosky zur persönlichen und faktischen Bemerkung gegen Kapell: Die Aeußerung, die Blätter wären zum Theil blos zur Unterbringung von Redacteuren gegründet, verletze ihn nicht, sondern werfe nur ein bezeichnendes Licht auf den, der sie gemacht habe. Der „Volksfreund" sei zur Vertheidigung gegen den Verleumdungseifer der Gegner in den Kriegsjahren gegründet.

Köhnke bemerkt gegen Auer, daß durch die Annahme seines Antrages nicht bestimmt würde, die Defizits der Lokalblätter zu decken, sondern dies geschehe durch die Annahme der Vorlage, wo eben den in's Leben getretenen Lokalblättern die materielle Unterstützung gewährt sei.

Grillenberger: Mit den Fortschritten des „Nürnberg-Fürther Socialdemokrat" sei dort auch die Zahl der Parteigenossen und „Volksstaat"-Abonnenten gewachsen. Von Produktivgenossenschaftsspielerei könne man bezüglich Nürnbergs nicht reden. Ebensowenig sei die Bemerkung über die Redacteure anwendbar.

Molkenbuhr: Er habe nicht von einer Gefahr bezüglich des Literatenthums gesprochen, sondern nur gesagt: Wir ziehen ein Literatenheer von communaler Bildung heran.

Hoffmann weist bezüglich des „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“ die Aeußerung Kapell's über die Anstellung von Redacteuren zurück.

A. Kapell entgegnet Kokosky und erklärt, die Aeußerung wegen der Anstellung von Redacteuren ꝛc. nicht so gemeint zu haben, wie sie aufgefaßt worden. Redner erwähnt noch der Gründung des „Pionier“ und erklärt, die Gewerkschaftsblätter einer centralisirten Organisation seien unter Umständen nützlicher, als die politischen Lokalblätter.

Fritzsche weist darauf hin, daß die meisten Redacteure, die hier in Frage kommen, gemaßregelte Arbeiter sind.

Baumann bemerkt, Kapell habe sich geäußert, daß man Hunderte von Redacteuren auf der Straße finden könne; solche Redacteure seien dann aber auch darnach.

Es erfolgt die Abstimmung, und § 18 wird in der Fassung der Vorlage angenommen.

§ 19 wird ohne Debatte angenommen.

Kayser erklärt, daß er zwar das gebundene Mandat habe, im Falle der Ausschuß beibehalten werde, gegen die Organisation zu stimmen; da er aber die geschaffene Compromißorganisation für eine gute Grundlage der Vereinigung halte, so werde er, um keinen Mißton in das Vereinigungswerk zu bringen, für dieselbe stimmen.

Es erfolgt nun Verlesung der Organisation nach den Beschlüssen des Congresses. Dieselbe lautet:

Organisation der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

§ 1. Der Partei kann Jeder angehören, der sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und für die Förderung der Arbeiterinteressen thatkräftig, auch durch Geldopfer, eintritt. Wer drei Monate keine Beiträge leistet, wird nicht mehr als Parteigenosse betrachtet.

§ 2. Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können vom Vorstand ausgeschlossen werden. Berufung an den Parteicongreß ist zuläßig.

§ 3. Alljährlich findet ein Parteicongreß statt, auf welchem die Verhältnisse der Partei berathen werden. Der Sitz des Vorstandes und der Sitz der Controlcommission werden dort für ein Jahr bestimmt; ferner Vorstand und Ausschuß für die Dauer eines Jahres gewählt.

§ 4. Der Vorstand kann einen außerordentlichen Parteicongreß einberufen. Der Vorstand muß einen solchen innerhalb sechs Wochen einberufen, wenn die Mehrzahl der Controlcommission und des Ausschusses, oder ein Sechstel sämmtlicher Parteigenossen die Einberufung beantragen. Der Vorstand bestimmt den Ort des Parteicongresses. Der Vorstand ist verpflichtet, mindestens acht Wochen vorher Zeit und Ort des Parteicongresses den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen.

§ 5. Zu jedem Parteicongreß ist die vorläufige Tagesordnung mindestens fünf Wochen vorher durch den Vorstand den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen. Die spätestens 20 Tage vor dem Congreß von Seiten der Parteigenossen einlaufenden Anträge sind 14 Tage vor dem Congreß als definitive Tagesordnung zu veröffentlichen. Selbstständige Anträge, welche innerhalb der letzten 20 Tage vor dem Congreß, oder erst auf dem Congreß gestellt werden, kommen nur dann

zur Verhandlung, wenn sich mindestens ein Sechstel der Delegirten dafür erklärt.

§ 6. Auf dem Parteicongresse darf ein Delegirter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht in Organisations- und Prinzipienfragen, sowie bei Wahlen der Parteibehörden nach Anzahl der vertretenen Parteigenossen mit einfacher Majorität, in allen übrigen Fragen nach Kopfzahl der Delegirten. Der Vorstand ist berechtigt, zwei seiner Mitglieder, die Controlcommission und die Redaktionen und Expeditionen der beiden offiziellen Parteiorgane je eines ihrer Mitglieder zum Congreß zu delegiren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des gesammten Vorstandes auf dem Congreß zulässig.

§ 7. Spätestens vier Wochen nach Schluß des Parteicongresses muß das Congreßprotokoll den Parteimitgliedern zugänglich gemacht werden.

§ 8. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Vorstand, bestehend aus zwei Vorsitzenden, zwei Sekretären und einem Kassirer, übertragen. Der Kassirer hat eine von der Controlcommission gutzuheißende Caution oder Bürgschaft zu stellen. Das Gehalt der Vorstandsmitglieder wird durch den Congreß festgesetzt. Sämmtliche Vorstandsmitglieder müssen an einem und demselben Ort ihren Wohnsitz haben. Sie werden vom Parteicongreß für die Dauer bis zum nächsten, gleichviel ob ordentlichen oder außerordentlichen Parteicongreß, und zwar in besondern Wahlgängen mit absoluter Majorität gewählt. Sollte bei der ersten Wahlhandlung eines Wahlganges die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden, so hat zwischen den beiden meistbestimmten Personen eine engere Wahl stattzufinden. Weder ein Mitglied der Redaction, noch der Expedition der Parteiorgane darf dem Vorstande angehören. Treten im Laufe des Jahres Vakanzen ein, so besetzt die Controlcommission für die betreffende Zeit die erledigte Stelle. Vierteljährlich hat der Vorstand eine Abrechnung, monatlich ein Verwaltungscirkular an die Controlcommission und an den Ausschuß zu schicken.

§ 9. Der Vorstand muß sich binnen 14 Tagen nach dem Parteicongreß constituiren; bis dahin verbleibt dem bisherigen Vorstand, falls der Congreß nicht anders verfügt, die Geschäftsführung.

§ 10. Zur Controlirung des Vorstandes besteht eine Controlcommission von sieben, an einem und demselben Orte wohnenden, Personen. Der Sitz der Controlcommission darf nicht der Sitz des Vorstandes sein. An die Controlcommission können alle vom Vorstande nicht berücksichtigten Beschwerden zur Erledigung gerichtet werden. Die Wahl der Controlcommission erfolgt durch die am Orte ihres Sitzes wohnenden Parteigenossen, und zwar mittelst Stimmzettel mit einfacher Majorität. Die Wahl hat spätestens 14 Tage nach dem Congreß stattzufinden.

§ 11. Der Ausschuß, welcher im Fall von Differenzen zwischen Vorstand und Controlcommission in Thätigkeit treten muß, besteht aus 18 Personen, welche an verschiedenen Orten wohnen können. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Congreß in besonderen Wahlgängen, in gleicher Weise wie der Vorstand, und zwar für die Dauer bis zum nächsten Congreß gewählt. Der Ausschuß wird durch seinen Vorsitzenden

einberufen, und zwar auf Antrag des Vorstandes oder der Controlcommission oder neun seiner Mitglieder. Die Einberufung muß binnen 14 Tagen erfolgen. Zu allen Sitzungen des Ausschusses und der Controlcommission haben die Mitglieder des Vorstandes Zutritt und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. Stimmberechtigt sind sie nicht.

§ 12. Der Ausschuß und die Controlcommission sind berechtigt, falls der Vorstand seine Pflichten verletzt, oder sich weigert, bei nachgewiesenen Fahrlässigkeiten Abhülfe zu schaffen, denselben mit absoluter Majorität abzusetzen; ebenso können unter den nämlichen Verhältnissen einzelne Vorstandsmitglieder vom Amte entfernt werden. Ist das Letztere der Fall, so besetzen die Controlcommission und der Ausschuß vereinigt bis zum nächsten Congreß die betreffenden Posten. Sind mehr als zwei Mitglieder des Vorstandes vom Amte entfernt, so muß innerhalb sechs Wochen ein Parteicongreß zur Neuwahl berufen werden. Bis dahin verwaltet die Controlcommission und der Ausschuß die Partei durch eine zu ernennende Commission.

§ 13. Auf Antrag des Vorstandes kann der Ausschuß einzelne oder sämmtliche Mitglieder der Controlcommission ihrer Thätigkeit entheben. Alle Ergänzungswahlen für die Controlcommission sind nach den Bestimmungen des § 10 vorzunehmen.

§ 14. Offizielle Organe der Partei sind bis zum nächsten Congreß der „Neue Social-Demokrat“ zu Berlin und der „Volksstaat“ zu Leipzig. Beide Organe sind Eigenthum der Partei; in Bezug hierauf werden die Formalien durch den Vorstand nach den Beschlüssen des Congresses erledigt.

§ 15. Die Redacteure, die ständigen Mitarbeiter und die Expedienten der in § 14 genannten Organe werden, soweit dieses nicht der Congreß dem Vorstand überweist, auf dem Congreß gewählt, und ihre Gehälter dort bestimmt; Hülfsredacteure und Expedienten 2c. und deren Gehalt werden auf Antrag der Redactionen und Expeditionen vom Vorstande bestimmt. Der Congreß entscheidet über den Preis und die Größe der Blätter. Die Expedienten, welche die Kasse der Blätter führen, haben Caution oder Bürgschaft zu stellen.

§ 16. Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung der in § 14 genannten Parteiorgane hat der Vorstand je zwei Revisoren zu ernennen, falls er die Revision nicht selbst vornehmen kann. Diese Revisoren haben nach Anweisung des Vorstandes mindestens ein Mal monatlich das Kassenwesen der genannten Blätter zu revidiren, jederzeit auf Verlangen dem Vorstand, beziehentlich der Controlcommission, sowie einem jeden Parteicongreß Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.

§ 17. Der Vorstand ist berechtigt, bei Pflichtverletzung die Redacteure und Expedienten ihres Amtes zu entheben. Denselben steht die Berufung an die Controlcommission zu, welche die Berufung entweder abweisen oder sich an den Ausschuß behufs gemeinsamer Entscheidung wenden kann. Controlcommission und Ausschuß können mit Stimmenmehrheit den Beschluß des Vorstandes annulliren. Berufung an den Congreß ist zulässig.

§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Controlcommission und des Ausschusses,

welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden ins Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten, und sind gleich den beiden in § 14 genannten Organen in taktischen Parteifragen dem Vorstand unterstellt.

§ 19. Der Vorstand ist verpflichtet, die vierteljährliche Abrechnung der Parteikasse, sowie der Kassen der Organe, welche Eigenthum der Partei sind, nachdem sämmtliche Theile von den zuständigen Parteibehörden geprüft worden sind, jedesmal in der ersten Hälfte des neuen Quartals den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen.

Der Vorsitzende Geib schreitet zur Generalabstimmung.

Die verlesene Organisation wird einstimmig angenommen, und hierauf vom Vorsitzenden die Partei für konstituirt erklärt (6 Uhr Abends).

Dem neuzuwählenden Vorstand wird aufgegeben, sich, in Verbindung mit sachkundigen Parteigenossen, eventuell mit gewiegten Juristen, über eine Geschäftsordnung für die Partei zu einigen.

Fritzsche verliest im Auftrage der Mandatsprüfungscommission die Namen der Delegirten und die Zahl der von Jedem vertretenen Stimmen, um festzustellen, daß die nachträglich eingelaufenen Mandate richtig verzeichnet sind. (Siehe die Liste am Schluß des Protokolls.)

Der Vorsitzende schließt die Sitzung Abends 6¾ Uhr und vertagt den Congreß bis morgen Nachmittag 3 Uhr.

Siebente Sitzung: Donnerstag den 27. Mai, Nachmittags 3¼ Uhr.

Vorsitzender Geib. — Schriftführer Rödiger und Scheu. — Bei Verlesung der Präsenzliste fehlen als abgereist Günther und Petermann.

Es beantragen Hoffmann, Dotzauer und Wendler, Punkt 6 der Tagesordnung (Wahl der Parteibehörden) sogleich vorzunehmen. Dies wird angenommen.

Bebel schlägt in Anbetracht der Polizei-Schwierigkeiten Hamburg als Sitz des Vorstandes vor. Auch sei die Partei dort sehr stark und habe unter beiden Richtungen viele geeignete Personen, die eventuell in den Vorstand gewählt werden könnten. Auch sei es gut, wenn der Vorstand nicht in Leipzig oder Berlin seinen Sitz bekommt, weil die dort erscheinenden Parteiorgane leicht seinem dominirenden Einflusse ausgesetzt sein könnten. Hamburg müsse die Ehre haben, den Vorstand der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu erhalten.

Hasselmann schließt sich der Hauptsache nach Bebel an; auch könnte die dortige große Mitgliedschaft eine angemessene Controle über den Vorstand ausüben.

Frick: Er könne sich durch sogenannte Nützlichkeitsgründe nicht leiten lassen. Er sei entgegen Bebel der Ansicht, daß der Vorstand den Organen der Partei ganz nahe sein muß. Er erkläre die Hamburger Vereinsgesetze als die reaktionärsten Deutschlands. Er schlage Berlin vor; trotz allen Verfolgungen, trotz Tessendorf muß der Sitz des Vorstandes dort sein. Es wurde ja im „Neuen Social-Demokrat" so fest behauptet, daß wir uns mit solchen Paragraphen wappnen würden, daß kein Tessendorf uns mehr treffen könne.

Klein spricht für Hamburg als Sitz des Vorstandes.

Groß desgleichen, wenn es auch nicht, wie behauptet wurde, der Fall sei, daß von allen Orten Hamburg bei der Reichstagswahl die meisten Stimmen für unsern Candidaten abgegeben; das Verhältniß sei in Ottensen z. B. ein günstigeres.

Molkenbuhr ist ebenfalls für Hamburg, trotz seines reaktionären Vereinsgesetzes; nöthigenfalls könne man den Sitz des Vorstandes verlegen.

Bebel: Man muß bei der Wahl des Ortes seine Größe in's Auge fassen. Frick sei im Mißverständniß gewesen, wenn er glaubt, es habe ihn (Bebel) der Gedanke geleitet, daß die Parteiblätter machen könnten was sie wollten. Er wolle nur, daß der Vorstand sie nicht in seinen Händen habe und beeinflusse. Mag auch Hamburg reaktionäre Vereinsgesetze haben, jetzt kommen die Gesetze nicht mehr in Betracht, sondern ihre Handhabung. Im Weimar'schen herrschte vollständige Vereins- und Versammlungsfreiheit, dies gefiel aber gewissen Personen in Berlin nicht, und Weimar erließ eine Ministerial-Verordnung, durch welche alle Freiheiten über den Haufen geworfen wurden. Den Vorstand nach Berlin legen, weil Berlin die Hauptstadt des Reiches ist, hieße ihn für die Dauer dorthin legen. Ist Berlin die Hauptstadt des deutschen Reiches, so ist Hamburg die Hauptstadt des deutschen Sozialismus.

Es wird Schluß der Debatte angenommen und hierauf Hamburg als Sitz des Vorstandes bestimmt.

Herzog stellt den Antrag, erst das Gehalt der Vorstandsmitglieder zu bestimmen, und dann die Personenfrage zu erledigen. Dies wird angenommen.

Bebel: Es ist zwar beschlossen, zwei gleichberechtigte Vorsitzende zu wählen; es wird aber doch der eine beständiger Geschäftsleiter sein, und der andere nur in Ausnahmefällen die Geschäfte zu übernehmen haben. Demnach muß die Höhe der Gehälter für die beiden Vorsitzenden verschieden sein. Er schlage für Denjenigen, der für beständige Geschäftsleitung bestimmt wird, 65 Thlr. monatlich vor, für den andern würden 10 oder 15 Thlr. genügen, und möge für den Fall, daß der zweite in die Stelle des ersten Vorsitzenden rücken muß, das Gehalt entsprechend erhöht werden.

Die Sekretäre hingegen würde man gleich besolden müssen, und schlage er 50 Thlr. monatlich vor. Dem Kassirer, der hoffentlich viel zu thun bekommt, möge man 30—35 Thlr. Monatsgehalt bewilligen.

Klein empfieht Bebel's Antrag im Prinzip.

Es wird Schluß der Diskussion angenommen.

Die Gehälter werden nun folgendermaßen festgesetzt: Geschäfts-

leitender Vorsitzender monatlich 65 Thlr., dessen Stellvertreter 15 Thlr., die beiden Secretäre je 50 Thlr., der Kassirer 35 Thlr.

Der Vorstand erhält die Ermächtigung, das Gehalt des zweiten Vorsitzenden nach dem Vorschlage Bebel's unter Verhältnissen zu erhöhen.

Es kommt nun die Personenfrage zur Diskussion; eine General-Diskussion wird abgelehnt.

Geib schlägt zum geschäftsleitenden Vorsitzenden Hasenclever vor; dasselbe geschieht von Seiten Bebel's. Letzterer schlägt ferner vor, mittelst Stimmzettel zu wählen.

Geib bemerkt, daß die Organisation auch öffentliche Wahlen zulasse und er diese empfehle.

Aus der Wahl geht nunmehr Hasenclever mit allen gegen eine Stimme hervor.

Bäthke bemerkt, daß er sich der Abstimmung enthalten habe. — Es wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Bebel: Der Wunsch seiner Freunde sei es, daß von Seiten der Lassalle'schen Richtung 3 Personen in den Vorstand gewählt werden. Dieselben hätten Hartmann neben Hasenclever in Aussicht genommen, da er tüchtig sei und in Hamburg großen Anhang habe,

Hasselmann und Fritzsche erklären sich für den Vorschlag Bebels.

Klein fühlt sich gezwungen, sich gegen die Person Hartmann's als Vorstandsmitglied zu wenden, da er aus früheren und jetzt gesammelten Erfahrungen einsehe, daß derselbe nicht die geeignete Person sei. Hartmann habe sich namentlich heute Morgen in einer gemeinen und verletzenden Weise geäußert. Redner schlägt Richter in Wandsbeck vor.

Der Vorsitzende ertheilt dem Redner wegen des vorhin gebrauchten unparlamentarischen Ausdrucks eine Rüge.

Größ hält Hartmann für zu parteiisch und schlägt Richter-Wandsbeck vor, der wohl unbestritten mit genügenden Fähigkeiten ausgestattet sei.

Vater will zugeben, daß Hartmann wohl tüchtig in der Agitation sei; gute Agitatoren seien aber nicht immer gute Organisatoren. Er halte Geib oder Auer für passender.

Prinz empfiehlt Geib, welcher jedoch auf das Amt eines Vorsitzenden verzichtet.

Klute erklärt sich entschieden gegen Hartmann, nicht aus persönlicher Abneigung, oder weil er dessen Fähigkeiten anzweifelt. Wenn Jemand ein guter Redner ist, ist er noch kein guter Organisator. Er kenne Hartmann seit Jahren, und sei er ihm zu parteiisch und von Vorurtheilen eingenommen. Er empfehle Richter-Wandsbeck.

A. Kapell ist nicht in der Lage, für Hartmann stimmen zu können, weil seine Handlungsweise heute Vormittag ihn dazu veranlasse. Auch lege Hartmann oftmals allzuscharf den eisernen Maßstab an, und das sei nicht gut. Hartmann habe über sein Organisationstalent auch noch keine genügende Probe abgelegt.

Es wird Schluß der Diskussion angenommen.

Persönlich bemerkt Heinemann, daß Hartmann bei der letzten Wahl in 5 Kreisen kandidirt habe, daß er schon 1871 Reichstagskandidat gewesen, und daß er das Vertrauen der Hamburger Mitglieder besitze.

Löffelbein und Bäthke erklären sich für Hartmann.

Bebel bemerkt, man habe innerhalb seiner Richtung viel unangenehme Erinnerungen an Richter; auch sei er nicht bekannt genug.

Reimer ist für Hartmann, der in Mecklenburg bei der Reichstagswahl organisatorisches Talent bewiesen.

Petzold spricht ebenfalls für Hartmann.

Köhnke bemerkt Reimer gegenüber, da derselbe auf Hartmann's organisatorisches Talent aufmerksam gemacht, daß Redner in Hartmann's Kieler Wahlkreis kein Titelchen von Organisation gefunden, welches von ihm herrührte; denn sonst müßte es dort anders stehen.

Auf Anfrage erklärt Hasenclever, da er einmal versprochen, mit Hartmann gemeinsam zu arbeiten, er auch gewillt sei, sein Wort zu halten, und gedenke er trotz eines Zwischenfalles Gutes mit ihm zusammen zu schaffen; hierauf wird Hartmann mit großer Majorität gewählt.

Es folgt die Wahl der Sekretäre. Hörig schlägt Auer und Derossi vor, und werden beide ohne Debatte gewählt.

Zum Kassirer wird einstimmig Geib gewählt.

Der Vorsitzende Geib proklamirt hierauf die gewählten Personen als Vorstandsmitglieder.

Es wird nun der Ort des Sitzes der Controlcommission bestimmt, und Leipzig hierzu erkoren.

Der Vorsitzende ersucht sodann, Vorschläge für die Mitglieder des Ausschusses zu machen. Es werden solche gemacht von Klein, Bebel, Groß, Fritzsche, Löffelbein, Hasselmann und Prinz.

O. Kapell schlägt vor, erst die Zahl der Orte zu bestimmen, auf die sich die Ausschußmitglieder vertheilen sollen.

Dreesbach wünscht, nicht gewählt zu werden.

Geib betont, man möge den früheren Richtungen Rechnung tragen.

Vahlteich ersucht, Hasselmann's Liste zunächst zu berücksichtigen, da sie die Vorschläge Bebel's und Fritzsche's zusammen enthalte.

Geib hält dies nicht für richtig.

A. Kapell verzichtet auf seine Wahl, und schlägt für Berlin Mielke und Finn vor.

Vater verzichtet zu Gunsten Heinemann's.

Tölcke wünscht, nicht gewählt zu werden, ebenso Frick.

Es werden gewählt: Bernstein-Berlin. Heinemann-Hamburg. Schumacher-Cöln. Prinz-Frankfurt a. M. Vahlteich-Chemnitz. Finn-Berlin. Moje-Nürnberg. Fritzsche-Berlin. Endres-Augsburg. Reimer-Altona. Bronnenmeier-Göppingen. Meister-Hannover. Bock-Gotha. Zwinner-Bielefeld. Klees-Magdeburg. Kuhl-Barmen. Bracke-Braunschweig. Reinders-Breslau.

Die Sitzung wird Abends 6½ Uhr auf 15 Minuten vertagt.

Wiedereröffnung der Sitzung Abends 7¼ Uhr.

Der Vorsitzende Geib verliest 2 Telegramme, von Höchst und Kalk, sowie eine Zuschrift aus Chemnitz.

Die Debatte über die Tagesordnung „Die Parteipresse" wird unter Hinweis auf § 15 der Organisation eröffnet.

Bebel schlägt vor, die Personen- und Gehaltsfrage dem Vorstand zu überlassen, warnt aber davor, die Blätter in die Hand einer ein-

zelnen oder einer kleinen Anzahl von Personen zu geben, da dies in geschäftlicher Beziehung viele Unzuträglichkeiten im Gefolge haben könne.

Luchtenberger verlangt im Auftrage seiner Mandatgeber, daß die Blätter als Eigenthum einer Genossenschaft erklärt werden.

Stuhr stellt den Antrag, bis zum nächsten Congreß die Eigenthumsverhältnisse der Blätter so zu belassen, wie sie jetzt sind.

Fritzsche ist aus denselben Gründen wie Bebel dafür, der „Neue Sozialdemokrat“ solle Eigenthum der Berliner Genossenschafts-Buchdruckerei sein. Er sei durchaus nicht für Produktivgenossenschaften à la Schulze-Delitzsch; hier handele es sich aber um ein Geschäft, welches die Agitation der Partei fördere, nicht Einzelnen, sondern der ganzen Partei zum Nutzen gereichen solle.

Hasenclever kann sich weder mit dem Antrage von Stuhr, noch mit dem von Fritzsche einverstanden erklären, sondern befürwortet, da dies nach der Organisation sehr wohl angehe, das Eigenthumsrecht dem jeweiligen Vorstande zu übertragen. Man habe schon traurige Erfahrungen gemacht mit Genossenschaften, deshalb möge man vorsichtig sein. Gewöhnlich sind solche in die Hände weniger Mitglieder übergegangen. Daher sei es bedenklich, Genossenschaften die Blätter als Eigenthum zuzuweisen. Er ist damit einverstanden, das Blatt nicht auf eine einzelne Person zu übertragen, aber es solle der ganzen Partei das Eigenthumsrecht verbleiben.

Harm: Wenn man die Blätter einzelnen Personen in die Hände spiele, könne dies eventuell Gefahren für die eben erst geeinigte Partei mit sich bringen. Er sei entschieden für den Antrag Bebel's.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Hasselmann: So lange es bei den Lassalleanern einen Präsidenten gab, hatte er das Blatt in den Händen, und konnte damit machen, was er wollte. Dies sei der damaligen Organisation entsprechend gewesen; jetzt habe sich die Sache aber geändert. Wenn der „Neue Sozialdemokrat“ auf die 5 Vorstandspersonen eingetragen sei, und nur eine derselben füge sich nicht dem Beschlusse der Mehrheit, so könne dadurch, nach den Gesetzen, das Blatt sofort ruinirt werden. Ein solcher Zustand sei mit dem „polnischen Reichstag“ zu vergleichen und könne nicht eingeführt werden. Bei einer eingetragenen Genossenschaft ist nach denselben Gesetzen, diese Gefahr nicht vorhanden, weil diese das Recht der juristischen Person genieße. Der Einwand, die Genossenschaft könne sich der Partei gegenüber stellen, sei hinfällig, denn die besten Partei-Mitglieder werden der Genossenschaft angehören. Auch schon der Erhaltung des Blattes selbst wegen muß die Genossenschaft mit der Partei gehen.

Groß ist der Ansicht, daß alles Reden über diesen Punkt nichts ändern werde, da — wie es ihm scheine — bereits ein Compromiß geschlossen sei, der die Entscheidung beeinflusse.

Bebel: Er wisse nicht, wohin die Aeußerung von Groß zielen solle. Es sei nicht im Geringsten ein Mißtrauen gegen irgend Jemand vorhanden. Aber man müsse das Eigenthum der Partei auf alle Fälle sicher stellen. Der Redner beweist durch das Beispiel der Leipziger Genossenschaftsdruckerei, daß die Gefahr, eine solche Genossenschaft gerathe mit der Zeit in die Hände Weniger, nicht vorhanden sei.

Hasenclever erklärt, gegen die Genossenschaft als solche nicht gesprochen zu haben.

Kayser erörtert noch weiter die Unzuträglichkeiten, welche durch Uebertragung des Eigenthumsrechts der Blätter entstehen können, und spricht den Wunsch aus, daß die Aufnahme der Mitglieder in die zu gründende Genossenschaft nicht vom Aufsichtsrath derselben abhänge, sondern das Beitrittsrecht jedem Parteigenossen garantirt sei.

A. Kapell wünscht mehr Aufklärung über die Lebensfähigkeit einer Genossenschaft, welche von so geringen Beiträgen wie die in Rede stehenden, gegründet werden soll, denn um einen Ueberschuß von mehreren tausend Thalern jährlich zu erzielen, bedürfe es schon eines beträchtlichen Kapitals, welches schwerlich mit einem Beitrag von $2^1/_2$ Gr. monatlich aufzubringen sei. Fachkenner, mit denen er hierüber Rücksprache genommen, hätten ihm hierin vollkommen beigestimmt. Redner habe ferner einen Vergleich angestellt zwischen dem Preise, welcher für den Druck des „Neuen Sozialdemokrat“ an einen gewöhnlichen Geschäftsmann, und dem Preise, welcher für den Druck des „Volksstaat“ an die Genossenschaft gezahlt wird, und habe gefunden, daß die Genossenschaft durchaus nicht billiger drucke. Außerdem sei ihm von Verein, dem Drucker des „Neuen Sozialdemokrat“, gesagt worden, daß er, der Drucker, die Herstellungskosten des Blattes ermäßigen wolle und zwar solle in Zukunft für den Satz statt 23 Thlr. nur 21 Thlr. und für den Druck statt 1 Thlr. 5 Ngr. pro Tausend Exemplare nur 1 Thlr. bezahlt werden. Man möge dies mit in Erwägung ziehen, und die Gründung der Genossenschaft nicht so überstürzt betreiben, zumal die Arbeiter zu einer thatkräftigen Unterstützung des Unternehmens gegenwärtig zu arm seien.

Baumann: Es sei ein großer Unterschied, ob der Reingewinn beim Druck eines Blattes einem Buchdruckereibesitzer oder einer Arbeitergenossenschaft zu Gute komme. Redner ist gegen den Antrag Stuhr's, sowie gegen das Projekt, dem Vorstand das Eigenthumsrecht zu übertragen.

Frick fragt an: im Falle 100 oder mehr Bourgeois in die Genossenschaft eintreten, um möglicher Weise das Unternehmen in ihre Hände zu bekommen, kann man dies hindern?

Geib beantwortet diese Frage mit Ja. Es sei in den Statuten eine Bestimmung in § 3 darüber getroffen, wonach der Aufsichtsrath das Recht hat, Personen den Eintritt zu verweigern.

Rackow bemerkt, die Berliner Genossenschaft bestehe und nur an den Parteigenossen liege es, daß dieselbe lebens- und ertragsfähig werde. Die Angelegenheit, welche A. Kapell hinsichtlich des Druckers Verein vorgebracht, halte er für eine Geschäftspolitik. Er wundere sich sehr, daß Verein ihm kein Wort davon gesagt habe; wenn A. Kapell dem Redner dies mitgetheilt hätte, würde er darauf gedrungen haben, daß der Drucker von dem Tage an, wo er sich so erklärt, auch nur den niedrigen Preis bezahlt erhalten hätte. Redner werde deshalb auch sofort an Verein telegraphiren, ob er gewillt sei, von heute an den Satz für den „Neuen Sozialdemokrat“ für 21 Thlr. und den Druck pro Tausend für 1 Thlr., wie er dies A. Kapell angeboten, zu liefern.

Ueber die Frage, ob die Berliner Genossenschaftsdruckerei schon bestehe, oder nicht, werden eine Reihe von persönlichen Bemerkungen gemacht.

Brückmann verlangt Wiederaufnahme der Debatte, um die Ansichten der Parteigenossen in Hamburg und Altona, die noch nicht gehört wurden, zur Geltung bringen zu können. (Wird abgelehnt.)

Stuhr's Antrag wird ebenfalls abgelehnt.

Bebel's Antrag kommt zur Abstimmung. Der erste Theil desselben lautet dahin, daß die Feststellung des Redaktions- und Expeditionspersonals, der Gehalt, wie die Verwaltung der Blätter dem Vorstand übertragen werde. Dies wird angenommen.

Weiter heißt es im Antrag, daß die offiziellen Parteiorgane Eigenthum der Genossenschaften werden. Auch dieser Passus wird angenommen.

Fritzsche: Zu der Frage, ob die Berliner Genossenschaft vom Congreß anerkannt werden solle, bemerkt der Redner, die Anerkennung solle stattfinden, aber es sei das Gutachten der Parteigenossen über die Organisirung derselben erst einzuholen. Redner stellt den Antrag: Es mögen die Herren Hasenclever, Hartmann, Auer, Derossii und Geib ein Gutachten für die in Berlin bestehende Genossenschaftsdruckerei abgeben, nach welchem dieselbe ihr Statut möglichst verbessern kann.

Brückmann erklärt sich gegen den Fritzsche'schen Vorschlag bez. des Gutachtens.

Grillenberger: Die Genossenschaft sei bereits juristische Person und könne schon das Eigenthumsrecht übernehmen, auch wenn sie noch nicht den Druck besorge.

Ramm: Es handele sich hier doch nicht um eine Schulze-Delitzsch'sche Genossenschaft. Der Redner erörtert, wie die Verhältnisse einer Genossenschaft, wie die projektirte, von vorn herein jede Befürchtung bez. der Sicherheit für die Blätter ausschließen.

Stuhr beantragt: Das Eigenthumsrecht an dem „Neuen Sozialdemokrat" ist der Berliner Genossenschaftsdruckerei zu übertragen.

Dieser, sowie der Antrag Fritzsche's werden angenommen.

Bebel wünscht, die Annahme von Mitgliedern zur Genossenschaft schon hier zu ermöglichen.

Dies wird angenommen, und die ev. Mitglieder an Fritzsche gewiesen.

Geib referirt hierauf über die „Sozialpolitischen Blätter." Schon früher sei der Nutzen eines belletristischen Blattes allseitig anerkannt worden; man solle deshalb aus den sozialpolitischen Blättern eine belletristische Zeitschrift machen, welche mit ähnlichen Blättern, z. B. „Gartenlaube" 2c., concurriren könne. Redner betont den Einfluß, welchen ein solches Blatt namentlich auf die Frauen erlangen werde, und constatirt, daß es sofort lebensfähig sein werde. Er beantragt deshalb, am 1. Oktober die „Sozialpolitischen Blätter" eingehen und dafür das neue belletristische Blatt erscheinen zu lassen.

Heerhold verlangt, die ersten Hefte der Zeitschrift gratis den Colporteuren zu überlassen, wie es alle Verleger solcher Blätter thun; wenn man es nicht so einrichte, würde es nicht in andere Kreise dringen. Wenn man es ohne Romane ausstattet, wird es ebenfalls nicht die gewünschte Verbreitung finden; Redner meine aber selbstverständlich sozialistische Romane, z. B. wie „Lucinde" von Schweitzer.

Reinders meint, die Honorirung der literarischen Beiträge sei hoffentlich nicht nöthig, da die Partei jetzt viele geistige Kräfte habe, die etwas thun könnten. Er kritisirt den Inhalt der „Sozialpolitischen

Blätter" und polemisirt gegen deren Redaktion, weil dieselbe versprochen, eine Biographie Lassalle's zu bringen, hierbei aber nicht mehr als den Anfang geliefert habe.

Geib beantragt: die „Sozialpolitischen Blätter" bleiben bis zum 1. Oktober d. J. bestehen. Alsdann sind dieselben in ein gut ausgestattetes illustrirtes, belletristisches Wochenblatt umzuwandeln. Der Preis dieses Blattes ist auf 10—12 Groschen pro Quartal festzustellen.

Bebel beantragt: Daß das Eigenthumsrecht der „Sozialpolitischen Blätter" durch den Parteivorstand in ähnlicher Weise geregelt werde, wie für die andern offiziellen Organe der Partei.

Klein verlangt gute Illustrationen.

Grillenberger einen entsprechenden Titel.

Geib's Antrag wird angenommen, ebenso Bebels Antrag und ein Antrag Meister's, dahin gehend, den „Volksstaat-Erzähler" am 1. Oktober eingehen zu lassen.

Löffelbein beantragt, in Hamburg ein Lokalblatt erscheinen zu lassen.

Der Vorsitzende weist auf die Organisation hin, welche die Entscheidung darüber den Parteibehörden übertrage.

Hasselmann beantragt, nachdem eine kurze Geschäftsordnungsdebatte stattgefunden, „der Congreß solle die Gründung eines Hamburger Lokalblattes, welches Eigenthum der Partei sein muß, befürworten und die weiteren Schritte den zuständigen Parteibehörden überlassen."

Der Vorsitzende läßt darüber abstimmen, ob der Congreß sich in der Frage der Lokalblätter souverän erkläre. Dasselbe wird bejaht.

Nachdem verschiedene Anträge schon bei der Unterstützungsfrage gefallen, wird in die Discussion über Hasselmann's Antrag eingetreten.

Heinemann spricht für die Gründung eines Lokalblattes in Hamburg und erörtert die unbedingte Nothwendigkeit eines solchen.

Köhnke meint, die Landbevölkerung in Schleswig-Holstein sei nicht so brillant gestellt, daß sie zahlreich abonniren könne. Auch werde ein Lokalblatt dem Hauptorgane Abbruch thun.

Brückmann: Man hat in Hamburg den Gedanken der Gründung eines Lokalblattes stets seitens derjenigen Parteigenossen, welche streng an der Organisation hielten, energisch zurückgewiesen. Ebenso sei die Meinung in den Herzogthümern. Wenn ein Blatt gegründet werde, müsse es unbedingt Eigenthum der Partei sein.

Hartmann: Die Hamburger haben schon früher bei der Generalversammlung beantragt, ein Blatt ins Leben zu rufen. Sie seien abgewiesen worden und haben sich gefügt; die Nothwendigkeit des Blattes sei deshalb nicht widerlegt. Der Redner giebt eine Uebersicht der Hamburger Zeitungsverhältnisse. Wenn man das Bedürfniß der Hamburger Arbeiter nach einem Blatte ins Auge faßt, so könne man unmöglich das Zeitungsprojekt ablehnen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen und es erfolgen Berichtigungen ꝛc.

Hasselmann's Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß heute früh eine Commission der Eisenacher getagt hat, welche, nachdem sie den Bericht der Beamten

des „Volksstaat", sowie der Revisoren gehört, die Verwaltung des betreffenden Blattes vollständig in Ordnung fand.

Ein Antrag von Moje, das Format der Schriften und Brochüren der Partei betr., wird verlesen.

Geib stellt den Antrag, das möglichst gleichmäßiges Format für die Schriften gewählt werde.

Dies wird angenommen und dadurch der Antrag von Moje erledigt.

Wegen Herausgabe eines Kalenders wird auf Anregung von Geib beschlossen, die weiteren Schritte dem Vorstande zu überweisen, mit der Bemerkung, daß der Kalender in großer Auflage erscheinen, illustrirt und von der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei gedruckt werden soll.

Hierauf wird zum letzten Punkt der Tagesordnung, Partei-Agitation, übergegangen.

Der Vorsitzende verliest diejenigen Anträge, welche in der gedruckten Vorlage enthalten sind, ferner Anträge aus Gelsenkirchen, welche aber als selbstverständlich angesehen und nicht unterstützt werden.

Drogand beantragt, in Schlesien zwei stabile Agitatoren zu stationiren.

Es erfolgt sodann eine ganze Reihe von Anträgen, 22 im Ganzen, auf Einsetzung von stabilen Agitatoren in fast sämmtlichen Gegenden Deutschlands.

Dulk beantragt, vor der Spezialdebatte in Discussion über die allgemeine und ideelle Grundlage der Agitation einzutreten. Dies wird abgelehnt; dagegen ein Antrag von Bebel angenommen, dahin gehend, die Regelung der Agitation dem Partei-Vorstand zu übertragen, mit der Weisung, die auf die Agitation bezüglichen Anträge nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Durch Annahme dieses Antrages sind alle übrigen Anträge bezüglich dieses Punktes erledigt.

Auf Antrag Fritzsche's giebt der Congreß bezüglich seiner Stellung zu den Gewerksgenossenschaften folgende Erklärung ab:

„Der Congreß erklärt, daß die Organisation der Gewerkschaften, so lange die Lohnarbeit besteht, nothwendig ist und die Sache der Arbeit fördert, soweit es unter den wirthschaftlichen Verhältnissen der heutigen Gesellschaft möglichst ist."

Der Vorsitzende theilt unter Zustimmung des Congresses mit, daß die Partei spätestens am 15. Juni der Oeffentlichkeit und der Behörde gegenüber in ihrer neuen Gestalt in Kraft treten werde.

Kuhl, Kegel und Reimer verlesen die Protokolle der letzten Sitzungen.

Eine Redaktionscommission für das Protokoll wird gewählt, bestehend aus: Geib, Reimer und Derossi.

Damit sind die Geschäfte des Congresses erledigt.

Hasenclever weist auf die hohe Bedeutung des eben vollendeten Einigungswerkes hin, das segenbringend für die gesammte Arbeiterbewegung sein werde; derselbe bringt zum Schluß ein Hoch auf die Arbeiter aller Culturstaaten aus, in welches die Delegirten begeistert einstimmen.

Hiermit wird der Congreß unter dem Gesang der Arbeiter-Marseillaise Abends um 11½ Uhr geschlossen.

Verzeichniß der Delegirten, Orte und Zahl der Mitglieder.

Nr.	Name u. Wohnort des Delegirten.	Ort der Vertretung.	Zahl d. Mitgl.	
1.	Auer (Hamburg)	Kaiserslautern	60	
		Schwabing	10	
		Gelenau	30	
		Camenz	25	
		Aachen	15	
		Würzburg	50	
		Neustadt a. H.	27	
		Pirna	18	235
2.	Badiß (Meerane)	Meerane		105
3.	Bäthke (Berlin)	Brandenburg	300	
		Zittau-Olbersdorf	50	350
4.	Bardonner (Meiderich)	Duisburg, Bockum, Meiderich, Ruhrort		100
5.	Bleß (Offenbach a. M.)	Kl. Krotzenburg	17	
		Bieber	12	
		Hausen	12	
		Häusenstamm	35	
		Weißkirchen	10	
		Obertshausen	25	
		Seligenstadt	15	
		Mühlheim a. M.	15	
		Bürgel	5	
		Gr. Steinheim	7	
		Hainstadt	15	
		Klein-Auheim	3	
		Offenbach	26	197
6.	Bock (Gotha)	Meiningen	16	
		Gotha	48	
		Gießen	30	
		Erfurt	25	
		Arnstadt	20	139
7.	Böttcher (Crimmitschau)	Crimmitschau		250
8.	Böttcher (Clausthal)	Clausthal	20	
		Nordhausen	20	40
9.	Baumann (Berlin)	Berlin		400
10.	Bebel (Leipzig)	Leipzig		200
11.	Blos (Mainz)	Mainz	100	
		Gartenfeld	25	125
12.	Bronnenmayer (Göppingen)	Cannstatt	40	
		Stuttgart	30	
		Reutlingen	70	
		Schw. Gmünd	36	
		Göppingen	30	
		Eßlingen	60	
		Pfullingen	10	
		Ulm	30	
		Tübingen	7	
		Kirchheim	15	
		Schw.-Hall	25	353
			Seitenbetrag	2494

Nr.	Name u. Wohnort des Delegirten.	Ort der Vertretung.	Zahl d. Mitgl.	
		Transport		2494
13.	Brückmann (Altona)	Altona		400
14.	Burkhardt (Leipzig)	Zürich		170
15.	Daßbach (Hanau)	Bockenheim	60	
		Dörnigheim	20	
		Hanau	210	290
16.	Demmler (Geyer)	Oberwürschnitz	30	
		Zschorlau	6	
		Stollberg	20	
		Thalheim	40	
		Schneeberg	23	
		Heerold i. S.	8	
		Niederhaßlau	30	
		Geyer	25	
		Lößnitz	30	312
17.	Derossi (Bremen)	Bremen Buntenth.=Steinweg	100	
		Naumburg a. d. S.	27	
		Apenrade	10	137
18.	Dotzauer (Zwickau)	Niederplanitz	20	
		Schedewitz	52	72
19.	Dreesbach (Stuttgart)	Essen	125	
		Stuttgart	100	
		Mannheim	80	
		Karlsruhe	80	385
20.	Drogand (Altona)	Ahrensburg	25	
		Schleswig	12	
		Steinbeck	10	
		Plaue	12	59
21.	Dulk (Stuttgart)	Stuttgart		100
22.	Eger (Chemnitz)	Einsiedel	13	
		Gornau	16	
		Zschoppau	30	
		Glauchau	60	
		Dietesdorf	5	
		Chemnitz	17	141
23.	Endres (Augsburg)	Augsburg	270	
		Regensburg	12	
		Lechhausen	50	
		Heidingsfeld	10	
		München	50	392
24.	Engelhardt (Magdeburg)	Schönebeck	18	
		Staßfurt	50	
		Halberstadt	6	
		Neundorf	26	100
25.	Fahl (Pinneberg)	Pinneberg	75	
		Uetersen	60	
		Barmstedt	60	195
26.	Finn (Berlin)	Schwerin	50	
		Güstrow	54	
		Nowaweß	30	134
27.	Frick (Bremen)	Bremen	100	
		Hameln	20	
		Seitenbetrag		5281

Nr.	Name u. Wohnort des Delegirten.	Ort der Vertretung.		Zahl d. Mitgl.
		Transport		5281
27.	Frick (Bremen)	Hastedt	30	
		Delmenhorst	33	
		Nienburg	17	200
28.	Fritzsche (Berlin)	Berlin		400
29.	Fink (Leipzig)	Groitzsch	30	
		Geithain	42	
		Frohburg	30	
		Lunzenau	20	
		Colditz	10	
		Lausigk	30	162
30.	Fischer (Thonberg)	Versch. Orte d. Lpz. Ld.-Whlkr.		150
31.	Fischer (Coburg)	Coburg		100
32.	Franz (Glauchau)	Glauchau		120
33.	Gadow (Hamburg)	Eimsbüttel	58	
		Barmbeck	130	
		Hohenfelde-Dorgfelde	76	
		Hamm (zu spät eingetroffen).		
		Eppendorf	67	
		Rothenburgsort	65	396
34.	Geib (Hamburg)	Pfersee	20	
		Constanz	20	
		Harburg	16	
		Wandsbeck	34	
		Stade	20	
		Hamburg	104	
		Greffrath	25	
		Amberg	45	
		Altona	25	
		Hänichen	12	321
35.	Giesecke (Gotha)	Langenberg		10
36.	Gladewitz (Mittweida)	Taura	8	
		Mittweida	40	48
37.	Glebe (Hannover)	Limmer	40	
		Gr. Berkel	30	70
38.	Groß (Wandsbeck)	Wandsbeck		200
39.	Günther (Delitzsch)	Eilenburg	25	
		Delitzsch	65	90
40.	Grillenberger (Nürnberg)	Nürnberg		400
41.	Harm (Elberfeld)	Elberfeld	180	
		Hagen	90	
		Solingen	24	294
42.	Hartmann (Hamburg)	Hamburg		400
43.	Hasselmann (Berlin)	Berlin		400
44.	Hasenclever (Bremen)	Bremen		400
45.	Hasse (Mühltroff)	Treuen	20	
		Hammersbrück	15	
		Greiz	20	
		Pausa	17	
		Friedrichsgrün	15	
		Lengenfeld	20	
		Elsterberg	15	
		Seitenbetrag		9412

Nr.	Name u. Wohnort des Delegirten.	Ort der Vertretung.	Zahl d. Mitgl.	
			Transport	9442
45.	Hasse (Mühltroff)	Reichenbach i. S.	50	
		Netzschkau	15	
		Mühlau	30	
		Mühltroff	6	
		Falkenstein	30	253
46.	J. M. Hirsch (Mainz)	Wiesbaden		25
47.	Heinemann (Hamburg)	Hamburg		400
48.	Heinzel (Kiel)	Kiel Gaarden		150
49.	Heerhold (Ottensen)	Ottensen	194	
		Glückstadt	35	
		Uelzen	65	294
50.	Herzog (Forst)	Cottbus	20	
		Forst	285	305
51.	Hoffmann (Zwickau)	Wildenfels	10	
		Zwickau	82	
		Werdau	28	120
52.	Hörig (Hamburg)	Altona		400
53.	Heitbrinck (Bielefeld)	Bielefeld		15
54.	Hochheim (Mühlhausen)	Mühlhausen i. Th.		32
55.	Hurlemann (Berlin)	Berlin		400
56.	Just (Breslau)	Breslau	60	
		Langenbielau	120	180
57.	A. Kapell (Berlin)	Rostock	60	
		Bernburg	34	
		Nienstedt	21	115
58.	O. Kapell (Berlin)	Finsterwalde	60	
		Weißensee	25	
		Sorau	30	
		Wilhelmshafen	100	215
59.	Kayser (Dresden)	Dresden	345	
		Deuben	50	395
60.	Klein (Frankfurt a. M.)	Bornheim	40	
		Frankfurt a. M.	225	265
61.	Klute (Osnabrück)	Osnabrück	150	
		Buer	30	
		Oldendorf b. Melle	15	195
62.	Kegel (Chemnitz)	Chemnitz		400
63.	Klees (Magdeburg)	Magdeburg	100	
		Buckau	30	130
64.	Kühn (Bremen)	Bremen	20	
		Verden	10	30
65.	Kokosky (Braunschweig)	Wieda	16	
		Braunschweig	332	
		Breutzen	12	
		Wolfenbüttel	40	400
66.	Kettel (Apolda)	Apolda		30
67.	Köhnke (Altona)	Altona		400
68.	Kreutzberg (Itzehoe)	Krempe	20	
		Itzehoe	110	
		Kellinghausen	22	152
69.	Kronenberger (Gr. Auheim)	Gr. Auheim	105	
			Seitenbetrag	14,743

Nr.	Name u. Wohnort des Delegirten.	Ort der Vertretung.	Zahl d. Mitgl.	
			Transport	14,743
69.	Kronenberger (Gr. Auheim)	Langendiebach	40	145
70.	Kuhl (Barmen)	Barmen	270	
		Hagen	90	360
71.	Ligner (Achim)	Achim	118	
		Hamburg	160	278
72.	Löffelbein (Elmshorn)	Elmshorn	300	
		Seedorf	40	340
73.	Luchtenberg (Wald)	Wald	-	130
74.	Liebknecht (Leipzig)	Gößnitz	10	
		Gohlis	50	
		Leipzig	200	260
75.	Lehmann (Pforzheim)	Pforzheim	60	
		Freiburg i. B.	20	80
76.	Linke (Dresden)	Rochlitz		25
77.	Löwenstein (Fürth)	Fürth	100	
		Erlangen	100	
		Schoppershof	30	
		Schwerin	25	
		Glaishammer	85	
		Mögelsdorf	45	385
78.	Moje (Nürnberg)	Nürnberg		400
79.	Müller (Reichenbach i. V.)	Friedrichsgrün	15	
		Lengerfeld	20	
		Elsterberg	15	
		Reichenbach	50	
		Netzschkau	15	
		Mylau	30	
		Plauen	10	
		Falkenstein	30	
		Greiz	20	205
80.	Mai (Mannheim)	Mannheim	80	
		Heidelberg	31	111
81.	Mamme (Bamberg)	Bamberg		60
82.	Motteler (Leipzig)	Leipzig		200
83.	Milke (Berlin)	Luckenwalde	30	
		Berlin	250	280
84.	Meyer (Braunschweig)	Braunschweig		50
85.	Meister (Hannover)	Hannover		347
86.	Molkenbuhr (Ottensen)	Lockstedt	45	
		Ottensen	194	239
87.	Neumann (Dresden)	Dresden	95	
		Meißen	30	
		Bautzen	50	175
88.	Ohlig (Häusenstamm)	Kl. Krotzenburg	18	
		Bieber	13	
		Mühlheim a. M.	15	
		Hausen	12	
		Bürgel	5	
		Kl.-Auheim	3	
		Häusenstamm	35	
		Gr.-Steinheim	8	
			Seitenbetrag	18,813

Nr. Name u. Wohnort des Delegirten.	Ort der Vertretung.		Zahl d. Mitgl.
		Transport	18,813
88. Ohlig (Häusenstamm)	Weißkirchen	10	
	Hainstadt	15	
	Obertshausen	25	
	Offenbach	26	
	Seligenstadt	15	200
89. Petzold (Leipzig)	Zeitz	30	
	Leipzig	31	61
90. Pilster (Höchst a. M.)	Soffenheim	10	
	Höchst a. M.	80	
	Werden a. d. R.	30	120
91. Prinz (Frankfurt a. M.)	Niederrad	36	
	Frankfurt a. M.	225	261
92. Petermann (Apolda)	Gößnitz		22
93. Reinhold (Lichtenstein)	Ernstthal	30	
	Mülsen St. Micheln	20	
	Hohenstein	40	
	Oberlungwitz	45	
	Lichtenstein-Callnberg	20	
	Mülsen St. Niclas	40	195
94. Richter (Leipzig)	Penig		30
95. Rackow (Berlin)	Berlin		400
96. Reichelt (Apolda)	Zeulenroda		25
97. Reimer (Altona)	Hamburg		400
98. Reinders (Breslau)	Breslau	60	
	Görlitz	50	
	Wüstegiersdorf	70	
	Ernsdorf	60	
	Peterswaldau	62	
	Habendorf	31	
	Dreißighuben	15	348
99. Risch (Altenburg)	Altenburg		50
100. Rödiger (Halle)	Halle a. d. S.	75	
	Schleswig	43	
	Malente	60	178
101. Scharnke (Cassel)	Cassel		74
102. Schiedewitz (Cöthen)	Cöthen	100	
	Edderitz	80	
	Dessau	25	205
103. Schönian (Calbe)	Calbe a. d. S.		300
104. Schweckendiek (Berlin)	Brandenburg	100	
	Stettin (d. Fritzsche übertr.)	240	340
105. Steffens (Harburg)	Harburg	250	
	Buxtehude	13	
	Neumünster	50	313
106. Steineck (Rendsburg)	Rendsburg		200
107. Stuhr (Remscheid)	Remscheid }		
	Wermelskirchen }		60
	Lüttringhausen }		
	Lennep	30	90
108. Strecker (Göttingen)	Einbeck	67	
	Göttingen	75	
		Seitenbetrag	22,625

Nr.	Name u. Wohnort des Delegirten.	Ort der Vertretung.	Zahl d. Mitgl.	
			Transport	22,625
108.	Strecker (Göttingen)	Hannov. Münden	50	192
109.	Slauck (Geestendorf)	Geestendorf		60
110.	Stolle (spät. übertr. a. Ramm)	Crimmitschau		250
111.	Schuhmacher (Cöln)	Cöln	170	
		Elberfeld	10	
		Ronsdorf	40	
		Coblenz	30	
		Süchteln	30	280
112.	Scheu	Großenhain		80
113.	Steiner (Sonneberg)	Sonneberg		30
114.	Tölcke (Iserlohn)	Iserlohn	180	
		Dortmund	200	380
115.	Tutzauer (Düsseldorf)	Düsseldorf		75
116.	Ufert (Weimar)	Ronneburg	15	
		Gera	45	
		Schmölln	10	
		Weimar	15	85
117.	Ullrich (Offenbach a. M.)	Darmstadt	44	
		Offenbach a. M.	30	74
118.	Vahlteich (Chemnitz)	Limbach	30	
		Frankenberg	18	
		Wittgensdorf	14	62
119.	Vater (Hamburg)	Cöln a. R.	150	
		Greiffenberg	10	160
120.	Walther (Altona)	Eutin	12	
		Neustadt	60	
		Hemme	40	
		Heide	50	
		Bloen-Rosau	100	
		Verden (dch. Fritzsche übertr.)	138	400
121.	Wichtendahl (Celle)	Celle		60
122.	Winner (Dortmund)	Gelsenkirchen		100
123.	Wytzka (Deutz)	Kalk b. Cöln		80
124.	Wiemer (Chemnitz)	Neukirchen	25	
		Oederan	25	
		Leukersdorf	20	
		Hainichen	30	
		Freiberg	4	
		Altchemnitz	15	
		Kappel	30	
		Niederrabenstein	30	
		Gablenz	22	
		Altendorf	20	
		Schloßchemnitz	30	251
125.	Wendler (Chemnitz)	Chemnitz		110
126.	Wobusa (Apolda)	Sangerhausen		15
127.	Zwiener (Bielefeld)	Bielefeld	120	
		Minden	170	290
			Summa	25,659

Protokoll

des

Socialisten-Congresses

zu

tior

Gotha

vom 19. bis 23. August 1876.

Berlin, 1876.

Druck und Verlag der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei,
Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Vorlage

zum

Congreß der Social-Demokraten Deutschlands

am 19., 20., 21., 22. und 23. August 1876

zu Gotha.

Bureau des Empfangs-Comités: Restauration von Lange am Bahnhof.
Congreß-Lokal: Thüringer Hof.

A. Vorversammlung: Sonnabend (Samstag), 19. August, Abends 8 Uhr,

behufs:

1) Abgabe der Mandate.
2) Wahl des Bureaus.
3) Wahl der Mandatsprüfungs-Commission.
4) Vereinbarung über die in der öffentlichen Sitzung (Volksversammlung) zu beantragende Resolution.
5) Feststellung der Reihenfolge der Tagesordnung und Geschäftsordnung für den Congreß.

B. Oeffentliche Sitzung (Volksversammlung): Sonntag, 20. August, Nachmittags 4 Uhr.

1) Die Stellung der deutschen Social-Demokratie zu den bevorstehenden Reichstagswahlen.

Referenten: W. Liebknecht, Leipzig, W. Hasselmann, Berlin.

C. Geschlossene Sitzungen: Sonntag, 20. August, Vormittags 11 Uhr.

Ueber die Zeit der ferneren Sitzungen beschließt der Congreß.

1) Bericht über die Thätigkeit der socialistischen Reichstags-Abgeordneten.
2) Gang und Stand der socialistischen Agitation in Deutschland.
3) Die bevorstehenden Reichstagswahlen.
4) Feststellung der socialistischen Candidaturen.
5) Die socialistischen Organisationen in Deutschland.
6) Die Parteipresse.

Anträge.

Zu C. 1.

1. Wähler aus Ottensen beantragen:
Der Congreß möge eine genügende Erklärung von den beiden Abgeordneten Bebel und Liebknecht über ihre Stimmenthaltung bei der Diätendebatte abfordern.

2. Der Congreß möge beschließen:
Die socialistischen Abgeordneten aufzufordern, eine selbstständige Fraction zu bilden und bei jeder Frage ihre Stimme einheitlich nach dem Majoritätsbeschluß der Fraction abzugeben.

Zu C. 2.

3. Wähler aus Hamm und Horn beantragen:
Der Congreß möge Mittel suchen, um in Zukunft die Agitation nach Provinzen geordnet zu betreiben.

4. Wähler aus Offenbach a. M. wünschen, der Congreß wolle beschließen:
Die Agitation in Süddeutschland kräftiger und vor allem regelrechter zu betreiben, damit die Partei-Genossen Süddeutschlands, besonders die des Maingau's, nicht so abgeschlossen von der Gesammt-Partei fortarbeiten müssen.

5. Wähler aus Berge b. F. beantragen: Der Congreß möge beschließen:
Für die Niederlausitz einen stabilen Agitator anzustellen und zwar, wenn nicht für immer, so doch für die bevorstehenden Reichstagswahlen.

6. Socialisten in Minden i. W. beantragen:
Der Congreß möge vollständig besoldete Agitatoren anstellen, die ständig den Wohnsitz zu wechseln haben. Bei der Auswahl der Agitatoren möge nur auf dazu geeignete Kräfte Rücksicht genommen werden.

7. Socialisten in Bielefeld beantragen:
Für das nächste halbe Jahr einen besoldeten Secretär zur Führung der Correspondenz anzustellen.

Zu C. 3.

8. Die Socialisten des 3. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises beantragen:

Der Congreß möge den 3. Schleswig-Holsteinschen Wahlkreis unter die officiellen Wahlkreise aufnehmen.

9. Wähler aus Marburg und Giessen beantragen:

Für den dortigen Wahlkreis während der Zeit der Reichstagswahl-Agitation einen monatlichen Zuschuß aus Parteimitteln zu gewähren.

10. Freiberger Partei-Genossen beantragen:

Während der Wahl-Agitation für den 9. sächsischen Wahlkreis einen ständigen Agitator anzustellen und dazu R. Schönhals in Freiberg zu wählen.

11. W. Hasenclever in Hamburg beantragt: Der Congreß wolle beschließen:

Bei etwaigen engeren Wahlen zum deutschen Reichstag, bei denen der socialistische Candidat ausgeschlossen ist, enthalten sich die Social-Demokraten principiell der Abstimmung, da alle anderen Parteien uns gegenüber laut Programm der socialistischen Arbeiterpartei eine reactionäre Masse bilden. In einzelnen speciellen Fällen jedoch, bei welchen es sich entweder um praktische Rücksichten handelt, oder bei denen die Eine principielle Frage auftaucht, ob der betreffende gegnerische Candidat das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für den Reichstag in Zukunft aufrecht zu erhalten verspricht, hat das socialistische Wahlcomité des eventuellen Kreises die Ansicht der von dem Congreß einzusetzenden Commission einzuholen.

12. Adolph Sabor in Frankfurt a. M. beantragt: Der Congreß beschließt:

Auch bei engeren Wahlen dürfen die Socialisten niemals für einen Candidaten stimmen, der sich durch Gründungsmanöver oder durch Beihülfe dazu befleckt hat.

13. Wähler aus dem Wahlkreis Sorau i. d. L. beantragen:

Den Wahlkreis Sorau unter die officiellen Kreise aufzunehmen und die Kosten für die Wahl-Agitation auf die Parteikasse zu übernehmen.

Zu C. 4.

14. Parteigenossen in Erfurt, Rothenburgsort, Ebersdorf und Hamm und Horn beantragen: Der Congreß möge beschließen:

In Erwägung, daß durch eine Nachwahl Zeit- und Geldopfer von den Parteigenossen auf's Neue gebracht werden müssen, soll ein Candidat nicht in mehr als zwei officiellen Kreisen candidiren dürfen.

14. Wähler in Ottensen und Eimsbüttel beantragen:
Daß ein Candidat nicht in mehr als einem officiellen Wahlkreis candidiren dürfe.

15. Socialisten in Bielefeld beantragen:
Als Candidaten zur Reichstagswahl nur solche Candidaten aufzustellen, welche vorher die Erklärung abgeben, eventuell die Wahl annehmen zu wollen.

16. Wähler in Erfurt und Minden beantragen:
Nur solche Candidaten aufzustellen, welche bereit sind, in ihrem Wahlkreis persönlich zu agitiren.

17. Parteigenossen aus dem 9. sächsischen Wahlkreis beantragen: Der Congreß möge bewirken:
Daß der bisherige Vertreter dieses Kreises im Deutschen Reichstag, August Geib, auch für die bevorstehende Wahl die Candidatur für genannten Kreis wieder annimmt:

18. Wähler aus dem Wahlkreis Brandenburg a. d. H. beantragen:
Der Congreß möge für ihren Kreis einen Candidaten aufstellen und zwar, wenn möglich, einen Parteibeamten.

Zu C. 5.

19. Socialisten in Ottensen beantragen:
Der Congreß möge eine streng centralistische Organisation, ähnlich der des früheren Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, schaffen.

20. Parteigenossen in Eimsbüttel beantragen: Der Congreß möge beschließen:
Die Delegirten zum Congreß werden aus der Centralkasse bezahlt.

21. Parteigenossen in Geesthacht beantragen:
1) Der Congreß möge eine bessere Form für die Bezahlung der Parteibeiträge als die bisher übliche (Marken) einführen.
2) Der Congreß möge dafür wirken, daß die Vereinigung sämmtlicher Socialisten Deutschlands herbeigeführt werde.

22. Parteigenossen in Barmbeck beantragen:
1) Der Congreß möge die Entschädigung für die Reichstagsabgeordneten regeln.
2) Die Quartalsabrechnungen sind in gegenwärtigem Broschürenformat jedem Parteigenossen zuzustellen.
3) Die Abrechnungen sind in der Weise zu specificiren, daß eine bestimmte Uebersicht für die Mitglieder möglich wird.

23. Parteigenossen in Hamm und Horn beantragen:

1) Der Congreß möge festsetzen, daß kein Redacteur, der zugleich Reichstagsabgeordneter ist, incl. der Diäten mehr als höchstens M. 3000 Gehalt erhält.

2) Der Congreß möge die Gehälter der Parteibeamten feststellen.

24. Parteigenossen in Hamburg beantragen:

Der Congreß möge eine Neuregelung der Besoldungen der in der deutschen Social-Demokratie thätigen Beamten und Agitatoren vornehmen.

Zu C. 6.

25. Socialisten in Offenbach a. M., Ottensen, Itzehoe, Rothenburgsort, Elmshorn, Lübeck, Barmbeck, Hamburg, Eimsbüttel, Erfurt, Bielefeld und aus dem 3. Schlesw.-Holst. Wahlkreis beantragen:

Der Congreß möge dahin wirken, daß an Stelle der zwei bestehenden officiellen Parteiblätter „Volksstaat" und „Neuer Social-Demokrat" ein einziges Centralblatt trete.

26. Socialisten in Bielefeld, Eimsbüttel, Rothenburgsort und Itzehoe beantragen:

Den Preis des Centralblatts möglichst billig zu stellen.

27. Socialisten in Itzehoe, Bielefeld und Ottensen beantragen:

Der Congreß möge bestimmen, daß das neu zu schaffende Centralblatt in Berlin erscheine.

28. Socialisten in Bielefeld und Elmshorn beantragen:

Daß das in's Leben zu rufende Centralblatt drei Mal wöchentlich erscheine.

29. Socialisten in Offenbach a. M. und Lübeck beantragen:

Daß das Centralblatt in Zukunft sechs Mal die Woche erscheine.

30. Socialisten in Itzehoe beantragen:

Daß das Centralblatt nur einmal in der Woche erscheine.

31. Parteigenossen in Lübeck beantragen:

1) Der Name des neu zu begründenden Blattes soll „Socialdemokratische Correspondenz" heißen.

2) Das Blatt soll in Leipzig oder Dresden erscheinen.

32. C. W. Tölcke in Iserlohn beantragt: Der Congreß wolle Folgendes beschließen:

Vom 1. October d. J. ab ist der „Volksstaat" das einzige officielle Organ der Socialisten Deutschlands. Der „Volksstaat" soll unter verändertem Titel wie bisher drei Mal wöchentlich, jedoch in erheblich größerem Format, in Leipzig erscheinen.

33. Parteigenossen in Eimsbüttel beantragen: Der Congreß möge beschließen:

Daß das neue Blatt den Titel: „Centralorgan der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" führe.

34. Socialisten in Erfurt beantragen:

Daß in das zukünftige Centralorgan Gewerkschafts-Angelegenheiten, mit Ausnahme sehr wichtiger Correspondenzen, gar nicht aufgenommen werden dürfen.

35. Parteigenossen in Rothenburgsort beantragen:

Daß die Localparteipresse einer strengen Controle unterstellt werde.

36. Parteigenossen in Hamm und Horn beantragen:

Der Congreß möge dahin wirken, daß Reclame-Annoncen in den Parteiblättern keine Aufnahme mehr finden.

37. Adolph Sabor in Frankfnrt a. M. beantragt: Der Congreß beschließt:

Die leitenden Parteiblätter werden aufgefordert, der Corruption weder direct noch in irgend einer indirecten Weise Vorschub zu leisten; eine indirecte Hilfe ist oft auch das den Betheiligten werthvolle Schweigen. Vielmehr müssen die socialistischen Organe ganz bestimmt, scharf und bei Zeiten der Corruption entgegentreten, — sie betreffe, was nicht zu hoffen, Personen aus dem eigenen Lager, politisch nahe oder entfernt stehende Leute. Motiv: Die Ehre und das dauernde Wohl der Partei.

38. Parteigenossen zu Hamburg stellen den Antrag:

Der Congreß möge erklären, daß das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" Eigenthum der Hamburger Parteigenossen sei und zur Partei in keinem anderen Verhältniß steht, als die übrigen Localblätter.

39. Die Parteigenossen in Geesthacht beantragen:

Der Congreß möge dahin wirken, daß alle Parteilocalblätter, soweit sie nicht Eigenthum einzelner Privatunternehmer sind, vereinigt werden unter eine Control- oder Preßcommission.

40. Die Parteigenossen in Hamm und Horn beantragen:

Daß behufs besserer Betreibung der Agitation aus den Parteizeitungen Geld zu nehmen sei.

41. Socialistische Wähler aus der Niederlausitz beantragen: Der Congreß möge beschließen:

Für die Niederlausitz ein socialistisches Blatt in Forst i. d. L. herauszugeben.

42. Socialisten in Erfurt beantragen:

Zur zweckmäßigen Beförderung der Wahlagitation wird seitens der Parteileitung eine Broschüre herausgegeben,

über die Verhandlungen des deutschen Reichstags in seiner letzten Legislaturperiode; der Broschüre ist die Generalabstimmungsliste aller namentlichen Abstimmungen beizufügen. Die Broschüre ist direct nach Beendigung des Congresses anzufertigen.

43. Lübecker Socialisten beantragen: Der Congreß möge beschließen:

Daß die Reden der socialistischen Abgeordneten in Broschürenform erscheinen und zum Selbstkostenpreis verkauft werden.

44. C. Grillenberger in Nürnberg beantragt:

Der Congreß wolle die Verwaltung der „Berliner Fr. Presse" beauftragen, in Zukunft diejenigen Beilagen der „Berliner Fr. Presse", welche besonders wichtige Reichstagsverhandlungen oder Reden enthalten, auf Wunsch resp. Bestellung der localen Parteiblätter in entsprechend größerer Anzahl abzuziehen und den betreffenden übrigen Blättern zum Druck- und Papierpreis zu überlassen.

45. Kölner Socialisten beantragen: Der Congreß möge beschließen:

Es soll Sorge getragen werden, daß solchen Colporteuren, welche sich ausschließlich mit der Verbreitung unserer Literatur befassen, ein den Verhältnissen entsprechender Zuschuß aus der Centralcasse bewilligt werde.

Zu A. 5.

46. Parteigenossen in Rothenburgsort beantragen:

Der Congreß möge für stenographische Aufnahmen seiner Verhandlungen Sorge tragen.

47. Lübecker Socialisten beantragen:

Der Congreß möge in seiner Geschäftsordnung festsetzen, daß den Delegirten zu denjenigen Anträgen, welche von ihren Mandatgebern gestellt sind, zur Motivirung zuerst das Wort ertheilt wird. Bei gleichlautenden Anträgen aus verschiedenen Orten erhält derjenige Delegirte zuerst das Wort, der sich zuerst meldet.

48. Parteigenossen in Eimsbüttel beantragen: Der Congreß möge beschließen:

Daß die Delegirten in allen Fragen nach Kopfzahl stimmen.

49. C. W. Tölcke, Iserlohn, beantragt:

Die Delegirten zum Congreß sind in Betreff der Organisationsfragen an bestimmte Instructionen ihrer Wähler nicht gebunden; sie stimmen vielmehr nach ihrer freien persönlichen Ueberzeugung.

Vorversammlung am 19. August
Abends 8½ Uhr.

Geib eröffnet die Sitzung Namens der socialistischen Reichstagsabgeordneten und des Lokalcomité's, worauf zur Wahl des Büreau geschritten wird. Richter wünscht, daß keine Parteibeamten gewählt werden sollen. Dies wird abgelehnt. Gewählt werden zu Vorsitzenden: Hasenclever und Geib. Durch Abstimmung wird festgesetzt, daß 8 Schriftführer fungiren sollen, und werden dazu gewählt: Rödiger, Derossi, Breuel, Burckhardt, Steffens, Kuhlmann und Löwenstein.

Auf Anregung Geib's werden in die Mandatsprüfungs-Commission gewählt: Grottkau, Lange, Auer, Derossi, A. Kapell und Meister.

Der Vorsitzende Geib eröffnet die Debatte behufs Wahl einer Correspondenzcommission.

Frohme frägt an, ob Berichte über die Congreßverhandlungen nur an Parteiblätter geschrieben werden dürfen.

Kayser ist gegen eine solche Commission, welche Waschzettel ähnlich denen, die den liberalen Blättern zugehen, anfertigen soll. Es werde sicher jedes Parteiblatt einen Vertreter hier haben, der es mit Berichten versorgen könne. An nichtsocialistische Zeitungen zu berichten, sei nicht zu empfehlen, dieselben könnten ja eigene Berichterstatter senden. Er bitte daher, eine Correspondenzcommission nicht zu wählen.

Molkenbuhr ist für eine Commission im Interesse größtmöglichster Verbreitung unserer Verhandlungen.

Reinders. Wenn wir liberalen Blättern Berichte schicken, so könnten diese möglicher Weise unsere Verhandlungen eher bringen, wie unsere Parteiorgane, und werde dann gesagt werden, diese schrieben jenen ab. Auch bezweifelt er, daß dadurch unserer Sache eine größere Verbreitung gegeben werde. Außerdem habe eine solche Commission für ihre Mitglieder den Nachtheil, daß sie den Congreßverhandlungen fern gehalten werden.

Hasenclever. Die Waschzettel verrichten für die herrschenden Parteien große Dienste, weßhalb sollen wir uns also derselben nicht bedienen? Hauptsächlich komme es darauf an, daß die Correspondenzen officiell seien. Dabei sei es ja jedem hier anwesenden Redakteur unbenommen, noch außerdem eigene Berichte an sein betr. Blatt zu richten. Auch im Interesse größerer Centralisation sei er für eine Commission, die jedoch nur an Parteiblätter zu berichten habe.

Frick. Wenn es den Mitarbeitern der verschiedenen Parteiblätter unverwehrt sein soll, besondere Berichte für dieselben anzufertigen, dann sei er für eine Commission. Hingegen schulden wir fremden Berichterstattern keine Rücksicht.

Wiemer wendet sich gegen Kayser's Ansicht und betont, wenn alle hier anwesenden Redakteure Berichte schreiben sollten, so würde eine große Zahl Delegirter von den Verhandlungen fern gehalten werden; er empfiehlt daher die Wahl einer Commission.

Löwenstein stellt dazu das Amendement, dem Hasenclever'schen Antrag hinzuzufügen: Der Congreß hat dagegen nichts zu erinnern, wenn Berichterstatter anderer Blätter den Verhandlungen des Congresses beiwohnen wollen."

Hasenclever wünscht über dieses Amendement eine besondere Debatte, da es ein selbstständiger Antrag sei.

Löwenstein meint, es müßten andere Berichterstatter zugelassen werden, weil hier kein geschlossener Parteicongreß, sondern ein Congreß von Reichstagswählern stattfindet.

Hörig ist gegen eine Commission, die nach der Schablone arbeiten soll. Jeder Redakteur mag sein Blatt mit Berichten versorgen. Damit aber Niemand sagen könne, es würde blos das gedruckt, was wir grade gedruckt haben wollen, beantrage er, daß fremde Berichterstatter zugelassen werden.

Vahlteich tritt für Löwenstein's Antrag ein und hebt hervor, daß eine Commission doch keine Berichte liefern könne, welche aus einem Gusse sind. Viele Parteiblätter seien hier vertreten, die anderen können sich mit Berichten versorgen lassen. Es regele sich die Sache so besser, als durch eine Commission.

Frohme. Es sei die Aufforderung an ihn ergangen, für eine fremde Zeitung Berichte zu liefern und Andere können in derselben Lage sein. Er wünsche aber, daß kein Delegirter solche Berichte anfertigen darf.

Klute. Es sei nicht nothwendig eine Commission zu wählen, da man das besser den einzelnen Redakteuren überlassen könne. Es sollten auch keine fremden Berichterstatter zugelassen werden, unsere Gegner verweigern uns beharrlich Zutritt zu ihren Verhandlungen und wir sollten ihnen Thür und Thor öffnen?

Der Antrag Löwenstein wird angenommen.

Ein Antrag auf Schluß der heutigen Sitzung wird abgelehnt.

Auf Antrag Geib's wird die Geschäftsordnung des vorjährigen Congresses auch für den gegenwärtigen angenommen. Dieselbe lautet:

1) Die Delegirten, welche sprechen wollen, müssen sich beim Bureau schriftlich zum Wort melden; 2) ebenso müssen alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, schriftlich eingereicht werden; 3) Delegirte, welche zu Anträgen sprechen wollen, müssen bemerken, ob für oder wider; 4) Anträge müssen von mindestens 15 Delegirten unterstützt werden, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen. Ist diese Unterstützung verhanden, so erhält zu-

nächst der Antragsteller das Wort. 5) Kein Delegirter darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort erhalten: 6) bei Schlußanträgen ist einem Delegirten für und einem wider den Schluß das Wort zu geben, sodann abzustimmen. 7) Für die General-Debatte wird die Redezeit auf 10 Minuten, für 8) die Special-Discussion auf 5 Minuten festgesetzt; 9) die Referenten haben unbeschränkte Redezeit. 10) Persönliche Bemerkungen und faktische Berichtigungen sind erst nach Schluß der Debatte zu machen. 11) Alle Redner haben von der Tribüne aus zu sprechen. 12) Das Bureau besteht aus zwei Vorsitzenden, sowie einem Führer der Rednerliste und 8 Schriftführern, welche letzern zu je zwei abwechselnd die Protokolle anzufertigen haben.

Zur Führung der Rednerliste werden Klute und Reinders durch Wahl bestimmt.

Auf Anrathen Geib's wird es den beiden Referenten zur Volksversammlung am 20 August, W. Liebknecht und W. Hasselmann, überlassen, eine Resolution für dieselbe abzufassen.

Hasenclever. Wir können die Tagesordnung nicht gut in der Reihenfolge zur Verhandlung bringen, wie sie die Vorlage enthält. Es möge der Punkt 2 zuerst und nachher der erste Punkt verhandelt werden. Ueber den Punkt 5, die socialistische Organisation in Deutschland, möge man gar nicht sprechen, sondern ihn ganz von der Tagesordnung absetzen. Nach den jetzt herrschenden Umständen nützt es einmal nichts, darüber viel zu sprechen. Wir können nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen. Viel besser sei es, wenn wir jetzt unser Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet halten, bei den nächsten Wahlen eine große Zahl von Abgeordneten durchzubringen. Er empfehle, daß man zu diesem Zwecke eine Wahlorganisation für ganz Deutschland schaffe. Das Obertribunal zu Berlin habe erkannt, daß eine Organisation, die eine bestimmte Wahl im Auge habe, nicht unter dem Vereinsgesetze stehe. Das giebt uns Hoffnung, daß eine solche Organisation unangefochten bleiben wird. Man möge die Frage der Parteiorganisation dem nächsten Congresse überlassen, der möglichst zeitig, vielleicht schon im Mai tagen könne. Er schlägt vor, eine Commission zur Schlichtung der etwa auftauchenden persönlichen Zwistigkeiten zu ernennen und sollten dieselben dadurch ihre Erledigung nicht finden, so kann man sich auch noch bis zum nächsten Congreß gedulden, um alte Wäsche zu waschen.

Breuel bittet den ersten Punkt der projektirten Tagesordnung ganz zu streichen, von den Anwesenden werde wohl jeder über die Thätigkeit unserer Abgeordneten unterrichtet sein.

Auer. Es würde nicht gut gehen, den ersten Punkt zu streichen, denn viele Anträge seien an die Abgeordneten selbst ge-

richtet und muß den letzteren Gelegenheit gegeben werden, sich auszusprechen, damit die Antragsteller klar werden.

Er wäre auch mit Streichung des 5. Punktes einverstanden gewesen, jedoch sei er das nach Motivirung desselben durch Hasenclever nicht mehr, vielmehr bestehe er nun darauf, daß er erledigt werde. Hasenclever habe den Vorstand mit dem Waschen alter, schmutziger Wäsche in Verbindung gebracht. Er sei sich nichts bewußt (daß die Frage zudem nicht nebensächlich sei, zeige der Antrag aus Ottensen, welcher eine ganz neue Organisation fordert) und bitte er den Punkt 5 nicht zu streichen.

In Folge dessen zieht Hasenclever seinen Antrag zurück. Er habe den Vorstand nicht gemeint, sondern die Möglichkeit ausgesprochen, daß andere Genossen etwas abzumachen hätten.

Löwenstein bittet zu sagen: „Die socialistische Wahl-Organisation in Deutschland" und unter dieser Fassung den Punkt 5 zu verhandeln.

Molkenbuhr ist gegen Breuel's Antrag. Es herrsche verschiedentlich Mißstimmung, so auch in Ottensen. Diese soll beseitigt werden.

Löwenstein begründet seinen Antrag noch einmal. Er finde es erklärlich, daß Auer nach der stattgefundenen Motivirung gegen den Antrag Hasenclevers sei. Es kann aber doch der Fall sein, daß Einer und der Andere etwas derartiges mit einander abzumachen haben; nur muß verhindert werden, daß über andere Dinge als Wahlangelegenheiten gesprochen werde.

Hasenclever spricht für Löwensteins Antrag.

Frick wundert sich, daß Hasenclever seinen Antrag zurückgezogen habe. Auer habe ihn nicht überzeugt. Auf Leute, die nicht einmal klar darüber seien, daß die herrschende Klasse keine socialistische Organisation dulde, können wir keine Rücksicht nehmen. Er ist für Streichung des Punktes 5.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Antrag Breuel, Punkt 1 zu streichen wird abgelehnt.

Antrag Hasenclever, statt Punkt 1 den Punkt 2 und umgekehrt und statt Punkt 5 den Punkt 6 und umgekehrt zu setzen, wird angenommen.

Antrag Löwenstein wird angenommen.

Antrag Frick, eine Commission zur Erledigung der Streitfragen niederzusetzen, wird abgelehnt.

Richter fragt, ob Abrechnung gelegt werden wird, worauf Geib erwidert: es sollen Zahlen mitgetheilt werden, die für den Congreß von Interesse sind, auch kann ja die vorjährige Controllcommission durch eines ihrer Mitglieder Bericht erstatten lassen, wodurch diese Frage wohl Erledigung finden wird.

Schluß der Sitzung 1/4 12 Uhr Abends.

Die Schriftführer: H. Rödiger. Löwenstein.

Sitzung vom 20. August.

Vormittags 11 Uhr.

Eröffnung durch Hasenclever.

Zunächst erhält Auer das Wort als Berichterstatter der Mandats-Prüfungs-Commission. Es sind anwesend 89 Delegirte, welche 226 Orte vertreten; einige Mandate sind noch später eingelaufen, und wird darüber noch berichtet werden.

Es erhält dann das Wort:

Hörig: derselbe sagt in Beziehung auf Richter aus Wandsbeck, daß selbiger in Hamburg gegen Drogand die Aeußerung gethan habe, falls der Congreß ihn nicht für unschuldig erkläre, würde er sämmtliche Congreß-Mitglieder dem Staatsanwalt denunciren; es ist Pflicht des Congresses, dies näher zu untersuchen.

Richter erklärt, diese Aeußerung nicht gethan zu haben, sondern dieselbe sei vollständig aus der Luft gegriffen.

Holzhauer stellt den Antrag, hierüber zur Tages-Ordnung überzugehen.

Bluhm ist für noch nähere Untersuchung dieses Falles.

Reinders ist für den Holzhauer'schen Antrag; derselbe wird angenommen.

Richter: Er habe sich das jetzt überlegt, und besinne er sich, daß sich die Sache so verhalte: er sei bei Drogand gewesen, da wurde er gefragt, was er beginnen würde, wenn der Congreß sein Mandat für ungültig erkläre; er habe darauf erwidert, dies könne nicht möglich sein, da dies kein Partei-Congreß, sondern ein allgemeiner Socialisten-Congreß sei; würde unter diesen Umständen sein Mandat beanstandet werden, so würde der Congreß sich selbst dem Staatsanwalt denunciren.

Hasenclever betont, ehe wir weiter gehen, müssen wir über den Abstimmungsmodus berathen, ob nach Kopf- oder nach Stimmenzahl gestimmt werden solle.

Stolle ist für Kopfzahl, Richter und Strecker desgleichen.

Die Abstimmung ergiebt, daß in allen Sachen nach Kopfzahl abgestimmt werden solle.

Hasenclever führt an, daß zunächst über den Antrag unter 5 abgestimmt werden müsse. Derselbe verlangt, daß die Delegirten aus der Centralkasse bezahlt werden sollen.

Bebel meint, der Antrag sei nicht diskutirbar.

Auer ist für Diskussion, lediglich schon der Wähler halber; man könne denselben ja ablehnen.

Breuel beantragt, hierüber zur Tages-Ordnung überzugehen;

er wolle die Verantwortung seinen Wählern gegenüber schon übernehmen.

Holzhauer stellt folgenden Antrag: „Im Auftrage meiner Wähler in Ottensen beantrage ich, der Congreß wolle beschließen, den Präsidenten des Allgem. deutschen Arbeiter-Vereins, Herrn Julius Röthing, per Drath aufzufordern, an diesem Congresse Theil zu nehmen, event. sämmtlichen Mitgliedern des obengenannten Vereins den Beitritt in die zu gründende Partei, ohne Ansehen der Person, zu eröffnen."

Dieser Antrag findet nicht die nöthige Unterstützung, und ist daher abgelehnt.

Auer verliest nunmehr einen Bericht über den Stand der Agitation und der Thätigkeit des Vorstandes der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Derselbe lautet:

Der vorjährige, in Gotha zusammengetretene Congreß, berufen, die Einigung der deutschen Social-Demokratie zu vollziehen, hat zur Leitung der dort geschaffenen Partei einen Vorstand aus fünf Personen eingesetzt, dessen Aufgabe es war, die inneren Angelegenheiten der Partei zu ordnen, letztere durch zweckentsprechende Maßregeln einzuführen und durch praktische Anwendung der Parteimittel für deren Ausbreitung und Stärkung zu sorgen.

Obwohl nun der gegenwärtige Congreß eigentlich nichts mit der Partei zu thun hat, so glaube ich doch, daß die Herren Delegirten ein gewisses Interesse daran nehmen werden, wenn ich als Mitglied dieses Vorstandes Ihnen ein Bild der Thätigkeit desselben vorführe.

Der Vorstand konstituirte sich am 8. Juni 1875 und wurden von diesem Tage ab die geeigneten Maßnahmen getroffen, welche uns nothwendig erschienen, um den über ganz Deutschland zerstreuten Parteigenossen die Möglichkeit zu geben, durch die Entrichtung des Parteibeitrages ihre Mitgliedschaft zu bekunden. Die Organisirung der neuen Partei vollzog sich sehr schnell und fanden die ersten Maßnahmen des Vorstandes allgemeine Zustimmung.

Als Hauptverwaltungsmaxime wurde festgesetzt, wöchentlich mindestens zwei Mal Sitzungen abzuhalten und alle Briefe rc., so weit dies nothwendig, durch die Secretaire möglichst sofort zu beantworten, nachdem in der ersten Sitzung nach Ankunft des Briefes die Antwort darüber vereinbart worden. Die Folge dieser Maxime war, daß von keiner Seite Beschwerden über die Geschäftsführung des Vorstandes an die Controlcommission gelangten. Der Vorstand hat während der Zeit seines Bestehens 127 Sitzungen und außerdem eine Reihe von Conferenzen abgehalten, und sind von Seiten des Secretariats 11,247 Briefe und sonstige Sendungen abgegangen und 3932 Briefe

und Sendungen empfangen worden. Bei dem Cassirer gingen 3700 Sendungen ein und 900 wurden von demselben expedirt.

Will man die Wirksamkeit der Partei recht beurtheilen, so ist es vor Allem nothwendig, einestheils die Mittel zu beachten, welche dieselbe aufgebracht, und andererseits die agitatorische Thätigkeit in's Auge zu fassen, welche seitens der Partei entfaltet worden ist.

Die Jahresbilanz der Parteikasse weist folgende Zahlen auf:

General = Bilanz
vom 8. Juni 1875 bis 10. August 1876.

Partei-Kasse.

Einnahme:		
a) Beiträge	Mark 23433 46	
b) Agitationsfonds . .	7278 91	
c) Protocolle und Bücher	993 80	
d) Vom „N.Soc.-Dem."	4991 45	
e) Vom „Agitator" .	454 50	
f) Aus dem Wahlfonds	3261 44	
Ausgabe:		
a) Verwaltung und Agitation		Mark 39640 96
b) An den Wahlfonds		772 60
	Mark 40413 56	Mark 40413 56

Unterstützungsfonds.

Einnahme	Mark 9552 68	
Zuschuß a. d. Wahlfonds	206 27	
Deficit (Vortrag) . . .	458 34	
Ausgabe		Mark 10217 29
	Mark 10217 29	Mark 10217 29

Wahlfonds.

Einnahme	Mark 7269 06	
Aus der Parteikasse . .	772 60	
Ausgabe		Mark 4573 95
An die Parteikasse . . .		3261 44
An den Unterstützungsfonds		206 27
	Mark 8041 66	Mark 8041 66

Gesammt = Abschluß.

Gesammt-Einnahme .	Mark 53973 86	
Gesammt-Ausgabe . .		Mark 54432 20
Deficit	458 34	
	Mark 54432 20	Mark 54432 20

Außerdem sind nachträglich vom Verleger des „Wähler" dem Wahlfonds Mark 4330,97 baar überwiesen worden.

Was die vorstehenden Einnahmen betrifft, so muß festgehalten werden, daß unter den hier angegebenen Summen, mit Ausnahme des Geldes vom „Wähler", nur diejenigen Gelder gezählt sind, welche dem Vorstand von den Parteigenossen entweder als Parteisteuern oder als freiwillige Beiträge zur Verfügung gestellt wurden. Es ist indeß gewiß nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß eine mindestens drei Mal so große Summe von den Parteigenossen an den verschiedenen Orten aufgebracht wurde, um damit an den einzelnen Orten oder in deren nächster Umgegend zu wirken.

Bedenkt man, daß diese Summen fast ausnahmslos nur von Arbeitern aufgebracht worden sind, welche unter dem Druck der kapitalistischen Produktionsweise und der jetzt allgemein herrschenden Geschäftskrise kaum das Nöthige verdienen, um ihren und ihrer Familien Lebensunterhalt zu ermöglichen, so muß man über diese Opferwilligkeit staunen, und sind diese Zahlen wohl die beste und treffendste Antwort auf den Vorwurf unserer Gegner, wie ihn besonders Heinrich von Treitschke erhoben und wie ihn liberale und konservative Blätter gedankenlos nachschwätzten, den Vorwurf, daß den Social-Demokraten jedes Ideal fehle und daß nur brutale Rohheit ihr besonderes Merkzeichen sei. Arbeiter, welche im Laufe von 14 Monaten Rm. 60,000 sich am Munde absparen, auf daß die Agitation für ihre politischen und socialen Grundsätze kräftigst gefördert werden kann, als jeden Ideals baar hinzustellen, um dies fertig zu bringen, muß man deutscher Professor à la Treitschke oder Bourgeois-Zeitungsschreiber sein.

In Bezug auf die Agitation wurde folgendes Verfahren innegehalten: erstens wurde eine Anzahl dazu besonders geeigneter Parteigenossen gewonnen, um als ständige Agitatoren mit vollem Gehalt ihre Dienste der Partei zu widmen. Solcher Agitatoren wurden von Anfang an sechs angestellt und hat die Partei augenblicklich deren acht. Aufgabe dieser Genossen ist es, an einem bestimmten, vom Vorstand auserwählten Orte ihren Wohnsitz zu nehmen und dort, so wie in der Umgegend für die Partei thätig zu sein. Die Sitze dieser Agitatoren sind in der Weise gewählt, daß dieselben ihre Thätigkeit fast über alle jene Orte und Gegenden Deutschlands ausdehnen können, wo die Social-Demokratie Anhänger und Freunde hat und wo zu den bevorstehenden Reichstagswahlen Aussicht ist, daß unsere Partei Erfolge zu erzielen vermag. Die ständig angestellten Agitatoren werden auch regelmäßig benutzt, wenn es sich darum handelt, nach der einen oder anderen Richtung hin eine größere fliegende Agitation zu unternehmen.

Neben den vollbesoldeten Agitatoren werden an 14 Partei-

genossen größere oder kleinere monatliche Zuschüsse im Betrage von Rm. 25—75 gezahlt, für welche die betreffenden Genossen die Partei an ihrem Ort zu leiten haben, außerdem aber auch in der Umgegend ab und zu Versammlungen abhalten oder, wenn ein Agitator in jene Gegend kommt, für die dadurch nothwendig werdenden Vorarbeiten zu sorgen haben.

Außer diesen durch die Parteikasse mehr oder minder entschädigten Parteigenossen stehen der Partei als fast durchweg vollbesoldete und in Folge dessen vollständig unabhängige Agitatoren noch 46 Beamte (Redakteure, Expedienten 2c.) zur Verfügung, von denen 37 auf die verschiedenen Lokalblätter kommen, so daß wir im Ganzen 54 vollbesoldete und 14 zum Theil besoldete, der Rede vollständig mächtige Agitatoren haben.

Zu dieser stattlichen Zahl von Vorkämpfern kommen noch 77 Redner, von welchen jeder einzelne sich jedem Gegner gegenüberstellen kann, welche aber in keinem anderen Verhältniß zur Partei stehen, als daß sie brave Parteigenossen sind und sich in den verschiedensten Lebensstellungen ihr Brot verdienen. Die Partei verfügt also über 145 wohlgeschulte Redner, welche alle bereits die Feuertaufe in Versammlungen schon bestanden und durch ihren Eifer und ihre Gewandtheit den verschiedenen Gegnern bei Gelegenheit der bevorstehenden Wahlagitation manche harte Nuß aufzubeißen geben werden.

Wenn nun trotz dieser großen Zahl von Agitatoren und der Unmasse von Versammlungen, welche allwöchentlich in allen Gauen Deutschlands abgehalten werden, die officiellen Organe der Partei weniger über Versammlungen berichten, als dies früher der Fall war, so liegt dies daran, daß die meisten Agitationsbezirke sich auf ein in demselben erscheinendes Lokalblatt stützen und die Berichte über stattgehabte Agitation in Folge dessen den Lokalblättern zugehen und nur in den seltensten Fällen aus denselben in die Hauptblätter übergehen. Wenn hier und da Klagen laut wurden, daß die Agitation im Laufe des letzten Jahres sich hauptsächlich darauf beschränkte, bereits der Social-Demokratie zugängliche Territorien zu bearbeiten und bis jetzt noch unbearbeitete Länderstriche, wie Ostpreußen und Pommern, auch in diesem Jahre wenig berücksichtigt wurden, so muß darauf hingewiesen werden, daß wir erstens während des ganzen abgelaufenen Jahres schon stets bei der Agitation auf die bevorstehenden Reichstagswahlen Rücksicht nehmen mußten, und es in Folge dessen unsere Pflicht war, die vorhandenen Mittel für jene Gegenden anzuwenden, wo uns Erfolge in Aussicht, ja so ziemlich sicher sind; zweitens aber darf nicht vergessen werden, daß die oben genannten Landstriche als die politisch und social zurückgebliebensten in ganz Deutschland zählen, und daß schon aus

diesen Gründen die Social-Demokratie, welche mit ihren Grundsätzen nur dort auf Verständniß rechnen kann, wo in Folge der gesellschaftlichen Entwicklung die Bourgeoiswirthschaft den Boden für sie bereitet hat, daselbst auf keine allzu günstige Aufnahme zu rechnen hat. Außerdem ist zu beachten, daß gerade im letzten Jahre die Reaktion in Preußen mit einer Rücksichtslosigkeit auftrat, wie sie ärger in früheren Jahren sich nie gezeigt. Hätten wir nun mit Nachdruck den Musterboden für die preußischen Kernregimenter forciren wollen, so war vorauszusehen, daß die Reaktion diesen ihr heiligen, ihre letzte Stütze bildenden Boden mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vertheidigen würde. Wer nun weiß, was Alles als Mittel der Reaktion gilt, wer die in letzter Zeit besonders gegen uns, die Social-Demokraten, beliebte Gesetzauslegungskunst verfolgte, der wird sich klar darüber sein, daß es des Aufgebots aller unserer Kräfte bedurft hätte, um in jenen Gegenden Eingang zu finden und den einmal eroberten Boden zu behaupten. Daß aber ein solcher Kampf nicht aufgenommen werden konnte angesichts der bevorstehenden Wahlen und der Thatsache, daß wir unsere Mittel in den sicheren und Erfolg versprechenden Wahlkreisen voll und ganz brauchen werden, darüber sind wir uns wohl Alle einig.

Wenn von der Agitation die Rede ist, so muß selbstverständlich auch der Stand und die Stärke unserer Presse in Betracht gezogen werden. Es ist ein alter Grundsatz, daß, je besser eine Partei in der Presse vertreten, desto größer ihr Einfluß und desto höher sie selbst anzuschlagen ist. Diesen Grundsatz als richtig angenommen, und es spricht nichts gegen seine Richtigkeit, können die Social-Demokraten Deutschlands mit Stolz auf das vergangene Jahr und die während desselben erzielten Erfolge auf dem Gebiete der Zeitungsliteratur zurückweisen. Seit Constituirung der Partei, also während eines Zeitraums von vierzehn Monaten, wurden von unseren Genossen nicht weniger als 12 politische und ein belletristisches Organ, die „Neue Welt", in's Leben gerufen. Die deutsche Social-Demokratie verfügt also jetzt über 23 politische Organe und ein Unterhaltungsblatt mit zusammen fast 100,000 Abonnenten. Von diesen 23 Blättern erscheinen acht wöchentlich sechs Mal,
acht „ drei „
vier „ zwei „
drei „ ein „

Von diesen Blättern werden einschließlich des Unterhaltungsblattes fünfzehn in von den Parteigenossen der betreffenden Orte gegründeten Genossenschaftsdruckereien hergestellt. Neben unseren Zeitungen hat der Broschürenvertrieb stets an Umfang gewonnen, so daß die Zahl der im Volke verbreiteten Broschüren nach

Hunderttausenden zählt. Auch der von der Partei herausgegebene Kalender fand sehr guten Absatz, und wurde derselbe in einer Gesammtauflage von 40,000 verkauft, davon abzüglich die paar Hundert Exemplare, welche als confiscirt in den Händen der Polizei verblieben. So sehen wir auf allen Gebieten die socialistische Propaganda immer mehr an Boden und Einfluß gewinnen, und von dem so vielfach ausgeschrienen „Rückgang" der Social-Demokratie ist nichts übrig geblieben, als Schrecken in allen uns feindlichen Lagern vor der Stärke und Macht unserer Partei. Als besonders bezeichnend für das stetige Wachsthum unserer Partei können die vier Nachwahlen zum Reichstag in Lauenburg, Leipzig, Hannover und Stuttgart gelten. Bei allen vier Wahlen errang die Partei eine bedeutend höhere Stimmenzahl, als bei den allgemeinen Wahlen im Winter 1874.

Daß zu all' diesen Erfolgen die voriges Jahr stattgehabte Vereinigung der deutschen Social-Demokratie wesentlich mit beigetragen hat, ist eine unbestreitbare Thatsache. Diese Vereinigung ist eine der wesentlichsten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung, und ist es deshalb um so unverzeihlicher, wenn einzelne Personen, von blindem Ehrgeiz getrieben, diese Errungenschaft wieder zu zerstören suchten. Daß aber die Versuche, in die deutschen Socialisten wieder den Keil der Zwietracht zu treiben, vollständig verunglückt sind, zeugt für den gesunden Sinn der deutschen Arbeiter und berechtigt zu der Hoffnung, daß in Zukunft die deutschen Socialdemokraten gegen alle Stürme, mögen dieselben von außen oder innen kommen, gewappnet dastehen und somit alle Spekulationen ihrer Feinde zu Schanden werden. Wenn ich die in diesem Jahre den deutschen Socialdemokraten gegenüber stattgehabten Verfolgungen noch erwähne, so geschieht es nur, um zu konstatiren, daß uns gegenüber, besonders was die beiden Staaten Preußen und Bayern anbetrifft, von einem Vereinsrecht nicht mehr die Rede sein kann. An Stelle des Rechts ist vielfach die Willkür getreten, eine Willkür, welche bei allen unsern Gegnern volle und ganze Unterstützung findet. Nicht die bestehenden reaktionären Vereinsgesetze in Preußen und Bayern sind es, über welche wir uns beklagen, denn die Socialdemokraten fügen sich den bestehenden Gesetzen, wenn dieselben auch noch so sehr zu unsern Ungunsten sprechen; unsere Wirksamkeit richtet sich da nur auf Agitation für gesetzliche Beseitigung solch reaktionärer Machwerke. Wogegen wir aber protestiren, das ist die tendenziöse reaktionäre Manier, mit welcher die bestehenden Gesetze gegen uns angewendet werden, während sie anderen politischen Parteien gegenüber nur in der loyalsten Weise Anwendung finden. Wir verlangen gleiches Recht für Alle, sind aber leider in der Lage, konstatiren zu müssen, daß die deutsche Social-

demokratie in Preußen und Bayern auf dem Gebiet des Vereinslebens geradezu rechtlos dasteht. Um nur ein Beispiel anzuführen sei hier erwähnt, daß die famose Schließung der socialistischen Arbeiterpartei für Preußen schon unterm 30. März d. J. erfolgte, bis heute aber noch keine Anklage gegen die Betheiligten erfolgt ist. Während dieser Zeit aber ist den Mitgliedern dieser Partei in Preußen nicht nur die Möglichkeit genommen, sich in irgend einer Weise als Parteigenossen zu betheiligen, nein, sie dürfen sich auch nicht in einen lokalen politischen Verein zusammenthun, wollen sie sich nicht der Gefahr aussetzen, von einem strebsamen Staatsanwalt wegen Fortsetzung eines geschlossenen Vereins unter Anklage gestellt und von „unabhängigen" Richtern zu exemplarischen Strafen verurtheilt zu werden. Dieser Zustand erhält aber erst seine volle Beleuchtung, wenn man weiß, daß in diesem selben Preußen die früheren Mitglieder der Socialistischen Arbeiterpartei zu Goldlauter vom Appellgericht zu Naumburg von der Anklage wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz durch ihre Betheiligung an der Partei freigesprochen wurden. Diese Parteigenossen aber dürfen sich an der Partei nicht betheiligen, trotz dem freisprechenden Erkenntniß der Richter in Naumburg, und dies blos, weil es der Reaktion in Berlin, als deren Verkörperung Herr Tessendorf uns sichtbar erscheint, gefällt, der Socialdemokratie gegenüber eine Art Belagerungszustand aufrecht zu erhalten. Zur Kennzeichnung der Art und Weise, mit welcher über die angeklagten Socialisten Recht gesprochen wird, sei nur auf die Urtheile gegen unsere Genossen Hackenberger vor dem Kreisgericht in Saarbrücken, Rottmanner, Franz und Köller vor den Bourgeois-Geschworenen in München, Sävecke in Chemnitz und Schuhmacher in Berlin, hingewiesen, Fälle, die würdig sind, neben das Urtheil gegen unsern Freund Most und den Leipziger Hochverrathsprozeß hingestellt zu werden.

Der Riese Proletariat beginnt immer mehr sich zu beleben und zur Erkenntniß seiner Lage zu gelangen. Die nun schon in's vierte Jahr andauernde Geschäftskrisis, die immer offener und unverhüllter hervortretenden reactionären Gelüste unserer Staatsleiter, die ständige Kriegsgefahr, in der wir leben, dieß alles wirkt zusammen, um dem Volke zu zeigen, was es von denen zu erwarten hat, welche bis jetzt seine Geschicke geleitet, und treibt es an, nach anderen Parteien und Hilfsmitteln sich umzusehen. Wenn auch nicht behauptet werden kann, daß das ganze Volk unter unser Banner sich stellen wird, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß Tausende und Abertausende, die bei der letzten Wahl ihre Stimme noch gegen uns abgaben, dieses Mal für die Candidaten der Social-Demokratie stimmen werden.

Daß aber ein Erfolg bei den nächsten Wahlen nur zu erzielen ist, wenn die Socialisten einig und nach einem bestimmten Plan wirken, ist selbstverständlich und so haben denn in fast allen Gauen Deutschlands bereits Besprechungen von Parteigenossen stattgefunden, welche den Zweck hatten, den Plan für ein gemeinsames Zusammenwirken festzustellen, sich über die Candidaten zu einigen und Wege aufzufinden, wie die Mittel zur Agitation zu beschaffen sind. Der Erfolg dieser vorausgegangenen Besprechungen ist, daß fast allerorts bereits Candidaten aufgestellt, die Agitationspläne festgestellt und auch zur Aufbringung der nöthigen Mittel die geeigneten Schritte gethan sind. So sehen wir besonders in Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen bereits alles geordnet und bedarf es für diese Provinzen nur noch der Zustimmung des Congresses, um den festgestellten Plan offiziell zu machen. Eine zu Ostern tagende Conferenz bekannter Parteigenossen aus den verschiedensten Gauen Deutschlands hat auch die bevorstehenden Reichstagswahlen in den Kreis ihrer Berathungen gezogen und wurde dort beschlossen, folgende Wahlkreise als offizielle in Aussicht zu nehmen:

In Schleswig-Holstein der 1) V. Itzehoe-Meldorf; 2) VI. Glückstadt-Elmshorn; 3) VII. Kiel-Neumünster-Rendsburg; 4) VIII. Altona-Oldesloe-Wandsbeck und 5) IX. Ploen-Segeberg-Fehmarn; Hamburg 6) I., 7) II. und 8) III.; 9) I. Braunschweig; 10) IV. Berlin u. 11) VI.; 12) Lübeck; 13) Reichenbach-Neurode; 14) II. Anhalt-Bernburg; 15) Calbe-Aschersleben; Sachsen: 16) V. Dresden-Altstadt; 17) IX. Freiberg-Oederan; 18) XIII. Leipzig, Landkreis; 19) XIV. Borna-Pegau: 20) XV. Mittweida-Limbach; 21) XVI. Chemnitz; 22) XVII. Glauchau-Meerane; 23) XVIII. Zwickau-Crimmitschau; 24) XIX. Stollb.-Schneeb.-Geyer; 25) XX. Wolkenstein-Zschopau; 26) XXII. Auerbach-Reichenbach; 27) XXIII. Plauen-Oelsnitz-Adorf; 28) Reuß a. L. (Greiz-Zeulenrode); 29) II. Sachsen-M. (Sonneberg-Saalfeld); 30) Cassel-Melsungen; 31) Barmen-Elberfeld; 32) Solingen; 33) Offenbach-Dieburg; 34) Hanau-Gelnhausen; 35) V. Württemberg (Eßlingen-Kirchheim); 36) Nürnberg; 37) Lennep-Mettmann.

Weiter wurde dort beschlossen, dafür zu wirken, daß ein Candidat nicht in mehr als zwei offiziell erklärten Kreisen aufzustellen sei. Sache des Congresses wird es sein, ob er diesen Beschlüssen beizutreten gesonnen ist oder ob und in welcher Weise er sie zu ändern gedenkt.

Wie bereits erwähnt und wie den Genossen ja auch bekannt, ist für Preußen die Partei-Organisation unmöglich gemacht. Ob dieser vorläufige Beschluß durch Richterspruch zu einer dauernden Auflösung führen wird, läßt sich zwar heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, indeß nach den Erfahrungen, welche wir bis

jetzt gemacht und nach der Tendenz zu schließen, welche in den meisten Staaten in Deutschland und vor allem in Preußen vorherrscht, kann wohl mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die vorläufige Schließung zu einer definitiven führen wird und daß deshalb eine Organisation in der Form, wie wir sie bis jetzt gehabt, kaum mehr denkbar sein dürfte. Es ist zwar Thatsache, daß unsere preußischen Parteigenossen mit peinlichster Genauigkeit darauf achteten, die vielen Klippen und Untiefen des preußischen Vereinsgesetzes zu umschiffen, um so gegen die Vorschriften desselben nicht zu verstoßen und es dürfte auch Herrn Tessendorf schwer fallen, einen direkten Beweis für irgend eine Uebertretung des Vereinsgesetzes seitens unserer preußischen Genossen beizubringen. Indeß nach Lage der Sache und nach den bekannten Obertribunalsbeschlüssen bedarf es keines direkten Beweises, sondern nur der subjektiven Ueberzeugung der Richter, daß gegen das Gesetz verstoßen wurde und ein verurtheilendes Erkenntniß erfolgt — und wer bezweifelt wohl, daß die Mitglieder der bekannten VII. Deputation des Berliner Stadtgerichts diese Ueberzeugung nicht mehr für nothwendig erachten werden? Die Sachlage ist einfach die: die preußische Regierung will nicht, daß innerhalb ihrer Machtsphäre eine Organisation socialistischer Arbeiter existire und um diesen ihren Willen durchzusetzen, sind ihre Organe angewiesen, jede dieser Organisationen aufs schärfste zu überwachen und wenn irgend thunlich dieselben zu zerstören, und daß dieses „thunlich" eintrete, dafür sorgen die Staatsanwälte und die mit ihnen verbundenen und befreundeten Organe. Und damit volle Freude in Israel werde, geben liberale und conservative Blätter ihre volle und freudige Zustimmung zu dieser etwas eigenthümlichen Praxis, dem Staatsbürger die Lehre von der Gleichheit Aller vor dem Gesetze anschaulich zu machen.

Die Organisation der Partei im Allgemeinen wie zu den Wahlen im Besondern wird also wesentlich mit zu den Aufgaben des Congresses gehören. Der Vorstand der Partei hat trotz den ungemeinen Schwierigkeiten, die sich diesem Streben entgegensetzten, stets darnach getrachtet, die Centralisation der Partei aufrecht zu erhalten und so weit dies unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, ist dies auch gelungen. Lobend muß anerkannt werden, daß die Parteigenossen allerorts den Vorstand in diesem seinem Streben unterstützten und so alle Schläge unserer Gegner an unserer Einigkeit und unserm festen Zusammenhalten scheiterten. Das offizielle Band, das uns alle umschlang, ist von rauher Hand zerrissen, aber trotzdem bindet uns fest und unlöslich das Bewußtsein, einer gemeinsamen großen Sache zu dienen, der Sache des Proletariats, des armen, enterbten Volkes.

Breuel findet den Bericht etwas zu rosig gefärbt, und ist der Ansicht, daß man mehr die Wahrheit sagen, und nicht blos die Licht-, sondern auch die Schattenseiten hervorheben müsse.

Hasselmann macht darauf aufmerksam, daß heute Nachmittag im Congreßlokale Volksversammlung sei, in welcher Liebknecht und er referire. Sie hätten sich verständigt, folgende Resolution in der Volksversammlung zur Vorlage gelangen zu lassen:

„Die social-demokratische Partei wird mit aller Energie in den Wahlkampf eintreten, um den Prinzipien des Socialismus die größtmöglichste Verbreitung zu geben, und unter Hinweis auf die jetzige politische und ökonomische Krisis den Beweis zu liefern, daß Freiheit und Wohlstand nur in der socialistischen Gesellschaft zu finden sei."

Frohme wünscht, daß diese Resolution noch vervollständigt werde.

Hasselmann ist für die jetzige Fassung der Resolution.

Dieselbe wird angenommen.

Auer erstattet Bericht über die nachträglich eingereichten Mandate; hiernach sind jetzt anwesend 97 Delegirte, welche 274 Orte vertreten, hierunter sind 28 Mandate ohne Stimm-Angaben; diejenigen Mandate; welche die Stimmenzahl der Wähler enthalten, belaufen sich auf 37,287 Stimmen.

Hasenclever verliest Depeschen aus Budapest, Harburg und Wurzen, und schließt sodann die Sitzung; nächste Sitzung: Montag früh 8 Uhr.

Die Schriftführer:

Steffens. Löwenstein.

Vormittags-Sitzung 21. August.

Die Sitzung wird Vormittags ½9 Uhr eröffnet. Vorsitzender: Geib. Schriftführer: Breuel und Kegel.

Auer verliest die Zahlen der auf die einzelnen Mandate fallenden Stimmen und constatirt, daß die Zahl der Delegirten jetzt 101 beträgt, da noch einige nachträglich eingetroffen sind. Der vertretenen Mandate sind 284, welche 37,747 Stimmen repräsentiren.

Reinders verliest die Präsenzliste. Es fehlen Rieß und Stuhl, beide unwohl. Rieß erscheint später.

Der Vorsitzende theilt mehrere Begrüßungs-Telegramme mit, und zwar eins aus München, eins aus Hannover, zwei aus Bochum.

Liebknecht theilt den Inhalt mehrerer an den Congreß eingelaufenen Zuschriften ausländischer Socialisten mit:

1. Ein vom 16. Juni datirtes Schreiben des Central-Ausschusses der socialistischen Partei in Portugal (Conselho central do partido socialista), welches die Sympathie der portugiesischen Socialisten mit der deutschen Social-Demokratie ausdrückt, und letztere zu der eingeschlagenen Taktik und den errungenen Erfolgen beglückwünscht.

2. Ein vom 10. August datirtes Schreiben der „Socialistischen Arbeitskammer" von Brüssel (Union-Solidarité), welches in ähnlichem Sinne verfaßt ist und mit den Worten schließt: „Deutsche Brüder! Ihr habt begriffen, daß es, um den Feind siegreich zu bekämpfen, der Einheit bedarf. — Die beiden Zweige des deutschen Socialismus haben sich vereinigt. Ihr habt wohl gethan. Die Regierungen verfolgen Euch ohne Unterlaß; sie wissen, daß wir in einer Zeit leben, wo die alte Welt stirbt und die neue das Licht erblickt. Sie bemühen sich, die Geburt der neuen Welt zu verhindern. Mit Freuden sehen wir, wie Ihr über alle Hindernisse triumphirt. — In Erwartung des großen Tages der Völkerbefreiung drücken wir Euch brüderlich die Hand."

3. Einen Aufruf der schweizer Arbeiter oder richtiger von in der Schweiz lebenden Arbeitern (darunter verschiedene Communeflüchtlinge) an die deutschen Arbeiter, in welchem letztere ersucht werden, im Interesse der internationalen Verbrüderung den Arbeitern Frankreich's die Hand zu bieten und zur Herbeischaffung der Fonds behülflich zu sein, welche zum Druck des Berichts der französischen Arbeiter-Delegirten zur Weltausstellung von Philadelphia erforderlich sind.

4. Ein Schreiben Jung's — bekannt als Vorsitzender mehrerer Congresse der internationalen Arbeiter-Association — aus London, mit der Bitte, die deutschen Arbeiter möchten sich an einer von französischen Flüchtlingen veranstalteten Sammlung zu Gunsten der nach Neukaledonien deportirten Commune-Gefangenen, die am Nothwendigsten Mangel leiden, betheiligen. Der französische Subscriptions-Aufruf lag dem Schreiben bei.

5. Ein Schreiben des „Jurassischen Congresses der Internationalen, d. d. Chaux de Fonds, den 7. August, in welchem unter Ausdrücken des Bedauerns über die bisherigen Spaltungen unter den Arbeitern verschiedener Länder und der Freude über die so wohl gelungene Einigung der deutschen Arbeiter, auf die Nothwendigkeit hingewiesen wird, die vergangenen Streitigkeiten zu vergessen und alle Kräfte zur Erreichung des gemeinsamen Ziels zusammenzufassen.

Liebknecht beantragte, da Geldsammlungen jetzt nicht thunlich sind, den in den Schreiben 3 und 4 ausgedrückten Wünschen dadurch gerecht zu werden, daß auf Kosten der Partei zwei Broschüren gedruckt und die eine zum Nutzen der französischen

Arbeiter-Delegirten, die andere zum Nutzen der deportirten Communarden verkauft werden sollte. Zur ersten Brochüre sei bereits auf seinen Wunsch das Manuscript aus der Schweiz geschickt — ein Brief Felix Pyat's und ein Aufsatz über „Arbeiter-Delegationen auf den Weltausstellungen“ — und für die zweite Brochüre schlage er die Schrift Grousset's und Jourde's: „Die politischen Gefangenen in Neukaledonien, Bericht zweier Entsprungenen“, sei es im Auszug oder in vollständiger Uebersetzung, vor. Der Verkauf der beiden Brochüren würde unzweifelhaft ein befriedigendes Resultat liefern und auf diese Weise mehr zur internationalen Verbrüderung beigetragen werden als durch eine direkte Geldsammlung, die überdies, wie schon angedeutet, im Angesicht der Wahlen entweder sehr schlecht ausfallen oder die finanziellen Kräfte der Partei schwächen würde, was er den Urhebern des schweizer Aufrufs schon mitgetheilt habe.

Bebel: Es ist ein erhebendes Zeichen, daß die Arbeiter aller Cultur-Länder die Gelegenheit dieses Congresses ergreifen, um ihre Solidarität mit den deutschen Arbeitern zu betheuern. In einer Versammlung, welcher er (Redner) kürzlich in Bern beiwohnte, wurde eine Vereinigung der russischen, französischen 2c. Socialisten besprochen. Er habe allerdings bemerken müssen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland eine internationale Organisation unmöglich sei. Sehr gut möglich sei es aber, daß zwischen den Vertretern der verschiedenen Socialisten-Vereinigungen ein freundschaftlicher Briefwechsel und bei Gelegenheit einmal ein Zusammentreffen stattfinde, um wenigstens ein geistiges Band zwischen uns und unseren ausländischen Brüdern herzustellen. Redner beantragt, die Zuschriften sollten in diesem Sinne beantwortet werden.

Dieser Antrag wird angenommen.

Hasselmann unterstützt die Vorschläge Liebknechts und befürwortet, bei Gelegenheit der nächstjährigen Märzfeier überall in den Versammlungen eine Sammlung zu Gunsten der französischen Deportirten und deren Familien vorzunehmen. Es werde auch im nächsten Jahre noch viel Elend zu lindern sein.

Geib giebt ebenfalls zu bedenken, daß vor der Wahl alle Kräfte der deutschen Socialisten vorzugsweise auf die Wahlagitation zu concentriren seien.

Die Vorschläge von Liebknecht und Hasselmann werden einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende verliest eine Zuschrift aus Breslau und theilt mit, daß aus Paris Genosse Carl Hirsch als Delegirter erschienen sei, in dessen Mandat die Pariser Arbeiter u. A. erklären: „Als specieller Mandatauftrag wird demselben (dem De-

legirten) aufgegeben, die Gesinnungen der Brüderlichkeit auszudrücken, welche die französische und die deutsche Socialdemokratie vereinigen und eine bessere Zukunft für beide Völker sichern."

Liebknecht beantragt, Hirsch zu beauftragen, er möge den französischen Arbeitern auf ihrem demnächstigen Congreß die Brudergrüße der deutschen Arbeiter überbringen.

Dies wird einstimmig beschlossen.

Der Congreß tritt nun in die Tagesordnung: „Gang und Stand der socialistischen Agitation in Deutschland" ein.

Burckhardt giebt Namens der Controlkommission die Erklärung ab, daß die Parteikassenbücher uud Belege der Controlkommission vier Mal zum Zweck der Revision vorgelegen haben. Die Controlkommission hat die Revision in genauester, gewissenhaftester Weise vorgenommen, und hat diese Revision ergeben, daß die Belege und Kassenbücher — mit Ausnahme einiger ganz geringfügigen Irrthümer, die stets ohne Verzug vom Kassirer richtig gestellt wurden — vollkommen übereinstimmten und sich in der besten, musterhaftesten Ordnung befanden. Die weitere Thätigkeit der Controlkommission umfaßte die Untersuchung und Entscheidung bezüglich einer Anzahl Beschwerden, Proteste und Gesuche. Fast alle diese Angelegenheiten wurden in gütlicher, befriedigender Weise beigelegt. Im Uebrigen sei noch besonders zu bemerken, daß das Einvernehmen zwischen dem Parteivorstande und der Controlcommission stets ein sehr gutes gewesen.

Der Vorsitzende beantragt, Punkt 1 mit Punkt 2 zu verschmelzen. Dies wird beschlossen und Hasenclever referirt hierauf über die Thätigkeit der Reichstagsabgeordneten. Er betont, es sei nicht nöthig und nicht möglich, hier einen ausführlichen Bericht zu geben. Die erste Session brachte das neue Militärgesetz. Die Socialisten haben sich an den Debatten betheiligt. Ebenso bei dem Contractbruch-Gesetz, Preßgesetz, Impfgesetz, bei dem Antrag auf Freilassung Bebel's und Liebknecht's, beim Invalidengesetz. In der zweiten Session, beim Landsturmgesetz, Freilassungsantrag 2c. sind die Socialisten ebenfalls eingetreten. In der dritten Session waren es das Hilfskassengesetz und die Strafgesetznovelle, bie welchen die Socialisten wirksam eingriffen. Der Redner erwähnte, daß es ihnen unmöglich gemacht worden sei, auf Bismarck's Provocation in der bekannten Reichstagssitzung zu antworten, während sie die Angriffe des Grafen Eulenburg gebührend zurückgewiesen hätten. Nach ihrer Kopfzahl gerechnet, seien die Socialisten allerdings oft genug zum Sprechen gelangt, doch es stehe im Reichstage Partei gegen Partei und der Parteistandpunkt habe nicht genügend zur Geltung kommen können.

Beim Budget, der Briefstieberei 2c. seien die Socialisten ebenfalls zum Wort gelangt. Der Redner weist sodann auf die be-

vorstehenden Justizgesetze hin. Er meint, bei der Strafprozeßordnung werde die Socialdemokratie eingreifen müssen. Er mache der Justizcommission den Vorwurf, daß sie die Preßvergehen vor das Schwurgericht und die Vergehen durch Reden vor den Einzelrichter verweise. Dies sei inconsequent, so daß es vorkommen könne, daß dieselbe Person wegen desselben Ausspruches, einmal durch die Presse, das andere Mal in öffentlicher Versammlung erfolgt, vom Schwurgericht freigesprochen, vom Richtercollegium verurtheilt werde.

Bebel: Wenn wir 15 Abgeordnete durchbringen, so daß wir Anträge stellen können, so solle man sich davon nicht viel versprechen. Der Reichstag werde sofort die Geschäftsordnung ändern und die Zahl der zum Antrag nöthigen Stimmen erhöhen. Die Wirksamkeit der Socialisten im jetzigen Reichstage werde nie nach Innen, stets nur nach Außen, im Volke, Erfolge erzielen. Bezüglich der Fraktionsbildung bemerkt der Redner, es werde stets einer unserer Vertreter im Reichstage anwesend sein, welcher etwaige unverhoffte Angriffe zurückweise und sobald es nöthig, die übrigen Abgeordneten herbeirufe. Dies empfehle sich, um Zeit und Geld zu sparen. Eine Fraktionsbildung sei jetzt, bei der kleinen Zahl, noch unnöthig. Der Redner verweist auf seine Rede bezüglich der Diätenfrage, um seine Abstimmung zu motiviren. Der Widerspruch zwischen einigen socialistischen Abgeordneten sei nur ein unliebsames Mißverständniß gewesen.

Der Reichstag bezweckt bei der Diätenfrage nur, sich einen Nimbus zu geben, nachdem er früher die Diätenforderung freiwillig bei mehreren Gelegenheiten fallen gelassen. So bei Berathung der Verfassung des Norddeutschen Bundes und derjenigen des Reiches. Wo der Reichstag die Macht in den Händen habe, begebe er sich dieser Forderung; wenn er die Diätenannahme beschließe, arbeite er für den Papierkorb des Bundesraths. Zu solchen Beschlüssen beizutragen, dazu gebe er (Redner) sich nicht her.

Es werden die Anträge 1—6 zur Verhandlung gebracht.

Molkenbuhr: Bebel habe konstatirt, unsere Abgeordneten wirkten im Reichstag nicht nach Innen, sondern nur nach Außen. Hierzu sei auch entschiedene Abstimmung nöthig. Die Stimmenthaltung Bebel's und Liebknecht's habe bei der Agitation im Norden Schaden gemacht, da die Bevölkerung, die in liberalen Blättern dies gelesen, ohne die Motive zu kennen, durch diese Taktik befremdet worden sei. Um die Stellung zu den Fragen zu präcisiren, sei stets ein entschiedenes Für oder Gegen nöthig, ebenso ein stets einheitliches Vorgehen der socialistischen Abgeordneten.

Frick: Wir wissen, warum die beiden Abgeordneten sich in

dieser Frage der Abstimmung enthielten. Für den Papierkorb arbeite die Socialdemokratie jetzt im Reichstag stets, und es würde in solchen Fällen öfter so sein. Es sei die Frage, ob die Handlungsweise der Genannten praktisch gewesen. Diese Frage sei zu verneinen. Die Stimmenthaltung war eine unnöthige Demonstration. Sie wurde uns in Volksversammlungen entgegengehalten.

Frohme: Nachdem auch die ultramontane Partei, um sich einen Nimbus zu geben, die Forderung erhoben, so sei kein Gewicht mehr auf diese Frage zu legen. Die einzig gerechtfertigte Motivirung des Fallenlassens der Diäten sei, daß man von einer feindlichen Regierung keine Bezahlung annehme. Ueber die Agitation bemerkt der Redner, die Mittel seien sehr ungleich vertheilt worden. Den Maingau habe man z. B. vernachlässigt. Wenn in Offenbach nicht genügend agitirt werde, so liege dies in den dortigen traurigen Verhältnissen.

Es kommt der Antrag von Most, Fritzsche und Rackow zur Verlesung, dahingehend: „Der Congreß möge prinzipiell Stellung nehmen zu den Fragen: Schutzzoll oder Freihandel, zur Eisenbahnfrage, zu der Frage: ob Schwurgericht, Schöffengericht oder juristisches Richtercollegium.

Dieser Antrag, sowie der der Vorlage, werden genügend unterstützt.

Most: Es herrschen verschiedene Ansichten über wichtige, jetzt vorliegende Tagesfragen in der Partei. Es möge zur Berichterstattung in den von Fritzsche angeregten Fragen deshalb eine Commission gewählt werden, damit eine Verständigung darüber erzielt werde. Eine solche sei für die Wahlagitation sehr nöthig.

Bezüglich des Hasselmann'schen Vorschlags, „ein Arbeiterschutzgesetz auszuarbeiten und dem Reichstag vorzulegen", bemerkt der Vorsitzende, zur Ausarbeitung dieses Gesetzes müsse ohnehin eine Commission gewählt werden.

Die Generaldebatte wird geschlossen.

In der Specialdebatte über den Most'schen Antrag, (Commissionswahl betr.) bemerkt Fritzsche: Der Congreß habe nur zu beschließen, ob ein Arbeiter-Schutz-Gesetz vorgelegt werden solle oder nicht, die Ausarbeitung desselben müsse nach Schluß des Congresses geschehen. Behufs Vorschlag einer Resolution in den übrigen angeregten Fragen sei eine Commission nothwendig.

Kayser will nicht 5 bis 6 Mann das Recht einräumen, durch eine Resolution den Parteigenossen über ihre Stellung zu politischen und wissenschaftlichen Fragen Vorschriften zu machen.

Bebel: Man könne nicht Beschluß fassen, ob für oder gegen Schutzzoll, da diese Frage für uns keine Prinzipienfrage

sei und in jedem einzelnen Falle nach Umständen entschieden werden müsse.

Mehrere Redner sprechen noch für und gegen die Commissionswahl.

Zur Geschäftsordnung beantragt Kayser: „Ueber den Antrag Fritzsche zur Tagesordnung überzugehen.“

Dieser Antrag wird nach einigen Debatten abgelehnt und der Most'sche Antrag angenommen.

Es wird beschlossen, in die Commission 7 Mann zu wählen, und fällt die Wahl auf Frick, Hasselmann, Most, Fritzsche, Liebknecht, Bracke und Grillenberger.

Man tritt nun in die Specialdebatte ein. Zu Antrag 1 spricht Stolle: Gerade die Interpellationen über die Haltung Bebel's und Liebknecht's in der Diätenfrage gäben in der Volksversammlung Gelegenheit, das ganze Komödienspiel des Reichstags zu charakterisiren. Der Congreß möge daher diese Haltung als eine correcte erklären.

Bebel berichtigt di,sen Antrag dahin, daß in der dritten Lesung nicht nur Bebel un Liebknecht, sondern alle anwesenden Socialisten sich der Abstimmung enthalten hätten, und deshalb es in dem Antrag heißen müsse: „Die socialistischen Abgeordneten.“

Der Antrag wird demgemäß geändert.

O. Kapell: Die Diätenforderung sei eine Forderung unserer Partei, und die Abgeordneten hätten folglich dafür zu stimmen gehabt.

A. Kapell: Auch die Vorlegung des Arbeiterschutzgesetzes sei Arbeit für den Papierkorb und dennoch nothwendig. Dasselbe sei mit der Diätenfrage der Fall. Man müsse zu dieser Frage Stellung nehmen, und habe sie im Programm schon genommen. Die Handlungsweise der betr. Abgeordneten sei daher unüberlegt gewesen.

Zielowsky: Die Sache habe in der Gegend, wo er lebe, sehr viel Staub aufgewirbelt, die Leute seien nicht aufgeklärt genug, um die Gründe zu begreifen.

Kayser: In der Gegend, die er vertrete, sei die Bevölkerung mit der Auffassung Bebel's einverstanden. Die beiden Abgeordneten haben nur constatirt, daß sie sich bei dieser Spielerei nicht betheiligen, obgleich sie für Diäten sind.

Haase erklärt, daß die Lübecker Socialisten seiner Zeit sich nicht mit dem Verhalten Bebel's 2c. in Betreff der Diätenfrage einverstanden erklärt haben. Wenn die Liberalen und Ultramontanen mit der Diätenfrage Komödie spielen, die Socialisten solches doch nicht dürfen, weil dieselben vollständig für Diäten sind.

Bebel: Man habe zu diesem Antrag die Stellung sich

genau überlegt. Wenn Unklarheit darüber herrscht, so muß man dieselbe eben aufklären, wie man andere Unklarheiten über unsere Sache aufklärt. Man habe nicht dagegen gestimmt, aber die sämmtlichen Socialisten hätten bei der 3. Abstimmung sich der Abstimmung enthalten. Seine Wähler seien damit einverstanden. In unserer sonstigen Reichstagsthätigkeit arbeiten wir nicht für den Papierkorb, sondern sie ist nöthig zur Aufklärung des Volkes; wo dieser Zweck wegfalle und eine reine Komödie unterstützt werden solle, könne er sich zu letzterer nicht hergeben.

Löwenstein bekämpft den Antrag von Ottensen, da es doch ganz klar auf der Hand liege, daß die betr. Abgeordneten für die Diäten sind und mit ihrer Abstimmung nur den Schwindel jener liberalen Abgeordneten kennzeichneten, die diesen Antrag immer nur pro forma stellen, um sich durch denselben dem Volke im Lichte der Freisinnigkeit zu zeigen. Die Abstimmung sei deshalb nicht nur korrekt, sondern für die Agitation günstig gewesen.

Dreesbach: Wenn man die Haltung der beiden Abgeordneten billige, so müsse man sich auf den Jakoby'schen Standpunkt stellen, der das Mandat für den Reichstag ablehnte, weil er mit der ganzen Komödie nichts zu thun haben wollte.

Molkenbuhr vertheidigt den Antrag von Ottensen.

Hasenclever weist nach, daß er an der Verwirrung bei der ersten Abstimmung keine Schuld trage. Er halte die Frage für untergeordnet, meine aber, es sei aus praktischen Gründen besser, für die Diäten zu stimmen. Man solle darüber heute keinen Beschluß provociren, und den Abgeordneten die Frage weiter überlassen.

Von A. Kapell und Dreesbach geht der Antrag ein: „Der Congreß erklärt die Stimmenthaltung einiger Abgeordneten unserer Partei bei der Diätenfrage für unpraktisch, indem dadurch bei den Parteigenossen Unklarheiten entstanden sind, welche, da die Gewährung von Diäten eine Parteiforderung ist, zu vermeiden sind."

Löwenstein beantragt dagegen: „Da selbstverständlich bei der Abstimmung über die Diätenfrage im Reichstage sowohl Hasenclever als Liebknecht und Bebel durch ihre verschiedene Form der Abstimmung nur dokumentiren wollten, daß sie für Diäten sind, letztere Abgeordneten durch ihre Stimmenthaltung nur den Schwindel konstatiren wollten, welcher einen Theil der sogenannten liberalen Abgeordneten kennzeichnen sollte, geht der Congreß über den Antrag Ottensen's zur Tagesordnung über."

Haase vertheidigt den Ottensener Antrag, Dreesbach den von ihm und Kapell gestellten.

Von Frick-Lingner geht der Antrag ein: Jeder socia-

listische Reichstagsabgeordnete muß im Reichstage mit Ja für Anträge stimmen, die als Forderung auf unserm Programm stehen.

Liebknecht: Er habe nirgends, auch im Norden Deutschlands nicht, etwas von aufgewirbeltem Staub bemerkt; die Staub-Aufwirbelung sei eine künstliche gewesen. — Ueberall, so weit er urtheilen könne, habe man die Stimmenthaltung gebilligt, speziell in seinem Wahlkreis. Eine Prinzipienfrage liege gar nicht vor; die Diäten sind eine eben so selbstverständliche, als untergeordnete Forderung, die mit Recht gar nicht in's Programm aufgenommen worden ist. Es handle sich um eine praktische, taktische Frage. — Der Einwurf, wir arbeiteten überhaupt im Reichstage für den Papierkorb, sei durchaus falsch. In unserer prinzipiellen Thätigkeit im Reichstage arbeiten wir für die Aufklärung des Volkes. Hier, wo das sechste Mal bereits dem Reichstage eine liberale Forderung vor die Füße geworfen wurde, war es unsere Pflicht, die schmachvolle heuchlerische Taktik des Liberalismus aufzudecken, und ihm die Maske abzureißen. Damit erfüllten wir nicht nur unsere Pflicht, sondern gaben auch unseren Parteigenossen eine agitatorische Waffe gegen den Liberalismus. — Die Antragsteller fassen die Stellung der Social-Demokraten zu dem Reichstage falsch auf. Wenn die Social-Demokratie sich an dem Komödienspiel betheiligt, wird sie eine offiziöse socialistische Partei. Redner betheilige sich nicht an Komödien, und werde dies nie thun.

Es wird Schluß der Debatte ausgesprochen.

Molkenbuhr bemerkt persönlich, Liebknecht gegenüber, in öffentlicher Versammlung habe man die Stellung der beiden Abgeordneten nicht getadelt, sondern nur privatim sei es den Socialisten vorgehalten worden.

Durch Abstimmung wird der Antrag von Löwenstein auf motivirte Tages-Ordnung angenommen.

Die weiteren Anträge, bis auf den Frick-Lingner'schen, fallen dadurch.

Ueber den letzteren entspinnt sich eine längere Debatte, welche sich namentlich um die Interpretation und die Fassung des Antrags bewegt.

Hasselmann beantragt Wiederaufnahme der Debatte.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag Frick-Lingner wird mit 30 Stimmen angenommen, da ein Theil der Delegirten sich der Abstimmung enthält.

Auer verlangt, eine Erklärung Derjenigen, welche sich der Abstimmung enthalten haben, zu Protokoll zu geben, dahin gehend, man habe diese Haltung bewahrt, weil man das Beantragte für selbstverständlich halte.

Fritzsche erwidert, dann müssen Diejenigen, welche mit Ja gestimmt haben, ebenfalls erklären, sie haben so gestimmt, weil sie die Disciplinar-Gewalt der Partei über ihre Abgeordneten gewahrt wissen wollen.

Der Antrag II. der Vorlage wird von Molkenbuhr motivirt.

Hasselmann erklärt sich aus praktischen Gründen dagegen.

A. Kapell erklärt sich gegen den Antrag, weil durch die Fraktions-Abstimmungen die persönliche Ueberzeugung der Abgeordneten verwischt werde, und man die Haltung der Einzelnen weniger kennen lerne.

Mehrere andere Redner erklären sich ebenfalls gegen den Antrag.

Der Antrag wird in seinem ersten Theil als erledigt angesehen, da eine Fraktion schon besteht, und in seinem zweiten Theil verworfen.

A. Kapell beantragt zur Geschäfts-Ordnung, Punkt 2 mit bei Punkt 5 zu erledigen, da Beides zusammengehört. — Dies wird angenommen.

Fritzsche, Rackow und Hasselmann beantragen:

„Der Congreß verlangt, daß in der nächsten Session ein Arbeiter-Schutzgesetz durch die Abgeordneten der socialistischen Wähler beantragt werde."

Hasselmann: Wir können den Antrag kurzweg annehmen. Redner hält es für wichtig, daß der Congreß zur Ausarbeitung eines Arbeiter-Schutzgesetzes die Initiative ergreift.

Bebel kann sich aus praktischen Gründen nicht für den Antrag erwärmen. An Agitationsmaterial gegen die Liberalen fehle es uns nicht. Die Arbeit sei eine zu umfangreiche bei der beschränkten Zeit der Abgeordneten, deren Kräfte schon im höchsten Grade angespannt sind. Für die jetzige Session sei also die Sache verfrüht, er beantrage, das Verlangte später zu beschließen.

A. Kapell ist aus prinzipiellen Gründen dagegen. Unser Programm sei das einzige Arbeiter-Schutzgesetz. Man dürfe nicht von dem heutigen Staate ein derartiges Palliativmittel verlangen.

Frohme beantragt, das Arbeiter-Schutzgesetz solle als Agitations-Mittel in einer gewissen Zeit ausgearbeitet und den Arbeiter-Verbindungen vorgelegt werden.

Hasselmann verlangt das Schutzgesetz als ein Angriffs-Mittel gegen die Ultramontanen, welches zur Eroberung rheinischer Kreise geradezu nothwendig sei.

Fritzsche bekämpft namentlich die Bedenken Kapell's gegen das Gesetz, durch welches unser Prinzip nicht verletzt werde. — Man solle eine Commission von 5—6 Mann in Berlin wählen. Der Antrag spräche für sich selbst.

O. Kapell bezeichnet das Gesetz als sehr nützlich für die Agitation.

A. Kapell: Das Gesetz könne unter der heutigen kapitalistischen Produktionsweise keine nützliche Wirkung haben, und seine Anbahnung sei eine sehr gefährliche Agitation, da es zu großem Mißverständnisse Anlaß geben könne.

Der Antrag Fritzsche wird angenommen; es wird eine Commission von 5 Mann gewählt, bestehend aus Hasselmann, Most, Grottkau, Stöhr und Fritzsche, welche s. Z. den socialistischen Reichstagsmitgliedern die Vorlage unterbreiten sollen.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und genehmigt; schließlich werden zwei Erklärungen zu Protokoll gegeben; dieselben lauten:

A. Die unterzeichneten Mitglieder des Congresses erklären hiermit, daß sie sich bei der Abstimmung über den Frick-Lingner'schen Antrag, welcher mit 30 Stimmen, also einer Minorität, angenommen wurde, der Abstimmung deshalb enthalten haben, weil der Antrag einestheils etwas Selststverständliches enthält, also überflüssig ist, und andererseits die socialistischen Reichstags-Abgeordneten in Lagen kommen können, wo es taktisch und prinzipiell vom Uebel ist, nach dem Wortlaute des Beschlusses zu handeln.

W. Bracke. Bebel. Wilh. Liebknecht. Ph. Wiemer. R. Fischer. Th. Burckhardt. W. Klees. Ch. Hadlich. C. Demmler. Kuhlmann. J. Auer. A. Staub. G. Weiß. J. Motteler. F. Trost. J. Heyer. H. Brasch. C. Hirsch. L. Fischer. A. Habel. W. Schubert. W. Stolle. G. Bronnemeyer. F. Beckendahl. M. Kaiser. W. Ufert. C. Kettel. C. Voigt. L. Eckstein. F. Leuschke. F. J. Ehrhardt. F. W. Bennewitz. H. Oldenburg. Gries. Habermann. J. Leyendecker. C. Grillenberger. C. F. Rick. A. Zwiebler. R. Tennhardt. M. Kegel. Vahlteich. O. Häusler. R. Schönhals. J. Most. A. Ries. H. Kellner. H. Rödiger. A. Geib.

B. Diejenigen Delegirten, welche für Annahme des Frick-Lingner'schen Antrages gestimmt, erklären hierdurch, von folgenden Motiven geleitet gewesen zu sein:

1) Die Reichstags-Abgeordneten der Partei sind auf Grund des Partei-Programms gewählt, und sind in Folge dessen verpflichtet, für diese Forderungen zu stimmen.

2) Der Partei muß das Disciplinarrecht über die Abgeordneten gewahrt werden, zumal sie das Recht der Mandat-Entziehung in ihr Programm aufgenommen hat.

F. W. Fritzsche. R. Bluhm. H. Haase. Frohme. Derossi. Hasenclever. F. W. Klute. W. Molkenbuhr. W. Mehlhorn. A. Dulk. M. Daßbach. Holzhauer. R. Schulz. W. Frick. A. Dreesbach. O. Kapell. Lingner. A. Kapell. E. Strecker.

G. Zielowsky. Finn. H. Rackow. O. Reimer. Grottkau. Meister. W. Hasselmann. B. Frauenhoff. H. Wichtendahl. H. Winner. H. Lange. H. Strumpen. J. Rönnekamp. A. Hörig. Risch. Brüning. E. Breuel. E. Richter. Kluge. F. Steffens.

2. Sitzung am Montag den 21. August.

Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Hasenclever 3 Uhr Nachmittags. Schriftführer Derossi und Kuhlmann. Der Vorsitzende verliest zunächst eine Depesche von Arbeitern aus Reutlingen. Es kommt sodann ein Antrag von Strumpen zur Verhandlung, zunächst den Antrag Richter vorzunehmen, welcher dahin geht, daß, sobald über einen Gegenstand Schluß der Debatte angenommen wird, ehe die Rednerliste erschöpft ist, die noch eingezeichneten Redner in das Protokoll aufzunehmen sind.

Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt sodann Verlesung der Präsenzliste. Es fehlt Treuter, welcher abgereist ist.

Es wird nun zu Punkt C 3 der Vorlage geschritten, und wird damit zugleich Punkt 4 verknüpft, sowie C 2 Nr. 3 bis 6.

Die Anträge C 3 Nr. 8, 9, 10 finden genügende Unterstützung; ebenso 11, zu welchem der Vorsitzende bemerkt, daß derselbe von Hamburger Parteigenossen gestellt sei. Zu 12 bemerkt Frohme, daß auch dieser von Parteigenossen gestellt sei. Derselbe findet ebenfalls Unterstützung; desgleichen 13, C 4 Nr. 14 a, 14 b, 15, 16, 17 und 18. Sodann liegen noch schriftliche Anträge vor, und zwar von Haase-Lübeck; Socialisten zu Wurzen; Socialisten zu Kalk; letzterer wird ungenügend unterstützt. Ferner von Wichtendahl-Frauenhoff; Strumpen und Genossen; Ehrhardt; Demmler; Zielowsky; Eckstein; Socialisten Ronneburg's; Frick; Schulz; Bluhm. Dieselben lauten:

1) Haase-Lübeck: Der Kongreß möge beschließen, daß bei der Regelung der Wahlagitation in Schleswig-Holstein, Lübeck so viel wie möglich mit berücksichtigt werde.

3) Socialisten zu Wurzen: Der Kongreß möge den Wahlkreis Wurzen-Oschatz zum offiziellen erklären.

5) Socialisten zu Kalk: Der Kongreß möge beschließen, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl kein Kandidat mehr als an vier Orten aufgestellt werden darf.

6) Wichtendahl und Frauenhoff: Bei Feststellung der Agitation möge der Kongreß auch Bedacht auf die Wahlkreise innerhalb der Provinzen Hannover und Westfalen nehmen, da dieselben wohl über eine Nichtberücksichtigung in dieser Beziehung Klage zu führen berechtigt sind.

7) Strumpen und Genossen: Der Kongreß möge be-

schließen, die stabile Agitation für Dortmund (Scheil) aufzuheben, und mit den Geldern, welche diese Agitation erfordert, die Kreise Lennep=Mettman, Solingen und Barmen=Elberfeld zu unterstützen.

8) Ehrhardt: Der Kongreß möge beschließen, für die nächsten drei bis vier Monate eine tüchtige agitatorische Kraft in der Pfalz und Baden niederzusetzen, und wünschen dazu, wenn eben möglich, Herrn Dreesbach.

9) Demmler: Der Kongreß möge beschließen, für den 21. sächsischen Wahlkreis die nothwendigsten Drucksachen, als Wahlaufrufe, Stimmzettel u. s. w. von Parteiwegen zu beschaffen.

10) Zielowsky: Der Congreß möge beschließen, daß die Wahlkreise Stettin und Randow=Greifenhagen, sowie die Wahlkreise Mecklenburg=Schwerins bei der Reichstagswahl berücksichtigt werden sollen.

11) Eckstein: Der Kongreß möge den 6. sächsischen Wahlkreis zum offiziellen erklären.

12) Socialisten Ronneburgs: Der Kongreß möge beschließen, daß der Wahlkreis Altenburg bei der Wahlagitation so viel wie möglich berücksichtigt werde.

13) Frick: Der Kongreß möge beschließen, daß der Wahlkreis Hagen bei den nächsten Wahlen zu unterstützen sei.

14) Bluhm: Der Congreß möge beschließen, den 23. sächs. Wahlkreis mit in die Agitation zu ziehen und demselben Beihülfe zur nächsten Wahl zu bewilligen.

Es gelangen sodann die provisorischen officiellen Wahlkreise, sowie die bis jetzt angemeldeten Candidaturen zur Verlesung. Erstere sind:

In Schleswig=Holstein der 5. (Itzehoe=Meldorf); 6. (Glückstadt = Elmshorn = Ottensen); 7. (Kiel = Neumünster = Rendsburg); 8. (Altona=Oldesloe=Wandsbeck); 9. Ploen = Segeberg = Fehmarn). — Dann Hamburg 1, 2 und 3; Braunschweig 1; Berlin 4 und 6; Lübeck; Reichenbach=Neurode; Anhalt=Bernburg; Calbe=Aschersleben. — In Sachsen: 5. (Dresden=Altstadt); 9. (Freiberg=Oederan); 13. (Leipz. Landkreis); 14. (Borna=Pegau); 15. (Mittweida=Limbach); 16. (Chemnitz); 17. (Glauchau=Meerane); 18. (Zwickau=Crimmitschau); 19. (Stollberg=Schneeberg=Geyer); 20. (Wolkenstein=Zschopau); 22. (Auerbach = Reichenbach); 23. (Plauen = Oelsnitz=Adorf. — Ferner: Reuß a. L. (Greiz=Zeulenroda); Sachsen=Meiningen 2. (Sonneberg=Saalfeld); Cassel=Melsungen; Barmen=Elberfeld; Solingen; Offenbach=Dieburg; Hanau; Würtemberg 5. (Eßlingen=Kirchheim); Nürnberg; Lennep=Mettmann.

Aufgestellt sind:

Schleswig=Holstein 1 und 2 C. Brückmann; 3. S. Heinzel; 4. H. Radenhausen; 5. H. Walther; 6. M. Stöhr; 7. H. Oldenburg; 8. W. Hasenclever; 9. O. Reimer. In Sachsen: 1. E.

Stuhr; 2. J. Vahlteich; 3. G. Keller; 4. W. Liebknecht; 5. Demmler (Schwerin); 6. L. Eckstein; 7. R. Wolf; 8. W. Ufert; 9. Geib, ev. Geiser; 10. Th. Burckhardt; 11. A. Bebel; 12. do.; 13. Demmler (Schwerin); 14. B. Geiser; 15. J. Vahlteich; 16. J. Most; 17. A. Bebel; 18. J. Motteler; 19. W. Liebknecht; 20. Ph. Wiemer; 21. C. Demmler (Geyer); 22. J. Auer; 23. J. Franz. Ferner für: Reuß ä. L. W. Blos; Braunschweig 1. bis 3. W. Bracke; Lübeck W. Hartmann; Reichenbach-Neurode A. Kapell; Nieder-Barnim: C. Finn; Calau-Luckau P. Kersten; Nürnberg C. Grillenberger; Harburg M. Stöhr; Offenbach-Dieburg W. Liebknecht; Cassel-Melsungen W. Frick; Barmen-Elberfeld W. Hasselmann; Marburg-Kirchhain H. Lauer; Kaiserslautern R. Hackenberger; Neustadt-Landau A. Dreesbach; Erfurt O. Kapell; Frankfurt a. M. C. Frohme; Augsburg J. Most; Lauenburg A. Geib; Sachsen-Weimar 1. W. Ufert; 2. W. Liebknecht; 3. C. Kettel; Sachsen-Gotha W. Bock; Sachsen-Koburg do.; Würzburg C. Grillenberger; Dortmund C. W. Tölcke; Stuttgart C. Hillmann; Eßlingen J. Motteler; Forste-Sorau O. Kapell; Berlin 6. W. Hasenclever; Halle a. S. H. Rödiger; Berlin 1. J. Most; 2. A. Baumann; 3. H. Rackow; 4. F. W. Fritzsche; 5. O. Kapell; Höchst-Usingen J. Schmidt; Hanau C. Frohme; Magdeburg W. Bracke; Solingen M. Rittinghausen; Altenburg W. Stolle; Erlangen-Fürth G. Löwenstein.

Kayser stellt den Antrag, sofort in die Specialdiscussion einzutreten; derselbe wird genügend unterstützt, und nach Motivirung von Kayser, nebst einem Amendement Bebel's, die zusammengehörigen Gruppen gemeinsam vorzunehmen, angenommen. — Es kommen zunächst zur Verhandlung die Anträge, welche sich auf Unterstützung betreffs der Wahlagitation beziehen.

Es erhält zunächst das Wort

Reinders: Derselbe ist der Ansicht, daß der Vorstand der, jetzt in Preußen nicht mehr bestehenden soc. Arb.-P., die Agitation nicht gleichmäßig betrieben habe, indem er Schlesien vernachlässigte. Auch habe Redner noch einige andere Punkte anzuführen, so aus jüngster Zeit bezügl. des „Armen Conrad". Redner habe vor kurzem eine Erklärung des Vorstandes gelesen gegen den „Westdeutschen Volkskalender", und habe sich daher gewundert, daß nicht auch gegen den Bracke'schen Kalender so vorgegangen wurde. Auch weiß Redner nicht, ob der Partei-Vorstand darüber zu entscheiden habe, ob Annoncen aufgenommen werden, wie die Bracke'schen Kalender-Annoncen; dann hätten dieselben doch zurückgewiesen werden müssen. Ferner sind Parteigenossen, welche für die Partei ins Gefängniß wanderten, vernachlässigt worden.

Es wird beschlossen, die Kalender-Angelegenheit bis zur Rubrik Parteipresse zu verschieben.

Bluhm: Im 23. sächs. Wahlkreis sei die Agitation sehr vernachlässigt worden; der Candidat Franz habe nicht weit dorthin, besuche ihn aber selten; auch andere Redner ließen sich nicht sehen, und es müßte Alles auf eigene Kosten gemacht werden, trotzdem die Parteigenossen schlecht gestellt seien.

Zielowsky betont, daß wohl Jeder seinen Kreis, wo er wirkt, empfiehlt; so auch er. Doch liegen bei Stettin besondere Umstände vor. Es sei gesagt worden, daß jeder Agitator in Stettin volles Gehalt erhalten solle, nur Zielowsky nicht. Es sei dies Finn gewesen. Redner glaubt nicht, daß der Vorstand damals ein solches Vorurtheil gegen ihn gehabt haben könne. Er habe bei der letzten Wahl ohne Agitations-Unterstützung von auswärts über 2000 Stimmen erzielt. Redner glaubt, daß man ihn todt machen wolle. — Als officiellen Wahlkreis wolle er zwar Stettin nicht empfehlen; es müsse aber etwas für die Agitation in Stettin und Randow-Greifenhagen gethan werden. Auch Mecklenburg sei eine Gegend, welche Aussicht auf Erfolg biete.

Strecker: Der Vorstand habe Kreise nicht berücksichtigt, wo früher die Bewegung gut stand; so Eimbeck. In Cassel seien über 3300 Stimmen abgegeben worden. Der Kreis zähle aber ca. 120 Dörfer, welche bearbeitet werden müssen, und dafür müsse der Vorstand etwas thun. Dreesbach sei zwar in Cassel gewesen, aber zu einer Zeit, wo in dem Kreise nichts zu machen war. Die ganze Provinz wird auf diese Weise vernachlässigt. — Für den Kreis Nieder-Barnim seien bei der vorigen Wahl ca. 300 Thlr. ausgegeben worden, auf den Harzkreis Hasselmann's nichts. Daher möge der Congreß alle Bestimmungen treffen und dieselben nicht dem Vorstande überlassen.

Haase: Er habe einen Antrag eingereicht, der sich aber nicht in der gedruckten Vorlage befindet. Damit, daß der Vorstand diejenigen Kreise herausgegriffen, welche Aussicht auf Erfolg bieten, habe derselbe einen guten Griff gethan. Möchten Alle dafür agitiren, daß wir in diesen 37 Wahlkreisen zum Siege gelangen, und möge man Lübeck auch dabei berücksichtigen. Die Agitation sei dort so leicht nicht, da viele Lübecker Orte im Holstein'schen zerstreut liegen, und möchten die schleswig-holstein'schen Agitatoren nach Kräften mitwirken.

Klute: In Thüringen sind die wichtigsten Kreise Greiz und Saalfeld. Außerdem aber kommt die Frage in Betracht, ob nicht auch die Kreise Zeitz und Weimar I. zu berücksichtigen seien. — Der Antrag der Genossen aus Minden sei in seinem zweiten Theile wohl anzunehmen, aber nicht in seinem ersten.

Wenn sich ein Agitator in die Verhältnisse eines Kreises eingelebt hat, wird er besser wirken können, wie einer, der neu hinkommt. Möge man dies also den jeweiligen Umständen überlassen.

Frick. Alle die Anforderungen, welche man an den Vorstand stellt, wird derselbe dahin beantworten müssen: Schafft uns Geld, dann schaffen wir Agitation. Redner wünscht, daß einige Monate vor der Wahl Pfannkuch in Cassel engagirt werde. Aussichten sind vorhanden; der Gegner hatte bei der vorigen Wahl 5000, wir 3000 Stimmen; damals ist aber nicht so in dem Landkreise gewirkt worden, wie es nöthig gewesen.

In den Wahlkreisen Rheinland-Westfalen's hat man früher deshalb sich so schlecht betheiligt, weil die Leute zu flott verdienten; durch die Krise sind sie zur Erkenntniß gekommen, und möge man vor Allem das Augenmerk auf den Kreis Hagen richten, welcher günstig sei, weil derselbe durchgehends protestantische Bevölkerung besitze, also der Kulturkampf dort nicht im Wege stehe.

Ehrhardt ist nicht der Ansicht, daß man die ganze Kraft auf die günstigen Wahlkreise werfe. Wir müssen sehen, so viele Stimmen wie möglich zu erobern, damit würden die Gegner in Furcht gesetzt. So empfehle er die Pfalz und Baden. — Redner sei zwar auch im Stande, eine Bauernrede zu halten, aber es müßten dort auch periodisch tüchtige Agitatoren hingesandt werden. Mannheim sei von den Reichstagsabgeordneten vernachlässigt worden; sie seien darum herum geschlüpft.

O. Kapell empfiehlt den Antrag der Genossen in der Nieder-Lausitz. Dieselbe sei in der letzten Zeit sehr vernachlässigt worden, wohingegen in anderen Kreisen stabile Agitatoren sitzen. Wenigstens müsse man zuweilen eine mehrwöchentliche Agitation vornehmen lassen. Für jeweilige Versetzung der Agitatoren sei Redner, und zwar deshalb, weil er das als praktisch befunden habe.

Auch in Pommern und Preußen sei nicht agitirt worden; Redner habe sich selbst angeboten, es wurde aber abgelehnt, weil kein Geld vorhanden sei. Redner glaube dies aber nicht, vielmehr eher, man scheue sich, dort vorzugehen. Redner meint ferner, es wäre eine größere Schande, wenn wir weniger Stimmen bei der Wahl erzielen, als wenn wir einen Abgeordneten weniger durchbringen. Er lege daher diese Provinzen dem Congresse an's Herz, ebenso die Nieder-Lausitz.

Breuel. Es herrsche im Vorstande die Ansicht, daß Kreise, welche sich nicht rentiren, auch nicht mit Agitation bedacht werden können; Schlesien z. B. biete aber günstige Chancen, trotzdem dort nicht viel herkomme. — Sodann sei der Bericht Auer's schöngefärbt, die Schattenseiten seien darin nicht berücksichtigt, und wünsche Redner, daß mehr die Wahrheit gesagt werde.

Auer bemerkt, daß mit Breuel's Ausstellungen nichts gesagt

sei; der Vorredner müsse die einzelnen Punkte angeben, welche als Schattenseiten zu betrachten seien. Redner sage nicht, daß Alles gut in der Partei stehe, aber es dürfe auch nicht in den Tag hinein behauptet werden, die Wahrheit sei nicht gesagt worden.

Wichtendahl. Auch der Celler Kreis hat seine Bedeutung; derselbe hat früher für York eine bedeutende Stimmenzahl aufgebracht. Auch dieser Kreis sei sehr vernachlässigt worden.

Frohme ist entschieden gegen den Antrag, die stabilen Agitatoren zuweilen zu versetzen. Wir müßten froh sein, für einen Kreis einen passenden Mann zu besitzen, und nicht darauf ausgehen, ihn vielleicht nach Jahr und Tag mit Sack und Pack zum Thore hinaus zu spediren. — Im Maingau sei im letzten Jahre sehr wenig geschehen. Es sei dort ein sehr gutes Resultat zu erzielen, wenn man es nur richtig anpacke.

Rönnekamp. Er sei beauftragt, dafür einzutreten, daß die Agitation nach Provinzen eingetheilt werde. Redner habe schon 5 Agitatoren auf einem Haufen gefunden, während sie anderswo fehlten. — Auf jedem Congreß tauche der Antrag auf Versetzung der Agitatoren auf; man will öfter einen neuen Propheten sehen! So wird auch ein wahrer „Götzendienst" mit den Reichstagsabgeordneten getrieben; der geringste Mann ist doch öfters besser geeignet, auf die Landbevölkerung zu wirken, als der gediegenste und wissenschaftlichste Mann.

Ueber den Bericht Auer's herrschen verschiedene Ansichten; Auer habe nach seiner Ansicht hauptsächlich den Zweck im Auge gehabt, nach außen zu wirken. Nach Redner's Meinung handle es sich aber mehr um den inneren wie den äußeren Frieden, und deshalb lasse der Bericht Manches zu wünschen übrig.

Winner. In Westfalen liegt es heute anders wie früher. Die Ultramontanen haben zwar ungeheuren Anhang gehabt, aber dieser fängt jetzt an zu schmelzen. Man muß dort jedoch die Bergarbeiterbewegung in Fluß halten. Was den Agitatorenwechsel betreffe, so sei derselbe einestheils gut, anderntheils nicht. Man habe darin Erfahrungen in Dortmund gemacht. Die Maßregelungen dort und in Witten-Bochum sind sehr groß und deshalb kann sich ein Agitator schlecht dort halten. — Im Bochumer Kreise sei gar nichts geschehen, trotzdem der Kreis günstig zu bearbeiten sei. Redner empfiehlt den Kreis Dortmund und Bochum-Witten.

Holzhauer schließt sich dem Antrage an, in denjenigen Gegenden Agitation zu betreiben, wo bis jetzt nichts geschehen ist. Dann möge ferner die Agitation mehr nach Kreisen eingetheilt werden. Einzelne Orte würden oft reichlich mit Agitation bedacht, dazwischen liegende aber gar nicht. Man müsse sich zwar nach der Decke strecken; Redner finde aber in der Abrechnung

Posten für Agitation in unverhältnißmäßiger Höhe. — Weiter habe Redner wegen einer freilich geringfügigen Sache Aussetzung zu machen, nämlich der Anschaffung von zwei Reisedecken Seitens Gundelach's in Altona; es sei zwar eine Kleinigkeit, müsse aber gerügt werden.

Ferner habe der Vorstand Agitatoren bei Seite gesetzt, weil dieselben sich gegen die Gewerkschafts-Bewegung ausgesprochen; so Otto in Ottensen.

Auer bemerkt bezüglich der Decken, daß dieselben speciell Altonaer Angelegenheit und die beregten Ausstellungen Holzhauer's unberechtigt seien. — Was Otto anbetrifft, so sei die Auffassung des Vorredners unrichtig. Der Vorstand habe Otto niemals beseitigt, sondern derselbe habe im Gegentheil dem Vorstande einen Korb gegeben. Es wurde ihm Seitens des Letzteren proponirt, gegen einen Zuschuß nach Cassel zu übersiedeln. Dies lehnte er ab und ließ seitdem nichts mehr von sich hören, nahm jetzt sogar eine feindliche Stellung gegen den Vorstand ein. — Wollte man alle Agitatoren beseitigen, die gegen die Gewerkschafts-Bewegung sind, so hätte dies mit Manchem geschehen müssen.

Stolle. Man muß zunächst den Antrag besprechen, die Agitation nach Provinzen einzutheilen; derselbe sei sehr praktisch. In Sachsen sei derselbe ausgeführt, und wäre dies überall geschehen, so stände es auch überall besser. Redner verweise nur auf die Greizer Wahl. Man werde zwar sagen, es sei das Decentralisation; man müsse aber darauf sehen, so viel Stimmen wie möglich zu erobern und den Eigenthümlichkeiten der einzelnen Provinzen dabei Rechnung tragen. Der Wahlkreis Altenburg sei sehr günstig, und wenn auch dort eine praktische Agitationseintheilung getroffen wird, werden wir Erfolg haben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Auf der Liste stehen noch: Reinders, Dreesbach, Daßbach, Strumpen, Strecker, Rackow, Gries, Habermann, Zielowsky, Ohlig, Breuel, Heyer und Hartmann.

Es folgen persönliche Bemerkungen, und zwar Seitens Finn, daß der Ausspruch bez. Zielowsky's seine persönliche Meinung gewesen sei, mit dem Vorstande aber nichts zu thun habe.

Zielowsky bemerkt, Finn habe gesagt, der Vorstand würde jeden Agitator besolden, nur ihn, Zielowsky, nicht. Auer erhält noch das Wort zu Berichtigungen. Zunächst habe Redner zu betonen, daß aus allen Gegenden Klagen wegen zu geringer Agitation gekommen sind; die nicht vertretenen Orte hätten jedenfalls dieselben Klagen vorzubringen. Man möge aber doch in Betracht ziehen, daß der Vorstand nicht daran schuld ist, sondern der Mangel an den nöthigen Mitteln. Gerade daß Kla-

gen aus allen Gegenden gekommen sind, zeige ihm, daß der Vorstand seine Schuldigkeit gethan habe; er habe keine Bevorzugung geübt, sondern nach allen Seiten hin gemäß den vorhandenen Mitteln gewirkt. Frohme beklagte sich wegen Vernachlässigung des Maingau's. Dort war zuerst Klein als voll besoldeter stabiler Agitator; dann kam Scheil hin in derselben Eigenschaft, und schließlich Frohme, und erhielt letzterer seitdem 75 Mk. monatl. Zuschuß. — Offenbach lehnte auf eine Anfrage den Zuschuß ab. — Reinders beschwerte sich wegen Schlesien. Wie liegt es aber? Breslau erhält 24 Mk. monatlich, Görlitz desgleichen. Keller wurde beauftragt, in Schlesien eine fliegende Agitation vorzunehmen; die Genossen schrieben aber, daß sie keine Lokale bekommen könnten. Sie wünschten deshalb einen pekuniären Zuschuß, um auf andere Weise agitiren zu können und wurden zu diesem Zwecke 90 Mk. an Spielmann in Peterswaldau gesandt. Was die Anschauung betrifft, der Vorstand thue nichts für Orte, welche nichts leisten, so ist dieselbe beim Vorstande nicht vorhanden; es mag dies in einzelnen Fällen angewandt worden sein, um die Orte anzuspornen, etwas zu leisten. — Der 23. sächs. Wahlkreis ist zwar gut; es sind aber keine Leute da, welche die Vorbereitungen zu den Versammlungen treffen; dasselbe ist es mit Plauen und theilweise mit der Provinz Hannover. Der nicht in die Vorlage aufgenommene Antrag von Haase laute, die Reichstagsabgeordneten des Nordens möchten nach dem Süden und die des Südens nach dem Norden gehen. — Glaubt denn ein Einziger hier, daß so etwas möglich sei? Der Antrag widerspreche aller Vernunft. Viele glauben vielleicht, der Vorstand habe die Reichstagsabgeordneten in der Hosentasche und brauche sie nur beim Gebrauch herauszuziehen! Lasse man also solche Sachen aus dem Spiel, und stelle nicht unausfhürbare Zumuthungen. — Die Meinung Ehrhardt's vom Umschleichen Mannheim's Seitens der Reichsboten ist nicht auf dessen Feld gewachsen; dieselbe ist vielfach vorhanden. Es kommt vor, daß ein Reichsbote einmal einen Tag abkommen kann; er fährt nach einem Orte, wo er gewünscht wird, hin, muß aber den nächsten Tag wieder in Berlin oder in seinem Geschäfte sein. Da beschweren sich denn die Genossen im nächsten Orte; geht er auch dort hin, so kommt Beschwerde von dem zweitnächsten Orte, und so weiter, bis der Redner zum Teufel gerathe. Was die Nieder-Lausitz betreffe, so sind dort durch den Vorstand fliegende Agitationen arrangirt worden Seitens der Redner Slauck, Keller und Schlesinger. Zudem wurde für H. Schmidt ein Zuschuß proponirt, welcher aber abgelehnt wurde. Bezüglich der Versetzung der Agitatoren möge man doch Rücksicht auf die Familien-Verhältnisse derselben nehmen; wolle man aber dies nicht,

so möge man lieber gleich beschließen, daß dieselben sich dem Cölibat unterwerfen müssen.

Haase berichtigt, daß der Lübecker Antrag auf Verwendung der norddeutschen Abgeordneten im Norden, der süddeutschen im Süden gelautet habe, und stellt sich dies als richtig heraus.

Es wird nun zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über einen Antrag Bebel's, welcher lautet: Die sämmtlichen zur Debatte gestellten Anträge, mit Ausnahme des Antrages 6 der gedruckten Vorlage, der vom Congreß für die Leitung der Wahlagitation zu ernennenden Behörde zur möglichsten Berücksichtigung zu überweisen. Derselbe wird angenommen.

Hierauf folgt Antrag 6 der Vorlage. Derselbe wird abgelehnt. Sodann folgen Antrag 8 und 13 der Vorlage, sowie die Anträge Liebknecht und Eckstein. Auf eine Anfrage nach der Bedeutung des Wortes „officieller Wahlkreis" erklärt Geib, daß sich der Ausdruck auf diejenigen Wahlkreise beziehe, welche Aussicht auf einen Wahlsieg bieten, sowie daß von diesen Kreisen diejenigen, welche nicht selbst alle Mittel zur Wahlagitation aufbringen können, Seitens der Parteikasse besonders unterstützt werden sollen. Nach genauer Ausrechnung und bei der günstigsten Lage der Einnahmen kommen auf jeden dieser Kreise ca. 500 Mk.; möge man hierauf Bedacht nehmen und die Hoffnungen nicht höher schrauben.

Oldenburg empfiehlt die Aufnahme des 3. schleswig-holstein'schen Wahlkreises unter die officiellen, weil derselbe sehr gute Aussichten biete. Zudem lägen besondere Verhältnisse vor. Durch die Handlungsweise einer Person ist es dort zurückgegangen, und muß etwas Tüchtiges geschehen, um die Bewegung wieder vollständig in Gang zu bringen. Redner theilt ferner nicht die Ansicht, daß es besser sei, weniger Abgeordnete und mehr Stimmen zu erringen, als umgekehrt.

Bebel spricht sich gegen den Antrag von Forste-Sorau aus. Der Wahlkreis sei sehr ausgedehnt und würde große Kosten verursachen; dasselbe sei es mit dem 11. sächs. Wahlbezirke. — Im Plauen'schen Grunde wurden wir mit einer bedeutenden Majorität geschlagen; Eckstein hoffe hingegen auf Erfolg; aber für Redner sei maßgebend, daß kein passender Kandidat vorhanden sei.

Eckstein. Auer habe sich bereit erklärt, die Kandidatur für den 6. sächsischen Wahlkreis zu übernehmen. Wir hatten bei der vorigen Wahl ca. 4000 Stimmen, die vereinigten Gegner 6000. Jetzt liege die Sache anders, weil die Popularität des bisherigen Abgeordneten sehr gesunken. Man habe die damalige Majorität durch gemeine Intriguen herbeigeführt. Redner will, soviel in seinen Kräften steht, für Auer mitwirken.

O. Kapell. Wenn auch die betreffenden Kreise nicht unter

die officiellen aufgenommen würden, so möge man aber doch dafür sorgen, daß dieselben mit Agitation unterstützt werden. Es sind im Sorau-Forster Kreise tüchtige und opferwillige Genossen, aber bei der jetzigen Krise können sie nicht so viel leisten, um aus eigenen Kräften die ganze Agitation bewältigen zu können.

Stolle wünscht die Aufnahme Altenburg's unter die officiellen Kreise. Es seien dort zusammen ca. 4000 Stimmen errungen worden, trotz der damaligen bitteren Kämpfe zwischen den beiden socialistischen Fraktionen.

Fischer (Coburg) meint, eine je größere Anzahl Kreise ausgesucht würden, um so mehr würden die anderen Kreise geschädigt. Mögen also diejenigen Kreise zurückstehen, welche die Agitation selbst leisten können.

Hartmann ist der Ansicht, daß es nicht viel mehr Kosten machen würde, wenn man den 3. schleswig-holstein'schen Wahlkreis unter die offiziellen aufnehme; Schleswig-Holstein würde so wie so mit Rednern überzogen, und diese könnten auch den 3. Kreis mit bearbeiten. Den dortigen Genossen würde es aber zum großen Antriebe dienen. Eine traurige Erscheinung sei, daß größere Orte, welche intelligente Kräfte besitzen, von der Partei zehren, statt derselben umgekehrt Mittel zuzuführen. Würde dies weiter so gemacht, so kämen wir schließlich mit dem Sacke Rothschild's nicht aus.

Liebknecht: Wollen wir viele Abgeordnete durchbringen, so müssen wir unsere Kraft auf wenige Kreise beschränken; wollen wir aber massenhaft Stimmen erwerben, so müssen wir die Agitation überall hin treiben. Wenn der Jäger Hühner schießen will, muß er ein einzelnes auf's Korn nehmen, sonst läuft er Gefahr, die ganze Kette zu verfehlen. Redner könne den Antrag in Anbetracht der obwaltenden Umstände nicht empfehlen, den 11. sächsischen Wahlkreis zum offiziellen Kreis zu erklären, sei aber dafür, denselben mit Agitation zu versorgen.

Rackow: Unter den provisorisch als offiziell aufgestellten Kreisen sind nach Redners Ansicht verschiedene, die nicht solche Chancen bieten, wie einige der hier vorgeschlagenen. Haben wir 37 Wahlkreise genommen, so kann es auch nicht darauf ankommen, wenn wir auch noch einige hinzunehmen, und empfehle Redner besonders den 3. schleswig-holstein'schen Wahlkreis; ebenso den Forste-Sorauer und den 6. sächsischen. Man treibt dadurch die Genossen kräftiger in die Action.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Auf der Rednerliste stehen noch: Molkenbuhr, Kayser, Schönhals und Schubert.

Molkenbuhr frägt an, ob über die offiziellen Kreise einzeln oder im Gesammten abgestimmt werden solle. Es wird be-

stimmt, daß en bloc abgestimmt werde. Die 37 zu offiziellen vorgeschlagenen Wahlkreise werden als solche anerkannt. Die Kreise Sorau-Forste und 3. schleswig-holstein'sche werden denselben zugezählt. Antrag 13 II. Theil der Vorlage wird abgelehnt. Der Antrag, den 11. sächsischen Wahlkreis zu den offiziellen Wahlkreisen zu nehmen, wird ebenfalls abgelehnt. Ein Antrag auf Aufnahme des 6. sächsischen Wahlkreises unter die offiziellen wird angenommen, desgleichen ein Antrag auf Aufnahme Altenburg's unter dieselben.

Es folgen nun die Anträge C 3, 11, 12 und ein Antrag von Winner. Hasenclever motivirt den Antrag 11, auch Bebel macht einige Ausführungen zu demselben und stellt ein Amendement dazu, lautend: In einzelnen speziellen Fällen jedoch, wo ein gegnerischer Candidat in Frage steht, welcher wenigstens die politischen Forderungen der Partei und die in Bezug auf den Schutz der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft von den Socialisten Deutschlands aufgestellten Forderungen billigt, kann der Candidat einer anderen Partei in engerer Wahl unterstützt werden, vorausgesetzt, daß die mit der Leitung der Wahl Seitens des Congresses eingesetzte Behörde damit einverstanden ist.

Frohme wünscht Gewährung unbeschränkter Redezeit zur Begründung des Antrages 12. Dieser Antrag wird abgelehnt, einer auf Gewährung von 10 Minuten dagegen angenommen.

Frohme: Der Antrag wird Manchen gewundert haben, da er eigentlich selbstverständlich ist. Schon seit geraumer Zeit ist es ein öffentliches Geheimniß in Frankfurt, daß Herr Sonnemann, welcher der Partei sehr nahe steht und sich noch mehr nähern zu wünschen scheint, sich an faulen Gründungen betheiligt hat. Die Beweise habe Redner in der Tasche. Eine ebenfalls der Partei nahestehende Person, Mehring, hatte den ersten Angriff auf Sonnemann in der Berliner Staatsbürger-Zeitung gemacht. Die Redaktion des Frankfurter Volksfreundes habe das Material gegen Sonnemann schon in Händen gehabt, die Staatsbürger-Zeitung sei aber zuvorgekommen. Der Volksstaat und die Berliner Fr. Presse haben nun eine Stellung in dieser Sache genommen, welche die Partei in Frankfurt sehr schädigte. Die Artikel der Berliner Fr. Presse wandten sich zwar gegen die Staatsbürger-Zeitung, und wurde dies in einem Schreiben des Vorstandes betont; durch sie wurde aber Sonnemann in Schutz genommen zum Nachtheile des Frankfurter Volksfreundes. Der Volksstaat dagegen schwieg die ganze Sache todt. Bereits Anfangs des Federkrieges beriefen die Redakteure der Frankfurter Zeitung sich darauf, daß der Volksstaat nicht in der Sache gegen sie Partei genommen; es wurde sogar so hingestellt, als wenn

der Volksstaat durch sein Schweigen für Sonnemann Partei genommen habe, während es Lossau offen in der Berl. Fr. Presse that, und letzterer noch vom Vorstand indirect gegen den Frankfurter Volksfreund in Schutz genommen worden sei. Wenn man gerufen, Sonnemann sei nicht Parteigenosse, so sage Redner, er sei mehr als dieses, er dominire über eine Anzahl Personen wie socialistischer Parteiblätter, welche durch Wechselgeschichten und Vorschüsse mit ihm zusammen hängen. Sonnemann kommt mit seinem Blatt und weist darauf hin, daß dasselbe in wirthschaftlichen Dingen von unseren Parteigenossen als maßgebend betrachtet werde.

Auer wendet sich gegen die Behauptung Frohme's, der Vorstand habe indirekter Weise einen Standpunkt eingenommen, welcher das Parteiorgan in Frankfurt a. M. schädigte. Vom Vorstande wurde einfach geschrieben, der Frankfurter Volksfreund möge die schädliche Polemik mit dem Berliner Parteiblatte nicht weiter fortsetzen; Letzteres hatte mit dem Frankfurter Volksfreund nichts zu thun, sondern lag im Kampfe mit dem schmutzigsten Blatte in Berlin, der Staatsbürger-Zeitung. Der Vorstand schrieb, haut euch mit Sonnemann so viel herum, wie ihr wollt, aber laßt das Berliner Parteiblatt in Ruhe. Wir haben nicht verboten, gegen Sonnemann zu agitiren. Daß der Vorstand zu dem von ihm unternommenen Schritte berechtigt war, wird selbst Frohme zugeben.

Klute erklärt, daß er in der Sache speciell keine Kenntniß habe, ihm liege nur an Klarstellung des Verhaltens der Parteigenossen bei engeren Wahlen, da schon die verschiedensten Compromisse geschlossen worden seien. Es hätten ihn weder die Ausführungen Hasenclever's noch Bebel's zufrieden gestellt. Er empfehle also Ablehnung des Hamburger Antrages.

Bebel. Wir haben uns hier nicht mit Leuten herumzuschlagen, die nichts mit uns zu thun haben. Käme Redner zu der Ueberzeugung, daß Sonnemann schmutzige Geschäfte gemacht, so würde er im Falle einer engern Wahl nicht für denselben stimmen. Er habe sein Amendement betreffend motivirt: „Tritt ein Candidat für einen Theil unserer Forderungen ein, wie Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit u. s. w., so sehe Redner nicht ein, weshalb man nicht für denselben stimmen solle. Handelt es sich um demokratisch gesonnene Leute, so können wir ruhig für sie stimmen, ohne uns etwas zu vergeben.

Ries: Der Antrag der Frankfurter Genossen besage nichts anderes, als was bei uns schon längst selbstverständlich. Was die Vorschuß-Angelegenheit betreffe, so sei es doch egal, wovon man solchen entnehme. — Wenn Frohme im Stande ist, die Beweise beizubringen über die Anklage gegen Sonnemann, so sei Redner dafür, daß speciell über Sonnemann Beschluß gefaßt werde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Bronnemeyer: Wenn Sonnemann sich mit schmutzigen Gründungen abgegeben, so sei Redner mit Bebel der Meinung, ihm das Zutrauen zu entziehen, welches er unbestritten im Süden besitze. Sonnemann ist unter den bürgerlichen Demokraten derjenige, welcher am weitesten geht. Man kann auch nicht leugnen, daß die Frankfurter Zeitung dasjenige demokratische Blatt ist, welches uns am nächsten steht. Wir sollen bei engeren Wahlen demjenigen unsere Stimme geben, welcher sich uns am meisten nähert, und wenn es also nicht bewiesen werden kann, was Frohme vorbrachte, müssen wir für Sonnemann stimmen. Ist es aber der Fall, so ist dies für uns eine Waffe mehr gegen die Volkspartei.

Stolle wendet sich gegen den Hamburger Antrag; mit dem allgemeinen Wahlrecht sei seitens der gegnerischen Parteien sehr viel Schwindel getrieben worden; man verspreche und halte das Versprechen nicht, und dann ist man schließlich mit solchen Candidaten nicht weiter als mit andern.

Hasselmann bedauert, daß ein Conflict zwischen den beiden Blättern stattgehabt; er hätte gewünscht, daß Frohme ihm früher das Material über Sonnemann zugestellt hätte, welches denselben wirklich blosstelle. Nach diesem Material ist auch die Frankfurter Zeitung nicht von Sonnemann zu trennen; die Redacteure desselben sind seine Lohnsclaven. In einem Berichte der Frankfurter Zeitung werfe man unseren Genossen vor, sie gingen gegen Sonnemann vor, weil sie damit für den social-demokratischen Candidaten zu wirken dächten.

Liebknecht: Es handelt sich in Frankfurt um einen Streit zwischen der national-liberalen Partei und der demokratischen. Was die Haltung des Volksstaat betreffe, so habe Redner Folgendes zu bemerken: Der Volksstaat habe sich schon in einer so schroffen Weise über Sonnemann ausgelassen, wie kein anderes Blatt dies gethan. Es war dies zur Zeit, als die Frankfurter Zeitung die Berichte von Seinguerlet über die Pariser Commune brachte. Durch den Artikel des Volksstaat war das Tischtuch zwischen Sonnemann und der social-demokratischen Partei zerschnitten. — In den Artikeln pro und contra Sonnemann habe Redner kein Titelchen von Beweisen über die Schuld desselben gefunden. Frohme habe Redner privatim gesagt, daß die veröffentlichten Beweise nicht ausreichten, er habe aber conclusive Beweise in der Tasche; warum hat er sie denn nicht geliefert? Was bis jetzt im Frankfurter Volksfreund gebracht wurde, war kein Beweis. Was bis jetzt gebracht wurde, weist nur darauf hin, daß die ganze Geschichte ein schmutziges Wahlmanöver der National-Liberalen war, was auch der Frankfurter Volksfreund

selbst zugestehen mußte. Der Frankfurter Volksfreund hat sich von denselben dupiren lassen, und Redner als Redacteur des Volksstaat habe sich nicht veranlaßt gefühlt, sich gleichfalls dupiren zu lassen. Der Volksstaat hat sich niemals in einem abhängigen Verhältniß befunden. Redner wäre gegen Sonnemann vorgegangen, wie gegen jeden andern Gründer, wenn die Beweise vorgelegen hätten. — Frohme habe Redner privatim erklärt, falls Sonnemann mit einem National-Liberalen in die engere Wahl käme, würde er, Frohme, möglicher Weise in die Lage kommen müssen, die Parteigenossen aufzufordern, für Sonnemann zu stimmen. Er, Redner, sei nicht so tolerant, denn wenn Sonnemann der schmutzige Gründer wäre, wofür Frohme ihn halte, so würde er niemals für denselben eintreten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Frohme bemerkt, er habe allerdings mit dem Herrn Liebknecht ein Privatgespräch über die Sonnemann'sche Angelegenheit gehabt und ihm erklärt, es sei noch nicht alles Material gegen Sonnemann verbraucht. Uebrigens sei nicht zu läugnen, daß im Falle derselbe wieder aufgestellt werden sollte, die Frankfurter Genossen in eine sehr kritische Stellung zur demokratischen Partei kommen würden. Redner habe jedoch nicht gesagt, für Sonnemann eintreten zu wollen. Bei der letzten Wahl sei das etwas Anderes gewesen. Damals habe er, trotzdem er nebst hunderten von Genossen durch einige Artikel in der Frankfurter Zeitung (die Schuldigen hinter den Coulissen) auf die infamste Weise angegriffen wurde, für das Durchkommen Sonnemann's in der engeren Wahl gewirkt.

Kayser: Frohme hat behauptet, die lokalen Parteiblätter benutzten die Frankfurter Zeitung; dazu bemerke Redner, man benutzt alle Blätter, wenn sie passendes Material bringen. Was die Vorschüsse betreffe, welche einzelne Blätter erhalten haben sollen, so sei das jedenfalls kein Verbrechen. Redner ist der Meinung, daß wir für Candidaten, welche unsere politischen Forderungen acceptiren, ganz wohl stimmen können; es ist dies das kleinere Uebel. Stellt es sich heraus, daß Sonnemann ein schmutziger Gründer ist, so möge man zur Zeit darüber am Orte entscheiden. Mehring sei für Redner so anrüchig, daß er auf dessen Angaben nichts gebe.

Auer: Sonnemann sei in seinen Augen nicht ganz rein von Gründergeschichten. Die Sache liege aber anders: In einem Berichte der Frankfurter Zeitung fragt ein Redakteur derselben, Curty, Sabor Folgendes: „Wer wagt zu sagen, daß jemals ein Redakteur der Frankfurter Zeitung in irgend einer unredlichen Geldangelegenheit seine Hand gehabt habe?" Dies ist von Sabor nicht beantwortet worden. — Von dem Gesichts-

punkte kann man nicht ausgehen, daß die Redakteure Lohnsclaven Sonnemann's seien; Beweise müssen da sein. Haben Blätter Geld von Sonnemann genommen, so muß bewiesen werden und Frohme sich darüber erklären, ob dieselben sich dadurch etwas vergeben, sich mit Sonnemann in Verbindungen eingelassen haben, welche die Partei und deren Principien schädigten, und ferner möge Frohme diese Blätter nennen.

Frohme: Der betr. Bericht der Frankfurter Zeitung sei gefälscht; die Antwort, welche Curty verlangte, sei in der betreffenden Versammlung gegeben worden. Redner nenne nun zunächst den Redakteur des Handelstheils der Frankfurter Zeitung, den Herrn Bernhard Dokter. Derselbe ist an den faulen Gründergeschäften betheiligt, wie aus der von Dr. Volkhausen gegebenen Erklärung und einer von ihm selbst erlassenen Erklärung in der Frankfurter Zeitung hervorgeht. — Wenn Hasselmann den Ausdruck Lohnsclaven brauchte, so bemerke Redner, daß Sonnemann es sehr gut einzurichten weiß, seine Leute von sich in Abhängigkeit zu bringen. Holthoff und dessen Bruder erklärten Redner gegenüber das Vorgehen des Frankfurter Volksfreundes für berechtigt, man möge aber etwas gemäßigter vorgehen, um den National-Liberalen keine Waffen zu bieten. Dasselbe ist auch hier gesagt worden. Redner betont nochmals, die Herren Sack, Holthoff u. s. w. befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältniß zu Sonnemann. — Was die Subventionen für die Blätter betreffe, so halte er die Behauptung aufrecht, Sonnemann sei mehr als Parteigenosse, er dominire über solche. Sonnemann ist ein Mann, der durch sein Vermögen und seine Stellung großen Einfluß ausübt. Sonnemann beruft sich darauf, daß die verschiedensten Blätter die Frankfurter Zeitung benutzen, Notizen daraus bringen, und dadurch das Blatt in einer Weise unterstützen, die nicht berechtigt ist von unserem Parteistandpunkte aus. Redner kann sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, daß die Redakteure der Frankfurter Zeitung reingewaschen werden. An deren Ehrenhaftigkeit im engeren Sinne zweifle er nicht; wenn dieselben sich aber zum Sündenbock des Herrn Sonnemann hergeben, so haben sie damit nicht den Charakter als ehrenhafte Männer gezeigt. Ferner, Sonnemann hat nicht nur Partei-Blättern Unterstützung angedeihen lassen, sondern auch einzelnen Personen; man nenne in Frankfurt Bebel und Liebknecht.

Unterbrechung. Auer wiederholt seine Fragen bezüglich der Subvention der Blätter, da Frohme diese nicht präcise beantwortet habe. Redner habe die Fragen gestellt, um die Ehre der Redakteure der Frankfurter Zeitung zu bewahren; wir haben kein Recht, dieselbe anzugreifen ohne Gründe. B. Dokter ist

Redakteur des Handelstheils der Frankfurter Zeitung gewesen; als herauskam, daß derselbe sich am Gründungsschwindel betheiligt, wurde er entlassen.

Ein Antrag von Klute auf motivirte Tagesordnung wird abgelehnt.

Frohme: Er habe gesagt, es wird in Frankfurt erklärt, daß Liebknecht und Bebel von Sonnemann Gelder erhalten haben. Auch Most soll solche empfangen haben; dann das Offenbacher Tageblatt, der Dresdener Volksbote und die Chemnitzer Fr. Presse, worüber in Frankfurt dieselbe Rede geht; Redner wünsche hier darüber Aufklärung. Ferner hat sich Lossau vor Kurzem an Sonnemann gewandt wegen Anstellung an der Frankfurter Zeitung.

Hartmann verlangt von Frohme genaue Nennung der Blätter, welche sich von Sonnemann subventioniren ließen, und in Folge dessen ihre Gesinnung verläugneten.

Hasselmann wünscht, daß Frohme die Personen nenne, welche in Frankfurt die Gerüchte betreffs sämmtlicher Punkte in Umlauf gesetzt haben.

Es wird von der Versammlung verlangt, daß Frohme diese beiden Fragen beantworte.

Frohme: Betreffs des Offenbacher Tageblatts habe ihm der Redakteur Ulrich selbst gestanden, daß dasselbe von Sonnemann subventionirt worden sei. Betreffs des Dresdener Volksboten sei ein allgemeines Gerede, welches wohl nicht erdichtet sein kann. Es sind da die Parteigenossen Prinz und Ellner, welche so etwas bestimmt behaupten. Redner glaubt damit die Fragen genügend beantwortet zu haben.

Der Vorsitzende Hasenclever erklärt, daß die beiden Fragen nicht genügend beantwortet seien.

Frohme: Dann wolle er Weiteres bringen. Herr Sabor, welcher bis vor Kurzem in steter Verbindung mit den Redakteuren der Frankfurter Zeitung gestanden, hat die Angaben bezüglich Liebknecht, Bebel und Most gemacht. Auch die Genossen Ellner und Zollinger haben das gesagt in Bezug auf Bebel.

Hartmann wiederholt die von ihm gestellte Frage.

Hasselmann wünscht zu wissen, ob die betreffenden Personen ihm, Frohme, gesagt, ob sie die Angaben aus eigener Beobachtung geschöpft oder von anderen Personen erhalten haben.

Frohme: Die betreffenden Herren hätten ihm gesagt, sie hätten dies aus eigenen Wahrnehmungen. Es sei auch die Rede davon gewesen, daß Sonnemann einen Brief an den Vorstand gerichtet, worin er sich über das Vorgehen des Frankfurter Volksfreundes beschwerte.

Auer bemerkt auf eine Interpellation Frick's, Kayser habe

eben auf seine Anfrage, ob er Geld von Sonnemann genommen, erklärt, „keinen Groschen". Sodann habe ihm Vahlteich erklärt, daß 50 Thlr. von Sonnemann im Chemnitzer Geschäfte steckten, und zwar seit zwei Jahren, und wären dieselben angelegt wie jedes andere Darlehn, gegen Zinsen. Der Sinn der Anklage ging dahin, daß unsere Blätter sich verkauft hätten, und darüber müsse Aufklärung gegeben werden. — An den Vorstand sei noch keine Zeile von Sonnemann eingegangen.

Ohlig glaubt in dieser Angelegenheit eine recht unabhängige Erklärung abgeben zu können. Als kurz nach Anschaffung der neuen Presse für die Neue Offenbacher Tageszeitung einer der Herausgeber derselben einen gegebenen Vorschuß von 500 Mk. zurückverlangte, kam Herr Kölsch, ebenfalls Herausgeber, zu Redner nach Heusenstamm und erklärte, er habe sich um ein Darlehn von 600 Mk. an den Parteivorstand gewandt, sei aber abschläglich beschieden worden; er frage daher an, ob die Sparcasse in Heusenstamm nicht im Stande sei, diese 600 Mk. vorzuschießen, was aber nicht geschehen konnte. Kölsch erklärte, das Geld müsse unter allen Umständen beschafft werden. Sollte nun das Geld von Herrn Sonnemann geliehen worden sein, so sei dieses einmal nicht zu ändern gewesen; Redner bestreite aber, daß im geringsten dafür etwas vom Princip geopfert wurde, und fordere er auf, der Offenbacher Neuen Tageszeitung nachzuweisen, daß sie jemals etwas zu Gunsten der Frankfurter Zeitung geschrieben habe.

Frohme: Es ist gesagt worden, es solle nachgewiesen werden, daß die betreffenden Blätter sich durch die Aufnahme der Gelder etwas vergeben haben; dazu bemerke er, sie haben sich eben schon dadurch vergeben, daß sie von einem solchen Manne überhaupt Geld entnahmen.

Bebel: Herr Frohme hat mehrere Parteiblätter wie einzelne Mitglieder der Partei beschuldigt, von Sonnemann Subventionen bezogen zu haben. Diese Beschuldigung ist eine schwer gravirende. Unter dem Begriff der Subventionen verstehe man im gewöhnlichen Leben, daß Jemand von einem Andern Unterstützungen annehme, für die er sich dem Geber gegenüber gegen seine Ueberzeugung zu gewissen Handlungen oder Diensten verpflichte. Als Subvention in diesem Sinne gelte es z. B., wenn ein Blatt vom Reptilienfonds durch Geld oder durch Abonnements unterstützt werde, wofür es in einem gewissen Sinne zu schreiben oder auch nicht zu schreiben habe. In diesem Sinne habe auch Herr Frohme heute seine Anschuldigungen ausgesprochen, ohne einen anderen Beweis dafür zu haben, als die Erklärung: man sage in Frankfurt das und das. Das sei kein Beweis, und Frohme hätte, ehe er so schwere Anschuldigungen hier ausgespro-

chen, Beweise haben müssen; denn an ihm sei es, dieselben zu erbringen, nicht an den Angeklagten. Redner betrachte die gegen unsere Parteiblätter erhobenen Anklagen als unerwiesen und darum als Verleumdungen. — Was nun Redner's Verhältniß zu Sonnemann betreffe, so habe er keine Ursache, dasselbe vor irgend Jemand zu verbergen, und er habe schon vorhin ausgesprochen, daß er seit langer Zeit in einem freundschaftlichen Verhältnisse zu Sonnemann stehe. Er kenne Sonnemann seit dem Jahre 1863, wo er ihn auf dem ersten Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Frankfurt a. M. habe kennen gelernt. 1864 sei er mit Sonnemann näher auf dem Vereinstag zu Leipzig bekannt geworden, auch mit ihm damals in den ständigen Ausschuß der deutschen Arbeitervereine gewählt worden, wodurch er häufig in brieflichem und auch persönlichem Verkehr mit ihm gestanden habe. Während er bis zu 1866—67 vollständig politisch einig mit Sonnemann gegangen sei, habe sich dieses gegen Ende 1867 — nämlich seit dem Geraer Vereinstag — insofern geändert, als der linke Flügel des Arbeiterverbandes, an dessen Spitze er, Redner, gestanden, sich mehr und mehr dem Socialismus zugeneigt habe. Schließlich sei eine vollständige Trennung eingetreten, ohne daß er Ursache gehabt habe, das persönlich freundschaftliche Verhältniß, das zwischen ihm und Sonnemann bestanden, zu lösen. Da sei der Leipziger Hochverrathsprozeß gekommen, durch den er zu mehrjähriger Haft verurtheilt worden sei. In der Frühjahrssession des Reichstags 1872, kurz vor seinem Haftantritt, habe Sonnemann ihm persönlich angeboten: wenn er, Redner, je in Verlegenheit kommen solle, solle er sich an ihn, Sonnemann, als Freund wenden. Er habe darauf gesagt: er hoffe, nicht nöthig zu haben, seine Hülfe in Anspruch zu nehmen, und das sei während seiner Haft auch nicht geschehen. — Die Subvention, die er mit Liebknecht von Sonnemann bezogen, bestand darin, daß ihm Sonnemann während der Hubertusburger Haft und später auch während der Zwickauer Haft ein Freiexemplar der Frankfurter Zeitung zugewiesen. Ferner habe Sonnemann im Jahre 1874 kurz vor Weihnachten auf der Rückreise von Berlin seine Frau, die er früher schon kennen gelernt, in Leipzig besucht und zu ihr sich geäußert: er werde ihm, Redner, auch eine Freude zu Weihnachten machen. Kurze Zeit darauf sei denn auch im Zwickauer Gefängniß eine kleine Kiste mit 20 oder 25 Flaschen Wein angekommen, die er selbstverständlich nicht zurückgewiesen habe. Das seien die Subventionen, die er von Sonnemann bezogen. Er habe später noch eine weitere Verbindung mit Sonnemann gehabt, und diese wolle er jetzt ebenso rückhaltlos darlegen. Als er nach fast dreijähriger Haft freigekommen, hätten seine geschäftlichen Verhältnisse sich derart zu seinen Un-

gunsten gestaltet gehabt, daß eine Veränderung und Vergrößerung des Geschäfts für ihn zur Nothwendigkeit geworden. Dazu hätten Mittel gehört, die er nicht besessen. Da er sonst Niemand gehabt, von dem er geglaubt, die nöthige Summe erlangen zu können, habe er sich an Sonnemann gewendet und ihn um ein Darlehen angegangen, in dem Briefe aber ausdrücklich bemerkt, daß er die Angelegenheit nur aus dem rein geschäftlichen Standpunkt und von keinem andern betrachten und darnach seine Entscheidung treffen möge. Auch habe er sich verpflichtet, Sonnemann halbjährlich die Zinsen zu senden und vom 1. Juli 1876 ab das Geld ratenweise zurück zu zahlen. Sonnemann habe geantwortet, daß er selber zu große geschäftliche Ausgaben gehabt und ihm die ganze Summe nicht leihen könne, sondern nur die Hälfte, die er ihm auch eingesandt. Es waren dies 600 Thlr. Er habe nun, wie er durch die betreffenden Postscheine Jedem nachweisen könne, am 22. Okt. vorigen Jahres und am 22. Mai dieses Jahres pünktlich die Zinsen, welche 5% p. a. betragen, an Sonnemann eingezahlt, es sei ihm dagegen schwer geworden, die am 1. Juli fällige Ratenzahlung Sonnemann zu senden, und so habe er diesem aufs neue geschrieben, daß er bitte, die Ratenzahlung zu gestunden, weil er hoffe, in wenigen Monaten ihm das Ganze zurückzahlen zu können. Sonnemann habe durch Nichtantwort sein Einverständniß damit erklärt. — Redner wolle nun hier bemerken, daß es auf ihn einen höchst ungünstigen Eindruck gemacht, daß, als er im Mai in Geschäften in Frankfurt gewesen und dort mit Sonnemann zusammen gekommen sei, dieser ohne jede Veranlassung ihm erzählt, und zwar wie Redner schien etwas selbstrühmend, daß er einem dortigen Parteigenossen mit einem kleinen Darlehen unter die Arme gegriffen, allerdings auch hinzugefügt habe, daß dieser mit großer Pünktlichkeit seine Verpflichtungen erfüllte. Er habe sich damals gesagt, wie Sonnemann diesen Fall ihm erzählt, könne er den seinen auch Andern gegenüber erzählen, und er habe damals den festen Entschluß gefaßt, so rasch als möglich sich der Verpflichtungen gegen Sonnemann zu entledigen. Er habe, wenn er nicht irre, damals auch Parteigenosse Ellner gegenüber sich in diesem Sinne geäußert, und die Sache werde, sobald er nach Hause komme, und zwar Anfangs nächsten Monats, geregelt werden. — Das sei sein Verhältniß zu Sonnemann, das er hier offen dargelegt. Jeder müsse einsehen, daß es sich hier nur um eine rein geschäftliche und private Angelegenheit handle. Er habe Sonnemann gegenüber seine volle Unabhängigkeit sich bewahrt und werde keinen Augenblick anstehen, wenn Sonnemann sich nichtsnutzige Dinge zu Schulden kommen lasse, ihn auf das entschiedenste zu bekämpfen. Er werde aber auch Jeden, der sich

herausnehme, über sein Verhältniß zu Sonnemann anderes zu behaupten als er dargelegt, als einen infamen Verleumder bezeichnen.

Von den Redakteuren der Frankfurter Zeitung habe Redner die Ueberzeugung gewonnen, daß dieselben vollständig rein dastehen, und nicht mit Sonnemann in einen Topf geworfen werden dürfen.

Liebknecht erklärt, er habe von Sonnemann in seinem ganzen Leben weder zum Geschenk noch als Darlehen je einen Pfennig erhalten, und habe mit ihm überhaupt nie in einem Verhältniß gestanden, welches das Angebot oder die Annahme eines Geschenkes oder Darlehens erlaubt hätte. Herr Frohme ist in dieser Angelegenheit eben so leichtsinnig, um mich des mildesten Ausdruckes zu bedienen, verfahren, wie in seiner Frankfurter Polemik mit Sonnemann. Dort ließ er sich von der national-liberalen Partei und den Männern des Reptilienfonds zu einem Angriff auf das unbequeme Bollwerk der Demokratie mißbrauchen, und hier hat er, wenn nicht im Dienste, doch zum Vortheil derselben Patrone, unsere Parteipresse und einen Theil unserer am meisten im Vordergrund stehenden Parteigenossen zu diskreditiren gesucht. Nun noch ein Wort in Sachen der Volksstaatredaktion. Redner habe vorhin zu sagen vergessen, daß er Herrn Sabor geschrieben, wenn er unter seinem Namen, oder wenn die Frankfurter Socialisten gegen Sonnemann im „Volksstaat" schreiben wollten, so werde die Aufnahme sofort erfolgen. Das war nicht ein „Ansinnen", — wie Herr Frohme sich auszudrücken beliebte — das ich an Herrn Sabor richtete, sondern einfach meine Pflicht und Schuldigkeit. — Das Partei-Organ muß den Parteigenossen zur Verfügung stehen, aber die Redaktion des „Volksstaat" konnte und wollte sich nicht zum Dupé (geprellten Werkzeug) eines feindlichen Manövers machen lassen. Jedenfalls hatte Redner keine Lust, Herrn Frohme und Herrn Sabor zu Liebe für unsere Feinde Kastanien aus dem Feuer zu holen. — Wenn Redner so leichtsinnig wäre, wie Herr Frohme, wenn er auf bloßes „man sagt" hin willkürliche Schlußfolgerungen ziehen wollte, so würde er sagen: Herr Frohme steht im Solde der Reaktion, denn er hat im Interesse der Reaktion gehandelt.

Frohme protestirt gegen die Beschuldigung, im Solde der Reaktion zu stehen.

Liebknecht bemerkt, er habe nicht gesagt, Frohme stände im Solde der Reaktion, sondern wenn er so leichtsinnig wäre, wie Herr Frohme, könnte er sagen, daß er im Solde der Reaktion stände. — So nenne er ihn einfach einen Ehrabschneider, den nur der Umstand einigermaßen entschuldigt, daß er sich in einer an Unzurechnungsfähigkeit streifenden Aufregung befindet.

Der Ausdruck „Ehrabschneider“ wird vom Vorsitzenden für unparlamentarisch erklärt. — Liebknecht bemerkt hierauf, daß der Ausdruck zwar unparlamentarisch sei, aber richtig.

Most meint, er habe auch „Subvention“ empfangen von Sonnemann, und zwar in Plötzensee, mit Erlaubniß der Direktion durch Vermittelung eines Genossen, ein Exemplar der „Frankfurter Zeitung“, welche A. Kapell noch mitgelesen habe.

Vahlteich: Es ist schon sehr viel geklatscht, und dadurch die Partei geschädigt worden; davon müßten wir uns nach und nach befreien. Es sei ihm vorgekommen, als wenn Frohme so in die Enge getrieben worden, daß er schließlich mit diesen persönlichen Geschichten herausrückte. Redner sei mit Sonnemann im Reichstage gewesen, und habe die Ansicht gewonnen, daß derselbe in jeder Beziehung ein anständiger Mann sei. Es ist gesagt worden, die „Frankfurter Zeitung“ sei ein Bollwerk der Demokratie; diesem stimme er vollständig bei. Er sei sogar der Meinung, daß ohne dies Blatt unsere Parteipresse lange nicht so entwickelt sei, wie es in der That der Fall ist. Er habe selbst für die „Frankfurter Zeitung“ in früherer Zeit dann und wann geschrieben, weil er das im hohen Grade für im Interesse der Partei liegend fand, er bedaure, daß er es in neuester Zeit wegen Zeitmangels nicht mehr zu thun im Stande sei. Solche Angelegenheiten, wie die heute gegen Sonnemann vorgebrachten, muß man äußerst vorsichtig behandeln, ehe man damit an die Oeffentlichkeit geht. Wie aber kann man sogar Beschuldigungen gegen die Redakteure der „Frankfurter Zeitung“ richten, gegen diese Ehrenmänner!?

Rackow: Wenn man sagt, man müsse sich an die demokratische Partei anlehnen, so sei Redner der Meinung, daß diese Partei gerade die gefährlichste für uns ist. Sie gehört zur reaktionären Masse wie alle übrigen, nichtsocialistischen Parteien. Die Offenbacher Wechsel-Angelegenheit sei Redner ganz erklärlich; er wisse, daß sich die Offenbacher in dieser Sache zuerst an den Vorstand gewandt hätten, von diesem aber Nichts bekommen konnten. Es kann hierbei von Subvention keine Rede sein. — Unsere politischen Ueberzeugungen brauchen wir deshalb nicht zu vergeben, wenn wir irgend Jemanden in geschäftlicher Hinsicht in Anspruch nehmen. — Man könne ja einfach die betreffenden Blätter durchlesen, welche Haltung dieselben beobachtet haben. — Redner mache Frohme den Vorwurf, daß derselbe gegen die „Berliner Freie Presse“ im Frankfurter „Volksfreund“ vorgegangen, ohne daß er das Verhältniß derselben zur „Berliner Staatsbürger-Zeitung“ gekannt habe. — Der Kampf drehte sich um die Artikel Mehring's, einem politisch unzuverlässigen Charakter, der heute eine socialistenfreundliche Broschüre gegen Treitschke

schreibe, und morgen in der „Staatsbürger-Zeitung" gegen uns Gift und Galle speie. Eine weitere Behauptung Frohme's ging dahin, daß Lossau sich an die „Frankfurter Zeitung" gewandt habe wegen Engagements. Als Lossau noch nicht in Berlin war, ist dies freilich von ihm geschehen, und in der ersten Zeit, als er in Berlin war, bekam er ein Schreiben von Sonnemann in dieser Sache. Lossau schwankte zwar, weil ihm die Verhältnisse in Berlin nicht recht gefielen, lehnte aber schließlich ab. Kann aber Frohme beweisen, daß Lossau sich darnach noch an die „Frankfurter Zeitung" resp. Sonnemann gewandt habe, so würde Redner entschieden dafür eintreten, daß Lossau nicht wieder in die Berliner Redaktion eingestellt werde.

Frohme bemerkt, diese Notiz habe er vor etwa 8 Wochen von Dr. Stern erhalten; Redner nehme an, daß diese Anfrage Lossau's bei Sonnemann in letzter Zeit geschehen sei.

Fritzsche: Wir wollen genau wissen, ob einer unserer Genossen fahnenflüchtig werden wollte.

Grottkau: Frohme habe ihm in Gegenwart Hasselmann's am Sonnabend gesagt, daß es vor wenigen Wochen gewesen.

Frohme: Er habe von ungefähr 10 Wochen gesprochen.

Grottkau: Heute Abend noch habe Frohme davon gesprochen, daß es vor Kurzem gewesen sei.

Frohme: In „jüngster Zeit" habe er heute Abend gesagt.

Fritzsche. Lossau habe sich nicht um eine Redaktions-, sondern eine Correktorstelle in Frankfurt beworben.

Rackow: Wenn Lossau sich in der letzten Zeit an Sonnemann gewendet hat, so konnte es nicht wegen eines Correktor-Postens sein, da kein solcher mehr frei ist.

Liebknecht bemerkt, daß er annehmen könne, daß dies doch der Fall sein könnte.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In der Rednerliste stehen noch: Dreesbach, Hartmann, Frick, Molkenbuhr, Oldenburg, Strumpen, Reinders, Liebknecht, Stolle, Kayser, Schönhals, Eckstein, Auer, Ohlig, Hasselmann, Bracke, Frohme.

Oldenburg beantragt, nur über Punkt 12 abzustimmen. Dies wird angenommen.

Bracke beantragt: Der Congreß spricht seine entschiedene Mißbilligung aus über die von Herrn Frohme vorgebrachten Verdächtigungen von Parteiblättern und Parteimännern.

Dieser Antrag wird angenommen mit allen gegen sieben Stimmen.

Der Vorsitzende verliest noch ein Telegramm von slavischen Studenten in Leipzig, und schließt die Sitzung um 10¾ Uhr.

Die Schriftführer: C. Derossi. Kuhlmann.

Vormittags-Sitzung 22. August.

Die Sitzung wird 8½ Uhr durch Hasenclever eröffnet. Die Präsenzliste weist als fehlend auf die Delegirten Brünnig und Stolle. Kayser ist als krank entschuldigt. Abgereist sind Dorn und Treuter. Hierauf wird das Protokoll der Morgensitzung des vorhergehenden Tages verlesen. Hirsch erhält zum Protokoll das Wort: Er war gestern bei Verlesung und Eintragung seines Mandates nicht zugegen, da er gerade für ein französisches Partei-Organ einen Bericht über die Verhandlungen des Congresses und über die Lage der Partei in Deutschland ausarbeitete. Er hat nicht nur von den deutschen Arbeitern in Paris, sondern auch von den französischen Parteigenossen den Auftrag erhalten, die Gesinnungen der Brüderlichkeit auszudrücken und die Behauptungen von dem angeblichen Chauvinismus der Pariser Arbeiter zu dementiren, was er hiermit thue. Den ihm vom deutschen Arbeiter-Kongreß für die französischen Arbeiter ertheilten brüderlichen Gruß nimmt Redner dankend an und wird ihn ausrichten.

Das Protokoll wird nach einigen Berichtigungen genehmigt.

Stolle meldet sich als eingetroffen.

Den Vorsitz übernimmt Geib und stellt Antrag 11 und 12 der Vorlage zur Diskussion. Zum Antrag 11 liegt ein Amendement von Otto Kapell vor, lautend: Den zweiten Theil des Hamburger Antrages von den Worten an: „In einzelnen Fällen" zu streichen.

Bebel stellt den Zusatz-Antrag, welcher sich im Protokoll der vorhergehenden Sitzung, Seite 44, befindet.

Winner stellt den Antrag: Der Congreß möge einen Beschluß fassen, wie sich die Partei zu verhalten hat, wo die Christlich-Socialen einen Arbeiter aufstellen und sich von der Centrumsfraktion lossagen.

Fritzsche stellt den Antrag: Der Congreß beschließt: Da es selbstverständlich ist, daß die Social-Demokraten Deutschlands niemals, auch bei engeren Wahlen nicht, für einen Candidaten stimmen werden, der sich an Schwindelgründungen betheiligt oder andere unehrenhafte Handlungen verschuldet hat, geht der Congreß über den Frankfurter Antrag zur Tagesordnung über.

Zur Debatte erhält das Wort

Molkenbuhr: Der Hamburger Antrag sei insofern berechtigt, indem er betone, daß uns gegenüber alle anderen Parteien eine reaktionäre Masse sind. Das sei aber schon im Programm gesagt. Auch werden wir schwerlich überall mit Kandidaten zu thun haben, auf welche die Voraussetzungen der verschiedenen hier gestellten Anträge passen. Die Central-Wahlbehörde wird

bei engeren Wahlen doch jedesmal entscheiden müssen. Er ist für Ablehnung aller gestellten Anträge.

Hörig ist bei engeren Wahlen nur dann für einen Compromiß, wenn der betreffende Kandidat erklärt, für das allgemeine Wahlrecht wirken zu wollen. Er ist gleichfalls dafür, daß in solchen Fällen der Central-Wahlbehörde die Entscheidung vorbehalten wird.

Vahlteich: Die Anträge können wir alle ablehnen, da man nirgends einen Schuft wählen wird. Wir dürfen uns durch Beschlüsse nicht festnageln, höchstens könne er sich mit Bebels Antrag einverstanden erklären.

Dreesbach ist ebenfalls dagegen, daß wir uns durch solche Beschlüsse die Hände binden, man muß doch den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Gegen die Christlich-Socialen haben wir uns ebenso zu verhalten, wie gegen die übrigen Parteien, höchstens könne man bei engeren Wahlen deren Kandidaten unterstützen.

Bebel: Er wundere sich, daß gerade diejenigen Redner, die vor einem Jahre so stark betonten, alle Parteien bildeten uns gegenüber eine reaktionäre Masse, jetzt so große Neigung zu Compromissen haben. Gestern nannte man die Volkspartei die reaktionärste, heute will man mit allen möglichen Parteien paktiren; — wir dürfen uns mit keiner derselben einlassen. In allen Fällen haben wir uns bei engeren Wahlen an unsere Central-Wahlbehörde zu halten, dürfen dieser hier aber nicht ganz freie Hand lassen, sondern müssen bestimmte Grenzen ziehen, damit die früheren Schnitzer vermieden werden. Vor allem warne ich, ein zu großes Gewicht dabei auf das allgemeine Wahlrecht zu legen, das kann jeder Kandidat versprechen und womöglich hinterher für die Strafgesetznovelle und andere schöne Gesetze stimmen, durch die dasselbe wieder erdrosselt werden kann. Wenn das ein solcher Kandidat nicht offen erreicht, wird er verdeckt manöveriren.

Hartmann: Wir müssen vorsichtig vorgehen, es kann dahin kommen, daß wir durch Annahme des Hamburger Antrages in eine schiefe Stellung gerathen. Er ist für Bebels Antrag und gegen den Sabor'schen, der uns ein Armuthszeugniß ausstelle. Er bittet, darüber zur Tagesordnung überzugehen.

A. Kapell: Die Verhältnisse der einzelnen Wahlkreise sind sehr verschieden; die Bevölkerung seines Kreises theilt sich in drei gleich starke Lager, Liberale, Ultramontane und Socialdemokraten. Diesmal kommen wir bestimmt mit den Liberalen in die engere Wahl und müssen auf die katholischen Wähler rechnen, die nicht lauter ultramontane Kapläne sind; solche Anträge binden uns

aber die Hände, um dies ausnutzen zu können, und bittet Redner um Ablehnung derselben.

Zielowsky ist gegen alle vorliegenden Anträge und gegen jeden Kompromiß.

Oldenburg: Der Antrag Hamburg enthält einen prinzipiellen Widerspruch, der auch durch Bebel's Amendement nicht beseitigt wird. Wenn wir paktiren wollen, so begeben wir uns unserer Grundsätze. Viele von uns legen ein zu großes Gewicht auf persönliche Erfolge, statt prinzipielle Erfolge zu erstreben. Die Kandidaten müssen die Gewißheit haben, daß ihre Wähler nicht nur mit ihrer Stimme, sondern mit ihrer Ueberzeugung hinter ihnen stehen. Er ist für den Abänderungsantrag Otto Kapell's, vorausgesetzt, daß die erste Hälfte des Hamburger Antrages angenommen wird.

Geib verliest ein Amendement Hasenclever's zu dem Hamburger Antrage, welches besagt, daß im Falle der Annahme des zweiten Theils des Hamburger Antrages oder des Amendements Bebel, im ersten Theile des Hamburger Antrages das Wort prinzipiellen zu streichen sei.

Frohme: Liebknecht habe ihn beschuldigt, bei der Sonnemann'schen Angelegenheit unzurechnungsfähig gewesen zu sein. Er (Redner) erhebe dieselben Ansprüche auf Zurechnungsfähigkeit, wie der Herr Liebknecht —

Vorsitzender Geib bemerkt, daß diese Angelegenheit erledigt sei und Redner also nicht weiter darüber sprechen könne.

Frohme: Dann werde er zur Tagesordnung sprechen. Er sei gegen den Hamburger Antrag. Politisch ehrenwerthen Personen können wir unsere Stimme geben, müssen aber dabei sehr vorsichtig sein. Es werden oft Versprechungen gemacht, wie das durch Sonnemann geschehen ist. Der Vorstand hat zu sorgen, daß gute Erfolge erzielt werden.

Haase erklärt sich für den Hamburger Antrag mit dem Amendement Hasenclever's aus dem Grunde, daß wir das allgemeine Wahlrecht nicht verlieren.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Eingeschrieben sind noch: Winner, Fischer (Augsburg), Fritzsche, Ries, Strumpen, Frick.

Liebknecht (persönlich): Herr Frohme hat gesagt, ich habe ihn gestern unzurechnungsfähig genannt, das ist falsch. Die Wahrheit ist: Um das unerhörte Vorgehen des Herrn Frohme psychologisch zu erklären und als mildernden Umstand für Herrn Frohme habe Redner bemerkt, daß er sich in einem an Unzurechnungsfähigkeit streifenden Zustande der Aufregung befinde. Ueber die Zurechnungsfähigkeit des Herrn Frohme und über Redners Zurechnungsfähigkeit könne nicht Herr Frohme, noch er,

darüber muß die Versammlung entscheiden — oder vielleicht ein Arzt.

Reinders bemerkt, Vahlteich habe erklärt, wenn man ihm auch sein Mandat entziehe, werde er trotzdem im Reichstage mit Einwilligung seiner Wähler bleiben. Wir hätten also keinen Einfluß auf unsere Abgeordneten.

Vahlteich erwidert: Die ihm von Reinders imputirten Worte hätte er nicht gesprochen. Er stehe auf demselben Standpunkt, wie die anderen socialistischen Abgeordneten.

Der Vorsitzende Geib schreitet zur Abstimmung. Das Amendement Hasenclever's zum Hamburger Antrag 11 der Vorlage, das Wort „principiell" zu streichen, wird angenommen. Desgleichen das Amendement Bebel's.

Der Antrag 11 der Vorlage wird in dieser seiner neuen Fassung angenommen; es fallen damit die Anträge O. Kapell's und Winner's.

Antrag 12 der Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Derossi beantragt, die ganze Debatte über den Sabor'schen Antrag aus dem Protokoll zu entfernen.

Frick ist gegen die Streichung; die Frankfurter Genossen sollen wissen, was hier passirt ist, sie denken möglicher Weise anders, als viele hier Anwesende.

Bebel: Es kommt nicht darauf an, wie die Frankfurter Genossen über diese Sache urtheilen, sondern wie die öffentliche Meinung über Frohme's Auftreten urtheilt. Er verlangt, daß seine und Liebknecht's Erklärung in's Protokoll komme. Frohme habe es gut verstanden, „pour le roi de prusse" zu arbeiten; es wird das unmöglich verborgen bleiben.

Derossi zieht seinen Antrag zurück.

Antrag 10 der Vorlage wird der späteren Central-Wahlbehörde vorbehalten.

Folgender Antrag von Strumpen und Genossen kommt zur Debatte:

Die unterzeichneten Delegirten stellen an den Kongreß den Antrag, die stabile Agitation für Dortmund (Scheil) aufzuheben und mit den Geldern, welche dieselbe erfordert, die Kreise Lennep-Mettmann, Solingen und Barmen-Elberfeld zu unterstützen.

Strumpen: Zwar haben Rheinland und Westfalen nicht die Erfolge aufzuweisen, wie andere, aber es ist auch sicher, daß dort nicht genug agitirt worden ist. In Dortmund hätte kein stabiler Agitator angestellt werden müssen, da es bedeutend bessere Kreise giebt. Ueber den angestellten Scheil kommen auch zu viel Beschwerden betreffs der Nachlässigkeit desselben. Auer hat früher erklärt, es fehlten vielfach Mittel zur Agitation, das kontrastirt aber mit der Anstellung Scheil's in Dortmund. Len-

nep und viele andere Kreise sind besser, als jener, er empfehle daher seinen Antrag.

Winner: Die Liberalen sind in Dortmund so stark, daß unsere Erfolge dort nicht besonders sein werden. Es sollte die stabile Agitation nach Provinzen geordnet sein, damit der Agitator nicht nur für einen kleinen Kreis da ist. Herr Scheil mag wohl auch durch die „Westf. Freie Presse" in Anspruch genommen sein, so daß er den Gesuchen um Agitation nicht so recht nachkommen kann.

Es wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Hörig ist gegen stabile Agitation im Dortmunder Kreise nnd beantragt, daß die dafür aufgewendeten Mittel lieber dem Kreise Solingen zugewendet werden, der guten Erfolg verspricht.

Stolle stellt den Antrag:

„Den Antrag Winner und Genossen der Central-Wahlbehörde zur Berücksichtigung zu empfehlen."

Hasselmann: In den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg muß mehr gethan werden, als bisher. Die dortigen Parteigenossen sind gezwungen, ihre sämmtlichen Mittel für sich selbst aufzuwenden, weil die Partei sie nicht unterstützt. Ein Agitator im Rheinlande ist nicht genug. Man kann zwar nicht sagen, daß man in mehr als einem Kreise der Provinz siegen werde, aber Solingen und Lennep sind gut und immerhin der Sieg möglich. Wenn dort nichts gethan wird, wird sich das jüngste Beispiel wiederholen; man wird lokale Kalender u. s. w. herausgeben, um die Partei sicher zu stellen.

Auer: Scheil soll nicht nur in seinem Wahlkreise wirken, sondern in Westfalen überhaupt. Es wird hier geklagt, daß Scheil nicht gekommen sei, wenn er verlangt worden ist; man muß aber erst den Beweis liefern, daß Scheil hätte kommen können.

Es ist nicht richtig, daß Dortmund bevorzugt worden ist; Dortmund ist der Centralpunkt für Westfalen, deshalb wurde der Ort zum Wohnsitz des Agitators bestimmt.

Man klagt auch über Winner, während gerade von Dortmund über Scheil noch nie Klagen gekommen sind. Er kenne Scheil lange als einen ruhigen und brauchbaren Agitator. Es wird nicht bestritten, daß in Rheinland auch agitirt werden muß, aber es fehlen die Mittel, allen Wünschen zu entsprechen. Wenn wir Scheil dorthin setzen, kommen die Klagen aus Westfalen. Nach Ronsdorf ist die Anfrage gerichtet worden, ob man dort Unterstützung zur Agitation haben wolle; es ist dies aber abgelehnt worden. Im Reg.-Bez. Arnsberg ist die Bevölkerung durchweg katholisch und, wie Dreesbach berichtet, vorerst keine Aussicht für uns, weil der Kulturkampf dort in vollster Blüthe

steht. Centralpunkte wie Barmen-Elberfeld dürfen, streng genommen, keine Unterstützung von der Gesammtpartei verlangen, sondern sollen noch mit ihren Mitteln nach außen wirken. Auf die Dörfer können wir uns nicht stützen. Die Genossen an verschiedenen rheinländischen Orten halten schlechte Fühlung mit dem Vorstande. Kein Vorstandsmitglied hat bisher ein Exemplar der „Duisburger Zeitung" zu sehen bekommen. Das neueste Ereigniß (die Herausgabe des „Westdeutschen Kalenders") ist der Parteibehörde auch erst durch die Annonce bekannt geworden. Briefe wurden erst nach Wochen beantwortet. Kuhl ist zur Agitation die Summe von 50 Mark monatlich angeboten worden. Derselbe hat nicht geantwortet. Man sieht, es ist alles Mögliche für's Rheinland gethan worden; wenn nun auch die Erfolge noch nicht so große sind, so sei er doch überzeugt, daß dasselbe in einigen Jahren ein Bollwerk für die Partei werde.

Frick: Im Rheinlande mußten früher die Agitatoren ihre Reisen aus der eigenen Tasche bezahlen, wie es ihm ergangen sei, weil die Barmen-Elberfelder besonders nichts darnach fragten, ob der Agitator hungerte, verarmte oder nicht.

Der Vorstand hat vielleicht in irgend einem Briefe durchblicken lassen, daß man die Agitatoren auch entschädigen müsse, darüber sind die Leute erbittert worden. Man muß dort einen Agitator haben, der vollständig besoldet wird, und auch im Stande ist, sich Autorität zu verschaffen. Wolf ist in Barmen gewesen und hat unter Entbehrungen gelebt. Es giebt aber dort Nörgeler, die jedem Agitator das Leben sauer machen, denen muß auf die Finger gesehen werden. (Ruf: wer sind die?) Ich nenne Ihnen den Namen Kuhl, der gehört vor allen dazu. Lennep-Mettmann ist wieder zu erobern, wenn dort Fritzsche oder Audorf aufgestellt wird.

Kuhlmann muß sich den Klagen seiner Rheinischen Collegen anschließen, freut sich aber, daß Scheil auch für seine Gegend bestimmt ist; derselbe hat sich s. Z. in Bielefeld gut bewährt.

Bronnemeyer: Scheil sei wohl befähigt, habe aber durch seine persönlichen Eigenthümlichkeiten nicht angesprochen in seiner Gegend.

Strumpen vertheidigt Kuhl gegen Frick, da derselbe Gutes geleistet habe.

Lange bemerkt gegen Auer betreffs der „Duisburger Zeitung", es sei zweimal von dort an die Parteileitung geschrieben, aber nicht geantwortet worden.

Strumpen bemerkt, daß zwei Briefe von Essen an den Vorstand gegangen und unbeantwortet geblieben sind.

Derossi behauptet entschieden, daß alle an den Vorstand gerichteten Briefe beantwortet worden seien.

Winner bemerkt, er habe nicht gesagt, daß Scheil mit Absicht nicht gekommen sei.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung; der Antrag Strumpen und Genossen fällt und der Stolle'sche wird angenommen.

Reimer stellt folgende Anfrage: „ob die Centralwahlbehörde eine Controlle über die von den Wahlkandidaten zu erlassenden Wahlprogramme resp. Aufrufe ausüben, oder ein bestimmtes Normalwahlprogramm ausgegeben werden wird?" Er begründet dies damit, daß den örtlichen Verhältnissen zwar Rechnung getragen werden muß, aber dies könnte dadurch erreicht werden, daß die einzelnen Wahlcomité's diesbezügliche Einschiebungen machen.

Frick erklärt es für nöthig, daß wir ein allgemeines Programm aufstellen, wie es die Gegner thun.

Geib befürwortet, es so zu machen, wie es schon auf der sächsischen Landesversammlung beschlossen worden ist, nämlich die Ausarbeitung der Wahlaufrufe mit Rücksicht auf die jeweiligen örtlichen Verhältnisse den einzelnen Wahlcomité's zu überlassen.

Hörig meint, daß man auf Grund des Parteiprogramms ein Wahlprogramm abfassen müsse, und der Centralwahlvorstand die Disciplin zu handhaben habe.

Zielowsky stellt den Antrag: Es steht den Genossen in den einzelnen Wahlkreisen frei, die Wahlaufrufe den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Doch sind die Herausgeber verpflichtet, vorher den Inhalt der Wahlprogramme der Centralwahlbehörde vorzulegen.

Strecker: Die Abfassung des Programms solle nicht der Centralbehörde überlassen bleiben; man habe in einem selben Falle Fiasco gemacht. Er empfehle so zu verfahren, wie auf der sächsischen Landesversammlung beschlossen wurde.

Bebel: Die liberalen Wahlaufrufe enthalten Phrasen, die für die nächsten Wahlen ohne Bedeutung sind. Es geht nicht, neben dem Parteiprogramm noch ein besonderes Programm aufzustellen. Es sind ferner in jedem Kreis andere Verhältnisse und andere Kandidaten, für die man unmöglich ein Normalprogramm schaffen kann. Man möge das den einzelnen Kreisen überlassen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. In die Rednerliste sind noch eingezeichnet: Bracke, Molkenbuhr, Hartmann, Stolle, Zielowsky, Hasselmann, Habermann.

Der Antrag Zielowsky's wird in zwei Theile zerlegt und der erste Theil angenommen, während der zweite abgelehnt wird.

Der Antrag 14 der Vorlage wird ohne Debatte ange-

nommen. Zu Antrag 15 beantragt Hartmann Uebergang zur Tagesordnung.

Winner: Die Debatte darüber sei überflüssig, wir sind durch den Fall Jacobi klar geworden, und werden uns vorsehen.

Strecker: Niemand hat gedacht, daß Jacobi die Wahl ablehnen werde, wir müssen in Zukunft Sicherheit haben.

Hartmann ist gegen Antrag 15. Es besteht der Beschluß, daß ein Kandidat nur in zwei officiellen Kreisen aufgestellt werden darf, der macht die Debatte überflüssig.

Kuhlmann: Die Veranlassung zu Antrag 15 habe die Jacobi'sche Wahl gegeben. Nachdem nun Antrag 14 angenommen, sei der Antrag hinfällig geworden.

Schlußantrag wird angenommen; in der Rednerliste sind verzeichnet: Strecker, Winner, Haase.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Antrag 16 kommt zur Verhandlung.

A. Kapell ist gegen den Antrag; es sei schon vorgekommen, daß Jemand ohne sein Vorwissen als Kandidat aufgestellt worden ist..

Schluß der Debatte wird angenommen. A. Kapell, Bracke, Frick sind noch eingezeichnet.

Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Sodann folgt Antrag 17.

Bebel bezweifelt, daß wir diesen Antrag discutiren können, da die Kandidaturen für die officiellen Wahlkreise noch zu bestimmen seien.

Danach wird in die Debatte über die Kandidaturen eingetreten.

Hirsch stellt den Antrag, daß unserseits in Elsaß-Lothringen keine Kandidaten aufgestellt werden sollen. Antragsteller begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Haltung, die die deutsche Socialdemokratie und ihre Vertreter im Reichstage 1871 und 1874 bei der Frage der Annexion eingenommen haben, und auf die Nothwendigkeit, selbst den Anschein zu vermeiden, als ob die Arbeiterpartei ihre damalige Haltung geändert hätte und die Annexion nachträglich guthieße.

An der Debatte betheiligen sich: Frick, Reinders, Hasselmann, Stolle, Bebel und Molkenbuhr. Die Redner wenden sich gegen die Bedenken Hirsch's, da wir den gegnerischen Parteien in Elsaß = Lothringen keine Rücksicht schulden. Stellen die in Elsaß = Lothringen wohnenden Socialisten nicht selbst eigene Kandidaten auf, so behalten wir uns vor, zur Förderung der

socialistischen Propaganda, eventuell mit socialistischen Kandidaturen vorzugehen.

Der Antrag Hirsch wird abgelehnt.

Fritzsche kündigt an, daß er eine Erkärung des Inhalts abfassen werde: daß die deutschen Socialisten keine Kandidaten aufstellen werden in solchen Kreisen, wo die Elsaß-Lothringer solche selbst aufstellen.

Es wird in die Debatte über die Kandidaturen eingetreten. Ohne wesentliche Debatte bestimmt der Congreß:

Die Auswahl eines Kandidaten im 1. sächsischen Kreise soll den dortigen Genossen überlassen bleiben.

Im 2. Kreise soll Vahlteich kandidiren, im 3. Keller, im 4. Liebknecht, im 5. Bebel. Für den 6. Kreis wird auf Vorschlag Kaysers vorläufig Auer angenommen mit dem Zusatz, daß das Kreiswahlcomité zu Dresden eventuell andere Entscheidung treffe. Im 7. Kreis wird auf Antrag der Großenhainer Parteigenossen die Wahl des Kandidaten denselben selbst überlassen. Jedoch haben dieselben im Einverständniß mit der Centralwahlbehörde zu handeln.

Im 8. Kreis wird Peters zu Dresden aufgestellt.

Ueber den 9. sächsischen Kreis entsteht eine längere Discussion, da der bisherige Vertreter desselben, Geib, unter Hinweis auf seine Parteithätigkeit in Norddeutschland, erklärt, eine Kandidatur für den Kreis nicht wieder annehmen zu können und Fritzsche aufzustellen empfiehlt.

Schönhals spricht ebenfalls für die Kandidatur Fritzsche's.

Hasselmann bemerkt: Nur in dem vorliegenden außerordentlichen Falle sei er dafür, diese Aenderung in der Person des Vertreters vorzunehmen. Aber in allen anderen Fällen muß der einmal Gewählte verpflichtet werden, das Mandat wieder anzunehmen.

Hörig macht darauf aufmerksam, Geib sei in Hamburg aufgestellt und werde sicher durchkommen.

Hasenclever betont, die Worte Hörig's müßten auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Es sei fraglich, ob Geib in Hamburg siegen werde. Wenn man also den Genossen Geib nach den nächsten Wahlen im Reichstage sehen wolle, wie Redner es sehr wünsche, dann möge man denselben in seinem alten Wahlkreise wieder aufstellen.

Nach einer Anfrage von Klees wegen Abrechnung über Halberstädter Wahlgelder und befriedigender Beantwortung derselben, wird Fritzsche als Kandidat bestimmt.

Im 10. Kreis wird Burckhardt aufgestellt.

Für den 11. Kreis wird die Entscheidung über den Kandidaten dem Central-Wahlcomité überlassen.

Der Congreß bestimmt für den

12. Kreis Bebel,
13. „ Demmler (Schwerin),
14. „ Geiser,
15. „ Vahlteich,
16. „ Most,
17. „ Bebel,
18. „ Motteler,
19. „ Liebknecht.
20. „ Wiemer,
21. „ Demmler (Geyer),
22. „ Auer.

Der 23. Kreis wird den dortigen Genossen, vorbehältlich der Zustimmung der Centralwahlbehörde, überlassen.

Schluß der Sitzung $1^1/_4$ Uhr.

Die Schriftführer:
Hugo Rödiger. Theodor Burckhardt.

Nachmittags-Sitzung, 22. August.

Die Sitzung wird Nachmittag $3^1/_2$ Uhr eröffnet. Vorsitzender: Geib, Schriftführer: Steffens und Kegel.

Nach Verlesung der Präsenzliste wird in die Berathung über die einzelnen Wahlkreise wieder eingetreten. Zur Candidatur im Harburger Kreise bemerkt Hörig, er wundere sich, daß für dort Stöhr in Aussicht genommen sei. Derselbe habe in Ottensen genug zu thun. In Harburg solle man Finn aufstellen.

Steffens: Der Vorstand habe die Nichtaufstellung Finns damit motivirt, daß Finn im Lauenburg'schen Wahlkreis aufgestellt werde. Dies habe sich freilich nicht erfüllt. Die Aufstellung Stöhrs werde dort von den Genossen gewünscht; er selbst könne es aus praktischen Gründen nicht recht billigen. Es sei besser, wenn man Finn aufstelle.

Hartmann: Wenn die Parteigenossen in Harburg glauben, daß die Aufstellung Finns besser wäre, so können sie denselben ja aufstellen.

Klute spricht ebenfalls für die Aufstellung Finns.

A. Kapell: Es befremdet ihn, daß der Vorstand die Finn'sche Candidatur für Lauenburg angeführt, da Geib daselbst aufgestellt sei.

Schulz verlangt, Stöhr von diesem Kreis zu suspendiren, da derselbe in Ottensen genug zu thun habe.

Finn: Der Vorstand hat zur Zeit angefragt, ob er auf der Harburger Candidatur beharre. Er habe geantwortet, daß

er sich den Anordnungen des Vorstandes füge. Er habe ohnedies mehrere Kreise und schlage vor, für Harburg einen andern Candidaten aufzustellen.

Auer: Die Sache sei ganz natürlich zugegangen. Man habe von Finns Aufstellung in Harburg wegen dessen Mecklenburger Candidaturen abgesehen. Dem Vorstande sei es gleich, ob der Congreß anders darüber beschließe. Hartmann bestätigt dies. Hasenclever berichtigt, Geib sei damals noch nicht in Lauenburg aufgestellt gewesen.

Grottkau wendet sich dagegen, daß man einen Candidaten in mehr als einem guten resp. officiellen Kreis aufstelle. Es sprechen noch Molkenbuhr und Reinders. Hasenclever bemerkt einigen Anfragen gegenüber, daß Stöhr, gegen den zwar vor Jahren Klagen laut geworden sind, zur Zeit immer am Posten und ein sehr thätiger Genosse sei. Dasselbe erklärt Rackow und noch mehrere Congreßmitglieder. Es wird beschlossen, die Besetzung der Harburger Candidatur den dortigen Genossen unter Zustimmung des Centralwahlcomités zu überlassen.

Es kommt sodann zur Sprache die Offenbacher Candidatur. Ohlig erklärt, es sei nothwendig, daß Liebknecht persönlich im Dieburger Kreise agitire. Im Fall des Sieges müsse Liebknecht aber annehmen, sonst gehe der Kreis für immer verloren. Er verlangt von Liebknecht Zusicherung darüber.

Letzterer erklärt, es wäre ihm lieb gewesen, wenn sich für diesen Kreis ein Anderer gefunden hätte. Grottkau wird vorgeschlagen, lehnt aber aus persönlichen Rücksichten ab. Liebknecht behält die Candidatur.

Nachdem eine Anzahl Aufstellungen ohne Debatte genehmigt sind, bemerkt Dreesbach zu Kettels Aufstellung in Thüringen, die Thüringische Landesversammlung habe Bebel oder Motteler gewünscht. Die Genehmigung erfolgt nach den Aufstellungen. Ueber den Wahlkreis Langensalza wird nach einigen unwesentlichen Debatten beschlossen, Bock aufzustellen.

Von Brandenburg wird ein Parteibeamter gewünscht. Klute wendet sich dagegen, weil es nicht zweckmäßig sei, dieselben Personen vielfach aufzustellen.

Auer erläutert, der Antrag sei gestellt worden aus materiellen Rücksichten. Der Kreis sei arm und müsse einen Candidaten aufstellen, der nicht zu große Kosten verursache. Redner schlägt Rackow vor.

Hasselmann wünscht zu wissen, warum die Brandenburger ihren alten Candidaten Schweckendiek nicht wieder haben wollen. Rackow erwidert, weil er es ihnen abgeschlagen habe.

Rackow wird aufgestellt.

Für Hof wird Löwenstein aufgestellt.

Im vierten schleswig-holsteinschen Kreise ist Radenhausen aufgestellt. Brasch erklärt, daß derselbe aus der Partei ausgetreten sei und deshalb nicht aufgestellt werden könne. Hörig spricht in demselben Sinne. Hervorgehoben wurde dann, daß der 4. schlesw.-holst. Kreis keine Aussicht auf Erfolg für unsere Partei bei den Wahlen biete und wird beschlossen, da der im 3. schlesw.-holst. Kreise aufgestellte Candidat, Genosse Heinzel, sehr leicht die Candidatur auch im 4. Kreise übernehmen könne, sie diesem zu übertragen.

Ueber die Candidatur Stöhrs im 6. schl.-holst. Kreise bemerkt Holzhausen: Wenn der Congreß die definitive Aufstellung beschließe, würde er und alle dortigen Genossen, unbekümmert um persönliche Rücksichten, dafür eintreten. Aber er verlange jetzt Untersuchung über die Angelegenheit Richter. Hartmann habe gegen Richter, welcher erst von den Genossen in Aussicht genommen war, u. A. gesagt: „Richter ist ein charakterloser unmoralischer Mensch.“ — Der Vorstand habe Partei gegen Richter genommen, indem Seitens desselben an einen Genossen in Uetersen geschrieben wurde, derselbe würde nicht anerkannt. Molkenbuhr erläutert, warum man die Candidatur Richters abgelehnt habe und betont, daß dies gegen nur eine Stimme in der betreffenden Conferenz geschehen sei, und zwar nicht im speciellen Auftrag des Vorstandes.

Richter erklärt, daß er seinerzeit nothgedrungen die Candidatur angenommen, jetzt aber ablehne und Stöhr empfehle.

Hartmann bemerkt, er sei im Namen des Vorstandes auf der Conferenz gewesen. Er habe Richter aus Parteiinteresse bekämpft.

Derossi erklärt, er habe auf eine Anfrage aus Uetersen, dahin lautend, ob Richter zur Agitation verwendet würde, wenn man ihn aufstelle, geantwortet: Nein, so lange Richter nicht eine befriedigende Erklärung über seine Stellung zur Partei abgebe; dies sei damals nicht und auch bis jetzt noch nicht geschehen.

Stöhr wird aufgestellt.

Kapell fragt, wie man sich in Wandsbeck zu Hasenclevers Candidatur stelle. Kluge antwortet, die Stellung sei die frühere.

Zu Reimers Candidatur im 9. schl.-holst. Kreise beantragt Heyer, Reimer möge in die Lage gesetzt werden, zwei Monate in seinem Wahlkreise zu verweilen. Dies wird angenommen.

Für Preußisch-Minden wird Frick aufgestellt.

Für Düsseldorf wird F. Frick in Barmen vorgeschlagen, die Entschließung darüber den Düsseldorfern jedoch überlassen. Da Dreesbach ebenfalls vorgeschlagen wurde, erklärt Ehrhardt sich entschieden gegen dessen Aufstellung in diesem Wahlkreise, der

doch nur eine sehr unbedeutende Stimmenzahl abgebe, nachdem man Dreesbach bei allen officiellen Wahlkreisen übergangen habe.

Für den Kreis Nordheim (Thüringen) wird Lingner aufgestellt.

Für den dritten Hamburger Wahlkreis ist Breuel vorgeschlagen. Rackow behauptet, daß der 1. Hamburger Wahlkreis für uns keine günstigen Aussichten bietet. In demselben sei Geib aufgestellt, den man ungern im Reichstage vermisse. Der 3. Kreis sei bedeutend besser und berechtige zu den bestimmtesten Hoffnungen. Der Redner beantragt deshalb: Der Congreß möge den Wunsch aussprechen, das Arbeiter-Wahlcomité des 3. Hamburger Wahlkreises möge die Candidatur des Herrn Breuel nochmals in Erwägung ziehen, event. den Herrn A. Geib dort als Candidaten aufstellen.

Für den Antrag spricht Heyer, dagegen Reinders und Steffens.

Hörig hält den 1. Kreis für einen guten. Er sieht in dem Fallenlassen Breuels eine Friedensstörung in der Hamburger Mitgliedschaft und eine Schädigung der Agitation.

Rönnekamp erklärt sich ebenfalls für Breuel und hebt dessen Vorzüge hervor. Ebenso Klute. Vahlteich betont, daß Geib einen sächsischen Wahlkreis vertreten und wäre er aus demselben nicht entlassen worden, wenn man gewußt hätte, daß Geib's Wahl in Hamburg nicht gesichert sei. Geib sei in der That im Reichstag schwer zu entbehren. Der Rackow'sche Antrag verlange ja nur, daß man sich mit den Hamburger Genossen darüber verständige, den gemachten Fehler zu verbessern. Dies solle man thun.

Geib erklärt, den 1. Wahlkreis behalten und den 3. unter keinen Umständen annehmen zu wollen.

Bebel: Es sei in ruhiger, sachlicher Weise Geib's Candidatur im 3. Wahlkreis aus Parteirücksichten empfohlen worden; es habe darin für Breuel nicht das Geringste gelegen, was beleidigender Natur sei. Der Congreß habe das Recht, darüber zu berathen.

Hartmann bemerkt, die Hamburger Mitgliedschaft stelle einen ständigen Agitator für den 3. Kreis und sei trotzdem über die Candidatur nicht einmal gefragt worden. Er verlange aber, man solle die Candidatur Breuels lassen wie sie ist. — Rönnekamp äußert die Besorgniß, die Literaten der Partei könnten von der Corruption des liberalen Literatenthums angesteckt werden. — Rackow: Er habe nur einen Wunsch über die Hamburger Candidatur geäußert und halte denselben aufrecht, ohne Jemand beleidigen zu wollen.

Haase meint, daß Geib es wahrscheinlich lieber sehe, nicht

wieder in den Reichstag gewählt zu werden, indem derselbe den 9. sächsischen Wahlkreis aufgegeben habe, und empfiehlt der Redner die Candidatur Breuels im 3. Hamburger Wahlkreise. Geib erklärt nochmals, daß er eine Candidatur im 3. Kreise nicht annehme. Rackow erklärt, er habe mit seinen Antrag der Partei einen Dienst leisten wollen, müsse ihn aber nun zurückziehen, da Geib so kategorisch die Candidatur ablehne.

Vahlteich nimmt den Antrag auf. Der Congreß nimmt denselben mit 37 gegen 28 Stimmen an. Einige Mitglieder enthalten sich der Abstimmung.

Für Lennep=Mettmann wird Audorf vorgeschlagen. Hasenclever empfiehlt ihn, den Sänger der Arbeitermarseillaise, und zwar aus folgenden Gründen. Es gebe Redners Erfahrung zu Folge in jenem Kreise unter den Arbeitern keine Person in der Partei, welche nur annähernd eine solche Popularität besitze als Audorf. Dann aber sei es gut, wenn Audorf durch Aufstellung in einem officiellen Kreise veranlaßt werde, seine agitatorische Kraft wieder energisch zu entfalten.

Hasselmann giebt zur Erwägung, daß der Candidat dort längere Zeit persönlich agitiren müsse, um einen Wahlsieg zu erzielen. — Hörig empfiehlt, falls Audorf aufgegeben wird, Hennig in Ronsdorf. Hartmann empfiehlt warm die Candidatur Audorfs.

Auf eine Interpellation an Hasselmann von Strecker erklärt Ersterer die Verhältnisse in dem Wahlkreis Zellerfeld=Clausthal, und will denselben abtreten, sobald sich ein tüchtiger Candidat dafür finde. Er selbst habe in Elberfeld genug zu thun.

Der Vorsitzende macht die Mittheilung, daß gegenwärtig keine Verbindung mit diesem Kreise bestehe.

Frohme bedauert, daß man diesen Wahlkreis vernachlässige, und beantragt, eine Agitation dort ins Werk zu setzen.

Hasselmann bemerkt: er habe Verbindung mit dem Kreise. Die Leute seien dort nicht fähig, sich zu versammeln und zu organisiren, weil sie dann sofort gemaßregelt werden und auswandern oder verhungern müßten. Man agitire jedoch dort insgeheim. Wenn einige Monate vor der Wahl in den drei Districten des Kreises die Agitation beginne, seien Erfolge zu erzielen.

Mehrere Redner sprechen für Agitation in diesem Kreise, und es wird beantragt, denselben als officiell zu erklären.

Bracke betont: wenn wir Ueberfluß von Mitteln hätten, sei er dafür, doch unter den gegenwärtigen Umständen warne er davor. An Sieg sei jetzt absolut nicht zu denken. Redner erörtert die mißlichen Zustände in einigen Bezirken des Kreises. Es sei schon mit Lebensgefahr verknüpft, dort Flugblätter zu

vertheilen. — In Braunschweig zum Siege zu gelangen, sei schon ungeheuer schwer, der Hasselmann'sche Kreis sei noch viel schlechter. Die Braunschweiger müssen deshalb ihre Kräfte auf den 1. und 3. Braunschweiger Kreis concentriren.

Es ist der Antrag eingegangen, die Congreßverhandlungen zu beschleunigen, da viele Delegirte morgen abreisen möchten. Im Anschluß hieran beantragt man noch, alle noch offenen Kreise der zu wählenden Central-Wahlbehörde im Einverständniß mit den Genossen in den betreffenden Kreisen zur Besetzung zu überweisen. — Festgestellt sind also außer den schon auf der Liste (Seite 35) enthaltenen und acceptirten folgende Candidaturen: V. sächs. Bebel; VI. sächs. Auer (prov.); VIII. sächs. Peters; IX. sächs. Fritzsche; IV. Berlin Fritzsche; Hamburg I. Geib, II. Hartmann; Lennep-Mettmann Audorf; Essen Dreesbach; H.-Münden W. Frick; Stettin A. Kapell; Labiau Hasenclever; Einbeck Lingner; Köln Bebel; Arnstadt Bock; Langensalza Bock; Brandenburg Rackow; Sachsen-Mein. II. Grillenberger; Hannover (Stadt) Fritzsche; Mainz Most; Bayreuth J. Baumann; Hof Löwenstein; Schweinfurt Rick; Celle Reimer; Anhalt I. Zwiebler; II. O. Kapell; Halberstadt O. Kapell; Calbe-Aschersleben Hurlemann; Wanzleben Zwiebler; Minden i. W. W. Frick; Mecklenburg I.—V. Finn; do. VI. Demmler (Schwerin); Düsseldorf F. Frick.

Der erste, siebente und elfte sächsische, sowie die Kreise Hamburg III., Harburg und Sachsen-Weimar III. sind überwiesen.

Eine Pause von 1 Stunde tritt ein.

Bei dem Wiederbeginn der Verhandlung verliest der Vorsitzende Hasenclever folgende Erklärung, welche von fast allen Delegirten unterschrieben ist.

Die Vertreter der deutschen Social-Demokraten erklären:

In den Wahlkreisen Elsaß-Lothringens, in denen die einheimischen Social-Demokraten Candidaten für den deutschen Reichstag aufstellen, werden wir die Candidaturen der elsaß-lothringischen Socialisten in kräftigster Weise unterstützen. Da wo sie Wahlenthaltung beschließen, werden die deutschen Socialisten diesen Beschluß respektiren.

Der Kongreß acceptirt diese Erklärung.

Ferner verliest der Vorsitzende eine Zuschrift aus Genf, welche beifällig aufgenommen wird. Dieselbe enthält die Mittheilung, daß sich in Genf ein Comité gebildet hat, welches eine Sammlung von Geldern zur Förderung socialistischer Reichstagswahlen in Deutschland vornimmt.

Der Vorsitzende spricht nun im Namen des Congresses den Schweizer Brüdern den Dank aus. — Der Congreß beauftragt das Büreau, diesen Dank den Schweizer Genossen zu übermitteln.

Es kommt nun Punkt 5 der Vorlage, die Parteipresse, zur Verhandlung.

Frohme beantragt, die Spezial-Debatte sofort eintreten zu lassen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Debatte in drei Theile zu theilen, je nach der Art der vorliegenden Anträge.

Dies wird angenommen.

Die Unterstützung der auf das Centralblatt bezüglichen Anträge Nr. 25 und 26 der Vorlage erfolgt. Ebenso werden uun unterstützt Nr. 27, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 37; ferner ein Antrag aus Düsseldorf, welcher lautet:

„Der Congreß möge beschließen, ein neues Partei-Organ zu schaffen, welches in Berlin zu erscheinen hat. Die beiden Orte Leipzig und Berlin behalten die betr. Blätter als Lokal-Organe."

Desgleichen ein Antrag der Socialisten in Iserlohn:

„Vom 1. Oktober d. J. ab ist der „Volksstaat" das einzige offizielle Organ der Socialisten Deutschlands. — Der „Volksstaat" soll unter dem veränderten Titel „Vorwärts", Organ der Socialisten Deutschlands, wie bisher, 3 Mal wöchentlich, jedoch in erheblich größerem Format, in Leipzig erscheinen."

Einige andere hierauf bezügliche Anträge finden nicht die genügende Unterstützung.

Bebel: Bereits auf dem Vereinigungs-Congreß sei der Wunsch zur Geltung gekommen, ein einziges Central-Organ zu schaffen. Damals sei die Frage noch nicht zur Lösung reif gewesen, jetzt aber mache sich dringend eine Abschaffung des Dualismus geltend. — Die Lokalpresse breite sich aus, und die Partei könne zwei Central-Organe nicht mehr halten. Es handele sich nun hauptsächlich darum, wo das einheitliche Central-Organ erscheinen solle. Der Redner spricht sich für Leipzig aus, weil der bis jetzt dort erscheinende „Volksstaat" einen geistigen Brennpunkt der Partei bilde, und die Mitarbeiter des „Volksstaat" mit der gegenwärtigen Redaktion desselben eng verbunden seien. — Auch aus politischen Gründen empfehle sich Leipzig, da man in Berlin unter Tessendorf nicht das schreiben dürfe, was man in Leipzig schreibe. Der Redner erwähnt noch die materielle Stellung der Berliner Associations-Druckerei, welche letztere durch den Ausfall des „Neuen Social-Demokrat" allerdings geschädigt werde, aber doch durch die Partei schadlos gehalten werden könne.

Strecker: Seine Auftraggeber wollen den „Neuen Social-Demokrat" in Berlin als alleiniges Organ haben. Der „Volksstaat" habe in Leipzig keine Konkurrenz, könne also weiter erscheinen. — Der „Neue Social-Demokrat" aber müsse eingehen,

wenn das Centralblatt in Leipzig erscheine. — Der Redner weist die Nothwendigkeit eines einzigen Organs nach, und empfiehlt als solches ohne Aenderung des Titels den „N. Social-Demokrat.“

Richter betont, Berlin gegenüber sei Leipzig unbedeutend. Berlin sei für uns so wichtig, wie Paris für Frankreich. Dort tage der Reichstag. — Wenn dort die Leitung der Partei nicht sein könne, müsse wenigstens die Leitung der Presse dort sein. Sachsen stehe nicht hinter Berlin im Punkte der Preßverfolgungen zurück, hierin liege also keine größere Gewähr.

Auf Antrag Vahlteichs wird beschlossen, zuerst die Frage zu erledigen, ob ein oder mehrere officielle Parteiblätter erscheinen sollen, und dann erst die Frage zu erledigen, wo das eine Blatt erscheinen soll.

Fritzsche: Für den Fall, daß man sich nicht über die Sache einigen könnte, möchte man die Aufrechterhaltung des status quo im Auge behalten.

Reimer schließt sich dem an.

Grottkau: Hasselmann sei nicht in der Lage, in die Redaction des Centralblattes einzutreten, wenn dasselbe in Leigzig erscheine, weil er sich seinen Wählern gegenüber verpflichtet habe, in Berlin zu bleiben.

Rakow beantragt, zuerst über den Ort des Erscheinens zu discutiren. Dies wird angenommen.

Molkenbuhr: Es frage sich, soll das Organ nur die inneren Parteiangelegenheiten vertreten, oder nach Außen hin speciell die Interessen der Partei wahren? Er halte das letztere für richtig, und deshalb müsse das Hauptorgan der Partei am wesentlichsten politischen Kampfplatze, in Berlin, erscheinen. Die Mitarbeiter des „Volksstaat“ werden ebenso nach Berlin sich wenden können wie umgekehrt. Auer habe auch auf dem vorigen Congreß Berlin als den Platz des zukünftigen Centralblattes bezeichnet.

Kayser: Seine Mandatgeber in Sachsen seien für Leipzig. Sie würden, wenn das Centralblatt in Berlin erscheine, ruhig den „Volksstaat“ weiter lesen. Berlin sei keineswegs mit Paris zu vergleichen. Was von Berlin komme, werde in einem großen Theile Deutschlands mit Mißtrauen betrachtet. Die gegnerischen Blätter Berlins stehen auch nicht auf besonderer geistiger Höhe. Der Einfluß der Behörden sei in Berlin noch gefährlicher, als in Sachsen. Auch die Redaction des „Volksstaat“, die für das neue Blatt gewonnen werden müsse, komme in Betracht.

Stolle: Es sei in Betracht zu ziehen, ob ein Nachtheil für das Blatt in dem Erscheinungsort Berlin liege. Das Parteiblatt könne nicht täglich erscheinen, und damit fallen die Vor-

züge weg, die in Bezug auf Reichstagsberichte ꝛc. für Berlin geltend gemacht worden sind.

Liebknecht: Er sei hierher gekommen, um unter gewissen Bedingungen für Berlin zu stimmen. Er sei aber durch eingehende Erörterungen davon abgekommen und stimme für Leipzig. In Berlin sei die Partei verboten, man müsse sich dort mit kleinlichen Winkelzügen behelfen und dies sei unserer Partei unwürdig. In Berlin würde das Blatt ein nicht so hohes Niveau in Bezug auf freisinnige Schreibweise haben. Der „Volksstaat" dürfe nicht zu Grunde gehen, er würde aber bedeutende Verluste erleiden, wenn er nicht mehr Parteiorgan sei. Berlin sei nur die administrative und militärische Hauptstadt Deutschlands, nicht die politische. Die politische Hauptstadt sei es nie gewesen und werde es voraussichtlich auch nie werden.

Hasselmann: Man dürfe Tessendorf den Gefallen nicht thun, aus Berlin auszuwandern. Es würde dies das Geschrei vom „Rückgang" erneuern und unsere Wahlagitation schädigen. Zwischen Leipzig und Berlin sei hinsichtlich der Verfolgungen kein Unterschied. Die Richter können je nach Bedürfniß versetzt werden. Wir müssen am Hauptsitz der Reaction wirken. Haben wir in Berlin nur ein Lokalparteiblatt, so könne sich nach und nach Residenzpartei und Provinzialpartei scheiden, wie man dies in Frankreich und England gehabt habe. Die Redaction des „Volksstaats" müsse nach Berlin übersiedeln. — Von einem Organ in Berlin könne man mehr materielle Erfolge erzielen, als in Leipzig.

Grillenberger: Er habe bei der vorhergegangenen Conferenz für das Erscheinen in Berlin gestimmt, aber nur unter der Voraussicht, daß das Blatt ein officieller Moniteur werde, welcher nur officielle Bekanntmachungen u. s. w. bringe. Wenn aber das Blatt die sociale und politische Leitung der Partei geistig vertreten solle, dann dürfe es nicht in Berlin erscheinen. So wie die Verlegung der Parteileitung von Berlin keinen Niedergang der Partei bedeutet habe, bedeute diesen auch die Verlegung des Blattes nicht. Warum wolle man das Centralblatt durch einen Tessendorf ruiniren lassen? Die Antipathie gegen Berlin sei berechtigt. Gerade das Festhalten an Berlin sei ein Berliner, ein preußischer Partikularismus.

Auer: Die Kundgebungen an den gegenwärtigen Congreß haben gezeigt, daß die deutsche Socialdemokratie die geistige Führung der gesammten proletarischen Bewegung aller Culturländer übernommen habe. Sollen wir diese Führung behalten, so dürfen wir nicht Berlin zum Sitz des leitenden Organs wählen. Deshalb stimme er für Leipzig. Der „Berliner Freien Presse" verbleibe ohnedies noch die wichtige Aufgabe, die

socialistische Lokalpresse durch ihre politischen Berichte von der Bourgeoispresse zu emancipiren.

Nachdem zur Geschäftsordnung beschlossen worden, daß nur noch zwei Redner für Leipzig, zwei für Berlin und zwei für Dresden oder Hamburg sprechen sollen, geht folgender Antrag von Risch ein:

„Man möge die Orte Berlin sowie Leipzig fallen lassen und Hamburg annehmen, die Namen „Volksstaat" und Social-Demokrat" aufgeben und das Blatt „Centralblatt der deutschen Socialdemokratie" nennen, weil dadurch jeder Stellung Rechnung getragen werde.

Ferner ein Antrag von Rackow auf Aufrechthaltung des status quo.

Es entstehen heftige Geschäftsordnungs-Debatten. Dieselben erledigen sich in der Hauptsache dadurch, daß ein Vermittelungsvorschlag über die Zahl und die Reihenfolge der Redner angenommen wird.

Frauenhoff: Es sei hervorgehoben worden, daß der „Volksstaat" äußerst wichtig für die Partei sei. Dies sei unter Vorbehalt richtig. Aber es sei zu bedenken, daß die Artikel des „Volksstaat" oft in einer so wissenschaftlichen Sprache geschrieben seien, daß die Masse der Arbeiter sie nicht verstehe. Die Chefredacteure seien auch nöthig im Reichstag. Das seien Gründe, die ihn veranlassen, für Berlin zu stimmen. Er wünsche, daß etwas Gutes, Nützliches entstehe.

Reimer: Allseitig wünscht man, der Dualismus soll aufhören. Das sei richtig, aber wenn in Leipzig das Centralorgan, in Berlin die „Berliner Freie Presse" sein solle, dann sei das aufs neue Dualismus. Die Richtung Leipzig verliere nicht durch Verlegung des Blattes nach Berlin, aber Berlin verliere im entgegengesetzten Falle. In Berlin kämpfen hauptsächlich unsere Feinde, dort dürfen wir nicht die Flinte ins Korn werfen. Wenn die Redactionen zusammengeworfen werden, so werde allen Ansprüchen Rechnung getragen. Der Partikularismus müsse zu Gunsten der Partei ausgerottet werden. Die geistigen Kräfte der Partei werden sich auch in Berlin zusammenfinden.

Bracke hebt die Vorzüge Berlins hervor. Trotz derselben sei Berlin kein Hauptort der Socialdemokratie. Es sei von Außen her genommen worden. Um die Frage: Wollen wir ein populär gehaltenes Blatt, oder ein auf der Höhe der Wissenschaft stehendes, handele es sich nicht, sondern um die Verschmelzung. Diese könne nicht in Berlin vor sich gehen. Sehr leicht können die Mitarbeiter des „Neuen Social-Demokrat" nach Leipzig gehen, allein weit weniger können die wissenschaftlichen

Kräfte des „Volksstaat" am Fädchen nach Berlin gezogen werden. Die Aufrechterhaltung des status quo sei eine materielle Schädigung der Partei.

Hasenclever: Er habe von seinen Mandatgebern den Auftrag, für Berlin zu stimmen, doch aus den gepflogenen Debatten habe er die Ansicht gewonnen, es sei eventuell gut, weder Berlin noch Leipzig zu wählen, namentlich wegen des Grundes der radikalen Schreibweise. Der Redner empfiehlt den Antrag Hörig, das Blatt am Sitze des Central-Wahl-Comités, möge derselbe nach Hamburg, Gotha oder sonst wohin verlegt werden, erscheinen zu lassen.

Grottkau: Gerade damit die Antipathie beseitigt, der Partikularismus geheilt werde, sei es wichtig, daß von Berlin etwas Gutes, das Centralblatt, komme. Mit Berlin ist die Bewegung unwiderstehlich geworden. Die Verhältnisse lassen es zwar nicht rathsam erscheinen, die Parteileitung in Berlin einzusetzen, aber mit dem Centralblatt sei es anders. Auch dürfe der Umstand, daß die Redacteure des künftigen Parteiorgans aller Wahrscheinlichkeit nach Reichstags-Abgeordnete sein werden, nicht unerwähnt bleiben. Denn der bedeutende Vortheil, der sich ergiebt, wenn die Redacteure dieses wichtigen Blattes in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete den Sitzungen des Reichstages beiwohnen und trotzdem die Redactionsgeschäfte besorgen können, liegt offen zu Tage. Wenn der Congreß hingegen auch das letzte officielle Machtmittel der Partei von Berlin nach Leipzig verlegen wolle, so gewinnt es immer mehr den Anschein, als ob die Leipziger Richtung mehr und mehr überwuchere, so daß schließlich der ursprüngliche Charakter der Bewegung ein ganz anderer werde.

Breuel erklärt sich in der vorliegenden Frage für Berlin. Die wissenschaftlichen Artikel werde Tessendorf nicht antasten.

Bebel bemerkt zu der Tessendorffrage, es würde letzterem angenehm sein, wenn wir das Centralorgan nach Berlin verlegen. Der Ton des Centralblattes würde in Berlin nicht den radikalen Charakter behalten, den die Socialdemokratie bisher durch den „Volksstaat" bewahrt habe.

Hörig bedauert die heutige Debatte. Man solle es ein Jahr damit versuchen, das Blatt am Sitz der Parteiverwaltung erscheinen zu lassen.

Rackow ist für Berlin. Der „Volksstaat" habe viel mehr Prozesse als der „Neue Social-Demokrat". Wenn der „Neue Social-Demokrat" so viel Prozesse haben wolle, hätte er noch viel schärfer schreiben können. Zum Beweise, daß man in Berlin, wenn man Prozesse haben wolle, wohl radikal schreiben könne, führe er unter anderem die „Germania" und „Reichsglocke" an.

Es sei aber zu unterscheiden, ob man nur radikal schreibe, oder ob man unvorsichtig Prozesse provocire; dies scheine ihm manchmal beim „Volksstaat" der Fall zu sein, was jedenfalls überflüssig. Die Redacteure können nach Berlin übersiedeln, nöthigenfalls könne der wissenschaftliche Theil von Leipzig aus redigirt werden. Die wissenschaftliche Schreibweise des „Volksstaat" habe keine so praktischen Erfolge gehabt, als die volksthümliche Schreibweise des „Social-Demokrat. Es scheine sich übrigens thatsächlich nicht um Leipzig oder Berlin zu handeln, sondern vielmehr um die Personen Liebknecht und Hasselmann; man könne zu dieser Ansicht um so mehr kommen, wenn man sich eines Briefes des Herrn Hirsch aus dem Vorjahr erinnert, in welchem schon behauptet wird, daß das Centralorgan aus Berlin fort und Liebknecht Redacteur werden müsse. Er wolle nicht sagen, daß dem so sei, aber wenn man die Debatten verfolge, so könne man sich wohl nicht des Eindrucks erwehren, daß Personencultus getrieben werde. Wenn dem so sei, nun da möge man weder Liebknecht noch Hasselmann mit der Redaction des Centralorgans betrauen, dadurch vernichte man die Traditionen beider früheren Richtungen der Socialdemokratie Deutschlands, und das halte Redner für richtig.

Liebknecht behauptet, Prozesse seien vom „Volksstaat" nicht provocirt worden, aber Niemand könne ihnen ausweichen. Lassalle habe zu einer Zeit gewirkt, wo die Verfolgungen noch viel schwächer betrieben wurden, wie jetzt; dennoch habe er sich in Zeit von wenigen Jahren so in Prozesse verwickelt, daß seine Existenz in Deutschland unmöglich geworden sei. Das macht, Lassalle ist kühn gewesen, und das ist auch die Redaction des „Volksstaat".

Die Debatte ist geschlossen und wird zur Abstimmung geschritten. Die Anträge, das Centralblatt a, in Hamburg, b. am Sitze des Vorstandes, c. in Dresden erscheinen zu lassen, werden abgelehnt.

Es folgt namentliche Abstimmung über die Frage, ob Berlin oder Leipzig. Für Leipzig stimmen 49, für Berlin 38, der Abstimmung enthalten sich 6.

Für Berlin stimmen: Breuel, Daßbach, Dreesbach, Frauenhoff, Frohme, Frick, Finn, Fritzsche, Grottkau, Hasselmann, Holzhauer, Hasenclever, A. Kapell, O. Kapell, Klute, Kluge, Lange, Lingner, Most, Molkenbuhr, Meister, Oldenburg, Ohlig, Rönnekamp, Richter, Rödiger, Rackow, Reinders, Reimer, Strumpen, Schultz, Strecker, Steffens, Tennhardt, Wichtendahl, Winner, Zielowsky. Zwiebler.

Für Leipzig stimmen: Auer, Bebel, Bock, Burckhardt, Bracke, Bennwitz, Beckendahl, Brasch, Bronnemeyer, Dulk,

Demmler, Ehrhardt, Eckstein, R. Fischer, L. Fischer, Geib, Grillenberger, Habermann, Häusler, Habel, Heyer, Hartmann, Haase, Hochstein, Hadlich, Kellner, Kegel, Kayser, Kuhlmann, Liebknecht, Leuschke, Löwenstein, Leyendecker, Motteler, Mehlhorn, Rick, Ries, Schönhals, Schubert, Staub, Stolle, Stäger, Stuhl, Trost, Ufert, Vahlteich, Voigt, Wiemer, Weiß.

Der Abstimmung haben sich enthalten: Derossi, Gries, Hörig, Hirsch, Klees, Risch.

Derossi giebt zu seiner Abstimmung zu Protokoll, daß er weder für Leipzig noch Berlin stimmen könne, weil die sich so scharf zugespitzt habenden Debatten befürchten lassen, durch die Annahme eines der beiden Anträge könne eine Mißstimmung in der Partei entstehen, welche für die nächsten Wahlen von schädlichem Einflusse sei, und wäre er deshalb für einstweilige Aufrechthaltung des alten Verhältnisses.

Schluß der Sitzung 1 Uhr Nachts.

Vormittag-Sitzung, 23. August.

Vorsitzender Geib, Schriftführer Derossi und Kuhlmann.

Eröffnung der Sitzung 8½ Uhr.

Es wird zunächst zur Verlesung der Präsenzliste geschritten. Es fehlen Demmler und Stuhl, welche abgereist sind.

Sodann wird das Protokoll der Nachmittag-Sitzung vom Montag, den 21. verlesen, und nach einigen Monita's genehmigt.

Es wird dann in die Tagesordnung eingetreten, und folgt Berathung über die Anträge 25, 26, 28 und 32 der Vorlage.

Hasselmann: Nach der gestrigen Abstimmung ist Redner zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Gründung eines Centralblattes jetzt noch nicht reif sei. Wird die Sache am 1. October ins Leben gerufen, und der „Volksstaat" nicht über 5- bis 6000 Abonnenten kommen, so sind uns die Hände gebunden, denn man kann wohl Abonnenten leicht verlieren, aber nicht so leicht gewinnen.

Frick ersucht ebenfalls, jetzt noch nicht mit der Gründung des Centralorgans vorzugehen, aber nicht aus den Gründen Hasselmann's. Auf dem vorigen Congreß wurde gesagt, daß, wenn das Centralblatt gegründet werden solle, der „Neue Social-Demokrat" eingehen müßte; einige hätten das Eingehen des „Volksstaat" gewünscht; Liebknecht habe diesen Plan als Vandalismus bezeichnet. Dasselbe ist es aber heute mit der Vernichtung des „Neuen Social-Demokrat". — Redner habe durch seine Haltung gezeigt, daß er sich der Majorität zu fügen wisse,

trotzdem er an der neuen Partei manches auszusetzen gehabt hätte. Er befürchte, daß wir bei den Wahlen behindert werden, wenn jetzt solche einschneidenden Einrichtungen getroffen werden. Das Resultat der gestrigen Abstimmung sei durch die geographische Lage des Congreßortes herbeigeführt. Aus Thüringen und Sachsen seien unverhältnißmäßig viele Delegirte anwesend. Er, Redner, habe deu Vorstand, leider erfolglos, ersucht, von Goth abzusehen und Bremen zu nehmen.

Meister: Schon auf dem vorigen Congreß wurde betont, daß die Herstellung eines Centralorgans nothwendig sei. Die Befürchtungen Frick's halte Redner für unbegründet. Sollte es möglich sein, daß sich solche Befürchtungen verwirklichen könnten, so sei der Bericht Auer's freilich sehr rosig gefärbt. Redner wünscht Erscheinen des Centralorgans vom 1. October ab. Es würden dadurch viele Opfer gespart, welche der Wahlbewegung zu Gute kommen.

Fritzsche: Vor einiger Zeit, als Most noch im Gefängniß saß, schrieb derselbe einen Artikel über die Philosophie Dühring's und sandte ihn an Liebknecht; derselbe nahm ihn aber nicht auf, gab ihn auch erst nach mehrfacher Reclamation zurück. Der Grund war nach Redners Ansicht, daß der Artikel nicht im Marx'schen Sinne geschrieben war. Wir wollen aber keine einseitige Entwicklung, denn alle Ansichten sollen in den Parteiblättern zur Geltung kommen können.

Löwenstein hegt die Ueberzeugung, daß die Ansicht Fritz'sche's eine unrichtige sei.

Leyendecker betont, für ein Centralorgan sei nicht nur die Majorität des Congresses, sondern beinahe sämmtliche Mitglieder desselben.

Hartmann ist nicht der Ansicht, daß die geographische Lage an dem Resultat der gestrigen Abstimmung einen Antheil habe. Die Gründe Frick's über das Centralorgan konnten wohl im vorigen Jahre maßgebend sein, in diesem Jahre aber nicht. Wir werden der Gesammtpartei sicher nicht zu Wunsch wirken, wenn wir das Centralorgan nicht schaffen. Thatsache ist, daß der „Neue Social-Demokrat" sowohl wie der „Volksstaat" an Abonnenten abgenommen haben, und zu befürchten ist, daß sie noch mehr abnehmen, und deshalb sei die Verschmelzung nothwendig. Die „Berliner Freie Presse" kann zu dem Mittel, Berlin zu erobern, gemacht werden.

Strecker ist zwar weit davon entfernt, gegen den gestern gefaßten Beschluß auch nur im Geringsten sich zu stellen. Aber nach der gestrigen Debatte halte Redner es für besser, wenn beide Blätter eingehen.

Grillenberger wendet sich gegen die Ansicht, daß die

geographische Lage an der gestrigen Abstimmung schuld sei, es könnten sich z. B. ebenso gut die süddeutschen Genossen über dieselbe beschweren. Es sind von Berlin allein 8 Delegirte da, von Hamburg und Umgegend 9. — Gerade für die Wahlen ist es von großer Wichtigkeit, ein einziges Centralorgan zu haben. Wäre die Entscheidung auf Berlin gefallen, so hätte man wohl nichts dagegen gehabt. — Die Anschauung, daß das Blatt nach Marx'scher Tendenz redigirt werden würde, ist nicht berechtigt, weil ja der Redacteur des „Neuen Social-Demokrat“ mit eintreten soll.

Es wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Eckstein: Es wurde erwähnt, daß man den „Neuen Social-Demokrat“ zerstöre, während der „Volksstaat“ bestehen bleibe; das ist eine irrige Annahme; durch Herausgabe des Centralblattes ist beiden Seiten Rechnung getragen. Was den Einfluß der geographischen Lage des Congreßortes betreffe, so bemerke er, Fritzsche habe Mandate von Großenhain und Meißen — diese hätten sicher für Leipzig gestimmt.

O. Kapell: Wenn hier Beschlüsse gefaßt werden, so haben wir nach denselben zu handeln, und dürfen nicht von Majorisiren und Schiebung sprechen. — Redner ist gegen Erscheinen des Centralblattes am 1. October, sondern wünscht als Zeitpunkt den 1. April 1877. In Berlin bestehen besondere Verhältnisse, welche es als schädlich erscheinen lassen, den Druck des „Neuen Social-Demokrat“ Berlin zu entziehen, es müßte denn der genaue Beweis erbracht werden, daß dafür Ersatz geleistet werde.

Klees: Er habe sich gestern deshalb der Abstimmung enthalten, weil er im vorigen Jahre für Herausgabe des Centralorgans in Berlin gewesen, jetzt habe sich die Frage indessen persönlich zugespitzt. Damals waren die Genossen allerorts für ein Centralorgan. Wenn jeder sich zur Aufgabe stellt, für den einmal gefaßten Entschluß zu wirken, so sei gar kein Grund vorhanden, durch denselben Zersplitterung zu befürchten.

Rönnecamp: Die Centralblattfrage ist eine Personenfrage. Redner will nicht die Oberleitung desselben Liebknecht überlassen nach Schweizer'scher Manier. Lassen wir Liebknecht, Bebel und Hasselmann zurücktreten und nehmen wir andere Personen.

Heyer: Vom „Neuen Social-Demokrat“ haben wir schon 11,000 Abonnenten verloren. Wir sind es der Partei schuldig, das Centralorgan so bald als möglich erscheinen zu lassen; wenn Jeder, der hier anwesend ist, dafür eintritt, so wird die Sache ihren guten Verlauf nehmen. In Schleswig-Holstein ist die Stimmung für ein Centralorgan.

Zielowsky ist dafür, daß das Centralorgan am 1. October erscheine. Es ist selbstverständlich, daß wir für den Beschluß

eintreten. Aber Redner mache darauf aufmerksam, daß die Berliner Druckerei durch Entziehung des Blattes einen Ausfall erlitte, der ersetzt werden muß. Aber wie? Es ist nichts darüber gesagt worden. Ein Ersatz muß aber unbedingt geschaffen werden. Man sagt, in Berlin sei die „Freie Presse"; wenn man aber die Druckerei zu Grunde gehen lasse, so sei auch die „Freie Presse" zum Teufel.

Winner: Man sagt zwar, daß Jeder für das Centralorgan eintreten müsse; das ist schon gut, man muß aber auch bedenken, wie die Parteigenossen über die Sache denken, und wenn dieselben auch für ein Centralorgan sind, so wollen sie doch die Sache sorgsam behandelt wissen.

Rackow: Wenn das Unternehmen von Berlin plötzlich fortgenommen wird, so müssen anderweitig wöchentlich 40 Thaler Ersatz und ein Credit von 2000 Mark beschafft werden. Wenn man praktisch handeln will, so müssen die alten Traditionen vollständig vernichtet werden. Redner sei deshalb dagegen, daß Liebknecht nnd Hasselmann in die Redaction des Centralorgons treten, und da neue Kräfte so bald nicht zu beschaffen sind, so ist Redner gegen Herausgabe des neuen Blattes am 1. October.

Kayser: Es fragt sich, ob in dem Weitererscheinen der beiden Blätter ein Uebelstand liege oder nicht; Redner hege die erstere Ansicht. — Redner ist ferner der Meinung, daß am Centralorgan unsere bedeutendsten Kräfte vertreten sein müssen, und das sind Liebknecht und Hasselmann.

Dreesbach: Was die geographische Lage betreffe, so spiele dieselbe unter allen Umständen eine Rolle, so lange nach Köpfen gestimmt wird. Dann ist dies aber überall der Fall, mag man den Congreß abhalten, wo man will. Wäre gestern erst die General-Debatte gewesen, und man in derselben über die Verhältnisse der Berliner Association aufgeklärt worden, so wäre größere Klarheit vorhanden. Redner ist für das Erscheinen des Centralorgans. Wenn es heißt, daß das Unternehmen gescheitert sei, weil Berlin nicht als Ort des Erscheinens bestimmt wurde, dann würde eine Mißstimmung in der Partei möglich sein.

Liebknecht: Frick habe ihn der Inconsequenz geziehen; die Erklärung habe er damals gegeben, weil kein Ersatzmittel vorhanden war; jetzt ist in Berlin die „Freie Presse". — Was die Angelegenheit des Most'schen Manuscripts betreffe, so habe er schon vorher im „Volksstaat" erklärt, daß eine kritische Beleuchtung der Dühring'schen Ideen gebracht werden solle, und deshalb sei der Most'sche Artikel zurückgestellt worden. Dagegen sei es nicht wahr, daß er das Manuscript zurückgehalten. — Betreffend die Leitung des „Volksstaat" habe er zu constatiren, daß keine

einzige Klage erhoben worden sei in dieser Beziehung, abgesehen von untergeordneten Punkten.

Einer der Gründe, welche Redner veranlaßt, für Leipzig zu sein, sei seine durch Aeußerungen Fritzsche's veranlaßte Ansicht, daß in Berlin nicht zu erhoffen ist, daß dort in allseitig rechnungtragender Weise die Leitung besorgt werde.

Hadlich: Es liegt im Interesse der Partei, daß das Centralorgan geschaffen werde. Beide Blätter haben Abonnenten verloren und stehen auf 6000, resp. 5500 Abonnenten. Dieselben werfen also für die Partei wenig, resp. nichts ab. Ein Centralorgan wird aber mindestens 8000 Abonnenten erreichen, und so schon bedeutende Ueberschüsse ergeben.

Most: Er habe sich aus praktischen Gründen für Berlin entschieden. Heute handelt es sich um die Frage, ob ein Centralorgan überhaupt geschaffen werden solle. Es kommt nun darauf an, wie die Parteigenossen darüber denken. Wolle man für den gefaßten Beschluß aufrichtig eintreten, so möge man heute so vielstimmig wie möglich für ein Centralorgan stimmen.

Hasselmann verwahrt sich gegen die Ansicht, man würde sich nicht dem Beschlusse fügen. Von persönlichen Fragen kann keine Rede sein, und verwahre sich Redner dagegen. Er habe es schon lange satt, Parteisclave zu sein, und wäre es ihm nur recht, wenn er von seinem Posten befreit werde. — Seinen Wählern habe Redner auf Ehrenwort versichert, während der Reichstagssession in Berlin anwesend zu sein.

Es wird beschlossen, über die Zeit des Erscheinens namentliche Abstimmung vorzunehmen.

Es wird einstimmig angenommen, daß ein Centralblatt gegründet werden soll.

Hierauf folgt namentliche Abstimmung über die Zeit des Erscheinens. Für Oktober stimmen 59, für April 26 Delegirte.

Es kommen nun zur Verhandlung die Anträge 26, 28, 32 und ein Antrag von O. Kapell: Das Centralorgan wöchentlich höchstens 2 Mal erscheinen zu lassen, und zwar zum Preise von 1 Mk. pro Quartal.

Grottkau: Lassen wir jetzt alle weiteren Redereien fahren. Die Herausgabe des Centralblattes ist nun einmal entschiedene Sache, und da können wir ja über das Weitere leicht hinwegkommen.

Fritzsche: Das Blatt muß dreimal erscheinen, zweimal ist unmöglich anzunehmen. Das Format muß auch das alte bleiben.

Es wird angenommen, daß das Blatt dreimal wöchentlich erscheine.

Weiter, daß bis 1. Januar das Format des N. Soc.=Dem

genommen werde und die weitere Bestimmung der Parteibehörde überlassen bleibe.

Es folgt sodann Berathung über den Preis des Blattes.

Rackow ist dafür, daß der Preis ein recht billiger sei, damit die Genossen in der Lage sind, es noch neben den Lokalblättern halten zu können; deshalb beantrage er, 1 Mk. 20 Pf. pro Quartal zu bestimmen.

Kuhlmann wünscht, daß der Preis den des Volksstaats nicht überschreite.

Rönnekamp ist ebenfalls für größtmöglichste Billigkeit; das Blatt soll in jede Hütte hineindringen. Redner weist auf das Organ der dänischen Socialisten hin. Ueberschüsse wollen wir bei diesem Centralblatte nicht haben.

Hasselmann: Man würde dem Unternehmen Schwierigkeit bereiten, wenn man bedeutend mit dem Preis heruntergehen wolle; ebensowenig dürfe man den Preis erhöhen. Wird die Abonnentenzahl es gestatten, so kann man ja später zu größerer Billigkeit greifen.

Stolle: Die armen Weber in Sachsen sind nicht in der Lage, viel zahlen zu können.

Bebel: Wir können nicht beschließen, eine so bedeutende Preisherabsetzung zu votiren, wo wir auf der andern Seite eine Vergrößerung planen. Redner theilt nun einmal nicht die Ansicht, daß das Centralorgan eine so hohe Abonnentenzahl erreiche, wie von einigen Rednern angegeben. — Die Genossen sind an den Preis von 1,60 gewöhnt. Wir sind nicht in der Lage, etwaige Defizite des Centralorgans decken zu können, im Gegentheil müssen wir auf Ueberschüsse für die Wahlbewegung rechnen.

A. Kapell weist an der Hand der Abrechnung darauf hin, daß allein 4500 Abonnenten nöthig seien, um nur Redaktions- und Expeditionskosten des N. Soc.-Dem. zu decken. Redner rechnet auf 10,000 Abonnenten für das neue Centralblatt.

Es erfolgt Abstimmung. Der Preis wird auf 1 Mk. 60 Pf. pro Quartal festgesetzt.

Sodann folgt Berathung über den Titel des Centralorgans.

Vorgeschlagen sind „der Socialist, Vorwärts, Zukunft, der Social-Demokrat, Proletarier, der Arbeiter".

Bracke hält es für praktisch, auf dem Titel des neuen Blattes anzudeuten, daß das Blatt die Fortsetzung der beiden alten sei.

Bebel für Socialist event. Vorwärts. Frick für Proletarier. O. Kapell ebenfalls. Eckstein für Socialist.

Klute für Proletarier, mit der Zufügung Central-Organ der socialist. Arb.-Partei Deutschlands. Oldenburg für Zukunft.

Geib für Vorwärts, Central-Organ der Social-Demokratie Deutschlands. Hasenclever für Proletarier.

Es wird zunächst bestimmt, daß der Zusatztitel: „Central-Organ der Social-Demokratie Deutschlands" lauten solle.

Als Haupttitel wird „Vorwärts" bestimmt.

Es folgt nun ein Antrag von Heerhold-Ottensen: Alle Anordnungen und Bekanntmachungen, die vom Vorstande über innere Parteiangelegenheiten erlassen werden, dürfen nur im Central-Parteiorgan veröffentlicht werden.

Hörig wünscht, die Erlasse an der Spitze des Blattes zu veröffentlichen. Dies wird angenommen.

Der Antrag Heerhold wird ebenfalls angenommen.

Folgt Antrag 34.

Klute: Die Erfurter Parteigenossen sagen sich, daß der Raum des Central-Organs zu beschränkt würde, wenn man dasselbe viel mit gewerkschaftlichen Sachen fülle.

Der Antrag 34 wird angenommen.

Mittagspause 1 Uhr. Nächste Sitzung 3 Uhr Nachmittags.

Die Schriftführer:

Derossi. Kuhlmann.

Sitzung vom 23. August, Nachmittags.

Geib eröffnet die Sitzung 3 Uhr. Schriftführer E. Breuel.

Die Präsenzliste wird verlesen.

Abgereist sind die Herren: Bennwitz, Staub, Stuhl, Daßbach, Frohme, Habermann, Stolle, Tennhardt, Demmler und Häußler.

Rödiger verliest das Protokoll der Vormittagssitzung vom vorigen Tage. Dasselbe wird genehmigt.

Wiemer verliest das Protokoll der Nachmittags-Sitzung vom 22. August. Dieses wird ebenfalls genehmigt.

Vahlteich macht den Vorschlag, die wichtigsten Punkte der noch vorliegenden Anträge vorweg zu nehmen, weil Abends 6 Uhr eine Anzahl Delegirte abreisen müßte. Dies wird acceptirt.

Punkt 1, Wahl der Redacteure für das Central-Organ, ommt zur Verhandlung.

Dreesbach schlägt vor, Liebknecht und Hasselmann nicht zu wählen.

Vorgeschlagen werden: Hasenclever, Most, Hasselmann, Liebknecht.

Hasenclever ist der Ansicht, daß es doch besser sei, wenn Liebknecht und Hasselmann gewählt würden, die beiden, angeblich

noch existirenden Strömungen in der Partei würden sich dann am ersten ergänzen und ausgleichen.

Meister: Um das Wissenschaftliche mit dem Populären zu verbinden, ist es gut, wenn die beiden Genannten zusammenarbeiten.

Strecker ist dafür, daß Hasselmann Chefredacteur werde.

Liebknecht erklärt auf Befragen, daß er die Redacteurstelle annehmen werde.

Hasselmann: Er habe seinen Wählern sein Ehrenwort gegeben, stets an den Verhandlungen des Reichstags Theil zu nehmen, er könne deshalb nicht nach Leipzig übersiedeln.

Most: Er nehme die Stelle nicht an.

Hasenclever lehnt ebenfalls ab.

Bebel begreift nicht, daß ein Mann wie Hasselmann, der im Dienste der Gesammtpartei stehe, in solcher Weise sich verpflichten könne. Er, Redner, müsse aber ferner constatiren, daß Hasselmann sein Ehrenwort schlecht gehalten habe, denn derselbe hätte sehr oft im Reichstage gefehlt.

Hasselmann: Er habe seine Kraft der Redaction des „N. Social-Demkrat", der „Berliner Freien Presse", sowie der Agitation widmen müssen und wäre es ihm deshalb nicht möglich gewesen, öfter im Reichstage anwesend zu sein. Sein Ehrenwort den Barmen-Elberfelder Wählern gegenüber sei so gewesen, daß er nach seinem Ermessen an den Arbeiten des Reichstages theilnehmen konnte.

Liebknecht: Hasselmann hat seine Stellung zur Redacteurfrage verklausulirt. Redner habe auch Verpflichtungen gegen seine Wähler und müsse auch sehr oft auf Agitation sein; es wäre ihm lieb, wenn seine Person in der Redaction des Central-Organs nicht nöthig wäre.

Hasenclever tadelt das heftige Vorgehen Bebels gegen Hasselmann.

Reimer: Hasselmann hat so viel Arbeiten gehabt und so viel agitirt, daß er mit dem besten Willen nicht öfters im Reichstage anwesend sein konnte.

Rackow: Hasselmann's Fähigkeiten zieht kein Mensch in Zweifel, aber dessen Erklärung käme ihm wunderlich vor. Er glaube nicht, daß die Wähler desselben ein solches Verlangen an ihn gestellt hätten, dazu seien dieselben viel zu vernünftig.

Hasselmann: Er könne seine Kräfte jetzt nicht zersplittern und müsse erst über diese Sache mit seinen Wählern Rücksprache nehmen.

Bebel: Er habe Hasselmann nicht vorwerfen wollen, daß derselbe seine Schuldigkeit im Reichstage nicht gethan habe, aber es scheine ihm, als wolle er sich von der Redaction des Central-

Organs drücken. Er und Liebknecht hätten auch während der Sessionen viele andere Arbeiten gehabt.

Zielowsky: So gerne er die Artikel Hasselmanns gelesen habe und noch lese, so müsse er doch gestehen, daß ihm dessen heutiges Auftreten hier durchaus nicht gefallen. Es scheint Redner, als hätte Hasselmann überhaupt keine Lust, nach Leipzig zu gehen. Möge er „Ja" oder „Nein" sagen.

Richter spricht in demselben Sinne.

Geib ersucht Hasselmann angelegentlichst, derselbe möge einfach „Ja" sagen. Der künftigen gedeihlichen Entwickelung der Partei, sowie der Herbeiführung der vollen Harmonie in der social. Arbeiterbewegung wäre damit der beste Vorschub geleistet.

Hasselmann erklärt: Nach Leipzig kann ich nicht übersiedeln, jedoch bin ich zu jeder Zeit bereit, als Mitarbeiter an der Redaktion zu fungiren, will auch gerne zugeben, daß mein Name als Redakteur vermerkt wird.

Vahlteich: Redner möchte gerne in versöhnendem Sinne sprechen. Man könne doch die ganze Redaktion auf dem Kongresse nicht wählen; überlassen wir das dem zu wählenden Central-Wahl-Comité; wir werden damit, wie jetzt die Sachen liegen, weiter kommen.

Bebel spricht in demselben Sinne.

Reimer: Wenn das Central-Organ nach Berlin hin verlegt worden wäre, so hätten wir jedenfalls nichts dagegen eingewendet, wenn Liebknecht als Redakteur in Leipzig geblieben wäre.

Fritzsche: Die ökonomischen Leitartikel kann Hasselmann in Vorrath arbeiten. Redner unterstützt den Vorschlag Vahlteich's.

Bracke ist anderer Ansicht. Es müssen die beiden Haupt-Redakteure dort sein, wo das Blatt erscheint, und müssen durch den Kongreß gewählt werden.

A. Kapell: Die ganze Frage gipfelt in der Thatsache, daß die Fraktionsunterschiede in der Partei noch vorhanden sind; um dieses zu verwischen, müssen die beiden Haupt-Redakteure zusammen arbeiten. Hasselmann kann auch nach Leipzig übersiedeln. Lehnt derselbe aber definitiv ab, so muß Hasenclever annehmen.

Liebknecht erklärt, daß er die Stelle als Redakteur nicht annehmen würde, wenn nicht beide Haupt-Redakteure in oder bei Leipzig wohnen. Würde Hasselmann in Berlin bleiben, so würde Redner der Packesel sein.

Hasselmann: Er geize nicht nach einer Redakteurstelle und verzichte jetzt definitiv.

Der Vorsitzende stellt die Frage an den Kongreß, ob derselbe es für zulässig erachte, daß einer der Haupt-Redakteure nicht in Leipzig wohne.

Diese Frage wird verneint.

Strumpen: Liebknecht hat im vorigen Jahre gesagt, er wolle Alles thun, um Hasselmann zu stürzen.

Liebknecht: Wer das gesagt hat, der hat gelogen; ich fordere Herrn Hasselmann auf, hier zu erklären, ob zwischen uns Beiden im letzten Jahre das Geringste vorgefallen ist?

Hasselmann: Unser Verkehr mit einander war stets ein sehr oberflächlicher; im Uebrigen glaube ich nicht, daß Liebknecht dieses gesagt hat. In meinen Augen ist derselbe ein Ehrenmann.

A. Kapell: Jetzt schlage ich wieder Hasenclever vor. Die Charaktere von Liebknecht und Hasenclever passen famos zusammen.

Hasenclever: Meine Zeit wird durch die Agitation, welche von mir allerorts verlangt wird, sehr in Anspruch genommen, bitte daher von meiner Person Abstand zu nehmen.

Bebel stellt den Antrag, die Besetzung der Redakteurstelle dem zu wählenden Central-Wahl-Comité zu überlassen.

Dagegen sprechen die Herren Bracke, Reinders und Hörig.

Der Antrag Bebel's wird abgelehnt.

Von Bracke werden noch vorgeschlagen: Fritzsche und Grottkau. Ferner werden vorgeschlagen: Lange und Oldenburg.

Sämmtliche vorgeschlagene Delegirte lehnen ab.

Rackow: Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die beiden früheren Richtungen in dem Central-Organ vertreten sind. Redner ersucht noch einmal Hasenclever, die Stelle anzunehmen.

Geib erklärt, daß er im Einverständniß mit Hasenclever dem Kongreß mitzutheilen habe, daß Hasenclever, falls die Wahl auf ihn fallen sollte und die Hamburger Genossen ihre Zustimmung hierzu geben würden, die Wahl annähme. (Beifall.)

A. Kapell stellt folgenden Antrag:

„Beide Redakteure werden materiell gleichgestellt."

Der Antrag wird angenommen.

Hasenclever wird mit allen gegen eine Stimme zum Redakteur des „Vorwärts" gewählt.

Liebknecht desgleichen mit allen gegen 2 Stimmen.

Damit ist die Centralblattfrage erledigt.

Otto Kapell stellt folgenden Antrag:

„Zur permanenten Leitung der socialistischen Wahl- und Partei-Agitation möge der Congreß ein ständiges Central-Wahl-Comité, — bestehend aus 5 Personen, — wählen, dessen Amtsthätigkeit sich bis zum nächsten Congreß zu erstrecken hat. Diesem Comité ist in allen Agitations- und Partei-Angelegenheiten diktatorische Gewalt zu übertragen.

„Zur Controlle der Central-Behörde ist eine Revisions-

und Beschwerde-Commission, bestehend aus 7 Personen, an dem Orte, an welchem die Commission ihren Sitz hat, zu wählen."

Zunächst wird beschlossen, den Vorort der Partei zu bestimmen. — Zu letzterem werden vorgeschlagen: Hamburg, Bremen, Frankfurt a. M.

Strecker plaidirt für Bremen.

Hamburg wird mit allen gegen 3 Stimmen gewählt.

Frick schlägt vor, daß das Central-Wahl-Comité aus 3 Personen bestehen möge.

Bebel: Die Arbeiten der betreffenden Personen werden sich nicht verringern, eher noch vermehren, und ist Redner deshalb für 5 Mann.

Frick ist dafür, daß nur ein Sekretair gewählt wird; er wolle nicht sagen, daß dieselben nicht genug Arbeit gehabt hätten, aber es sei auch möglich, daß dieses nicht der Fall gewesen sei. Mögen die Secretaire eine diesbezügliche Erklärung abgeben, so sei er zufrieden.

Hörig empfiehlt, daß nur 3 Personen gewählt werden.

Derossi. Die beiden Secretaire haben stets genügend zu thun gehabt, und würde es gewiß nicht gut angehen, wenn man jetzt in der Wahlbewegung nur einen Secretair wählen würde.

Ehrhardt ist für zwei Secretaire.

Bebel: Es gehört eine kolossale Arbeitskraft dazu, die Arbeiten der Secretaire zu verrichten. Redner habe auch schon einmal einen ähnlichen Posten bekleidet, und könne deshalb aus Erfahrung sprechen. Die Zahl 3 sei überhaupt nicht praktisch, denn unter 3 Personen könne viel leichter Mißstimmung entstehen, als unter 5; ferner klärten sich die Ansichten auch bedeutend schneller, wenn mehrere Personen beisammen säßen.

Reinders: Da Auer's Agitationskraft bei der nächsten Wahl so wie so genug in Anspruch genommen werden wird, und dadurch dem andern Secretair mehr Arbeit aufgebürdet wird, so bin ich dafür, daß wir es beim Alten lassen.

Der Antrag von O. Kapell wird angenommen.

Als Sitz der Controll-Commission werden folgende Orte vorgeschlagen: Hamburg, Bremen, Berlin, Leipzig und Barmen.

Holzhauer empfiehlt Hamburg.

Gewählt wird Bremen.

Reinders beantragt, jetzt die Gehaltsfrage vorzunehmen.

Dies wird angenommen.

A. Kapell ist dafür, daß die Gehälter der Secretaire auf 165 Mark monatlich erhöht werden.

Frick: Die stabilen Agitatoren, welche fast täglich auf der Landstraße liegen müssen, erhalten nur 135 Mark. Der Redner

könne sich aus diesem Grunde nicht für die Ansicht A. Kapell's erwärmen.

Breuel ist dafür, daß die Gehälter der Secretaire reducirt werden. Mache man einen Vergleich zwischen den Ausgaben eines stabilen Agitators und denen eines Secretairs, so müsse man finden, daß Ersterer bedeutend schlechter gestellt sei. — Redner schlägt vor, die Gehälter der Secretaire auf 120 Mark monatlich zu reduciren. Um der Gerechtigkeit zu genügen, müsse man so verfahren.

Dreesbach spricht in ähnlichem Sinne. Um beurtheilen zu können, was die beiden Beisitzer für Gehälter haben müssen, müsse man erst wissen, was dieselben überhaupt zu thun hätten.

Auer: Derossi und er hätten sich noch niemals über ihren Gehalt beklagt. Im Uebrigen hätte Redner während der Zeit, daß er Secretär gewesen sei, eben so viele Versammlungen abgehalten, wie jeder andere Agitator.

Hartmann: Die Ansicht, daß man die Partei-Beamten den intelligenten Arbeitern in materieller Beziehung gleichstellen müsse, sei nicht zutreffend. Man müsse sich bei Bestimmung der Gehälter nach der Art der Arbeitsleistung richten, also nach ihrer Qualifikation dieselben berechnen.

Der Antrag Bebel: „Die Gehälter der beiden Secretaire à Person auf 150 M. monatlich, des Kassirers auf 105 M., die der beiden Beisitzer à Person auf 45 Mark festzusetzen" wird angenommen.

Meister macht den Vorschlag, das Central-Wahl-Comité aus folgenden Personen zusammenzusetzen: Secretaire: Auer, Derossi; Kassirer: Geib; Beisitzer: Brasch und Hartmann.

Ferner werden noch vorgeschlagen: Grottkau, A. Kapell, O. Kapell, W. Frick, welche sämmtlich verzichten.

Hartmann: Redner hätte dadurch, daß er eine Stelle im Vorstande angenommen, in Hamburg sehr viel Unangenehmes gehabt. Verschiedene Leute hätten diesen Umstand benutzt, um gegen ihn zu intriguiren; er möchte daher den Kongreß ersuchen, ihn bei der Wahl nicht zu berücksichtigen.

Gewählt werden die von Meister vorgeschlagenen Personen.

Ein bejahrter Parteigenosse (Scherzer aus London) erhält jetzt das Wort zu einer Ansprache:

Es dränge ihn, auf dem Kongreß der deutschen Socialisten sich auszusprechen. Redner sei einer der ältesten Parteigenossen und könne er mit Freuden konstatiren, daß die deutsche Social-Demokratie an der Spitze der proletarischen Bewegung aller Länder marschire. In Frankreich sei viel Blut vergossen und doch

nicht viel erreicht worden. In England seien es nur Wenige, welche sich aus dem Wesen der reinen Gewerkschaftsbewegung herausarbeiten könnten, um für die einzig radikale socialistische Arbeiterbewegung einzutreten. Mögen die deutschen Socialisten so fortfahren, anderen Völkern als leuchtendes Vorbild zu dienen, dann werden Letztere schon mit der Zeit nachfolgen. Redner schließt mit den Worten Schiller's: „Seid einig, einig!" Der Kongreß nimmt diese Ansprache mit Beifall auf.

Ein Antrag Heerhold's wird nicht genügend unterstützt.

A. Kapell stellt den Antrag: Dem Central-Wahl-Comité steht die Aufsicht und eventuelle Verfügung über das Centralblatt, so wie über die anderen Parteiblätter in so weit zu, als der Kongreß nicht selbst Bestimmungen darüber getroffen hat.

Der Antrag wird angenommen.

Antrag 35 der Vorlage ist durch Annahme des Antrages von A. Kapell erledigt.

Most verliest folgende Resolutionen, welche vom Kongresse zustimmend aufgenommen werden:

I. Der Kongreß erklärt, daß die Socialisten Deutschlands dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüberstehen; daß die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirthschaftlichen Zuständen wurzelt; daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshülfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

II. Der Kongreß erklärt sich, dem social-demokratischen Programme gemäß, dafür, daß die Privat-Eisenbahnen in den Besitz des Staates übergehen, da das Privatbahnsystem ein ungerechtfertigtes Monopol schafft, vermöge dessen die Eisenbahn-Unternehmer das Publikum nach Belieben auszubeuten vermögen.

Andererseits ist der Kongreß überzeugt, daß die deutsche Reichsregierung, falls das Reich alle Eisenbahnen in Besitz bekäme, vornehmlich die Interessen des Klassen- und Militärstaates damit zu fördern und die Einnahmen zu unproduktiven Zwecken zu verwenden bestrebt sein und daß sie ein neues Uebergewicht in volksfeindlichem Sinne erlangen würde, so wie, daß durch Verwirklichung des Reichs-Eisenbahnprojekts den Börsenjobbern neue Summen vom Volkseigenthum zugespielt werden würden.

Aus diesen Gründen kann sich der Kongreß mit dem Projekte nicht befreunden.

III. Der Kongreß nimmt zu der Frage, ob Schwurgerichte, Schöffengerichte oder juristische Berufsrichter, dem social-demokratischen Programme gemäß, Stellung, indem er erklärt, daß im Klassenstaat keine Form der Gerichtsverfassung Recht und Gerechtigkeit verbürgen kann, und daß darum freie Volksgerichte, auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gebildet, zu erstreben sind.

Bracke, Frick, Fritzsche, Grillenberger, Hasselmann, Liebknecht, Most.

Es folgt nun Antrag 36 der Vorlage (Reklame-Annoncen).

Zielowsky: Schwindel-Annoncen solle man nicht aufnehmen, aber Reklame-Annoncen seien zuläßig; die Verwaltungen der Lokalblätter könnten oft nicht anders handeln.

Frick: Wenn man von Reklame-Annoncen spricht, so muß man erst feststellen, was Reklame ist. Die Redaktionen kämen oft in Verlegenheit, wenn sie zwischen Reklame und Schwindel zu unterscheiden hätten. Man möge die Entscheidung in diesen Angelegenheiten den einzelnen Blättern überlassen. Eine Art von Annoncen, die, welche der Unsittlichkeit Vorschub leisten, bekämpfe die ganze Parteipresse mit Geschick und Erfolg.

Wiemer: Der gewählte Wahl-Vorstand wird das Beaufsichtigungsrecht schon in genügender Weise handhaben. Redner beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Rackow: Eine Annonce, die nicht im redaktionellen Theile des Blattes steht, ist keine Reklame-Annonce. Man kann nicht gleich jede Annonce zurückweisen, die wie Schwindel aussieht; dies ist in der Praxis nicht durchzuführen.

Antrag Wiemer, Uebergang zur Tagesordnung, wird angenommen.

Rönnekamp fordert vom Kongreß die Erklärung, ob derselbe mit den Ausführungen Rackow's einverstanden sei.

Geib antwortet, die Sache sei erledigt.

Jetzt kommt Antrag 37 der Vorlage zur Verhandlung.

Reinders beantragt: Uebergang zur Tagesordnung und motivirt derselbe seinen Antrag.

Konstatirt wird, daß Antrag 37 der Vorlage durch den Antrag Fritzsche (siehe Montagssitzung) erledigt ist.

Punkt 38 der Vorlage (Hamburger Antrag) kommt zur Verhandlung.

Auer: Es ist der Antrag etwas eigenthümlich, aber ich ersuche Sie, denselben anzunehmen. Der Beschluß vom vorjährigen Congresse, der das künftige Hamburger Volksblatt für Eigenthum der Partei erklärte, hat uns viele Arbeit verursacht. Möge man

den Hamburgern ihr Blatt selbst überlassen. Redner ist der Ansicht, daß dieselben ihr Blatt stets so halten würden, wie dieses für die Partei am ersprießlichsten sei, auch würde man durch Annahme des Antrages vielen Nörgeleien in Hamburg vorbeugen.

Frick: Man sehe an Hamburg recht deutlich, wohin es führe, wenn man die Centralisation an einem Punkte habe fallen lassen, indeß wie die Sachen heute liegen, könne man nicht umhin, den Antrag anzunehmen.

Hörig: Auer hat die Sache recht ungeheuerlich hingestellt. Auer hat sich in Hamburg durch rücksichtsloses Auftreten viele Gegner geschaffen. Die hier nicht anwesenden Nörgeler habe Redner in Schutz zu nehmen. Die Herren vom Vorstand könnten nur keine Opposition vertragen. Wenn die intelligenten über weniger gebildete einfache Arbeiter herziehen und dieselben grob behandeln, so wundere man sich nicht, wenn ein wenig genörgelt wird.

Hasselmann: Die Centralisation wird durch Annahme des Hamburger Antrages gänzlich zerstört. Entreiße man der Partei nicht das einzige Blatt, welches noch gute Geschäfte macht. Den Nörgelern zur Liebe soll man nicht dem Organisationsbruch den Segen geben. Redner empfiehlt Ablehnung des Antrages.

Hartmann: Die Sache ist jetzt nur noch eine pure Formfrage. Wer auf das Hamburger Blatt abonnirt, der thut der Partei denselben Dienst, als wenn er auf den Neuen Social-Demokrat u. a. abonnirt. Die Angaben Auers sind Wort für Wort wahr. In Hamburg hat man dem Vorstande das größte Mißtrauen in dieser Frage entgegengetragen. Die Verläumdungen wider die Vorstandsmitglieder sind unerhört gewesen. Man ist in Hamburg über den Beschluß des Congresses zur Tagesordnung übergegangen. Ueberlassen Sie das Blatt den Hamburger Genossen, Sie werden damit einer unerquicklichen Opposition den Boden entziehen.

Reimer: Es handelt sich nach den Ausführungen der Redner darum, den lieben Frieden herzustellen. Dieses hält Redner nicht für maßgebend. Es könnten z. B. die Hamburger Genossen sich verleiten lassen, den Ueberschuß des Blattes zu Herbergs-Gründungen herzugeben. Nehme man den Antrag nicht an.

Bracke hält es für selbstverständlich, daß der Antrag angenommen wird. Der Wahl-Vorstand könne leicht mit der Behörde in Konflikt gerathen, falls derselbe Eigenthumsrecht an das Blatt erwerben werde. Die Hamburger Genossen seien gewiß brav genug, um ihre Stellung nicht zu mißbrauchen.

Der Antrag wird angenommen.

Die Anträge 40 und 41 der Vorlage finden nicht genügende Unterstützung.

Strumpen stellt folgenden Antrag:

Die Herausgeber der Parteiblätter sind verpflichtet, dem Central-Wahl-Comité, sowie der Kontrol-Kommission Frei-Exemplare zuzuschicken, um dieselben genügend kontroliren zu können.

Dies wird angenommen.

Antrag 42 der Vorlage kommt zur Debatte.

Klute motivirt kurz den Antrag.

Derselbe wird angenommen.

Die Anträge 43 und 45 der Vorlage finden nicht genügende Unterstützung.

Es kommen zur Verhandlung die Anträge I. und II. von Dr. Dulk.

I. Ernennung einer Schriften-Kommission aus 3 Mitgliedern: a) zur Aufstellung socialistischer Preisfragen, welche in kleinen volksthümlichen Spezialschriften behandelt werden sollen;

b) zur Beurtheilung der einlaufenden Preisschriften, Abgabe dieser Beurtheilung an das Central-Wahlcomité, event. Prämiirung und Drucklegung der Schriften.

II. Gründung einer socialistischen Universität unter dem Namen „Genossenschule" zu Leipzig.

Zu Antrag I. der Antragsteller:

Dulk: Die Broschüren beschäftigen sich sehr unregelmäßig mit den Hauptpunkten unseres Programms. Eine Prämiirung der besten Arbeiten sei empfehlenswerth. Man wähle eine Kommission, welche die Leitung und Beaufsichtigung unserer literarischen Arbeiten übernimmt.

Molkenbuhr ist für den Antrag und betont, daß die Kommission auch die Preise der Broschüren bestimmen müsse; dieselben seien jetzt oftmals willkürlich bedeutend erhöht.

Antrag I. wird abgelehnt.

Zu Antrag II. erläutert

Dulk: Ich beantrage: Gründung einer Genossenschule in Leipzig. Die Ablehnung meines ersten Antrages läßt mir freilich wenig Hoffnung für den zweiten, jedoch bitte ich Sie, sich die Sache noch einmal gründlich zu überlegen. Die Gründung der Schule ist mit sehr wenigen Mitteln zu erzielen. Die Leitung möge man einer von den Schülern gewählten Genossenschul-Kommission übertragen. Der Kommission überlasse man die Aufnahme der Schüler, so wie die Erledigung aller anderen Verwaltungsfragen. Gehen Sie auf meinen Vorschlag ein, Sie werden eine große Anzahl tüchtiger, intelligenter Agitatoren heranbilden.

Bebel ist gegen den Antrag, aus dem Grunde, weil uns die nöthigen Mittel zur Verwirklichung desselben jetzt noch fehlen.

Reimer beantragt: Der Kongreß geht über den Antrag zur Tagesordnung über, in Anbetracht dessen, daß die Mittel zur Ausführung desselben fehlen.

Antrag Reimer wird angenommen.

Richter stellt folgenden Antrag:

Die Lokalblätter dürfen ihre Berichte über gerichtliche Verhandlungen am Orte keiner uns feindlich entgegenstehenden Zeitung entnehmen.

Richter motivirt seinen Antrag und führt an, daß er selbst es bemerkt habe, wie das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" in Sachen der Gerichtsverhandlungen oft schlecht unterrichtet sei. Den Bericht über eine Affaire, in welcher Redner selbst engagirt war und welche sich schließlich vor dem Altonaer Strafgericht abspielte, hätte die Hamburgische Bordell-Zeitung besser gebracht, als unser Partei-Organ.

Hörig: Ihn, als Reporter, könne keine Schuld treffen. Für Altona seien besondere Berichterstatter angestellt. Im Uebrigen sei die Sache auch nicht ganz so, wie Richter sie dargestellt habe.

Schluß der Debatte wird angenommen.

Eingezeichnet sind noch: Hartmann, Rönnekamp, Richter.

Antrag Richter wird angenommen.

Ein von Reinders und Genossen unterzeichneter Antrag, betreffend die Kalenderfrage, wird eingereicht und kommt sofort zur Debatte. Derselbe lautet:

Der Kongreß möge beschließen, den Socialisten Deutschlands anzuempfehlen, keine anderen Kalender herauszugeben, als den vom Central-Wohl-Comitee. Motive: Die ganze socialistische Partei Deutschlands wird dadurch geschädigt, wenn aus Geschäftsinteresse von einzelnen oder mehreren Personen socialistische Kalender herausgegeben werden und dadurch dem gemeinsamen Unternehmen Konkurrenz gemacht wird.

Reinders: Der von Bracke herausgegebene Kalender macht dem Partei-Kalender (Armer Conrad) die größte Konkurrenz. Wenn der Vorstand den Genossen in Barmen dafür, daß sie einen Kalender herausgeben, einen Verweis gab, so hätte auch dem Herrn Bracke ein solcher gegeben werden müssen. Die Ueberschüsse, welche aus dem Verkauf des „Armen Conrad" erzielt werden, kommen der Agitation zu Gute, was bei dem Bracke'schen Kalender nicht der Fall ist.

Klute: Mit dem Verkauf der verschiedenen Kalender geht es uns gerade so, wie bei dem Empfehlen der vielen Partei-Zeitungen. Der einfache Arbeiter kann bald nicht mehr herausfinden, was er eigentlich kaufen und lesen soll. Möge man dem Herrn Bracke entgegentreten.

Richter: Schon in Wandsbeck habe ich mir vorgenommen, über den armen und reichen Conrad auf dem Kongreß zu sprechen. Im Großen und Ganzen habe ich meine Ansichten über diese Sache etwas gemildert. Was am meisten zu verwundern, ist, daß der Bracke'sche Kalender immer 4 Wochen früher annoncirt wird, als der Partei-Kalender. „Der arme Conrad" kommt immer erst später nachgehinkt. Die Parteileitung möge sich wenigstens mit dem Herrn Bracke in Verbindung setzen, damit dieses nicht wieder vorkommt. Jedenfalls aber ist Herr Bracke ein besserer Geschäftsmann, als unser Partei-Vorstand.

Geib: Im vorigen Jahre war die Herstellung des „Armen Conrad" wegen technischer Hindernisse nicht eher möglich. Der Vorstand ist in diesem Jahre rechtzeitig auf dem Platze gewesen; auch Redner könne nicht begreifen, warum Bracke in diesem Jahre so früh angefangen. In diesem Falle hat Richter Recht. Der Vorstand muß es versuchen, mit Bracke ein entsprechendes Uebereinkommen zu treffen. — Die Barmer Genossen haben den Vorstand hintergangen, indem sie nicht einmal Anzeige bei demselben von ihrem Vorhaben machten. Aus dieser Ursache ist der Vorstand ihrem Unternehmen entgegengetreten.

Winner: Eigentlich müßten allerorts Kalender herausgegeben werden; wird dieses aber nicht gestattet und erhalten einzelne Genossen darum, daß sie einen Kalender herausgeben, einen Verweis vom Vorstande, so müsse man die Herausgabe Jedem verbieten.

Bracke: Redner käme es sehr erwünscht, daß er hier auf dem Kongresse einmal diese Angelegenheit besprechen könne. Der von ihm herausgegebene Kalender mache dem „Armen Conrad" wenig Konkurrenz. Die Colporteure hätten stets von ihm die Anweisung erhalten, dort, wo der „Arme Conrad" gekauft würde, seinen Kalender nicht feilzubieten. Ueber die finanzielle Lage seines Kalenders bemerke er Folgendes: Im Jahre 1874 hätte derselbe ein Defizit von nahe an 600 Mark gemacht. 1875 hätte die Einnahme die Ausgaben gedeckt und dieses Jahr hoffe er auf einen kleinen Ueberschuß, welcher dann dem „Braunschweiger Volksfreund" zu Gute kommen solle. Er (Redner) wolle an dem Unternehmen keinen Groschen verdienen. Fasse der Kongreß den Beschluß, daß sein Kalender aufhören solle, zu erscheinen, so würde er sofort diesem Beschlusse nachkommen.

Lange: Auch die Genossen im Wupperthal haben einen Kalender herausgegeben, und kann man denselben ganz gewiß nicht vorwerfen, daß sie dieses nicht im Interesse der Partei gethan. Die betreffende Notiz, welche von Seiten des Vorstandes in dem offiziellen Partei-Organe veröffentlicht wurde, war eine Beleidigung der Wupperthaler Arbeiter.

Hasselmann: Geib's Ausdruck über die Handlungsweise der Barmer Genossen ist zu scharf und ungerechtfertigt. Redner müsse dieselben in dieser Sache in Schutz nehmen. — Hier gelte auch das alte Sprüchwort, welches von den großen und kleinen Dieben spricht. — Die Barmer Genossen haben in dem guten Glauben gehandelt, daß ihr Vorgehen ein korrektes sei. — Der Barmer Kalender macht dem Partei-Kalender keine Concurrenz. Möge der Vorstand den Barmer Genossen über seine Handlungsweise genügende Aufklärung geben.

Frick: Wenn man Annoncen, welche das Erscheinen von derartigen Concurrenz-Unternehmungen verkünden, Seitens der Verwaltung der Lokalblätter zurückweist, so hat man damit der Concurrenz die Spitze abgebrochen. — Die Auseinandersetzungen Bracke's hätten Redner im Uebrigen sehr befriedigt.

Bebel: Redner hebt hervor, daß der Bracke'sche Kalender in Kreise dringe, wo hinein unser Partei-Kalender nicht komme; dieser würde uns deshalb wenig schaden, aber sehr viel nutzen. Derselbe sei ein vorzüglicher Bauern-Kalender. — In der Partei trage man sich noch häufig mit der verkehrten Ansicht herum, daß Alles von einem Centralpunkt aus in Scene gesetzt werden könne. Diese Ansicht ist mit der Zeit immer weniger zu verwirklichen.

Der Antrag von Reinders und Genossen wird angenommen.

Ein Antrag von Meister, „alle Drucksachen, welche für Rechnung des Central-Wahl-Comité's angefertigt werden müssen, sind in der Berliner Associations-Buchdruckerei zu drucken, indem hierdurch ein Gleichgewicht gegenüber der Leipziger Druckerei hergestellt wird", wird ebenfalls angenommen.

Es folgt sodann Bestimmung der Gehälter für die beiden Redakteure des Central-Organs.

Auer: Der Congreß hat schon bei einer andern Gelegenheit bestimmt, daß beide Redakteure einen gleichmäßigen Gehalt erhalten sollen, er beantrage demgemäß, einem Jeden 65 Thlr. pro Monat zu bezahlen.

Holzhauer will auch, daß gleiche Gehälter bezahlt werden.

Breuel ist ebenfalls für gleichmäßige Bezahlung, befürchtet aber, daß Liebknecht damit nicht zufrieden ist, da derselbe bisher jährlich 1000 Thlr. bezog.

Der Vorsitzende erklärt Namens Liebknecht's, daß derselbe mit 65 Thlr. zufrieden sei.

Hasselmann ist der Ansicht, daß es nicht recht wäre, wenn man Liebknecht geringer stellen wollte, als früher.

Grottkau will erst wissen, ob beide Redakteure bei diesem Gehalte auch die „Neue Welt" redigiren müssen.

Liebknecht erklärt, daß er nicht mehr Gehalt will (excl. der

„Neuen Welt"), und auch keine größeren Ansprüche mache, als die proponirten.

Grottkau erklärt nun, daß er für ein höheres Gehalt gestimmt hätte, wenn auch die Redaktion der „Neuen Welt" darunter einbegriffen gewesen wäre.

Bebel erklärt, daß in dem bisherigen Gehalt Liebknecht's von 1000 Thlr. auch die Arbeit für die „Neue Welt" mit einbegriffen war. Wenn aber nun von einer Seite gesagt wurde: „Proletarier können nur Proletarier-Gehalte bezahlen", so betone ich, daß dieser Gehalt für die hierfür geleistete Arbeit in der That nur ein Proletarier-Gehalt ist, im Vergleich mit den von der Bourgeoisie für ähnliche Leistungen bezahlten Gehältern.

Hartmann bemerkt, daß es Unrecht wäre, wenn man eine größere geistige Arbeit nicht höher anschlagen wollte, als eine gewöhnliche.

Reinders glaubt, daß auch das Gehalt für die Redaktion der „Neuen Welt" festgestellt werden sollte.

Grottkau spricht aus, daß wir unsere Beamten anständig bezahlen müssen.

Beschlossen wird 65 Thlr. pro Monat für jeden der beiden Redakteure des Central-Organs auszusetzen.

Hierauf wird zur Angelegenheit Richter's übergegangen.

Richter: Ich will kurz und sachlich sein. Es hat vielleicht den Anschein gehabt, als ob ich ein Gegner der Vereinigung sei. Ich habe mich bemüht, die 1869 eingetretene Spaltung zu beseitigen, und schon in einer Vorstands-Sitzung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins zu Hannover für die Vereinigung gewirkt, auch Geib davon in Kenntniß gesetzt. — Doch wurde der betreffende Antrag verworfen. — Es kamen dann die Ereignisse des Jahres 1870 und 1871, und machte ich dann wiederum die Einigungsversuche bei Liebknecht und Fritzsche. Später unternahm ich mit Winter eine Agitationsreise in Westfalen und wirkte auf die Vereinigung hin. Hasenclever wurde 1874 u. A. von mir veranlaßt, daß im „N. Social-Demokrat" die Reden der Reichstags-Abgeordneten beider Richtungen unverändert Aufnahme finden sollten. Später kam ich zur Erkenntniß, daß denn doch prinzipielle Unterschiede vorhanden sind, so zwischen dem allgemeinen direkten Wahlrecht und der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Von Seiten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins galt früher die Losung: „Durch Einheit zur Freiheit", und wurde das Nationalitätsprinzip befürwortet. Deshalb glaubte ich, daß der Einigung mit den „Eisenachern" doch prinzipielle Hindernisse im Wege lägen. Da ich aber die Einigung für wünschenswerth und nothwendig hielt, war es mir sehr unlieb, daß ich dem vorjährigen Einigungs-Congreß nicht beiwohnen konnte, hätte auch gewünscht,

daß die Bräuer'sche Fraktion dort zugelassen worden wäre. Bei einer Volks-Versammlung in Wandsbeck, in welcher ich über die agitatorische und literarische Thätigkeit Schweitzer's sprach, wurde ich von Hartmann in heftiger Weise angegriffen. — Bei einer gleichen Versammlung in Berlin erklärte ich, daß ich die Hoffnung noch nicht aufgäbe, daß eine Einigung mit den Anhängern Bräuer's zu Stande käme. Ich wurde dann zum Vorstande geladen, konnte mich aber nicht mit ihm verständigen. Eine zweite Sitzung sollte stattfinden; ich traf aber nur Derossi, da die Zeugen am Kommen verhindert waren, bekam wiederholte Einladung, konnte dann jedoch nicht erscheinen. Ich will aber erklären, daß ich der Einigung kein Hinderniß in den Weg gelegt habe, und gebe die Versicherung, daß ich im Ganzen und Großen, abgesehen von einzelnen Abweichungen, mit den Prinzipien der Partei einverstanden bin.

Es wird der Antrag eingebracht, daß Richter, wenn er das Programm der socialistischen Arbeiterpartei anerkennt, vom Congreß als wieder zur Partei gehörig betrachtet wird.

Auer: Ich bedaure, daß Richter nicht damals so maßvoll gesprochen hat, wie auf dem heutigen Congreß. — Zwischen mir und Richter ist das Tischtuch entzweigeschnitten.

Zur Charakterisirung des Verhältnisses zwischen dem Vorstande und Richter verliest Auer folgenden Brief des Vorstandes an Daßbach in Hanau:

Hamburg, den 29. April 1876.

Werther Parteigenosse!

Vor Allem muß ein Irrthum, der sich bei Ihnen eingeschlichen hat, beseitigt werden. Sie meinen nämlich, daß der Ausschluß Richter's nur erfolgt sei, weil derselbe sich mit der Parteileitung überworfen hat; diese Auffassung ist nun durchweg falsch und will ich Ihnen dies kurz beweisen.

Richter hat zwar, das ist richtig, gegen die Einrichtung des Vorstandes Opposition gemacht und war es besonders der Posten des ersten Vorsitzenden, den er für überflüssig erklärte. Außerdem wußte Richter auch sonst noch Manches auf den Vorstand zu raisonniren, indeß berührte uns dies sehr wenig. Wir alle kennen Richter schon seit Jahren und wissen sowohl seine Vorzüge wie Schattenseiten zu würdigen, und kümmerten uns deshalb thatsächlich nicht um ihn.

Richter indeß dachte anders. Seit Jahren schon ist, wie Sie dies ja auch wissen müssen, gegen Richter, im Arbeiter-Verein sowohl, als wie bei den alten Eisenachern, eine starke Strömung gewesen. Richter war vielen Genosse direkt verhaßt. Dieser Haß nun, der eben schon von früher her datirte, machte sich in verschiedener Weise Luft. Sie wissen, daß auf dem Kon-

greß in Gotha ein Theil der Delegirten in Lachen ausbrach, als Richter zum 2. Vorsitzenden vorgeschlagen wurde. Daß dies Vorkommniß unangenehm für Richter war, unterliegt keinem Zweifel, aber Schuld daran waren doch wir im Vorstande gewiß nicht. In Gotha wurde ferner zwischen Meister und Fritzsche auch die Frage wegen der Kandidatur in Hannover abgekartet, noch bevor die Partei konstituirt war. Das war für Richter ebenfalls unangenehm, aber wir konnten doch nicht dazu, daß Richter in Hannover Feinde hatte, welche seine Wiederaufstellung hintertrieben! Die Hannover'schen Genossen traten an den neuen Parteivorstand nicht mit der Frage heran: wen sollen wir aufstellen, Fritzsche oder Richter? sondern sie kamen mit der vollendeten Thatsache zu uns und die war, daß sie Fritzsche als ihren Kandidaten erklärten und von der Partei Unterstützung verlangten.

Alle diese Dinge nun, welche sich sehr einfach erklärten, wenn Richter nur die Sachen und Vorkommnisse nüchtern betrachten wollte, schob er auf Conto von Intriguen, welche von dem Vorstand eingefädelt seien. Nun begann auch die Opposition gegen den Vorstand und gegen die Partei überhaupt. Das erste war, daß er in Hamburg einen gestellten Antrag aufnahm, wonach in Volksversammlungen nur Lassalle'sche Broschüren verkauft werden sollten. Bei der Motivirung dieses Antrages erging er sich in den gemeinsten Zoten gegen Parteigenossen der alten Eisenacher Fraktion, so gegen Geib, Bracke, Vahlteich, Liebknecht und Becker. Bei dieser Gelegenheit erklärte er auch: die „Eisenacher" hätten die Führer des Arbeitervereins gekauft und sich dadurch in den Besitz der „Milchkuh", (Arbeiterverein) gesetzt. Bei dieser Gelegenheit und später unausgesetzt suchte er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die alte Kluft zwischen den kaum geeinigten Gruppen dadurch wieder aufzureißen, daß er stets die Mitglieder des Arbeitervereins als die Uebertölpelten, Verkauften und Verrathenen hinstellte und dieselben aufforderte, sich zu sammeln, um zum nächsten Kongreß die alte Lassalle'sche Organisation wieder herzustellen und den „Verrath von Gotha" wieder gut zu machen.

Eine solche Agitation, ausgehend von einem befähigten Redner und unter Socialisten, wo man in eifersüchtigster Weise daran fest hielt, daß nichts von den Lassalle'schen Anschauungen verloren gehe, war im höchsten Grade für die noch junge Partei gefährlich und war es deshalb unsere heilige Pflicht, daß wir die Sache zu ordnen suchten.

Wir luden in Folge dessen Richter ein, um mit ihm uns auseinanderzusetzen. Er kam, wir stellten ihm die Sache vor, wie sie lag, erzählten ihm den Vorgang in Hannover, erklärten ihm, daß wir nicht das Geringste gegen seine Kandidatur in

Hanau und eventuell im 6. holstein'schen Wahlkreis haben, nur verlangten wir, daß er seine Opposition gegen die Partei aufgebe und sich damit begnüge, daß er seine eventuellen Klagen oder Abänderungsvorschläge in Bezug auf Programm uud Organisation vor den nächsten Congreß bringe. Richter versprach, dem nachzukommen und sich der Organisation zu fügen. Anstatt aber Wort zu halten, ging er nach Altona und hielt dort in den von der Opposition (Kamigann und Cons.) einberufenen Versammlungen Vorträge, in welchen es lustig über die Partei herging und wo er bei Gelegenheit die Parole ausgab: „Nur auf **dem Leichnam** der in Gotha gegründeten Partei sei ein Wiedererstehen der socialistischen Propaganda im Sinne Lassalle's möglich", und wo er weiter die Ausführung that, daß „das in Gotha geschaffene Programm jeder Fortschrittler unterschreiben könne", und daß, „wenn es in dem Sinne in der socialistischen Partei fortgehe, im nächsten Jahre diese Partei hinter dem Sedanfestzuge herlaufe". Durch diese Aeußerungen und diese Agitation, welche keinen andern Zweck hatten, als die Partei in Altona, wo wir in Folge der Polizeischwierigkeiten keine Organisation haben können, zu ruiniren, zu zerklüften und so den Wahlkreis zu verderben, hatte sich Richter außer der Partei und in direkten Gegensatz zu ihr gestellt.

Hätten wir da nicht gehandelt, so hätten wir einen Verrath an der Partei begangen; der Wahlkreis Altona war verloren. Die Altonaer Genossen in ihrer erdrückenden Majorität erklärten, daß, wenn nicht Ruhe geschaffen werde, indem man Richter und Kamigann beseitige, sie keine Steuern mehr bezahlen würden, und thatsächlich waren wir in Altona soweit, daß die Versammlungen fast nicht mehr besucht wurden und sonach Alles auf dem Spiele stand. Da entschloß sich der Vorstand, nachdem wir mit hervorragenden hiesigen und Altonaer Genossen, u. A. mit Hasenclever, uns noch berathschlagten, den Ausschluß der vier Rädelsführer zu proklamiren und von dieser Zeit an ist Ruhe. Altona nimmt wieder seine alte Stellung in der Partei ein, die Opposition ist jetzt glücklich dort, wo sie von Anfang an hingehörte — bei den Bräuer'schen, und Richters Einfluß ist gebrochen.

So stehen die Dinge. Persönlich hatten wir gegen Richter nichts; daß er uns in der unerhörtesten Weise beschimpfte und die gemeinsten Motive unterschob, ließ uns kalt. Richter kann uns nicht beleidigen. Was wir thaten, mußten wir im Interesse der Partei thun, und wir würden dasselbe wiederholen, wenn es heute nothwendig gemacht würde durch einen ähnlichen Fall. Von einer Versöhnung zwischen dem Vorstand und Richter kann also nicht die Rede sein. Richter muß sich, will er den

Ausschluß rückgängig machen, mit der Partei aussöhnen. Er muß widerrufen, daß die Partei nur durch Verrath zu Stande kam; er muß widerrufen, daß er die Partei zum „Leichnam“ machen will; er muß dem Programm die ihm gebührende Ehre erweisen und dasselbe als ein socialistisches anerkennen; er muß die Parteiehre respektiren und seine Aeußerung wegen des „Hinterherlaufens am Sedanfestzuge“ zurücknehmen. Erklärt sich Richter zu diesem bereit, nun, dann kann die Partei ihn aufnehmen, thut er dies nicht, dann hält er sich von selbst fern. Die Parteiehre steht uns höher als Richter, höher als Alles. Diese zu wahren, ist heiligste Pflicht des Vorstandes und wir sind überzeugt, daß wir sie Richter gegenüber so gut wie gegen jeden anderen Angriff gewahrt haben. Wären Sie Vorstandsmitglied gewesen, Sie hätten nicht anders handeln können, wie wir gehandelt haben. Seien Sie versichert, daß im Vorstand Männer sitzen, welche durch ihre jahrelange Thätigkeit in der Partei es zu würdigen wissen, was es heißt, zwei, jahrelang so verfeindete Gruppen, wie dies die beiden socialistischen Fraktionen waren, zu vereinigen.

Wir haben jede Eigenthümlichkeit geschont und jedem auch nur halbwegs berechtigten Wunsch Rechnung getragen; wir haben Personen und Sachen mit Nachsicht behandelt. Diese Frage aber wurde von Richter so auf die Spitze getrieben, daß nur ein Kaiserschnitt uns von unabsehbar schlimmen Folgen retten konnte.

Ich habe Ihnen nun den Standpunkt des Parteivorstandes dargelegt und hoffe, daß Sie nun zu der Ueberzeugung kommen, daß der Streit nicht zwischen Vorstand und Richter, sondern zwischen Partei und Richter zu suchen ist. Setzt sich Richter mit der Partei auseinander, so liegen ihm unsererseits keine Hindernisse im Wege. Was freilich der Einzelne von uns thun wird, ist eine andere Frage, aber als Vorstand stellen wir keine Hindernisse in den Weg, wenn Richter seine, die Partei beleidigenden Aeußerungen widerruft.

Daß Prinz noch nicht bei Ihnen war, wundert uns, er hatte versprochen, so bald als möglich Ihnen Mittheilung zukommen zu lassen.

Mit Gruß und Hand

Ihr

J. Auer.

— — Dies habe Redner geschrieben vor einer Reihe von Monaten, und steht das hier Geschilderte noch weit hinter der Wirklichkeit zurück, er könne daher nicht glauben, daß die heutigen Versicherungen Richter's, daß er die Partei nicht geschädigt, und deren Prinzipien nicht verleugnet habe, aufrichtig gemeinte sind. Redner halte dafür, daß Richter nach wie vor die Prinzipien der

Partei verleugnet, oder wenn er seine Handlungen nicht als Prinzipienverleugnung gelten lassen will, überhaupt keinen Begriff von Prinzipientreue habe.

O. Kapell beantragt, Richter als Parteigenossen anzuerkennen, da es im Interesse der Einigkeit liege, Personen, welche gefehlt haben, nach gewisser Zeit Amnestie zu ertheilen.

Meister konstatirt, daß Richter ihm (Meister) und anderen Genossen gegenüber seinerzeit erklärt habe, sich in Hannover nicht als Candidat aufstellen zu lassen, Richter auch in Hannover durch sein Verhalten jedes Vertrauen verscherzt habe.

Bebel: Ich war zur Zeit des Conflikts zwischen Richter und dem Vorstande Vorsitzender der Controll-Commission, und wurde uns (der Controll-Commission) eine Rechnung vorgelegt, wonach für Wahlkosten für Richter 100 Thlr. verlangt wurden. Die Controll-Commission hat diese Rechnung nicht anerkannt. — Ferner hat die Controll-Commission keine Veranlassung gehabt, da Richter selbst sich nicht gegen den Vorstand beschwert hat, ein Urtheil in der Sache abzugeben.

Richter: Wenn Jemand in meinem Namen 100 Thlr. verlangt hat, so war dies mindestens eine Fälschung; Redner erzählt dann, daß es nur 40 Thlr. waren, die er für Umzugskosten erhalten hatte.

Meister erklärt, daß Richter 100 Thlr. von der Mitgliedschaft erhalten, aber bis jetzt nicht wieder bezahlt habe.

Der Antrag Kapell's wird mit 32 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Auf Wunsch mehrerer Congreßmitglieder wird unter Zustimmung der Majorität des Congresses Richter nochmals vom Vorsitzenden aufgefordert, eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, ob er (Richter) das Programm der socialistischen Arbeiterpartei nach außen anerkennen und vertreten wolle.

Richter erklärt, daß er nicht agitiren werde, das Programm der socialistischen Arbeiterpartei für das weitgehendste halte, und für einen Kandidaten, der dies Programm vertrete, seine Stimme abgeben werde.

Der Vorsitzende verlangt nun eine bestimmte Antwort von Richter, da diese Antwort nicht genüge. Er präcisirt nochmals die Frage dahin, ob Richter sich auf den Boden des Programms stelle, d. h. es nach außen vertrete, Reformen vorbehaltend.

Richter bleibt bei seiner abgegebenen Erklärung stehen.

Hierauf beschließt der Congreß mit allen gegen 7 Stimmen, daß er die Erklärung Richter's nicht für genügend erachte, Richter daher als Parteigenosse nicht zu betrachten sei.

Hasenclever übernimmt den Vorsitz.

Winner stellt an den Congreß das Ersuchen um Wiederaufnahme Wirths.

Strecker: Die Gründe der Ausschließung waren die Schädigung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins; Redner ist gegen eine Wiederaufnahme.

Dreesbach: Redner befindet sich auf ganz falschen Wegen; wir sind hier nicht als Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein oder „Socialistische Arbeiterpartei" beisammen, können deshalb in dieser Angelegenheit keinen Beschluß fassen.

Bebel beantragt, diese ganze Angelegenheit dem Central-Wahl-Comité zu überlassen.

Dies wird angenommen.

Zur Verlesung kommt ein Antrag der Parteigenossen zu Mühlheim a. d. Ruhr, auf Wiederaufnahme Trieburg's gerichtet; derselbe findet keine Unterstützung.

Ein Antrag Schubert's, die Agitation im 22. sächsischen Wahlkreis betreffend, wird dem Central-Wahl-Comité überwiesen.

Zur Verhandlung kommt alsdann ferner die Feststellung der Diäten für die Reichstags-Mitglieder der Partei.

Geib verliest die Diätensätze, welche die socialistischen Abgeordneten bisher bezogen haben. Der Congreß möge entscheiden, ob in Zukunft diese Sätze beibehalten werden sollen.

Hartmann wünscht, daß Seitens des Congresses ein präziser Beschluß gefaßt werde, damit die Central-Wahlbehörde wisse, wie sie zu handeln habe.

Dreesbach hält die bisherige Zahlung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten für unrichtig; wenn die besoldeten Beamten für jeden Tag, den sie im Reichstag zubringen, 6 Mark erhalten, so stehen sich dieselben jedenfalls besser, als die Nichtbeamten, die pro Tag mit 9 Mark dotirt sind. — Redner beantragt, daß in Zukunft ein einheitlicher Satz festgestellt, etwa 9 oder 12 Mark, und daß dann den besoldeten Beamten das an ihrem Gehalt Fehlende zugelegt werde.

Breuel: Die bisherigen Diäten-Zahlungs-Sätze haben in Hamburg viel Staub aufgewirbelt. Redner meint, daß diejenigen Abgeordneten, die Beamte der Partei sind, keiner besonderen Entschädigung bedürfen. Redner stellt den Antrag:

„Die in Berlin wohnenden Parteibeamten erhalten für ihre Bemühungen im Reichstage keine Entschädigung. — Die Parteibeamten von auswärts erhalten 3 M. Diäten."

Rönnekamp: Den Staub, der in Hamburg bezüglich der Redakteur-Gehälter aufgewirbelt, haben hauptsächlich diejenigen Herren geschürt, die sich zu den intellektuell fortgeschrittenen Elementen zählen, die da behaupteten, unsere Redakteure könnten anderswo 3- bis 4000 Thlr. verdienen, was ich bezweifle; ich

glaube, daß, wenn sie dem Grundsatz huldigen, lieber einem dürftigen Manne das Feld bestellen, als einen Deut gegen ihre Ueberzeugung schreiben, es ihnen dann geht wie Feuerbach.

Reinders stellt den Antrag:

„Jeder socialistische Reichstags-Abgeordnete erhält an Diäten, unter Einrechnung des ihm von der Partei zu zahlenden Gehalts, täglich 9 Mark, falls er in Berlin, und 12 Mark, falls er in einem andern Orte wohnt."

Geib, Auer, Derossi und Genossen stellen folgenden Antrag:

„Jeder Abgeordnete erhält an Diäten, falls er als besoldeter Parteibeamter mit mindestens 100 Mark Gehalt monatlich angestellt ist, täglich 6 Mark, sofern er jedoch in Berlin wohnhaft ist, 3 Mark; jeder Abgeordnete, welcher kein besoldeter Parteibeamter ist, erhält täglich 9 Mark Diäten."

Fritzsche: Es wäre eine Benachtheiligung, wenn man den in Berlin wohnenden Abgeordneten, welche in Parteidiensten stehen, keine Diäten zahlen wollte; vornehmlich würde das die Verheiratheten schwer treffen; dieselben müssen außer dem Hause essen, da die Sitzungen von Morgens 10 bis 5 Uhr Nachmittags dauern, in der Haushaltung müssen solche Abgeordnete aber deshalb doch die gleiche Summe Wirtschaftsgeld gebrauchen. Wenn auch nicht 3 Mark bewilligt, so kann doch unmöglich jede Vergütung verweigert werden.

Bebel: Als alter „Parlamentarier", der eine große Zahl Sessionen in Berlin verlebt, wolle er auf Grund seiner Erfahrungen auch einige Worte bemerken. Es sei hier dagegen opponirt worden, daß man außerhalb Berlins wohnenden Beamten der Partei täglich 6 Mark Diäten gebe. Er sei der Ansicht, daß die Beamten dabei Geld zusetzen müßten, — einerlei, ob sie ein festes Logis nähmen, oder im Hotel wohnten. Im erstern Falle müßten sie auch die Tage bezahlen, wo sie nicht anwesend seien, und da unter 10 Thlr. monatlich in Berlin kein Zimmer zu bekommen wäre, so könnten sie ihr Logis auf 20 Groschen täglich veranschlagen. Dazu komme nun Frühstück, Mittagbrod, das die Vertreter auch nicht in jeder beliebigen Restauration bekommen könnten, da die Sitzungen vor 4 oder 5 Uhr nie aus seien, ferner Abendbrod, und so mancherlei andere Ausgaben. Käme ein Vertreter selten nach Berlin, so käme er noch schlechter weg, denn ein Hotelquartier sei unter 2 Mark unmöglich, und dazu kämen noch die Trinkgelder und der theure Kaffee. — Er mache wenig Ansprüche, aber er habe genau über seine Einnahmen und Ausgaben in Berlin Buch geführt, und gefunden, daß ihm, wenn er

Kleidung und Wäsche rechne, von den 9 Mark, die er als Nichtbeamter der Partei für den Tag, den er dort sei, beziehe, Nichts übrig bleibe. Er halte aber auch die drei Mark, welche die in Berlin wohnenden Beamten der Partei in ihrer Stellung als Reichstagsabgeordnete bezögen, für nicht zu hoch. Dieselben mußten häufig anderswo und zwar theurer essen; in ihrer Anstellung als Beamte seien sie zur Ausübung ihrer Thätigkeit verpflichtet und wären häufig genöthigt bei den großen Entfernungen in Berlin per Droschke zu fahren, um rechtzeitig am Platze zu sein. Er befürworte, die von Geib vorgeschlagenen Sätze zu bewilligen.

Liebknecht. Die Diäten und Zuschüsse für Agitation während der Session reichen nur knapp aus; an Ersparnisse sei nicht zu denken, im Gegentheil. — Es sei ihm nicht eingefallen, durch Annahme des Gehalts von 65 Thlr. sein früheres Gehalt indirekt als zu hoch anzuerkennen. Er werde sich aber zu helfen wissen. Zum Glück sei er nicht in dem von Rönnekamp ihm gestellten Dilemma, à la Feuerbach verhungern zu müssen, wenn er nicht als „Stellenjäger" bei der Partei sein Gnadenbrod finde. Ob der Congreß à la Bismarck die Diäten verweigere, oder ob er sie bewillige, sei ihm, Redner, ganz gleichgültig. Er werde in jedem Falle seine Schuldigkeit thun. Die Partei möge sich aber nicht blamiren.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen von Liebknecht und Rönnekamp wird bei der Abstimmung der Antrag von Geib und Genossen angenommen; es fallen damit die Anträge von Breuel und Reinders.

Zur Debatte kommt die Gehaltfrage der Agitatoren.

Ein Antrag von Frick, den bisherigen Gehaltsatz beizubehalten, wird angenommmen. Derselbe besagt, daß ein ständiger Agitator monatlich 135 Mark erhält; auf Reisen außerhalb des betreffenden Agitationsgebietes erhält außerdem ein Lediger 1,50 M., ein Verheiratheter 3,00 Mrk. täglich Zuschuß. Nicht fest angestellte Agitatoren erhalten, wenn ledig, täglich 6,00 Mark, wenn verheirathet, täglich 7,50 Mark Diäten.

Ein Antrag von Strecker, daß die Diäten für die Reichstagsabgeordneten in der Abrechnung unter einer besonderen Rubrik aufgeführt werden, wird dem Centralwahlkomitee überwiesen.

Ein Antrag Molkenbuhrs, Abänderung des Programms betreffend, findet keine Unterstützung.

Geib verliest eine Zuschrift von Enz in Genf, worin der Briefschreiber sich gegen die Redacteure des „Volksstaat" und der „Neuen Welt" beklagt. Dieselbe wird der Centralwahlbehörde zur Erledigung überwiesen.

In die Commission zur Fertigstellung des Congreßprotokolls werden gewählt: Hasenclever, Geib, Hörig, Derossi und A. Kapell.

Nunmehr erklärt der Vorsitzende Hasenclever, daß die Tagesordnung des Congresses völlig erschöpft sei. Redner fordert die Delegirten, nach wohlgethaner, schwerer und ausdauernder Arbeit, zum festen und treuen Ausharren für unsere neugestärkte Sache auf und schließt den Congreß mit einem dreifachen Hoch auf die Proletarier aller Länder. In diesen Hochruf stimmt der Congreß begeistert ein.

Schluß des Congresses Nachts 1 Uhr.

Die Schriftführer:

Breuel. Löwenstein. Burckhardt.

Verzeichniß
der Delegirten und der durch sie vertretenen Orte.

1) Auer, J., (Hamburg), Zug, Camenz, Wilkau, Itzehoe.
2) Bebel, A., (Leipzig), Hildesheim.
3) Bock, W., (Gotha), Gotha, Arnstadt, Gießen, Langensalza.
4) Bracke, W., (Braunschweig), Braunschweig, Wolfenbüttel, Broizen.
5) Bennewitz, F. W., (Hohenstein), Hohenstein-Ernsthal, Lichtenstein-Callenberg, Oberlungwitz, Mülsen St. Jakob und Micheln, Waldenburg i. S.
6) Breuel, C., (Hamburg), Kl. Grasbrook, Hohenfelde-Burgfelde, Allermöhe, Eimsbüttel, Bergedorf, Geesthacht, Ochsenwärder, Barmbeck, Eppendorf, Steinwärder, Otterndorf, Fuhlsbüttel, Cuxhafen, Altengamme, Neuengamme.
7) Beckendahl, F., (Fürth), Erlangen.
8) Brasch, H., (Altona), Kellinghusen, Bramstedt, Ahrensburg, Apenrade.
9) Bronnemeyer, E., (Göppingen), Göppingen, Eßlingen, Hall, Pfullingen.
10) Bluhm, R., (Pöhl), Plauen, Oelsnitz, Vogtsberg, Geitsdorf.
11) Brüning, E., (Delitzsch), Delitzsch.
12) Daßbach, M., (Hanau), Hanau, Groß-Auheim, Langendiebach, Dörnigheim, Rückingen.
13) Dorn, J., (Apolda), Apolda.
14) Derossi, (Hamburg), Düsseldorf, Buntenthor.
15) Dreesbach, A., (Cassel), Neustadt a. d. Orla, Neustadt a. d. Hardt, Hasloch, Edenkoben, Heidelberg.
16) Dulk, A., (Stuttgart), Pforzheim, Hall, Pfullingen, Eßlingen.
17) Demmler, C., (Geyer), Geyer, Stollberg, Lößnitz, Annaberg-Buchholz, Oberwürschnitz, Schneeberg, Thalheim.
18) Ehrhardt, F. J., (Mannheim), Lambrecht, Mutterstadt, Mannheim, Oggersheim, Speyer, Frankenthal Ludwigshafen.
19) Eckstein, L., (Deuben), Strießen, Löbtau.
20) Fischer, L., (Coburg). Coburg.

21) Fischer, R., (Augsburg), Augsburg, Lechhausen, Hettelbach, Kaufbeuren.
22) Frauenhoff, B., (Osnabrück), Osnabrück.
23) Frohme, C., (Bockenheim), Frankfurt a. M., Bockenheim, Bornheim.
24) Frick, W., (Bremen), Hagen, Delmenhorst, Bremen, Oldenburg i. O., Hastedt.
25) Finn, C., (Berlin), Wilster, Krempe.
26) Fritzsche, F. W., (Berlin), Meißen, Großenhain.
27) Geib, A., (Hamburg), Iserlohn, Mölln, Lauenburg, Jüterbogk, Heide.
28) Grillenberger, C., (Nürnberg), Nürnberg ,Schweinau.
29) Gries, E., (Darmstadt), Darmstadt.
30) Grottkau, P., (Berlin), Berlin.
31) Hasselmann, W., (Berlin), Bautzen, Berlin, Wald.
32) Holzhauer, G., (Ottensen), Ottensen.
33) Habermann, W., (Magdeburg), Altenweddingen, Calbe a. S., Aschersleben, Staßfurth.
34) Häusler, O., (Frohburg), Rochlitz, Groitzsch, Geithain, Lunzenau, Frohburg, Colditz.
35) Habel, A., (Suhl), Suhl, Goldlauter, Zella.
36) Heyer, J., (Altona), Neustadt i. H., Eutin, Tondern, Oldenburg i. H.
37) Hartmann, W., (Hamburg), Hamburg.
38) Haase, H., (Lübeck), Lübeck.
39) Hasenclever, W., (Hamburg), Altona, Minden.
40) Hochstein, R., (Pößneck), Weida, Pößneck.
41) Hörig, A., (Hamburg), Hamburg, Zittau.
42) Hadlich, A., (Leipzig), Danzig.
43) Hirsch, C., Deutsche Arbeiter zu Paris.
44) Kapell, A., (Hamburg), Bremerhafen.
45) Kapell, O., (Berlin), Sorau, Berge, Forst, Sommerfeld, Triebel.
46) Kellner, H., (Saalfeld), Sonneberg, Saalfeld.
47) Klute, F., (Erfurt), Erfurt.
48) Klees, W., (Buckau), Halberstadt, Buckau, Magdeburg.
49) Kegel, M., (Chemnitz), Mittweida, Limbach.
50) Kluge, A., (Wandsbeck), Wandsbeck.
51) Kayser, M., (Dresden), Dresden, Pirna.
52) Kettel, G., (Apolda), St. Bürgel, Berka.
53) Kuhlmann, L., (Bielefeld), Bielefeld, Dortmund.
54) Lange, H., (Barmen), Elberfeld, Barmen, Remscheid.
55) Liebknecht, W., (Leipzig), Cottbus, Oschatz, Uerdingen, Offenbach, Dietesheim, Hausen, Obertshausen.
56) Leuschke, G., (Meiningen), Meiningen.

57) Löwenstein, G., (Fürth), Fürth, Bruck.
58) Lingner, L., (Achim), Achim.
59) Leyendecker, J., (Mainz), Mainz, Gartenfeld.
60) Most, J., (Berlin), Berlin, Ronsdorf, Chemnitz.
61) Mehlhorn, J., (Glauchau), Glauchau.
62) Motteler, J., (Leipzig), Werdau, Zwickau, Schedewitz.
63) Molkenbuhr, H., (Ottensen), Ottensen, Lokstedt.
64) Meister, H., (Hannover), Hannover.
65) Oldenburg, H., (Hamburg), Rendsburg, Eckernförde, Kiel, Neumünster i. H.
66) Ohlig, H., (Heusenstamm), Offenbach, Seligenstadt, Heusenstamm.
67) Rönnekamp, J., (Hamburg), Rothenburgsort, Hamm-Horn.
68) Richter, E. B., (Wandsbeck), Wandsbeck.
69) Rick, C., (Würzburg), Würzburg.
70) Ries, A., (Köln), Köln, Kalk-Nippes.
71) Rödiger, H., (Halle), Halle, Löbejün, Rothenburg.
72) Reinders, K. P., (Breslau), Breslau.
73) Reimer, O., (Berlin), Berlin.
74) Reichelt, A., (Apolda), Münchenbernsdorf.
75) Rackow, H., (Berlin), Brandenburg, Köpenick.
76) Risch, E., (Altenburg), Schmölln, Ronneburg, Altenburg, Gößnitz.
77) Schönhals, R., (Freiberg), Oederan, Hainichen, Freiberg, Halsbrücke.
78) Schubert, W., (Kirchberg), Reichenbach i. V., Kirchberg.
79) Staub, A., (Braunschweig), Wieda.
80) Stolle, W., (Crimmitzschau), Crimmitzschau.
81) Strumpen, H., (Essen), Essen-Altendorf, Mühlheim a. d. R.
82) Stäger, J., (Leipzig), Leipzig.
83) Schulz, R., (Ottensen), Pinneberg, Glückstadt, Barmstedt, Uetersen, Elmshorn.
84) Strecker, E., (Cassel), Cassel.
85) Steffen, D., (Harburg), Harburg, Reiherstieg.
86) Stuhl, H., (Gotha), Frankfurt a. O.
87) Treuter, C., (Greiz), Greiz, Mylau, Netzschkau, Auerbach, Treuen, Elsterberg, Lengenfeld, Falkenstein, Hammerbrück, Gera, Zeulenroda.
88) Tennhardt, R., (Naumburg), Naumburg a. S.
89) Trost, F., (Kleinzschocher), Thonberg, Kleinzschocher, Plagwitz.
90) Ufert, W., (Weimar), Weimar, Eisenach.

91) Vahlteich, J., (Chemnitz), Chemnitz, Frankenberg.

92) Voigt, F., (Meerane), Meerane.

93) Wichtendahl, H., (Celle), Celle.

94) Wiemer, Ph., (Chemnitz), Schloß-Chemnitz, Zschopau, Altendorf, Leukersdorf, Neukirchen, Kappel-Schönau, Gelenau, Alt-Chemnitz, Gablenz.

95) Winner, H., (Ueckendorf), Wattenscheidt, Eickel.

96) Weiß, G., (Pegau), Pegau.

97) Zielowsky, G., (Stettin), Pommerenzdorf, Stettin.

98) Zwiebler, A., (Buckau), Bernburg, Neuendorf, Cöthen, Coswig, Zeitz, Dessau.

Folgende angemeldete Delegirte sind nicht erschienen, und haben dieselben ihre Mandate übertragen:

Fenske, (Eisenach), Eisenach, auf Ufert.

Wolf, (Mühlheim), Offenbach, auf Liebknecht.

Just, Suhl, auf Habel.

Kersten, (Dürrenberg), Cottbus, auf Liebknecht.

98 Delegirte, 291 Orte, 38,254 Mandanten.

Laut Congreß=Beschluß erscheint seit 1. October in Leipzig an Stelle des „Volksstaat" und des „Neuen Social=Demokrat":

„Vorwärts"

Central=Organ der Social=Demokratie Deutschlands.

Redacteure: **W. Hasenclever** und **W. Liebknecht.**

Die Erscheinungstage sind, wie bei den früheren Partei=Blättern „Volksstaat" und „Neuer Social=Demokrat": Sonntag, Mittwoch und Freitag.

Der Preis desselben beträgt pro Vierteljahr 1 Mark 60 Pf. Man abonnirt bei allen Postanstalten, sowie bei den bisherigen bekannten Bezugsquellen.

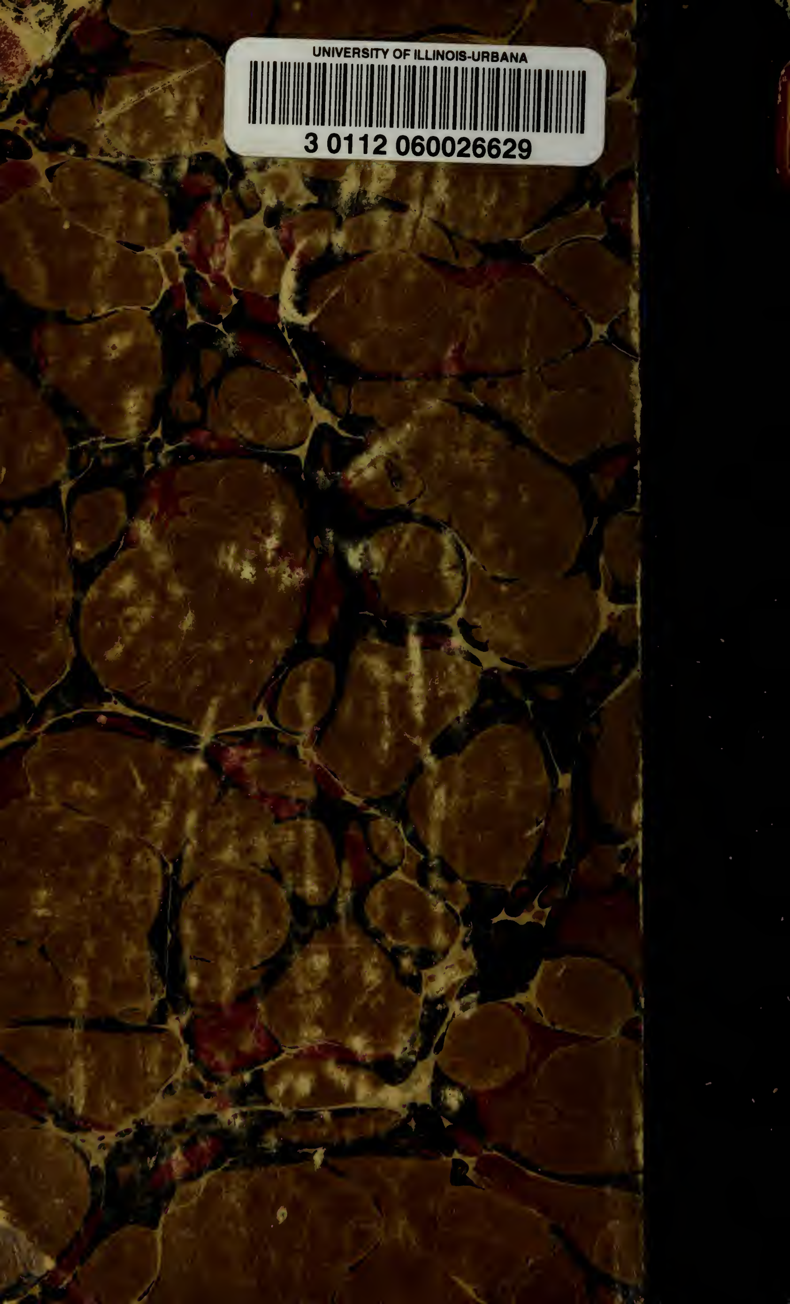
Der „Vorwärts" ist im 11. Nachtrage der Post=Zeitungs=Preisliste unter Nr. 3770a, Seite 2, eingetragen, was bei Postbestellungen zu berücksichtigen ist.

Die Gesinnungs=Genossen allerorts werden hiermit aufgefordert, für die weiteste Verbreitung des **„Vorwärts"**, als einziges Haupt=Partei=Organ, durch eigene Abonnements, sowie durch Beschaffung solcher an Andere, thatkräftig eintreten zu wollen.

Das Central=Organ ist die Seele der Partei; in ihm und durch dasselbe wird die Einheit der Partei sich zu zeigen haben. Also noch einmal: Das Central=Organ vor allen anderen hochgehalten, dann wird auch die Partei vor allen etwaigen Versuchen, ihre Einheit zu lockern, bewahrt bleiben.

Hamburg, im October 1876.

Der Vorstand.


UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 060026629